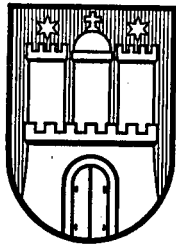


HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1970

Juli-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Kurzinformationen

Umzugsfreudige Hamburger

Obwohl sich die Bevölkerungszahl innerhalb der Hamburger Grenzen in den letzten Jahren ständig verringert hat, ist die Zahl der Personen, die innerhalb Hamburgs umgezogen ist, nicht nur recht konstant geblieben, sondern hat sich bis zum Jahr 1968 absolut und relativ sogar erhöht. Während des Jahres 1965, in dem der höchste Nachkriegs-Bevölkerungsbestand (rd. 1,857 Mio Einwohner) festgestellt wurde, zogen 176 750 Personen (9,5%) um. 1968 sank die Einwohnerzahl auf 1,827 Mio ab, es zogen aber rd. 183 000 Personen um (10,0%). Erst 1969 zeigte sich eine absolute Abnahme auf rd. 179 000 Umzüge (9,8%); aus den statistischen Auszählungen der ersten Monate des Jahres 1970 ist jedoch kein erheblicher Rückgang der bisherigen Mobilität zu erkennen.

Bevorzugte Zielgebiete waren 1969 die Bezirke Hamburg-Nord, Altona und Wandsbek, wogegen als Herkunftsbezirke ebenfalls Hamburg-Nord, aber auch Hamburg-Mitte und Altona zu nennen sind.

Die Hälfte der Wohnungen in Hamburg hat Sammelheizung

Von den bei der letzten Wohnungszählung im Oktober 1968 ermittelten rd. 670 000 Wohnungen waren etwa 50% mit Sammelheizung — 13% mit Fernheizung und 37% mit Zentral- oder Etagenheizung — ausgestattet. 12% aller Wohnungen hatten Einzel- oder Mehrraumöfen, die mit Öl, Gas oder Strom beheizt werden. Die restlichen 38% der Wohnungen waren mit Einzel- oder Mehrraumöfen für Kohle, Torf und Holz eingerichtet.

Bedeutende Zunahme im Güterverkehr über See

Die Aufwärtsentwicklung im Güterverkehr über See des Hamburger Hafens hat sich auch im 1. Vierteljahr 1970 fortgesetzt. In den ersten drei Monaten wurden insgesamt 11,8 Mio t seewärtiger Güter umgeschlagen und der vergleichbare Vorjahreszeitraum damit um 2,2 Mio t oder 22% übertroffen. Diese positive Entwicklung beruht vornehmlich auf einer kräftigen Zunahme des Massengüters um 1,9 Mio t auf 8,3 Mio t (+ 29%). Sack- und Stückgüter erreichten mit 3,5 Mio t einen neuen Höchststand. (Zuwachs gegenüber dem 1. Vierteljahr 1969 rd. 294 000 t oder 9%).

Der einkommende Verkehr lag mit insgesamt 9,0 Mio t um rd. 1,8 Mio t oder ein Viertel über dem Eingang des vergleichbaren Vorjahreszeitraums. Den bedeutendsten Anteil an dieser Steigerung hatten die Mineralölanlagen mit einer Zunahme um 1,3 Mio t (+ 37%) auf 4,9 Mio t. Erhebliche Zunahmen waren auch beim See-Eingang von Kohlen, Ölrüchten, Futtermitteln, Zucker, Stab- und Formstahl sowie Steinen zu verzeichnen.

Gewisse Einbußen ergaben sich dagegen bei den Anlandungen von Getreide, frischen Früchten, Holz, Erzen und Düngemitteln.

Etwas geringer war der Zuwachs im ausgehenden Verkehr. Hier wurden insgesamt 2,8 Mio t verladen, was einem Anstieg gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum von 15% (+ 369 000 t) entspricht.

Bemerkenswert waren die Zunahmen beim Versand von Kraftstoffen, Heizöl, Düngemitteln, Getreide, Zucker, Maschinen und elektrotechnischen Artikeln. Rückläufig dagegen waren die Verschiffungen von Futtermitteln, Salz, Roheisen und NE-Metallen.

Mehr Ärzte, weniger Zahnärzte in Hamburg gegenüber 1959

Um genau ein Viertel hat sich die Zahl der Hamburger Ärzte in den letzten zehn Jahren erhöht. Waren Ende 1959 insgesamt 3 363 Ärzte (darunter: 574 Ärztinnen) in Hamburg tätig, so waren es Ende 1969 bereits 4 205 (darunter 898 Ärztinnen). Zugewonnen hat sowohl die Zahl der Fachärzte (um 19% von 1 641 auf 1 960) als auch die Zahl der praktischen Ärzte (um 30% von 1 722 auf 2 245).

1959 hatte im Durchschnitt jeder Arzt 542 Einwohner zu betreuen; Ende 1969 kamen auf einen Arzt dagegen nur noch 432 Einwohner. Diese Verbesserung ist zum Teil allerdings auch durch die leichte Abnahme der Hamburger Wohnbevölkerung begründet.

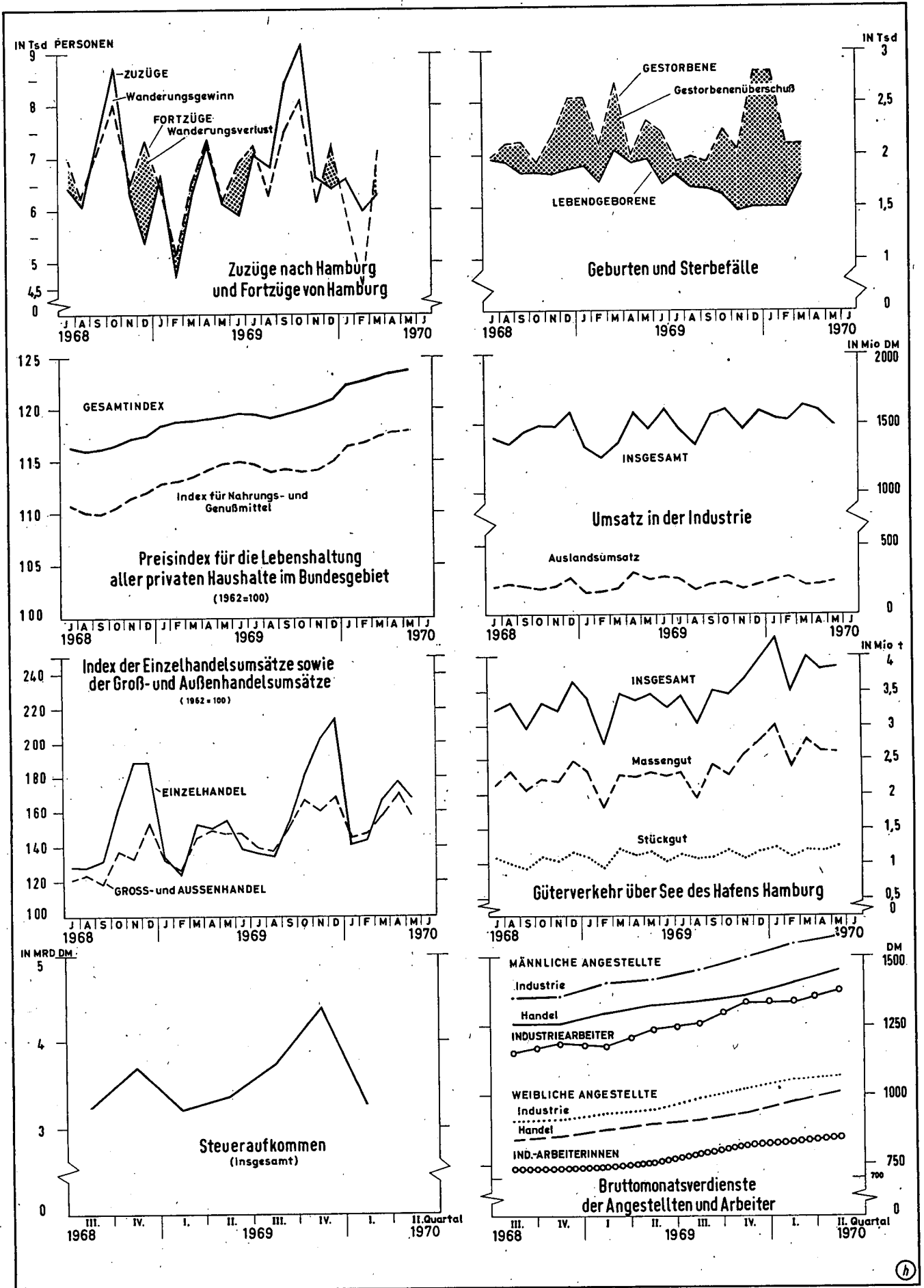
Die Zahl der in Hamburg tätigen Zahnärzte hat sich demgegenüber im gleichen Zeitraum verringert; der Rückgang von 1959 (1 554) bis 1969 (1 418) betrug 9%.

Starker Anstieg der Straßenverkehrsunfälle im 1. Quartal 1970

Auf Hamburgs Straßen ereigneten sich im ersten Vierteljahr 1970 2 808 Verkehrsunfälle mit Personenschaden. Das entspricht einer Zunahme von nicht weniger als 22% gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Zahl der bei diesen Unfällen verunglückten Personen erhöhte sich sogar um 24% von 3 079 auf 3 809. Allerdings ist diese hohe Zuwachsrate glücklicherweise vor allem auf die starke Zunahme bei den Leichtverletzten (+ 37%) zurückzuführen. Die Zahl der Getöteten und Schwerverletzten ist dagegen nur um 4% gestiegen.

Mit diesen Ergebnissen für das 1. Quartal setzt sich im Straßenverkehrsunfallgeschehen die ungünstige Entwicklung des zweiten Halbjahres 1969 fort. Dies gilt auch, wenn man berücksichtigt, daß der starke Anstieg teilweise darauf zurückzuführen ist, daß die Vorjahreswerte als Folge des damals eingeführten Bußgeldkatalogs besonders niedrig waren.

Ausgewählte Diagramme zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung



Die Entwicklung des Flughafens Hamburg-Fuhlsbüttel bis 1969

1. Vorbemerkungen

Der Luftverkehr hat in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg auch in der Bundesrepublik einen gewaltigen Aufschwung genommen. So ist in den 20 Jahren zwischen 1950 und 1969 sowohl der von den deutschen Flugplätzen registrierte Personenverkehr als auch der Frachtumschlag auf etwa das 40fache gestiegen. Mit rd. 26,7 Mio abgefertigter Fluggäste und mehr als 580 000 t Frachtumschlag hat der Luftverkehr auf den Flughäfen der Bundesrepublik mittlerweile beachtliche Dimensionen erreicht.

Es ist ein weites Feld, die Gründe für die sprunghaft gestiegene Bedeutung des Luftverkehrs zu analysieren. An dieser Stelle seien nur einige der wichtigsten Faktoren erwähnt. Zunächst einmal muß man auf die ständige technische Verbesserung der Flugzeuge verweisen. Die Entwicklung verlief von den reinen Propeller- über die Turboprop- bis hin zu den heute in der Mehrzahl verwendeten Düsenmaschinen. In der Folge dieser Umrüstung des Flugzeugparks bei fast allen Fluggesellschaften ist nicht nur die Fluggeschwindigkeit wesentlich erhöht worden, es hat auch eine ganz erhebliche Vergrößerung des Platzangebotes stattgefunden. Das aber war eine Voraussetzung dafür, Flugreisen auch preislich attraktiv gestalten zu können und damit den heutigen Massenflugverkehr einzuleiten, was seinerseits wiederum Bedingung für einen wirtschaftlichen Betrieb der Fluggeräte ist.

Die rasche Aufwärtsentwicklung des Luftverkehrs in der Nachkriegszeit hat aber auch bei allen Flughäfen und so auch in Hamburg-Fuhlsbüttel erhebliche Investition erforderlich gemacht. So wurde die Geländefläche von 277 ha auf 526 ha vergrößert. Auch die Hallen- und Abfertigungsvorfelder wurden von 48 000 auf nahezu 300 000 qm erweitert. Weitere Investitionen waren erforderlich für Verlängerungen und Ausbau von Roll- und Startbahnen, für verbesserte Sicherheitseinrichtungen, für Lärmschutzhallen, für Reparatur und Wartung der Maschinen, für Verwaltung und die Vielzahl der für einen reibungslosen Flughafenbetrieb erforderlichen Unternehmen verschiedenster Branchen und nicht zuletzt in Einrichtungen wie Hotel, Restaurant, Warteräume usw., die dafür bestimmt sind, dem Fluggast bzw. Flughafenbesucher Warte- und Aufenthaltszeit so angenehm wie möglich zu machen. Derartige Investitionen werden auch in Zukunft notwendig bleiben. Trotz allem ist man sich jedoch darüber im klaren, daß auf die Dauer der Flughafen Hamburg-Fuhlsbüttel den Erfordernissen des modernen Luftverkehrs allein nicht gerecht werden kann. Die Planungen für den neuen Großflughafen in Kaltenkirchen sind daher seit Jahren in vollem Gange, so daß der Hamburger Raum in absehbarer Zeit über zwei leistungsfähige Flughäfen verfügen wird.

Mindestens ebenso wichtig ist aber, daß auch von der Nachfrageseite ganz erhebliche Impulse ausgegangen sind. Infolge der konkurrenzlosen Geschwindigkeit der Flugzeuge und der in den letzten Jahrzehnten immer größeren Verdichtung der Flugpläne ist der Luftverkehr heute zu dem Verkehrsträger geworden, der auf optimale Weise die großen kontinentalen Zentren untereinander ebenso verbindet, wie er diese an die großen Ballungsgebiete in aller Welt anschließt. Waren vor dem zweiten Weltkrieg Eisenbahn und Seeschifffahrt die hauptsächlichlichen Träger der Fernverbindungen und kam dem Luftverkehr nur eine Ergänzungsfunktion zu, hat das Flugzeug heute auf dem Gebiet der Personenbeförderung die Seeschifffahrt im interkontinentalen Verkehr bereits weitgehend verdrängt und behauptet sich im innerdeutschen und europäischen Verkehr durchaus neben der Eisenbahn. In den letzten Jahren zeichnet sich bereits ab, daß das Flugzeug auch bei der Güterbeförderung in die Domäne der traditionellen Verkehrsträger einzudringen und sich dort Marktanteile zu erobern in der Lage ist.

Eine der wesentlichen Voraussetzungen zu der Aufwärtsentwicklung des Luftverkehrs ist auch in dem schnellen und andauernden wirtschaftlichen Wachstum der Bundesrepublik zu sehen. Hierdurch ist es immer breiteren Schichten möglich geworden, sich des Flugzeugs zur Überwindung größerer Entfernungen zu bedienen. Dabei ist nicht nur an den ständig steigenden Geschäftsreiseverkehr zu denken, sondern in erster Linie an den gewaltigen Aufschwung des Flugtourismus. Man braucht nur die Prospekte der großen Reisegesellschaften zu studieren, um zu erkennen, welch attraktive und preisgünstige Angebote im Pauschalflugreiseverkehr auf dem Markt zur Verfügung gestellt werden. Insbesondere im letzten Jahrzehnt sind von dieser Seite her erhebliche Impulse ausgegangen, die die Zahl der beförderten Fluggäste sprunghaft in die Höhe schnellen ließ.

Um die Bedeutung dieses modernsten aller Verkehrsträger richtig würdigen zu können, muß man sich darüber klar sein, daß auch der Luftverkehr — ähnlich wie die Eisenbahn und die Schifffahrt — in der Lage ist, Standortnachteile einer Stadt oder Region zu mildern oder vorhandene Standortvorteile noch zu verstärken. Alle Städte und Ballungszentren, die über Flugplätze verfügen, genießen den Vorteil einer optimalen Anbindung an alle Fernverkehrszentren der Welt, ein bei der heutigen Verflechtung der Wirtschaft nicht zu unterschätzender Vorteil. Flugplätze und Luftverkehr sind daher nicht nur unter verkehrsmäßigen Gesichtspunkten zu beurteilen, sie stellen auch — ganz abgesehen von ihrer Werbewirksamkeit — einen erheblichen Aktivposten für das weitere wirtschaftliche Wachstum der Region, in der sie liegen, dar.

Der folgende Beitrag soll versuchen, die Entwicklung des Flugverkehrs auf dem Flughafen Fuhlsbüttel in den Jahren nach dem zweiten Weltkrieg nachzuzeichnen und die Schwerpunkte der Entwicklung aufzuzeigen¹⁾. Es sei jedoch darauf hingewiesen, daß

¹⁾ Die im folgenden gebrachten Daten sind in der Regel der amtlichen Luftfahrtstatistik entnommen, in einigen Fällen wurden auch Zahlen aus den Statistischen Jahresberichten des Flughafens Hamburg verwendet.

an dieser Stelle nur über den gewerblichen Luftverkehr berichtet wird. Der Werkverkehr²⁾ sowie der übrige nichtgewerbliche Verkehr (z. B. Sport- und Schulflüge, Testflüge, Werkstattflüge und ähnliches) bleiben außer Ansatz. Die in diesen Verkehrsarten beförderten Personen und Gütermengen werden statistisch nicht erfaßt. Ihre Bedeutung ist aber auch in Relation zum gesamten Passagieraufkommen bzw. zum gesamten Frachturnschlag nur minimal. Lediglich bei den Starts und Landungen entfällt auf sie ein ganz beträchtlicher Anteil. In dem Abschnitt über Flugzeugbewegungen soll daher auch auf diese Verkehrsarten kurz eingegangen werden.

2. Allgemeiner Überblick

Der Flughafen Hamburg-Fuhlsbüttel gehört innerhalb der Bundesrepublik zu den bedeutendsten Großflughäfen. Im Jahre 1969 wurden mehr als 2,6 Millionen angekommene und abgeflogene Fluggäste registriert und Hamburg lag damit nach seinem Passagieraufkommen hinter Frankfurt, Berlin und Düsseldorf an vierter Stelle. Mit rund 31 500 t beförderter Luftfracht und etwa 7 600 t Luftpost hatte Hamburg in der Güterbeförderung sogar den dritten Rang inne. Damit wurden auf dem Hamburger Flughafen im Tagesdurchschnitt des Jahres 1969 knapp 7 300 Passagiere, sowie knapp 90 t Luftfracht und etwas mehr als 20 t Luftpost abgefertigt. Mit diesen zunächst recht groben Zahlenangaben ist ein erster Überblick über die Bedeutung des Flughafens Hamburg-Fuhlsbüttel gewonnen. So instruktiv derartige Zahlen auch sind, man wird sie im folgenden im Zusammenhang ihrer zeitlichen Entwicklung betrachten müssen, um die Tendenzen im Luftverkehr und speziell im Luftverkehr Hamburgs erkennen zu können.

82 Luftverkehrsgesellschaften im Verkehr auf Hamburg

Da der Umfang des Verkehrsaufkommens allein nicht entscheidend ist für die Bedeutung eines Flughafens und für seine Stellung im nationalen und internationalen Luftverkehr, sollen den mehr quantitativen Aspekten einige Anmerkungen über Anzahl und Art der auf dem Flughafen vertretenen Luftverkehrsgesellschaften vorangestellt werden. Im Berichtsjahr 1969 wurde der Hamburger Flughafen von nicht weniger als 82 Luftverkehrsgesellschaften angeflogen. Dabei unterhielten 14 Luftverkehrsgesellschaften einen regelmäßigen Liniendienst mit Hamburg, und zwar handelte es sich dabei um die Air France (Frankreich), die Alitalia (Italien), die British European Airways (Großbritannien), die Lufthansa (Bundesrepublik), die Finnair (Finnland), die General Air (Bundesrepublik), die Iran Air (Iran), die Japan Airlines (Japan), die KLM (Niederlande), die Pan American World Airways (USA), die SABENA (Belgien), die Scandinavian Airlines System (Schweden), die Seaboard World Airlines (USA) und die Swiss Air (Schweiz). Da im Frühjahr 1970 die griechische Olympic Airways hinzugekommen ist, hat sich damit die Zahl der Linienfluggesellschaften auf 15 erhöht. Weitere 68 Luftver-

kehrsgesellschaften bedienten Hamburg im Pauschalflugreiseverkehr sowie im Charter- und Bedarfsverkehr.

Mit mehr als 120 Städten bzw. Flugplätzen bestand im Jahre 1969 von Hamburg aus eine direkte Flugverbindung. Schließt man noch den Umsteigeverkehr in diese Überlegungen ein, so flogen von Hamburg aus Fluggäste nach 134 Ländern in allen Erdteilen der Welt.

Zahl der Fluggäste seit 1950 auf das 20fache gestiegen

Nach dem zweiten Weltkrieg begann der Luftverkehr auf dem Flughafen Hamburg-Fuhlsbüttel im September 1946 mit Flügen der British European Airways, zu denen jedoch deutsche Staatsangehörige noch nicht zugelassen waren. Einigermassen zuverlässige Zahlen über das Verkehrsaufkommen stehen der amtlichen Statistik jedoch erst seit 1950 zur Verfügung. Seit diesem Jahr hat sich die Zahl der beförderten Fluggäste von 128 000 auf 2,6 Millionen im Jahre 1969 erhöht und damit rund verzwanzigfach.

Bei der Betrachtung der zeitlichen Entwicklung des Passagieraufkommens in Tabelle 1 wird man berücksichtigen müssen, daß bis Mitte der 50er Jahre ein nicht unbeträchtlicher Teil der beförderten Personen auf den Abtransport von Flüchtlingen aus Berlin entfiel³⁾. Da aus den bekannten politischen Gründen hierfür nur der Luftweg zur Verfügung stand, profitierte hiervon auch der Hamburger Flughafen, allerdings — gemessen am gesamten Fluggastaufkommen — in bei weitem nicht so starkem Ausmaß wie z. B. der Flughafen Hannover-Langenhagen. Insgesamt zeigt die Entwicklung der beförderten Fluggäste in Hamburg — vor allem seit dem Jahre 1960 — einen kontinuierlichen Anstieg. Im Jahre 1961 wurde erstmals die Millionengrenze überschritten und be-

Tabelle 1

Die Entwicklung im gewerblichen Luftverkehr¹⁾ des Flughafens Hamburg-Fuhlsbüttel 1950 bis 1969

Jahre	Starts und Landungen		Fluggäste		Luftfracht		Luftpost	
	Anzahl	1960 = 100	1000	1960 = 100	t	1960 = 100	t	1960 = 100
	1	2	3	4	5	6	7	8
1950.....	11 788	31	128	14	2 945 ²⁾	25	618 ²⁾	29
1951.....	18 424	49	212	22	8 898 ²⁾	74	802 ²⁾	38
1952.....	23 499	62	256	27	24 380 ²⁾	203	896 ²⁾	43
1953.....	37 979	101	355	37	48 508	404	1 223	58
1954.....	32 259	85	344	36	34 708	289	1 406	67
1955.....	32 449	86	450	48	15 578	130	1 476	70
1956.....	28 211	75	534	56	14 479	121	1 351	64
1957.....	30 158	80	605	64	10 724	89	1 450	69
1958.....	28 639	76	651	69	8 015	67	1 526	73
1959.....	30 537	81	739	78	9 393	78	1 804	86
1960.....	37 742	100	947	100	11 999	100	2 100	100
1961.....	41 120	109	1 029	109	13 353	111	2 647	126
1962.....	38 339	102	1 121	118	12 583	105	4 298	205
1963.....	41 378	110	1 327	140	14 332	119	4 543	216
1964.....	46 641	124	1 475	156	14 919	124	4 865	232
1965.....	49 054	130	1 748	185	17 014	142	5 194	247
1966.....	52 431	139	1 893	200	20 909	174	5 836	278
1967.....	54 969	146	2 089	221	23 648	197	6 132	292
1968.....	54 684	145	2 314	244	27 267	227	6 841	326
1969.....	57 614	153	2 649	280	31 525	263	7 591	361

¹⁾ einschließlich Transit. — ²⁾ ohne Transit.

²⁾ Beim Werkverkehr handelt es sich um Flüge mit firmeneigenen Flugzeugen im eigenen Geschäftsinteresse und nicht im Auftrag und gegen Bezahlung Dritter.

³⁾ So wurden im Jahr 1953 im Abtransport von Flüchtlingen aus West-Berlin Höchstwerte von 257 300 nach den Flughäfen der Bundesrepublik insgesamt erreicht, darunter allein 66 700 nach Hamburg-Fuhlsbüttel.

reits 1967 wurden mehr als 2 Millionen Fluggäste gezählt. Es ist zu vermuten, daß bereits im Jahre 1970 die 3-Millionen-Grenze erreicht oder zumindest nur wenig unterschritten wird. Legt man die Ergebnisse des Jahres 1960 zugrunde, so hat sich die Zahl der Flugpassagiere seither nahezu verdreifacht. Die jährlichen Zuwachsraten betrugen dabei jeweils mindestens 8 %, lagen in den meisten Fällen aber über 10 % und erreichten 1963 und 1965 mit jeweils über 18 % die höchsten Werte. Hierzu hat ein gestiegener Geschäftsreiseverkehr ebenso beigetragen wie die starke Aufwärtsentwicklung des Flugtourismus seit Beginn der 60er Jahre. Hierauf werden wir an späterer Stelle noch ausführlicher eingehen. Das bisher vorliegende Zahlenmaterial deutet darauf hin, daß die in der Vergangenheit beobachteten Entwicklungstendenzen sich auch in Zukunft fortsetzen werden, so daß mit weiterem Anstieg der Verkehrsleistungen auf dem Hamburger Flughafen zu rechnen ist.

So positiv die bisherige Entwicklung ist, so muß doch bereits an dieser Stelle angemerkt werden, daß die Entwicklung des Hamburger Flugplatzes deutlich hinter der Entwicklung des Bundesgebietes insgesamt zurückgeblieben ist. Hierzu haben eine ganze Reihe von Gründen beigetragen, die jedoch in einem besonderen Kapitel behandelt werden sollen.

Höchstes Luftfrachtaufkommen 1953

Viel weniger einheitlich ist die Entwicklung des Luftfrachtaufkommens verlaufen. Im Anfangsjahr 1950 wurden knapp 3 000 t beförderter Güter registriert. In den Folgejahren stieg das Luftfrachtaufkommen sprunghaft an und erreichte 1953 mit fast 49 000 t einen bisher nicht wieder erreichten Höchstwert. Hierzu sind allerdings einige Erklärungen notwendig. Als nachträgliche Auswirkung der Berlin-Blockade wurde ab 1949 ein Sonderfrachtverkehr mit Berlin-West eingerichtet, der einerseits die Versorgung der Stadt mit wirtschaftlich wichtigen Gütern sicherstellen sollte, andererseits aber auch in starkem Ausmaß dem Abtransport von in Berlin hergestellten Waren diente. Dieser Sonderfrachtverkehr wurde bis 1953 weitgehend über den Flughafen Hamburg-Fuhlsbüttel abgewickelt, verlagerte sich dann nach Inbetriebnahme des Flugplatzes Langenhagen (1952) in den Folgejahren aber mehr und mehr auf Hannover. Insgesamt wird man sagen können, daß etwa bis zum Jahre 1957 der Frachtumschlag des Hamburger Flughafens weitgehend durch diesen Sonderfrachtverkehr mit Berlin bestimmt wurde. Die Entwicklung bis dahin ist also nicht mit normalen Maßstäben zu messen und Schaubild 1 weist auch sehr deutlich diese Sonderbewegung mit extrem hohen Zuwachsraten im Anfang der 50er Jahre nach. Durch die Verlagerung des Frachtumschlags mit Berlin auf den Flughafen Hannover-Langenhagen nimmt der Frachtumschlag in den Jahren nach 1953 rapide ab und erreicht 1958 mit rd. 8 000 t seinen niedrigsten Wert.

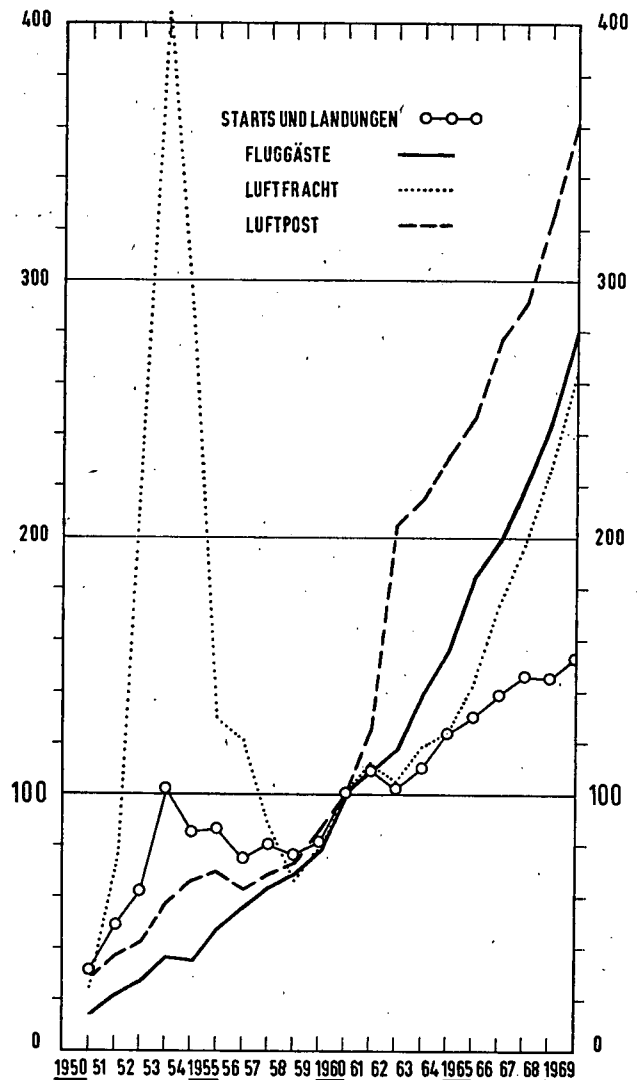
Da für diese Gesamtdarstellung das Jahr 1960 als Basisjahr fungiert, ist die anschließende Entwicklung

nicht mehr durch solche anormalen Bewegungen beeinflusst. Seit 1960 hat der Luftfrachtumschlag — von kleineren Unregelmäßigkeiten abgesehen — ständig zugenommen, wobei insbesondere seit 1962 eine Aufwärtsentwicklung mit ähnlich hohen Zuwachsraten wie im Personenverkehr festzustellen ist. Das dürfte darauf zurückzuführen sein, daß die Luftverkehrsgesellschaften seit etwa dieser Zeit auch dem Frachtgeschäft größeres Interesse entgegenbringen. Durch den Einsatz modernerer Flugzeuge war es möglich, Tarifsenkungen vorzunehmen, um auf diese Weise den Luftfrachtversand für den Kunden attraktiver zu gestalten.

Seit 1960 hat sich die beförderte Gütermenge auf dem Hamburger Flughafen auf mehr als das 2 $\frac{1}{2}$ -fache vergrößert. Damit ist die Entwicklung zwar etwas hinter der des Personenverkehrs zurückgeblieben. Dies dürfte aber wesentlich auf die relativ schwache Entwicklung im Anfang der 60er Jahre zurückzuführen sein. Seit 1966 liegen jedenfalls die jährlichen Zuwachsraten deutlich über denen des Personenverkehrs⁴⁾.

Schaubild 1

Die Entwicklung des gewerblichen Flugverkehrs auf dem Flughafen Hamburg-Fuhlsbüttel 1950 bis 1969
1960 = 100



(h)

Statistisches Landesamt Hamburg

⁴⁾ Die jährlichen Zuwachsraten betrugen im einzelnen (Fluggästabförderung jeweils zuerst genannt) 1966: 8,3 % bzw. 22,9 %; 1967: 10,4 % bzw. 13,1 %; 1968: 10,8 % bzw. 15,3 % und 1969: 14,5 % bzw. 15,6 %.

Relativ stärkste Entwicklung im Luftpostverkehr

Während in der Zeit zwischen 1950 und 1960 die Entwicklung des Luftpostverkehrs zwar durchaus positiv aber doch deutlich schwächer als die vergleichbare Entwicklung im Luftfracht- und im Passagieraufkommen verlief, änderte sich dies in den Folgejahren ganz erheblich. Verglichen mit 1960, in dem 2 100 t Luftpost in Fuhlsbüttel umgeschlagen wurden, vergrößerte sich diese Verkehrsart auf mehr als das 3 1/2-fache und erreichte 1969 7 600 t. Dies ist maßgeblich davon beeinflusst, daß ab September 1961 die Luft-hansa einen Nachtluftpostdienst eingerichtet hat, in dem alle Postsendungen innerhalb der Bundesrepublik — und ab Mitte 1965 auch im Auslandsverkehr — zuschlagfrei befördert werden. Als Folge dieser Maßnahme wurden auf allen Flughäfen der Bundesrepublik ganz erhebliche Steigerungsraten im Luftpostverkehr erzielt, eine Entwicklung, die vermutlich auch in naher Zukunft anhalten wird.

Entwicklung der Starts und Landungen maßgeblich von der Verwendung größerer Flugzeugtypen beeinflusst

Im Gegensatz zum üblichen Berichtsschema sollen die Flugzeugbewegungen, also die Starts und Landungen, diesmal am Schluß der Gesamtübersicht stehen. Ihre Zahl ist nämlich maßgeblich beeinflusst durch die Entwicklung des Personenverkehrs und des Frachturnschlags. Hätte sich in der Zwischenzeit die Flugzeuggröße nicht wesentlich verändert und würde man einen gleichen Ausnutzungsgrad unterstellen, so müßte die Kurve der Flugzeugbewegungen bei relativer Betrachtungsweise in etwa einen mittleren Verlauf zwischen der des Fracht- und des Passagieraufkommens einnehmen. Schaubild 1 zeigt jedoch, daß dies bestenfalls bis zum Ende der 50er Jahre galt. Seither hat sich eine weitgehende Umrüstung von Propellerflugzeugen auf Düsenmaschinen vollzogen, die in der Regel über ein vielfaches an Platz- und Ladekapazität verfügen. Vergleicht man die Zeitreihe der Starts und Landungen in Tabelle 1, so zeigt sich, daß sich die Zahl der Flugzeugbewegungen seit 1950 nur etwa verfünffacht hat, was gegenüber dem 20fachen bei den Fluggästen und dem 10fachen bei der Luftfracht eine verhältnismäßig bescheidene Steigerung darstellt. Hierin spiegelt sich sehr deutlich die eben erwähnte Umrüstung auf größere Maschinen wider⁵⁾. Eine Darstellung beispielsweise nach der Platzkapazität würde einen sehr viel steileren Anstieg nachweisen. Obwohl die Entwicklung der Starts und Landungen von diesem Umstrukturierungsprozeß überlagert ist, lassen sich auch hier noch deutlich die schon behandelten Sonderbewegungen im Passagier- und vor allem im Luftfrachtaufkommen nachweisen. Die Spitzenbelastung durch das Sonderfrachtabkommen mit Berlin und dem gleichzeitigen Höhepunkt im Abtransport von Flüchtlingen im Jahre 1953 spiegelt sich auch in der Kurve der Flugzeugbewegungen wider. Im übrigen zeigt

sich tendenziell ein zwar schwächerer aber doch gleichmäßiger Anstieg, wobei der „Einbruch“ im Jahre 1962 durch eine Einschränkung des Flugbetriebs als Folge von Verbesserungsarbeiten an den Start- und Landebahnen erklärt werden kann. Der leichte Rückgang des Jahres 1968 ist dagegen auf die Umstellung von Convair- und Vickers Viscount-Maschinen auf die größere Boeing 737 bei der Luft-hansa zurückzuführen.

Tabelle 2

Anteil der Strahltriebwerke am gewerblichen Luftverkehr des Flughafens Hamburg-Fuhlsbüttel 1963 bis 1969 — in % —

Jahre	Starts und Landungen	Fluggäste	Luftfracht	Luftpost
	1	2	3	4
1963	10,7	14,0	22,4	13,0
1964	13,9	19,7	29,1	17,0
1965	19,1	27,2	39,3	24,2
1966	28,4	40,6	53,9	35,3
1967	47,1	64,9	69,7	73,2
1968	60,3	77,7	86,4	93,5
1969 ¹⁾	71,7	87,9	90,9	97,5

¹⁾ Quelle: Flughafen Hamburg GmbH.

Als Ergänzung zu den bisherigen Ausführungen zeigt Tabelle 2, in welchem Ausmaß die Verwendung der im Vergleich zu den Propellermaschinen auch erheblich größeren Strahltriebwerke die Entwicklung im gewerblichen Luftverkehr seit Anfang der sechziger Jahre bestimmt hat. Während 1963⁶⁾ nur 11 % aller Starts und Landungen auf Düsenmaschinen entfielen, mit denen 14 % aller Fluggäste, 22 % der Luftfracht und 13 % der Luftpost befördert wurden, dominierte der Düsenverkehr sechs Jahre später bei den Flugzeugbewegungen bereits mit rund 72 %. Wegen der erheblich höheren Passagier- und Frachtkapazität lag der entsprechende Anteilswert bei den beförderten Fluggästen sogar bei 88 % und bei der Luftfracht bei 91 %. Die Luftpost schließlich wurde mit 98 % nahezu ausschließlich mit Strahltriebwerken befördert. Innerhalb eines knappen Jahrzehnts haben die viel leistungsfähigeren Düsenmaschinen die konventionellen Propeller- und Turbo-prop-Flugzeuge fast völlig vom Markt verdrängt. Lediglich bei den Flugzeugbewegungen kommt ihnen noch ein gewisses Gewicht zu, da hierin eine verhältnismäßig große Zahl von Rundflügen, Taxiflügen, Foto- und Reklameflügen enthalten sind, die fast ausschließlich mit kleineren Propellermaschinen durchgeführt werden, deren Bedeutung für das Passagier- und Güteraufkommen des Hamburger Flughafens jedoch nur minimal ist.

Die vier wichtigsten Leistungsreihen für die Bedeutung eines Flugplatzes sind im Schaubild 1 im Zusammenhang dargestellt. Hier werden auf graphische Weise noch einmal die Sonderbewegungen der unmittelbaren Nachkriegszeit deutlich gemacht. Auf der anderen Seite lassen sich aber auch ebenso deutlich gewisse Unterschiede in der Entwicklung auf der Basis von 1960 erkennen. Zwar sind alle Leistungswerte gestiegen, die relativen Unterschiede sind jedoch teilweise recht beachtlich.

⁵⁾ Setzt man trotz einiger methodischer Bedenken (z. B. wegen der Einbeziehung der Frachtlinienvlüge) die Zahl der Starts und Landungen im Linienverkehr in Beziehung zur Zahl der in der gleichen Verkehrsart beförderten Passagiere, so läßt sich auf diese Weise die durchschnittliche Fluggastzahl je Flug errechnen. Während 1962 diese Kennziffer noch bei 30 Passagieren je Maschine lag, wurden 1965 bereits 40 und 1969 sogar 51 beförderte Personen je Flug ermittelt.

⁶⁾ In der hier verwendeten Aufgliederung reicht das Zahlenmaterial nur bis 1963 zurück.

3. Starts und Landungen

Ergänzend zu der allgemeinen Übersicht soll in den folgenden Abschnitten noch auf wichtige Untergliederungen der Gesamtzahlen hingewiesen und Einzelgesichtspunkte herausgearbeitet werden. Bei der Betrachtung der Flugzeugbewegungen muß man sich zunächst einmal darüber klar sein, daß hier nur die Starts und Landungen im gewerblichen Flugverkehr dargestellt worden sind, während der Werkverkehr und der übrige nichtgewerbliche Verkehr außer acht bleiben. Da diese Flüge aber den Flughafen Hamburg-Fuhlsbüttel ebenso belasten wie die im gewerblichen Verkehr, soll ihre Zahl an dieser Stelle zumindest erwähnt werden. Im Jahre 1969 kamen zu den 57 600 Starts und Landungen im gewerblichen Verkehr noch einmal 22 900 sonstige Flugzeugbewegungen hinzu, darunter 4 000 im Zusammenhang mit Schulflügen und knapp 5 100 im Werkverkehr. Rechnet man einmal alle Flugzeugbewegungen zusammen, so entfielen nicht weniger als 28 % aller Starts und Landungen auf den nichtgewerblichen Verkehr. Diese Zahl muß man berücksichtigen, wenn man sich eine zutreffende Vorstellung von der Ausnutzung des Flughafens Hamburg-Fuhlsbüttel machen will.

Linienverkehr Rückgrat des Luftverkehrs in Hamburg

Aus Tabelle 3 ist zu entnehmen, daß innerhalb des gewerblichen Luftverkehrs der Linienverkehr eindeutig dominiert. Im Jahre 1969 entfielen rund 45 100 Starts und Landungen oder etwas mehr als 78 % auf Linienmaschinen. Die zeitliche Entwicklung seit 1952⁷⁾ zeigt — von geringfügigen Schwankungen in den Jahren 1958 und 1962 abgesehen — eine stetige

Aufwärtsentwicklung, wenn auch mit verhältnismäßig schwachen jährlichen Zuwachsraten. Im Vergleich zu 1960 hat sich dadurch der Linienverkehr nur um etwa 38 % vergrößert. Gerade in diesen Zahlen spiegelt sich die zunehmende Verwendung von größeren Flugzeugen besonders deutlich wider⁸⁾. Dieser Umstand läßt sich sehr leicht dadurch belegen, daß man die Entwicklung der Flugzeugbewegungen den entsprechenden Zahlen über beförderte Fluggäste (Tabelle 5) gegenüberstellt.

Sehr viel uneinheitlicher ist dagegen die Entwicklung der Flugzeugbewegungen im Gelegenheitsverkehr gewesen. Auch hier stößt man wieder auf die politisch bedingten Sonderbewegungen (Abtransport von Flüchtlingen und Sonderfrachtverkehr mit Berlin-West) zwischen 1952 und 1957. Der Höhepunkt dieser Entwicklung lag im Jahre 1953, dem einzigen Jahr, in dem der Gelegenheitsverkehr den Linienverkehr der Zahl der Flugzeugbewegungen nach übertraf. Von da ab nahm die Zahl der Starts und Landungen im Gelegenheitsverkehr bis 1959 laufend ab. Nach einer zwischenzeitlichen Erhöhung der Gelegenheitsflüge verzeichnet das Jahr 1962 — wie schon weiter oben erwähnt — einen erheblichen „Einbruch“. Auf der Basis 1960 = 100 wird hier ein Wert von nur 84 erreicht. Von da ab steigt jedoch die Zahl der Starts und Landungen im Gelegenheitsverkehr mit erheblich höheren Zuwachsraten als im Linienverkehr. Dadurch wird 1969 eine Meßziffer von 247 erreicht, die nahezu doppelt so hoch liegt wie die vergleichbare Kennziffer im Linienverkehr (138). Die eben skizzierte Entwicklung läßt sich auch sehr deutlich ablesen an den Anteilswerten des Gelegenheitsverkehrs in Relation zur Gesamtzahl der Flugzeugbewegungen.

⁷⁾ Für die Jahre 1950 und 1951 liegt die Untergliederung in Linien- und Gelegenheitsverkehr nicht vor.
⁸⁾ Vgl. Fußnote 4).

Im Spitzenjahr des Gelegenheitsverkehrs (1953) entfielen nicht weniger als 54,3 % aller Starts und Lan-

Tabelle 3

Starts und Landungen auf dem Flughafen Hamburg-Fuhlsbüttel 1950 bis 1969 nach Verkehrsarten

Jahre	Starts und Landungen		davon im						
			Linienverkehr		Gelegenheitsverkehr				
	Anzahl	1960 = 100	Anzahl	1960 = 100	Anzahl	1960 = 100	% von Sp. 1	darunter im Pauschal-Flugreiseverkehr	
								Anzahl	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
1950.....	11 788	31
1951.....	18 424	49
1952.....	23 499	62	17 183	53	6 316	125	26,9	.	.
1953.....	37 979	101	17 362	53	20 617	407	54,3	.	.
1954.....	32 259	85	17 723	54	14 536	287	45,1	.	.
1955.....	32 449	86	19 020	58	13 429	265	41,4	.	.
1956.....	28 211	75	21 801	67	6 410	126	22,7	.	.
1957.....	30 158	80	24 597	75	5 561	110	18,4	.	.
1958.....	28 639	76	24 169	74	4 470	88	15,6	.	.
1959.....	30 537	81	26 938	82	3 599	71	11,8	.	.
1960.....	37 742	100	32 671	100	5 071	100	13,4	.	.
1961.....	41 120	109	34 896	107	6 224	123	15,1	.	.
1962.....	38 339	102	34 089	104	4 250	84	11,1	113	.
1963.....	41 378	110	35 951	110	5 427	107	13,1	275	+ 143,4
1964.....	46 641	124	38 781	119	7 860	155	16,9	589	+ 114,2
1965.....	49 054	130	40 188	123	8 866	175	18,1	1 019	+ 73,0
1966.....	52 431	139	43 850	134	8 581	169	16,4	1 246	+ 22,3
1967.....	54 969	146	46 244	142	8 725	172	15,9	1 428	+ 14,6
1968.....	54 684	145	44 261	135	10 423	206	19,1	1 827	+ 27,9
1969.....	57 614	153	45 065	138	12 549	247	21,8	2 354	+ 28,8

dungen auf diese Verkehrsart. In den Folgejahren sank der Anteil des Gelegenheitsverkehrs kontinuierlich auf nur noch 11,1 % im Jahre 1962 ab. Von da an konnte der Gelegenheitsverkehr seine Anteilswerte jedoch zunehmend erhöhen und erreichte 1969 bereits wieder einen nahezu doppelt so hohen Anteil (21,8 %).

Höchste Zuwachsraten im Pauschalflugreiseverkehr

Eine der interessantesten und vor allem bei der Passagierbeförderung in den letzten Jahren zunehmend immer wichtiger werdende Verkehrsart innerhalb des Gelegenheitsverkehrs ist der Pauschalflugreiseverkehr. Diese Verkehrsart wird seit 1965 gesondert nachgewiesen. Bei den Zahlen über Starts und Landungen läßt sich die Zeitreihe sogar bis 1962 zurückverfolgen. Tabelle 3 zeigt sehr anschaulich, wie explosionsartig sich der Pauschalflugreiseverkehr besonders in den Jahren zwischen 1962 bis 1965 entwickelt hat. Aber auch in der Folgezeit liegen die Zuwachsraten dieser Verkehrsart noch erheblich über denen des Gelegenheitsverkehrs insgesamt, vom Linienverkehr ganz zu schweigen. So wurden in den letzten vier Jahren durchschnittlich Zuwachsraten von rund 25 % erzielt. Da gerade im Pauschalflugreiseverkehr eine verhältnismäßig hohe Auslastung der Flugzeuge zu verzeichnen ist⁹⁾, werden wir bei der Behandlung des Passagieraufkommens noch erheblich höhere Steigerungsraten erwarten können.

⁹⁾ Die Berechnung der durchschnittlichen Fluggastzahl im Pauschalflugreiseverkehr ergibt folgende Werte:

1965: 48, 1966: 52, 1967: 57, 1968: 62 und 1969: 71. Im Jahre 1969 wurde damit ein wesentlich höherer Durchschnittswert errechnet als beispielsweise im Linienverkehr (51). Da in beiden Verkehrsarten in etwa mit den gleichen Flugzeugtypen geflogen wird, deutet dies auf eine erheblich bessere Auslastung hin, was im übrigen auch durchaus den Erwartungen entspricht.

4. Fluggäste

Das wohl mit Abstand wichtigste Kriterium für die Leistungsfähigkeit eines Flughafens stellt nach wie vor das Passagieraufkommen dar. Da die Globalentwicklung bereits ausführlich im Gesamtüberblick dargestellt wurde, sollen an dieser Stelle nur einige ergänzende Gesichtspunkte herausgearbeitet werden.

Zunächst einmal zeigt Tabelle 4 im Zeitablauf die Zusammensetzung des Fluggastaufkommens aus Zustiegern und Aussteigern in Hamburg sowie aus Transitpassagieren. Zustieger und Aussteiger umfassen gewissermaßen das örtliche Passagieraufkommen einschließlich der Umsteiger, die in Hamburg ihren Flug wechseln. Unter Transit sind alle diejenigen Passagiere erfaßt, die ihren Flug nach einer Zwischenlandung in Hamburg unter der gleichen Flugnummer fortsetzen. Diese Passagiere werden dabei nur einmal gezählt.

Betrachtet man das Verhältnis von Zustiegern zu Aussteigern, so ist aus Tabelle 4 ersichtlich, daß in der Zeit zwischen 1950 und 1961 der ankommende Passagierverkehr deutlich überwiegt, eine Folge des Abtransports von Flüchtlingen aus West-Berlin nach Hamburg. Legt man nur das örtliche Passagieraufkommen zugrunde, so wurden 1953 — dem Höhepunkt dieser Entwicklung — knapp 61 % aller Fluggäste in der Ankunft und nur 39 % im ausgehenden Verkehr gezählt. Noch im Jahre 1961 übertraf die Zahl der Aussteiger die der Zustieger in Hamburg um rund 30 000. Vom Jahre 1962 ab ist dagegen das Verhältnis in beiden Verkehrsrichtungen ungefähr ausgewogen, wenn man von gewissen unvermeidlichen Schwankungen, die zum Teil durch zeitliche Abgrenzung bestimmt sind, absieht.

Tabelle 4

Der Personenverkehr¹⁾ des Flughafens Hamburg-Fuhlsbüttel 1950 bis 1969

Jahre	Fluggäste insgesamt		davon							
			örtliches Passagieraufkommen					Transitverkehr		
			Zustieger	Aussteiger		zusammen				
	1000	1960 = 100	1000	1000	% v. Sp. 6	1000	1960 = 100	1000	1960 = 100	% v. Sp. 1
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1950.....	128	14	50	60	54	110	13	18	28	13,8
1951.....	212	22	86	100	54	186	21	26	41	12,3
1952.....	256	27	90	127	59	218	25	38	59	15,0
1953.....	355	37	127	195	61	322	36	33	52	9,2
1954.....	344	36	142	167	54	310	35	34	53	9,8
1955.....	450	48	188	219	54	408	46	42	66	9,4
1956.....	534	56	232	254	52	486	55	48	75	9,0
1957.....	605	64	275	290	51	566	64	39	61	6,5
1958.....	651	69	295	315	52	610	69	41	64	6,3
1959.....	739	78	335	349	51	684	78	54	84	7,4
1960.....	947	100	428	455	52	883	100	64	100	6,8
1961.....	1 029	109	464	495	52	959	109	70	109	6,8
1962.....	1 121	118	533	531	50	1 064	121	57	89	5,1
1963.....	1 327	140	637	633	50	1 271	144	56	88	4,2
1964.....	1 475	156	718	712	50	1 430	162	45	70	3,1
1965.....	1 748	185	852	847	50	1 698	192	50	78	2,9
1966.....	1 893	200	916	913	50	1 829	207	64	100	3,4
1967.....	2 089	221	1 007	1 000	50	2 007	227	82	128	3,9
1968.....	2 314	244	1 118	1 109	50	2 228	252	87	136	3,7
1969.....	2 649	280	1 268	1 269	50	2 537	287	112	175	4,2

Abweichungen bei den Summen beruhen auf Rundung.

¹⁾ einschließlich Transit.

Tabelle 5

Der Personenverkehr¹⁾ des Flughafens Hamburg-Fuhlsbüttel 1962 bis 1969 nach Verkehrsarten

Jahre	Fluggäste insgesamt		davon im						
			Linienverkehr		Gelegenheitsverkehr				
					1000	1962 = 100	% v. Sp. 1	darunter im Pauschalflugreiseverkehr	
	1000	= 100	1000	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
1962.....	1 064	100	1 023	100	41	100	3,8	.	.
1963.....	1 271	119	1 248	122	23	56	1,8	.	.
1964.....	1 430	134	1 359	133	70	171	4,9	.	.
1965.....	1 698	160	1 600	156	98	239	5,8	48	.
1966.....	1 829	172	1 720	168	109	266	6,0	65	+ 35,2
1967.....	2 007	189	1 875	183	132	322	6,6	82	+ 25,3
1968.....	2 228	209	2 052	201	176	429	7,9	113	+ 37,8
1969.....	2 537	238	2 299	225	238	580	9,4	166	+ 47,0

Abweichungen bei den Summen beruhen auf Rundung.
¹⁾ ohne Transit.

Schwächere Entwicklung des Transitverkehrs

Der Transitverkehr auf dem Flughafen Hamburg-Fuhlsbüttel ist zwar seit Beginn der statistischen Nachweisungen ebenfalls laufend angestiegen; seine Entwicklung ist jedoch deutlich langsamer verlaufen als beim örtlichen Passagieraufkommen. Während 1950 rund 18 000 Transitfluggäste gezählt wurden, betrug ihre Zahl im Jahre 1969 112 000. Der Transitverkehr hat sich damit nur gut versechsfacht, während im gleichen Zeitraum das örtliche Passagieraufkommen auf das 23fache angestiegen ist. Diese Entwicklung sieht auch nicht viel anders aus, wenn man das Jahr 1960 zugrunde legt. Auf der Basis dieses Jahres hat der Transitverkehr eine Meßziffer von 175 erreicht, während die vergleichbare Meßziffer für das örtliche Passagieraufkommen bei 287 lag.

Dadurch sank die relative Bedeutung des Transitaufkommens für den Flughafen Hamburg-Fuhlsbüttel von knapp 14 % im Jahre 1950 auf weniger als 3 % im Jahre 1965 ab. In den letzten Jahren scheint sich die Entwicklung jedoch langsam zu ändern, so daß 1969 immerhin schon wieder 4,2 % des gesamten Passagieraufkommens auf Transitverkehr entfielen. Ob sich dieser Trend allerdings fortsetzen wird, muß die nähere Zukunft zeigen.

90 % des Passagieraufkommens im Linienverkehr

Tabelle 5 bringt eine der interessantesten Untergliederungen des Fluggastaufkommens, nämlich die in Linienverkehr und Gelegenheitsverkehr. Leider liegt das vorhandene Zahlenmaterial in dieser Gliederung erst seit dem Jahre 1962 vor, so daß für die folgenden Ausführungen nur der verhältnismäßig kurze Zeitraum von 8 Jahren zur Verfügung steht. Um Mißverständnissen vorzubeugen, sei an dieser Stelle bereits darauf hingewiesen, daß abweichend von den bisherigen Darstellungen in Tabelle 4 nur das Fluggastaufkommen ohne Transit zugrunde gelegt werden kann.

Tabelle 5 zeigt sehr anschaulich, in welchem Ausmaß — und zwar weitaus stärker als bei den Starts und Landungen — der Passagierverkehr des Flughafens Hamburg-Fuhlsbüttel von den regelmäßigen Flugliniendiensten bestimmt wird. Von den insgesamt

etwas mehr als 2,5 Millionen Fluggästen des Jahres 1969 wurden ziemlich genau 2,3 Millionen im Linienverkehr abgefertigt. Das entsprach einem Anteil von mehr als 90 %. Die zeitliche Entwicklung seit 1962 läßt erkennen, daß in den letzten acht Jahren sich das Linienverkehrsaufkommen etwas mehr als verdoppelt hat. Setzt man das Jahr 1962 = 100, so kann für das Jahr 1969 eine Kennziffer von 225 errechnet werden.

Vergleicht man diese Entwicklung mit der des Gelegenheitsverkehrs, so ergibt sich, daß im gleichen Zeitraum der Gelegenheitsverkehr fast auf das Sechsfache angestiegen ist. Dabei darf allerdings nicht vergessen werden, daß sich der sehr viel steilere Anstieg auf einem erheblich niedrigeren Niveau vollzogen hat. Das rapide Anwachsen des Gelegenheitsverkehrs ist in erster Linie auf die rasante Entwicklung der Flugtouristik zurückzuführen. Während die im Gelegenheitsverkehr enthaltenen Rundflüge, Foto- und Reklameflüge ebenso wie der Bedarfsverkehr von der Zahl der beförderten Fluggäste her gesehen kaum ins Gewicht fallen, haben der Charterverkehr und vor allem der Pauschalflugreiseverkehr seit Anfang der 60er Jahre einen erheblichen Aufschwung genommen. Die beiden zuletzt genannten Verkehrsarten weisen in gewissem Umfang ähnliche Züge auf. Sie unterscheiden sich vor allem dadurch, daß beim Charterverkehr der Gruppencharakter der Reise entscheidend ist, während beim Pauschalflugreiseverkehr eine Beförderung zu Urlaubszwecken ohne Gruppencharakter (also Einzelbuchungen) vorliegt.

Flugtourismus mit hohen Zuwachsraten

Wenn auch ein Teil des Touristenverkehrs mit Chartermaschinen durchgeführt wird, dürfte der Pauschalflugreiseverkehr doch der hauptsächliche Träger des Urlaubsverkehrs sein. In Tabelle 5 sieht man sehr deutlich, welche starke Aufwärtsentwicklung der Pauschalflugreiseverkehr, der erst seit 1965 nachgewiesen wird, in den letzten fünf Jahren genommen hat. Seit dem Jahre 1965, in dem 48 000 Reisende im Ferienpauschalverkehr gezählt wurden, ist das Beförderungsaufkommen dieser Verkehrsart auf das Dreieinhalbfache im Jahre 1969 (166 000) angestie-

Tabelle 6

Der ausgehende Personenverkehr des Flughafens Hamburg-Fuhlsbüttel 1962 bis 1969

Jahre	Zusteiger insgesamt		darunter mit Reiseziel Ausland							
			insgesamt			davon				
	1000	1962 = 100	1000	1962 = 100	% v. Sp. 1	im Direktverkehr ¹⁾			mit Umsteigen ²⁾	
						1000	1962 = 100	% v. Sp. 3	1000	1962 = 100
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1962.....	533	100	208	100	39,0	187	100	89,8	21	100
1963.....	637	120	247	119	38,8	214	114	86,6	33	156
1964.....	718	135	276	133	38,4	232	124	84,1	44	206
1965.....	852	160	315	151	37,0	267	143	84,8	48	225
1966.....	916	172	356	171	38,8	299	160	84,0	57	268
1967.....	1 007	189	394	189	39,1	333	178	84,7	60	284
1968.....	1 118	210	450	216	40,3	381	204	84,7	69	324
1969.....	1 268	238	494	237	39,0	432	231	87,2	63	296

Abweichungen bei den Summen beruhen auf Rundung.

¹⁾ einschließlich Umsteiger aus dem Inland. — ²⁾ auf anderen deutschen Flughäfen mit Reiseziel Ausland.

gen. Die dabei erzielten jährlichen Zuwachsraten lagen im Mittel bei rund 35 %. In diesen fünf Jahren ist der Pauschalflugreiseverkehr zum bestimmenden Faktor innerhalb des Gelegenheitsverkehrs geworden. Während 1965 weniger als die Hälfte aller im Gelegenheitsverkehr beförderten Passagiere auf den Pauschalflugreiseverkehr entfielen, waren es 1969 bereits 70 %. Würde man den Pauschalflugreiseverkehr aus dem Gelegenheitsverkehr herausnehmen, so hätte sich der restliche Gelegenheitsverkehr weit aus schwächer entwickelt, selbst als beispielsweise der Linienverkehr. Trotz dieser günstigen Entwicklung muß angemerkt werden, daß das Passagieraufkommen im Pauschalflugreiseverkehr im Vergleich zu der Mehrzahl der anderen deutschen Flughäfen verhältnismäßig gering ist¹⁰⁾.

Wenn auch der Gelegenheitsverkehr im Rahmen des Gesamtaufkommens noch eine relativ bescheidene Rolle spielt, so darf doch nicht übersehen werden, daß sein Anteil am gesamten Fluggastaufkommen im Jahre 1963 nur knapp 2 % betrug, während er 1969 bereits 9,4 % auf sich vereinen konnte. Die Entwicklung der letzten Jahre und die Vorausschätzungen der Experten deuten darauf hin, daß ein schnelles Ende der günstigen Entwicklung des Pauschalflugreiseverkehrs noch nicht abzusehen ist. Es ist daher zu vermuten, daß die Bedeutung des Gelegenheitsverkehrs in den nächsten Jahren noch erheblich zunehmen wird.

Parallelentwicklung zwischen Inlands- und Auslandsverkehr

Die beiden Tabellen 6 und 7 sowie Schaubild 2 befassen sich vorwiegend mit dem Auslandsverkehr des Flughafens Hamburg-Fuhlsbüttel. Gerade für einen Großflughafen ist es besonders interessant, die Zusammensetzung seines Fluggastaufkommens aus Inlands- und Auslandsverkehr zu kennen, da auch hier ein Indiz für die weltweite Bedeutung eines Flughafens zu sehen ist. Bei der statistischen Darstellung der Verflechtung zwischen Flughäfen bzw. Ländern gibt es im Prinzip zwei Darstel-

lungsmöglichkeiten, die sich durch die Behandlung des Umsteigeverkehrs unterscheiden. Bei der Darstellung nach Streckenzielflughäfen bzw. -ländern wird jeweils nur der Flugweg in der Maschine, in die der Fluggast zuerst eingestiegen ist, zugrundegelegt. Bei der Darstellung nach Endzielflughäfen bzw. -ländern wird der gesamte Reiseweg betrachtet. Ein Flug von Hamburg mit Umsteigen in Frankfurt nach New York würde bei der Streckendarstellung in Hamburg als Inlandsflug zwischen Hamburg und Frankfurt und in Frankfurt als Auslandsflug nach New York registriert. Bei der Darstellung nach Endzielländern wird der gleiche Tatbestand als Flug zwischen Hamburg und USA gewertet, während dieser Passagier in Frankfurt nicht noch einmal gezählt wird. In den folgenden Ausführungen ist im Prinzip der Darstellung nach Endzielländern der Vorzug gegeben worden. Allerdings ist in diese Gliederung nach Endzielländern auch der Verkehr einbezogen worden, der von anderen deutschen Flughäfen kommend über ein Umsteigen in Hamburg ins Ausland weitergeht. Bei konsequenter Anwendung des Endzielprinzips hätte dieser Teil des Passagieraufkommens eigentlich unberücksichtigt bleiben müssen. Uns kam es jedoch mehr auf eine vollständige Einbeziehung aller von Hamburg abfliegenden Fluggäste an. Aus Tabelle 6 ist aber gleichzeitig auch erkennbar, wie viele Fluggäste direkt von Hamburg aus ins Ausland geflogen sind und wie groß der Anteil derjenigen war, die das ausländische Endziel erst nach Umsteigen auf einem weiteren Flughafen erreicht haben. Als Besonderheit muß noch erwähnt werden, daß aus technischen Gründen der Ausweis der gesamten Flugreise nur bei den abfliegenden Passagieren möglich ist. In der Ankunft könnte dagegen nur die Streckenherkunft erfaßt werden. Aus diesem Grunde wird in den folgenden Tabellen 6 und 7 nur der ausgehende Personenverkehr des Flughafens Hamburg-Fuhlsbüttel zugrundegelegt. Es ist jedoch nicht anzunehmen, daß der ankommende Flugverkehr eine wesentlich andere Struktur zeigen würde.

Der Tabelle 6 ist zu entnehmen, daß sich auf der Basis von 1962 = 100 der Auslandsverkehr in nahezu dem gleichen Umfang entwickelt hat wie die Gesamtzahl der Zusteiger in Hamburg. Der Maßziffer von 238 für den gesamten ausgehenden Personenverkehr steht im Auslandsverkehr eine Maßziffer von

¹⁰⁾ Legt man die Zahl der im Pauschalflugreiseverkehr abgeflogenen Fluggäste zugrunde, so lag Hamburg 1968 mit 56 400 Passagieren hinter Düsseldorf (264 000), Frankfurt (248 400), München (134 200), Berlin (80 500), Stuttgart (65 000) und Hannover (62 000) erst an siebter Stelle der zehn deutschen Großflughäfen.

237 gegenüber. Diese Zahlen zeigen also an, daß zwischen Inlands- und Auslandsverkehr eine fast völlige Parallelentwicklung stattgefunden hat. Allerdings läßt sich auch erkennen, daß der Direktverkehr des Flughafens Hamburg-Fuhlsbüttel mit dem Ausland in den letzten acht Jahren sich geringfügig schwächer entwickelt hat. Hier ist die Zahl der von Hamburg direkt ins Ausland fliegenden Fluggäste nur auf 231 % gegenüber 1962 gestiegen. Entsprechend stärker hat sich die Zahl der Fluggäste erhöht, die ihr ausländisches Reiseziel erst nach einem nochmaligen Umsteigen auf einem anderen deutschen Flughafen erreicht haben. Ihre Zahl hat sich von 21 000 (1962) auf rund 63 000 im Jahre 1969 auf das Dreifache erhöht. Hierzu hat die starke Konzentration des deutschen Flugverkehrs in Frankfurt sicherlich ebenso beigetragen wie die Tatsache, daß das überwiegende Angebot von Pauschalflugreisen ihren Ausgangspunkt von Düsseldorf und Frankfurt nimmt. Durch diese – zahlenmäßig allerdings nicht sehr bedeutsame – Umschichtung, ist der Anteil des Direktverkehrs im gesamten Auslandsverkehr von knapp 90 % im Jahre 1962 auf 87 % (1969) gesunken.

Durch die erwähnte Parallelentwicklung bedingt, ist der Anteil des Auslandsverkehrs am gesamten ausgehenden Passagierverkehr in den letzten acht Jahren mit ganz geringfügigen Schwankungen nahezu konstant geblieben und betrug 1969 bei knapp 500 000 Fluggästen mit ausländischen Reisezielen 39 % des Gesamtaufkommens.

Im Inlandsverkehr Berlin dominierend

Ergänzend zu den bisherigen Ausführungen gibt Tabelle 7 einen Überblick über die Verflechtung des

Flugverkehrs zwischen Hamburg und den wichtigsten innerdeutschen Flughäfen bzw. den wichtigsten Endzielländern im Ausland. Im Inlandsverkehr entfiel 1969 nahezu die Hälfte des gesamten ausgehenden Passagieraufkommens (384 000) auf den Verkehr zwischen Hamburg und Berlin. Dieser hohe Anteilswert ist zweifelsohne zu einem erheblichen Teil durch die Insellage Berlins und die häufig gestörten und auch umständlichen und zeitraubenden Landverbindungen zu dieser Stadt zurückzuführen. Erst mit relativ großem Abstand folgt der Verkehr mit Frankfurt (21 %), Düsseldorf (10 %) und München (7 %) auf den weiteren Plätzen. Ein etwas anderes Bild gewinnt man, wenn man vor allem die Veränderungen zwischen 1962 und 1969 näher betrachtet. Zwar hat auch hier der Berlinverkehr mit rd. 204 000 Passagieren den größten absoluten Zuwachs vor Frankfurt mit 114 000, das relative Wachstumstempo ist jedoch weitaus langsamer verlaufen als im Verkehr zwischen Hamburg und den meisten anderen deutschen Großflughäfen. Während 1962 und 1969 der gesamte Inlandsverkehr des Flughafens Hamburg-Fuhlsbüttel um 138 % gewachsen ist, wurde im Verkehr mit Berlin mit 113 % eine nur unterdurchschnittliche Wachstumsrate erzielt. Spitzenreiter in dieser Betrachtung ist der Flugverkehr mit Frankfurt (+ 235 %) vor den Relationen Hamburg-München (+ 216 %), Hamburg-Stuttgart (+ 199 %) und Hamburg-Düsseldorf (+ 147 %).

Zwar sollte man nicht der Gefahr erliegen, über den hohen Zuwachsraten das absolute zahlenmäßige Gewicht auf den jeweiligen Flugstrecken zu übersehen, auf der anderen Seite aber deutet sich doch ein langsamer Umschichtungsprozeß in der Weise an, daß

Tabelle 7

Der ausgehende Personenverkehr des Flughafens Hamburg-Fuhlsbüttel 1962 und 1969 nach deutschen Endziellflughäfen bzw. nach Endzielländern

Endziellflughäfen bzw. Endzielländer	1962		1969		Veränderung zwischen 1962 und 1969	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	% v. Sp. 1
	1	2	3	4	5	6
Bundesrepublik	325 050	100	774 344	100	+ 449 294	+ 138,2
Düsseldorf	30 671	9,4	75 633	9,8	+ 44 962	+ 146,6
Köln-Bonn	21 005	6,5	34 791	4,5	+ 13 786	+ 65,6
Frankfurt	48 528	14,9	162 467	21,0	+ 113 939	+ 234,8
Stuttgart	10 575	3,3	31 565	4,1	+ 20 990	+ 198,5
München	16 262	5,0	51 379	6,6	+ 35 117	+ 215,9
Berlin	179 980	55,4	383 878	49,6	+ 203 898	+ 113,3
Ausland	208 249	100	494 104	100	+ 285 855	+ 137,3
Europa	184 715	88,7	422 050	85,4	+ 237 335	+ 128,5
Finnland	14 200	6,8	19 699	4,0	+ 5 499	+ 38,7
Schweden	17 253	8,3	27 262	5,5	+ 10 009	+ 58,0
Norwegen	7 534	3,6	17 994	3,6	+ 10 460	+ 138,8
Dänemark	25 056	12,0	44 278	9,0	+ 19 222	+ 76,7
Großbritannien	34 712	16,7	67 611	13,7	+ 32 899	+ 94,8
Niederlande	28 031	13,5	55 861	11,3	+ 27 830	+ 99,3
Belgien u. Luxemburg	7 663	3,7	15 251	3,1	+ 7 588	+ 99,0
Frankreich	15 535	7,5	29 763	6,0	+ 14 228	+ 91,6
Spanien	9 180	4,4	61 104	12,4	+ 51 924	+ 565,6
Schweiz	12 230	5,9	24 585	5,0	+ 12 355	+ 101,0
Italien	6 155	3,0	19 421	3,9	+ 13 266	+ 215,5
Amerika	17 051	8,2	43 832	8,9	+ 26 781	+ 157,1
USA	14 059	6,8	34 827	7,0	+ 20 768	+ 147,7
Afrika	1 990	1,0	7 414	1,5	+ 5 424	+ 272,6
Asien	4 080	2,0	19 030	3,9	+ 14 950	+ 366,4
Japan	1 639	0,8	10 398	2,1	+ 8 759	+ 534,4
Australien	413	0,2	1 778	0,4	+ 1 365	+ 330,5
Insgesamt	533 299		1 268 448		+ 735 149	+ 137,8

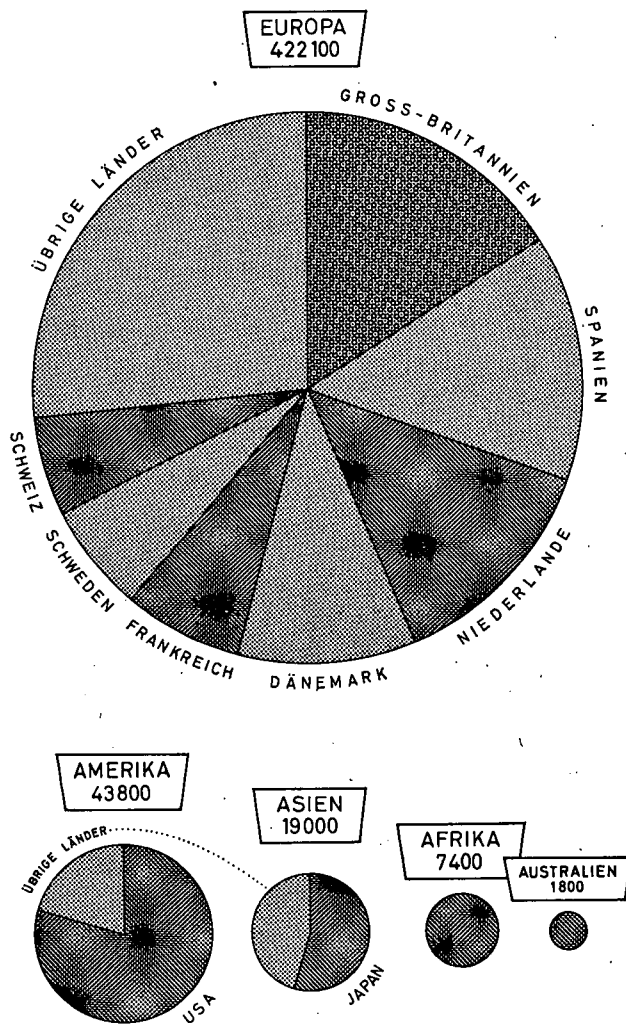
insbesondere der Verkehr zwischen Hamburg und Frankfurt immer größere Bedeutung — in erster Linie zu Lasten des Berlinverkehrs — erlangen wird.

Im Auslandsverkehr Großbritannien und Spanien vorn

Besonders interessant ist natürlich die Zusammensetzung des Auslandsverkehrs. Insgesamt hat sich — wie bereits weiter oben ausgeführt wurde — der Auslandsverkehr ähnlich stark wie der Inlandsverkehr entwickelt und erreichte 1969 494 000 Passagiere. Gliedert man zunächst verhältnismäßig grob nach Erdteilen, so entfallen allein mehr als 85 % (422 000) auf Reiseziele in Europa, während Amerika mit 9 % vor Asien (4 %) mit großem Abstand folgt. Allerdings hat sich zwischen 1962 und 1969 der interkontinentale Flugverkehr weitaus stärker entwickelt als der Verkehr zwischen Hamburg und europäischen Reisezielen. Im Zuge dieser Entwicklung ist der Anteil des Europa-Verkehrs am gesamten Auslandsverkehr des Flughafens Hamburg-Fuhlsbüttel von 89 % im Jahre 1962 auf etwas mehr als 85 % (1969) zurückgegangen, während sich entsprechend die amerikanischen und fernöstlichen Reiseländer verbessern konnten.

Schaubild 2

Der ausgehende Passagierverkehr des Flughafens Hamburg-Fuhlsbüttel mit dem Ausland 1969 nach Erdteilen



Statistisches Landesamt Hamburg (h)

Innerhalb der europäischen Länder nahm Großbritannien mit knapp 68 000 Passagieren im ausgehenden Personenverkehr Hamburgs die Spitzenposition ein, dicht gefolgt von Spanien mit 61 000 Fluggästen. Danach folgten die Niederlande (56 000) und Dänemark (44 000). Interessant ist jedoch auch hier ein Vergleich der Veränderungen bei den genannten Ländern zwischen 1962 und 1969. Bei dieser Betrachtungsweise lag Spanien mit einem Zuwachs von knapp 52 000 Fluggästen mit großem Abstand vorn, gefolgt von Großbritannien (+ 33 000) und den Niederlanden (+ 28 000). Während im Verkehr zwischen Hamburg und Großbritannien, den Niederlanden und auch Dänemark der Geschäftsverkehr eine sehr starke Rolle spielen dürfte, wird der Verkehr zwischen Hamburg und Spanien wohl fast ausschließlich Urlaubsreiseverkehr sein. Insofern ist es nicht weiter verwunderlich, daß sich der Flugverkehr mit Spanien zwischen 1962 und 1969 fast versechsfacht hat. Hierzu haben neben den attraktiven Festlandzielen auch die Flugziele auf den Kanarischen Inseln und vor allem auf Mallorca, die sich beim deutschen Besucher besonders hoher Publikumsgegnst erfreuen, beigetragen. Etwas überraschend ist, daß im Länderkatalog der Tabelle 7, in den alle Endzielländer mit mehr als 10 000 Passagieren im ausgehenden Personenverkehr aufgenommen worden sind, die von deutschen Besuchern auch stark frequentierten Balkanländer Jugoslawien, Bulgarien und Rumänien nicht enthalten. Sie lagen mit jeweils zwischen 7 000 und 8 000 Fluggästen knapp unterhalb der gesetzten Grenze.

Betrachtet man abschließend die relativen Veränderungen zwischen 1962 und 1969, so fällt auf, daß neben den interkontinentalen Reisezielen in Europa nur Spanien, Italien und Norwegen überdurchschnittliche Zuwachsraten aufweisen. Die geringsten positiven Veränderungsdaten wurden bei der Gruppe der skandinavischen Endzielländer (mit Ausnahme von Norwegen) verzeichnet.

5. Luftfracht und Luftpost

In Tabelle 8 ist zunächst einmal die Zusammensetzung des Luftfracht- und des Luftpostaufkommens aus Empfang, Versand und Transit in zeitlicher Entwicklung nachgezeichnet. Im Luftfrachtverkehr überwiegt dabei zwischen 1950 und 1964 der Empfang ziemlich eindeutig, wobei die extrem hohen Werte zu Beginn bis Mitte der 50er Jahre auffallen, was seine Erklärung jedoch vor allem in dem politisch stark beeinflussten Berlin-Verkehr dieser Zeit findet. Ein verhältnismäßig großer Teil von in Berlin produzierten Gütern wurde damals per Flugzeug nach Hamburg transportiert. So entfielen beispielsweise im Spitzenjahr 1953 von den 45 400 t Luftfracht, die auf dem Flughafen Hamburg-Fuhlsbüttel eingeflogen wurden, nicht weniger als 44 000 t allein auf den Berlin-Verkehr.

Versand überwiegt seit 1965

Mit der zunehmenden Verlagerung dieses besonderen Frachtverkehrs auf den Flughafen Hannover-Langenhagen gleichen sich in den folgenden Jahren die Zahlen für Versand und Empfang immer mehr an, wobei zunächst ein gleichmäßiges Wachstum der Versandseite einhergeht mit einer ständigen Verringerung des Empfangs. Ab 1959 steigt zwar auch der

Tabelle 8

Der Luftfracht- und Luftpostverkehr¹⁾ des Flughafens Hamburg-Fuhlsbüttel 1950 bis 1969

Jahre	Luftfracht							Luftpost						
	Insgesamt	davon						Insgesamt	davon					
		Empfang		Versand		Transit			Empfang		Versand		Transit	
		t	t	% v. Sp. 1	t	% v. Sp. 1	t		% v. Sp. 1	t	t	% v. Sp. 8	t	% v. Sp. 8
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
1950.....	2 945 ²⁾	2 241	76,1	704	23,9	.	.	618 ²⁾	428	69,3	190	30,7	.	.
1951.....	8 898 ²⁾	7 554	84,9	1 344	15,1	.	.	802 ²⁾	524	65,3	278	34,7	.	.
1952.....	24 380 ²⁾	22 796	93,5	1 584	6,5	.	.	896 ²⁾	534	59,6	362	40,4	.	.
1953.....	48 508	45 368	93,5	2 053	4,2	1 087	2,2	1 223	532	43,5	420	34,3	271	22,2
1954.....	34 708	30 471	87,8	3 121	9,0	1 116	3,2	1 406	602	42,8	532	37,8	272	19,3
1955.....	15 578	10 851	69,7	2 969	2,0	1 758	11,3	1 476	650	44,0	606	41,1	220	14,9
1956.....	14 479	9 161	63,3	3 006	20,8	2 312	16,0	1 351	596	44,1	644	47,7	111	8,2
1957.....	10 724	5 943	55,4	2 964	27,6	1 817	16,9	1 450	673	46,4	670	46,2	107	7,4
1958.....	8 015	3 307	41,3	3 189	39,8	1 519	18,9	1 526	709	46,5	684	44,8	133	8,7
1959.....	9 393	3 754	40,0	3 711	39,5	1 928	20,5	1 804	800	44,3	792	43,9	212	11,8
1960.....	11 999	5 280	44,0	4 646	38,7	2 073	17,3	2 100	895	42,6	944	45,0	261	12,4
1961.....	13 353	6 107	45,7	5 003	37,5	2 243	16,8	2 647	1 108	41,9	1 240	46,8	299	11,3
1962.....	12 583	5 594	44,5	4 985	39,6	2 004	15,9	4 298	1 767	41,1	2 049	47,7	482	11,2
1963.....	14 332	5 994	41,8	5 867	40,9	2 471	17,2	4 543	1 983	43,6	2 310	50,8	250	5,5
1964.....	14 919	6 397	42,9	5 831	39,1	2 691	18,0	4 865	2 151	44,2	2 529	52,0	185	3,8
1965.....	17 014	6 931	40,7	7 042	41,4	3 041	17,9	5 194	2 214	42,6	2 751	53,0	229	4,4
1966.....	20 909	7 856	37,6	9 150	43,8	3 903	18,7	5 836	2 452	42,0	3 034	52,0	350	6,0
1967.....	23 648	8 484	35,9	10 489	44,3	4 675	19,8	6 132	2 529	41,2	3 186	52,0	417	6,8
1968.....	27 267	10 135	37,2	12 596	46,2	4 536	16,6	6 841	2 868	41,9	3 500	51,2	473	6,9
1969.....	31 525	11 578	36,7	13 770	43,7	6 177	19,6	7 591	3 073	40,5	3 877	51,1	641	8,4

Abweichungen bei den Summen beruhen auf Rundung.
¹⁾ einschließlich Transit. — ²⁾ ohne Transit.

Luftfrachtempfang des Hamburger Flughafens wieder an, jedoch nicht so stark wie die gegenläufige Verkehrsrichtung. Dadurch übertrifft 1965 der Versand erstmals den Empfang, eine Entwicklung, die im Zeitablauf immer deutlicher wird und bei einem wirtschaftlichen Ballungszentrum vom Range Hamburgs auch den Erwartungen entspricht.

Auch der Transitverkehr hat in Hamburg erhebliche Bedeutung. Bis 1959 hat er ständig zugenommen und erreichte in diesem Jahr gut 20 % des gesam-

ten Luftfrachtaufkommens. Seit diesem Jahr hat sich der Transit mit gewissen Schwankungen auf diesem Niveau gehalten.

Im Luftpostverkehr lassen sich ähnliche Entwicklungstendenzen wie bei der beförderten Luftfracht erkennen, nur daß hier der Versand schon früher — nämlich seit dem Jahre 1960 — die Gegenrichtung übertrifft. Angemerkt sei auch noch, daß in der Luftpostbeförderung der Transit eine weitaus geringere Rolle spielt und 1969 nur etwa 8 % ausmachte.

Tabelle 9

Der Luftfrachtverkehr¹⁾ des Flughafens Hamburg-Fuhlsbüttel 1969 nach ausgewählten Güterhauptgruppen

Güterhauptgruppen	Luftfracht							
	Insgesamt		davon					
			Empfang			Versand		
	t	%	t	%	% v. Sp. 1	t	%	% v. Sp. 1
	1	2	3	4	5	6	7	8
Früchte, Gemüse	232,0	1,0	226,0	2,1	97,4	6,0	0,0	2,6
Pflanzliche und tierische Rohstoffe	947,5	4,1	769,0	7,3	81,2	178,5	1,4	18,8
Genußmittel	171,0	0,7	113,2	1,1	66,2	57,8	0,5	33,8
Fleisch, Eier, Milch	473,3	2,0	354,3	3,4	74,9	119,0	0,9	25,1
NE-Metalle, -Halbzeug	162,3	0,7	151,2	1,4	93,2	11,1	0,1	6,8
Chemische Erzeugnisse	651,1	2,8	287,5	2,7	44,2	363,6	2,9	55,8
Fahrzeuge	710,1	3,1	341,7	3,2	48,1	368,4	2,9	51,9
Elektrotechnische Erzeugnisse, Maschinen	4 930,5	21,3	1 641,4	15,6	33,3	3 289,1	26,2	66,7
Leder- und Textilwaren	1 766,3	7,6	1 319,7	12,5	74,7	446,6	3,6	25,3
Sonstige Halb- und Fertigwaren	7 315,9	31,7	2 340,2	22,2	32,0	4 975,7	39,6	68,0
Besondere Transportgüter (Sammel- und Stückgut)	5 093,9	22,0	2 671,4	25,4	52,4	2 422,5	19,3	47,6
Insgesamt	23 103,3	100	10 534,1	100	45,6	12 569,2	100	54,4

¹⁾ ohne Transit.

Hochwertige Halb- und Fertigwaren als bedeutsamste Luftfrachtgüter

Ergänzend zu dem bisher Gesagten gibt Tabelle 9 einen Überblick über die Struktur der Luftfracht im Jahre 1969. Da hier — ebenso wie in Tabelle 10 — Zahlenmaterial verwendet wurde, das aus nach Endzielgesichtspunkten aufgestellten Tabellen entstammt, sind gewisse Abweichungen der Summen zu Tabelle 8 nicht zu vermeiden, ganz abgesehen davon, daß hier der Transit unberücksichtigt bleiben muß.

In Tabelle 9 sind die für die Luftfrachtbeförderung wichtigsten Güterhauptgruppen ausgewiesen. Auf die hier genannten elf Positionen entfielen 1969 nicht weniger als 97 % des gesamten Güteraufkommens. Dabei sind in beiden Verkehrsrichtungen elektrotechnische Erzeugnisse und Maschinen, sonstige Halb- und Fertigwaren sowie Sammel- und Stückgut dominierend. Allein auf diese drei Güterhauptgruppen entfielen im Versand 85 % und im Empfang 63 %. Im Güterermpfang Hamburgs spielen außerdem auch noch Lederwaren und Textilien mit 13 % der insgesamt eingeflogenen Gütermengen, hochwertige Nahrungs- und Genußmittel zur Versorgung der Stadt (insgesamt 7 %) sowie tierische und pflanzliche Rohstoffe mit ebenfalls 7 % eine gewisse Rolle.

Auslandsverkehr eindeutig an der Spitze

Die Gliederung des Frachtverkehrs nach innerdeutschen Flughäfen sowie nach Endzielländern im Ausland (Tabelle 10) läßt zunächst einmal erkennen, daß — anders als im Passagierverkehr — hier der Warenaustausch mit dem Ausland eindeutig überwiegt. 1969 entfielen nicht weniger als 70 % (16 100 t) der gesamten Luftfracht auf den Verkehr mit ausländischen Flughäfen, während der Inlandsverkehr nur 30 % auf sich vereinigen konnte. Gliedert man noch zusätzlich nach Verkehrsrichtungen, so bestand der Empfang des Flughafens Hamburg-Fuhlsbüttel sogar zu 75 % aus Gütern des Auslands (Versand: 66 %).

Innerhalb der Bundesrepublik ist nach wie vor Berlin mit 58 % des gesamten Inlandsverkehrs (mehr als 4 000 t) für Hamburg der wichtigste Partner. Diese Verkehrsrelation ist allerdings sehr ungleichgewichtig, da einem Versand von rd. 3 000 t ein Empfang von nur 1 000 t gegenübersteht. Hinter Berlin folgen erst mit großem Abstand die Flughäfen Frankfurt (16 %) und Düsseldorf (9 %) auf den nächsten Plätzen.

Hoher Anteil des interkontinentalen Frachtverkehrs

Bei der Untergliederung des Auslandsverkehrs muß zunächst einmal festgehalten werden, daß hier die

Tabelle 10

Der Luftfrachtverkehr¹⁾ des Flughafens Hamburg-Fuhlsbüttel 1969 nach deutschen Endziellflughäfen bzw. Endzielländern

Endziellflughäfen bzw. Endzielländer	Luftfracht							
	Insgesamt		davon					
			Empfang			Versand		
	t	%	t	%	% v. Sp. 1	t	%	% v. Sp. 1
	1	2	3	4	5	6	7	8
Bundesrepublik	7 016,6	100	2 686,6	100	38,3	4 330,0	100	61,7
Düsseldorf	624,9	8,9	389,0	14,5	62,2	235,9	5,4	37,8
Köln-Bonn	399,7	5,7	247,5	9,2	61,9	152,2	3,5	38,1
Frankfurt	1 145,0	16,3	646,8	24,1	56,5	498,2	11,5	43,5
Stuttgart	180,2	2,6	94,2	3,5	52,3	86,0	2,0	47,7
München	383,5	5,5	179,2	6,7	46,7	204,3	4,7	53,3
Berlin	4 054,8	57,8	1 043,1	38,8	25,7	3 011,7	69,6	74,3
Ausland	16 086,7	100	7 847,5	100	48,8	8 239,2	100	51,2
Europa	7 582,2	47,1	3 851,9	49,1	50,8	3 730,3	45,3	49,2
Finnland	152,2	0,9	39,5	0,5	26,0	112,7	1,4	74,0
Schweden	361,2	2,2	131,1	1,7	36,3	230,1	2,8	63,7
Norwegen	192,4	1,2	76,2	1,0	39,6	116,2	1,4	60,4
Dänemark	981,1	6,1	327,3	4,2	33,4	653,8	7,9	66,6
Großbritannien	2 290,5	14,2	1 341,6	17,1	58,6	948,9	11,5	41,4
Niederlande	442,7	2,8	186,3	2,4	42,1	256,4	3,1	57,9
Belgien u. Luxemburg	330,4	2,1	158,4	2,0	47,9	172,0	2,1	52,1
Frankreich	748,4	4,7	464,0	5,9	62,0	284,4	3,5	38,0
Spanien	415,7	2,6	198,0	2,5	47,6	217,7	2,6	52,4
Schweiz	431,3	2,7	211,1	2,7	48,9	220,2	2,7	51,1
Italien	599,5	3,7	394,0	5,0	65,7	205,5	2,5	34,3
Amerika	5 824,2	36,2	2 389,8	30,5	41,0	3 434,4	41,7	59,0
Kanada	552,8	3,4	104,1	1,3	18,8	448,7	5,4	81,2
USA	4 765,8	29,6	2 185,2	27,8	45,9	2 580,6	31,3	54,1
Afrika	508,3	3,2	167,2	2,1	32,9	341,1	4,1	67,1
Asien	2 120,6	13,2	1 427,1	18,2	67,3	693,5	8,4	32,7
Israel	230,7	1,4	110,2	1,4	47,8	120,5	1,5	52,2
Iran	248,5	1,5	171,5	2,2	69,0	77,0	0,9	31,0
Hongkong	401,0	2,5	383,4	4,9	95,6	17,6	0,2	4,4
Japan	665,8	4,1	459,3	5,9	69,0	206,5	2,5	31,0
Australien	51,3	0,3	11,5	0,1	22,4	39,8	0,5	77,6
Insgesamt	23 103,3		10 534,1		45,6	12 569,2		54,4

¹⁾ ohne Transit.

überseeischen Länder eine ganz erhebliche Rolle spielen. So hat innerhalb des Frachtaufkommens mit dem Ausland der Europaverkehr „nur“ einen Anteil von 47 %, so daß die übrigen Erdteile mit 53 % überwiegen. Allein 5 800 t wurden 1969 im Amerika-Verkehr befördert (36 % des Auslandsverkehrs), wobei der größte Teil erwartungsgemäß auf die USA entfiel (30 %). Überraschend intensiv ist aber auch die Verflechtung im Luftfrachtverkehr mit den asiatischen Ländern. In diesen Relationen wurden mehr als 2 100 t beförderter Güter registriert, was einem Anteil von über 13 % im Auslandsverkehr des Flughafens Hamburg-Fuhlsbüttel entspricht. Die bedeutendsten Partnerländer in Fernost sind dabei Japan und die britische Kronkolonie Hongkong, wobei der Empfang aus beiden Ländern eindeutig überwiegt.

Innerhalb der europäischen Länder ist für Hamburg der Verkehr mit Großbritannien mengenmäßig am bedeutsamsten. Knapp 2 300 t oder 14 % des gesamten Auslandsverkehrs entfielen auf den Austauschverkehr zwischen Hamburg und den britischen Flughäfen. Mit 6 % des Frachtaufkommens mit dem Ausland folgte Dänemark vor Frankreich (5 %) und einer Vielzahl weiterer europäischer Länder auf dem nächsten Rang.

6. Vergleich mit der Entwicklung im Bund

In den bisherigen Kapiteln ist dargelegt worden, in welchem Ausmaß der Luftverkehr auf dem Flughafen Hamburg-Fuhlsbüttel in der Nachkriegszeit angestiegen ist. Es wurde jedoch verschiedentlich bereits angedeutet, daß trotzdem die Entwicklung des gewerblichen Luftverkehrs in Hamburg — so positiv sie auch zu beurteilen ist — doch merklich hinter der Steigerung der Verkehrsleistungen im Bundesgebiet insgesamt zurückgeblieben ist. Um beim Leser einen falschen Eindruck zu vermeiden, werden wir abschlie-

Bend zu diesem Beitrag die Entwicklung zwischen Hamburg und dem Bund kritisch vergleichen und einige der wichtigsten Gründe für das Zurückbleiben hinter der Bundesentwicklung darlegen müssen.

In Tabelle 11 ist daher für die vier wichtigsten Leistungsgrößen die Hamburger Entwicklung der des Bundesgebietes gegenübergestellt worden. Die Zahlen für den Bund wurden dabei aus der Addition der Verkehrsleistungen auf den Flughäfen des Bundesgebiets gewonnen. Sie enthalten also alle Mehrfachzählungen, die einmal durch Umsteigen, zum andern aber auch im innerdeutschen Verkehr dadurch entstehen, daß der Abflug eines Passagiers auf dem einen Flughafen ebenso gezählt wird wie seine Ankunft auf einem anderen. Da es bei dem Vergleich jedoch in erster Linie auf die relative Betrachtungsweise ankommt, kann diese „Aufblähung“ des Zahlenmaterials in Kauf genommen werden. Diese Darstellungsweise mußte gewählt werden, damit vergleichbares Zahlenmaterial bis 1951 zurückverfolgt werden konnte. Hinzu kommt, daß nur auf diese Weise der Anteil Hamburgs an den Verkehrsleistungen des Bundesgebiets insgesamt korrekt wiedergegeben werden kann.

Schlechtere Entwicklung im Passagier- und vor allem im Luftfrachtverkehr

Aus Tabelle 11 kann entnommen werden, daß bei einem Vergleich zwischen Hamburg und dem Bundesgebiet — ausgehend vom Jahre 1951 — bei allen hier betrachteten Verkehrsleistungen der Anteil Hamburgs laufend zurückgegangen ist, und zwar in einem ganz beachtlichen Ausmaß. So verringerte sich die Anteilsquote Hamburgs beim Passagieraufkommen von 17,5 % im Jahre 1951 auf 10,0 % (1969). Noch stärker war der Rückgang bei der Luftpost sowie bei den Starts und Landungen, bei denen heute

Tabelle 11

Der gewerbliche Luftverkehr¹⁾ im Bundesgebiet und auf dem Flughafen Hamburg-Fuhlsbüttel 1951 bis 1969

Jahre	Starts und Landungen			Fluggäste			Luftfracht			Luftpost		
	Bundesgebiet		% v. Sp. 1	Bundesgebiet		% v. Sp. 4	Bundesgebiet		% v. Sp. 7	Bundesgebiet		% v. Sp. 8
	1000	1000		1000	1000		t	t		t	t	
	1	2		4	5		7	8		10	11	
1951.....	85,2	18,4	21,6	1 063,7	185,8	17,5	48 368	8 898	18,4	6 134	802	13,1
1952.....	109,3	23,5	21,5	1 435,9	217,5	15,1	72 185	24 380	33,8	7 148	896	12,5
1953.....	161,2	38,0	23,6	2 289,3	322,2	14,1	116 483	47 421	40,7	8 298	952	11,5
1954.....	162,1	32,3	19,9	2 149,2	309,9	14,4	96 482	33 592	34,8	9 807	1 134	11,6
1955.....	191,4	32,4	16,9	2 865,3	407,6	14,2	89 884	13 820	15,4	11 330	1 256	11,1
1956.....	209,3	28,2	13,5	3 569,7	486,3	13,6	78 726	12 167	15,5	12 105	1 240	10,2
1957.....	241,8	30,2	12,5	4 073,1	565,6	13,9	61 895	8 907	14,4	13 027	1 343	10,3
1958.....	262,6	28,6	10,9	4 765,4	610,4	12,8	49 853	6 496	13,0	14 324	1 393	9,7
1959.....	306,4	30,5	10,0	5 422,6	684,5	12,6	65 540	7 465	11,4	16 990	1 592	9,4
1960.....	364,4	37,7	10,4	7 019,4	882,7	12,6	85 600	9 926	11,6	21 514	1 839	8,5
1961.....	392,4	41,1	10,5	7 795,2	959,2	12,3	110 052	11 110	10,1	30 589	2 348	7,7
1962.....	399,1	38,3	9,6	9 251,7	1 063,9	11,5	117 840	10 579	9,0	46 559	3 816	8,2
1963.....	428,0	41,4	9,7	10 880,8	1 270,6	11,7	133 880	11 861	8,9	54 321	4 293	7,9
1964.....	458,5	46,6	10,2	12 490,1	1 429,5	11,4	152 763	12 228	8,0	61 122	4 680	7,7
1965.....	498,6	49,1	9,8	15 313,7	1 698,1	11,1	192 554	13 973	7,3	66 675	4 965	7,4
1966.....	529,5	52,4	9,9	16 915,3	1 829,1	10,8	238 969	17 006	7,1	73 884	5 486	7,4
1967.....	564,3	55,0	9,7	18 744,6	2 007,2	10,7	268 571	18 973	7,1	79 125	5 715	7,2
1968.....	533,3	54,7	10,3	21 413,2	2 227,6	10,4	332 742	22 731	6,8	87 146	6 368	7,3
1969.....	561,4	57,6	10,3	25 488,8	2 537,2	10,0	410 491	25 348	6,2	94 430	6 950	7,4

¹⁾ ohne Transit.

nur noch 7,4 % bzw. 10,3 % des Bundesergebnisses auf Hamburg entfielen (1951: 13,1 bzw. 21,6 %). Am stärksten ist jedoch das relative Zurückbleiben hinter der Bundesentwicklung im Luftfrachtverkehr. Hier sank der Anteil Hamburgs von 18,4 % auf ein Drittel (6,2 %) im Jahre 1969 ab.

Bei dieser vergleichenden Betrachtung ist jedoch zu berücksichtigen, daß 1951 als Ausgangsjahr nicht besonders gut geeignet ist. Wie bereits mehrfach erwähnt, ist der hohe Anteil Hamburgs in allen Verkehrsleistungen zu Beginn der 50er Jahre weitgehend bedingt gewesen durch den außergewöhnlich starken Berlin-Verkehr, der weitgehend als Folge politischer Einflüsse zu sehen ist. Insofern kann die Entwicklung im Laufe der 50er Jahre nicht mit nor-

malen Maßstäben gemessen werden. Es entspricht daher viel besser den Gegebenheiten, wenn man das Jahr 1960 als Ausgangspunkt wählt. Es zeigt sich allerdings auch auf der Basis dieses Jahres sehr deutlich, daß Hamburg bei fast allen Verkehrsleistungen hinter der Bundesentwicklung zurückgeblieben ist. Eine Ausnahme bilden lediglich die Flugzeugbewegungen, bei denen der Flughafen Hamburg-Fuhlsbüttel seinen Anteil in den letzten zehn Jahren halten konnte. Beim Passagieraufkommen dagegen verringerte sich der Anteilswert Hamburgs etwa um ein Fünftel (von 12,6 % auf 10,0 %). Etwas günstiger war die Entwicklung im Luftpostverkehr, bei dem die Quote Hamburgs „nur“ von 8,5 % auf 7,4 % zurückging. Weitaus am stärksten waren die Einbußen Hamburgs dagegen im Luftfrachtaufkommen. Hier ging die quantitative Bedeutung des Flughafens Hamburg in den letzten zehn Jahren auf etwa die Hälfte zurück und 1969 wurde nur noch ein Wert von 6,2 % des Bundesergebnisses erzielt (gegenüber 11,6 % im Jahre 1960). In Meßziffern auf der Basis 1960 = 100 ausgedrückt, stieg das Fluggastaufkommen im Bund auf 363 % an, während in Hamburg nur ein Wert von 287 erzielt wurde. Ganz ähnlich war die Zahlenrelation im Luftpostaufkommen (439 % : 378 %). Schließlich steht einer knappen Ver fünffachung des Luftfrachtaufkommens im gesamten Bundesgebiet (480 %) in Hamburg nur ein Anstieg auf das Zweieinhalbfache (255 %) gegenüber.

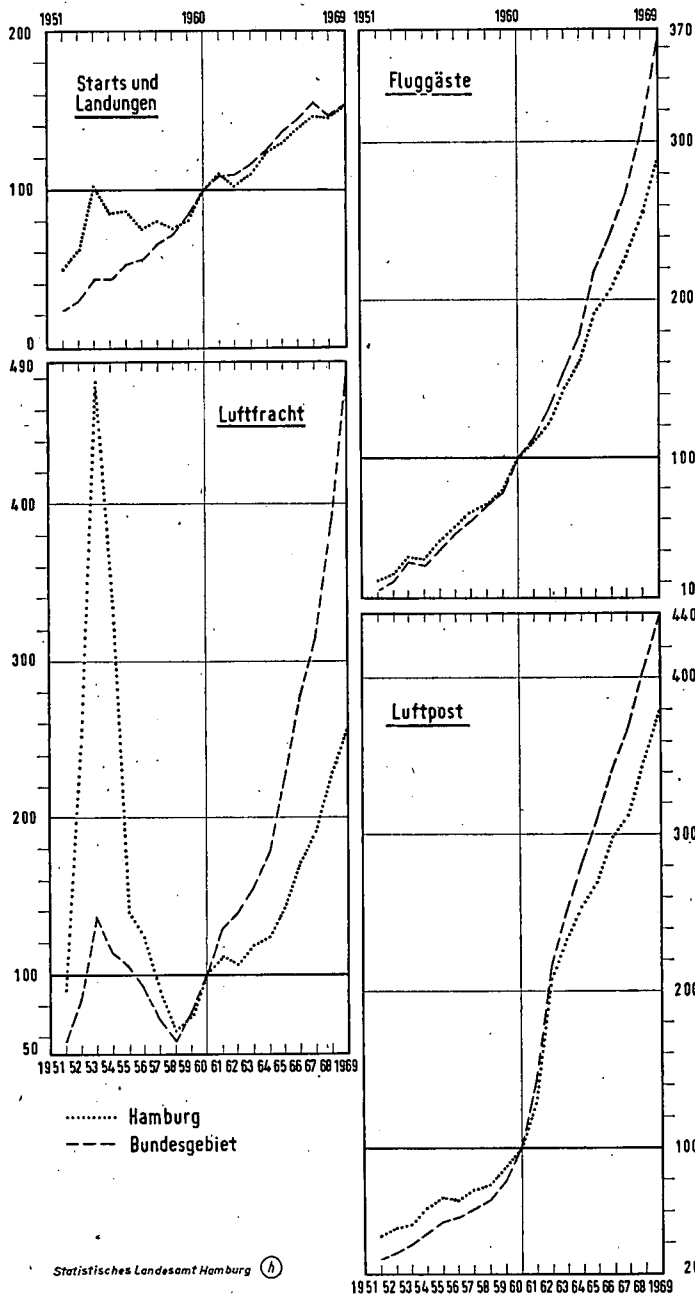
Besser noch als die eben behandelte Zahlenübersicht vermag das Schaubild 3 die unterschiedliche Entwicklung des gewerblichen Luftverkehrs zwischen Hamburg und dem Bundesgebiet wiederzugeben. In dieser Graphik ist aus den erwähnten Gründen das Jahr 1960 = 100 gesetzt worden. Hier ist sehr anschaulich ablesbar, daß vor diesem Zeitpunkt als Folge des teilweise unter politischen Aspekten zu sehenden Berlin-Verkehrs die Entwicklung des Flughafens Hamburg-Fuhlsbüttel stets über der Bundesgebietes lag. Aus der zeichnerischen Darstellung wird jedoch ersichtlich, daß nach der „Normalisierung“ Ende der 50er Jahre nur noch bei der Zahl der Starts und Landungen in etwa eine Parallelentwicklung zwischen Bund und Hamburg festzustellen ist. In allen anderen Leistungsgrößen — besonders extrem im Luftfrachtaufkommen — bleibt die Hamburger Entwicklung dagegen in zunehmendem Ausmaß hinter der des gesamten Bundesgebietes zurück.

Gründe für diese Entwicklung

Der wohl wichtigste Grund für das vergleichsweise ungünstigere Abschneiden des Flughafens Hamburg-Fuhlsbüttel hängt mit seinem Einzugsbereich zusammen. Der Hamburger Flughafen bedient zwar flächenmäßig ein recht ausgedehntes Gebiet, das außer Hamburg selbst ganz Schleswig-Holstein und den nördlichen Teil von Niedersachsen umfaßt. Das Bevölkerungsvolumen dieses Teils von Norddeutschland ist jedoch mit maximal 4,8 bis 5 Millionen Einwohnern anzusetzen, und ist damit erheblich geringer als das der weitaus dichter besiedelten Gebiete im Rhein-Main-Raum oder im Ruhrgebiet. Da bei der heutigen Einkommensentwicklung nahezu alle Einwohner als potentielle Fluggäste in Frage kommen, sind allein vom Bevölkerungspotential ihres Einzugsbereiches her gesehen die Flugplätze in Düsseldorf, Köln-Bonn,

Schaubild 3

Der gewerbliche Luftverkehr im Bundesgebiet und auf dem Flughafen Hamburg-Fuhlsbüttel 1951 bis 1969
1960 = 100



München und vor allem in Frankfurt hinsichtlich der Passagierbeförderung erheblich mehr begünstigt als Hamburg.

In etwas abgewandelter Form gilt das gleiche Argument aber auch für die Luftfracht. Es besteht wohl kaum ein Zweifel darüber, daß vor allem das Ruhrgebiet und das Rhein-Main-Gebiet erheblich größere industrielle Ballungen aufweisen als sie im Einzugsbereich des Hamburger Flughafens anzutreffen sind. Abgesehen von der industriellen Konzentration in und unmittelbar um Hamburg und vereinzelt kleineren Industriekernen ist das restliche Einzugsgebiet überwiegend landwirtschaftlich strukturiert. Da die Luftfracht aber vor allem aus hochwertigen industriellen Halb- und Fertigwaren besteht, wird man etwas vereinfachend wohl sagen können, daß ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen der Größe des Luftfrachtaufkommens und dem Ausmaß der industriellen Konzentration im Einzugsbereich besteht. Selbstverständlich muß in diesem Zusammenhang auch die Branchenstruktur der ansässigen Industrie berücksichtigt werden, da die massengutverarbeitenden Industrien für den Luftfrachtverkehr nahezu ausscheiden. Auch dieser Gesichtspunkt dürfte kaum zugunsten Hamburgs sprechen. Vor allem aber muß auch erwähnt werden, daß die industriellen Ballungen im Einzugsbereich der bisher genannten Flughäfen nicht nur größer sind, sondern daß ihr wirtschaftliches Wachstum durchschnittlich günstiger verlaufen ist als im Hamburger Raum.

Nicht unerwähnt bleiben darf in diesem Zusammenhang auch die Randlage Hamburgs innerhalb der Bundesrepublik. Zwar spielen Entfernungen im Luftverkehr nicht ganz die Rolle wie bei den andern Verkehrsträgern, da zumindest im Urlaubsverkehr jedoch die weit überwiegende Mehrheit der Flugtouristen in Richtung Süden fliegt, resultieren hieraus für die Zustieger in Hamburg durchaus spürbare Kostennachteile. Vor allem aber ist daran zu denken, daß zentral liegende Flughäfen aus vielerlei Gründen allein durch ihre Lage stark begünstigt werden. Diese Flugplätze werden — bei sonst gleichen Voraussetzungen — in

aller Regel häufiger angefliegen und verfügen dadurch über ein dichteres Liniennetz, da im Normalfall von hier aus die Anschlußverbindungen, sei es wiederum mit dem Flugzeug oder mit einem anderen Verkehrsträger, besser sind als von Flugplätzen in der Randzone. Das gilt in verstärktem Ausmaß, wenn eine Luftverkehrsgesellschaft innerhalb eines Landes nur einen einzigen Flughafen bedient. Dies führt seinerseits wieder dazu, daß sich hier neben dem „Eigenverkehr“ zusätzlich ein starker Umsteige- bzw. Umladeverkehr entwickelt.

Wenn dann — wie im Falle Frankfurt — die zentrale Lage im Bundesgebiet noch zusammenfällt mit einem an Bevölkerung und wirtschaftlichem Wachstum gleichermaßen starkem Einzugsbereich, so sind alle Voraussetzungen gegeben, die den Rhein-Main-Flughafen zu dem beherrschenden Faktor im deutschen Luftverkehr gemacht haben. 1969 entfielen rund 30 % des gesamten Passagieraufkommens, 55 % des Luftpost- und nicht weniger als 63 % des Luftfrachtumschlags auf den Frankfurter Flughafen. Man wird also wohl davon ausgehen müssen, daß die Verkehrsentwicklung in Frankfurt selbst das Bundesergebnis noch ganz erheblich beeinflußt. Damit aber ist gleichzeitig die Problematik umrissen, die zwangsläufig einen Vergleich mit der durchschnittlichen Bundesentwicklung anhaftet. Ein Vergleich der Entwicklung auf dem Hamburger Flughafen mit der der übrigen deutschen Flugplätze würde in dieser Hinsicht sicherlich ein differenzierteres Bild ergeben. Bei dieser Gelegenheit könnten dann in ausreichendem Maße die Besonderheiten der einzelnen Flughäfen berücksichtigt werden. So ist bei München seine Lage am Rande eines ausgedehnten Fremdenverkehrszentrums, im Falle Hannover die Sonderstellung im Verkehr mit Berlin ebenso zu berücksichtigen wie für Hamburg die günstige geographische Lage für den Skandinavienverkehr und die Vorteile, die daraus resultieren, daß Hamburg ein bedeutender Unternehmenssitz und gleichzeitig Deutschlands größter Handelsplatz ist. Eine Untersuchung hierüber würde jedoch den Rahmen dieses Beitrags sprengen.

7. Zusammenfassung

An der stürmischen Aufwärtsentwicklung des Luftverkehrs in der Nachkriegszeit hat auch der Flughafen Hamburg-Fuhlsbüttel teilgenommen. Mit mehr als 2,6 Millionen Fluggästen, mit 31 500 t Luftfracht und 7 600 t Luftpost im Jahre 1969 gehört der Hamburger Flughafen zu den bedeutendsten Großflughäfen der Bundesrepublik und lag beim Passagieraufkommen hinter Frankfurt, Berlin und Düsseldorf an vierter, in der Beförderung von Fracht und Post sogar an dritter Stelle. Auch die Zahl von 82 Luftverkehrsgesellschaften, die im vorigen Jahr Hamburg anfliegen, unterstreicht seine Bedeutung im internationalen Flugnetz.

Das Passagieraufkommen ist seit 1950 von 128 000 auf über 2,6 Mio Fluggäste um das 20fache gestiegen. Ein Ende dieser Entwicklung ist vorläufig nicht abzusehen. Es ist zu vermuten, daß bereits 1970 die 3-Millionen-Grenze erreicht oder nur knapp unterschritten wird.

Im Luftfrachtverkehr war die beförderte Gütermenge in den 50er Jahren weitgehend bestimmt durch Sondereinflüsse im Berlin-Verkehr, die zunächst einen extrem starken Anstieg und danach einen fast ebenso starken Rückgang bewirkten. Seit 1962 ist jedoch auch hier ein dem Passagierverkehr ähnliches, kontinuierliches Wachstum zu beobachten. Die relativ stärksten Steigerungsraten werden seit 1960 im Luftpostverkehr verzeichnet, eine Folge des ab 1961 eingeführten Nachtluftpostdienstes der Lufthansa.

Die Entwicklung der Verkehrsleistungen ist vor dem Hintergrund einer raschen technischen Fortentwicklung zu sehen, die zu immer größeren und schnelleren Flugzeugen geführt hat. Aus diesem Grunde ist die Zahl der

Starts und Landungen in Hamburg-Fuhlsbüttel auch weit weniger stark angestiegen. Im Vergleich zu 1950 hat sie sich „nur“ etwa verfünffacht, auf der Basis 1960 ist ihre Zahl sogar nur um etwas mehr als die Hälfte gestiegen.

Der Linienverkehr bildet eindeutig das Rückgrat des Luftverkehrs auf dem Hamburger Flughafen. 1969 entfielen nicht weniger als 78 % aller Flugzeugbewegungen und 90 % des gesamten Fluggastaufkommens auf diese Verkehrsart. Allerdings hat in den letzten zehn Jahren der Gelegenheitsverkehr immer mehr an Boden gewonnen. Dies ist vor allem auf die rapide Ausdehnung des Flugtourismus seit Beginn der 60er Jahre zurückzuführen, was sich vor allem im Pauschalflugreiseverkehr niederschlägt, der in den letzten Jahren im Durchschnitt jährliche Steigerungsraten von rund 35 % aufwies. 1969 wurden bereits 166 000 Fluggäste im Pauschalflugreiseverkehr gezählt (70 % des gesamten Gelegenheitsverkehrs).

Vom gesamten ausgehenden Passagieraufkommen entfielen 1969 61 % (774 000) auf den reinen Inlandverkehr, während bei 39 % der Fluggäste das Reiseziel im Ausland lag. Für beide Teilgruppen wurden dabei seit 1962 fast gleiche Steigerungsraten errechnet. Im Inlandsverkehr flog 1969 knapp die Hälfte (384 000) aller Passagiere in der Relation Hamburg-Berlin. Die Flughäfen Frankfurt (21 %), Düsseldorf (10 %) und München (7 %) folgten erst mit großem Abstand. Allerdings ist die relative Bedeutung der zuletzt genannten Flugplätze für Hamburg in den letzten Jahren ständig gestiegen.

Von den 494 000 Fluggästen im Auslandsverkehr wurden mehr als 85 % nach europäischen Ländern befördert, nur 9 % nach Amerika und 4 % nach Asien. Es ist jedoch anzumerken, daß sich der interkontinentale Passagierverkehr erheblich stärker entwickelt hat als der europäische, ohne jedoch schon ein erhebliches Gewicht erreicht zu haben. Innerhalb Europas waren Großbritannien mit 68 000 Fluggästen vor Spanien mit 61 000 (fast ausschließlich Urlaubsverkehr) die für Hamburg bedeutsamsten Länder.

Beim Güteraufkommen des Hamburger Flughafens dominieren erwartungsgemäß hochwertige Halb- und Fertigwaren. Bemerkenswert ist, daß bei der Luftfracht der Auslandsverkehr mit 70 % eindeutig überwiegt. Etwas überraschend ist auch die starke Stellung der überseeischen Länder. 1969 entfielen nur 47 % des gesamten Auslandsverkehrs auf Europa – wobei auch hier Großbritannien die Spitzenposition innehatte. 53 % des Frachtverkehrs mit dem Ausland waren dagegen auf andere Erdteile ausgerichtet. Allein 36 % wurden im Verkehr mit Amerika (30 % USA) abgewickelt. Auch fernöstliche Länder wie Japan und die britische Kronkolonie Hongkong erzielten noch nennenswerte Ergebnisse. Hier tritt die Bedeutung des Flugverkehrs als Mittel des Zeitgewinnes bei der Güterbeförderung über weite Entfernungen besonders deutlich hervor.

Allerdings darf trotz der vielen positiven Aspekte nicht übersehen werden, daß die Entwicklung des Luftverkehrs auf dem Flughafen Hamburg-Fuhlsbüttel doch merklich hinter der des Bundesgebiets insgesamt zurückgeblieben ist. Hierbei ist neben der Randlage Hamburgs zu berücksichtigen, daß der Einzugsbereich des Hamburger Flughafens über ein vergleichsweise geringeres Bevölkerungspotential verfügt als die Flughäfen in Düsseldorf, Köln-Bonn, München und vor allem in Frankfurt. Für die Entwicklung im Frachtverkehr kommt hinzu, daß im Einzugsbereich der genannten Flughäfen auch die industriellen Konzentrationen größer sind und daß das wirtschaftliche Wachstum dieser Regionen insgesamt günstiger verlaufen ist als in den zu einem erheblichen Teil landwirtschaftlich strukturierten Gebieten Norddeutschlands.

Hans-Eckhard Stegen

Die Ausstattung der Hamburger Haushalte mit ausgewählten langnutzbaren Gebrauchsgütern

- Ergebnisse aus dem Grundinterview der Einkommens- u. Verbrauchsstichprobe 1969 -

Nachdem im September-Heft 1969 dieser Zeitschrift Angaben über die Struktur der am Grundinterview der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969 beteiligten 1 936 Hamburger Haushalte und ihre Vermögensbildung¹⁾ veröffentlicht wurden, wird im folgenden über die Ausstattung dieser Haushalte mit ausgewählten langnutzbaren Gebrauchsgütern berichtet. Die hier angeführten Gebrauchsgüter stellen nur eine begrenzte Auswahl dar, die aus erhebungstechnischen Gründen getroffen werden mußte. Es handelt sich um den gleichen Warenkatalog, der auch dem Grundinterview 1962 zugrunde lag. Die ausgewählten Gebrauchsgüter lassen sich den drei großen Bereichen

- Haushaltsführung
- Bildung und Unterhaltung sowie
- Verkehr und Nachrichtenübermittlung

zuordnen. In dieser Reihenfolge wird der Ausstattungsgrad der Hamburger Haushalte zu Beginn der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969 betrachtet, und zwar in Zusammenhang mit der Haushaltsgröße, der sozialen Stellung des Haushaltsvorstands und der Höhe des Haushaltseinkommens. Allerdings dürfen bei dieser Aufgliederung nicht die teilweise engen Wechselbeziehungen zwischen den verschiedenen Haushaltsmerkmalen übersehen werden; das gilt beispielsweise für die Kombination „1-Personen-Haushalte / Nichterwerbstätige (zumeist Rentner) / niedriges Haushaltseinkommen“. Abschließend wird in diesem Beitrag die Ausstattung der Hamburger Haushalte 1962 und 1969 verglichen²⁾.

85 % der Haushalte besitzen einen Kühlschrank

Am besten ausgestattet waren die erfaßten Hamburger Haushalte bei den Gebrauchsgütern für die Haushaltsführung mit Staubsaugern und Kühlschränken: 93 % bzw. 85 % aller Haushalte besaßen diese Geräte (Tabelle 1). Einen geringeren Ausstattungsgrad (81 % bzw. 63 %) hatten nur die 1-Personen-Haushalte. Er erklärt sich aus der spezifischen Struktur dieser Gruppe. Es handelt sich vorwiegend um Haushalte mit geringem Einkommen, von denen 50 % bereits 60 Jahre und älter sind. Hinsichtlich der Ausstattung mit Kühlschränken wirkt sich die Tatsache aus, daß die „Lagerhaltung“ bei diesen Haushalten keine große Rolle spielt³⁾. Mit steigender Haushaltsgröße nimmt jedoch der Bedarf an Kühlschränken deutlich zu. So stieg der Anteil von 88 % bei den 2-Personen-Haushalten bis zu 96 %

Tabelle 1

Die Ausstattung der am Grundinterview der EVS¹⁾ 1969 beteiligten Hamburger Haushalte mit ausgewählten langnutzbaren Gebrauchsgütern nach der Haushaltsgröße

Art der Gebrauchsgüter	Von jeweils 100 Haushalten verfügten ... über die nebenstehenden Gebrauchsgüter					
	Haushalte insgesamt	davon mit ... Personen				
		1	2	3	4	5 und mehr
	1	2	3	4	5	6
Für die Haushaltsführung						
Kühlschrank	85	63	88	95	96	91
Tiefkühltruhe, -schrank	5	1	4	7	10	10
Geschirrspülmaschine	3	0	1	4	4	15
Elektrisches Grillgerät	9	6	9	10	9	11
Elektrische Küchenmaschine ..	28	11	28	33	36	48
Elektrische Nähmaschine ..	39	19	38	48	56	45
Mechanische Nähmaschine ..	24	24	26	24	22	27
Elektrischer Heimbügler	9	2	7	12	18	24
Elektrische Waschmaschine mit eingebauter Schleuder ²⁾ ..	25	7	26	32	34	47
ohne eingebaute Schleuder ...	20	8	21	24	32	26
Elektrische Wäscheschleuder	35	18	38	39	46	44
Staubsauger ...	93	81	96	97	98	95
Für Bildung und Unterhaltung						
Fernsehgerät ..	75	58	78	82	82	76
Radio	81	79	80	82	82	78
Plattenspieler ..	43	33	38	49	54	53
Tonbandgerät ..	27	9	23	39	45	31
Phonokombination mit Fernsehgerät	5	4	5	5	6	6
ohne Fernsehgerät	17	10	15	19	24	26
Fotoapparat ...	75	48	72	89	95	89
Schmalfilmkamera	8	2	7	14	11	9
Projektionsapparat für Dia	27	10	27	35	40	36
Schmalfilme ..	7	2	7	10	9	10
Für Verkehr und Nachrichtenübermittlung						
Personenkraftwagen	42	14	37	56	63	66
Motorrad, Moped, Mofa ...	2	1	1	3	4	5
Fahrrad	44	14	32	64	77	73
Telefon	68	58	69	73	71	77

¹⁾ Vgl. hierzu: „Die Struktur der Hamburger Haushalte und ausgewählte Formen der Vermögensbildung — Ergebnisse aus dem Grundinterview der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969 —“. — In: Hamburg in Zahlen, Jg. 1969, September-Heft S. 232 ff.

²⁾ Über die Ausstattung der Haushalte im Jahre 1962 vgl. „Die Ausstattung Hamburger Haushalte mit langnutzbaren Gütern — Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962 —“. — In: Hamburg in Zahlen, Jg. 1964, August-Heft, S. 234 ff.

³⁾ Für viele in Untermiete geführte 1-Personen-Haushalte dürfte überdies die Möglichkeit gegeben sein, geringe Mengen leichtverderblicher Lebensmittel in Kühlschränken der Hauptmieter zu verwahren.

¹⁾ EVS = Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. — ²⁾ einschließlich Automat.

Tabelle 2

Die Ausstattung der am Grundinterview der EVS¹⁾ 1969 beteiligten Hamburger Haushalte mit ausgewählten langnutzbaren Gebrauchsgütern nach der sozialen Stellung der Haushaltsvorstände

Art der Gebrauchsgüter	Von jeweils 100 Haushalten verfügten ... über die nebenstehenden Gebrauchsgüter				
	Soziale Stellung des Haushaltsvorstands				
	Selbst- ständige	Beamte	Ange- stellte	Arbeiter	Nichter- erwerbs- tätige
	1	2	3	4	5
Für die Haushalts- führung					
Kühlschrank	90	93	89	90	74
Tiefkühltruhe, -schrank	12	6	5	7	2
Geschirrspülmaschine ..	12	4	3	1	0
Elektrisches Grillgerät.	15	6	10	7	8
Elektrische					
Küchenmaschine	41	40	32	26	20
Elektrische					
Nähmaschine	45	46	50	39	26
Mechanische					
Nähmaschine	23	26	19	22	31
Elektrischer Heimbügler	18	12	9	11	5
Elektrische					
Waschmaschine					
mit eingebauter					
Schleuder ²⁾	40	36	31	25	15
ohne eingebaute					
Schleuder	17	24	19	29	15
Elektrische					
Wäscheschleuder	27	39	32	45	31
Staubsauger	97	94	94	95	90
Für Bildung und Unterhaltung					
Fernsehgerät	77	72	71	86	69
Radio	88	81	82	75	83
Plattenspieler	55	53	50	43	31
Tonbandgerät	37	36	33	31	15
Phonokombination					
mit Fernsehgerät ...	6	6	7	3	4
ohne Fernsehgerät ..	18	21	15	27	9
Fotoapparat	89	89	85	82	54
Schmalfilmkamera	15	9	12	6	4
Projektionsapparat für					
Dia	36	43	34	27	15
Schmalfilme	14	7	11	5	3
Für Verkehr und Nachrichten- Übermittlung					
Personenkraftwagen ..	69	53	49	53	17
Motorrad, Moped, Mofa	3	—	1	5	1
Fahrrad	54	69	48	57	23
Telefon	93	83	77	51	63

¹⁾ EVS = Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. — ²⁾ einschließlich Automat.

bei den 4-Personen-Haushalten. Bei den Haushalten mit 5 und mehr Personen war der Ausstattungsgrad mit 91% wieder niedriger. Hierbei muß einmal berücksichtigt werden, daß diese Haushaltsgröße verhältnismäßig gut mit Tiefkühltruhen (-schränken) versorgt war (10% dieser Haushalte), zum anderen kommt hinzu, daß bei einer Zahl von nur 131 an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe beteiligten Haushalten mit 5 und mehr Personen Zufallsschwankungen stärkeren Einfluß ausüben können als bei den übrigen, häufiger vertretenen Haushaltsgrößen. Das gilt natürlich auch in bezug auf die anderen ausgewählten Gebrauchsgüter. Bemerkens-

wert ist, daß die Ausstattung mit Kühlschränken ebenso wie mit Staubsaugern offensichtlich von der sozialen Stellung des Haushaltsvorstands — abgesehen von den Nichterwerbstätigen — unabhängig ist (Tabelle 2). Demgegenüber spiegelt die Abstufung nach Einkommensklassen nur in starkem Maße den Einfluß der Haushaltsgröße wider; so sind von den unterdurchschnittlich ausgestatteten Haushalten mit monatlichem Nettoeinkommen unter 800 DM über 58% 1-Personen-Haushalte.

Nähmaschinen und Waschmaschinen waren nach Staubsaugern und Kühlschränken in den Hamburger Haushalten am häufigsten vorhanden. Unterstellt man, daß in einem Haushalt nur jeweils ein Gerät eines Typs — elektrische oder mechanische Nähmaschine bzw. Waschmaschine mit oder ohne Schleuder — vorhanden war, so lag der Ausstattungsgrad mit Nähmaschinen bei 63% und mit Waschmaschinen bei 45%. Die 1-Personen-Haushalte sind mit diesen Geräten wiederum unterdurchschnittlich versorgt. Bei den mechanischen Nähmaschinen allein war jedoch — ebenso wie im Durchschnitt aller erfaßten Haushalte — jeder vierte 1-Personen-Haushalt vertreten. Dieser relativ hohe Ausstattungsgrad erklärt sich wohl daraus, daß diese größtenteils relativ „alten“ Haushalte Geräte von relativ langer Lebensdauer wie Nähmaschinen zu einer Zeit erwarben, als der mechanische Antrieb noch dominierte. So verwundert es auch nicht, daß die Gruppe der Nichterwerbstätigen — gliedert man die Haushalte nach der sozialen Stellung (vgl. Tabelle 2) — bei mechanischen Nähmaschinen den höchsten Anteil (31%) und bei elektrischen Nähmaschinen den niedrigsten Anteil aufwies (26%). Abgesehen von den 1-Personen-Haushalten ist der Zusammenhang des Ausstattungsgrades mit Haushaltsgröße und Einkommenshöhe bei Nähmaschinen nicht so stark ausgeprägt wie bei Waschmaschinen, hier speziell bei den Geräten mit eingebauter Schleuder. Dabei treffen größerer Wäscheanfall und höhere Kaufkraft zusammen, zumal Netto-Haushaltseinkommen von 1 200 DM und mehr überwiegend von Haushalten mit mehreren Verdienern erzielt werden⁴⁾ und daher — bei Mitarbeit der Ehefrau — eine Mechanisierung der Hausarbeit um so dringlicher ist.

Die geringsten Häufigkeitswerte erreichten unter den erfaßten Gebrauchsgütern elektrische Grillgeräte, elektrische Heimbügler (beide 9%), Tiefkühltruhen (5%) und Geschirrspülmaschinen (3%). Die großen Haushalte, besonders mit 5 und mehr Personen, hatten dabei die beste Ausstattung. Das gilt besonders für die arbeitssparenden Haushaltsgüter: So hatten 24% aller erfaßten Hamburger Haushalte mit 5 und mehr Personen einen elektrischen Heimbügler und 15% eine Geschirrspülmaschine. Die Abhängigkeit dieser relativ teuren Haushaltsgüter vom Einkommen ist offensichtlich: Den weitaus besten Ausstattungsgrad mit den beiden Geräten hatten die Haushalte in den beiden obersten Einkommensklassen (vgl. Tabelle 3). Nach sozialen Stellungen aufgegliedert, sind die Selbständigen — bei denen wiederum die oberen Einkommensklassen am häufigsten vertreten sind — am besten mit diesen Geräten versorgt und die Nichterwerbstätigen erklärlicherweise am schlechtesten (vgl. auch Tabelle 2).

⁴⁾ Vgl. „Die Struktur der Hamburger Haushalte ...“, a.a.O., S. 233, Tabelle 2.

Tabelle 3

Die Ausstattung der am Grundinterview der EVS¹⁾ 1969 beteiligten Hamburger Haushalte mit ausgewählten langlebigen Gebrauchsgütern nach dem monatlichen Netto-Haushaltseinkommen

Art der Gebrauchsgüter	Von jeweils 100 Haushalten verfügbaren ... über die nebenstehenden Gebrauchsgüter							
	Netto-Haushaltseinkommen von ... bis unter ... DM							
	unter 300	300 — 600	600 — 800	800 — 1200	1200 — 1500	1500 — 1800	1800 — 2500	ab 2500
	1	2	3	4	5	6	7	8
Für die Haushaltsführung								
Kühlschrank	43	57	79	89	91	97	96	97
Tiefkühltruhe, -schrank ...	—	1	2	6	7	6	13	7
Geschirrspülmaschine	—	0	—	1	2	1	8	25
Elektrisches Grillgerät	2	3	6	7	12	8	17	19
Elektrische								
Küchenmaschine	12	10	20	27	36	36	43	49
Mechanische Nähmaschine ..	10	20	30	42	46	49	52	44
Elektrischer Heimbügler ..	—	1	9	6	14	9	25	22
Elektrische								
Waschmaschine								
mit eingebauter								
Schleuder ²⁾	10	8	15	22	32	36	46	58
ohne eingebaute								
Schleuder	5	9	20	24	24	24	21	12
Elektrische Wäsche-								
schleuder	7	26	35	43	36	32	31	21
Staubsauger	64	79	92	95	97	98	98	100
Für Bildung und Unterhaltung								
Fernsehgerät	45	62	74	79	78	76	74	74
Radio	74	82	78	80	79	80	89	81
Plattenspieler	12	29	34	46	48	50	52	52
Tonbandgerät	10	7	17	26	39	40	37	49
Phonokombination								
mit Fernsehgerät	2	3	5	4	6	5	8	10
ohne Fernsehgerät	5	5	15	18	20	19	24	23
Fotoapparat	33	41	65	80	82	85	96	90
Schmalfilmkamera	2	2	2	5	12	12	19	18
Projektionsapparat für								
Dia	5	5	15	24	37	44	47	52
Schmalfilm	—	1	2	4	8	10	22	22
Für Verkehr und Nachrichtenübermittlung								
Personenkraftwagen	10	8	17	41	57	66	70	75
Motorrad, Moped, Mofa ..	—	0	3	2	1	3	4	1
Fahrrad	19	15	30	47	57	57	59	60
Telefon	24	42	55	66	79	87	91	99

¹⁾ EVS = Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. — ²⁾ einschließlich Automat.

Kaum ein Haushalt ohne Radio

Die Gebrauchsgüter für Zwecke der Bildung und Unterhaltung werden im folgenden in zwei Gruppen geteilt⁵⁾, und zwar in Geräte für die passive Freizeitgestaltung (Radio, Fernsehgerät, Plattenspieler) und für die aktive Freizeitgestaltung (Tonband, Fotoapparat, Schmalfilmkamera und Projektionsapparat).

⁵⁾ Vgl. hierzu Wirtschaft und Statistik, 1969, S. 534.

⁶⁾ Eine genaue Auszählung ohne Doppelerfassungen ergab 95 % bzw. 79 % (vgl. Tabelle 4).

⁷⁾ Die Altersstruktur in diesen Einkommensklassen reicht als Erklärung der geringen Ausstattung bei weitem nicht aus. Für die unterste Einkommensklasse gelten hier wiederum die Einschränkungen, die sich aus der schwachen Besetzung ergeben.

Mit Radio- und Fernsehgeräten waren die beteiligten Hamburger Haushalte recht gut ausgestattet. Unterstellt man, daß in einem Haushalt nur jeweils ein Radio oder eine Phonokombination ohne Fernsehgerät bzw. ein Fernsehgerät oder eine Phonokombination mit Fernsehgerät vorhanden ist, so entfiel auf 98 % der erfaßten Haushalte ein Radio und auf 80 % ein Fernsehgerät⁶⁾. Es zeigten sich nur relativ geringe Unterschiede bei den verschiedenen Haushaltsgrößen, sozialen Stellungen und Einkommensklassen, wenn man von der untersten Einkommensklasse (unter 300 DM) einmal absieht, in der die Ergebnisse angesichts der geringen Besetzung ohnehin nur mit Vorbehalt als repräsentativ angesehen werden können. Immerhin war die überdurchschnittliche Ausstattung der Arbeiter-Haushalte mit Fernsehgeräten bemerkenswert.

In der Ausstattung mit Gebrauchsgütern für die aktive Freizeitgestaltung zeigen sich teilweise beachtliche Unterschiede. Besonders auffällig ist der Zusammenhang mit der Einkommenshöhe bei Filmkameras und Projektionsapparaten. In der Einkommensklasse 600 DM bis unter 800 DM hatten z. B. nur 2 % aller Haushalte eine Filmkamera; bei einem Netto-Haushaltseinkommen von 1 800 DM bis unter 2 500 DM waren es bereits 19 %. Daß es sich hier um eine echte Einkommensabhängigkeit handelt, geht daraus hervor, daß bei der Aufgliederung nach Haushaltsgrößen die Ausstattung mit Schmalfilmkameras in 3-Personen-Haushalten (14 %) höher ist als in größeren Haushalten. Der Einfluß der sozialen Stellung des Haushaltsvorstands ist — bleiben die Nichterwerbstätigen außer Betracht — bei Tonbandgeräten und Fotoapparaten ziemlich gering. Bei Schmalfilmkameras und entsprechenden Projektionsapparaten aber werden Unterschiede sichtbar. Dabei ist die überdurchschnittliche Ausstattung der Selbständigen-Haushalte sicherlich in starkem Maße einkommensbedingt.

Jeder zweite Arbeitnehmer-Haushalt ist motorisiert

Die Auswertung des Grundinterviews ergab, daß 42 % aller erfaßten Hamburger Haushalte ein Auto besitzen (vgl. Tabelle 1). Die 1-Personen-Haushalte liegen mit 14 % wiederum weit unter dem Durchschnitt. Dies erklärt sich aus der bereits bei den Gebrauchsgütern für die Haushaltsführung erwähnten Alters- und Einkommensstruktur der 1-Personen-Haushalte. Die Nichterwerbstätigen hatten von allen sozialen Stellungen die weitaus geringste Quote (17 %). Am besten mit Autos ausgestattet sind demgegenüber die Selbständigen: Gut zwei Drittel dieser Haushalte hatten einen PKW. Bei Beamten, Arbeitern und Angestellten traf dies für jeden zweiten Haushalt zu.

Unverkennbar ist die Beziehung zwischen Einkommen und Autobesitz. In den drei unteren Einkommensklassen ist die Unterhaltung eines Autos nur in den wenigsten Fällen möglich⁷⁾. In der Einkommensklasse 800 DM bis unter 1 200 DM ist mit 41 % der Durchschnittswert aller Haushalte nahezu erreicht, aber die Quote nimmt bei höherem Einkommen noch kräftig zu. In der obersten Einkommensklasse hatten 75 % aller Haushalte mindestens ein Auto.

Tabelle 4

Die Ausstattung der am Grundinterview der EVS¹⁾ beteiligten Hamburger Haushalte 1962 und 1969 sowie der Haushalte im Bundesgebiet 1969 mit ausgewählten langnutzbaren Gebrauchsgütern

Art der Gebrauchsgüter	Von jeweils 100 Haushalten verfügten ... über die nebenstehenden Gebrauchsgüter		
	Hamburg		Bundesgebiet ²⁾
	1962	1969	1969
Für die Haushaltsführung			
Kühlschrank	69	85	85
Tiefkühltruhe, -schrank ...	0 ⁵⁾	5	14
Geschirrspülmaschine	0 ⁶⁾	3	2
Elektrisches Grillgerät	3	9	7
Elektrische			
Küchenmaschine	19	28	27
Elektrische Nähmaschine ..	24	39	26
Mechanische Nähmaschine	36	24	37
Elektrischer Heimbügler ..	2	9	6
Elektrische			
Waschmaschine			
mit eingebauter			
Schleuder ³⁾	7	25	39
ohne eingebaute			
Schleuder	20	20	22
Elektrische Schleuder	17	35	36
Staubsauger	86	93	85
Für Bildung und Unterhaltung			
Fernsehgerät ⁴⁾	43	79	77
Radio ⁴⁾	94	95	94
Plattenspieler ⁴⁾	49	63	44
Tonbandgerät	11	27	19
Fotoapparat	68	75	62
Schmalfilmkamera	5	8	5
Projektionsapparat für			
Dia	18	27	15
Schmalfilm	4	7	4
Für Verkehr und Nachrichtenübermittlung			
Personenkraftwagen	33	42	45
Telefon	51	68	32

¹⁾ EVS = Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. — ²⁾ Quelle: Wirtschaft und Statistik, 1969, S. 534, Tabelle 1. — ³⁾ einschließlich Automat. — ⁴⁾ Da 1962 Phonokombinationen in Hamburg nicht gesondert ausgewiesen wurden, sind für diesen Vergleich bei den Ergebnissen für 1969 Geräte in Phonokombinationen entsprechend zugeordnet worden. — ⁵⁾ 10 Haushalte von insgesamt 2 153. — ⁶⁾ 7 Haushalte von insgesamt 2 153.

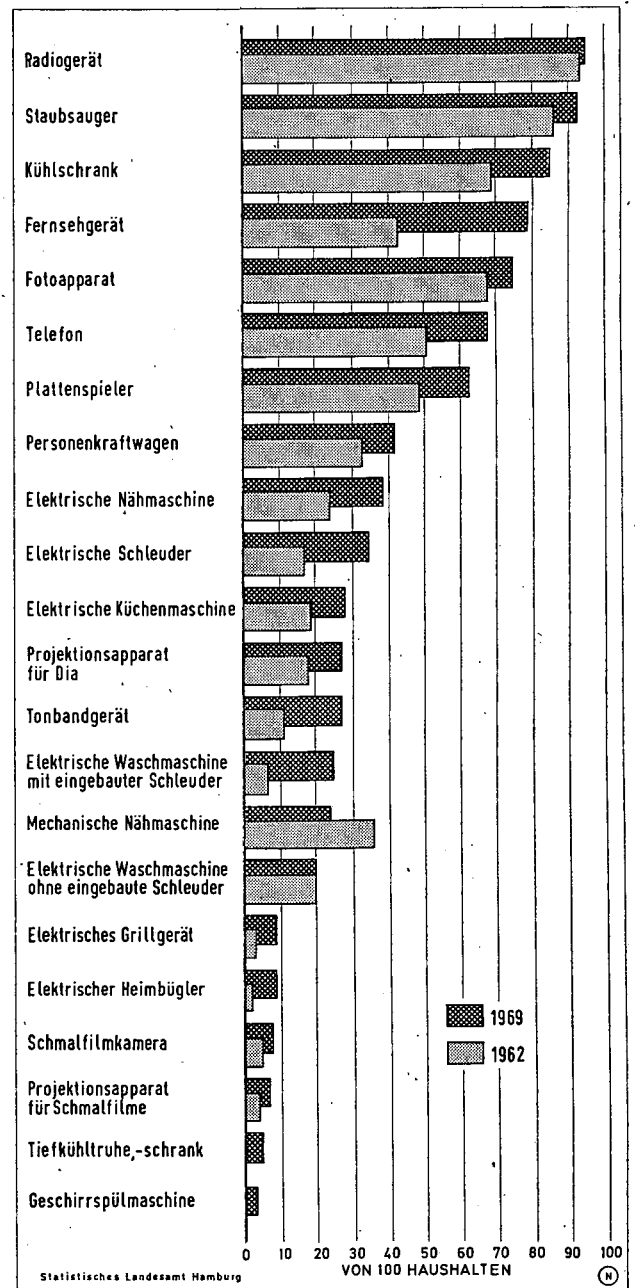
Von den befragten Haushalten gaben 44 % den Besitz eines **F a h r r a d e s** an. Am niedrigsten war der Anteil — nur teilweise altersbedingt — bei den 1-Personen-Haushalten (14 %). Nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstands aufgegliedert hatten Beamte und Arbeiter die höchste Ausstattungsquote (69 % bzw. 57 %). Ein Zusammenhang mit dem Haushaltseinkommen wird nur in bestimmten Grenzen sichtbar; in den Einkommensklassen von 1 200 DM aufwärts nahm die Zahl der Haushalte mit Fahrrädern nur noch wenig zu. Daß die Quote überhaupt noch steigt, mag darauf zurückzuführen sein, daß in diesen Einkommensklassen die größeren Haushalte, in denen Kinder vielfach Fahrräder besitzen, stärker vertreten sind⁸⁾. Zum anderen spielen vielleicht Autoklappräder eine gewisse Rolle.

⁸⁾ Vgl. „Die Struktur der Hamburger Haushalte ...“, a.a.O., S. 233.

⁹⁾ Vgl. Wirtschaft und Statistik, a.a.O., S. 534.

Schaubild

Die Ausstattung der am Grundinterview der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969 beteiligten Hamburger Haushalte mit ausgewählten langnutzbaren Gebrauchsgütern



Sehr gut ausgestattet waren die erfaßten Hamburger Haushalte mit **T e l e f o n**; die Quote erreichte 68 %. Im Bundesgebiet, wo die Flächenländer — mit meistens geringerer Telefondichte — ein relativ starkes Gewicht haben, lag der Durchschnitt bei 32 %. Selbständige haben — schon zwingend aus beruflichen Gründen — meistens Telefon: In Hamburg waren es 93 %. Beamte und Angestellte waren auch überdurchschnittlich gut versorgt. Am wenigsten verbreitet war das Telefon bei den Arbeitern mit 51 %. Die bemerkenswert hohe Quote bei den Nichterwerbstätigen deutet darauf hin, daß gerade im Alter diese Verbindung zur Außenwelt besonders geschätzt wird. Wie Tabelle 3 zeigt, besteht auch eine Abhängigkeit vom Einkommen. Mit steigendem Einkommen nimmt der Ausstattungsgrad laufend zu, und bei einem Netto-Haushaltseinkommen von 2 500 DM

und mehr hat fast jeder Hamburger Haushalt einen Telefonanschluß.

Ausstattung mit Fernsehgeräten seit 1962 fast verdoppelt

Die Ausstattung der Hamburger Haushalte mit langnutzbaren Gebrauchsgütern hat sich gegenüber 1962 erheblich verbessert (vgl. Tabelle 4). Bis auf mechanische Nähmaschinen und elektrische Waschmaschinen ohne eingebaute Schleuder waren die Haushalte 1969 mit allen übrigen langnutzbaren Gebrauchsgütern besser ausgestattet als 1962. Relativ am

stärksten nahm die Verbreitung von Tiefkühltruhen (-schränken) und Geschirrspülmaschinen zu, die 1962 kaum eine zählbare Rolle gespielt hatten, gefolgt von elektrischen Heimbügeln, elektrischen Waschmaschinen mit eingebauter Schleuder, elektrischen Grillgeräten und Tonbandgeräten. Absolut am stärksten nahm dagegen von 1962 bis 1969 die Ausstattung mit Fernsehgeräten zu. Bemerkenswert erscheint die immer noch steigende Verbreitung von Staubsaugern, während bei Radios — angesichts der erreichten hohen Sättigung — kaum ein weiterer Anstieg möglich war.

Zusammenfassung

In den 1936 Hamburger Haushalten, die sich am Grundinterview der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969 beteiligten, war der Ausstattungsgrad mit langnutzbaren Gebrauchsgütern tendenziell um so höher, je größer die betreffenden Haushalte — und häufig damit parallel — die Haushaltseinkommen waren.

Von den Geräten für die Haushaltsführung besaßen 93 % aller Haushalte einen Staubsauger, 85 % einen Kühlschrank, 63 % eine Nähmaschine und 45 % eine Waschmaschine. Demgegenüber waren elektrische Heimbügler erst in 9 %, Tiefkühltruhen in 5 % und Geschirrspülmaschinen in 3 % der Haushalte vorhanden.

Bei den Gebrauchsgütern für Bildung und Unterhaltung war der Ausstattungsgrad für Radios mit 95 % weitaus am höchsten, gefolgt von Fernsehgeräten mit 79 %, Fotoapparaten mit 75 % und Plattenspielern mit 63 %. Über ein Tonbandgerät verfügten 27 % der Haushalte, über eine Schmalfilmkamera aber erst 8 %.

Unter den Gütern für Verkehr und Nachrichtenübermittlung stand das Telefon an der Spitze; es war in 68 % aller befragten Hamburger Haushalte vorhanden. Der Ausstattungsgrad mit Personenkraftwagen erreichte 42 %. Bei einer Beschränkung auf die Haushalte der Erwerbstätigen zeigt sich, daß die Hälfte der Arbeitnehmer-Haushalte und zwei Drittel der Selbständigen-Haushalte einen Personenkraftwagen besaßen. Die Abhängigkeit von der Einkommenshöhe ist sehr ausgeprägt.

Gegenüber 1962 hatte sich 1969 die Ausstattung der Hamburger Haushalte mit fast allen langnutzbaren Gebrauchsgütern verbessert. Besonders kräftig erhöhte sich die Ausstattung mit Fernsehgeräten: Von 43 % aller Haushalte auf 79 %. Bemerkenswert ist aber auch das Auftauchen von Tiefkühlgeräten und Geschirrspülmaschinen, wenngleich sie Anfang vergangenen Jahres — wie erwähnt — erst in 5 % bzw. 3 % aller Haushalte vorhanden waren.

Marion Großer

Zahlungsspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		März 1970	April 1970	Mai 1970	Mai 1969
		1965	1969				
Meteorologische Beobachtungen							
Mittelwerte ¹⁾							
Luftdruck	mm ²⁾	759,7	761,2	756,5	757,2	761,6	759,4
Lufttemperatur	°C	8,6	9,2	2,2	5,5	12,4	12,7
Relative Luftfeuchtigkeit	%	79	77	82	78	69	74
Windstärke	Meßzahl ³⁾	3	3	3	3	3	3
Bewölkung	" ⁴⁾	7	7	8	7	6	7
Summenwerte ⁵⁾							
Niederschlagshöhe	mm	981	751	80	126	40	98
Sonnenscheindauer	Std.	1 471	1 482	77	102	234	141
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	90	95	12	9	—	8
Tage mit Niederschlägen	"	256	226	26	27	18	25
Bevölkerung							
1. Bevölkerungsstand (Monatsende)							
Bezirk Hamburg-Mitte	1000	287,6	265,1 p	261,5	265,2
" Altona	"	264,3	261,1 p	261,5	261,4
" Eimsbüttel	"	264,6	260,4 p	259,1	260,4
" Hamburg-Nord	"	401,3	366,2 p	361,4	366,6
" Wandsbek	"	357,5	368,3 p	368,8	368,6
" Bergedorf	"	82,6	91,6 p	94,5	90,9
" Harburg	"	199,0	207,2 p	207,4	207,1
• Hamburg insgesamt	"	1 856,9	1 819,9 p	1 814,1 r	1 814,2 p	...	1 820,1
dav. männlich	"	861,9	844,1 p	842,6	843,9
weiblich	"	995,0	975,8 p	971,5	976,2
dar. Ausländer ⁶⁾	"	59,8	70,4	79,9	80,7	82,5	68,2
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung							
• Eheschließungen ⁷⁾	Anzahl	1 510	1 208	1 343 r	1 161	1 473 p	1 685
• je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,8	8,0 r	8,7	7,8	9,6 p	10,9
• Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	2 235	1 753 r	1 803 r	1 620	1 690 p	1 945
dar. unehelich	"	143	129 r	151 r	131 r	125 p	139
• Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	14,4	11,6 r	11,7	10,9	11,0 p	12,6
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	6,4	7,4	8,4 r	8,1 r	7,4 p	7,1
• Unehelich Geborene in % der Geborenen	%	6,4	7,4	8,4 r	8,1 r	7,4 p	7,1
• Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 112	2 268 r	2 142 r	2 101 r	2 230 p	2 331
dar. im ersten Lebensjahr	"	39	37	36 r	34 r	25 p	30
• Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	"	13,6	15,0 r	13,9 r	14,1 r	14,5 p	15,1
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	13,6	15,0 r	13,9 r	14,1 r	14,5 p	15,1
dar. im ersten Lebensjahr je 1000 Lebendgeborene ⁸⁾	"	17,2	20,7 r	20,0 r	21,0 r	14,8 p	15,4
• Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (—)	"	+ 123	— 515 r	— 339 r	— 481 r	— 540 p	— 386
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	+ 0,8	— 3,4 r	— 2,2 r	3,2	— 3,5 p	— 2,5
3. Wanderungen							
• Zugezogene Personen	Anzahl	6 174	6 818	6 331 r	7 900 p	...	6 143
über die Landesgrenze Hamburgs	"	6 553	6 784	7 127 r	7 300 p	...	6 228
• Fortgezogene Personen	"	— 379	+ 34	— 796 r	+ 600 p	...	— 85
über die Landesgrenze Hamburgs	"	— 37	+ 155	— 175 r	+ 86
Wanderungsgewinn (+) -verlust (—)	"	— 342	— 121	— 621 r	— 171
dav. männlich	"
weiblich	"
• Umgezogene Personen Innerhalb Hamburgs (Binnenwanderung)	"	14 729	14 909	13 080	15 218	...	15 361
Nach Gebieten							
a) Zugezogene aus	"						
Schleswig-Holstein	"	1 542	1 687	1 691 r	1 700 p	...	1 522
dar. angrenzende Kreise ⁹⁾	"	835	1 003	1 096 r	1 000 p	...	977
Niedersachsen	"	1 091	1 114	1 031 r	1 450 p	...	1 085
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	272	315	286 r	450 p	...	335
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 006	1 922	1 791 r	2 350 p	...	1 840
Ausland und Sonstige ¹¹⁾	"	1 535	2 095	1 818 r	2 400 p	...	1 696
b) Fortgezogene nach	"						
Schleswig-Holstein	"	2 351	2 554	2 435 r	2 600 p	...	2 637
dar. angrenzende Kreise ⁹⁾	"	1 620	1 825	1 818 r	1 880 p	...	1 852
Niedersachsen	"	1 268	1 241	1 266 r	1 400 p	...	1 035
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	525	548	466 r	680 p	...	469
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 167	1 976	2 230 r	2 100 p	...	1 750
Ausland und Sonstige ¹¹⁾	"	767	1 013	1 196 r	1 200 p	...	806

¹⁾ errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. — ²⁾ reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. — ³⁾ Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. — ⁴⁾ Bewölkungsgrade: 0 bis 10 (0 = wolkenlos, 10 = ganz bedeckt). — ⁵⁾ an Stelle der Monatsdurchschnitte Jahreswerte. — ⁶⁾ nach den Angaben des Amtes für Innere Verwaltung — Melde-, Paß- und Ausländerangelegenheiten. — ⁷⁾ nach dem Ereignisort. — ⁸⁾ unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. — ⁹⁾ Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. — ¹⁰⁾ Landkreise Harburg und Stade. — ¹¹⁾ Hierzu gehören: sowjetische Besatzungszone, sowjetischer Sektor von Berlin und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung, Ausland und unbekannt.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		März 1970	April 1970	Mai 1970	Mai 1969
		1965	1969				
Gesundheitswesen							
1. Krankenanstalten in Hamburg							
a) Öffentliche Krankenanstalten Bettenbestand ¹⁾ ²⁾	Anzahl	11 749	11 193	11 186	11 186	11 232	11 204
Pflegetage		273 169	266 678	283 096	274 903	274 402	273 027
Bettenausnutzung ³⁾	%	81,8	81,8	85,0	85,3	82,3	81,3
b) Gemeinnützige Krankenanstalten Bettenbestand ¹⁾ ²⁾	Anzahl	4 573	4 557	4 653	4 612	4 612	4 559
Pflegetage		123 729	123 153	137 482	125 541	126 568	126 077
Bettenausnutzung ³⁾	%	89,1	88,3	94,4	89,6	88,0	88,6
c) Private Krankenanstalten Bettenbestand ¹⁾ ²⁾	Anzahl	745	763	665	665	665	786
Pflegetage		19 012	19 323	18 570	18 286	17 849	19 966
Bettenausnutzung ³⁾	%	81,8	79,8	87,4	85,5	79,9	79,0
2. Hamburgische Krankenanstalten außerhalb Hamburgs							
a) Öffentliche Krankenanstalten Bettenbestand ¹⁾ ²⁾	Anzahl	885	856	856	856	856	856
Pflegetage		21 274	19 141	21 127	20 471	21 562	20 123
Bettenausnutzung ³⁾	%	81,7	75,2	79,6	79,7	81,3	76,7
b) Tbc-Heilstätten Bettenbestand ¹⁾ ²⁾	Anzahl	1 084	997	998	1 013	1 013	998
Pflegetage		25 628	23 821	21 946	21 065	20 460	25 277
Bettenausnutzung ³⁾	%	85,0	80,2	70,9	70,8	68,5	83,9
3. Anstalten für Geisteskrankhe							
a) Öffentliche Krankenanstalten in Hamburg Bettenbestand ¹⁾	Anzahl	1 743	1 743	1 743	1 743	1 743	1 743
Pflegetage		48 245	47 809	47 487	45 958	46 579	48 605
Bettenausnutzung ³⁾	%	91,4	92,0	90,7	91,0	89,6	91,3
b) Gemeinnützige Krankenanstalten in Ham- burg	Anzahl	1 275	1 292	1 292	1 292	1 292	1 292
Pflegetage		38 084	38 394	39 111	38 569	39 189	39 068
Bettenausnutzung ³⁾	%	98,2	97,7	97,6	99,5	97,8	97,5
c) Krankenanstalten außerhalb Hamburgs Bettenbestand ¹⁾	Anzahl	1 476	1 415	1 407	1 407	1 407	1 417
Pflegetage		43 630	42 737	43 282	42 041	43 491	43 756
Bettenausnutzung ³⁾	%	97,1	98,8	99,2	98,6	98,6	99,1
Kulturpflege							
1. Rundfunk und Fernsehen							
Tonrundfunkteilnehmer ¹⁾	1 000	667,8	709,2	715,6	719,5	720,0	708,0
Fernsehrundfunkteilnehmer ¹⁾	"	455,8	600,0	616,1	623,3	624,4	597,7
2. Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei)							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	348 686	386 303	407 978	432 561	359 994	377 164
Ausgeliehene Noten	"	3 241	4 445	3 909	4 521	4 858	4 276
3. Wissenschaftliche Büchereien ⁴⁾							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	26 113	33 862	32 251	40 549	32 936	32 982
Benutzer der Lesesäle	"	10 485	15 288	14 818	16 864	13 655	15 430
4. Besucher der Museen und Schausamm- lungen							
	Anzahl	43 961	51 057	64 733	49 210	58 496	54 801
Öffentliche Sozialleistungen							
Soziale Krankenversicherung ⁵⁾							
Mitglieder	1 000	677,8	681,4	682,9	682,0	689,7	681,4
dav. Pflichtmitglieder	"	431,4	400,5	406,2	403,9	410,9	400,1
Rentner	"	175,5	224,5	227,4	227,7	227,9	224,1
Freiwillige Mitglieder	"	70,9	56,4	49,3	50,4	50,9	57,2
Krankenstand der Pflichtmitglieder	"	26,7	26,6	32,1	27,2	26,3	24,1
dav. männlich	"	17,9	17,8	21,4	18,2	17,4	15,6
weiblich	"	8,8	8,8	10,7	9,0	8,9	8,5

¹⁾ am Monatsende. — ²⁾ ohne Säuglingsbetten. — ³⁾ ohne gesperrte Betten. — ⁴⁾ Staats- und Universitäts-Bibliothek, Commerzbibliothek und Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA ohne Ausleihe). — ⁵⁾ nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		März 1970	April 1970	Mai 1970	Mai 1969
		1965	1969				
Erwerbstätigkeit							
1. Arbeitslose							
Arbeitslose	Anzahl	3 410	3 366	3 016	2 776	2 486	2 847
dav. männlich	"	2 318	1 955	1 607	1 476	1 334	1 709
weiblich	"	1 092	1 411	1 409	1 300	1 152	1 138
nach ausgewählten Berufsgruppen							
Bauberufe	"	95	98	23	15	5	15
Metallerzeuger und -verarbeiter	"	51	45	40	42	30	39
Schmiede, Schlosser, Mechaniker	"	95	65	35	33	33	42
Elektriker	"	24	12	14	12	6	6
Chemiewerker	"	55	25	17	22	18	24
Holzverarbeiter u. zugehörige Berufe	"	24	11	16	13	4	11
Graphische Berufe	"	44	47	52	63	46	33
Lederhersteller, Leder- u. Fellverarb.	"	7	12	8	9	19	12
Nahrungs- und Genußmittelhersteller	"	75	66	54	49	27	72
Warennachseher, Versandarbeiter und Lagerverwalter	"	132	161	114	92	92	142
Ingenieure, Techniker u. verwandte Berufe	"	81	93	102	98	75	85
Kaufmännische Berufe	"	368	424	498	492	442	406
Verkehrsberufe	"	313	287	198	137	153	258
Verwaltungs- und Büroberufe	"	849	692	580	556	481	549
Künstlerische Berufe	"	177	181	158	176	178	181
2. Offene Stellen und Vermittlungen							
Offene Stellen	Anzahl	25 827	27 151	30 958	32 276	33 897	29 913
dav. männlich	"	13 014	14 530	17 667	19 152	20 199	16 570
weiblich	"	12 813	12 621	13 291	13 124	13 698	13 343
Stellenvermittlung in Beschäftigung über 7 Tage ¹⁾	"	5 841	5 942	7 036	7 192	6 186	5 471
dav. männlich	"	4 134	4 106	5 107	5 330	4 798	3 846
weiblich	"	1 707	1 836	1 929	1 862	1 388	1 625
Stellenvermittlung in Beschäftigung bis zu 7 Tagen	"	10 527	8 744	9 654	9 721	9 003	8 818
dav. männlich	"	9 955	8 038	8 838	8 842	8 144	8 031
weiblich	"	572	706	816	879	859	787
Arbeitsuchende am Monatsende ²⁾	"	8 299	7 745	8 358	7 640	7 491	6 958
dav. männlich	"	5 512	3 946	3 862	3 675	3 421	3 658
weiblich	"	2 787	3 799	4 496	4 165	4 070	3 300
Landwirtschaft und Fischerei							
1. Milcherzeugung							
Kuhmilcherzeugung	t	2 104	2 008	2 233	2 396	2 456	2 648
dar. an Molkereien geliefert	%	86,0	87,7	90,6	88,9	89,6	88,2
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,5	11,9	13,8	15,3	15,8	15,5
2. Trinkmilchabsatz an Verbraucher durch Molkereien							
Vollmilch	t	10 011	11 179	10 841	11 458	10 782	10 793
dav. lose	"	3 529	2 526	2 142	2 155	2 108	2 649
in Flaschen	"	6 482	8 653	8 699	9 303	8 674	8 144
Mager- und Buttermilch	"	382	509	322	365	530	567
3. Zufuhr an Lebendvieh zum Viehmarkt (Inlandtiere)							
Rinder	1 000 St.	7,8	9,5	8,6	10,7	8,4	6,8
Kälber	"	2,6	1,7	2,0	2,0	2,1	2,0
Schweine	"	47,0	37,4	42,9	38,1	35,4	35,3
Schafe	"	2,7	1,1	1,5	0,9	0,5	0,7
4. Schlachtungen von Inlandtieren							
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	6,4	8,5	7,4	9,8	7,6	6,2
Kälber	"	2,5	1,7	1,8	2,0	1,9	1,9
Schweine ³⁾	"	49,6	39,0	42,9	41,9	36,9	37,0
Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen ⁴⁾	t	6 229	6 034	6 096	6 656	5 578	5 230
dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 595	2 128	1 859	2 466	1 897	1 568
Kälber	"	187	139	160	168	165	155
Schweine	"	4 318	3 723	4 023	3 972	3 490	3 475

¹⁾ durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte. — ²⁾ Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — ³⁾ gewerbliche und Hausschlachtungen. — ⁴⁾ einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		März 1970	April 1970	Mai 1970	Mai 1969
		1965	1969				
Industrie, Handwerk und öffentliche Energieversorgung							
1. Industrie ¹⁾							
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)	Anzahl	1 704	1 530	1 570	1 504	1 503	1 536
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	219	209	214	213	212	210
dar. Arbeiter ²⁾	"	152	138	138	138	138	138
Geleistete Arbeitsstunden ³⁾	"	24 859	21 987	22 265	23 378	21 424	22 194
Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	119	144	156	161	160	141
Gehälter (Bruttosumme)	"	75	105	117	115	119	102
Kohleverbrauch	1 000 t SKE ⁴⁾	14	10	12	11	10	10
Gasverbrauch	1 000 Nm ³	6 418	2 076	2 633	2 379	1 692	1 718
Heizölverbrauch	1 000 t	69	70	80	78	67	62
Stromverbrauch	Mio kWh	112	138	148	152	135	131
Stromerzeugung (gesamte industrielle Erzeugung)	"	16	13	14	13	11	12
Umsatz ⁵⁾	Mio DM	1 304	1 476	1 643	1 605	1 486	1 472
dar. Auslandsumsatz ⁶⁾	"	155	223	208	214	229	258
Index der industriellen Nettoproduktion (arbeitstäglich)							
Industrie (einschl. Bau- und Energiewirtschaft)	1962 = 100	109,1	122,1	134,1	128,7	141,4	129,3
Verarbeitende Industrie	"	109,0	121,0	133,2	125,6	140,4	128,9
Grundstoff- u. Produktionsgüterindustrie	"	108,9	128,4	137,8	136,7	154,2	132,1
Investitionsgüterindustrie	"	110,0	123,8	138,3	130,2	149,1	136,2
Verbrauchsgüterindustrie	"	111,3	118,7	137,6	119,6	131,9	129,0
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	"	107,3	110,0	121,0	109,9	118,6	118,0
Bauindustrie	"	103,7	107,3	95,0	130,5	153,3	132,8
Umsatz ⁷⁾ nach Industriegruppen insgesamt	Mio DM	1 304	1 476	1 643	1 605	1 486	1 472
dar. Mineralölverarbeitung	"	215	262	262	269	253	274
Chemische Industrie	"	101	130	133	154	135	127
Elektroindustrie	"	143	164	203	172	164	153
Maschinenbau	"	83	110	121	122	114	108
2. Öffentliche Energieversorgung							
Wasserförderung	Mio cbm	11	13	13	12	13	12
Stromerzeugung (brutto)	Mio kWh	451	589	704	655	561	516
Gaserzeugung (brutto)	Mio Nm ³	59	102	154	131	93	82
Vj.-Durchschnitt ⁸⁾				3. Vj. 1969	4. Vj. 1969	1. Vj. 1970	1. Vj. 1969
		1965	1969				
Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962 = 100	96,5	84,3	84,1	86,8	85,4	82,5
Umsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	238,8	126,9	122,8	171,3	111,5	97,2
dar. Handwerksumsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	218,5	125,0	121,2	173,3	106,8	93,6
Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
Monatsdurchschnitt				März 1970	April 1970	Mai 1970	Mai 1969
		1965	1969				
1. Bauhauptgewerbe ¹⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	49 151	44 443	44 324	45 728	46 089	44 732
dar. Inhaber	"	1 365	1 294	1 273	1 266	1 283	1 303
Angestellte	"	4 684	5 167	5 343	5 414	5 434	5 122
Arbeiter ²⁾	"	43 102	37 982	37 708	39 048	39 372	38 307
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 828	5 879	4 797	7 234	6 975	6 732
dav. für Wohnungsbauten	"	2 216	1 711	1 253	1 892	1 839	1 973
gewerblich und industr. Bauten	"	1 673	1 511	1 329	1 868	1 752	1 717
öffentliche und Verkehrsbauten	"	2 939	2 657	2 215	3 474	3 384	3 042
Löhne (Bruttosumme) ³⁾	Mio DM	46,3	48,3	43,6	62,8	69,5	55,6
Gehälter Bruttosumme ⁴⁾	"	5,9	8,4	8,8	8,8	9,5	7,9
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	126,2	138,0	72,8	109,7	123,4	130,3
dav. im Wohnungsbau	"	42,2	37,6	24,4	24,8	32,4	24,7
gewerblich und industr. Bau	"	31,0	34,9	21,4	34,5	31,0	34,2
öffentlichen und Verkehrsbau	"	53,0	65,5	27,0	50,4	60,0	71,4
2. Baugenehmigungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- u. Wiederaufbau)	Anzahl	269	169	240	208	121	172
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	101	101	164	143	89	95
Umbauter Raum	1 000 cbm	440	350	367	380	172	367
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	46,0	48,9	53,3	26,9	47,7
Wohnfläche	1 000 qm	95	72	76	78	35	75
Nichtwohnbauten							
Nichtwohnbauten (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	94	87	77	80	75	93
Umbauter Raum	1 000 cbm	359	444	349	624	460	472
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	34,5	34,0	23,8	81,3	37,7	40,4
Nutzfläche	1 000 qm	73	82	55	122	80	92
Wohnungen							
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 388	1 049	1 033	1 058	458	1 051

¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ²⁾ einschließlich gewerblicher Lehrlinge. — ³⁾ einschließlich Lehrlingsstunden. — ⁴⁾ eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle. — ⁵⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren, ab Januar 1968 ohne Umsatzsteuer; mit den entsprechenden Angaben im Zahlenspiegel bis einschließlich August-Heft 1969 nicht vergleichbar. — ⁶⁾ bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. — ⁷⁾ nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. — ⁸⁾ einschließlich Umschüler und Lehrlinge. — ⁹⁾ ab Januar einschließlich Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungstarifverträgen.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		März 1970	April 1970	Mai 1970	Mai 1969
		1965	1969				
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
3. Baubeginne							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	261	164	125	146	103	226
Umbauter Raum	1 000 cbm	386	336	277	241	141	351
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	45,4	42,7	36,8	32,5	20,8	48,5
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	82	80	61	111	51	78
Umbauter Raum	1 000 cbm	340	440	271	529	282	501
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,7	32,3	17,3	59,4	21,9	40,6
Wohnungen							
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 140	1 000	835	651	351	1 198
4. Baufertigstellungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	318	199	43	75	77	89
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser		197	116	28	55	49	29
Umbauter Raum	1 000 cbm	458	415	119	140	143	223
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	51,1	16,1	18,9	18,4	26,5
Wohnfläche	1 000 qm	96	86	25	27	26	49
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	86	83	45	61	34	45
Umbauter Raum	1 000 cbm	338	400	139	161	92	171
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,9	38,8	6,7	7,7	4,7	19,5
Nutzfläche	1 000 qm	69	79	35	38	19	35
Wohnungen							
Wohnungen insges. 1) (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 438	1 243	409	393	399	753
dar. mit öffentlichen Mitteln gefördert	"	968	600	28	82	138	45
5. Bauüberhang							
(am Ende des Berichtszeitraumes) 2)							
Im Bau befindliche Wohnungen	Anzahl	17 698	14 592	15 400	15 600	15 600	13 900
Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen	"	7 136	3 731	4 600	5 000	5 100	5 800
6. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen 3)							
Bestand an Wohngebäuden	1 000	172	182	182	182	182	181
Wohnungen	"	636	688	689	689	689	678
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)	"	2 322	2 572	2 574	2 575	2 577	2 533
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr							
1. Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels							
Einzelhandel	1962 = 100	119	158	168	178	168	156
dar. Warenhäuser	"	130	210	213	215	219	204
Fach Einzelhandel	"	120	133	141	151	148	136
2. Umsatz-Meßzahlen des Groß- und Außenhandels 4)							
Groß- und Außenhandel	1962 = 100	.	148	158	171	158	148
dav. Unternehmen des Außenhandels	"	.	150	163	171	159	153
Unternehmen des Binnengroßhandels	"	.	145	148	171	155	139
3. Handel mit Berlin (West) 5)							
Bezüge Hamburgs	1 000 DM	111 990	137 586	142 591	153 399	...	130 925
Lieferungen Hamburgs	"	140 188	208 354	245 036	228 860	...	197 495
4. * Die Ausfuhr des Landes Hamburg 6) 4)							
Mio DM		212	283	243	275	...	269
dav. Waren der							
Ernährungswirtschaft	"	17	23	18	21	...	25
Gewerblichen Wirtschaft	"	195	260	225	254	...	244
dav. Rohstoffe	"	2	2	3	4	...	3
Halbwaren	"	50	65	58	70	...	65
Fertigwaren	"	143	193	164	180	...	176
dav. Vorerzeugnisse	"	9	16	17	18	...	17
Enderzeugnisse	"	134	177	147	162	...	159
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchs-							
ländern							
Europa	"	152	208	179	203	...	200
dar. EWG-Länder	"	65	91	82	85	...	94
EFTA-Länder	"	67	91	74	91	...	76

¹⁾ ab Januar 1968 ohne Wohnungen, die durch Erweiterungsmaßnahmen o. ä. in der Raumzahl verändert sind. — ²⁾ An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben. — ³⁾ Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1961 bzw. 1968 ermittelten Gebäude und Wohnungen (Begriffserläuterungen siehe März-Heft 1963, S. 58/59). An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben. — ⁴⁾ Werte ohne jeweilige Umsatzsteuer. — ⁵⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt. — ⁶⁾ Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		März 1970	April 1970	Mai 1970	Mai 1969
		1965	1969				
Noch: Handel, Gastgewerbe u. Fremdenverkehr							
5. Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes							
Gastgewerbe	1962 = 100	111	122				126
dav. Beherbergungsgewerbe		125	151				159
Gaststättengewerbe		108	114				118
6. Fremdenverkehr ¹⁾							
Fremdenmeldungen	1 000	120	123	114	126	137	137
dar. von Auslandsgästen	"	42	41	33	43	49	46
Fremdenübernachtungen	"	232	238	234	250	273	263
dar. von Auslandsgästen	"	90	78	68	83	95	89
Verkehr							
1. Seeschifffahrt							
Schiffsverkehr über See							
Angekommene Schiffe	Anzahl	1 638	1 621	1 535 r	1 510 p	1 665 p	1 667
Abgegangene Schiffe	"	1 739	1 675	1 590 r	1 661 p	1 707 p	1 718
Güterverkehr über See	1 000 t	2 942	3 409	3 999 r	3 806 p	3 848 p	3 306
dav. Empfang	"	2 229	2 533	3 055 r	2 972 p	2 955 p	2 447
dav. Massengut	"	1 634	1 933	2 364 r	2 331 p	2 253 p	1 821
dar. Mineralöle	"	968	1 248	1 589 r	1 446 p	1 480 p	1 216
Kohle	"	192	187	241 r	285 p	387 p	145
Getreide	"	180	116	123 r	156 p	230 p	75
Sack- und Stückgut	"	595	600	691 r	641 p	702 p	626
Versand	"	713	876	944 r	834 p	893 p	859
dav. Massengut	"	292	365	399 r	287 p	347 p	354
Sack- und Stückgut	"	421	511	545 r	547 p	546 p	505
2. Binnenschifffahrt							
Güterempfang	1 000 t	340	399	291	462	453	519
Güterversand	"	309	426	592	671	553	477
3. Luftverkehr (gewerblicher Verkehr)							
Gelandete Flugzeuge	Anzahl	2 041	2 403	2 248 r	2 582 p	3 160 p	2 460
Gestartete Flugzeuge	"	2 047	2 398	2 244 r	2 582 p	3 159 p	2 452
Angekommene Fluggäste	1 000	70,5	105,7	106,7 r	121,1 p	138,5 p	116,4
Abgereiste Fluggäste	"	71,0	105,7	107,8 r	120,1 p	139,8 p	121,0
Angekommene Fracht	t	578	965	1 214 r	1 315 p	1 258 p	1 018
Abgegangene Fracht	"	587	1 148	1 298 r	1 426 p	1 301 p	1 137
Angekommene Post	"	185	256	271 r	311 p	238 p	241
Abgegangene Post	"	229	323	333 r	355 p	304 p	307
4. Personenbeförderung im Stadtverkehr ²⁾ (Ausgewählte Verkehrsmittel)							
Beförderte Personen							
Stadtbahn (S-Bahn)	1 000	9 505	11 211	11 493	12 360	11 437	10 983
Hoch- u. Untergrundbahn	"	13 705	15 047	15 936	16 767	15 556	14 763
Straßenbahn	"	9 436	5 501	5 472	5 826	5 447	5 621
Kraftomnibusse der HHA	"	9 695	12 123	12 511	13 169	12 589	12 032
Kraftomnibusse der VHH	"	1 873	2 114	2 289	2 509	2 274	2 074
Private Kraftomnibusse	"	301	239	265	293	373	292
5. Kraftfahrzeuge							
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung ³⁾ (im Verkehr befindlich) dar. Personenkraftwagen ⁴⁾	1 000	352,2	424,5	432,2	432,6	442,0	412,0
	"	310,8	384,2	391,3	391,6	400,1	372,2
b) Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge dar. Personenkraftwagen ⁴⁾ Lastkraftwagen	Anzahl	5 071	5 488	7 545	8 660	...	7 012
	"	4 632	4 943	6 906	7 978	...	6 498
	"	362	463	543	573	...	443
6. Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden ⁵⁾	Anzahl	859	959	1 012 p	1 040 p	1 087 p	949
Getötete Personen	"	26	27	22 p	25 p	30 p	22
Verletzte Personen	"	1 108	1 260	1 361 p	1 375 p	1 459 p	1 266

¹⁾ ohne Helme, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere. — ²⁾ Ab Januar 1968 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der Linienverkehr soweit er im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde. — ³⁾ Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — ⁴⁾ einschließlich Kombinationskraftwagen. — ⁵⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		März 1970	April 1970	Mai 1970	Mai 1969
		1965	1969				
Geld und Kredit							
1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)							
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)							
• Kredite an Nichtbanken	Mio DM	.	22 034,9	24 382,1	24 493,8	24 469,4	21 515,6
• dav. Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	"	.	6 696,7	7 414,3	7 490,5	7 379,0	6 514,6
• an Unternehmen und Privatpersonen	"	.	6 655,0	7 411,3	7 461,5	7 375,7	6 500,3
• Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre) ²⁾	"	.	2 961,2	3 502,7	3 546,9	3 587,7	2 886,6
• an Unternehmen und Privatpersonen	"	.	2 621,7	3 148,8	3 180,4	3 222,9	2 540,7
• Langfristige Kredite ²⁾	"	.	12 377,0	13 465,1	13 456,4	13 502,7	12 114,4
• an Unternehmen und Privatpersonen	"	.	10 846,6	11 886,7	11 914,8	11 960,9	10 587,2
• dar. Durchlaufende Kredite	"	.	636,0	667,1	673,2	674,7	633,9
• Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	"	.	15 342,2	15 643,1	15 785,6	16 176,1	15 743,9
• dav. Sicht- und Termingelder von Unternehmen und Privatpersonen	"	.	8 460,7	8 342,3	8 544,7	8 940,3	8 910,1
• Spareinlagen	"	.	7 442,7	7 346,9	7 519,7	7 681,4	7 913,1
• bei Sparkassen	"	.	4 069,9	6 881,5	7 260,8	7 235,8	6 833,8
• Gutschriften auf Sparkonten (ohne Zinsen)	"	.	2 792,9	4 607,3	4 916,9	4 905,9	4 577,9
• Lastschriften auf Sparkonten	"	.	244,3	407,2	417,8	435,8	351,1
• Zinsgutschriften	"	.	203,9	375,0	442,3	456,6	356,7
	"	.	12,9	24,1	0,3	0,9	0,6
2. Konkurse und Vergleichsverfahren							
	Anzahl	17	15	15	24	14	12
3. Wechselproteste							
	Anzahl	1 044	979	834	916	914	1 178
Betrag	1 000 DM	1 314	1 863	1 912	2 585	2 425	2 232
4. Mahn- und Offenbarungseidverfahren							
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls	Anzahl	20 563	23 244	20 927	26 762	21 014	25 340
Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides	"	3 058	3 431	3 275	3 735	3 172	3 055
Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides	"	1 196	1 488	1 380	1 685	1 562	1 445
Abgeleitete Offenbarungseide	"	353	462	513	558	369	484
5. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg							
Aktiengesellschaften	Anzahl	162	152	151	151	152	155
Grundkapital	Mio DM	3 975	4 787	4 744	4 746	4 746	4 889
Gesellschaften m.b.H.	Anzahl	3 877	4 729	4 934	4 972	4 988	4 697
Stammkapital	Mio DM	2 962	3 865	4 103	4 110	4 156	3 820
Steuern							
1.* Gemeinschaftsteuern							
	1 000 DM	.	.	685 544	427 702	469 949	.
• dav. Steuern vom Einkommen	"	200 385	299 705	423 373	186 857	171 093	160 929
• dav. Lohnsteuer	"	89 007	144 429	142 017	148 577	148 440	123 542
• Veranlagte Einkommensteuer	"	64 393	75 939	160 636	22 760	10 062	21 423
• Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	10 279	13 484	9 180	13 216	4 996	3 366
• Körperschaftsteuer	"	36 706	65 853	111 540	2 305	7 595	12 598
• Steuern vom Umsatz	"	.	271 059	262 171	240 845	298 856	279 904
• dav. Umsatzsteuer	"	82 827	124 606	127 103	99 663	140 915	136 579
• Einfuhrumsatzsteuer	"	.	146 454	135 068	141 182	157 941	143 325
2.* Bundessteuern							
	1 000 DM	523 065	818 450	550 440	555 026	577 009	520 969
• dar. Zölle	"	45 076	50 217	45 150	54 707	42 551	55 345
• Verbrauchsteuern	"	358 150	492 114	485 674	484 100	520 971	452 887
• dar. Mineralölsteuer	"	261 342	392 884	378 137	362 897	419 240	358 150
3.* Landessteuern							
	1 000 DM	35 517	47 161	26 181	31 725	61 725	66 192
• dar. Vermögensteuer	"	11 355	14 318	3 032	5 457	40 724	41 207
• Kraftfahrzeugsteuer	"	7 992	9 754	10 589	13 466	9 802	9 879
• Biersteuer	"	2 430	2 894	2 274	2 748	3 161	3 058
4.* Gemeindesteuern							
	1 000 DM	46 355	62 376	.	35 303	129 075	128 797
• dar. Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	"	34 764	47 423	.	12 106	112 785	113 352
• Grundsteuer A	"	73	84	.	11	150	162
• Grundsteuer B	"	5 134	6 769	.	767	14 157	13 896
5.* Einnahmen des Bundes							
	1 000 DM	601 215	923 346	924 461	805 052	890 618	846 645
6. Einnahmen des Landes (ohne Einnahmen aus Gemeindesteuern)							
	1 000 DM	157 752	241 969	224 867	121 884	175 755	181 347
• dar. Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	122 235	194 808	190 501	81 435	74 451	104 604
• Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	.	.	8 185	8 724	9 621	.
• Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	29 958	.
Außerdem:							
• Einnahmen aus Gemeindesteuern	"	46 355	62 376	.	59 290	69 160	128 797
• dar. Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer	"	.	.	.	23 987	22 190	.
Einnahmen des Landes insgesamt	"	.	.	.	181 174	267 105	310 144

¹⁾ ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1967 unter 5 Mio DM lag; einschließlich aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute. Infolge Umgestaltung mit Angaben bis 1968 nicht voll vergleichbar. — ²⁾ einschließlich durchlaufender Kredite.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		November 1969	Februar 1970	Mai 1970	Mai 1969
		1965	1969				
Preisindizes für Bauwerke							
Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten)							
Wohngebäude A ¹⁾	1962 = 100	113,1	127,7	133,5	141,5	148,6	126,0
Einfamiliengebäude A ¹⁾	"	113,3	128,1	133,7	141,5	148,3	126,6
Mehrfamiliengebäude A ¹⁾	"	113,0	127,4	133,4	141,5	148,9	125,4
Gemischt genutzte Gebäude A ¹⁾	"	112,8	127,5	133,4	141,8	148,8	125,7
Bürogebäude A ¹⁾	"	112,2	126,9	135,5	147,7	148,8	123,6
Bürogebäude B ¹⁾	"	"	113,9	120,3	127,6	134,1	111,4
Gewerbliche Betriebsgebäude A ¹⁾	"	112,4	125,8	133,4	142,1	150,6	122,5
Gewerbliche Betriebsgebäude B ¹⁾	"	"	113,4	120,2	128,0	135,7	110,4
Löhne und Gehälter²⁾				Oktober 1969	Januar 1970	April 1970	April 1969
1. Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Bruttowochenverdienste							
• männliche Arbeiter	DM	232	291	307	308	317	284
• weibliche Arbeiter	"	140	180	188	191	195	174
Bruttostundenverdienste							
• männliche Arbeiter	"	5,10	6,39	6,70	6,78	6,94	6,22
• weibliche Arbeiter	"	3,32	4,32	4,48	4,57	4,71	4,19
Bezahlte Wochenarbeitszeit							
• männliche Arbeiter	Std.	45,5	45,4	45,8	45,5	45,6	45,7
• weibliche Arbeiter	"	42,2	41,7	41,9	41,7	41,4	41,6
Geleistete Wochenarbeitszeit							
• männliche Arbeiter	"	41,4	41,0	44,6	41,7	42,8	41,1
• weibliche Arbeiter	"	37,2	36,5	41,0	37,7	38,5	37,0
2. Angestellte, Bruttomonatsverdienste							
In Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Kaufmännische Angestellte							
• männlich	DM	1 098	1 405	1 444	1 497	1 523	1 379
• weiblich	"	747	983	1 020	1 049	1 068	954
Technische Angestellte							
• männlich	"	1 182	1 494	1 544	1 587	1 620	1 456
• weiblich	"	748	988	1 036	1 063	1 072	941
In Handel, Kredit und Versicherungen							
Kaufmännische Angestellte							
• männlich	"	1 043	1 332	1 357	1 403	1 449	1 321
• weiblich	"	668	899	922	962	998	887
In Industrie und Handel³⁾ zusammen							
Kaufmännische Angestellte							
• männlich	"	1 058	1 351	1 380	1 427	1 468	1 336
• weiblich	"	688	921	948	984	1 016	904
Technische Angestellte							
• männlich	"	1 176	1 496	1 543	1 587	1 618	1 460
• weiblich	"	838	1 147	1 214	1 240	1 263	1 067
Öffentliche Ordnung und Sicherheit				März 1970	April 1970	Mai 1970	Mai 1969
1. Feuerlösch- und Rettungsdienst							
Feueralarme	Anzahl	288	392	425	436	586	394
dav. falsche Alarme und Unfugmeldungen	"	67	90	109	102	94	105
bekämpfte Brände	"	221	302	316	334	492	289
dav. Großbrände	"	9	14	9	9	22	11
Mittelbrände	"	28	43	42	48	95	41
Kleinbrände	"	98	130	138	136	254	135
Entstehungsbrände	"	80	105	113	124	118	97
Schornsteinbrände	"	6	10	14	17	3	5
Hilfeleistungen aller Art	"	"	"	705	671	654	"
Rettungswageneinsätze	"	"	"	10 065	9 922	9 836	"
dar. Straßen- und Verkehrsunfälle	"	1 156	1 384	1 540	1 464	1 650	1 400
Betriebsunfälle	"	544	416	437	493	499	335
Krankentransporte	"	"	"	3 708	3 770	3 409	"
Anzahl der beförderten Personen	"	"	"	9 891	9 857	9 624	"
Gesamtzahl der Alarmierungen	"	"	"	11 195	10 927	11 076	"
Außerdem:	"	"	"	"	"	"	"
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehr	"	"	"	71	57	101	"
2. Feststellungen der Polizei							
Straftaten	Anzahl	8 102	10 403	10 980	11 964	10 388	9 447
dar. Sittlichkeitsdelikte	"	214	265	227	207	224	183
Mord und Totschlag	"	4	6	6	4	8	5
Körperverletzung ⁴⁾	"	91	124	126	144	114	114
Einfacher Diebstahl	"	3 413	4 368	4 829	4 974	4 213	4 091
Schwerer Diebstahl	"	1 822	2 255	2 204	2 761	2 705	1 921
Diebstähle zusammen	"	5 235	6 623	7 033	7 735	6 918	6 012
dar. Kraftwagen- und -gebrauchs-	"	"	"	"	"	"	"
diebstahl	"	180	256	240	333	285	210
Unterschlagung	"	203	229	226	191	186	161
Raub und Erpressung	"	41	67	73	76	48	86
Begünstigung und Hehlerei	"	85	130	356	143	102	74
Betrug und Untreue	"	722	973	928	1 217	821	992
Brandstiftung	"	33	47	47	45	30	56
Außerdem:	"	"	"	"	"	"	"
Verkehrsvergehen ⁵⁾	"	778	1 234	1 606	1 556	1 607	1 335
Verkehrsordnungswidrigkeitenanzeigen ⁶⁾	"	8 929	16 625	20 657	20 237	17 803	17 107
Ordnungswidrigkeitenberichte	"	423	600	574	371	327	621
Verwarnungen mit Verwarnungsgeld ⁷⁾	"	31 317	29 706	29 230	30 738	26 954	33 677

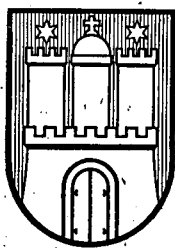
¹⁾ A = mit Umsatz-(Mehrwert-)steuer, B = ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. — ²⁾ Effektivverdienste; ab 1964 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. — ³⁾ Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe. — ⁴⁾ ohne §§ 223 und 230. — ⁵⁾ vor dem 1. 1. 1969 Verkehrsvergehensanzeigen. — ⁶⁾ vor dem 1. 1. 1969 Übertretungsanzeigen. — ⁷⁾ vor dem 1. 1. 1969 Gebührenpflichtige Verwarnungen.

AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN FÜR DAS BUNDESGBIET

Gegenstand	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Februar 1970	März 1970	April 1970	April 1969
		1965	1969				
BEVÖLKERUNG UND. ERWERBSTÄTIGKEIT							
Bevölkerung am Monatsende	1 000	59 011,7
Eheschließungen	auf 1 000	8,3
Lebendgeborene	Einw. und 1 Jahr	17,7
Gestorbene		11,5
Arbeitslose	1 000	146	176	264	198	121	155
INDUSTRIE ¹⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	8 460	8 308	...	8 564 p	8 576 p	8 220
Geleistete Arbeitsstunden ²⁾	Mio Std.	1 055	995	...	1 032 p	1 083 p	995
Umsatz ³⁾ ohne Umsatzsteuer	Mio. DM	31 218	39 537	...	43 117 p	45 594 p	37 870
dar. Auslandsumsatz	"	4 903	7 747	...	8 588 p	8 964 p	7 799
Index der Industriellen Nettoproduktion (arbeitsstättig)							
Industrie (einschl. Bau- u. Energiew.)	1962=100	118,2	148,2	150,7 r	158,5 r	157,9 p	150,2
Verarbeitende Industrie	"	119,1	151,5	155,2	162,8	160,9 p	153,3
Grundst.- u. Produktionsgüterind.	"	124,8	170,0	171,4	176,4	183,1 p	170,8
Investitionsgüterindustrie	"	117,8	146,5	156,5	165,6	162,7 p	148,5
Verbrauchsgüterindustrie	"	115,6	144,2	147,0	155,4	143,5 p	149,8
Nahrungs- und Genußmittelind.	"	115,2	134,4	126,3	134,2	130,5 p	132,4
Bauindustrie	"	118,9	127,5	69,4	102,0	142,8 p	143,0
BAUWIRTSCHAFT							
Bauhauptgewerbe ⁴⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	1 642,6	1 504,7	1 514
Geleistete Arbeitsstunden	Mio Std.	233,3	203,3	224,4
Umsatz ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer	Mio DM	3 698,0	3 968,6	2 569,5
Baugenehmigungen für Wohnungen	Anzahl	51 898	46 653	40 291	45 880	54 736	47 639
Baufertigstellungen für Wohnungen	"	49 326	41 660	14 731	15 746	17 077	20 507
HANDEL							
Index der Einzelhandelsumsätze	1962=100	124	152	133	161	166	148
Index der Groß- und Außenhandelsumsätze	"	"	148	148	158	171	150
VERKEHR							
Seeschifffahrt							
Güterumschlag ⁵⁾	1 000 t	8 835	10 581	10 118	10 503
dav. Empfang	"	6 950	8 252	7 846	8 195
Versand	"	1 885	2 329	2 272	2 308
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	144 927	171 971	169 227	237 155	265 465	218 325
Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden	"	26 364	28 178 p	25 707 p	26 542 p	...	25 165 p
Getötete Personen	"	1 313	1 382 p	1 176 p	1 202 p	...	1 179 p
Verletzte Personen	"	36 124	39 268 p	34 485 p	38 033 p	...	35 101 p
STEUERN							
Lohnsteuer	Mio DM	1 395	2 255	2 290	1 988,7	2 375	1 670
Veranlagte Einkommensteuer	"	1 233	1 416	167	3 369,1	131	299
Körperschaftsteuer	"	681	908	135	1 999,0	106	186
Steuern vom Umsatz	"	2 018	3 063	3 158	2 634,3	3 088	3 017
PREISE							
Index der Erzeugerpreise Industrieller Produkte ⁶⁾	1962=100	104,0	101,5	106,3	106,6	106,8	100,4
Index der Einfuhrpreise	"	106,3	108,0	108,0	109,0	108,7	108,8
Index der Ausfuhrpreise	"	104,8	111,3	115,4	115,6	116,0	109,8
Preisindex für Wohngebäude	"	112,2	124,5	137,0			
Preisindex für die Lebenshaltung ⁷⁾	"	109,0	119,3	122,5	123,0	123,3	119,0
Nahrungs- und Genußmittel	"	109,0	114,2	116,9	117,4	117,8	114,4
Wohnungsmieten	"	118,5	161,9	166,0	166,6	167,2	161,0
				Juli 1969	Oktober 1969	Januar 1970	Januar 1969
LÖHNE IN DER INDUSTRIE							
Bruttostundenverdienste der Männer	DM	4,54	5,71	5,65	5,97	6,15	5,41
Bezahlte Wochenarbeitszeit der Männer	Std.	45,1	44,8	45,1	45,2	44,4	43,9

¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ²⁾ einschließlich Lehrlingsstunden. — ³⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. — ⁴⁾ hochgerechnete Totalergebnisse. — ⁵⁾ Verkehr zwischen deutschen Seehäfen ist doppelt gezählt. — ⁶⁾ ab 1968 ohne Mehrwertsteuer. — ⁷⁾ 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen. — Quelle: Statistisches Bundesamt.

HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1970

August-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Kurzinformationen

Mehr Ausländerhochzeiten in Hamburg

Im Jahre 1969 wurden in Hamburg 14 494 Ehen geschlossen. In 13 401 Fällen (92 %) hatten beide Eheschließenden die deutsche Staatsangehörigkeit, bei 1 093 Eheschließungen (8 %) waren dagegen ein oder beide Ehepartner Ausländer. Gegenüber früheren Jahren ist damit der Anteil der Ausländerhochzeiten, infolge der verstärkten Zuwanderung von Ausländern, weiter gestiegen; 1953 hatte er z. B. nur 3 % betragen.

In 6,2 % der Fälle war nur ein Ehepartner Ausländer, dieser Anteil hat sich in den letzten Jahren auch nur wenig geändert; in 1,4 % (197 Fälle) waren beide Ehepartner Ausländer, diese Zahl hat sich gegenüber 1968 (162 Fälle, 1 %) leicht erhöht. Vorwiegend handelt es sich hier um Eheschließungen von Gastarbeitern: so heirateten z. B. jeweils 148 griechische, 68 jugoslawische und 34 spanische Männer und Frauen.

Bei den Eheschließungen zwischen Deutschen mit Ausländern handelte es sich vorwiegend um Angehörige der Nachbarstaaten: die Ehepartner stammen z. B. in 127 Fällen aus Österreich, in 48 aus Skandinavien und in 45 Fällen aus Italien.

Fast jeder sechste Krankenhauspatient ein Auswärtiger

In den Hamburger Krankenhäusern wurden im vergangenen Jahr mehr als 43 000 Patienten behandelt, die ihren ständigen Wohnsitz in anderen Bundesländern hatten. Der weitaus überwiegende Anteil entfiel mit rund 26 000 (= 60 %) der stationär behandelten auswärtigen Kranken) auf Patienten aus Schleswig-Holstein. Aus Niedersachsen waren knapp 12 400 Personen (= 29 %) und aus dem übrigen Bundesgebiet annähernd 4 700 Patienten (= 11 %) in ein Hamburger Krankenhaus gekommen.

Insgesamt haben sich 1969 279 324 Personen in Hamburg einer stationären Krankenhausbehandlung unterzogen. Die Dauer des Krankenhausaufenthalts betrug im Durchschnitt für alle Patienten nicht ganz 22 Tage. Diese Zahlen sind ebenso wie der Anteil der auswärtigen Patienten (rund 15 %) im Vergleich zum Vorjahr praktisch unverändert geblieben.

Fast die Hälfte der Wohnungen in Hamburg haben über 60 qm Wohnfläche

Der bei der letzten Wohnungszählung im Oktober 1968 ermittelte Wohnungsbestand von rd. 670 000 Wohnungen gliedert sich nach der Wohnfläche je Wohnung wie folgt:

- 14 % der Wohnungen haben unter 40 qm,
- 38 % zwischen 40 und 60 qm,
- 30 % zwischen 60 und 80 qm,
- 10 % zwischen 80 und 100 qm und
- 8 % über 100 qm Wohnfläche.

Über drei Viertel der Wohnungen in Hamburg haben Badezimmer oder Duschraum

Von den bei der letzten Wohnungszählung im Oktober 1968 ermittelten rd. 670 000 Wohnungen waren 77 % mit Bad/Dusche und WC ausgestattet, 17 % hatten kein Bad aber ein WC in der Wohnung. Die restlichen 6 % der Wohnungen hatten weder Bad noch WC in der Wohnung; hier lag das WC entweder außerhalb der Wohnung oder des Gebäudes bzw. war durch andere Möglichkeiten ersetzt.

Das Erdgas deckt in Hamburg in zunehmendem Maße den industriellen Gasverbrauch

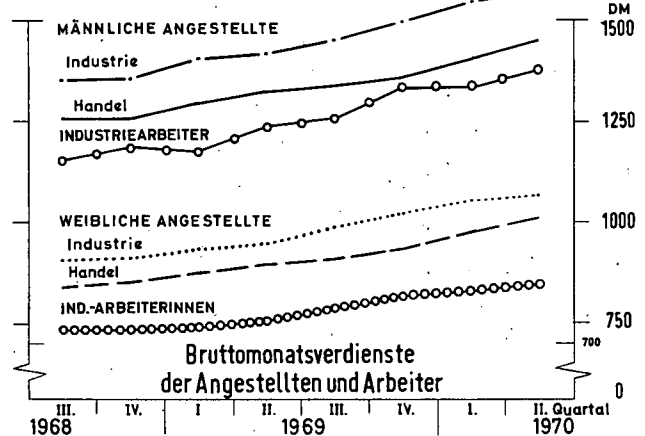
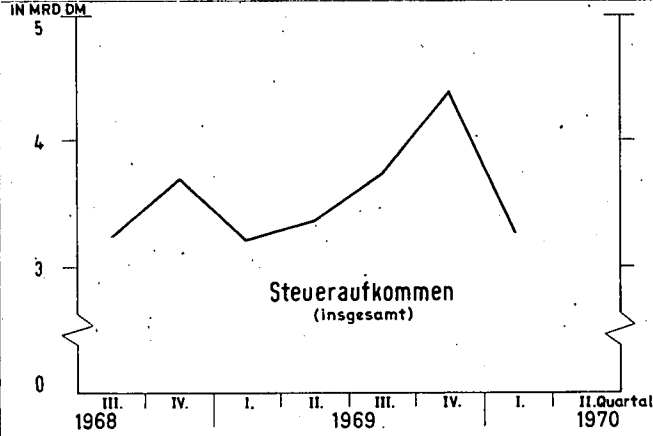
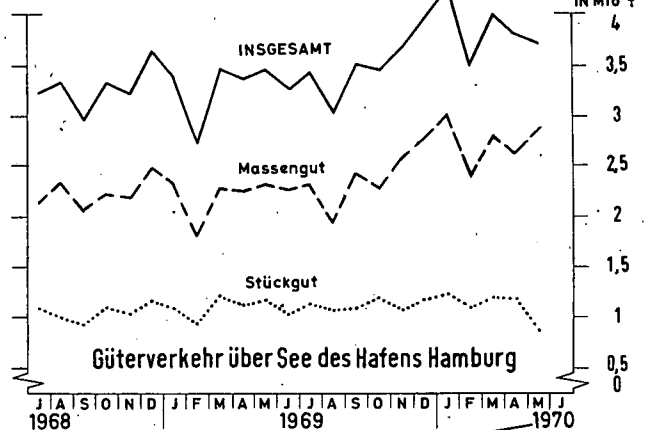
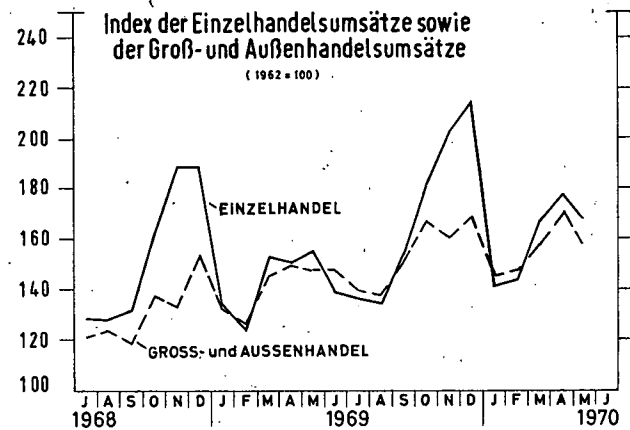
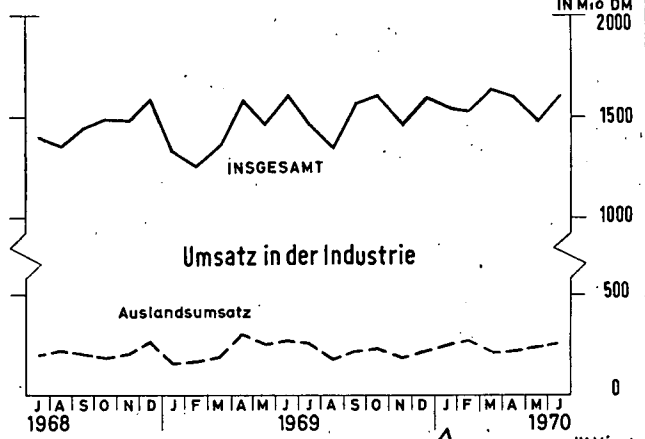
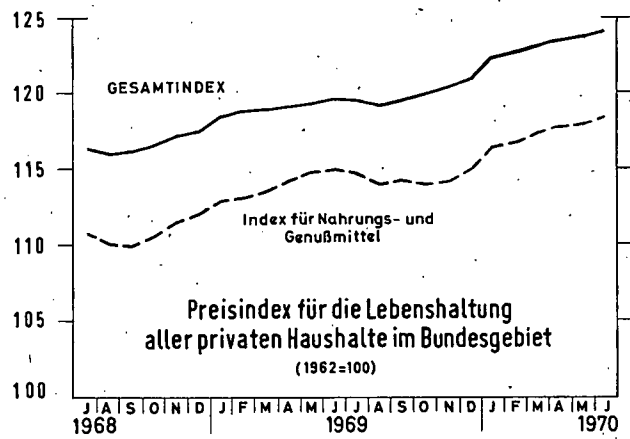
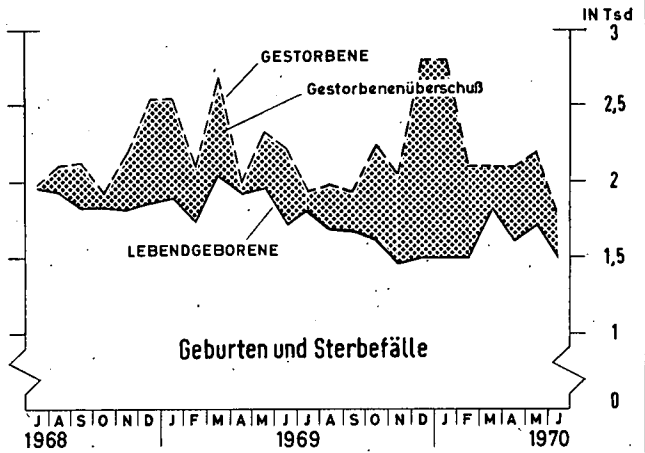
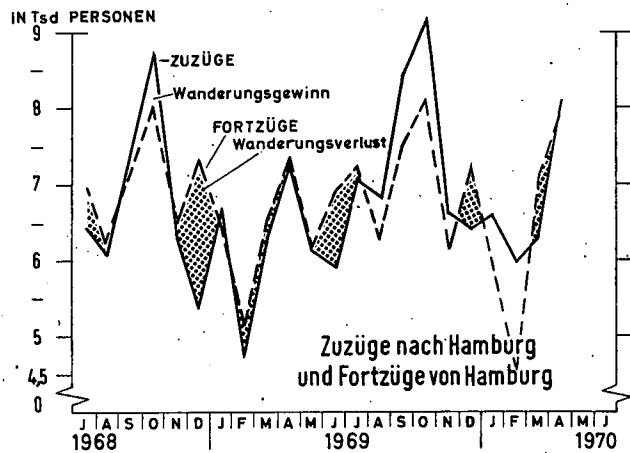
Im Gegensatz zum ständig steigenden Absatz bei Heizöl und Strom ging der Gasverbrauch der hamburgischen Industrien zwischen 1964 und 1966 vorübergehend zurück, und zwar von 81 Mio cbm (1964) auf 74 Mio cbm im Jahre 1966.

Während bis zu diesem Jahr in Hamburg fast ausschließlich Orts- und Kokereigas (Heizwert $H_o = 4\,300 \text{ Kcal/Nm}^3$) verwendet wurde, verbrauchte Hamburgs Industrie seit 1967 in zunehmendem Ausmaß Erdgas¹⁾, das einen mehr als doppelt so hohen Heizwert ($H_o = \text{ca. } 9\,000 \text{ Kcal/Nm}^3$) aufweist. Seither hat die Energiequelle „Gas“ im industriellen Verbrauch wieder Anschluß an den Aufwärtstrend der beiden anderen wichtigen Energien gefunden. So stieg — auch ohne Berücksichtigung der unterschiedlichen Heizwerte — der Gasverbrauch der Hamburger Industrie bis zum Jahre 1969 auf mehr als 125 Mio cbm an.

Die Lieferungen von Orts- und Kokereigasen sind auch in den letzten Jahren weiter kontinuierlich zurückgegangen und betrugen 1969 nur noch 25 Mio cbm. Beim hochwertigen Erdgas wurde dagegen ein schnelles Wachstum registriert. Während 1967 — dem Anfangsjahr dieser Entwicklung — 26 Mio cbm verbraucht wurden, vervierfachte sich die für Zwecke der Industrie verwendete Gasmenge bis zum Jahre 1969 und übertraf knapp die 100-Mio-cbm-Grenze. Damit entfielen bereits rund 80 % des gesamten industriellen Gasverbrauches auf Erdgas und die Ergebnisse der ersten Monate 1970 lassen erkennen, daß dieser Umstrukturierungsprozeß noch keineswegs zum Abschluß gekommen ist.

¹⁾ Erdgasfelder (Bezugsquelle): Dollart-Ems-Gebiet, Süddoldenburg, Barrien (Niedersachsen) und Hamburg-Reitbrook.

Ausgewählte Diagramme zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung



Die Wahl zur hamburgischen Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 22. März 1970

Änderungen des Wahlrechts gegenüber 1966

Als Rechtsgrundlagen für die Wahl zur hamburgischen Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 22. März 1970 galten im wesentlichen die Vorschriften der Gesetze über die Wahl zur hamburgischen Bürgerschaft und über die Wahl der Bezirksabgeordneten zu den Bezirksversammlungen vom 24. April 1961 (in der Fassung vom 14. Februar 1966). So blieben insbesondere das System der reinen Verhältniswahl mit gebundenen Listen und die 5%-Klausel unverändert. Folgende Neuerungen gegenüber den Wahlgesetzen von 1966 sind jedoch zu beachten:

- a) Das aktive Wahlrecht der Hamburger Bürger wurde bei der Wahl 1970 erstmals auf 18 Jahre, das passive Wahlrecht auf 23 Jahre festgelegt, d. h. gegenüber den vorangegangenen Wahlen um 3 bzw. 2 Jahre herabgesetzt. Das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Wahl zur hamburgischen Bürgerschaft und des Gesetzes über die Wahl der Bezirksabgeordneten zu den Bezirksversammlungen vom 17. 3. 1969 (HGVBl. I Seite 33) änderten dementsprechend die bisherigen §§ 6 Nr. 1 und 10 Abs. 1 des Bürgerschaftswahlgesetzes sowie die §§ 7 Nr. 1 und 11 Abs. 1 des Gesetzes über die Wahl der Bezirksabgeordneten, in welchen das aktive Wahlrecht mit 21 bzw. das passive Wahlrecht mit 25 Jahren verankert waren.
- b) Durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Wahl zur hamburgischen Bürgerschaft vom 9. Juni 1969 (HGVBl. I Seite 109) wurde der Zeitraum, in dem die neue Bürgerschaft vor dem Ende der laufenden Wahlperiode gewählt werden muß, von 20 Tagen auf 8 Wochen verlängert. Durch diese Regelung ist für die Festlegung des Wahltages ein etwas größerer Spielraum geschaffen worden; dies ist vor allem für Wahlmonate mit gesetzlichen Feiertagen, die als Wahltag nicht geeignet sind, von Bedeutung.

Außerdem wurde die bestehende Einjahresfrist, in der die Mitglieder der Vertreterversammlung für die Aufstellung der Wahlbewerber zu wählen sind (§ 24 Abs. 2), auf 2 Jahre ausgedehnt. Dies bedeutet für die Parteien zweifellos eine Erleichterung der Wahlvorbereitungen.

- c) Schließlich wurde im Ersten Gesetz zur Änderung der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg vom 9. Juni 1969 der — formal bisher nicht enthaltene — Wahlrechtsgrundsatz der freien Wahl aufgenommen, und zwar in Anlehnung an das Grundgesetz. Im Artikel 12 wurde festgelegt, daß bei einer früher als 3 Wochen vor dem Ende der Legislaturperiode der Bürgerschaft durchgeführten Wahl die erste Sitzung der neuen Bürgerschaft nicht schon in den ersten 3 Wochen nach ihrer Wahl stattfinden muß. Dadurch wurde erreicht, daß die neugewählte Bürgerschaft nicht bereits vor Ablauf der Amtsperiode der bisherigen Bürgerschaft zusammentreten muß.

Die Wahlbekanntmachungen zur Unter-

richtung der Öffentlichkeit und der Parteien sind den gesetzlichen Vorschriften entsprechend im Amtlichen Anzeiger (Teil II des hamburgischen Gesetz- und Verordnungsblattes) veröffentlicht worden, die wichtigsten außerdem in der Tagespresse. Von den amtlichen Bekanntmachungen sind insbesondere die über die Bestellung des Landeswahlleiters und der Bezirkswahlleiter sowie über das Einreichen der Wahlvorschläge (Amtlicher Anzeiger Nr. 231 vom 1. 12. 1969), über die Wahl der Mitglieder und Stellvertreter des Landeswahlausschusses und der Bezirkswahlausschüsse (Nr. 38 vom 24. 2. 1970) und schließlich diejenigen über die Zulassung der Wahlvorschläge (Nr. 42 vom 2. 3. 1970) zu erwähnen.

1. Ergebnisse der Bürgerschaftswahl

Sieben Parteien und 279 Bewerber bei der Bürgerschaftswahl

Für die Wahl der hamburgischen Bürgerschaft bildete Hamburg am 22. März 1970 — wie bei früheren Kommunalwahlen — einen Wahlkreis. Die Wahlbezirke entsprachen, mit nur wenigen Ausnahmen, denjenigen bei der Wahl zum 6. Deutschen Bundestag am 28. September 1969; es wurde in 1 230 Wahlbezirken (darunter 9 Anstaltswahlbezirken) gewählt. Da sich die Struktur der Wahlbezirke in dem relativ kurzen Zeitraum zwischen diesen Wahlen nur wenig verändert hat, kann auf die entsprechenden Ausführungen im November-Heft 1969 dieser Zeitschrift verwiesen werden.

Der Landeswahlausschuß ließ am 20. Februar 1970 unter Vorsitz des Landeswahlleiters, Staatsrat Dahrendorf, die Wahlvorschläge für folgende Parteien zu:

1. Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)
2. Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)
3. Freie Demokratische Partei (FDP)
4. Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)
5. Freisoziale Union — Demokratische Mitte — (FSU)
6. Europa Partei (EP)
7. Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Die beiden letztgenannten Parteien, die Europa Partei und die Deutsche Kommunistische Partei, beteiligten sich zum erstenmal an den Bürgerschaftswahlen.

Der Landeswahlausschuß ließ die 279 von den Parteien aufgestellten Bewerber zu, davon waren 10% Frauen.

Tabelle 1

Zugelassene Bewerber in Hamburg bei der Bürgerschaftswahl 1970

Bewerber	Anzahl	davon						
		SPD	CDU	FDP	NPD	FSU	EP	DKP
	1	2	3	4	5	6	7	8
Bewerber insgesamt	279	99	80	30	25	13	14	18
darunter Frauen	28	12	6	3	3	2	—	2

Wahlberechtigte, Wähler und Wahlbeteiligung

Die Zahl der Wahlberechtigten lag mit 1 382 265 um rd. 40 800 höher als bei der Bundestagswahl 1969, die ein halbes Jahr früher stattfand. Der Hauptgrund für diese Zunahme liegt darin, daß erstmals am 22. März 1970 die 18- bis 20jährigen stimmberechtigt waren, soweit sie bis zum Wahltag drei Monate lang ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt in Hamburg hatten. Die Zahl der 18- bis 20jährigen Jungwähler ist allerdings höher als 40 800, sie beträgt rd. 56 000. Die eingetretene Verringerung der Wahlberechtigten um rd. 15 200 ist hauptsächlich dadurch entstanden, daß für die von Hamburg weggezogenen Wahlberechtigten insofern kein Ausgleich durch Zuzug eintrat, als allen nach dem 21. Dezember 1969 zugezogenen Personen das Wahlrecht nicht zustand. Die Wahlbeteiligung bei der Bürgerschaftswahl 1970 war mit 73,4 % höher als bei den vorangegangenen Bürgerschaftswahlen; wie aber bei jeder Bürgerschaftswahl seit 1949 war sie erheblich niedriger als bei den jeweils vorangehenden Bundestagswahlen. Offenbar ist das allgemeine Interesse der Wählerschaft an Wahlen für das Landesparlament geringer als bei der Entscheidung über die Zusammensetzung des Bundestags. Der Abstand in der Wahlbeteiligung zwischen der Bundestagswahl und der Bürgerschaftswahl 1969/1970 betrug 14,2 Punkte und war somit gegenüber den beiden vorangegangenen Wahlen — mit jeweils über 16 Punkten — geringer.

Tabelle 2

Wahlberechtigte, Wähler und Wahlbeteiligung in Hamburg bei den Bürgerschaftswahlen 1957 bis 1970

Jahre	Wahlberechtigte	Wähler	Wahlbeteiligung in % der Wähler	
			Bürgerschaftswahl	Bundestagswahl
	1	2	3	4
1957	1 346 260	1 040 584	77,3	89,2
1961	1 384 546	1 000 784	72,3	88,6
1966	1 375 491	959 816	69,8	86,4 ¹⁾
1970	1 382 265	1 014 622	73,4	87,6 ¹⁾

¹⁾ 1965 bzw. 1969.

Das Wahlergebnis

Bei der Wahl zur Hamburger Bürgerschaft wurden 1 003 104 gültige und 11 518 ungültige Stimmen abgegeben, d. h. also, es waren nur noch 1,1 % der abgegebenen Stimmen ungültig. Es ist dies der niedrigste Anteil bei den bisherigen Bürgerschaftswahlen. Einen erfreulich niedrigen Stand wies auch bereits bei der Bundestagswahl 1969 der Anteil der ungültigen Erststimmen mit 1,2 % auf.

Die SPD als größte Partei konnte 1970 rd. 554 500 Stimmen auf sich vereinigen, das entsprach 55,3 % aller abgegebenen gültigen Stimmen; auf die zweitgrößte Partei, die CDU, entfielen rd. 329 300 oder 32,8 %. Rund 70 900 gültige Stimmen bzw. einen Anteil von 7,1 % erreichte die FDP.

Mit weitem Abstand folgten sodann die Splitterparteien,

die NPD mit rd. 27 300 Stimmen = 2,7 %
 die DKP mit rd. 17 200 Stimmen = 1,7 %
 die EP mit rd. 2 700 Stimmen = 0,3 %
 und die FSU mit rd. 1 150 Stimmen = 0,1 %.

Tabelle 3

Anzahl und Anteil der ungültigen Stimmen an den abgegebenen Stimmen in Hamburg bei den Bürgerschaftswahlen 1957 bis 1970 sowie den Bundestagswahlen 1957 bis 1969

Art der Wahlen	1957	1961	1966/65	1970/69
	1	2	3	4
Bürgerschaftswahl				
Anzahl	14 060	11 971	12 014	11 518
%	1,4	1,2	1,3	1,1
Dagegen Bundestagswahl				
Erststimmen				
Anzahl	19 098	18 143	23 801	14 397
%	1,6	1,5	2,0	1,2

Der Vergleich mit den Ergebnissen der Bürgerschaftswahl 1966 zeigt, daß die SPD 1970 bei einer insgesamt um rd. 6 800 höheren Zahl von Wahlberechtigten rd. 4 300 Stimmen weniger erhielt; dadurch sank ihr Stimmenanteil um 3,7 Punkte. Dagegen erzielten die CDU und FDP Stimmengewinne in Höhe von 44 800 bzw. 6 000, so daß sich deren Anteile gegenüber 1966 um 2,8 bzw. 0,3 Punkte erhöhten.

Tabelle 4

Gültige Stimmen in Hamburg bei den Bürgerschaftswahlen 1957 bis 1970 sowie bei der Bundestagswahl 1969 nach Parteien

Art der Wahlen	Von den gültigen Stimmen entfielen auf die			
	SPD	CDU	FDP	Sonstigen Parteien
	1	2	3	4

Grundzahlen

Bürgerschaftswahl				
1957	553 390	330 991	88 201	53 942
1961	567 793	287 619	95 061	38 340
1966	558 754	284 501	64 837	39 710
1970	554 455	329 337	70 875	48 437
Dagegen: Bundestagswahl 1969	637 051	397 246	73 206	59 306

Verhältniszahlen

Bürgerschaftswahl				
1957	53,9	32,2	8,6	5,3
1961	57,4	29,1	9,6	3,9
1966	59,0	30,0	6,8	4,2
1970	55,3	32,8	7,1	4,8
Dagegen: Bundestagswahl 1969	54,6	34,0	6,3	5,1

Wie bei früheren Wahlen kann auch 1970 wieder festgestellt werden, daß die besonderen Verhältnisse und Probleme in der Landespolitik Wähler veranlaßt haben, ihre Stimme bei der Wahl des Landes-

parlaments einer anderen Partei zu geben als bei der Wahl zum Bundestag. Aber auch die Politik auf Bundesebene, wie z. B. die Bildung der kleinen Koalition im Anschluß an die Bundestagswahl 1969 kann die Wahlentscheidung der Hamburger Bürger beeinflusst haben. Diese Entwicklung führte dazu, daß die SPD von den 120 Sitzen im Parlament 70 erhielt, also vier weniger als 1966, während die CDU mit 41 Sitzen drei und die FDP mit 9 Abgeordnetensitzen einen Sitz mehr errangen als bei der letzten Bürgerschaftswahl. Da von den übrigen Splitterparteien keine fünf Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen erreichte, blieben sie bei der Mandatsermittlung unberücksichtigt. Die Berechnung der Sitze nach dem Höchstzahlverfahren d'Hondt ist im Statistischen Bericht, Reihe B III 2 u. 3, lfd. Nr. 4, vom 9. 4. 1970 auf Seite 3 im einzelnen dargestellt.

Tabelle 5

Sitzeverteilung in Hamburg bei den Bürgerschaftswahlen 1957 bis 1970

Jahre	Von den 120 Sitzen entfielen auf		
	SPD	CDU	FDP
	1	2	3
1957	69	41	10
1961	72	36	12
1966	74	38	8
1970	70	41	9

Erheblich mehr Briefwähler als 1966

Wahlberechtigte Bürger, die sich am Wahltag auf Urlaub, Dienstreise oder aus sonstigen Gründen außerhalb des Gebiets ihres Bezirksamts aufhielten, hatten wieder die Möglichkeit, Briefwahlunterlagen zu beantragen. Auch Schwestern und Insassen von Krankenanstalten, Altersheimen usw. und Wahlberechtigte, die wegen sonstiger beruflicher Verpflichtungen (z. B. Bereitschaftsdienst der Versorgungsbetriebe, Polizei usw.) nicht persönlich die Stimme im Wahllokal abgeben konnten, waren auf Wahlscheine angewiesen. Schließlich machten Personen, denen wegen Krankheit oder hohen Alters der Gang zur Wahlurne nicht zumutbar war, von dieser, in der Presse, im Fernsehen und Rundfunk bekanntgegebenen Möglichkeit der Wahl Gebrauch.

Für die Bürgerschaftswahl wurden rd. 69 100 Wahlscheine ausgestellt, bei der Wahl 1966 waren es nur rd. 50 700 (vgl. Tabelle 6); z. T. mag dies damit zusammenhängen, daß der Wahltermin 1970 während der Osterferien lag. Anlässlich der Bundestagswahl 1969 wurden fast 111 000 Wahlscheine ausgestellt, also weit mehr als bei der Bürgerschaftswahl. Die Stimmabgabe auf Wahlschein war bei sämtlichen Wahlen zum Landesparlament in der Nachkriegszeit stets geringer als bei den entsprechenden Bundestagswahlen.

Aus Tabelle 6 geht hervor, daß 98 % der eingegangenen Wahlbriefe gültig waren und daß die Zahl der Wähler, die mit Wahlschein noch in Wahllokalen wählten, nur noch eine untergeordnete Rolle spielte (923); die Wahlscheinwähler bevorzugten fast ausschließlich die Briefwahl (65 380).

Die regionale Verteilung der Briefwähler auf die Hamburger Bezirke ist in Tabelle 7 enthalten. Mit

einem Anteil der Briefwähler von 7,5 % an der Gesamtzahl der Wähler hob sich der Bezirk Altona

Tabelle 6

Wahlscheine und Wahlscheinwähler in Hamburg bei den Bürgerschaftswahlen 1970 und 1966 sowie bei der Bundestagswahl 1969

Wahlscheine bzw. Wähler	1970	1966	1969
	1	2	3
Ausgestellte Wahlscheine insgesamt	69 088	50 693	110 939
Eingegangene Wahlbriefe zurückgewiesene nach § 57 (2) WO bzw. § 72 (1) BWO	1 176	1 128	2 010
Gültige Wahlbriefe insgesamt	65 380	48 232	105 958
in % der eingegangenen	98,0	97,4	97,8
Wahlscheinwähler insges. ..	66 303	48 650	106 943
davon in Wahlbezirken ..	923	418	985
Briefwähler ...	65 380	48 232	105 958
Wahlscheinwähler in % der Wähler	6,5	5,1	9,1

(mit den Elbvororten) deutlich vom Gesamtdurchschnitt für Hamburg mit 6,4 % ab; auch Wandsbek und Hamburg-Nord hatten relativ hohe Anteile von Briefwählern. Demgegenüber waren Hamburg-Mitte und Harburg — wie bereits bei der letzten Bürgerschafts- und auch Bundestagswahl — die Bezirke mit den niedrigsten Briefwähleranteilen. Die relativ breite regionale Streuung der Briefwähler kann nur mit Unterschieden in der Sozialstruktur der örtlichen Bevölkerung begründet werden. Aus den Ergebnissen der Tabelle 7 geht auch hervor, daß die Zahl der Briefwähler in sämtlichen Bezirken gegenüber 1966 zugenommen hat, wobei Wandsbek mit Abstand die höchste Zunahme verzeichnete.

Tabelle 7

Die Briefwähler in den Hamburger Bezirken bei den Bürgerschaftswahlen 1970 und 1966 sowie bei der Bundestagswahl 1969

Bezirke	1970			1966			1969		
	Briefwähler	in % der		Briefwähler	in % der		Briefwähler	in % der	
		Wähler	Wahlberechtigten		Wähler	Wahlberechtigten		Wähler	Wahlberechtigten
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Hamburg-Mitte	6 622	4,9	3,4	5 341	3,9	2,6	11 781	7,3	6,1
Altona	10 821	7,5	4,7	8 552	6,2	4,4	17 280	10,3	9,0
Eimsbüttel	9 306	6,6	4,7	7 067	5,2	3,5	16 115	9,5	8,3
Hamburg-Nord	15 094	7,0	5,2	11 961	5,5	3,9	25 284	10,2	8,9
Wandsbek	14 795	7,1	5,3	9 511	5,2	3,6	22 102	9,3	8,3
Bergedorf	3 189	5,9	4,6	1 983	4,2	3,2	4 608	7,8	7,0
Harburg	5 553	4,9	3,7	3 817	3,7	2,6	8 788	6,8	6,0
Hamburg insgesamt	65 380	6,4	4,7	48 232	5,0	3,5	105 958	9,0	7,9

Über die Entwicklung der Briefwahlanteile an der Gesamtstimmenzahl der einzelnen Parteien bei den letzten drei Wahlen gibt Tabelle 8 Aufschluß. Mit 10,3 % Briefwählern an ihrer Gesamtstimmenzahl 1970 hatte die FDP den höchsten Anteil unter den Parteien; es folgten die CDU mit 8,6 % und die Gruppe der Splitterparteien mit 5,4 %. Die niedrigste Quote von Briefwählern hatte die SPD mit 4,8 %. Im Vergleich mit 1966 hatten vor allem die FDP und CDU deutliche Zunahmen zu verzeichnen; gegenüber der Bundestagswahl 1969 lagen die Briefwähler

anteile bei allen Parteien beträchtlich niedriger, bei der SPD um rd. 3 Prozentpunkte, bei den „Sonstigen Parteien“ sogar um rd. 4 Punkte.

Tabelle 8

Anteile der gültigen Briefwahlstimmen an der Gesamtstimmenzahl der Parteien in Hamburg bei den Bürgerschaftswahlen 1970 und 1966 sowie bei der Bundestagswahl 1969

Jahre	Anteile in %			
	SPD	CDU	FDP	Sonstige
	1	2	3	4
1970	4,8	8,6	10,3	5,4
1966	4,0	6,7	6,7	4,4
1969	7,7	10,5	12,3	9,3

Besonderes Interesse kommt der Frage zu, inwieweit die Entscheidungen der Briefwähler das Gesamtergebnis bei den einzelnen Parteien beeinflusst haben. In Tabelle 9 sind deshalb die Stimmenergebnisse der Briefwahl getrennt von denjenigen der Urnenwahl dargestellt: Die Wahlergebnisse der Briefwähler wichen 1970, wie bei den vorangegangenen Wahlen, von den entsprechenden Abstimmungsergebnissen in den Wahllokalen bei den einzelnen Parteien unterschiedlich ab.

Von 100 gültigen Briefwahlstimmen entfielen 1970 rd. 44 auf die CDU und 41 auf die SPD, im Jahre 1966 dagegen waren 47 von SPD-Wählern und nur 40 von CDU-Wählern abgegeben worden. Bei der SPD ist also der Anteil an gültigen Briefwahlstimmen gegenüber 1966 deutlich zurückgegangen. Zu beachten ist in diesem Zusammenhang, daß sich das Gesamtergebnis für die SPD durch die Briefwahlstimmen verschlechterte, weil es beträchtlich unter dem Ergebnis der Urnenwahl (56,3 %) lag.

Tabelle 9

Briefwahlergebnisse für die Parteien in Hamburg bei den Bürgerschaftswahlen 1970 und 1966 sowie bei der Bundestagswahl 1969

Parteien	Von 100 gültigen Stimmen entfielen		
	1970	1966	1969
	1	2	3
Briefwahl			
SPD	40,8	47,1	46,5
CDU	43,9	40,1	39,8
FDP	11,3	9,2	8,5
Sonstige	4,0	3,6	5,2
Urnenwahl			
SPD	56,3	59,6	55,4
CDU	32,1	29,5	33,5
FDP	6,8	6,7	6,1
Sonstige	4,8	4,2	5,0
insgesamt			
SPD	55,3	59,0	54,6
CDU	32,8	30,0	34,0
FDP	7,1	6,8	6,3
Sonstige	4,8	4,2	5,1

Bei der CDU und der FDP ergaben sich umgekehrte Relationen, weil hier die Briefwahlergebnisse anteilmäßig über den Ergebnissen der Urnenwahl lagen, so daß der Tendenz nach durch die Briefwahlstimmen das Gesamtergebnis bei diesen beiden Parteien verbessert wurde.

2. Ergebnisse der Bezirksversammlungswahl

Wie die Abgeordneten der Bürgerschaft werden die Bezirksabgeordneten zu den Bezirksversammlungen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl mit gebundenen Listen gewählt und es gilt ebenfalls die 5%-Klausel. Jeder Bezirk bildet einen Wahlkreis und es gelten die Wahlbezirksgrenzen sowie die Wählerverzeichnisse sowohl für die Bürgerschaftswahl als auch für die Wahl der Bezirksversammlungen.

Für die 7 Bezirksversammlungen waren insgesamt 300 Bezirksabgeordnete zu wählen, und zwar in den Bezirken Wandsbek und Harburg je 50, in den übrigen Bezirken jeweils 40.

Für die Wahl der Bezirksabgeordneten zu den Bezirksversammlungen wurden — mit Ausnahme der FSU in Bergedorf — in allen 7 Bezirken von denselben Parteien Bezirkswahlvorschläge zugelassen wie bei der Bürgerschaftswahl. In Bergedorf wurde zusätzlich eine „Freie und unabhängige Wählergemeinschaft (FW 80)“ zugelassen, die 1 796 Stimmen, d. h. 3,4 % der dortigen gültigen Stimmen erreichen konnte.

Tabelle 10

Wahlbeteiligung in Hamburg bei den Bürgerschafts- und Bezirksversammlungswahlen 1957 bis 1970

Jahre	Wahlberechtigte	Wähler	Wahlbeteiligung	
			Bezirksversammlungswahl	Bürgerschaftswahl
	1	2	3	4
1957	1 337 060	1 031 763	77,2	77,3
1961	1 384 546	1 000 784	72,3	72,3
1966	1 375 491	959 816	69,8	69,8
1970	1 382 265	1 014 622	73,4	73,4

Höchste Wahlbeteiligung in Bergedorf

Die durchschnittliche Wahlbeteiligung für alle 7 Bezirke entsprach mit 73,4 % derjenigen bei der Bürgerschaftswahl und war damit ebenfalls deutlich höher als 1966 (69,8 %). In den einzelnen Bezirken war die Höhe der Wahlbeteiligung allerdings recht unterschiedlich; sie schwankte zwischen 69,5 % in Hamburg-Mitte und 77,5 % in Bergedorf. Es sind dies die beiden Bezirke, die auch bei den früheren Wahlen die niedrigste bzw. höchste Wahlbeteiligung auswiesen. Den Höchststand bei den bisherigen Bezirksversammlungswahlen erreichte Bergedorf übrigens 1957 mit einer Wahlbeteiligung von 80,3 %; um-

Tabelle 11

Wahlbeteiligung in den Hamburger Bezirken bei den Bezirksversammlungswahlen 1957 bis 1970 sowie bei der Bundestagswahl 1969

Bezirke	1970	1969 ¹⁾	1966	1961	1957
	1	2	3	4	5
Hamburg-Mitte	69,5	84,8	66,5	69,9	74,0
Altona	72,9	87,3	69,9	72,0	77,3
Eimsbüttel	71,7	87,0	67,9	70,9	76,0
Hamburg-Nord	74,7	88,0	71,4	73,6	78,8
Wandsbek	74,8	88,7	70,2	72,8	77,8
Bergedorf	77,5	90,2	73,5	75,5	80,3
Harburg	74,4	88,3	71,2	73,2	77,6

¹⁾ Bundestagswahl

gekehrt verzeichnete Hamburg-Mitte bei der Wahl 1966 mit nur 66,5% eine besonders schlechte Wahlbeteiligung.

Niedrigster Anteil von ungültigen Stimmen in Wandsbek

Bei der Bezirksversammlungswahl 1970 waren insgesamt 17 453 Stimmen oder 1,7% der abgegebenen Stimmen ungültig; d.h., daß in der Bezirksversammlungswahl fast 6 000 mehr ungültige Stimmen als bei der Bürgerschaftswahl verzeichnet wurden. Wie bei früheren Wahlen begnügten sich verhältnismäßig zahlreiche Wähler mit der Abgabe nur einer Stimme auf der linken Seite des Stimmzettels. Allein im Bezirk Hamburg-Nord wurden über 4 000 ungültige Stimmen oder 1,9% aller abgegebenen Stimmen festgestellt.

Auch in Hamburg-Mitte wurde dieser relativ hohe Anteil an ungültigen Stimmen registriert; dagegen verzeichnete Wandsbek unter den Bezirken mit 1,5% die niedrigste Quote. Es muß allerdings darauf hingewiesen werden, daß bei der vorangegangenen Wahl in sämtlichen Bezirken die entsprechenden Anteile z. T. noch erheblich höher lagen.

Tabelle 12

Ungültige Stimmen in Hamburg bei den Bezirksversammlungswahlen 1957 bis 1970 sowie bei der Bürgerschaftswahl 1970

Bezirke	1970		1970 Bürger- schafts- wahl	1966	1961	1957				
	Anzahl	in % der abgegebenen Stimmen								
	1	2					3	4	5	6
Hamburg-Mitte	2 638	1,9	1,3	2,5	3,7	1,9				
Altona	2 549	1,8	1,0	2,1	3,4	1,9				
Eimsbüttel	2 268	1,6	1,1	2,1	3,2	1,8				
Hamburg-Nord	4 016	1,9	1,2	2,3	3,2	2,0				
Wandsbek	3 168	1,5	1,0	1,9	3,2	1,9				
Bergedorf	875	1,6	1,3	2,2	3,9	1,9				
Harburg	1 939	1,7	1,3	2,4	3,0	2,1				
Hamburg insges.	17 453	1,7	1,1	2,2	3,3	1,9				

Wandsbek war bei der Bezirksversammlungswahl 1966 der einzige Bezirk, in dem die Quote der ungültigen Stimmen unter 2% lag, Hamburg-Mitte wies — bei einem städtischen Gesamtdurchschnitt von 2,2% — 2,5% ungültige Stimmen auf.

Höchste Stimmenanteile für die SPD in Hamburg-Mitte, für die CDU in Wandsbek

Der Stimmenanteil der SPD lag 1970 in den Bezirken zwischen 51,4% in Wandsbek und 61,6% in Hamburg-Mitte; in allen Bezirken war also mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen für die SPD abgegeben worden. Erheblich über dem städtischen Gesamtdurchschnitt der Bezirksversammlungswahl in Höhe von 54,6% lag noch der Bezirk Harburg, wo die SPD 58,7% der gültigen Stimmen erhielt. Dort war allerdings der Rückgang des Stimmenanteils gegenüber 1966 — er betrug damals 63,9% — besonders ausgeprägt. Die in allen Bezirken zu beobachtende Abnahme der SPD-Stimmenanteile war in Hamburg-Nord und in Bergedorf mit 2,5 bzw. 2,6 Prozentpunkten noch am geringsten.

Die CDU, auf die im Gesamtdurchschnitt der Bezirksversammlungswahl ein Drittel der gültigen Stimmen entfiel, hatte in Wandsbek mit 35,4% den höchsten und in Hamburg-Mitte mit 27,6% den niedrigsten Anteil. Sie konnte ihren Stimmenanteil in allen Bezirken gegenüber 1966 erhöhen; wie aus Tabelle 13 ersichtlich, war die relative Zunahme in zwei Bezirken besonders ausgeprägt: In Harburg betrug sie 3,6 und in Wandsbek 3,5 Prozentpunkte. Bergedorf verzeichnete dabei mit Abstand die geringste Zuwachsquote für die CDU.

Tabelle 13

Die gültigen Stimmen in Hamburg bei den Bezirksversammlungswahlen 1970 und 1966 sowie der Bürgerschaftswahl 1970 nach Parteien und Bezirken

Bezirke	Jahre	Von den gültigen Stimmen entfielen auf die			
		SPD	CDU	FDP	Son- stigen Parteien
		1	2	3	4
Grundzahlen					
Hamburg-Mitte	1970	82 457	36 939	7 223	7 279
	1966	88 120	33 702	7 359	5 683
Altona	1970	74 795	49 224	11 076	7 441
	1966	74 852	43 718	9 727	6 053
Eimsbüttel	1970	73 458	47 659	11 206	7 366
	1966	74 022	42 532	9 993	5 862
Hamburg-Nord	1970	114 937	70 890	15 560	10 774
	1966	120 416	66 446	16 062	9 515
Wandsbek	1970	105 115	72 463	17 072	9 998
	1966	100 199	57 431	13 895	8 289
Bergedorf	1970	28 093	18 182	2 878	3 838
	1966	24 670	15 040	3 085	1 567
Harburg	1970	65 359	33 949	6 299	5 639
	1966	64 127	27 026	5 522	3 750
Hamburg insges.					
Bezirks- versammlung	1970	544 214	329 306	71 314	52 335
Bürger- schaftswahl	1970	554 455	329 337	70 875	48 437
Verhältniszahlen					
Hamburg-Mitte	1970	61,6	27,6	5,4	5,4
	1966	65,3	25,0	5,5	4,2
Altona	1970	52,5	34,5	7,8	5,2
	1966	55,7	32,6	7,2	4,5
Eimsbüttel	1970	52,6	34,1	8,0	5,3
	1966	55,9	32,1	7,6	4,4
Hamburg-Nord	1970	54,2	33,4	7,3	5,1
	1966	56,7	31,3	7,6	4,4
Wandsbek	1970	51,4	35,4	8,3	4,9
	1966	55,7	31,9	7,7	4,7
Bergedorf	1970	53,0	34,3	5,4	7,3
	1966	55,6	33,9	7,0	3,5
Harburg	1970	58,7	30,5	5,7	5,1
	1966	63,9	26,9	5,5	3,7
Hamburg insges.					
Bezirks- versammlung	1970	54,6	33,0	7,2	5,2
Bürger- schaftswahl	1970	55,3	32,8	7,1	4,8
Bezirks- versammlung	1966	58,2	30,5	7,0	4,3

Weniger einheitlich verlief die Entwicklung in den Bezirken bei der FDP, welche im Gesamtdurchschnitt der Bezirksversammlungswahl 7,2% der abgegebenen gültigen Stimmen erreichte, gegenüber 7,0% bei der Wahl 1966. Mit 8,3% FDP-Stimmen war 1970 Wandsbek der Bezirk mit dem höchsten Anteil; Ham-

burg-Mitte, Bergedorf und Harburg hatten Anteile von weniger als 6 %.

Gegenüber 1966 hatten Altona, Eimsbüttel, Wandsbek und Harburg eine leichte Zunahme der FDP-Stimmenanteile zu verzeichnen; in den übrigen Bezirken trat eine rückläufige Tendenz ein, und zwar besonders ausgeprägt bei den Bergedorfer Wählern. Inwieweit sich hier die Beteiligung der Wählergemeinschaft (FW 80) an der Bezirksversammlungs-wahl ausgewirkt hat — sie konnte immerhin 3,4 % der gültigen Stimmen erreichen — läßt sich mit dem vorliegenden Zahlenmaterial nicht nachweisen. Auf jeden Fall ist der vergleichsweise hohe Stimmenanteil in der Gruppe der „Sonstigen Parteien“ in Bergedorf mit 7,3 % auf diese Wählergemeinschaft zurückzuführen.

Sitzeverteilung in den Bezirksversammlungen

Die SPD hat auch 1970 wieder in allen 7 Hamburger Bezirken jeweils mehr als die Hälfte der Sitze in den Bezirksversammlungen erhalten, in Hamburg-Mitte betrug ihr Anteil 65 % und in Harburg 62 %. Sie verlor dort allerdings gegenüber 1966 zwei bzw. drei Mandate. In Wandsbek entfielen auf die SPD ebenfalls 2 Mandate weniger als bei der vorangegangenen Wahl; in Altona, Eimsbüttel und Hamburg-Nord fiel jeweils ein Sitz der CDU zu. In Bergedorf blieb als einzigem Bezirk die Zahl der SPD-Sitze gegenüber 1966 unverändert. Die CDU konnte in Hamburg-Mitte, Wandsbek und Harburg je 2 Mandate mehr als 1966 erringen und ist damit in Wandsbek, Altona und Bergedorf 1970 relativ stark vertreten.

Tabelle 14

Die Sitzverteilung in den Bezirksversammlungen in Hamburg 1970 und 1966

Bezirke	Insgesamt	davon					
		SPD		CDU		FDP	
		1970	1966	1970	1966	1970	1966
	1	2	3	4	5	6	7
Hamburg-Mitte	40	26	28	12	10	2	2
Altona	40	22	23	15	14	3	3
Eimsbüttel	40	23	24	14	13	3	3
Hamburg-Nord	40	23	24	14	13	3	3
Wandsbek	50	27	29	19	17	4	4
Bergedorf	40	23	23	15	14	2	3
Harburg	50	31	34	16	14	3	2

Bei der FDP blieb die Sitzverteilung in 5 Bezirken konstant; sie verlor gegenüber 1966 in Bergedorf einen Sitz, während sie 1970 in Harburg 3 Vertreter statt bisher 2 in die Bezirksversammlung entsendet.

3. Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik 1970

Wie bei der Bürgerschaftswahl 1966 wurde auch 1970 eine Sonderauswertung der Wählerverzeichnisse von 53 für das gesamte Hamburger Wahlergebnis repräsentativen Wahlbezirke im Statistischen Landesamt durchgeführt. In die Untersuchung wurden dieselben Wahlbezirke einbezogen, die auch für die repräsentative Wahlstatistik zur Bundestagswahl 1969 herangezogen worden waren. In diesen 53 Wahlbezirken wurden 57 000 Wahlberechtigte bzw. 41 600 Wähler erfaßt, das entsprach einer Repräsentation von rd. 4 %. Für die Beurteilung der aus dieser Stichprobe gewonnenen Ergebnisse ist zu beachten, daß sie nur

in einem durch den zugehörigen Zufallsfehler bestimmten Schwankungsbereich richtig sind. In dem Beitrag zur repräsentativen Wahlstatistik 1969 im Januar-Heft 1970 dieser Zeitschrift ist auf die methodischen Grundlagen und den Fehlerbereich dieser Erhebung näher eingegangen worden (S. 14 ff.); die dort gemachten Einschränkungen gelten gleichermaßen für die vorliegenden Ergebnisse.

Mangels einer rechtlichen Grundlage konnten bei der Bürgerschaftswahl lediglich die Wahlbeteiligung in den einzelnen Altersgruppen bei Männern und Frauen und die Inanspruchnahme der Briefwahlmöglichkeit festgestellt werden; eine Auswertung über das Wahlverhalten von Männern und Frauen nach Altersgruppen unter Berücksichtigung der Stimmabgabe für die einzelnen Wahlvorschläge (Parteien), wie sie nach § 52 des Bundeswahlgesetzes vom 7. 5. 1956 zulässig ist, war unmöglich.

Mehr Wählerinnen als Wähler

Die Gegenüberstellung von einigen Gesamtergebnissen der Bürgerschaftswahl mit Stichprobenresultaten, wie sie in Tabelle 15 vorgenommen wurde, zeigt eine verhältnismäßig gute Übereinstimmung. Die Nichtwähler waren allerdings in den 53 Auswahlbezirken mit 27,1 % aller Wahlberechtigten etwas stärker als im Gesamtergebnis vertreten (26,6 %).

Tabelle 15

Urnenwähler, Wahlberechtigte mit Wahlscheinvermerk sowie Nichtwähler in Hamburg bei der Bürgerschaftswahl 1970 in % der Wahlberechtigten

Art der Angaben	Wahlergebnisse insgesamt	In 53 Auswahlbezirken	
		Wähler bzw. Nichtwähler in % der Wahlberechtigten	Anteil der Frauen
		1	2
Urnenwähler	68,4	68,2	55,5
Wahlberechtigte mit Wahlscheinvermerk	5,0	4,7	55,8
Nichtwähler	26,6	27,1	57,3
Wahlberechtigte insgesamt	100,0	100,0	56,0

Die Repräsentativerhebung ergab, daß unter den Wahlberechtigten 56 % Frauen und 44 % Männer waren. Wendet man diese Quote auf die Gesamtzahl der Hamburger Wahlberechtigten an, setzten sich diese aus 774 100 Frauen und 608 200 Männern zusammen; d.h. also, daß es fast 166 000 mehr wahlberechtigte Frauen als Männer gab. In den Altersgruppen sind z.T. beträchtliche Unterschiede von dem oben angegebenen Gesamtanteil der Frauen und Männer festzustellen. Aus den Ergebnissen der Tabelle 16 geht hervor, daß bei den unter 30jährigen die wahlberechtigten Männer sogar in der Überzahl waren. Bei allen Altersgruppen ab 30 Jahren gab es sodann mehr Frauen als Männer; die Kriegsverluste und die unterschiedliche Lebenserwartung von Frauen und Männern wirkten sich in den oberen Altersgruppen in zunehmendem Maße aus. Besonders auffallend war der Frauenüberschuß bei den über 70-jährigen, wo zwei Drittel aller Wahlberechtigten Frauen waren; gegenüber 1966 ist in dieser Altersgruppe eine deutliche Zunahme zu beobachten.

Wahlbeteiligung bei den 21- bis 25jährigen Frauen am niedrigsten

Da die 18- bis 20jährigen bei der Bürgerschaftswahl 1970 erstmals abstimmungsberechtigt waren, gab es

Tabelle 16

Anteil von Männern und Frauen an der Zahl der Wahlberechtigten in Hamburg bei den Bürgerschaftswahlen 1970 und 1966

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	Von 100 Wahlberechtigten waren			
	1970		1966	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
	1	2	3	4
18-21	50,3	49,7		
21-25	50,3	49,7	49,5	50,5
25-30	50,6	49,4	50,3	49,7
30-35	49,8	50,2	48,7	51,3
35-40	48,3	51,7	47,7	52,3
40-45	47,0	53,0	40,7	59,3
45-50	41,2	58,8	40,5	59,5
50-60	41,6	58,4	43,1	56,9
60-70	41,9	58,1	42,5	57,5
70 und älter	33,7	66,3	36,0	64,0
Insgesamt	44,0	56,0	43,9	56,1

bereits bei den vorhergehenden Diskussionen über die Herabsetzung des Wahlalters unterschiedliche Vermutungen über die zu erwartende Wahlbeteiligung und das Interesse der Jungwähler an der Ausübung des Wahlrechtes. Dieser Personenkreis wurde auch von den meisten Parteien durch eine intensive Wahlwerbung angesprochen.

Daß die 18- bis 21jährigen Männer und Frauen mit 68,7 % bzw. 65,6 % eine höhere Wahlbeteiligung hatten als die drei folgenden Altersgruppen — erst die ab 35jährigen zeigten darüberliegende Quoten —, veranschaulichen die Ergebnisse der Tabelle 17. Trotzdem lag die Wahlbeteiligung dieser Erstwähler deutlich unter dem Gesamtdurchschnitt aller Wahlberechtigten, der 73,7 % für die Männer und 72,7 % für die Frauen betrug. Die Wahlbeteiligung wurde bei Männern und Frauen mit zunehmendem Alter laufend höher und erreichte die maximale Wahlbeteiligungsquote von 84,2 % bei den Männern und 81,6 % bei den Frauen im Alter zwischen 60 und 70 Jahren. Erst bei den über 70jährigen ging sie wieder zurück, wobei sie aber immer noch über dem Gesamtdurchschnitt und beträchtlich über demjenigen der Erstwähler lag.

Eine extrem hohe Nichtwählerquote mit 46,5 % wiesen die 21- bis unter 25jährigen Frauen auf; dies wurde auch bereits bei der Bürgerschaftswahl 1966 festgestellt (47,4 %); unter den männlichen Wählern waren — sieht man von den Erstwählern ab — die jüngeren Jahrgänge (bis unter 35) anscheinend am wenigsten am Ausgang der Wahlen interessiert. Eine ähnliche Tendenz war sowohl bei der Bürgerschaftswahl 1966 wie auch bei den letzten Bundestagswahlen erkennbar.

In Tabelle 18 ist die Wahlbeteiligung der Urnenwähler und diejenige der Wähler mit Wahlscheinvermerk — im wesentlichen also der Briefwähler — nach Altersgruppen für die Bürgerschaftswahlen 1970, 1966 und die Bundestagswahl 1969 dargestellt. Diese Ergebnisse bestätigen für die Urnenwähler im wesent-

lichen die vorstehend beschriebenen Tendenzen, und zwar trifft dies auch im Rahmen der weit höheren Wahlbeteiligungsquoten der Bundestagswahl 1969 zu. Hier sei noch auf einige Unterschiede bei der Wahlbeteiligung der Briefwähler nach dem Alter hingewiesen. Es verlief nämlich die Entwicklung der

Tabelle 17

Die Zusammensetzung der Wahlberechtigten, Wähler und Nichtwähler sowie die Wahlbeteiligung nach Alter und Geschlecht in den 53 repräsentativen Wahlbezirken in Hamburg bei der Bürgerschaftswahl am 22. 3. 1970

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	Wahl- be- rech- tigte ins- ge- sam	davon ¹⁾		Von 100 ¹⁾ Wahl- berech- tigten waren		dagegen Nicht- wähler		Von 100 Wäh- lern wäh- len mit Wahl- schein 1970
		Wäh- ler ²⁾	Nicht- wäh- ler	Wäh- ler ²⁾	Nicht- wäh- ler	Bun- des- tag 1969	Bür- ger- sch- aft 1966	
1	2	3	4	5	6	7	8	
Männer								
18 - 21	1 152	791	361	68,7	31,3			6,3
21 - 25	1 694	1 021	673	60,3	39,7	21,7	44,0	6,6
25 - 30	2 894	1 719	1 175	59,4	40,6	19,3	44,5	7,3
30 - 35	2 922	1 866	1 056	63,9	36,1	15,1	39,2	5,8
35 - 40	2 018	1 436	582	71,2	28,8	12,2	32,2	5,3
40 - 45	2 117	1 572	545	74,3	25,7	10,1	30,4	5,2
45 - 50	1 941	1 507	434	77,6	22,4	10,8	27,2	6,6
50 - 60	3 530	2 903	627	82,2	17,8	8,8	22,6	6,8
60 - 70	4 180	3 521	659	84,2	15,8	8,2	19,7	5,9
70 u. älter	2 677	2 188	489	81,7	18,3	10,8	22,7	4,9
Zusammen	25 125	18 524	6 601	73,7	26,3	12,3	30,1	6,4
Frauen								
18 - 21	1 137	746	391	65,6	34,4			7,2
21 - 25	1 676	897	779	53,5	46,5	22,3	47,4	6,1
25 - 30	2 827	1 664	1 163	58,9	41,1	17,1	45,5	7,2
30 - 35	2 940	1 924	1 016	65,4	34,6	13,2	38,5	5,5
35 - 40	2 163	1 490	673	68,9	31,1	13,6	34,7	5,6
40 - 45	2 383	1 752	631	73,5	26,5	11,5	30,6	6,4
45 - 50	2 774	2 114	660	76,2	23,8	10,2	29,1	6,9
50 - 60	4 961	3 840	1 121	77,4	22,6	9,8	25,3	5,5
60 - 70	5 799	4 734	1 065	81,6	18,4	9,2	22,6	5,9
70 u. älter	5 267	3 919	1 348	74,4	25,6	14,9	30,6	8,4
Zusammen	31 927	23 080	8 847	72,3	27,7	12,6	31,7	6,5
Männer und Frauen zusammen								
18 - 21	2 289	1 537	752	67,1	32,9			6,8
21 - 25	3 370	1 918	1 452	56,9	43,1	21,9	45,7	6,4
25 - 30	5 721	3 383	2 338	59,1	40,9	18,2	45,0	7,2
30 - 35	5 862	3 790	2 072	64,7	35,3	14,1	38,8	5,6
35 - 40	4 181	2 926	1 255	70,0	30,0	13,0	33,5	5,5
40 - 45	4 500	3 324	1 176	73,9	26,1	10,9	30,5	5,9
45 - 50	4 715	3 621	1 094	76,8	23,2	10,4	28,3	6,8
50 - 60	8 491	6 743	1 748	79,4	20,6	9,4	24,2	6,1
60 - 70	9 979	8 255	1 724	82,7	17,3	8,8	21,4	5,9
70 u. älter	7 944	6 107	1 837	76,9	23,1	13,5	27,7	8,2
Insgesamt	57 052	41 604	15 448	72,9	27,1	12,5	31,0	6,4

¹⁾ Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen. — ²⁾ Einschließlich Wahlberechtigter mit Wahlscheinvermerk.

Wahlbeteiligungsquoten in den Altersgruppen z. T. anders als bei den Urnenwählern.

Von der Möglichkeit der Wahlscheinwahl haben 1970 wiederum insbesondere die ältesten Wähler am meisten Gebrauch gemacht; von 100 männlichen und weiblichen Wahlberechtigten im Alter von 70 Jahren und darüber haben jeweils mehr als 6 mit Wahlschein gewählt. An zweiter Stelle folgten die 50- bis 60jährigen Männer (5,6 %) bzw. die 45- bis 50jährigen Frauen (5,3 %). Ein vergleichsweise geringes Interesse an der Briefwahl war 1970 bei den 30- bis 45jährigen Männern mit unter 4 % liegenden Quoten festzustellen. Frauen zwischen 21 und 25 Jahren verzeichneten sogar nur einen Anteil von 3,3 % Briefwählern unter den Wahlberechtigten dieser Altersgruppe.

Rückgang der Wahlbeteiligung gegenüber 1969 hauptsächlich infolge Verringerung der Urnenwähler

Vergleicht man die Wahlbeteiligung der Urnenwähler und der Wähler mit Wahlschein bei der Bürgerschaftswahl 1970 und der Bundestagswahl 1969 getrennt (Tabelle 18), zeigt sich, daß beide Gruppen in unterschiedlichem Ausmaß zum Rückgang der Wahlbeteiligung beigetragen haben. Bei Männern wie auch bei Frauen ist der Rückgang der Wahlbeteiligung hauptsächlich auf die Veränderungen bei den Urnenwählern zurückzuführen; die Abnahme der Briefwähler bei den Männern (3,9 Prozentpunkte gegenüber 2,9 bei den Frauen) hat allerdings in etwas stärkerem Ausmaß zu der niedrigeren Wahlbeteiligung beigetragen als bei den Frauen, unter denen die Urnenwählerinnen relativ stärker abgenommen haben (12,1 Punkte gegenüber 10,1 bei den Männern). In den Altersgruppen verlief diese Entwicklung recht unterschiedlich.

Tabelle 18

Die Wahlbeteiligung der Wähler mit Stimmvermerk (Urnenwähler) und der Wähler mit Wahlscheinvermerk in Hamburg bei den Bürgerschaftswahlen 1970 und 1966 sowie bei der Bundestagswahl 1969 nach Alter und Geschlecht

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	Wahlbeteiligung der Wähler mit					
	Stimmvermerk			Wahlscheinvermerk		
	in % der Wahlberechtigten					
	Bürgerschafts- wahl		Bundes- tags- wahl 1969	Bürgerschafts- wahl		Bundes- tags- wahl 1969
	1970	1966		1970	1966	
	1	2	3	4	5	6
Männer						
18-21	64,3			4,3		
21-25	56,3	51,5	69,7	4,0	4,5	8,6
25-30	55,1	52,5	71,7	4,3	3,0	9,0
30-35	60,2	58,5	76,4	3,7	2,3	8,5
35-40	67,4	63,9	79,9	3,8	3,9	7,9
40-45	70,4	66,1	82,6	3,9	3,5	7,3
45-50	72,5	69,0	81,0	5,2	3,9	8,2
50-60	76,6	72,7	81,6	5,6	4,7	9,6
60-70	79,3	76,6	83,5	4,9	3,7	8,4
70 und älter	75,3	72,3	80,4	6,5	5,0	8,8
Insgesamt	69,0	66,0	79,1	4,7	3,9	8,6
Frauen						
18-21	60,9			4,7		
21-25	50,2	49,1	70,9	3,3	3,5	6,8
25-30	54,7	51,4	74,2	4,2	3,1	8,7
30-35	61,9	59,4	80,4	3,6	2,1	6,4
35-40	65,0	61,5	80,8	3,9	3,8	5,6
40-45	68,8	65,6	81,7	4,7	3,8	6,8
45-50	70,9	66,0	82,9	5,3	4,9	6,9
50-60	73,1	71,5	82,3	4,3	3,2	7,9
60-70	76,8	73,5	83,2	4,8	3,8	7,6
70 und älter	68,2	61,8	75,7	6,2	7,6	9,3
Insgesamt	67,6	64,2	79,7	4,7	4,1	7,6
Männer und Frauen zusammen						
18-21	62,6			4,5		
21-25	53,3	50,3	70,3	3,6	4,0	7,7
25-30	54,9	52,0	72,9	4,3	3,1	8,8
30-35	61,0	59,0	78,4	3,6	2,2	7,5
35-40	66,2	62,7	80,3	3,8	3,8	6,7
40-45	69,5	65,8	82,1	4,3	3,7	7,0
45-50	71,6	67,2	82,1	5,2	4,5	7,4
50-60	74,6	72,0	82,0	4,8	3,8	8,6
60-70	77,9	74,8	83,2	4,9	3,8	7,9
70 und älter	70,6	65,6	77,4	6,3	6,7	9,1
Insgesamt	68,2	65,0	79,5	4,7	4,0	8,0

Von Interesse ist noch, wie andererseits die Zunahme der Wahlbeteiligung 1970 gegenüber der Bürgerschaftswahl 1966 sich auf die beiden Gruppen verteilt. Auch hier zeigt sich, daß bei Männern und Frauen die Zunahme der Wahlbeteiligung ganz überwiegend durch die Urnenwähler verursacht war. Die höhere Wahlbeteiligung bei den Urnenwählerinnen betrug 3,4 Prozentpunkte und war damit etwas ausgeprägter als bei den männlichen Urnenwählern (3,0); andererseits wurden 1970 relativ mehr männliche als weibliche Briefwähler registriert (0,8 Punkte Zunahme gegenüber 1966, bei den Frauen 0,6). Weitere Einzelheiten über die Veränderungen in den einzelnen Altersgruppen vermitteln die Daten der Tabelle 18.

Jeder dritte männliche Nichtwähler war zwischen 30 bis 45 Jahre alt.

In Tabelle 19 ist die altersmäßige Gliederung der Urnenwähler, Briefwähler und Nichtwähler für die drei letzten Wahlen angegeben. Ein Vergleich der Ergebnisse 1970 mit 1969 bzw. 1966 ist allerdings insofern problematisch, als nur 1970 die 18- bis unter 21jährigen gewählt haben.

Die Altersstruktur der Urnen- und Wahlscheinwähler 1970 läßt Rückschlüsse auf die relative Überalterung der Hamburger Bevölkerung zu. So waren 37,3 % der Urnenwählerinnen und 40,5 % der Briefwählerinnen bereits 60 Jahre oder älter, auch die männlichen Wähler dieser Altersgruppe bildeten mit 30,8 % bzw. 31,9 % jeweils den höchsten Anteil. Demgegenüber war nur etwa jeder fünfte Wähler und jede siebte Wählerin unter 30 Jahre alt. Größere Unterschiede in der Altersstruktur von Urnen- bzw. Briefwählern las-

Tabelle 19

Die Gliederung der Urnenwähler, Wahlscheinwähler und Nichtwähler in Hamburg bei den Bürgerschaftswahlen 1970 und 1966 sowie bei der Bundestagswahl 1969 nach Alter und Geschlecht (Verhältniszahlen)

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	Bürgerschafts- wahl 1970			Bürgerschafts- wahl 1966			Bundestagswahl 1969		
	Män- ner	Frau- en	ins- ge- samt	Män- ner	Frau- en	ins- ge- samt	Män- ner	Frau- en	ins- ge- samt
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Urnenwähler									
18-21	4,3	3,2	3,7						
21-30	14,6	11,0	12,7	17,5	13,7	15,4	16,7	12,8	14,4
30-45	26,5	22,5	24,3	23,8	22,7	23,2	29,3	24,7	26,6
45-60	23,8	25,9	24,9	27,0	28,6	27,9	23,6	26,1	25,0
60 u. älter	30,8	37,3	34,4	31,5	35,0	33,4	30,7	36,6	34,0
Insgesamt ¹⁾	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Wahlscheinwähler									
18-21	4,3	3,6	3,9						
21-30	16,3	11,6	13,7	20,9	13,9	16,8	19,1	14,6	16,7
30-45	22,4	20,3	21,2	20,7	18,6	19,5	27,2	20,1	23,4
45-60	25,1	24,0	24,5	28,5	23,3	25,5	24,2	24,8	24,6
60 u. älter	31,9	40,5	36,8	29,9	44,3	38,2	29,3	40,5	35,3
Insgesamt ¹⁾	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Nichtwähler									
18-21	5,4	4,4	4,9						
21-30	28,1	22,0	24,5	32,9	25,4	28,6	30,2	20,7	24,8
30-45	33,0	26,2	29,1	28,4	25,4	26,7	30,2	24,7	27,0
45-60	16,2	20,1	18,4	19,5	21,8	20,9	17,7	19,8	18,9
60 u. älter	17,3	27,2	23,1	19,2	27,2	23,8	22,1	34,8	29,3
Insgesamt ¹⁾	100	100	100	100	100	100	100	100	100

¹⁾ Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen.

Tabelle 20

**Urnenwähler, Wahlscheinwähler und Nichtwähler in Hamburg
bei den Bürgerschaftswahlen 1970 und 1966
nach Alter und Geschlecht in % der Wahlberechtigten**

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	Männer		Frauen	
	1970	1966	1970	1966
	1	2	3	4
Urnenwähler				
18-21	2,9		2,2	
21-30	10,1	11,6	7,5	8,8
30-45	18,3	15,7	15,2	14,6
45-60	16,4	17,8	17,5	18,4
60 und älter	21,2	20,8	25,2	22,4
Zusammen ¹⁾ ...	69,0	66,0	67,6	64,2
Wahlscheinwähler				
18-21	0,2		0,2	
21-30	0,8	0,8	0,5	0,6
30-45	1,1	0,8	0,9	0,8
45-60	1,2	1,1	1,1	1,0
60 und älter	1,5	1,2	1,9	1,8
Zusammen ¹⁾ ...	4,7	3,9	4,7	4,1
Nichtwähler				
18-21	1,4		1,2	
21-30	7,4	9,9	6,1	8,1
30-45	8,7	8,6	7,3	8,0
45-60	4,2	5,9	5,6	6,9
60 und älter	4,6	5,8	7,6	8,6
Zusammen ¹⁾ ...	26,3	30,1	27,7	31,7
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0

¹⁾ Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen.

sen sich nicht erkennen; ältere Frauen sind allerdings unter Wahlscheinwählerinnen häufiger vertreten als bei Urnenwählerinnen.

Die männlichen Nichtwähler waren — im Gegensatz zu den Wählern — bei den mittleren Jahrgängen anteilmäßig stärker vertreten. Jeder dritte männliche Nichtwähler gehörte zur Altersgruppe der 30- bis 45jährigen, jeweils ein Drittel war älter bzw. jünger. Unter den Nichtwählerinnen waren die 30- bis 45jährigen ebenfalls häufig zu finden (26,2 %), die älteren Frauen gingen seltener zur Wahl als die über 45jährigen Männer.

In Tabelle 20 sind die Urnenwähler, die Briefwähler und die Nichtwähler der beiden letzten Bürgerschaftswahlen nochmals in der altersmäßigen Gliederung auf jeweils 100 Wahlberechtigte bezogen. Auch aus diesen Relationen wird der hohe Anteil von über 60jährigen Wählern erkennbar. Von 100 wahlberechtigten Frauen zur Bürgerschaftswahl 1970 war jede vierte, die im Wahllokal ihre Stimme abgab, 60 Jahre oder älter; jede dritte stand im Alter zwischen 30 und 60 Jahren. Rund 8 % der wahlberechtigten Frauen waren Nichtwähler und ebenfalls über 60 Jahre alt und unter den Wahlscheinwählerinnen bildeten die ältesten wiederum die stärkere Gruppe. Wenn auch bei den Männern die altersmäßige Zusammensetzung etwas günstiger ist, so kann nicht übersehen werden, daß sich unter 100 Wahlberechtigten gut 21 % Urnenwähler befanden, die ebenfalls bereits das 60. Lebensjahr überschritten hatten.

Werner Matti

Vorausschätzung von Wahlergebnissen in Hamburg 1965, 1966, 1969 und 1970

1. Vorbemerkungen

Über den Ausgang von Wahlen möglichst frühzeitig unterrichtet zu sein, ist ein Anliegen an die damit befaßten Institutionen, dem in der spannungsgeladenen Wahlnacht nicht ein besonderer Reiz abgesprochen werden kann. Funk und Fernsehen gestalten eigene Sendungen, in denen unter Ausnutzung der verfügbaren Möglichkeiten der Phantasie und nüchternen Erkenntnis breiter Spielraum überlassen bleibt. Die amtlichen Stellen versuchen in zunehmendem Maße, neben der auf Richtigkeit und Vollständigkeit

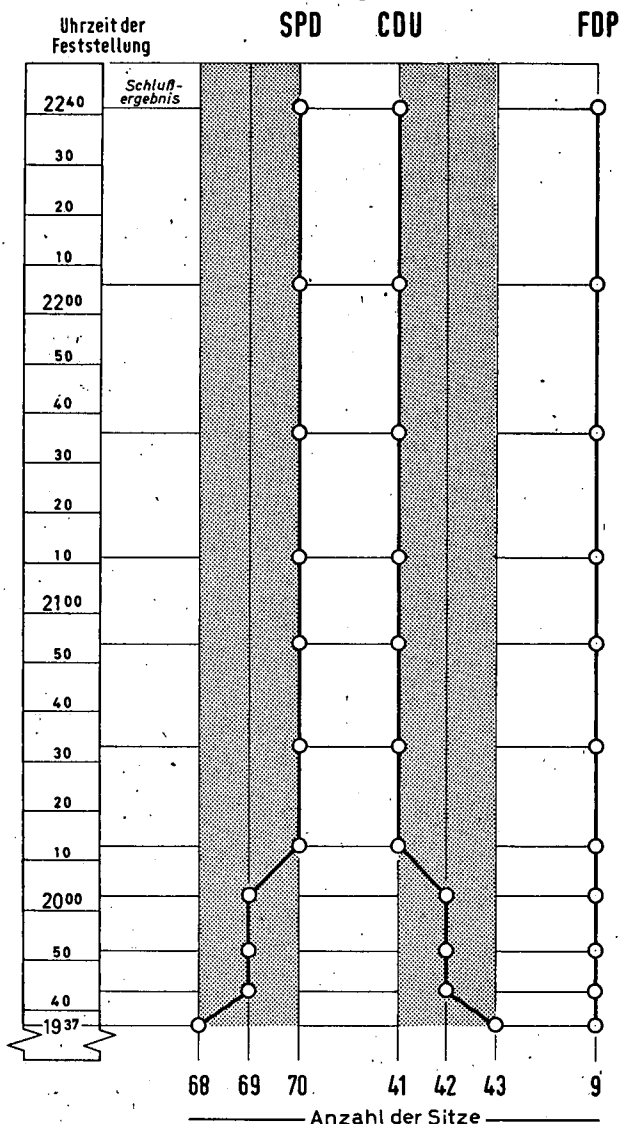
¹⁾ Deneffe, Peter J.: Die Vorausschätzung von Gesamtwahlergebnissen aus Teilergebnissen. — In: Hamburg in Zahlen, Jahrgang 1962, Februar-Heft, S. 49 ff.

²⁾ Das hamburgische Landesparlament, die Bürgerschaft, besteht aus 120 Abgeordneten.

bedachten Feststellung der vorläufigen amtlichen Wahlergebnisse, mit eigenen Hochschätzungen den Wahlausgang vorzusagen und mit mehr oder minder verlässlichen Beiträgen auf das Geschehen in der Wahlnacht Einfluß zu nehmen. Bereits die Wahlen 1961 in Hamburg, die Bundestagswahl und Bürgerschaftswahl, waren der Anlaß zu solchen Versuchen¹⁾. Dabei ergab es sich, daß zwischen der Reihenfolge des Eingangs der Wahlbezirksergebnisse, der Höhe der Wahlbeteiligung und der Stimmenverteilung auf die Parteien ein enger Zusammenhang besteht, mit dessen Hilfe Schätzungen der vermutlichen Gesamtwahlbeteiligung (ohne Briefwähler) und der Gesamtverteilung als möglich herausgestellt wurden. Bei der Bundestagswahl 1965 wurde zum erstenmal ein anderes Verfahren ausprobiert, das bei der letzten Bürgerschaftswahl um eine Voraussage der Verteilung der 120 Abgeordnetensitze ergänzt worden war.

Schaubild 1

Anzahl der Sitze nach der Hochschätzung von
Teilergebnissen bei der Bürgerschaftswahl 1970



2. Die Vorausschätzung der Sitzverteilung

Wie das Schaubild 1 zeigt, setzte die erste Hochrechnung um 19.37 Uhr ein, und zwar mit 68 Sitzen für die SPD, 43 Sitzen für die CDU und 9 Sitzen für die FDP. Ab 20.13 Uhr, also nach etwa mehr als zwei Stunden nach Wahlschluß hatte sich die Schätzung bereits auf die Verteilung der Sitze eingependelt, wie sie dem amtlichen Endergebnis entsprach. Abgesehen von den Einflüssen der Außenseiterparteien, auf die das Verfahren Rücksicht zu nehmen hatte, mußten zunächst für die Parteien, die mindestens fünf Prozent der insgesamt abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hatten, die Stimmenanteile geschätzt werden, um sie dann mit Hilfe einer einfachen Rechenformel

$$(1) \quad M_x = \frac{P_x \cdot 120^2}{\sum_{x=1}^n P_x}$$

auf die Anzahl der Mandate umzurechnen.

Es bedeuten:

M_x = zu schätzende Anzahl der Mandate für Partei x

P_x = hochgeschätzter Stimmenanteil der Partei x (in %)

n = Anzahl der Parteien mit mindestens fünf Prozent der insgesamt abgegebenen gültigen Stimmen.

Obwohl die zu schätzende Anzahl der Mandate nicht nach dem gesetzlich vorgeschriebenen Höchstzahlverfahren d'Hondt, dem eine gewisse Begünstigung der größeren Parteien innewohnt, ermittelt wurde, war später eine Verschiebung nicht mehr zu verzeichnen, auch dann nicht, als die Ergebnisse der endgültigen Berechnung vorlagen. In einem ungünstigen Falle hätte sich die Verteilung anders gestalten können, wie das folgende Gegenüberstellung deutlich macht:

Art der Angaben	Insgesamt		davon			
	absolut	%	Partei A		Partei B	
			absolut	%	absolut	%
Anzahl der Stimmen	500 000	100	441 177	88,2	58 823	11,8
Anzahl der Mandate nach	50	100				
a) einfacher Schätzformel (1)			44		6	
b) Verfahren d'Hondt			45		5	

Die aus einer ungünstigen Konstellation der Stimmenanteile möglich werdende Verschiebung um einen Sitz wurde bewußt in Kauf genommen, weil ein höherer Grad an Unsicherheit den zu schätzenden Stimmenanteilen selbst zugestanden werden mußte.

3. Die Schätzung des Stimmenanteils der Parteien

Grundlage des vorstehend beschriebenen Verfahrens zur Hochrechnung der auf die einzelnen Parteien entfallenden Zahl von Abgeordnetensitzen bildet das weitaus bedeutungsvollere und methodisch schwierigere Verfahren zur Ermittlung der auf die einzelnen Parteien entfallenden Stimmenanteile. Die Ausgangshypothese für eine solche Vorausschätzung von Wahlergebnissen — genaugenommen eigentlich nur eine Hochrechnung von Teilergebnissen auf das Gesamtergebnis — bildet die Erfahrungstatsache, daß Sozialstrukturen, insbesondere im kleinräumlichen Gefüge, eine erhebliche Stabilität aufweisen. Daraus erklärt sich eine politische Willensbildung, die viel mehr gruppenmäßig („soziales Milieu“) als individuell geprägt ist. Das Wahlverhalten richtet sich überwiegend nach vorhandenen familiär, sozial und örtlich übertragenen Gewohnheiten und Anschauungen.

Angesichts der verhältnismäßig kurzen Periode von vier Jahren zwischen den einzelnen Wahlen wurde also davon ausgegangen, daß — trotz der Veränderungen infolge der natürlichen Bevölkerungsbewegung und der Wanderungen — in den einzelnen regional unverändert abgegrenzten Wahlbezirken ein beträchtlicher Wählerstamm erhalten bleibt bzw. reproduziert wird, dessen Wahlverhalten zwischen zwei Wahlen sich in der gleichen Weise entwickelt wie das bei der vorangegangenen Wahl der Fall gewesen ist und daß somit aus der Veränderung der Stimmenanteile in den Teilbereichen mit erheblicher Sicherheit Schlußfolgerungen auf die Entwicklung der Stimmenanteile beim Gesamtergebnis gezogen werden können. Wenn also bei den Teilergebnissen aus einer Anzahl vergleichbarer Wahlbezirke der Stimmenanteil für Partei X um etwa 5% gegenüber der letzten Wahl zunimmt und der Anteil der Partei Y um 3% abnimmt, so wird damit gerechnet, daß sich auch bei der anstehenden Wahl die Gesamtstimmenanteile der betreffenden Parteien gegenüber der Vergleichswahl in demselben Maße verändern, wie das aus den Ergebnissen der beobachteten Wahlbezirke ersichtlich wird. Dem Verfahren liegt die „Methode der Verhältnisschätzung“ (ratio estimate) zugrunde.

Auf eine kurze Formel gebracht, sieht das so aus:

$$(2) \quad \frac{Te_{xy}}{Te_{xv}} = \frac{Gs_{xy}}{Gs_{xv}}$$

¹⁾ Bei einem vierjährigen Wahlrhythmus ist $v = y - 4$.

Hierbei bedeuten:

Te_{xy} = Errechnetes Teilergebnis des Stimmenanteils für Partei x bei der Wahl im Jahre y

Te_{xv} = Errechnetes Teilergebnis des Stimmenanteils für Partei x bei der Wahl im Jahre v³⁾

Gs_{xy} = Geschätztes Gesamtergebnis des Stimmenanteils für Partei x bei der Wahl im Jahre y

Ge_{xv} = Errechnetes Gesamtergebnis des Stimmenanteils für Partei x bei der Wahl im Jahre v³⁾

Auf die bei der Ermittlung von Zwischenergebnissen anfallenden Einzelsummen aufgelöst, lautet die Formel wie folgt:

$$(3) \quad Gs_{xy} = Ge_{xv} \cdot \frac{\sum_{w=1}^n S_{xyw}}{\sum_{w=1}^n GS_{yw}} \cdot \frac{\sum_{w=1}^n GS_{vw}}{\sum_{w=1}^n S_{xvw}}$$

Es bezeichnen:

S_{xyw} = Anzahl der Stimmen für Partei x bei der Wahl im Jahre y im Wahlbezirk w

GS_{yw} = Anzahl der gültigen Stimmen bei der Wahl im Jahre y im Wahlbezirk w

GS_{vw} = Anzahl der gültigen Stimmen bei der Wahl im Jahre v³⁾ im Wahlbezirk w

S_{xvw} = Anzahl der Stimmen für Partei x bei der Wahl im Jahre v³⁾ im Wahlbezirk w

n = Anzahl der zum Zeitpunkt der Vorausschätzung vorliegenden Wahlbezirksergebnisse

4. Schätzergebnisse der Stimmenverteilung bei den Bürgerschaftswahlen 1970 und 1966

Aus dem Schaubild 2 wird deutlich, daß sich die Schätzungen erstaunlich gut den endgültigen Ergebnissen annähern.

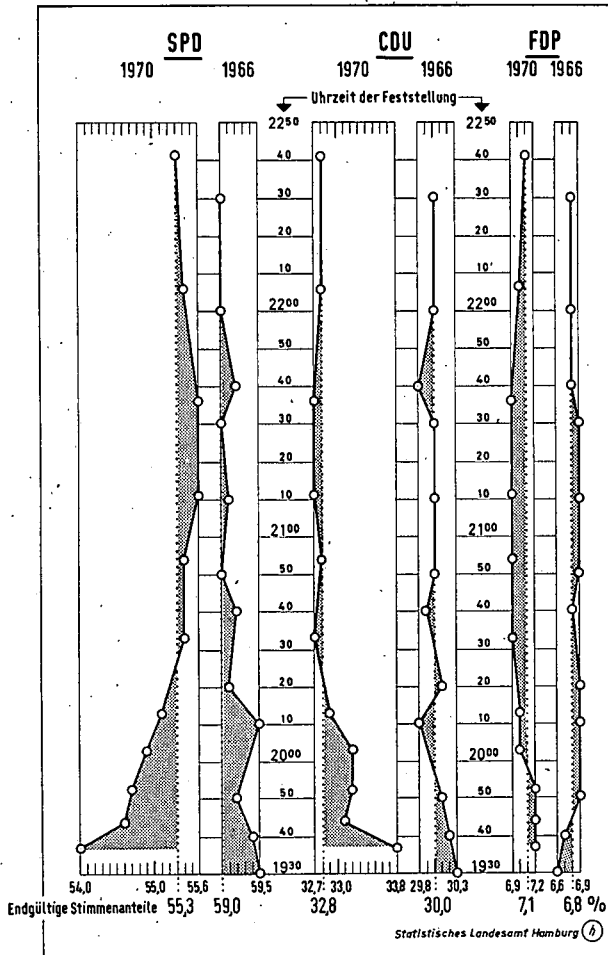
Während bei der SPD 1970 der geschätzte Stimmenanteil zwischen 54,0% und 55,6% schwankt, liegt die Streuung 1966 nur zwischen 59,0% und 59,5%. Bei der CDU sind ähnliche Verhältnisse zu verzeichnen (1970 zwischen 32,7% und 33,8%, 1966 nur zwischen 29,8% und 30,3%). Der bei der Bürgerschaftswahl 1970 weniger ruhig verlaufende Trend könnte mit den größeren Veränderungen der Wählerstruktur durch die Herabsetzung der Altersgrenze des aktiven Wahlrechts auf 18 Jahre und mit der durch Bevölkerungsverschiebungen bedingten Zusammenlegung und Aufteilung von Wahlbezirken zusammenhängen.

Eine wichtige Voraussetzung dieses Schätzverfahrens besteht darin, daß bei der Zusammenfassung der Schnellmeldungen in der Wahlnacht die Vergleichbarkeit zu den entsprechenden Ergebnissen der letzten Wahl sichergestellt wird. Bei der Wahl im Jahre 1966 kamen gegenüber 1961 nur 90 Wahlbezirke durch Aufteilung hinzu, 1970 dagegen waren es

bei einer Gesamtzahl von 1230 immerhin 575 Wahlbezirke, die gegenüber der Bürgerschaftswahl 1966 entweder zusammengelegt oder geteilt worden sind. Beiden Möglichkeiten mußte Rechnung getragen werden. Ging eine Schnellmeldung von einem Wahlbezirk ein, der aufgeteilt worden war, so wurde dessen

Schaubild 2

Die Stimmenanteile der drei im Landesparlament vertretenen Parteien nach der Hochschätzung von Teilergebnissen bei den Bürgerschaftswahlen 1970 und 1966
— in % —



Ergebnis erst dann in die Vergleichsrechnung einbezogen, nachdem auch die Schnellmeldungen der anderen, abgeteilten Wahlbezirke vorlagen. Umgekehrt, waren die Wahlbezirke zusammengelegt worden, mußten die betreffenden Vergleichswerte der Vorwahl über eine Suchtabelle im Kernspeicher des Computers von den Magnetbändern mit den gespeicherten Wahlbezirksergebnissen der letzten Wahl hinzugespielt werden.

5. Die zahlenmäßigen Grundlagen für die Schätzung

Der methodische Ansatz des Schätzverfahrens bewirkt, daß die Ergebnisse desto zuverlässiger werden, je breiter die Basis der beobachteten Wahlbezirke wird. Mit einer wachsenden Anzahl einbezogener Wahlbezirke stabilisiert sich der Trendverlauf immer mehr, ohne sich tendenziell zu verändern. Auf welchen zahlenmäßigen Voraussetzungen die Schätzungen zu den jeweiligen Zeitpunkten beruhten, welche Anzahl vergleichbarer Wahlbezirke mit welchem Gewicht (Zahl der Wahlberechtigten) bei den einzelnen Zwischenergebnissen zur Verfügung stand, darüber gibt Tabelle 1 Aufschluß.

Zunächst wird sichtbar, daß der ersten Vorausschätzung 1970 3,3% und 1966 3,6% der Gesamtzahl der Wahlberechtigten zugrunde lagen. In Verbindung mit dem ersten Schaubild, nachdem mit der fünften Schätzung (20.13 Uhr) für die Bürgerschaftswahl 1970 die richtige Sitzverteilung ermittelt wurde, wird deutlich, daß diese Voraussage sich nur auf 1/5 der Zahl der hamburgischen Wahlberechtigten stützte. Die Stimmenanteile der Parteien (Schaubild 2) wichen zu diesem Zeitpunkt nur bis zu 2/10 % vom endgültigen Ergebnis ab.

Bei einem Vergleich der Prozentzahlen der Wahlberechtigten nach Auswertung für die amtlichen Zwischenergebnisse und für die Vorausschätzungen werden bei der Wahl 1970 Differenzen bis zu 2,2% (Zwischenergebnis Nr. 9 und 10) und 1966 sogar bis zu 3% (Zwischenergebnis Nr. 10) erkennbar.

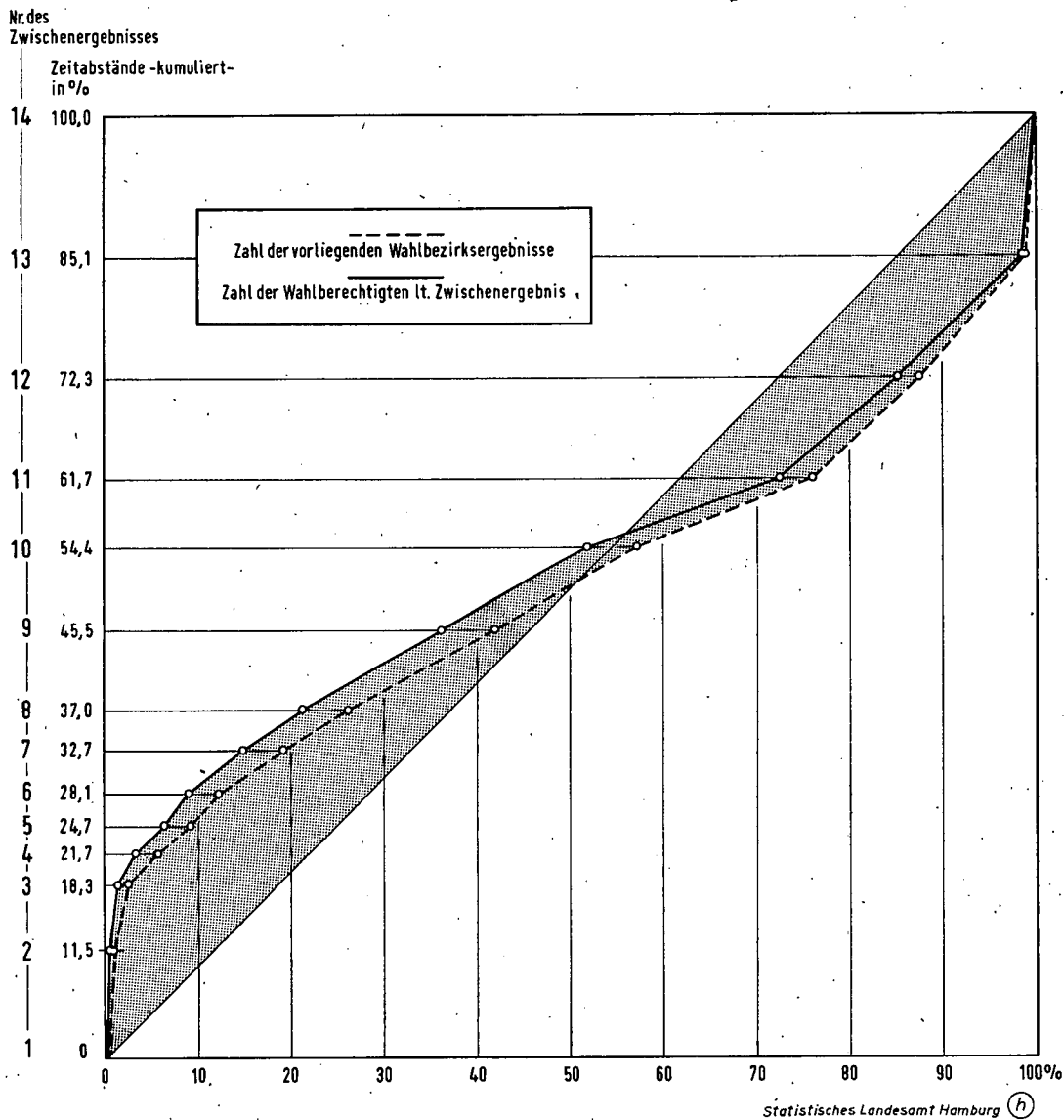
Noch größere Abweichungen ergeben sich bei Einbeziehung der Zeitabstände und der Anzahl der Wahlbezirksergebnisse.

Tabelle 1 Die Auswertung der Schnellmeldungen für die Zusammenfassung der amtlichen Zwischenergebnisse und für Zwecke der Vorausschätzung bei den Bürgerschaftswahlen 1970 und 1966

Nr. des Zwischen- ergebnisses	Uhrzeit der Feststellung		Zeitabstände (kumuliert) in %, bezogen auf die Schlußzeit		Zahl der vorliegenden Wahlbezirksergebnisse (kumuliert)				Zahl der Wahlberechtigten (kumuliert) in 1000 nach Auswertung für							
									amtliche Zwischenergebnisse				Vorausschätzungen			
	1970	1966	1970	1966	1970		1966		1970		1966		1970		1966	
					absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
			1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
14.....	22.41	22.30	100,0	100,0	1 230	100,0	1 439	100,0	1 381,3	100,0	1 375,4	100,0	1 381,3	100,0	1 375,4	100,0
13.....	22.06	22.00	85,1	85,7	1 216	98,9	1 420	98,7	1 363,3	98,7	1 349,2	98,1	1 361,8	98,6	1 349,2	98,1
12.....	21.36	21.40	72,3	76,2	1 078	87,6	1 328	92,3	1 179,2	85,4	1 237,9	90,0	1 167,7	84,5	1 223,0	88,9
11.....	21.11	21.30	61,7	71,4	938	76,3	1 228	85,3	1 004,5	72,7	1 126,0	81,9	987,1	71,5	1 090,4	79,3
10.....	20.54	21.10	54,4	61,9	704	57,2	1 111	77,2	718,5	52,0	993,2	72,2	687,7	49,8	951,3	69,2
9.....	20.33	20.50	45,5	52,4	516	42,0	839	58,3	501,0	36,3	702,4	51,1	470,6	34,1	671,5	48,8
8.....	20.13	20.40	37,0	47,6	323	26,3	645	44,8	294,5	21,3	507,7	36,9	267,3	19,4	474,9	34,5
7.....	20.03	20.20	32,7	38,1	237	19,3	483	33,6	204,1	14,8	363,1	26,4	188,7	13,7	334,4	24,3
6.....	19.52	20.10	28,1	33,1	150	12,2	383	26,6	123,7	9,0	279,1	20,3	114,6	8,3	254,8	18,5
5.....	19.44	19.50	24,7	23,8	112	9,1	231	16,1	88,0	6,4	154,6	11,2	83,1	6,0	143,3	10,4
4.....	19.37	19.40	21,7	19,0	69	5,6	124	8,6	47,2	3,4	79,8	5,8	46,1	3,3	76,9	5,6
3.....	19.29	19.30	18,3	14,3	31	2,5	81	5,6	19,7	1,4	49,4	3,6	—	—	49,4	3,6
2.....	19.13	19.20	11,5	9,5	12	1,0	40	2,8	6,7	0,5	26,0	1,9	—	—	—	—
1.....	18.46	19.00	—	—	4	0,3	10	0,7	1,3	0,1	7,4	0,5	—	—	—	—

Schaubild 3

Zeitlicher Bezug des Eingangs der Wahlbezirksergebnisse und der Wahlberechtigtenzahlen
bei der Bürgerschaftswahl 1970



Die oberhalb der 45°-Achse liegenden Werte spiegeln das zeitliche Nachhinken des Eingangs der Schnellmeldungen in der ersten Hälfte der Wahlnacht wider. Der unterhalb dieser Achse verlaufende Kurventeil gibt das über das relative Zeitmaß hinausgehende Eintreffen der Ergebnisse, insbesondere von größeren Wahlbezirken, zu erkennen. Wie bei früheren Wahlen bestätigt es sich erneut, daß die Größe der Wahlbezirke maßgebend ist für die Reihenfolge der Fertigstellung der Wahlbezirksergebnisse.

Der Nachweis in Tabelle 2 bringt nochmals die Vergrößerung der Wahlbezirke bei der Bürgerschaftswahl 1970 gegenüber 1966 zum Ausdruck. Zum anderen wird wiederum die Feststellung bestätigt, daß zwischen dem Eintreffen der Wahlbezirksergebnisse und der Größe der Wahlbezirke ein enger Zusammenhang besteht. Während 1966 ein Ansteigen um 350 Wahlberechtigte zwischen dem dritten und dem letzten Zwischenergebnis festzustellen ist, erhöhte sich die Durchschnittszahl bei der Wahl 1970 sogar um 800, wenn man hier vom ersten Zwischenergebnis ausgeht.

Tabelle 2

Die durchschnittliche Anzahl der Wahlberechtigten
nach den Zwischenergebnissen
bei den Bürgerschaftswahlen 1970 und 1966

Nr. des Zwischen- ergebnisses	Durchschnittszahl der Wahl- berechtigten je Wahlbezirk		Veränderung 1970 gegenüber 1966
	1970	1966	
	1	2	3
14	1 120	950	+ 170
13	1 120	950	+ 170
12	1 090	930	+ 160
11	1 070	910	+ 160
10	1 020	890	+ 130
9	970	830	+ 140
8	910	780	+ 130
7	860	750	+ 110
6	820	720	+ 100
5	780	660	+ 120
4	680	640	+ 40
3	630	600	+ 30
2	550	650	— 100
1	320	740	— 420

Daß auch bei den Bürgerschaftswahlen 1970 und 1966 ein Zusammenhang zwischen der Reihenfolge des Eingangs der Wahlbezirksergebnisse und der Wahlbeteiligung, dagegen weniger gegenüber der Stimmenverteilung festzustellen ist, machen die entsprechenden Werte der Tabelle 3 deutlich.

Tabelle 3.

Wahlbeteiligung und Stimmenanteile der Parteien nach der Reihenfolge des Eingangs vergleichbarer Wahlbezirksergebnisse bei den Bürgerschaftswahlen 1970 und 1966¹⁾

Nr. des Zwischen- ergebnisses	Wahl- beteiligung in %		Stimmenanteile in %					
			SPD		CDU		FDP	
	1970	1966	1970	1966	1970	1966	1970	1966
	1	2	3	4	5	6	7	8
14	68,7	66,3	56,3	59,6	32,1	29,5	6,8	6,7
13	68,7	66,2	56,2	59,5	32,1	29,6	6,8	6,7
12	68,6	66,1	56,1	59,4	32,2	29,6	6,8	6,8
11	68,5	65,9	55,8	59,0	32,5	29,9	6,8	6,9
10	68,3	65,7	55,0	58,8	33,2	30,1	6,9	6,9
9	68,0	65,5	55,3	58,8	32,9	30,1	6,9	6,9
8	67,6	65,0	55,1	59,1	33,0	29,9	6,9	6,8
7	67,2	64,3	55,6	59,5	32,6	29,7	6,8	6,7
6	67,1	63,8	56,2	59,2	32,1	29,9	6,6	6,8
5	66,4	63,9	56,1	59,0	32,0	29,9	6,7	6,9
4	66,6	63,1	56,5	58,9	32,0	30,5	6,3	6,6
3	64,9	62,2	62,9	58,9	26,3	30,6	5,0	6,5
2	65,1	61,8	66,0	58,8	24,3	30,3	4,4	6,8
1	53,5	63,4	74,3	55,8	18,8	31,6	3,5	7,7

¹⁾ Wegen der Vergleichbarkeit zu den Untersuchungsergebnissen bei den Wahlen 1961 sind die Briefwahlstimmen, deren Struktur gegenüber den Urnenwählern erheblich abweicht, abgesetzt worden. — Vgl.: Deneffe, Peter J., a.a.O. S. 49 ff.

Abgesehen von dem ersten Zwischenergebnis, das am stärksten zufallbedingten Einflüssen unterworfen ist, stellt sich der Entwicklungsverlauf der Wahlbeteiligung als eindeutig dar. Sowohl 1970 als auch 1966 ist ein gradliniger Trend zu verzeichnen, der zwischen dem zweiten und dem letzten Zwischenergebnis um 3,6 bzw. 4,5 Punkte ansteigt.

Dagegen läßt sich zwischen der Zunahme der Wahlbeteiligung und der Entwicklung der Stimmenanteile der Parteien kein so eindeutiger Zusammenhang feststellen, wie dies bei den Wahlen 1961 der Fall war⁴⁾.

6. Vorausschätzung der Wahlbeteiligung

Bei einer zwar einheitlich verlaufenden, jedoch von starken Niveauunterschieden gekennzeichneten Wahlbeteiligung ist es besonders schwierig, verlässliche Aussagen über das vermutliche Gesamtergebnis zu erhalten. In welchem Maße sich hierbei die neue Methode bewährt hat, soll jetzt untersucht werden.

In Abwandlung der Rechenformel (3) ergibt sich:

$$(4) \quad T_{s_y} = T_{e_v} \cdot \frac{\sum_{w=1}^n W_{yw}}{\sum_{w=1}^n B_{yw}} \cdot \frac{\sum_{w=1}^n B_{vw}}{\sum_{w=1}^n W_{vw}}$$

¹⁾ Vergl.: Übersicht 1: Die Zwischenergebnisse und Endergebnisse der Bundestagswahl und der Bürgerschaftswahl 1961 in Hamburg. — In: Hamburg in Zahlen, Jahrgang 1962, Februar-Heft, S. 51.

²⁾ Bei einem vierjährigen Wahlrhythmus ist $v = y - 4$.

³⁾ ohne die Ergebnisse der Briefwahl.

Es bedeuten:

T_{s_y} = Geschätztes Gesamtergebnis der Wahlbeteiligung bei der Wahl im Jahre y

T_{e_v} = Errechnetes Gesamtergebnis der Wahlbeteiligung bei der Wahl im Jahre v⁵⁾

W_{yw} = Anzahl der Wähler bei der Wahl im Jahre y im Wahlbezirk w

B_{yw} = Anzahl der Wahlberechtigten bei der Wahl im Jahre y im Wahlbezirk w

B_{vw} = Anzahl der Wahlberechtigten bei der Wahl im Jahre v⁵⁾ im Wahlbezirk w

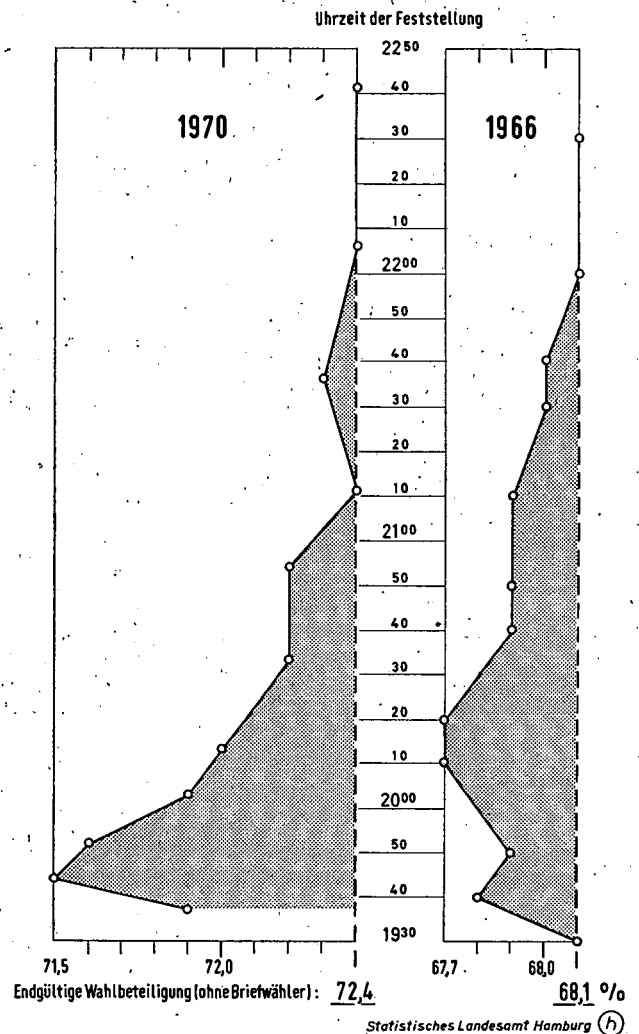
W_{vw} = Anzahl der Wähler bei der Wahl im Jahre v⁵⁾ im Wahlbezirk w

n = Anzahl der zum Zeitpunkt der Vorausschätzung vorliegenden Wahlbezirksergebnisse

Die Ergebnisse der Berechnung nach dieser Formel spiegelt Schaubild 4 wider⁶⁾.

Schaubild 4.

Die Wahlbeteiligung nach der Hochschätzung von Teilergebnissen bei den Bürgerschaftswahlen 1970 und 1966 — in % —



Bei der Hochschätzung der Wahlbeteiligung kann es sich als zweckmäßig erweisen, die Briefwahlergebnisse nicht einzubeziehen. Die Briefwahlergebnisse

werden in einem anderen Rhythmus und später zusammengestellt als die Ergebnisse der Urnenwähler. Die ersten Ergebnisse der Briefwahl treffen zu einem Zeitpunkt ein, zu dem sich bereits aus den Ergebnissen der Urnenwähler (der regulären Wahlbezirke) verlässliche Aussagen über den Ausgang der Wahlbeteiligung gewinnen lassen. Nach Zusammenstellung der ersten Ergebnisse, also zu einem relativ frühen Zeitpunkt, läßt sich aus einem Vergleich des hochgeschätzten Ergebnisses der Wahlbeteiligung mit dem vorliegenden Ergebnis der Vergleichswahl ohne Briefwähler zumindest der Trend ableiten, wenigstens die Feststellung treffen, ob die Wahlbeteiligung gegenüber der letzten Wahl zu- oder abgenommen hat.

Wie die Ergebnisse bei den Bürgerschaftswahlen 1970 und 1966 zeigen, stellt es sich als günstig dar, die Briefwahlergebnisse unberücksichtigt zu lassen. Wären sie einbezogen worden, hätte die Hochrechnung noch beim vorletzten Ergebnis eine Abweichung von 0,5%, bei den ersten Ergebnissen sogar bis zu 2% aufzuweisen gehabt.

7. Ergebnisse der Bundestagswahlen 1969 und 1965

Dagegen hat es sich bei der Bundestagswahl 1969 bewährt, die Wahlbeteiligung unter Einschluß der Briefwahlergebnisse „hochzurechnen“. In Tabelle 4 werden die Ergebnisse der Vorausschätzung von den beiden letzten Bundestagswahlen gegenübergestellt, wobei zu berücksichtigen ist, daß 1965 die Ergebnisse ohne die Briefwähler geschätzt wurden, weil der erste Anwendungsversuch dieses Schätzverfahrens bei der Bundestagswahl 1965 sich nur auf die regulären Wahlbezirksergebnisse (Urnenwähler) beschränkte.

Auch bei den letzten beiden Bundestagswahlen sind die Abweichungen verhältnismäßig gering. Die relativ besseren Schätzergebnisse der Wahlbeteiligung 1969 gegenüber 1965 lassen sich vermutlich daraus erklären, daß die Zahl der Briefwähler 1969 nicht weiter angestiegen ist und somit gewichtsmäßig nicht aus dem Rahmen des zugrundegelegten Ge-

samtergebnisses der Vergleichswahl (Te_v) fiel. Bei der Bundestagswahl 1965 hatten die Briefwähler um rd. 20 000 zugenommen (= 1,5% der Wahlberechtigten). Die bei den ersten Schätzungen der Stimmenanteile 1969 vor allem für die SPD zu verzeichnenden größeren Differenzen hängen wahrscheinlich mit ungewöhnlichen Strukturverschiebungen des Wahlverhaltens zusammen, wie sie sich u. a. als spektakuläre Zunahme des Stimmenanteils der SPD gegenüber der Bundestagswahl 1965 niederschlugen (+ 6,3%).

8. Schlußbetrachtung

Wenn man bedenkt, daß bei einer auf dem Zufallsprinzip beruhenden Stichprobe beispielsweise für die Berechnung eines Stimmenanteils von 50% mit einem Fehlerbereich von $\pm 0,2\%$ bei 1 000 000 anfallenden Stimmen und einem Sicherheitskoeffizienten $t = 2,58$ immerhin 30% der Gesamtmasse der Wähler benötigt werden, läßt sich ermessen, welche Bedeutung diesem relativ einfachen Schätzverfahren zukommt. Vor allem wäre es schwierig, die Fertigstellung der Wahlbezirksergebnisse von den nicht zufälligen, stichprobenfeindlichen Begleitumständen abzuschirmen, auf die bereits bei der Behandlung des Zusammenhangs zwischen der Reihenfolge des Eingangs der Schnellmeldungen, der Größe der Wahlbezirke, der Wahlbeteiligung und der Stimmenverteilung eingegangen worden ist. Des weiteren ist zu beachten, welche Schwankungen die einzelnen Wahlbezirksergebnisse aufzuweisen haben. In welchem Umfang sie bei der letzten Wahl, der Bürgerschaftswahl 1970, aufgetreten sind, wird in Tabelle 5 dargestellt.

Aus einer zusammenfassenden Betrachtung wird deutlich, daß es sich beim Eingang der Wahlbezirksergebnisse im Sinne der Stichprobentheorie um eine ungeschichtete Stichprobenauswahl handelt. Ein gewisser Schichtungseffekt ist zwar vorhanden, wenn man einseitig die Größe der Wahlbezirke nach dem Eintreffen der Ergebnisse betrachtet; jedoch geht diese Feststellung verloren, wenn man das Schichtungsmerkmal (Zahl der Wahlberechtigten) in Bezie-

Tabelle 4

Die Wahlbeteiligung und die Stimmenanteile der drei in der Bürgerschaft vertretenen Parteien nach der Hochschätzung von Teilergebnissen bei den Bundestagswahlen 1969 und 1965¹⁾

Uhrzeit der Fest- stellung		Zahl der Wahlberechtigten (kumuliert) in 1 000				Wahlbeteiligung in %				Stimmenanteile in % (Zweitstimmen)															
		1969		1965		1969		1965		SPD				CDU				FDP							
										1969		1965		1969		1965		1969		1965					
		absolut	%	absolut	%	1969	Diff. ²⁾	1965	Diff. ²⁾	1969	Diff. ²⁾	1965	Diff. ²⁾	1969	Diff. ²⁾	1965	Diff. ²⁾	1969	Diff. ²⁾	1965	Diff. ²⁾	1969	Diff. ²⁾	1965	Diff. ²⁾
1969	1965	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20				
23.52	01.00	1 340,7	100,0	1 372,9	100,0	87,6	—	85,8	— 0,6	54,6	—	48,2	— 0,1	34,0	—	37,6	—	6,3	—	9,5	+ 0,1				
23.36	23.20	1 339,2	99,9	1 358,1	98,9	87,6	—	85,8	— 0,6	54,6	—	48,1	— 0,2	34,0	—	37,6	—	6,3	—	9,5	+ 0,1				
23.03	22.20	1 336,9	99,7	1 238,5	90,2	87,7	+ 0,1	85,7	— 0,7	54,6	—	48,1	— 0,2	34,0	—	37,7	+ 0,1	6,3	—	9,5	+ 0,1				
22.46	22.00	1 325,3	98,9	1 009,2	73,5	87,7	+ 0,1	85,7	— 0,7	54,6	—	48,0	— 0,3	34,1	+ 0,1	37,7	+ 0,1	6,3	—	9,6	+ 0,2				
22.25	21.50	1 289,2	96,2	700,8	51,0	87,6	—	85,7	— 0,7	54,5	— 0,1	48,0	— 0,3	34,1	+ 0,1	37,7	+ 0,1	6,2	— 0,1	9,6	+ 0,2				
22.05	21.30	1 192,3	88,9	413,5	30,1	87,5	— 0,1	85,9	— 0,5	54,5	— 0,1	48,1	— 0,2	34,1	+ 0,1	37,7	+ 0,1	6,2	— 0,1	9,6	+ 0,2				
21.43	21.20	1 014,3	75,7	304,3	22,2	87,6	—	85,9	— 0,5	54,3	— 0,3	48,2	— 0,1	34,3	+ 0,3	37,5	— 0,1	6,1	— 0,2	9,6	+ 0,2				
21.20	20.50	749,7	55,9	202,3	14,7	87,7	+ 0,1	85,2	— 1,2	54,2	— 0,4	47,9	— 0,4	34,3	+ 0,3	37,8	+ 0,2	6,1	— 0,2	9,6	+ 0,3				
20.57	20.20	508,7	37,9	78,1	5,7	87,7	+ 0,1	84,7	— 1,7	54,2	— 0,4	48,0	— 0,3	34,3	+ 0,3	37,7	+ 0,1	6,0	— 0,3	9,8	+ 0,4				
20.37	20.10	292,1	21,8	37,1	2,7	87,4	+ 0,2	85,4	— 1,0	53,8	— 0,8	48,1	— 0,2	34,5	+ 0,5	37,4	— 0,2	6,0	— 0,3	9,8	+ 0,4				
20.20	19.50	191,5	14,3	20,6	1,5	87,2	— 0,4	83,9	— 2,5	53,7	— 0,9	47,8	— 0,5	34,6	+ 0,6	37,5	— 0,1	6,1	— 0,2	9,9	+ 0,5				
20.08	—	128,2	9,6	—	—	87,2	— 0,4	—	—	53,5	— 1,1	—	—	34,8	+ 0,8	37,5	—	6,2	— 0,1	—	—				
19.55	—	70,9	5,3	—	—	86,9	— 0,7	—	—	53,0	— 1,6	—	—	34,8	+ 0,8	—	—	6,3	—	—	—				
19.48	—	44,3	3,3	—	—	87,0	— 0,6	—	—	52,5	— 2,1	—	—	34,9	+ 0,9	—	—	6,4	+ 0,1	—	—				
19.38	—	24,0	1,8	—	—	86,1	— 1,5	—	—	51,5	— 3,1	—	—	35,3	+ 1,3	—	—	6,5	+ 0,2	—	—				

¹⁾ bei der Bundestagswahl 1965 ausschließlich Briefwahlergebnisse. — ²⁾ Differenz gegenüber dem endgültigen Ergebnis.

Tabelle 5

Die Wahlbezirke mit der höchsten und niedrigsten Streuung gegenüber dem Hamburger Gesamtdurchschnitt bei der Bürgerschaftswahl 1970

Art der Angaben	Durchschnitt Hamburg insgesamt	Wahlbezirk mit		Spannweite der Streuung in Prozent- punkten
		höchster	niedrigster	
		Streuung		
		1	2	
Wahlbeteiligung in % ¹⁾	73,4	90,6	27,4	63,2
Stimmenanteile in % ²⁾				
SPD	55,3	82,4	17,4	65,0
CDU	32,8	66,5	11,2	55,3
FDP	7,1	19,8	1,1	18,7
NPD	2,7	11,4	0,3	11,1
DKP	1,7	10,0	0,0	10,0

¹⁾ einschl. Briefwähler. — ²⁾ Nur die Parteien mit Stimmenanteilen über 1%.

hung zu den Untersuchungsmerkmalen (Stimmenanteile) setzt. Wie die Untersuchungen gezeigt haben, läßt sich zwischen der Zahl der Wahlberechtigten und der Stimmenverteilung kaum ein korrelativer Zusammenhang zwingend ableiten. Die bei der Wahl und bei der Ergebnisfeststellung selbst wirksamen Einflüsse sind dermaßen unvorhersehbar, daß es sich auch nicht lohnen würde, Wahlbezirke, deren Ergebnisse bei der letzten Wahl nahe beim Gesamtdurchschnitt Hamburgs lagen, als „Repräsentanten“ für die neue Wahl zu bestimmen und auf deren frühzeitige Stimmenaushölung einzuwirken. Daher scheinen Verfahren, die sich die Wirkungsweise von Veränderungsdaten zwischen zwei Wahlen innerhalb regional unverändert gebliebener Gebiete zunutze machen, für eine Schätzung von Gesamtwahlergebnissen besser geeignet zu sein.

Günter Müller

Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes

— Teilergebnisse der Statistik des Personals,
der Dienstbezüge, Vergütungen und Löhne
im öffentlichen Dienst in Hamburg
nach dem Stand vom 2. 10. 1968 —

1. Vorbemerkungen

Im Rahmen der Auswertung der Statistik des Personals, der Dienstbezüge, Vergütungen und Löhne im öffentlichen Dienst 1968 sind in dieser Zeitschrift bisher zwei Aufsätze über die Verdienstverhältnisse der beim Hamburger Staat Beschäftigten¹⁾ und die Personalfuktuation in der hamburgischen Verwaltung²⁾ erschienen. Als drittes Thema stehen nunmehr die Pensionäre und ihre Hinterbliebenen an.

Die Versorgung der Beamten leitet sich aus dem Wesen des Berufsbeamtentums her, daß „der Beamte kraft eines einseitigen Staatshoheitsaktes in ein dauerndes, nicht kündbares Lebens- und Rechtsverhältnis zum Staate tritt, kraft dessen er seine ganze Kraft in den Dienst des Staates zu stellen hat, solange er dazu fähig ist, wogegen der Staat die Verpflichtung übernimmt, ihm den standesgemäßen Lebensunterhalt für sich und seine Familie zu gewähren, und zwar zunächst in Gestalt des vollen Dienststelleneinkommens, später aber, wenn er keine Dienste mehr leistet, als Ruhegehalt“³⁾. Diese Verpflichtung erstreckt sich über den Tod des Beamten hinaus auch auf die Versorgung seiner Hinterbliebenen; „die Hinterbliebenenversorgung beruht also auf dem Gedanken, daß der Staat, der die volle Arbeitskraft des Beamten für sich in Anspruch nimmt, dafür an seiner Stelle für einen angemessenen Unterhalt der Ange-

hörigen des Beamten sorgt“³⁾. Diese aus der Natur des Beamtenverhältnisses resultierende Verpflichtung des Staates zur Gewährung lebenslänglichen, angemessenen Unterhalts ist auch verfassungsrechtlich in Art. 33 (5) GG verankert: Die hier statuierte Garantie der Institution des Berufsbeamtentums beinhaltet als hergebrachten Grundsatz auch das Recht des Beamten auf Alters- und Hinterbliebenenversorgung sowohl dem Grunde nach als auch in einer den angemessenen Lebensunterhalt sichernden Höhe.

Der hier dargestellte Teil der Erhebung umfaßt Zahl und Gliederung der Versorgungsempfänger insbesondere nach Empfängergruppen, relevanten Altersgruppen und für die Versorgung ausschlaggebenden Laufbahngruppen. Erfasst worden sind die aufgrund ihrer früheren Tätigkeit im öffentlichen Dienst versorgungsberechtigten ehemaligen Beamten, Richter und Angestellten mit Beamtenbesoldung (DO-Angestellte)⁴⁾ sowie die versorgungsberechtigten Hinterbliebenen dieses Personenkreises. Von der Statistik ausgespart blieben grundsätzlich alle Angestellten und Arbeiter (Rentenempfänger) mit einer beamtenähnlichen Zusatzversorgung (z. B. VBL) oder mit Staatszuschüssen zur Rente, ferner die nicht wiederverwendeten Personen nach dem Gesetz zu Art. 131 GG.

Neben der öffentlichen Verwaltung waren auch die Sozialversicherungsträger Adressaten der Statistik. Wegen ihrer vergleichsweise geringen Bedeutung — zusammen nur 722 Versorgungsempfänger — wird auf letztere aber nicht eingegangen.

Erklärtes Ziel dieser Statistik, die in Hamburg auf Angaben der für die Fixierung sowie Auszahlung der Versorgungsbezüge zuständigen zentralen Besol-

¹⁾ „Verdienstverhältnisse der beim Hamburger Staat Beschäftigten — Ergebnisse der Statistik der Dienstbezüge, Vergütungen und Löhne für September 1968 —.“ — In: Hamburg in Zahlen, Jg. 1970, März-Heft.

²⁾ „Personalfuktuation in der hamburgischen Verwaltung 1968/69 — Teilergebnisse der Statistik des Personals, der Dienstbezüge, Vergütungen und Löhne im öffentlichen Dienst —.“ — In: Hamburg in Zahlen, Jg. 1970, Mai-Heft.

³⁾ BGH 22. 9. 1952: DVBl. S. 730.

⁴⁾ DO-Angestellte gibt es nur bei den Sozialversicherungsträgern.

dungs- und Versorgungsstelle im Personalamt beruht, ist es, den bisher auf Bundesebene fehlenden Überblick über Zahl und Zusammensetzung der Pensionäre und ihrer Hinterbliebenen zu liefern. Außerdem lassen sich die Ergebnisse als Ausgangsdaten für die Berechnung der künftigen Versorgungslasten verwenden. Eine solche detaillierte Vorausberechnung ist in dieser Zeitschrift schon einmal aufgrund einer Sonderuntersuchung der Karteien des Personalamts angestellt worden⁵⁾ und soll in Bälde wiederholt werden.

2. Statistische Ergebnisse

63 Versorgungsempfänger auf 100 aktive Beamte und Richter

Am Stichtag der Erhebung, dem 2. Oktober 1968, sind summa summarum 21 490 pensionsberechtigte ehemalige Beamte und Richter sowie versorgungsberechtigte Hinterbliebene gezählt worden. Mißt man die Zahl der Versorgungsempfänger an der Zahl der aktiven Beamten und Richter, so ist festzustellen, daß auf 100 Beamte und Richter 63 Versorgungsempfänger entfielen.

Die erfaßten Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes sind in drei Kategorien eingeteilt: Empfänger von Ruhegehalt (Ruhestandsbeamte, pensionierte Richter), Empfänger von Witwengeld (Witwen und Witwer) und Empfänger von Waisengeld. Witwen bzw. Witwer und zugehörige Halbweisen wurden dabei jeweils zu einem Versorgungsfall zusammengefaßt. Halbverwaiste Kinder wiederverheirateter Beamtenwitwen sind der Gruppe der Entgegennahmer von Waisengeld zugeordnet, die sonst ausschließlich aus Vollweisen besteht.

Knapp die Hälfte sind Hinterbliebene

Über die Hälfte der Versorgungsempfänger sind Ruhegehaltsempfänger. Ein knappes Fünftel davon ist weiblichen Geschlechts. Der Anteil der Witwen und Witwer beträgt rd. 44 %. Die Zahl der versorgungsberechtigten Waisen ist dagegen mit 917 oder 4,3 % gering. Setzt man den Bestand nur der Beamten- und Richter pensionäre zu dem der tätigen Beamten und Richter in Beziehung, so ergibt sich eine Quote von 32,5 %. Anfang der 50er Jahre war diese Relation mit 43,4 % noch ungünstiger, was wohl in erster Linie auf den damals noch gewichtigeren Anteil der unter das Gesetz zu Art. 131 des Grundgesetzes fallenden Versorgungsempfänger zurückzuführen sein dürfte. Wie schon kurz erwähnt, erstreckte sich die Erhebung auch auf die 131er, wenigstens soweit es sich um frühere Versorgungsberechtigte aus einem Beamtenverhältnis und um wiederingestellte ehemalige Beamte oder deren Hinterbliebene handelte. Ihr separater Nachweis erfolgte jedoch nicht. Die Wiederverwendung dieser Beamten in der Nachkriegszeit hat dann offensichtlich auch bei der Hamburger Verwaltung zu einer relativen Vergrößerung des Bestandes an Versorgungsempfängern geführt.

2.1 Die Bestimmungsgrößen für die Zahl der Versorgungsempfänger

Ganz allgemein wirken u. a. folgende Determinanten

auf die Entwicklung der Zahl der Versorgungsempfänger ein:

- Der Bestand an aktiven Beamten und Richtern; je zahlreicher das aktive Personal ist, um so zahlreicher werden die aus ihm hervorgehenden Pensionäre und Hinterbliebenen. An der Relation ändert das jedoch *ceteris paribus* nichts.
- Die mittlere Lebenserwartung der Bevölkerung; vom Alterwerden der Menschen profitieren eo ipso auch die Ruheständler. Die nachfolgenden Ausführungen über die Altersstruktur insbesondere der Ruhegehaltsempfänger unterstreichen diesen Tatbestand.
- Der Altersaufbau der tätigen Beamten und Richter; durch ungünstigen Altersaufbau (Überalterung) beschleunigt sich die Versetzung in den Ruhestand, der Anteil der Versorgungsempfänger nimmt zu.
- Der Gesundheitszustand der aktiven Beamten und Richter; vorzeitige Dienstunfähigkeit aus gesundheitlichen Gründen (Invalidität) führt zu früherer Versorgung als normalerweise. Treten solche Fälle in nennenswertem Umfang auf, dann wächst wiederum der Anteil des passiven Personals.
- Die rechtlichen Altersgrenzen für die Pensionäre.

Da neben der generellen Lebenserwartung der Zeitpunkt der Pensionierung für die Altersstaffelung der Ruhegehaltsempfänger von Bedeutung ist, seien kurz die legalen Altersgrenzen erwähnt. Die regulär gültige Altersgrenze der Beamten, wie übrigens auch der Angestellten und Arbeiter, ist auf das vollendete 65. Lebensjahr abgestellt, die der Sonderlaufbahnen der Polizeivollzugs- und Feuerwehrbeamten auf das vollendete 60. Lebensjahr. Der Richter auf Lebenszeit oder Zeit tritt mit dem Ende des Monats in den Ruhestand, in dem er das 68. Lebensjahr vollendet. Beamtete Hochschullehrer scheiden bei Erreichen einer bestimmten Altersgrenze nicht aus dem aktiven Dienst aus, sie emeritieren nur. Eine besondere Altersgrenze existiert noch bei den Beamten, welche das 62. Lebensjahr vollendet haben: Sie können auf Antrag auch ohne den Nachweis der Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt werden, sofern keine dienstlichen Gründe entgegenstehen.

2.2 Die Altersstruktur der Pensionäre

Mehr als die Hälfte über 70 Jahre alt

Kennzeichnend für die Altersstruktur der Pensionäre beiderlei Geschlechts am Stichtag ist vor allem die starke Besetzung der obersten Altersgrößenklasse: Von 11 080 Pensionären der hamburgischen Verwaltung war mehr als die Hälfte (53,4 %) 70 und mehr Jahre alt. Vor 16 Jahren erreichte diese Altersgruppe erst einen Anteil von 42,4 %. Die Ruheständler im Alter von 65 bis unter 70 Jahren rangierten der Häufigkeit nach an zweiter Stelle; auf sie entfielen 3 125 Personen oder 28,2 %. Nur 971 Pensionäre (8,8 %) waren jünger als 62 Jahre; aus Gründen der Invalidität vorzeitig ausgeschiedene Beamte sowie in den Ruhestand versetzte Polizeivollzugs- und Feuerwehrbeamte gehören dazu.

⁵⁾ „Die hamburgischen Versorgungslasten aus dem Beamtenrecht.“ — In: Hamburg in Zahlen, Jg. 1954, Heft Nr. 6.

Tabelle

**Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes
in Hamburg am 2. Oktober 1968 nach Arten, Alters- und
Laufbahngruppen sowie Geschlecht**

Art der Versorgungsempfänger Altersgrößklassen in Jahren Geschlecht	Versorgungsempfänger		davon letzte für die Versorgung maßgebende Laufbahngruppe			
			Höherer Dienst	Gehobener Dienst	Mittlerer Dienst	Einfacher Dienst
	Anzahl	%	Anzahl			
	1	2	3	4	5	6
1. Ruhegehaltsempfänger						
unter 62	971	8,8	416	197	275	83
darunter weiblich ...	102	4,8	44	25	33	—
62 bis unter 65	1 069	9,6	213	384	461	11
darunter weiblich ...	271	12,7	55	103	83	30
65 bis unter 70	3 125	28,2	751	1 049	1 228	97
darunter weiblich ...	628	29,5	210	314	104	—
70 und mehr	5 915	53,4	1 162	2 618	1 890	245
darunter weiblich ...	1 131	53,0	160	843	128	—
Zusammen	11 080	100	2 542	4 248	3 854	436
%	100		22,9	38,3	34,8	3,9
darunter weiblich ...	2 132	100	469	1 285	348	30
%	100		22,0	60,3	16,3	1,4
2. Witwengeldempfänger						
unter 50	622	6,6	54	163	284	121
50 bis unter 60	1 179	12,4	132	506	491	50
60 bis unter 70	2 470	26,0	370	862	1 014	224
70 und mehr	5 222	55,0	826	1 977	1 826	593
Zusammen	9 493	100	1 382	3 508	3 615	988
%	100		14,6	37,0	38,1	10,4
3. Waisengeldempfänger						
unter 18	278	30,3	42	88	105	43
18 bis unter 27	441	48,1	143	217	67	14
27 und mehr	198	21,6	82	35	41	40
Zusammen	917	100	267	340	213	97
%	100		29,1	37,1	23,2	10,6
Insgesamt	21 490		4 191	8 096	7 682	1 521
%	100		19,5	37,7	35,7	7,1

Auch bei den Witwengeldempfängern ist die stärkste Frequenz in der Gruppe der 70 und mehr Jahre alten Personen zu finden. Die Zahl der jüngeren Witwen und Witwer ist dagegen relativ klein; ihr Anteil beträgt bei den weniger als 50 Jahre alten Personen lediglich 6,6% und bei den zwischen 50 bis unter 60 Jahre alten Personen 12,4%. Es handelt sich hauptsächlich um Hinterbliebene aktiver Beamter. Damit hat sich seit 1952 die altersmäßige Zusammensetzung der Witwengeldempfänger entscheidend nach oben verschoben; damals entfielen nämlich auf die 70 und mehr Jahre alten Witwen erst 37,4%, auf die unter 50 Jahre alten noch 19,3% und die 50 bis unter 60 Jahre alten 15,8%. Zu dem größeren Gewicht der jüngeren Jahrgänge haben seinerzeit wahrscheinlich vor allem die zahlreichen Kriegerwitwen beigetragen.

In Anlehnung an die steuerrechtliche Behandlung von Kindern erlischt das Anrecht der Waisen auf Waisengeld nach den versorgungsrechtlichen Bestimmungen in der Regel mit Vollendung des 18. Lebensjahres bzw. bei Andauern der Ausbildung mit Vollendung des 27. Lebensjahres. Sind Waisen infolge

physischer oder psychischer Gebrechen dauernd außerstande, sich selbst zu unterhalten, wird auch über das 27. Lebensjahr hinaus Waisengeld gewährt. Von den registrierten 917 Waisengeldempfängern waren 441 (48,1%) schon 18 bis unter 27 Jahre alt, d. h., daß beinahe die Hälfte der Waisen ihre Schul- oder Berufsausbildung erst nach dem 18. Lebensjahr abschließt. 27 Jahre und älter waren immerhin noch 198 der Vollwaisen, also gut jede fünfte.

2.3 Laufbahnstruktur der Pensionäre und der Aktiven weitgehend identisch

Die Bemessung der Versorgungsbezüge richtet sich weitgehend nach dem Grundgehalt, das dem Beamten oder Richter gemäß Besoldungsrecht zuletzt gezahlt wurde. Ausschlaggebend für die Höhe seines Ruhegehalts sind damit u. a. Laufbahn und Besoldungsgruppe beim Ausscheiden aus dem aktiven Dienst. Um auch darüber etwas aussagen zu können, wurden die Versorgungsempfänger zusätzlich nach den Laufbahnen gruppiert, in denen sie bzw. die Verstorbenen sich unmittelbar vor Eintritt in den Ruhestand befunden hatten. Unter dem Laufbahnprinzip, das zu den überlieferten Grundsätzen des Berufsbeamtentums im Sinne des Art. 33 Abs. 5 GG rechnet, ist die Aufgliederung der Beamtenverhältnisse in die vier Laufbahngruppen des einfachen, des mittleren, des gehobenen und des höheren Dienstes zu verstehen; für die die Aspiranten durch eine festgelegte Vorbildung, durch eine bestimmte Ausbildung und durch abschließende Prüfungen ihre Befähigung nachweisen müssen. In etwa läßt sich sagen, daß für die einfache Laufbahn der Volksschulabschluß, für die mittlere Laufbahn die mittlere Reife, für die gehobene das Abitur und für die höhere Laufbahn ein Hochschulstudium Vorbedingung ist.

Auffallend ist der dominierende Anteil der Pensionäre aus dem gehobenen und mittleren Dienst, der zusammen 73,1% erreicht. Bei den weiblichen Ruhegehaltsempfängern entfallen sogar allein auf den gehobenen Dienst 60,3%, was mitbedingt ist durch die hohe Zahl pensionierter ehemaliger Lehrerinnen. Verschwindend klein ist mit 3,9% die Quote der Ruheständler der einfachen Laufbahn. Die Gliederung der Witwen- und Waisengeldempfänger nach den für die Versorgung maßgeblichen Laufbahnen ähnelt der der Ruhegehaltsempfänger. Vergleicht man die laufbahnbezogenen relativen Häufigkeiten der Pensionäre mit denen der aktiven Beamten und Richter, dann zeigt sich, daß die Laufbahnstruktur der Ruhegehaltsempfänger im großen und ganzen nur das Laufbahngefüge des aktiven Dienstes widerspiegelt: Die korrespondierenden Quoten des aktiven Personals lauten nämlich für den einfachen Dienst 0,8%, für den mittleren 38,5%, für den gehobenen 35,4% und den höheren 25,3%. Wie man sieht, fällt lediglich der einfache Dienst etwas aus dem Rahmen; in ihm sind die aktiven Beamten absolut und prozentual schwächer vertreten als die Pensionäre dieses Bereichs. Dieser etwas paradoxe strukturelle Unterschied findet seine Erklärung zur Hauptsache darin, daß der Anteil der tätigen Beamten des einfachen Dienstes zugunsten der anderen Laufbahngruppen zurückgeht, was nichts anderes bedeutet, als daß Verschiebungen zu qualifizierteren Beschäftigungen stattfinden.

Francisco Villalaz

Zahlungsspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		April 1970	Mai 1970	Juni 1970	Juni 1969
		1965	1969				
Meteorologische Beobachtungen							
Mittelwerte ¹⁾							
Luftdruck	mm ²⁾	759,7	761,2	757,2	761,6	763,8	761,8
Lufttemperatur	°C	8,6	9,2	5,5	12,4	18,5	17,1
Relative Luftfeuchtigkeit	%	79	77	78	69	61	66
Windstärke	Meßzahl ³⁾	3	3	3	3	3	3
Bewölkung	" ⁴⁾	7	7	7	6	4	6
Summenwerte ⁵⁾							
Niederschlagshöhe	mm	981	751	126	40	49	86
Sonnenscheindauer	Std.	1 471	1 482	102	234	319	219
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	90	95	9	—	1	2
Tage mit Niederschlägen	"	256	226	27	18	10	18
Bevölkerung							
1. Bevölkerungsstand (Monatsende)							
Bezirk Hamburg-Mitte	1000	287,6	265,1	260,8	264,7 r
" Altona	"	264,3	261,1	261,7	261,2 r
" Eimsbüttel	"	264,6	260,4	259,1	260,3 r
" Hamburg-Nord	"	401,3	366,2	361,0	365,8 r
" Wandsbek	"	357,5	368,3	369,4	368,3 r
" Bergedorf	"	82,6	91,6	94,6	91,2 r
" Harburg	"	199,0	207,2	207,3	207,1 r
Hamburg insgesamt	"	1 856,9	1 819,9	1 813,9 r	1 813 p	1 813 p	1 818,6 r
dav. männlich	"	861,9	844,1	842,8	843,3 r
weiblich	"	995,0	975,8	971,1	975,3 r
dar. Ausländer ⁶⁾	"	59,8	70,4	80,7	82,5	84,7	69,6
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung							
Eheschließungen ⁷⁾	Anzahl	1 510	1 208	1 161	1 473 p	1 070 p	1 130 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,8	8,0	7,8	9,6 p	7,2 p	7,6 r
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	2 235	1 753	1 620	1 690 p	1 530 p	1 729 r
dar. unehelich	"	143	129	131	125 p	125 p	122 r
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	14,4	11,6	10,9	11,0 p	10,3 p	11,6 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	6,4	7,4	8,1	7,4 p	8,2 p	7,1 r
Unehelich Geborene in % der Geborenen	%	14,4	11,6	10,9	11,0 p	10,3 p	11,6 r
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 112	2 268	2 101	2 230 p	1 850 p	2 054 r
dar. im ersten Lebensjahr	"	39	37	34	25 p	30 p	40 r
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	"	13,6	15,0	14,1	14,5 p	12,4 p	13,7 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	13,6	15,0	14,1	14,5 p	12,4 p	13,7 r
dar. im ersten Lebensjahr je 1000 Lebendgeborene ⁸⁾	"	17,2	20,7	21,0	14,8 p	19,6 p	22,6 r
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (—)	"	+ 123	— 515	— 481	— 540 p	— 320 p	— 325 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	+ 0,8	— 3,4	3,2	— 3,5 p	— 2,1 p	— 2,2 r
3. Wanderungen							
Zugezogene Personen	Anzahl	6 174	6 818	8 109 r	6 200 p	7 000 p	5 930 r
über die Landesgrenze Hamburgs	"	6 553	6 784	7 883 r	6 900 p	5 400 p	6 943 r
Fortgezogene Personen	"	— 379	+ 34	+ 226 r	— 700 p	+ 1 600 p	— 1 013 r
über die Landesgrenze Hamburgs	"	— 37	+ 155	+ 380 r	— 423 r
Wanderungsgewinn (+) -verlust (—)	"	— 342	— 121	— 154 r	— 590 r
dav. männlich	"	— 342	— 121	— 154 r	— 590 r
weiblich	"	— 342	— 121	— 154 r	— 590 r
Umgezogene Personen Innerhalb Hamburgs (Binnenwanderung)	"	14 729	14 909	15 218	12 094	11 329	14 440
Nach Gebieten							
a) Zugezogene aus							
Schleswig-Holstein	"	1 542	1 687	1 887 r	1 470 p	1 550 p	1 560 r
dar. angrenzende Kreise ⁹⁾	"	835	1 003	1 165 r	850 p	950 p	1 010 r
Niedersachsen	"	1 091	1 114	1 530 r	950 p	1 100 p	891 r
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	272	315	390 r	320 p	380 p	266 r
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 006	1 922	2 330 r	1 680 p	1 800 p	1 652 r
Ausland und Sonstige ¹¹⁾	"	1 535	2 095	2 362 r	2 100 p	2 550 p	1 827 r
b) Fortgezogene nach							
Schleswig-Holstein	"	2 351	2 554	2 669 r	2 270 p	2 100 p	2 912 r
dar. angrenzende Kreise ⁹⁾	"	1 620	1 825	1 905 r	1 480 p	1 500 p	1 930 r
Niedersachsen	"	1 268	1 241	1 547 r	1 120 p	1 100 p	1 070 r
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	525	548	679 r	550 p	500 p	468 r
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 167	1 976	2 505 r	2 470 p	2 450 p	1 855 r
Ausland und Sonstige ¹¹⁾	"	767	1 013	1 162 r	1 040 p	750 p	1 106 r

¹⁾ errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. — ²⁾ reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. — ³⁾ Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. — ⁴⁾ Bewölkungsgrade: 0 bis 10 (0 = wolkenlos, 10 = ganz bedeckt). — ⁵⁾ an Stelle der Monatsdurchschnitte Jahreswerte. — ⁶⁾ nach den Angaben des Amtes für Innere Verwaltung — Melde-, Paß- und Ausländerangelegenheiten. — ⁷⁾ nach dem Ereignisort. — ⁸⁾ unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. — ⁹⁾ Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. — ¹⁰⁾ Landkreise Harburg und Stade. — ¹¹⁾ Hierzu gehören: sowjetische Besatzungszone, sowjetischer Sektor von Berlin und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung, Ausland und unbekannt.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		April 1970	Mai 1970	Juni 1970	Juni 1969
		1965	1969				
Gesundheitswesen							
1. Krankenanstalten in Hamburg							
a) Öffentliche Krankenanstalten Bettenbestand ¹⁾ ²⁾	Anzahl	11 749	11 193	11 186	11 232	11 236	11 204
Pflegelage		273 169	266 678	274 903	274 402	260 983	261 540
Bettenausnutzung ³⁾	%	81,8	81,8	85,3	82,3	81,5	80,7
b) Gemeinnützige Krankenanstalten Bettenbestand ¹⁾ ²⁾	Anzahl	4 573	4 557	4 612	4 612	4 612	4 559
Pflegelage		123 729	123 153	125 541	126 568	121 518	121 184
Bettenausnutzung ³⁾	%	89,1	88,3	89,6	88,0	87,4	88,1
c) Private Krankenanstalten Bettenbestand ¹⁾ ²⁾	Anzahl	745	763	665	665	665	786
Pflegelage		19 012	19 323	18 286	17 849	17 280	19 975
Bettenausnutzung ³⁾	%	81,8	79,8	85,5	79,9	81,6	81,1
2. Hamburgische Krankenanstalten außerhalb Hamburgs							
a) Öffentliche Krankenanstalten Bettenbestand ¹⁾ ²⁾	Anzahl	885	856	856	856	856	856
Pflegelage		21 274	19 141	20 471	21 562	19 964	19 332
Bettenausnutzung ³⁾	%	81,7	75,2	79,7	81,3	78,7	76,2
b) Tbc-Heilstätten Bettenbestand ¹⁾ ²⁾	Anzahl	1 084	997	1 013	1 013	813	998
Pflegelage		25 626	23 821	21 065	20 460	18 527	24 471
Bettenausnutzung ³⁾	%	85,0	80,2	70,8	68,5	71,6	83,9
3. Anstalten für Geisteskrankte							
a) Öffentliche Krankenanstalten in Hamburg Bettenbestand ¹⁾	Anzahl	1 743	1 743	1 743	1 743	1 743	1 743
Pflegelage		48 245	47 809	45 958	46 579	45 591	47 090
Bettenausnutzung ³⁾	%	91,4	92,0	91,0	89,6	90,6	91,5
b) Gemeinnützige Krankenanstalten in Ham- burg Bettenbestand ¹⁾	Anzahl	1 275	1 292	1 292	1 292	1 292	1 292
Pflegelage		38 084	38 394	38 569	39 189	37 867	37 747
Bettenausnutzung ³⁾	%	98,2	97,7	99,5	97,8	97,7	97,4
c) Krankenanstalten außerhalb Hamburgs Bettenbestand ¹⁾	Anzahl	1 476	1 415	1 407	1 407	1 407	1 417
Pflegelage		43 630	42 737	42 041	43 491	41 770	42 274
Bettenausnutzung ³⁾	%	97,1	98,8	98,6	98,6	97,7	99,1
Kulturpflege							
1. Rundfunk und Fernsehen							
Tonrundfunkteilnehmer ¹⁾	1 000	667,8	709,2	719,5	720,0	720,5	708,0
Fernsehrundfunkteilnehmer ¹⁾	"	455,8	600,0	623,3	624,4	625,9	597,7
2. Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei)							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	348 686	386 303	432 561	359 994	379 130	361 611
Ausgeliehene Noten	"	3 241	4 445	4 521	4 858	4 556	4 539
3. Wissenschaftliche Büchereien ¹⁾							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	26 113	33 862	40 549	32 936	40 836	32 296
Benutzer der Lesesäle	"	10 485	15 286	16 864	13 655	14 267	16 056
4. Besucher der Museen und Schausamm- lungen							
Anzahl		43 961	51 057	49 210	58 496	49 604	43 578
Öffentliche Sozialleistungen							
Soziale Krankenversicherung ¹⁾							
Mitglieder	1 000	677,8	681,4	682,0	689,7	689,8	682,4
dav. Pflichtmitglieder	"	431,4	400,5	403,9	410,9	410,4	400,0
Rentner	"	175,5	224,5	227,7	227,9	228,1	224,2
Freiwillige Mitglieder	"	70,9	56,4	50,4	50,9	51,3	58,2
Krankenstand der Pflichtmitglieder	"	26,7	26,6	27,2	26,3	24,7	21,2
dav. männlich	"	17,9	17,8	18,2	17,4	16,7	14,1
weiblich	"	8,8	8,8	9,0	8,9	8,0	7,1

¹⁾ am Monatsende. — ²⁾ ohne Säuglingsbetten. — ³⁾ ohne gesperrte Betten. — ⁴⁾ Staats- und Universitäts-Bibliothek, Commerzbibliothek und Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA ohne Ausleihe). — ⁵⁾ nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		April 1970	Mai 1970	Juni 1970	Juni 1969
		1965	1969				
Erwerbstätigkeit							
1. Arbeitslose							
Arbeitslose	Anzahl	3 410	3 366	2 776	2 486	2 202	2 518
dav. männlich	"	2 318	1 955	1 476	1 334	1 207	1 498
weiblich	"	1 092	1 411	1 300	1 152	995	1 020
nach ausgewählten Berufsgruppen							
Bauberufe	"	95	98	15	5	8	11
Metallerzeuger und -verarbeiter	"	51	45	42	30	26	33
Schmiede, Schlosser, Mechaniker	"	95	65	33	33	23	44
Elektriker	"	24	12	12	6	7	10
Chemiewerker	"	55	25	22	18	17	23
Holzverarbeiter u. zugehörige Berufe	"	24	11	13	4	3	6
Graphische Berufe	"	44	47	63	46	32	30
Lederhersteller, Leder- u. Fellverarb.	"	7	12	9	19	15	9
Nahrungs- und Genussmittelhersteller	"	75	66	49	27	22	59
Warennachseher, Versandarbeiter und Lagerverwalter	"	132	161	92	92	70	126
Ingenieure, Techniker u. verwandte Berufe	"	81	93	98	75	71	78
Kaufmännische Berufe	"	368	424	492	442	391	356
Verkehrsberufe	"	313	287	137	153	111	199
Verwaltungs- und Büroberufe	"	849	692	556	481	457	498
Künstlerische Berufe	"	177	181	176	178	156	160
2. Offene Stellen und Vermittlungen							
Offene Stellen	Anzahl	25 827	27 151	32 276	33 897	35 230	30 997
dav. männlich	"	13 014	14 530	19 152	20 199	20 748	17 011
weiblich	"	12 813	12 621	13 124	13 698	14 482	13 986
Stellenvermittlung in Beschäftigung über 7 Tage ¹⁾	"	5 841	5 942	7 192	6 186	7 055	5 260
dav. männlich	"	4 134	4 106	5 330	4 798	5 416	3 789
weiblich	"	1 707	1 836	1 862	1 388	1 639	1 471
Stellenvermittlung in Beschäftigung bis zu 7 Tagen	"	10 527	8 744	9 721	9 003	10 154	8 995
dav. männlich	"	9 955	8 038	8 842	8 144	8 995	8 237
weiblich	"	572	706	879	859	1 159	758
Arbeitsuchende am Monatsende ²⁾	"	8 299	7 745	7 840	7 491	7 436	6 556
dav. männlich	"	5 512	3 946	3 675	3 421	3 435	3 449
weiblich	"	2 787	3 799	4 165	4 070	4 001	3 107
Landwirtschaft und Fischerei							
1. Milcherzeugung							
Kuhmilcherzeugung	t	2 104	2 008	2 396	2 456	2 265	2 498
dar. an Molkereien geliefert	%	86,0	87,7	88,9	89,6	89,9	87,8
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,5	11,9	15,3	15,8	15,1	15,1
2. Trinkmilchabsatz an Verbraucher durch Molkereien							
Vollmilch	t	10 011	11 179	11 458	10 782	13 160	12 036
dav. lose	"	3 529	2 526	2 155	2 108	2 472	2 751
in Flaschen	"	6 482	8 653	9 303	8 674	10 688	9 285
Mager- und Buttermilch	"	382	509	365	530	1 219	1 068
3. Zufuhr an Lebendvieh zum Viehmarkt (Inlandtiere)							
Rinder	1 000 St.	7,8	9,5	10,7	8,4	8,9	7,4
Kälber	"	2,6	1,7	2,0	2,1	2,1	1,9
Schweine	"	47,0	37,4	38,1	35,4	41,6	38,9
Schafe	"	2,7	1,1	0,9	0,5	0,8	0,9
4. Schlachtungen von Inlandtieren							
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	6,4	8,5	9,8	7,6	6,6	6,0
Kälber	"	2,5	1,7	2,0	1,9	2,0	1,7
Schweine ³⁾	"	49,6	39,0	41,9	36,9	40,8	37,7
Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen ⁴⁾	t	6 229	6 034	6 656	5 578	5 675	5 274
dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 595	2 128	2 466	1 897	1 660	1 476
Kälber	"	187	139	168	165	167	131
Schweine	"	4 318	3 723	3 972	3 490	3 813	3 634

¹⁾ durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte. — ²⁾ Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — ³⁾ gewerbliche und Hausschlachtungen. — ⁴⁾ einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Inneren.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		April 1970	Mai 1970	Juni 1970	Juni 1969
		1965	1969				
Industrie, Handwerk und öffentliche Energieversorgung							
1. Industrie ¹⁾							
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)	Anzahl	1 704	1 530	1 504	1 503	1 499	1 534
• Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	219	209	213	212	212	209
• dar. Arbeiter ²⁾	"	152	138	138	138	138	138
• Geleistete Arbeiterstunden ³⁾	"	24 859	21 987	23 378	21 424	21 545	21 580
• Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	119	144	161	160	169	144
• Gehälter (Bruttosumme)	"	75	105	115	119	124	105
• Kohleverbrauch	1 000 t SKE ⁴⁾	14	10	11	10	9	9
• Gasverbrauch	1 000 Nm ³	6 418	2 076	2 379	1 692	1 424	1 588
• Heizölverbrauch	1 000 t	69	70	78	67	56	54
• Stromverbrauch	Mio kWh	112	138	152	135	139	130
• Stromerzeugung (gesamte industrielle Erzeugung)	"	18	13	13	11	10	10
• Umsatz ⁵⁾	Mio DM	1 304	1 476	1 605	1 486	1 608	1 604
• dar. Auslandsumsatz ⁶⁾	"	155	223	214	229	258	276
Index der industriellen Nettoproduktion (arbeitsjährlich)							
Industrie (einschl. Bau- und Energie-wirtschaft)	1962 = 100	109,1	122,1	128,7	141,4	134,2	129,3
Verarbeitende Industrie	"	109,0	121,0	125,6	140,4	133,1	129,5
Grundstoff- u. Produktionsgüterindustrie	"	108,9	128,4	136,7	154,2	144,4	140,4
Investitionsgüterindustrie	"	110,0	123,8	130,2	149,1	148,9	136,6
Verbrauchsgüterindustrie	"	111,3	118,7	119,6	131,9	114,3	121,3
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	"	107,3	110,0	109,9	118,6	111,6	112,5
Bauindustrie	"	103,7	107,3	130,5	153,3	150,3	129,8
Umsatz ⁵⁾ nach Industriegruppen insgesamt							
dar. Mineralölverarbeitung	Mio DM	1 304	1 476	1 605	1 486	1 608	1 604
dar. Chemische Industrie	"	215	262	269	253	265	270
Elektroindustrie	"	101	130	154	135	145	130
Maschinenbau	"	143	164	172	164	215	175
	"	83	110	122	114	126	114
2. Öffentliche Energieversorgung							
Wasserförderung	Mio cbm	11	13	12	13	15	13
Stromerzeugung (brutto)	Mio kWh	451	589	655	561	517	485
Gaserzeugung (brutto)	Mio Nm ³	59	102	131	93	74	60
Vj.-Durchschnitt ⁷⁾				3. Vj. 1969	4. Vj. 1969	1. Vj. 1970	1. Vj. 1969
		1965	1969				
3. Handwerk (Meßziffern)							
Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962 = 100	96,5	84,3	84,1	86,8	85,4	82,5
Umsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	238,8	126,9	122,8	171,3	111,5	97,2
dar. Handwerksumsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	218,5	125,0	121,2	173,3	106,8	93,6
Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
		Monatsdurchschnitt		April 1970	Mai 1970	Juni 1970	Juni 1969
		1965	1969				
1. Bauhauptgewerbe ¹⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	49 151	44 443	45 728	46 089	46 749	45 137
dar. Inhaber	"	1 365	1 294	1 266	1 283	1 256	1 276
Angestellte	"	4 684	5 167	5 414	5 434	5 548	5 238
Arbeiter ²⁾	"	43 102	37 982	39 048	39 372	39 945	38 623
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 828	5 879	7 234	6 975	7 680	6 819
dav. für Wohnungsbauten	"	2 216	1 711	1 892	1 839	2 068	2 118
gewerbli. und industr. Bauten	"	1 673	1 511	1 868	1 752	1 766	1 774
öffentliche und Verkehrsbauten	"	2 939	2 657	3 474	3 384	3 846	2 927
Löhne (Bruttosumme) ³⁾	Mio DM	46,3	48,3	62,8	69,5	76,8	56,2
Gehälter Bruttosumme ³⁾	"	5,9	8,4	8,8	9,5	10,4	8,1
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	126,2	138,0	109,7	123,4	152,7	108,3
dav. im Wohnungsbau	"	42,2	37,6	24,8	32,4	34,0	30,7
gewerbli. und industr. Bau	"	31,0	34,9	34,5	31,0	43,2	31,5
öffentlichen und Verkehrsbau	"	53,0	65,5	50,4	60,0	75,5	46,1
2. Baugenehmigungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- u. Wiederaufbau)	Anzahl	269	169	208	121	170	172
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	101	101	143	89	113	94
Umbauter Raum	1 000 cbm	440	350	380	172	315	475
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	46,0	53,3	26,9	42,8	54,7
Wohnfläche	1 000 qm	95	72	78	35	65	79
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	94	87	80	75	79	64
Umbauter Raum	1 000 cbm	359	444	624	460	510	364
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	34,5	34,0	81,3	37,7	58,5	27,8
Nutzfläche	1 000 qm	73	82	122	80	96	62
Wohnungen							
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 388	1 049	1 058	458	837	1 295

¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ²⁾ einschließlich gewerblicher Lehrlinge. — ³⁾ einschließlich Lehrlingsstunden. — ⁴⁾ eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle. — ⁵⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren, ab Januar 1968 ohne Umsatzsteuer; mit den entsprechenden Angaben im Zahlenspiegel bis einschließlich August-Heft 1969 nicht vergleichbar. — ⁶⁾ bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. — ⁷⁾ nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. — ⁸⁾ einschließlich Umschüler und Lehrlinge. — ⁹⁾ ab Januar einschließlich Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungstarifverträgen.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		April 1970	Mai 1970	Juni 1970	Juni 1969
		1965	1969				
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
3. Baubeginne							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	261	164	146	103	200	236
Umbauter Raum	1 000 cbm	386	336	241	141	377	496
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	45,4	42,7	32,5	20,8	49,4	64,2
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	82	80	111	51	85	53
Umbauter Raum	1 000 cbm	340	440	529	282	435	500
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,7	32,3	59,4	21,9	61,9	39,6
Wohnungen							
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 140	1 000	651	351	1 032	1 471
4. Baufertigstellungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	318	199	75	77	117	116
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	197	118	55	49	58	56
Umbauter Raum	1 000 cbm	458	415	140	143	295	284
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	51,1	18,9	18,4	38,5	35,0
Wohnfläche	1 000 qm	96	86	27	26	63	60
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	86	83	61	34	53	39
Umbauter Raum	1 000 cbm	338	400	161	92	173	145
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,9	38,8	7,7	4,7	15,3	8,6
Nutzfläche	1 000 qm	69	79	38	19	36	29
Wohnungen							
Wohnungen insges. *) (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 438	1 243	393	399	965	998
dar. mit öffentlichen Mitteln gefördert	"	968	600	82	138	337	278
5. Bauüberhang (am Ende des Berichtszeitraumes *)							
Im Bau befindliche Wohnungen	Anzahl	17 696	14 592	15 600	15 600	15 600	14 300
Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen	"	7 136	3 731	5 000	5 100	4 900	5 600
6. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen *)							
Bestand an Wohngebäuden	1 000	172	182	182	182	182	181
Wohnungen	"	636	688	689	689	690	679
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)	"	2 322	2 572	2 575	2 577	2 581	2 536
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr							
1. Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels							
Einzelhandel	1962 = 100	119	156	178	168	157	139
dar. Warenhäuser	"	130	210	215	219	206	184
Facheinzelhandel	"	120	133	151	148	139	123
2. Umsatz-Meßzahlen des Groß- und Außenhandels *)							
Groß- und Außenhandel	1962 = 100	.	148	171	158	165	148
dav. Unternehmen des Außenhandels	"	.	150	171	159	170	153
Unternehmen des Binnengroßhandels	"	.	145	171	155	155	138
3. Handel mit Berlin (West) *)							
Bezüge Hamburgs	1 000 DM	111 990	137 586	153 399	138 904	139 813	121 442
Lieferungen Hamburgs	"	140 188	208 354	228 860	223 394	186 131	200 849
4. * Die Ausfuhr des Landes Hamburg *) *)							
Mio DM		212	283	275	250	298	341
dav. Waren der							
Ernährungswirtschaft	"	17	23	21	23	25	18
Gewerblichen Wirtschaft	"	195	260	254	227	273	323
dav. Rohstoffe	"	2	2	4	2	3	2
Halbwaren	"	50	65	70	65	67	58
Fertigwaren	"	143	193	180	160	203	263
dav. Vorerzeugnisse	"	9	16	18	16	19	16
Enderzeugnisse	"	134	177	162	144	184	247
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchs-							
ländern							
Europa	"	152	208	203	183	190	280
dar. EWG-Länder	"	65	91	85	80	80	82
EFTA-Länder	"	67	91	91	76	83	177

1) ab Januar 1968 ohne Wohnungen, die durch Erweiterungsmaßnahmen o. ä. in der Raumzahl verändert sind. — 2) An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben. — 3) Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1961 bzw. 1968 ermittelten Gebäude und Wohnungen (Begriffserläuterungen siehe März-Heft 1963, S. 58/59). An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben. — 4) Werte ohne jeweilige Umsatzsteuer. — 5) Quelle: Statistisches Bundesamt. — 6) Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		April 1970	Mai 1970	Juni 1970	Juni 1969
		1965	1969				
Noch: Handel, Gastgewerbe u. Fremdenverkehr							
5. Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes							
* Gastgewerbe	1962 = 100	111	122			137	123
dav. Beherbergungsgewerbe	"	125	151			161	156
Gaststättengewerbe	"	108	114			134	114
6. Fremdenverkehr ¹⁾							
* Fremdenmeldungen	1 000	120	123	126	137	136	139
dar. von Auslandsgästen	"	42	41	43	49	49	48
* Fremdenübernachtungen	"	232	238	250	273	274	266
dar. von Auslandsgästen	"	90	78	83	95	97	91
Verkehr							
1. Seeschifffahrt							
Schiffsverkehr über See	Anzahl	1 638	1 621	1 508 r	1 665 p	1 648 p	1 716
Angekommene Schiffe	"	1 739	1 675	1 654 r	1 707 p	1 776 p	1 712
Abgegangene Schiffe	"						
Güterverkehr über See	1 000 t	2 942	3 409	3 865 r	3 730 r	4 016 p	3 361
dav. Empfang	"	2 229	2 533	3 010 r	2 860 r	3 186 p	2 546
dav. Massengut	"	1 634	1 933	2 367 r	2 189 r	2 513 p	1 931
dar. Mineralöle	"	968	1 248	1 467 r	1 335 r	1 443 p	1 257
Kohle	"	192	167	319 r	342 r	300 p	88
Getreide	"	180	116	154 r	134 r	168 p	179
Sack- und Stückgut	"	595	600	641 r	671 r	673 p	615
Versand	"	713	876	855 r	870 r	830 p	815
dav. Massengut	"	292	365	298 r	332 r	327 p	333
Sack- und Stückgut	"	421	511	557 r	538 r	503 p	482
2. Binnenschifffahrt							
* Gütereingang	1 000 t	340	399	462	453	480 p	501
* Güterversand	"	309	426	671	553	594 p	522
3. Luftverkehr (gewerblicher Verkehr)							
Gelandete Flugzeuge	Anzahl	2 041	2 403	2 440 r	3 096 r	3 123 p	2 736
Gestartete Flugzeuge	"	2 047	2 398	2 444 r	3 148 r	3 123 p	2 771
Angekommene Fluggäste	1 000	70,5	105,7	121,5 r	137,7 r	146,0 p	126,2
Abgereiste Fluggäste	"	71,0	105,7	119,5 r	139,6 r	141,0 p	121,4
Angekommene Fracht	t	578	965	1 338 r	1 257 r	1 121 p	793
Abgegangene Fracht	"	587	1 148	1 420 r	1 299 r	1 232 p	1 038
Angekommene Post	"	185	256	313 r	242 r	250 p	231
Abgegangene Post	"	229	323	339 r	301 r	293 p	270
4. Personenbeförderung im Stadtverkehr ²⁾ (Ausgewählte Verkehrsmittel)							
Beförderte Personen	1 000	9 505	11 211	12 360	11 437	11 079	10 690
Stadtbahn (S-Bahn)	"	13 705	15 047	16 767	15 556	15 454	14 346
Hoch- u. Untergrundbahn	"	9 436	5 501	5 826	5 447	5 085	5 109
Straßenbahn	"	9 695	12 123	13 169	12 589	12 234	11 576
Kraftomnibusse der HHA	"	1 873	2 114	2 509	2 274	2 119	1 949
Kraftomnibusse der VHH	"	301	239	293	373	410	319
Private Kraftomnibusse	"						
5. Kraftfahrzeuge							
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung ³⁾ (im Verkehr befindlich)	1 000	352,2	424,5	432,6	442,0	446,3	416,0
dar. Personenkraftwagen ⁴⁾	"	310,8	384,2	391,6	400,1	403,8	375,9
b) Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	5 071	5 488	8 660	7 298	...	6 225
dar. Personenkraftwagen ⁴⁾	"	4 632	4 943	7 978	6 638	...	5 674
Lastkraftwagen	"	362	463	573	562	...	441
6. Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden ⁵⁾	Anzahl	859	959	1 040	1 087	1 064	934
* Getötete Personen	"	28	27	25	30	23	9
* Verletzte Personen	"	1 106	1 260	1 374	1 459	1 502	1 231

¹⁾ ohne Helme, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere. — ²⁾ Ab Januar 1968 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der Linienverkehr soweit er im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde. — ³⁾ Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — ⁴⁾ einschließlich Kombinationskraftwagen. — ⁵⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		April 1970	Mai 1970	Juni 1970	Juni 1969
		1965	1969				
Geld und Kredit							
1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)							
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)							
• Kredite an Nichtbanken	Mio DM		22 034,9	24 493,8	24 469,4	24 862,6	21 812,1
• dav. Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	"		6 696,7	7 490,5	7 379,0	7 615,0	6 608,8
• an Unternehmen und Privat- personen	"		6 655,0	7 461,5	7 375,7	7 610,8	6 575,8
• Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre) ²⁾	"		2 961,2	3 546,9	3 587,7	3 657,3	2 909,5
• an Unternehmen und Privat- personen	"		2 621,7	3 180,4	3 222,9	3 297,8	2 601,9
• Langfristige Kredite ²⁾	"		12 377,0	13 456,4	13 502,7	13 590,3	12 293,8
• an Unternehmen und Privat- personen	"		10 846,6	11 914,8	11 960,9	12 049,4	10 741,2
• dar. Durchlaufende Kredite	"		636,0	673,2	674,7	658,2	630,5
• Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	"		15 342,2	15 785,6	16 176,1	16 246,3	15 755,0
• dav. Sicht- und Termingelder von Unternehmen und Privat- personen	"		8 460,7	8 544,7	8 940,3	9 011,0	8 892,3
• Spareinlagen	"		7 442,7	7 519,7	7 681,4	7 810,2	7 871,5
• bei Sparkassen	"	4 069,9	6 881,5	7 240,9	7 235,8	7 235,3	6 862,7
• Gutschriften auf Sparkonten (ohne Zinsen)	"	2 792,9	4 607,3	4 910,8	4 905,9	4 904,8	4 585,1
• Lastschriften auf Sparkonten	"	244,3	407,2	435,8	351,1	379,0	385,4
• Zinsgutschriften	"	203,9	375,0	456,6	356,7	380,4	357,0
	"	12,9	24,1	0,9	0,6	0,9	0,5
2. Konkurse und Vergleichsverfahren							
	Anzahl	17	15	24	14	31	23
3. Wechselproteste							
	Anzahl	1 044	979	906	914	1 027	1 105
Betrag	1 000 DM	1 314	1 863	2 576	2 425	9 722	2 285
4. Mahn- und Offenbarungseidverfahren							
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls	Anzahl	20 563	23 244	26 762	21 014	24 810	22 600
Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides	"	3 058	3 431	3 735	3 172	3 546	3 365
Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides	"	1 196	1 488	1 685	1 562	1 188	1 755
Abgeleitete Offenbarungseide	"	353	462	558	369	407	393
5. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg							
Aktiengesellschaften	Anzahl	162	152	151		151	154
Grundkapital	Mio DM	3 975	4 787	4 746	152	4 742	4 893
Gesellschaften m.b.H.	Anzahl	3 877	4 729	4 972	4 746	4 996	4 720
Stammkapital	Mio DM	2 962	3 865	4 110	4 988	4 161	3 809
					4 156		
Steuern							
1.* Gemeinschaftsteuern							
	1 000 DM			427 702	469 949	733 224	
• dav. Steuern vom Einkommen	"	200 385	299 705	186 857	171 093	466 875	455 908
• dav. Lohnsteuer	"	89 007	144 429	148 577	148 440	178 507	139 971
• Veranlagte Einkommensteuer	"	64 393	75 939	22 760	10 062	162 442	179 817
• Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	10 279	13 484	13 216	4 996	14 599	8 465
• Körperschaftsteuer	"	36 706	65 853	2 305	7 595	111 326	127 656
• Steuern vom Umsatz	"	271 059	240 845	240 845	298 856	266 350	272 892
• dav. Umsatzsteuer	"	82 827	124 606	99 663	140 915	134 597	135 418
• Einfuhrumsatzsteuer	"		146 454	141 182	157 941	131 752	137 474
2.* Bundessteuern							
	1 000 DM	523 065	818 450	555 026	577 009	639 551	545 787
• dar. Zölle	"	45 076	50 217	54 707	42 551	56 767	44 544
• Verbrauchsteuern	"	358 150	492 114	484 100	520 971	560 125	481 333
• dar. Mineralölsteuer	"	261 342	392 884	362 897	419 240	487 630	405 583
3.* Landessteuern							
	1 000 DM	35 517	47 161	31 725	61 725	22 744	18 555
• dar. Vermögensteuer	"	11 355	14 318	5 457	40 724	930	— 247
• Kraftfahrzeugsteuer	"	7 992	9 754	13 466	9 802	9 921	9 163
• Biersteuer	"	2 430	2 894	2 748	3 161	3 133	3 230
4.* Gemeindesteuern							
	1 000 DM	46 355	62 376	35 303	129 075	14 657	13 638
• dar. Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	"	34 764	47 423	12 106	112 785	8 885	7 508
• Grundsteuer A	"	73	84	11	150	34	26
• Grundsteuer B	"	5 134	6 769	767	14 157	4 903	5 446
5.* Einnahmen des Bundes							
	1 000 DM	601 215	923 346	805 052	890 618	1 035 567	967 942
6. Einnahmen des Landes (ohne Einnahmen aus Gemeindesteuern)							
	1 000 DM	157 752	241 969	121 884	175 755	240 285	325 200
• dar. Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	122 235	194 808	81 435	74 451	209 571	296 340
• Anteil an den Steuern vom Umsatz	"			8 724	9 621	7 970	
• Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"				29 958		
Außerdem:							
• Einnahmen aus Gemeindesteuern	"	46 355	62 376	59 290	69 160	14 657	8 313
• dar. Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer	"			23 987	22 190	47 733	
Einnahmen des Landes insgesamt	"			181 174	267 105	302 675	333 513

¹⁾ ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1967 unter 5 Mio DM lag; einschließlich aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute. Infolge Umgestaltung mit Angaben bis 1968 nicht voll vergleichbar. — ²⁾ einschließlich durchlaufender Kredite.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		November 1969	Februar 1970	Mai 1970	Mai 1969
		1965	1969				
Preisindizes für Bauwerke							
Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten)							
Wohngebäude A ¹⁾	1962 = 100	113,1	127,7	133,5	141,5	148,6	126,0
Einfamiliengebäude A ¹⁾	"	113,3	128,1	133,7	141,5	148,3	126,6
Mehrfamiliengebäude A ¹⁾	"	113,0	127,4	133,4	141,5	148,9	125,4
Gemischt genutzte Gebäude A ¹⁾	"	112,8	127,5	133,4	141,8	148,8	125,7
Bürogebäude A ¹⁾	"	112,2	126,9	135,5	147,7	148,8	123,6
Bürogebäude B ¹⁾	"	"	113,9	120,3	127,6	134,1	111,4
Gewerbliche Betriebsgebäude A ¹⁾	"	112,4	125,8	133,4	142,1	150,6	122,5
Gewerbliche Betriebsgebäude B ¹⁾	"	"	113,4	120,2	128,0	135,7	110,4
Löhne und Gehälter ²⁾				Oktober 1969	Januar 1970	April 1970	April 1969
1. Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Bruttowochenverdienste							
• männliche Arbeiter	DM	232	291	307	308	317	284
• weibliche Arbeiter	"	140	180	188	191	195	174
Bruttostundenverdienste							
• männliche Arbeiter	"	5,10	6,39	6,70	6,78	6,94	6,22
• weibliche Arbeiter	"	3,32	4,32	4,48	4,57	4,71	4,19
Bezahlte Wochenarbeitszeit							
• männliche Arbeiter	Std.	45,5	45,4	45,8	45,5	45,6	45,7
• weibliche Arbeiter	"	42,2	41,7	41,9	41,7	41,4	41,6
Geleistete Wochenarbeitszeit							
• männliche Arbeiter	"	41,4	41,0	44,6	41,7	42,8	41,1
• weibliche Arbeiter	"	37,2	36,5	41,0	37,7	38,5	37,0
2. Angestellte, Bruttomonatsverdienste							
In Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Kaufmännische Angestellte							
• männlich	DM	1 098	1 405	1 444	1 497	1 523	1 379
• weiblich	"	747	983	1 020	1 049	1 068	954
Technische Angestellte							
• männlich	"	1 182	1 494	1 544	1 587	1 620	1 456
• weiblich	"	748	988	1 036	1 063	1 072	941
In Handel, Kredit und Versicherungen							
Kaufmännische Angestellte							
• männlich	"	1 043	1 332	1 357	1 403	1 449	1 321
• weiblich	"	668	899	922	962	998	887
In Industrie und Handel *) zusammen							
Kaufmännische Angestellte							
• männlich	"	1 058	1 351	1 380	1 427	1 468	1 336
• weiblich	"	688	921	948	984	1 016	904
Technische Angestellte							
• männlich	"	1 176	1 496	1 543	1 587	1 618	1 460
• weiblich	"	838	1 147	1 214	1 240	1 263	1 067
Öffentliche Ordnung und Sicherheit				April 1970	Mai 1970	Juni 1970	Juni 1969
1. Feuerlösch- und Rettungsdienst							
Feueralarme	Anzahl	288	392	436	586	625	392
dav. falsche Alarme und Unfugmeldungen	"	67	90	102	94	101	81
bekämpfte Brände	"	221	302	334	492	524	311
dav. Großbrände	"	9	14	9	22	20	19
Mittelbrände	"	28	43	48	95	93	40
Kleinbrände	"	98	130	136	254	260	141
Entstehungsbrände	"	80	105	124	118	149	109
Schnornsteinbrände	"	6	10	17	3	2	2
Hilfeleistungen aller Art	"	"	"	671	654	827	"
Rettungswageneinsätze	"	"	"	9 922	9 836	10 147	"
dar. Straßen- und Verkehrsunfälle	"	1 156	1 364	1 464	1 650	1 770	1 384
Betriebsunfälle	"	544	416	493	499	585	451
Krankentransporte	"	"	"	3 770	3 409	3 354	"
Anzahl der beförderten Personen	"	"	"	9 857	9 624	9 949	"
Gesamtzahl der Alarmierungen	"	"	"	10 927	11 076	11 599	"
Außerdem:	"	"	"	"	"	"	"
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehr	"	"	"	57	101	166	"
2. Feststellungen der Polizei							
Straftaten	Anzahl	8 102	10 403	11 964	10 388	11 739	10 275
dar. Sittlichkeitsdelikte	"	214	265	207	224	217	276
Mord und Totschlag	"	4	6	4	8	11	7
Körperverletzung *)	"	91	124	144	114	127	120
Einfacher Diebstahl	"	3 413	4 368	4 974	4 213	4 896	4 305
Schwerer Diebstahl	"	1 822	2 255	2 761	2 705	3 256	2 388
Diebstähle zusammen	"	5 235	6 623	7 735	6 918	8 152	6 693
dar. Kraftwagen- und -gebrauchs-	"	"	"	"	"	"	"
diebstahl	"	180	256	333	285	370	303
Unterschlagung	"	203	229	191	186	174	170
Raub und Erpressung	"	41	67	76	48	78	57
Begünstigung und Hehlerei	"	85	130	143	102	113	80
Betrug und Untreue	"	722	973	1 217	821	754	940
Brandstiftung	"	33	47	45	30	41	45
Außerdem:	"	"	"	"	"	"	"
Verkehrsvergehen *)	"	778	1 234	1 556	1 607	1 213	1 146
Verkehrsordnungswidrigkeitenanzeigen *)	"	8 929	16 625	20 237	17 803	14 973	17 787
Ordnungswidrigkeitenberichte	"	423	600	371	327	404	536
Verwarnungen mit Verwarnungsgeld *)	"	31 317	29 706	30 738	26 954	25 674	28 432

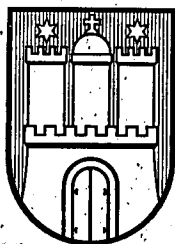
¹⁾ A = mit Umsatz-(Mehrwert-)steuer, B = ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. — ²⁾ Effektivverdienste; ab 1964 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. — ³⁾ Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe. — ⁴⁾ ohne §§ 223 und 230. — ⁵⁾ vor dem 1. 1. 1969 Verkehrsvergehenanzeigen. — ⁶⁾ vor dem 1. 1. 1969 Übertretungsanzeigen. — ⁷⁾ vor dem 1. 1. 1969 Gebührenpflichtige Verwarnungen.

AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN FÜR DAS BUNDESGBIET

Gegenstand	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		März 1970	April 1970	Mai 1970	Mai 1969
		1965	1969				
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT							
Bevölkerung am Monatsende	1 000	59 011,7	...	61 345,3
Eheschließungen	auf 1 000	8,3	10,2 p
Lebendgeborene	Einw. und	17,7	15,5 p
Gestorbene	1 Jahr	11,5	11,3 p
Arbeitslose	1 000	146	176	198	121	103	123
INDUSTRIE ¹⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	8 460	8 308	8 564 r	8 576 r	...	8 228
Geleistete Arbeiterstunden ²⁾	Mio Std.	1 055	995	1 032 r	1 083 r	...	979
Umsatz ³⁾ ohne Umsatzsteuer	Mio DM	31 218	39 537	43 117 r	45 594 r	...	37 715
dar. Auslandsumsatz	"	4 903	7 747	8 588 r	8 964 r	...	7 722
Index der industriellen Nettoproduktion (arbeitsstg.)							
Industrie (einschl. Bau- u. Energiew.)	1962=100	118,2	148,2	158,5	159,1	171,0 p	154,4
Verarbeitende Industrie	"	119,1	151,5	162,8	162,4	175,2 p	157,9
Grundst.- u. Produktionsgüterind.	"	124,8	170,0	176,4	182,4	193,0 p	175,2
Investitionsgüterindustrie	"	117,8	146,5	165,6	163,3	181,1 p	155,3
Verbrauchsgüterindustrie	"	115,6	144,2	155,4	150,5	155,4 p	149,7
Nahrungs- und Genußmittelind.	"	115,2	134,4	134,2	131,6	146,0 p	138,3
Bauindustrie	"	118,9	127,5	102,0	139,3	169,7 p	159,5
BAUWIRTSCHAFT							
Bauhauptgewerbe ⁴⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	1 642,6	1 504,7	1 533,2
Geleistete Arbeitsstunden	Mio Std.	233,3	203,3	234,4
Umsatz ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer	Mio DM	3 698,0	3 968,6	2 922,9
Baugenehmigungen für Wohnungen	Anzahl	51 898	46 653	45 880	54 736	48 929	48 805
Baufertigstellungen für Wohnungen	"	49 326	41 660	15 746	17 077	17 150	22 293
HANDEL							
Index der Einzelhandelsumsätze	1962=100	124	152	161	166	162	152
Index der Groß- und Außenhandelsumsätze	"		148	158	171	158	148
VERKEHR							
Seeschifffahrt							
Güterumschlag ⁵⁾	1 000 t	8 835	10 581	10 908
dav. Empfang	"	6 950	8 252	8 532
Versand	"	1 885	2 329	2 376
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	144 927	171 971	237 155	265 465	213 470	201 258
Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden	"	26 364	28 178 p	26 542 p	29 006 p	33 806 p	30 876
Getötete Personen	"	1 313	1 382 p	1 202 p	1 331 p	1 592 p	1 381
Verletzte Personen	"	36 124	39 268 p	38 033 p	40 203 p	48 658 p	43 409
STEUERN							
Lohnsteuer	Mio DM	1 395	2 255	1 988,7	2 375	2 374,8	1 670,2
Veranlagte Einkommensteuer	"	1 233	1 416	3 369,1	131	130,8	299,1
Körperschaftsteuer	"	681	908	1 999,0	106	106,1	185,8
Steuern vom Umsatz	"	2 018	3 063	2 634,3	3 088	3 087,8	2 748,2
PREISE							
Index der Erzeugerpreise Industrieller Produkte ⁶⁾	1962=100	104,0	101,5	106,6	106,8	106,8	100,6
Index der Einfuhrpreise	"	106,3	108,0	109,0	108,7	107,8	108,7
Index der Ausführpreise	"	104,8	111,3	115,6	116,0	116,1	110,3
Preisindex für Wohngebäude	"	112,6	124,5			142,8	123,0
Preisindex für die Lebenshaltung ⁷⁾	"	109,0	119,3	123,0	123,3	123,5	119,3
Nahrungs- und Genußmittel	"	109,0	114,2	117,4	117,8	118,0	114,9
Wohnungsmieten	"	118,5	161,9	166,6	167,2	167,5	161,6
				Juli 1969	Oktober 1969	Januar 1970	Januar 1969
LÖHNE IN DER INDUSTRIE							
Bruttostundenverdienste der Männer	DM	4,54	5,71	5,65	5,97	6,15	5,41
Bezahlte Wochenarbeitszeit der Männer	Std.	45,1	44,8	45,1	45,2	44,4	43,9

¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ²⁾ einschließlich Lehrlingsstunden. — ³⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. — ⁴⁾ hochgerechnete Totalergebnisse. — ⁵⁾ Verkehr zwischen deutschen Seehäfen ist doppelt gezählt. — ⁶⁾ ab 1968 ohne Mehrwertsteuer. — ⁷⁾ 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen. — Quelle: Statistisches Bundesamt.

HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1970

September-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Kurzinformationen

Weiterer Geburtenrückgang 1970

Der seit 1969 auffällig einsetzende Rückgang der Geburtenzahlen ist nicht zum Stillstand gekommen. Die statistischen Ergebnisse zeigen für Hamburg auch im ersten Halbjahr 1970 eine weiter rückläufige Tendenz. Verglichen mit den ersten Halbjahren früherer Kalenderjahre (1. Hj. 1969 = 11 228) ist mit rd. 9 600 Lebendgeborenen von Januar bis Juni 1970 ein Tiefstand erreicht worden, der möglicherweise in den folgenden Monaten bis Dezember noch weiter unterschritten wird; denn erfahrungsgemäß liegt die Zahl der Geborenen im Frühjahr höher als im Herbst. Folgende Zahlen (Lebendgeborene auf 10 000 Personen der Bevölkerung jeweils im ersten Halbjahr) zeigen die Entwicklung auf: 1967: 73; 1968: 72; 1969: 62; 1970: 53.

Stefan und Claudia beliebteste Namen

Rund 5 von 100 Jungen und 4 von 100 Mädchen erhalten z. Z. in Hamburg die Namen Steph(f)an bzw. Claudia. Dieses Ergebnis erbrachte eine Auszählung der im 1. Quartal 1968 geborenen 6 590 Hamburger Kinder nach den Vornamen. Die traditionellen Namen der früheren Generation werden gar nicht oder nur vereinzelt gewählt; so wird es in der künftigen Generation kaum einen Otto, Friedrich, Walter, Günter, Wilhelm oder Georg und kaum eine Anna, Gerda, Ilse, Inge oder Ruth geben. Dagegen stehen neue Modenamen im Vordergrund: bei den Jungen führen neben Steph(f)an (175) die Namen Thomas (164), Michael (155), Frank (145), Andreas (138) und Oliver (100) die Rangliste an. Diese Namen erhielten mehr als ein Viertel der ausgezählten 3 388 Jungen. Bei den Mädchennamen führen in der Gunst der Eltern die Namen Claudia (130) und Anja (130), Steph(f)anie (122), Andrea (106), Susanne (92) und Sabine (90). Knapp ein Viertel aller 3 202 geborenen Mädchen wurden allein nach diesen 6 Namen genannt. Daß auch prominente Persönlichkeiten nicht ohne Einfluß auf die Namenswahl sind, kann u. U. aus dem Auftreten der Namen Alexandra (21), Jacqueline (3), Ronny und Wenke (je 2), Svetlana (1), Lara (2) und Uwe (immerhin 17) geschlossen werden.

Fast die Hälfte aller Wohngebäude in Hamburg sind Einfamilienhäuser, aber gut drei Viertel aller Wohnungen befinden sich in Mehrfamilienhäusern

Fast 50 % aller bei der letzten Gebäude- und Wohnungszählung ermittelten rd. 180 000 Wohngebäude sind Einfamilienhäuser (Wohngebäude mit einer Wohnung); am gesamten Wohnungsbestand hatten diese allerdings nur einen Anteil von 13 %. Die weitaus überwiegende Mehrzahl der

etwa 660 000 Wohnungen in Wohngebäuden — nämlich fast 517 000 Wohnungen oder 78 % — befinden sich in Mehrfamilienhäusern (Wohngebäude mit drei und mehr Wohnungen), in denen aber nur 74 % aller gezählten Personen untergebracht waren.

Rund 2,6 Personen leben in Hamburg durchschnittlich in jeder Wohnung

Bei der letzten Wohnungszählung wurde ermittelt, daß in Hamburg im Durchschnitt rd. 2,6 Personen in jeder Wohnung leben.

Jeder Person standen dabei durchschnittlich 1,5 Räume und 24,3 qm Wohnfläche zur Verfügung, wobei die Küchen als Räume mitgezählt sind. Gegliedert nach der Gebäudeart wurden je Wohnung gezählt in:

„Wohngebäuden mit drei und mehr Wohnungen“: 2,4 Personen

„Wohngebäuden mit einer oder zwei Wohnungen“: 3,0 Personen und

„Landwirtschaftlichen Wohngebäuden“: 4,0 Personen.

Spareinlagenbestand leicht rückläufig

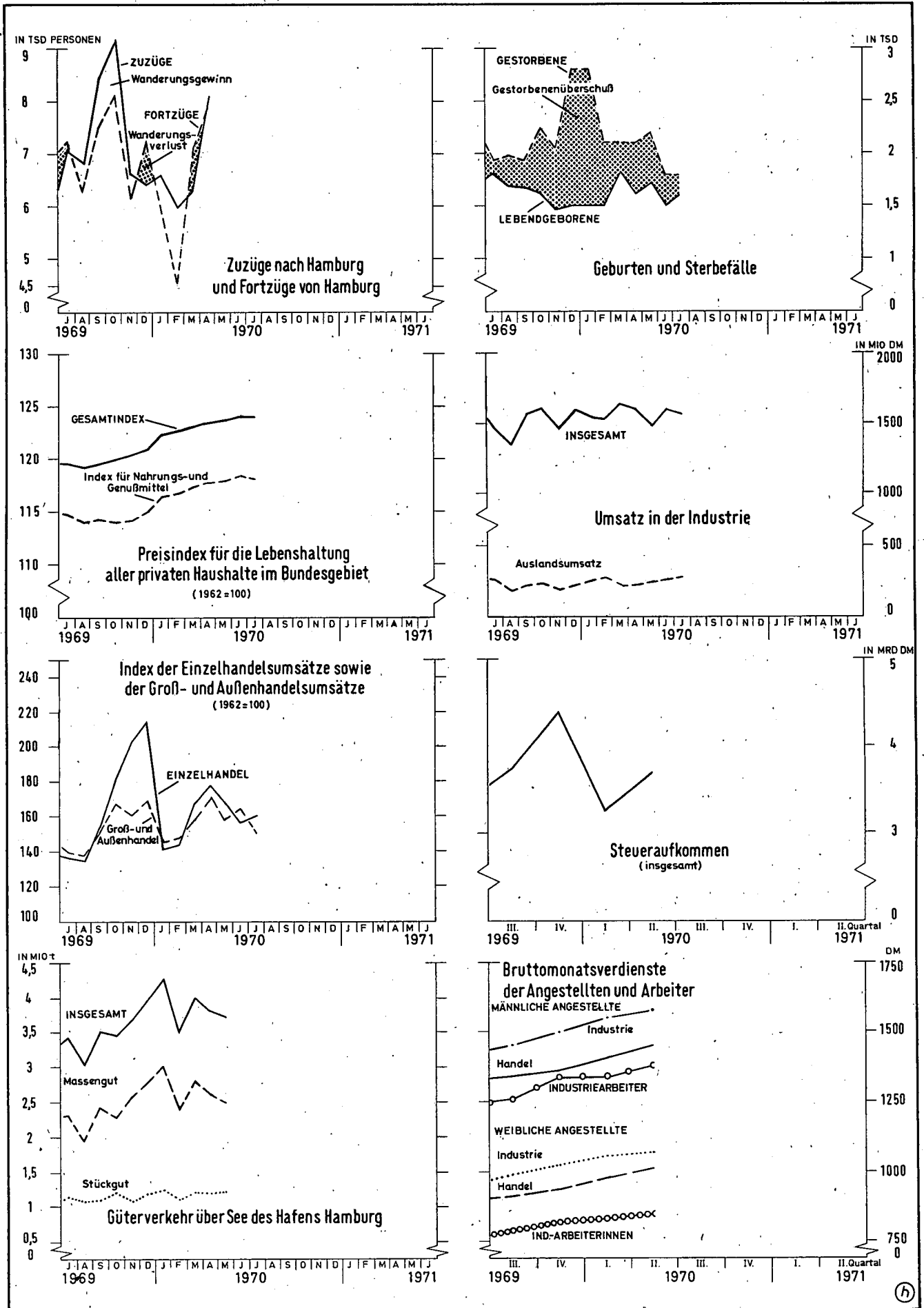
Seit Anfang März 1970 hat sich der Spareinlagenbestand der hamburgischen Kreditinstitute von 7 285,0 Mio DM auf 7 215,2 Mio DM leicht verringert, während er im gleichen Zeitraum des Vorjahres noch einen Anstieg um 183,7 Mio DM (= + 2,7 %) verzeichnen konnte.

Daß ein Teil der Ersparnisse offensichtlich einen anderen Weg als über das traditionelle Sparbuch genommen hat, zeigt das Ansteigen der Sicht- und Termineinlagen. Auch der vermehrte Absatz von festverzinslichen Werten und Investmentzertifikaten läßt auf eine Hinwendung zu anderen Sparformen schließen.

117,3 Mio DM Ausgaben für Sozialhilfe im Jahre 1969

Im Jahre 1969 betrugen die Bruttoausgaben für Sozialhilfe in Hamburg 117,3 Mio DM und nahmen damit gegenüber dem Vorjahr um rd. 9 % zu. Gut ein Viertel (32,5 Mio DM) entfiel auf Hilfe zum Lebensunterhalt und knapp drei Viertel (84,8 Mio DM) auf Hilfe in besonderen Lebenslagen. Von den Gesamtausgaben entfielen 45 % auf Hilfe außerhalb von Anstalten und 55 % auf Hilfe in Anstalten. Die wesentlichsten Posten bei der „Hilfe in besonderen Lebenslagen“ waren: Hilfe zur Pflege 35,4 Mio DM, Krankenhilfe (einschl. Geschlechtskranktenfürsorge) 19,3 Mio DM, Eingliederungshilfe für Behinderte 14,4 Mio DM, Blindenhilfe 6,9 Mio DM, Tuberkulosehilfe 3,8 Mio DM und Hilfe für Gefährdete 2,7 Mio DM.

Ausgewählte Diagramme zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung



Wanderungsmotive und innerstädtische Mobilitätsvorgänge

— Ergebnisse einer Modellstudie —

Vorbemerkung

Das Wanderungsgeschehen ist einer der Bevölkerungsvorgänge, die die Stadtentwicklung mit am nachhaltigsten beeinflussen.

So sind z. B. im Zeitraum der letzten 10 Jahre insgesamt 749 500 Menschen nach Hamburg zugezogen, 754 000 zogen von Hamburg fort und nicht weniger als 1 786 300 haben innerhalb Hamburgs ihre Wohnung gewechselt. In dieser Zeit haben einige Stadtteile ihre Einwohnerzahlen entscheidend verändert: Die Stadtteile mit den stärksten Bevölkerungszunahmen waren Rahlstedt (+ 34 600), Lohbrügge (+ 20 300), Bramfeld (+ 14 500), Niendorf (+ 13 900) und Osdorf (+ 12 100), die Stadtteile mit dem stärksten Rückgang der Bevölkerung waren Winterhude (– 16 300), Eimsbüttel (– 16 000), Barmbek-Nord (– 12 600), Ottensen (– 10 200) und St. Pauli (– 9 600).

Es ist verständlich, daß sich die verschiedensten Stellen dafür interessieren, welche Gründe für diese starken regionalen Veränderungen, die im wesentlichen durch die Mobilität der Bevölkerung hervorgerufen werden, verantwortlich sind; denn nur wenn man diese kennt, ist man in der Lage, sich ein einigermaßen zuverlässiges Bild darüber zu machen, wie sich die Entwicklung künftig fortsetzen wird und welche Möglichkeiten ggf. vorhanden sind, auf dieses Geschehen lenkend und planend Einfluß zu nehmen. Diese letzte Frage gehört zu den Kernproblemen der Stadtentwicklungsforschung und der praktischen Stadtentwicklungsplanung, denn die starke Fluktuation der Bevölkerung beeinflußt in ihren Auswirkungen auf Bevölkerungs- und Sozialstruktur das regionale Bild und die Entwicklung der Stadt in besonderem Maße.

Die bisherigen Ergebnisse der Wanderungsstatistik lassen zwar Analysen der regionalen Verflechtung und — in Grenzen — der demographischen Struktur der Wanderungsströme zu, über die den Wanderungen zugrundeliegenden Motive gibt sie jedoch keine Auskunft.

Einige Städte haben deshalb bereits verschiedenartig konzipierte Sonderbefragungen durchgeführt, um einen Einblick in die Wanderungsmotive zu gewinnen; die bekannteste und wohl umfassendste Untersuchung dieser Art wurde im Auftrage des Ruhrsiedlungsverbandes durchgeführt.

Fast alle diese Befragungen haben sich aber ausschließlich auf die Zu- und Fortzüge über die Stadtgrenze konzentriert, während die Umzüge innerhalb des Stadtgebietes bisher so gut wie kaum durchleuchtet wurden. Es liegt aber auf der Hand, daß die Umzüge innerhalb der Stadt vielfach von anderen Motiven beeinflußt werden als die Zu- und Fortzüge über die Stadtgrenze oder daß die gleichen Motive ein anderes Gewicht haben.

Um einen ersten Einblick in die Motivationen bei den innerstädtischen Umzügen zu erhalten und um zugleich die Voraussetzungen für eine entsprechende

Untersuchung größeren Stils zu prüfen, wurde in der Zeit von Juni bis August 1967 mit der freundlichen Unterstützung des Bezirksamtes Altona im Kerngebiet Altona (Ortsteile 201 bis 215) eine Befragung der dort aus anderen Gebietseinheiten Hamburgs zuziehenden Personen durchgeführt; die Befragungsaktion wurde also mit dem Anmeldevorgang gekoppelt. Erfaßt wurden neben dem Umzugsmotiv das Geschlecht, das Alter, die Staatsangehörigkeit und die Art der Unterbringung vor und nach dem Umzug. Dabei wurden nicht alle umziehenden Personen in die Befragung einbezogen; beim Umzug eines Mehrpersonenhaushaltes wurde lediglich der Haushaltsvorstand erfaßt, da davon ausgegangen werden konnte, daß gemeinsam umziehende Angehörige ein und desselben Haushalts aus dem gleichen Motiv umziehen. Die Art der Motivation ist allerdings mit geprägt vom Angebot des regionalen Wohnungsmarktes; hier ist also die Struktur des Bezirkes Altona zu berücksichtigen. Dabei wäre z. B. darauf hinzuweisen, daß in den Auswahlgebieten nach dem Stand der Wohnungszählung 1968 rd. 67 % der Wohnungen in Alt- und 33 % in Neubauten lagen. Für den gesamtstädtischen Durchschnitt betrugen diese Werte 42 % bzw. 58 %.

Das vorliegende Material dient, wie bereits erwähnt, für eine Modelluntersuchung. Die Ergebnisse können nicht auf andere Gebietseinheiten übertragen oder für das gesamte Hamburger Gebiet hochgerechnet werden. Alle Werte, die auf weniger als 25 Fällen beruhen, wurden in den Tabellen in Klammern gesetzt, da sie nur bedingt aussagefähig sind.

20- bis 30jährige sind mobilste Altersgruppe

Die Zahl der insgesamt erfaßten Personen nach dem Geschlecht, der Staatsangehörigkeit und nach Altersgruppen geht aus der Tabelle 1 hervor.

Von den im Erhebungszeitraum und -gebiet aus anderen Hamburger Gebieten zugezogenen Personen (insgesamt 3 024, davon 2 722 Deutsche und 302 Ausländer) wurden als umziehende Einzelpersonen bzw. Haushaltsvorstände 1 862 Personen in die Befragung nach dem Umzugsmotiv einbezogen, davon waren 1 630 Deutsche und 232 Ausländer.

Der Anteil der Haushaltsvorstände ausländischer Staatsangehörigkeit betrug 12 %; gegenüber einem Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung Hamburgs von damals rd. 4 % sind die Ausländer in dieser Stichprobe weit stärker repräsentiert. Abgesehen vom Stichprobenfehler, bedingt durch den kleinen Umfang, und der zeitlichen und regionalen Abgrenzung dürfte hierfür eine höhere Mobilität der Ausländer (Gastarbeiter!) auch im innerstädtischen Bereich verantwortlich sein. Außerdem ist, wie später noch gezeigt wird, der Anteil der umziehenden Einzelpersonen bei den Ausländern mit 83 % erheblich höher als bei den Deutschen (62 %); die Ausländer wurden folglich wesentlich häufiger als Haushaltsvorstand in die Motivbefragung einbezogen.

Tabelle 1

Die Altersstruktur der umgezogenen Haushaltsvorstände bzw. Einzelpersonen

Altersgruppen von ... bis unter Jahren	Haushaltsvorstände deutscher Staatsangehörigkeit									Haushaltsvorstände ausländischer Staatsangehörigkeit	
	insgesamt			männlich			weiblich			insgesamt	
	absolut	%	auf 10 000 ¹⁾	absolut	%	auf 10 000 ¹⁾	absolut	%	auf 10 000 ¹⁾	absolut	%
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
15-20	49	3,0	5	(15)	(1,5)	(3)	34	5,6	7	(5)	(2,2)
20-25	355	21,8	29	188	18,5	31	167	27,3	28	31	13,4
25-30	327	20,1	20	240	23,6	28	87	14,2	11	68	29,3
30-35	193	11,8	14	152	14,9	22	41	6,7	6	49	21,1
35-45	185	11,3	8	127	12,5	12	58	9,4	5	62	26,7
45-55	135	8,3	6	96	9,5	11	39	6,4	3	(10)	(4,3)
55-65	161	9,9	6	87	8,5	8	74	12,0	5	(5)	(2,2)
65 u. älter	193	11,8	7	96	9,4	9	97	15,8	5	(1)	(0,4)
Ohne Angabe des Alters	32	2,0		(16)	(1,6)		(16)	(2,6)		(1)	(0,4)
Insgesamt	1 630	100	9	1 017	100	12	613	100	6	232	100

¹⁾ der jeweiligen Altersgruppe der Wohnbevölkerung (Stand 1. 1. 1967).

Bei den deutschen Staatsangehörigen wurden zu 62 % männliche und zu 38 % weibliche Haushaltsvorstände erfaßt. Daß die Geschlechterproportion in der Gesamtbevölkerung (46 % Männer, 54 % Frauen) von dieser Verteilung abweicht, dürfte darauf beruhen; daß in Mehrpersonenhaushalten in der Regel der Mann der Haushaltsvorstand ist. (So ergab die Untersuchung, daß über 50 % der männlichen, aber nur 15 % der weiblichen Haushaltsvorstände mit mehreren Personen umziehen.)

Andererseits wurde aber auch schon früher festgestellt¹⁾, daß die Mobilität der Männer höher ist als die der Frauen: auf 1 000 der jeweiligen Bevölkerung wurden für das Jahr 1966 bei den innerstädtischen Umzügen 99 umziehende Männer und nur 84 umziehende Frauen ermittelt. Die Angaben aus der Motivbefragung — wegen der regionalen und zeitlichen Begrenzung in den Werten nicht mit den früheren Ergebnissen vergleichbar — lauten 12 Umziehende auf 10 000 Männer und 6 Umziehende auf 10 000 Frauen. Die höhere Mobilität der Männer dürfte, bei aller Einschränkung, auch hier wieder zum Ausdruck kommen.

Bei der Altersgliederung der umziehenden Personen zeigt sich die bekannte Konzentration der Mobilität auf die Personen zwischen 20 und 30 Jahren: Auf sie entfallen bei den deutschen Staatsangehörigen 42 %; rechnet man noch die 30- bis 35jährigen hinzu, so kommt man auf fast 54 % und damit schon auf über die Hälfte der Umgezogenen. Die niedrigsten Anteile entfallen auf die 50- bis 55jährigen, während die Mobilität bei den älteren Menschen (auf 65jährige und ältere Personen entfallen 12 %) wieder anzusteigen scheint. Hier handelt es sich offensichtlich um Teile von Restfamilien, z. B. verwitwete Personen, die den eigenen Hausstand auflösen, um sich in ein Altersheim zu begeben oder zu den Kindern zu ziehen. Diese Beobachtung wird bei der Analyse der Umzugsmotive noch eindeutiger untermauert werden.

Da die Anteilssätze wesentlich vom Altersaufbau der Bevölkerung bestimmt werden, ist, um echtere Mobi-

litätsaussagen für die einzelnen Altersgruppen machen zu können, die Zahl der umziehenden Personen auf 10 000 der Hamburger-Gesamtbevölkerung in der jeweiligen Altersgruppe berechnet worden. Diese Zahlen sind ebenfalls aus der Tabelle 1 (Sp. 3, 6 und 9) ersichtlich. Es zeigt sich deutlich, wie sehr sich die Mobilität auf die erwähnten Altersklassen konzentriert: Bei den Männern wie bei den Frauen dominiert die Altersgruppe von 20 bis 30 Jahren. Es handelt sich hier um die Altersklassen, die überwiegend wegen Eheschließung und Gründung eines eigenen Haushalts umziehen. Infolge des jüngeren Heiratsalters der Frauen ist auch der Schwerpunkt der Umziehenden gegenüber den folgenden Altersgruppen noch stärker als bei den Männern in die jüngere Altersgruppe der 20- bis 25jährigen verlagert. Bei den alten Menschen liegt — zumindest in dieser Stichprobe — die echte Mobilität nicht, wie bei den Anteilssätzen, über der der anderen Jahrgangsklassen. Hier spielt der Altersaufbau eine erhebliche Rolle. Allerdings ist zu erkennen, daß die Mobilität der Männer über 65 Jahren doch wesentlich größer zu sein scheint als die der Frauen, was u. U. darauf schließen läßt, daß alleinstehende Männer eher ihren Haushalt aufgeben und in Heime oder zu Verwandten ziehen als alte Frauen.

Eheschließung und Haushaltsgründung häufigstes Umzugsmotiv

Die Umzugsmotive sind in dem Fragebogen, wie aus dem Muster ersichtlich, vorgegeben worden. Bei der Auszählung hat sich gezeigt, daß eine Reihe von Motiven so selten vorkommt, daß sie zumindest bei einer Stichprobe des vorliegenden Umfanges keine sicheren Auskünfte zu geben vermag.

So wurden die Motive
— unzureichend ausgestattet und
nicht mehr den Ansprüchen genügend
zusammengefaßt zur Aussage „qualitativ unzureichend“

verkehrsungünstig zur Arbeitsstätte
verkehrsungünstig zur Ausbildungsstätte der Kinder

¹⁾ „Die innerstädtischen Umzüge“. — In Hamburg in Zahlen, Jg. 1967, August-Heft.

Fragebogen

Befragung über die Motive der Umzüge innerhalb Hamburgs (Zutreffendes bitte ankreuzen)

1. Wer zieht um? (Sofern mehrere Personen umziehen, sind die Angaben zur Person nur für den Haushaltsvorstand zu machen)

Geschlecht: Geburtsjahr:
männlich ☐ weiblich ☐
Staatsangehörigkeit:
Deutsche(r) ☐ Ausländer ☐
Zahl der umziehenden Personen:

2. Warum ziehen Sie um?

- ☐ Eheschließung
- ☐ Begründung eines eigenen Haushalts
- ☐ Aufgabe eines eigenen Haushalts
- ☐ Wechsel der Arbeitsstätte oder Verlegung des Betriebes
- ☐ Kündigung durch den Vermieter, Abbruch der Wohnung o. ä.

Bisherige Wohnung

- ☐ zu groß
- ☐ im Verhältnis zum Einkommen zu teuer
- ☐ infolge Mieterhöhung zu teuer
- ☐ unzureichend ausgestattet (Dachwohnung, Keller, Laube usw.)
- ☐ zu klein
- ☐ nicht mehr den Ansprüchen genügend
- ☐ verkehrsunünstig zur Arbeitsstätte
- ☐ verkehrsunünstig zur Ausbildungsstätte der Kinder

Mit bisheriger Wohnlage unzufrieden, weil

- ☐ Verkehrserschließung unzureichend (zu Einkaufszentren, Kultureinrichtungen u. ä.)
- ☐ Bauliche Umgebung unbefriedigend (zu alt, zu dicht bebaut, zu wenig Grün, keine Spielplätze)
- ☐ Wohnung beeinträchtigt durch Lärm, Geruch u. ä. (z. B. durch Arbeitsstätten, Verkehrslärm usw.)

Sonstiger Grund, und zwar

3. Wie waren bzw. sind Sie untergebracht?

bisher jetzt

- ☐ ☐ als Eigentümer eines Hauses oder einer Wohnung
- ☐ ☐ als Hauptmieter
- ☐ ☐ als Untermieter
- ☐ ☐ als Haushaltsangehöriger in der Familie oder bei Verwandten
- ☐ ☐ als Bewohner eines Lagers, eines Wohnheims, einer Firmenunterkunft oder einer sonstigen Gemeinschaftsunterkunft

Bisherige Anschrift:
(Straße und Haus-Nr.)

Neue Anschrift:
(Straße und Haus-Nr.)

Verkehrerschließung unzureichend
bauliche Umgebung unbefriedigend
Wohnung beeinträchtigt durch Lärm und Geruch

zusammengefaßt zur Motivgruppe „ungünstig gelegen“,

im Verhältnis zum Einkommen zu teuer
infolge Mieterhöhung zu teuer

zusammengefaßt in die Angabe „bisherige Wohnung zu teuer“,

sonstiger Grund
ohne Angabe von Gründen
Angabe mehrerer Gründe

zusammengefaßt zu „sonstiger Grund“.

Es ist zwar bedauerlich, daß hierbei die Verkehrsun-
gunst und die Einflüsse der ungünstigen Umgebung
nicht getrennt nachgewiesen werden können, doch
ist bei einer solchen relativ kleinen Stichprobe die
Anzahl der Antworten einfach nicht ausreichend ge-
wesen, um eine zuverlässige Aussage machen zu
können.

Betrachtet man nunmehr die Verteilung der Umzüge
auf die einzelnen Umzugsmotive, so gelangt man zu
folgender Übersicht (Tabelle 2):

Von 100 umgezogenen Haushaltsvorständen gaben
als Motiv an

1. Motive im Zusammenhang mit der Haushaltsge- staltung

Eheschließung	16,1
Begründung eines eigenen Haushalts	11,4
Aufgabe eines eigenen Haushalts	5,1
Zusammen	32,6

2. Einflüsse, unabhängig von der Eigenmotivation des Umziehenden

Kündigung durch den Vermieter, Abbruch der Wohnung o. ä.	16,9
Wechsel der Arbeitsstätte bzw. Verlegung des Betriebes	8,2
Zusammen	25,1

3. Umzugsmotive in Abhängigkeit von Größe, Lage oder Preis der bisherigen Wohnung

Wohnung zu klein	11,6
qualitativ unzureichend	5,1
ungünstig gelegen	2,9
Zusammen	19,6
Wohnung zu groß	3,7
Wohnung zu teuer	2,6
Zusammen	6,3

Zwischen den Motiven lassen sich selbstverständlich
verschiedene Kombinationen anstellen. Trotzdem
aber kommen schon bei dieser Betrachtung gewisse
Relationen zum Ausdruck:

An erster Stelle stehen eindeutig die Motive, die
mit der Haushaltsformierung zusammen-
hängen, und zwar mit 28 %. Rechnet man noch die
Aufgabe des eigenen Haushalts hierzu, die ja auch in
erster Linie auf Vorgänge im Familienzyklus zurück-
zuführen ist, so kommt man auf fast ein Drittel sämt-
licher Umzüge.

tiv hat, dürfte wiederum der Familienzyklus die entscheidende Rolle spielen; denn nicht weniger als 43 % aller Umziehenden dieser Motivgruppe befanden sich im Alter von 25 bis 35 Jahren (Tabelle 3). Rechnet man die Spanne der 20- bis 40jährigen zusammen, so kommt man auf mehr als zwei Drittel (67 %) aller Umziehenden, die eine größere Wohnung suchen. In diesem Altersbereich befindet sich ja gerade die wachsende Familie, die durch das Hinzukommen des 2., 3. oder 4. Kindes, durch das Heranwachsen der Kinder ins schulpflichtige Alter, eine Trennung der Schlafräume von Knaben und Mädchen, Schaffung von Arbeitsräumen, und die damit die Gewinnung zusätzlichen Wohnraums einfach zu einem zwingenden Erfordernis macht.

Bezüglich der qualitativen Ausstattung der Wohnung und der Altersgruppe der Umziehenden liegt die Gruppe der 25- bis 35jährigen an der Spitze (33 %); immerhin beträgt auch der Anteil der 55- bis 65jährigen 18 %, der über 65jährigen Haushaltsvorstände 19 %, was u. U. vermuten läßt, daß infolge des Auszuges der Kinder und der Erreichung des Höchstverdienstes, aber auch der mit zunehmendem Alter ansteigenden Orientierung des Lebens auf die eigene Häuslichkeit, größere Teile des Einkommens zur Beschaffung verbesserter Wohnverhältnisse ausgegeben werden.

Die zu teure Wohnung als Motiv für die Suche nach einer neuen Wohnung spielt in den Ergebnissen der vorliegenden Untersuchung keine Rolle — hier mag sich auswirken, daß die Erhebung einige Zeit zurückliegt, damals waren Mieterhöhungen noch nicht so aktuell wie heute.

Das Motiv der zu großen Wohnung konzentriert sich mit fast zwei Drittel auf die Altersgruppe der über 60jährigen Haushaltsvorstände, was wiederum mit dem Lebenszyklus zu erklären ist, wie wir es schon bei dem Motiv der Aufgabe des eigenen Haushaltes beobachtet hatten.

Bei der an dritter Stelle stehenden Motivgruppe, nämlich Umzüge aus Anlässen, die nicht vom Umziehenden selbst zu vertreten sind, ist der Anteil der Umzüge mit 16,9 % auffallend hoch. Es handelt sich hier um eine Reihe von Gründen, wie die Kündigung durch den Vermieter, aber auch Räumungen im Zuge von Sanierungsmaßnahmen, durch Abbruch des Gebäudes usw.

Hierbei fällt wiederum auf, daß ein großer Teil der Umzüge aus diesem Anlaß auf die älteren Menschen entfällt. Von den 65jährigen und älteren Haushaltsvorständen verließen 22 % (gegenüber einem Durchschnittswert von 17 %) ihre alte Wohnung wegen Kündigung oder Abbruch, auch bei den 55- bis 60- und 60- bis 65jährigen waren es überdurchschnittliche Anteile von 23 % bzw. 19 %. In welchem Umfang hierunter Haushalte anzutreffen sind, die infolge Pensionierung oder durch Tod eines Ehepartners die Miete nicht mehr aufbringen können und daher die Wohnung räumen müssen und zum Teil in die Motivgruppe „Wohnung zu teuer“ eingegliedert werden müßten, läßt sich im Rahmen dieser Erhebung leider nicht feststellen.

Es könnte aber auch sein, daß die älteren Menschen häufiger in sanierungsbedürftigen Wohnungen untergebracht waren und wegen Abbruch räumen mußten.

Bei einer eventuellen Wiederholung solcher Erhebungen sollte dem Motiv der unfreiwilligen Aufgabe der Wohnung, vor allem der Kündigung durch den Vermieter, besondere Beachtung geschenkt werden, denn hiervon könnten gerade ältere, einkommensschwächere Bevölkerungskreise in erhöhtem Maße betroffen werden, insbesondere bei einer endgültigen Freigabe der Mietpreise.

Als vierte Motivgruppe ist noch der Wechsel der Arbeitsstätte bzw. die Verlegung des Betriebes zu erwähnen. Es ist anzunehmen, daß in erster Linie der Wechsel der Arbeitsstätte in dieser Motivgruppe bestimmend ist, denn es fällt auf, daß gerade die Altersgruppe der 20- bis 30jährigen, also die Gruppe, die sich nach Abschluß der Ausbildung eine neue Stellung sucht und sicherlich die höchste Arbeitsplatzmobilität aufweist, bei diesem Motiv weitaus am häufigsten anzutreffen ist (46 %). Eine weitere Spitze bilden die 35- bis 40jährigen (11 %), also die Jahrgänge, die sich in der Zeit ihrer Leistungsspitze verbessern wollen und eine endgültige Stellung suchen. Bei den älteren Menschen, insbesondere ab 60 Jahren, und bei den nicht mehr Erwerbstätigen spielt dieses Motiv aus verständlichen Gründen kaum eine Rolle mehr.

Untermieter ziehen am häufigsten um

Die Annahme liegt nahe, daß generell die Tendenz besteht, auf die Dauer in den Besitz einer eigenen Wohnung zu gelangen oder sogar ein Wohnungs- oder Hauseigentum zu erwerben. Dieses Streben nach einem Dauerwohnrecht löst zweifellos eine gewisse Mobilität aus und ist daher bei der Untersuchung der Wanderungsmotive zu beachten. Dabei ist die Mobilität der Haus- oder Wohnungseigentümer erwartungsgemäß am geringsten; die Hauptmieter dürften hinsichtlich ihrer Mobilität an zweiter Stelle stehen. Dieser verhältnismäßig beharrlichen Gruppe steht eine mobile Gruppe gegenüber, die sich vor allem aus Untermietern und den Bewohnern von Lagern, Wohnheimen und sonstigen Gemeinschaftsunterkünften (Gastarbeiter, Studenten) zusammensetzt und zu denen auch noch Haushaltsangehörige zu rechnen sind, die aus verschiedenen Gründen entweder eine getrennte Unterbringung suchen oder aber in den Haushalt zurückzukehren beabsichtigen. Über die Gliederung der umziehenden deutschen Staatsangehörigen ergibt sich folgendes Verteilungsbild nach den wohnrechtlichen Verhältnissen:

Wohnrechtliches Verhältnis	Zahl der umziehenden Haushaltsvorstände/-angehörigen	
	absolut	%
Haus- oder Wohnungseigentümer ..	18	1,1
Hauptmieter	494	30,3
Untermieter	639	39,2
Haushaltsangehöriger	269	16,5
Bewohner einer Gemeinschaftsunterkunft	156	9,6
Ohne Angabe	54	3,3
Insgesamt	1 630	100

Schon diese Gegenüberstellung bestätigt die extrem niedrige Mobilität der Haus- und Wohnungseigentümer, sowie die relativ hohe Mobilität der Untermieter.

Für eine genauere Aussage müßten allerdings, ebenso wie bei den Altersgruppen, Mobilitätskennziffern berechnet werden, die die unterschiedliche Verteilung der wohnrechtlichen Verhältnisse in der Ge-

Tabelle 4

Die Umgezogenen nach der Art der Unterbringung vor und nach dem Umzug

Bisherige Unterbringung	Haushalts- vorstände insgesamt		Jetzige Unterbringung										ohne An- gaben
			Haus- oder Wohnungs- eigentümer		Hauptmieter		Untermieter		Haushalts- angehöriger		Gemeinschafts- unterkunft		
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
Haus- oder Wohnungseigentümer	(18)	100	(6)	(33,3)	(6)	(33,3)	(3)	(16,7)	(1)	(5,6)	(2)	(11,1)	—
Hauptmieter	494	100	(3)	(0,6)	360	72,9	47	9,5	32	6,5	52	10,5	—
Untermieter	639	100	(5)	(0,8)	218	34,1	313	49,0	43	6,7	59	9,2	1
Haushaltsangehöriger	269	100	(5)	(1,9)	122	45,4	78	29,0	48	17,8	(12)	(4,5)	4
Gemeinschaftsunterkunft	156	100	(1)	(0,7)	31	19,9	46	29,5	(13)	(8,3)	64	41,0	1
Ohne Angaben	54		(1)		(8)		(5)		(4)		32		4
Insgesamt	1 630	100	(21)	(1,3)	745	45,7	492	30,2	141	8,7	221	11,8	10

samtbevölkerung berücksichtigen. Aus der Wohnungszählung 1968 liegen nur sehr bedingt vergleichbare Ergebnisse vor, insbesondere die Kategorien Haushaltsangehörige und Bewohner einer Gemeinschaftsunterkunft lassen sich dort nicht einordnen. Einen vorsichtigen Vergleich ermöglicht folgende Gegenüberstellung, in der die Kategorien Hauptmieter, und Haushaltsangehörige sowie Untermieter und Bewohner von Gemeinschaftsunterkünften jeweils zusammengefaßt wurden:

Wohnungszählung 1968 Hamburg insgesamt			Motivbefragung Ortsteile 201–215			Umge- zogene auf 1 000 der jeweiligen Gruppe
absolut		%	absolut		%	
Wohnparteien insgesamt	744 977	100	Umgezogenen Haushalts- vorstände insgesamt	1 630	100	2
davon Eigen- tümer	123 090	16,5	darunter vorher untergebracht als Eigentümer Hauptmieter, Haushaltsange- hörige	18	1,1	0,1
Mieter	562 844	75,6	Untermieter, in Gemein- schaftsunter- künften	763	46,8	1,4
Unter- mieter	59 043	7,9		795	48,8	13,4

Während die auf das Wohnverhältnis bezogene Mobilitätsziffer der Eigentümer 0,1 und die der Hauptmieter 1,4 beträgt, hebt sich die Ziffer für die Untermieter mit 13 Umziehenden auf 1 000 Untermieter (und das innerhalb des dreimonatigen Befragungszeitraums in einem Teilgebiet Hamburgs!) extrem ab.

Tabelle 4 vermittelt ein Bild über den Wechsel in der Art der Unterbringung, der durch den Umzug eingetreten ist. Dies sind zwar nicht Umzugsmotive im eigentlichen Sinne, ein Einblick in bestimmte Umzugsströme wird aber doch vermittelt.

Die Haus- und Wohnungseigentümer wechselten zu je einem Drittel wieder in ein Eigentumsverhältnis bzw. in ein Hauptmieterverhältnis.

Die Mieter bewohnten ganz überwiegend nach dem Umzug wieder eine Mietwohnung (73 %).

Bei den Untermietern blieben dagegen nur 49 % im gleichen wohnungsrechtlichen Verhältnis, etwas mehr als ein Drittel (34 %) strebte eine eigene Wohnung an. Dieselbe Tendenz zur eigenen Wohnung wird bei den Haushaltsangehörigen sichtbar: 45 % von ihnen bewohnten nach dem Umzug eine eigene Wohnung.

Tabelle 5

Die Umzugsmotive nach der Art der Unterbringung
(in %)

Unterbringung	Haushalts- vorstände insgesamt	davon aus dem Umzugsmotiv										sonstige und ohne Angaben
		Ehe- schlie- ßung	Begrün- dung eines eigenen Haus- halts	Auf- gabe eines eigenen Haus- halts	Wech- sel der Arbeits- stätte / Ver- legung des Be- triebes	Kündi- gung durch den Ver- mieter, Ab- bruch der Woh- nung u. ä.	bisherige Wohnung					
							zu groß	zu teuer	zu klein	quali- tativ unzurei- chend	un- günstig ge- legen	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
a) Unterbringung vor dem Umzug												
Haus- oder Wohnungseigentümer	(100)	(5,6)	—	(22,2)	(5,6)	(22,2)	(5,6)	—	—	(5,6)	(11,0)	(22,2)
Hauptmieter	100	(3,7)	(2,2)	10,9	7,1	16,2	10,5	(3,2)	17,2	7,2	(2,8)	19,0
Untermieter	100	15,0	15,6	(2,5)	8,0	24,4	(0,6)	(3,6)	11,0	4,9	(3,3)	11,1
Haushaltsangehöriger	100	48,0	20,1	(1,1)	(4,5)	(4,1)	(0,7)	—	(8,2)	(0,8)	(1,8)	(10,8)
Bewohner einer Gemeinschafts- unterkunft	100	(8,3)	(10,3)	(1,3)	(19,2)	(9,0)	—	(1,9)	(3,2)	(7,7)	(2,6)	36,5
b) Unterbringung nach dem Umzug												
Haus- oder Wohnungseigentümer	(100)	(33,3)	(9,5)	—	(9,5)	(4,8)	—	—	(14,3)	(4,8)	(9,5)	(14,3)
Hauptmieter	100	18,5	17,6	(0,9)	3,6	11,6	7,3	(1,6)	15,7	7,1	(2,0)	14,1
Untermieter	100	15,0	6,5	5,1	12,8	22,8	(0,6)	(4,5)	9,6	(4,7)	(4,4)	14,0
Haushaltsangehöriger	100	21,3	(5,0)	17,0	(6,4)	(9,9)	(1,4)	(1,4)	(5,7)	(0,7)	(2,8)	28,4
Bewohner einer Gemeinschafts- unterkunft	100	(5,2)	(4,7)	13,5	15,0	28,5	(0,5)	(3,1)	(3,1)	(2,1)	(1,5)	22,8

Beide letztgenannten Gruppen dürften wieder im Zusammenhang mit den schon erwähnten Motiven der Eheschließung und Haushaltsgründung gesehen werden.

Erstaunlicherweise wechseln von den in einer Gemeinschaftsunterkunft untergebrachten Personen ganze 41% wieder in eine solche Unterkunft; hier wird ebenfalls deutlich, wie stark die Umzüge dieser mobilen Gruppe von Motiven abhängig sind, die außerhalb der Wohnung liegen (Arbeitsplatzwechsel).

Starke Abhängigkeit des Umzugsmotivs von der Art der Unterbringung

Um über die Umzugsmotive der in verschiedenen Arten von Wohnrechtsverhältnissen lebenden Personen eine Aussage zu gewinnen, sind in Tabelle 5 entsprechende Anteile der Umzugsmotive ausgerechnet worden, und zwar bezogen auf die Unterbringung vor (Abschn. a) bzw. nach (Abschn. b) dem Umzug, weil sich auch hieraus der Bedarf und der Vollzug der Umzugswünsche in gewissem Umfange erkennen läßt.

Bei den Haus- oder Wohnungseigentümern, die ja am wenigsten mobil sind, steht die Aufgabe des eigenen Haushaltes als Motiv an erster Stelle zusammen mit der exogenen Verursachung, vermutlich infolge Räumung, Abbruch usw. (jeweils 22%); eine Kündigung wäre hier ja kaum möglich. An zweiter Stelle folgt die ungünstige Lage, die möglicherweise durch größere bauliche Veränderungen in der Umgebung ausgelöst werden könnte; auch durch eine auf Dauer erfolgte Verlegung des Arbeitsplatzes könnte hier ein Anlaß gegeben sein.

Bei den Personen, die nach vollzogenem Umzug Haus- oder Wohnungseigentümer sind, steht die Eheschließung mit einem Drittel aller Fälle als Motiv für den Eigentumserwerb mit Abstand an erster Stelle. Es folgt an zweiter Stelle noch der Wunsch nach

einer größeren Wohnung, der zum Erwerb eines Hauses oder einer Eigentumswohnung geführt hat (14%). Bei den anderen Motiven sind keine eindeutigen Zusammenhänge erkennbar.

Am instruktivsten ist die Analyse der Umzugsmotive im Zusammenhang mit der Rechtsform der Unterbringung, wenn man die Unterbringung vor und nach dem Umzug und das Motiv in einer Tabelle zusammenfaßt. Diesem Zweck dient Tabelle 6, wo im ersten Teil der Vospalte die bisherige Unterbringung, im zweiten Teil der Vospalte die jetzige Unterbringung angegeben ist. Auf die Analyse der Umzugsmotive der Haus- und Wohnungseigentümer wird hier verzichtet, da ihre Zahl mit insgesamt 18 in der Untersuchung zu gering ist. Im übrigen wurden die Tendenzen der Umzugsmotive dieser Personengruppe bereits besprochen.

a) Bei den Hauptmietern sieht man, wenn man sie nach der wohnrechtlichen Form der Unterbringung in der neuen Wohnung gliedert, eine deutliche Differenzierung der Motive.

Bei denjenigen Hauptmietern, die auch die neue Wohnung als Hauptmieter bezogen, war der eindeutig überwiegende Grund für den Wohnungswechsel die räumliche Enge der bisherigen Wohnung (23%); rechnet man noch die qualitativ unzureichend ausgestattete hinzu, so kommt man auf 32%, und nimmt man noch die ungünstig gelegene hinzu, so kommt man auf rd. 35% aller umgezogenen Hauptmieter, bei denen Mängel der bisherigen Wohnung das Motiv für den Umzug bildeten.

Einen nicht unbedeutenden Anteil haben die Umzüge infolge von Kündigung durch den Vermieter oder anderen Zwangsgründen zur Räumung der Wohnung (16%). An dritter Stelle rangieren die Motive einer zu großen Wohnung mit 14%. Die übrigen Motive sind nur von untergeordneter Bedeutung.

Tabelle 6

Die Umzugsmotive nach der Art der Unterbringung vor und nach dem Umzug (in %)

Bisherige Unterbringung Jetzige Unterbringung	Haushalts- vorstände insgesamt	davon aus dem Umzugsmotiv										
		Ehe- schlie- bung	Begrün- dung eines eigenen Haus- halts	Auf- gabe eines eigenen Haus- halts	Wech- sel der Arbeits- stätte / Ver- legung des Be- triebes	Kündi- gung durch den Ver- mieter, Ab- bruch der Woh- nung u. ä.	bisherige Wohnung					sonstige und ohne Angaben
							zu groß	zu teuer	zu klein	quali- tativ unzurei- chend	un- günstig ge- legen	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Hauptmieter												
— Hauptmieter	(100)	(3,3)	(2,2)	(0,8)	6,7	15,6	14,2	(3,3)	22,8	8,9	(3,3)	18,9
— Untermieter	100	(4,3)	(4,3)	(34,0)	(8,5)	(14,9)	—	(2,1)	(2,1)	(2,1)	—	(27,7)
— Haushaltsangehöriger ..	100	(12,5)	(3,1)	(56,3)	(6,3)	(3,1)	(3,1)	—	—	—	(3,1)	(12,5)
— Gemeinschaftsunterkunft	100	—	—	(32,7)	(7,7)	(30,8)	—	(5,8)	(1,9)	(3,8)	—	(17,3)
Untermieter												
— Hauptmieter	100	19,7	35,3	(1,4)	(0,5)	11,0	(0,5)	—	14,7	(6,9)	(0,5)	(9,6)
— Untermieter	100	12,5	(5,1)	(1,6)	12,8	30,7	(1,0)	(6,1)	(9,6)	(5,1)	(5,7)	(9,9)
— Haushaltsangehöriger ..	100	(23,2)	(7,0)	(4,7)	(11,6)	(20,9)	—	(4,7)	(4,7)	—	—	(23,3)
— Gemeinschaftsunterkunft	100	(5,1)	(5,1)	(10,2)	(8,5)	(42,4)	—	(3,4)	(6,8)	—	(3,3)	(15,3)
Haushaltsangehöriger												
— Hauptmieter	100	62,3	(30,3)	—	(1,6)	(1,6)	(0,8)	—	—	—	—	(3,3)
— Untermieter	100	(39,8)	(11,5)	(2,6)	(7,7)	(5,1)	—	—	(19,2)	(2,6)	(1,3)	(10,3)
— Haushaltsangehöriger ..	100	29,2	(4,2)	(2,1)	(4,2)	(8,3)	(2,1)	—	(12,5)	—	(6,2)	(31,3)

Bei den aus Hauptmiete in Untermiete oder zu Haushaltsangehörigen gezogenen Hauptmietern entfällt der Hauptteil der Motive auf die Aufgabe eines eigenen Haushalts mit 34 % bzw. sogar 56 % aller umgezogenen Hauptmieter. Bei den Hauptmietern, die in Untermiete zogen, spielten außerdem noch die Kündigung durch den Vermieter oder sonstige Zwangsräumung der Wohnung mit rd. 15 % eine bedeutendere Rolle. Der in immerhin 52 Fällen angegebene Umzug in eine Gemeinschaftsunterkunft (Lager, Heim) entfällt zu fast zwei Dritteln auf eine — freiwillige oder unfreiwillige — Aufgabe des eigenen Haushalts.

b) Die mobilste Gruppe unter allen Haushalten stellen, wie bereits gesagt, die Untermieter. Unter den Motiven für den Umzug aus einem Untermietverhältnis dominieren, insgesamt betrachtet, mit 24 % die Kündigung durch den Vermieter oder sonstige unfreiwillige Umzugsgründe (vgl. Tab. 5, Abschn. a). Es folgen die Begründung eines eigenen Haushalts sowie die Eheschließung (je 15 %). Dieselben Motive standen bei den Personen im Vordergrund, die nach dem Umzug in einem Untermietverhältnis wohnten (vgl. Tab. 5, Abschn. b).

Das Motiv der Eheschließung und Haushaltsgründung steht, wie aus Tabelle 6 ersichtlich, insbesondere beim Wechsel vom Untermieter zum Hauptmieter, d. h. bei der Beschaffung einer eigenen Wohnung, im Vordergrund mit 20 % bzw. 35 %. Dagegen überwiegt beim Umzug von Untermiet- zu Untermietverhältnis die Zwangsaufgabe der bisherigen Wohnung ganz eindeutig (31 %). Es darf allerdings nicht übersehen werden, daß sich auch unter dem Personenkreis, der von Untermiete zu Untermiete wechselt, noch immer ein nicht unerheblicher Teil von Eheschließenden befindet (13 %). Einschließlich des Motivs der Haushaltsgründung (5 %) macht diese Gruppe immerhin 17,6 % aus. Auch hier zeichnet sich ein wichtiges Erfordernis für die staatliche Wohnungsbaupolitik ab, nämlich die Schaffung von sachlich und insbesondere mietkostenmäßig adäquatem Wohnraum für die jungen Ehepaare.

Die größtmäßig unzureichende bisherige Wohnungsunterbringung, die bei den Hauptmietern als Umzugsmotiv immerhin im Durchschnitt 17 % erreichte, fällt hier auf 11 % zurück und die übrigen baulichen und lagemäßigen Bestimmungsgründe für den Umzug haben kaum noch eine nennenswerte Bedeutung.

c) Die Haushaltsangehörigen, die aus dem Familienhaushalt oder von ihren Verwandten

fortziehen, stellen die drittgrößte Gruppe der Umziehenden mit 269 Fällen oder 17 %. Bei ihnen spielt die Eheschließung mit 129 Fällen oder 48 % die maßgebliche Rolle, dabei ziehen sie vorzugsweise in ein Hauptmietverhältnis: Beim Wechsel in ein Hauptmietverhältnis macht das Motiv der Eheschließung deshalb sogar 62 % aus und deckt zusammen mit dem Motiv der Haushaltsgründung (30 %) über 90 % dieser Wohnungswechsel ab.

Bei den Umzügen in ein Untermietverhältnis entfallen auf das Motiv der Eheschließung rd. 40 %, während bei dem Umzug zu einem anderen Haushaltsangehörigen die Eheschließungen noch 29 % der Umzüge ausmachen. Es zeigt sich hier wiederum, daß die eheschließenden Paare auch nach der Eheschließung in einem erheblichen Umfange wohnungsmäßig in nicht zufriedenstellender Weise untergebracht bleiben. Fast 11 % der eheschließenden Haushaltsangehörigen ziehen zwar um, bleiben aber weiterhin Mitglieder eines anderen Haushaltes, wohnen also höchstwahrscheinlich bei den Eltern bzw. den Schwiegereltern.

d) Die Bewohner von Gemeinschaftsunterkünften bilden zwar zahlenmäßig die kleinste Gruppe der Umziehenden, doch dürften sie hinsichtlich der Mobilität mit an der Spitze stehen. Da viele von ihnen in Betriebsunterkünften untergebracht sind, versteht es sich fast von selbst, daß die Umzüge infolge des Wechsels bzw. der Verlegung der Arbeitsstätte mit gut 19 % eindeutig an der Spitze aller Motive stehen. Bei den auch nach dem Umzug in einer Gemeinschaftsunterkunft Untergebrachten überwiegt mit 29 % die Kündigung. In diesen Fällen wird es sich möglicherweise um sozial schwache, in Lager übergewechselte Personen handeln. Die Aufgabe des eigenen Haushaltes folgte mit 14 % an zweiter Stelle, hier dürfte es sich um Bewohner von Altersheimen handeln. Im übrigen sind jedoch die Auskünfte für diesen Personenkreis recht lückenhaft, der Anteil der Antworten ohne Angabe eines bestimmten Grundes oder Angabe verschiedener Gründe beträgt insgesamt nicht weniger als 37 % (Tab. 5, Abschn. a) bzw. 23 % (Tab. 5, Abschn. b), so daß man es hier offensichtlich mit einem stark fluktuierenden Bevölkerungsteil zu tun hat, der aus den verschiedensten Gründen seine Unterkunft wechselt.

In Tabelle 7 wurden abschließend die wohnrechtlichen Verhältnisse der umgezogenen Ausländer dargestellt. Es fällt zunächst auf, daß die Gruppe der

Tabelle 7

Die Umziehenden ausländischer Staatsangehörigkeit nach der Unterbringung vor und nach dem Umzug

Bisherige Unterkunft	Haushalts- vorstände insgesamt		Unterkunft nach dem Umzug								
			Hauptmieter		Untermieter		Haushalts- angehöriger		Gemeinschafts- unterkunft		ohne Angaben
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Hauptmieter	(10)	(4,3)	(7)		(2)		—	—	(1)		—
Untermieter	124	53,4	(13)	(10,5)	79	63,7	(4)	(3,2)	28	22,6	—
Haushaltsangehöriger	(5)	(2,2)	—		(3)		(2)		—		—
Gemeinschaftsunterkunft	86	37,1	(4)	(4,6)	30	34,9	—	—	52	60,5	—
Ohne Angaben	(7)	(3,0)	(1)		—	—	—	—	—	—	6
Insgesamt	232	100	25	(10,8)	114	49,1	(6)	(2,6)	81	34,9	6

umziehenden Mieter mit 124 Personen oder 53 % mit Abstand den höchsten Anteil ausmacht. Es folgen die Bewohner von Gemeinschaftsunterkünften (86 Fälle oder 37 %), während die übrigen Unterbringungsarten kaum oder gar nicht (Eigentum) vertreten sind. Der Umzug erfolgt außerdem in den meisten Fällen von Untermiet- zu Untermietquartier (64 % der Mieter) bzw. Gemeinschafts- zu Gemeinschaftsunterkunft (61 % der bisher in Gemeinschaftsunterkünften Untergebrachten). Die Wandermotive bei den insgesamt nur 232 erfaßten ausländischen Wohnungswechslern entfallen eindeutig auf den Wechsel der Arbeitsstätten mit insgesamt rd. 39 %, aber auch auf die Kündigung durch den Vermieter mit gut 13 %. Im übrigen zeigen sich die Umzugsmotive sehr weit gestreut, so daß aufgrund dieser kleinen Stichprobe keine wirklich zuverlässigen Aussagen gemacht werden können (vgl. Tab. 2).

Starker Einfluß der Haushaltsgröße: Einpersonenhaushalte mobilste Gruppe

Zum Abschluß soll noch kurz auf die Zusammenhänge zwischen der Größe des Haushaltes nach der Zahl der umziehenden Personen und den Umzugsmotiven eingegangen werden.

Hinsichtlich der zahlenmäßigen Zusammensetzung der umziehenden Haushalte nach der Zahl der Personen ergibt sich folgende Übersicht:

Zahl der umziehenden Personen	Haushalte insgesamt		dagegen Größe der Wohnparteien nach der WZ 68 %
	absolut	in %	
1	1 013	62,1	29
2	327	20,1	32
3	155	9,5	20
4	85	5,2	13
5 und mehr	50	3,1	6
Insgesamt	1 630	100	100

Mit fast zwei Dritteln nimmt die Gruppe der Einpersonenhaushalte den größten Anteil der umziehenden Haushalte ein, gefolgt von den Zweipersonenhaushalten. Ganz deutlich zeigt sich hier eine Rangfolge in der Mobilität in Abhängigkeit von der Haushaltsgröße.

Welche Sonderstellung den mobilen Einpersonenhaushalten zukommt, wird noch klarer, wenn man die Ergebnisse der Wohnungszählung 1968 heranzieht: für die gesamte Hamburger Bevölkerung wurde ein Anteil der Einpersonenhaushalte von rd. 29 % ermittelt.

In der Rangfolge der Motive insgesamt ergeben sich hier natürlich keinerlei Unterschiede gegenüber den bisherigen Betrachtungen, etwa anhand der Tabelle 3 im Zusammenhang mit der Altersgliederung. Die Differenzierung setzt eindeutig mit der Gliederung nach der Personenzahl der umziehenden Haushalte ein, wie wir das in der Tabelle 8 sehen.

Bei den alleinstehenden Personen sind stark vertreten die Gründe der zwangsweisen Räumung, z. B. der Kündigung durch den Wohnungseigentümer sowie das Motiv der Eheschließung (je rd. 18 %) und der Haushaltsgründung (11 %). Es folgt der Wechsel des Arbeitsplatzes (10 %) und schließlich die Aufgabe des eigenen Haushalts (7 %). Man erkennt hier deutlich die in erheblichem Umfang nicht nur familiär, sondern auch ökonomisch bedingte Mobilität einer stark fluktuierenden Personengruppe. Das geht am besten aus der Tatsache hervor, daß von allen umgezogenen deutschen Haushaltsvorständen mit nur einer umziehenden Person (1 013 Fälle) nicht weniger als 426 auf Untermieterhaushalte entfielen (42 %). Es würde erheblich zur Klärung der ganzen Mobilitätsvorgänge beitragen, wenn man dazu überginge, gerade bei den Umzügen innerhalb eines Stadtgebietes oder in dessen Siedlungsraum, die Mieter generell gesondert zu erfassen und nachzuweisen, denn sie überhöhen den durchschnittlichen Mobilitätsgrad der übrigen Bevölkerungsgruppen und damit die innerstädtische Fluktuation.

Tabelle 8

Die Umzugsmotive nach der Haushaltsgröße (in %)

Anzahl der umziehenden Personen	Haushaltsvorstände insgesamt	davon aus dem Umzugsmotiv										
		Eheschließung	Begründung eines eigenen Haushalts	Aufgabe eines eigenen Haushalts	Wechsel der Arbeitsstätte / Verlegung des Betriebes	Kündigung durch Vermieter, Abbruch der Wohnung u. ä.	bisherige Wohnung					sonstige und ohne Angaben
							zu groß	zu teuer	zu klein	qualitativ unzureichend	ungünstig gelegen	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Deutsche												
1	100	17,6	10,7	7,4	10,0	17,5	(3,5)	2,9	6,1	4,6	3,0	16,7
2	100	24,5	15,0	(1,5)	(5,5)	15,9	(6,1)	(1,5)	(6,7)	(5,0)	(3,3)	(15,0)
3	100	(3,2)	(13,6)	—	(1,9)	(12,9)	(2,6)	(1,3)	36,8	(5,8)	(2,6)	(19,4)
4	100	—	(7,1)	(1,2)	(9,4)	(16,5)	(1,2)	(1,2)	37,6	(8,2)	(1,2)	(16,5)
5 u. mehr	100	—	(2,0)	(4,0)	(4,0)	(26,0)	—	(10,0)	(32,0)	(10,0)	—	(12,0)
Insgesamt	100	16,1	11,4	5,1	8,2	16,9	3,8	2,6	11,6	5,1	2,7	16,4
Ausländer												
1	100	(4,2)	(3,1)	(1,5)	43,7	14,1	—	(4,7)	(4,7)	(3,7)	(5,7)	14,6
2	(100)	(8,7)	(26,1)	—	(21,7)	(8,7)	—	(8,7)	(13,0)	(4,3)	(4,4)	(4,3)
3 u. mehr	(100)	(5,9)	(5,9)	—	(5,9)	(11,8)	—	(11,8)	(41,2)	(5,9)	—	(11,8)
Insgesamt	100	(4,7)	(5,6)	(1,3)	38,8	13,4	—	(5,6)	(8,2)	(3,9)	(5,1)	(13,4)

Bei den Umzügen von Haushalten mit 2 Personen steht das Motiv für den Umzug, die Eheschließung, mit 25 % und das der Gründung eines eigenen Haushaltes mit 15 % — zusammen also 40 % — eindeutig im Vordergrund. Der Wechsel der Arbeitsstätte macht hier dagegen nur noch 6 % aus. Es handelt sich bei dieser Gruppe also praktisch um die Existenzgründung der neu entstehenden Familien. Da die Zweipersonenhaushalte immerhin 20 % aller umziehenden Haushalte ausmachen, bedarf offensichtlich der Wohnungsbedarf dieser Personengruppe einer besonderen Beachtung.

Die besonderen Probleme der Mehrpersonenhaushalte, d. h. ab 3 Personen, werden im Zusammenhang mit der wohnungsmäßigen Unterbringung deutlich. Hier steht nämlich im Gegensatz zu den Ein- und Zweipersonenhaushalten die Tatsache der zu beengten und qualitativ unzureichenden wohnungsmäßigen Unterbringung eindeutig im Vordergrund. Auf sie entfallen 43 % (bei Dreipersonenhaushalten), 46 % (bei Vierpersonenhaushalten) bzw. 42 % (bei Fünfpersonenhaushalten). Es zeigt sich also, daß für die größeren Haushalte die bisherigen Wohnungsgrößen bei der Geburt der Kinder nicht mehr ausreichen. Bedenklich erscheint die Tatsache, daß bei den Haushalten von 5 und mehr Personen zum erstenmal das Argument der zu teuren Wohnung ins Gewicht fällt; allerdings muß man hier die geringe Zahl der Fälle beachten. Außerdem spielt bei dieser Haushaltsgröße auch die Kündigung durch den Ver-

mieter (26 %) eine viel größere Rolle als bei den kleinen Haushalten.

Bei den Ausländern steht wiederum der Wechsel des Arbeitsplatzes mit Abstand im Vordergrund und hier wiederum besonders ausgeprägt bei den Einpersonenhaushalten (44 %). Es folgt noch mit einem verhältnismäßig hohen Anteil (14 %) die Kündigung durch den Vermieter, während alle anderen Motive weitgehend unbedeutend vertreten sind.

Beim Zweipersonenhaushalt rückt die Begründung des eigenen Haushalts in den Vordergrund (26 %) und zieht damit fast folgerichtig das Motiv der zu beengten Unterbringung nach sich (13 %). Das Motiv des Wechsels der Arbeitsstätte sinkt schon jetzt bei diesem noch verhältnismäßig mobilen Haushaltstyp weit unter den Durchschnitt ab (22 % gegenüber 39 %).

Bei den ausländischen Haushalten von 3 und mehr Personen fällt zunächst ebenfalls die eindeutige Konzentration auf die räumlich unzulängliche Unterbringung — wie wir das auch für die deutschen Haushalte gesehen haben — sehr auf.

Im übrigen ist aber die Zahl der Mehrpersonenhaushalte unter den Ausländern so gering, daß sich an Hand dieser kleinen Stichprobe für diesen Personenkreis keine zuverlässigen Aussagen mehr machen lassen.

Olaf Boustedt/Elke Heide

Hamburgs Bauhauptgewerbe in den sechziger Jahren

INHALT

	Seite
1. Etwa 90 000 „Bauleute“ in Hamburg	303
2. Höhere Bauleistung mit weniger Beschäftigten	304
2.1 Hauptkennzeichen des Baugeschehens in Hamburg	304
2.2 Weniger Beschäftigte	305
2.3 Weniger Arbeitsstunden	306
2.4 Höhere Produktion	306
2.5 Erheblich gewachsene Produktivität	307
2.6 Geringeres Leistungsniveau als in der Industrie	309
2.7 Die Zahl der Arbeitskräfte — ein besonderes Problem des Bauhauptgewerbes	309
3. Hinweise für die folgenden Kapitel	310
4. Große und kleine Betriebe	310
4.1 Hohe Fluktuation?	310
4.2 Zahl der Betriebe leicht gesunken	311
4.3 Kleine Betriebe relativ gut behauptet	312
5. Unterschiedliche Entwicklung der einzelnen Gewerbebezüge	312
5.1 Grundstruktur	312
5.2 Die Veränderungen	314
6. Umschichtung bei den Beschäftigten	315
6.1 Anders qualifiziertes Personal	315
6.2 Das Bild der Veränderungen	315
6.3 Anteile verschoben, Rangfolge jedoch wenig verändert	317
7. Weniger Arbeitsstunden bei den meisten Bauarten	317
7.1 Geleistete Arbeitsstunden und Produktion	317
7.2 Die Entwicklung bei den einzelnen Bauarten	318
8. Zusammenfassung	319

1. Etwa 90 000 „Bauleute“ in Hamburg

Insgesamt an die 15 000 fertiggestellte Wohnungen, etliche Großbaustellen für den Bau des neuen Elbtunnels, des neuen U- und S-Bahnnetzes sowie weiterhin im Straßen- und Brückenbau, im Hafen, im Einkaufszentrum Hamburger Straße, in der Geschäftstadt Nord — das waren einige der markantesten Objekte aus der Bautätigkeit des Jahres 1969 in Hamburg.

Wieviel Personen insgesamt an diesem Baugeschehen beteiligt waren, läßt sich nur in einer sehr groben Annäherung abschätzen und daher auch nur in einer sehr runden Faustzahl angeben. Für den Höhepunkt der Bausaison 1969 kann man diese Zahl irgendwo im Bereich von 90 000 Personen ansetzen.

Die exaktesten Angaben liegen für das Bauhauptgewerbe vor: aus den „Monatsberichten für das Bauhauptgewerbe“ (Unterabteilung 30 der Systematik der Wirtschaftszweige), die die Daten für Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten liefern und deren Ergebnisse mit Hilfe der sogenannten — auch die kleineren Betriebe erfassenden — jährlichen Totalerhebung auf Ergebnisse für alle Betriebe umgerechnet

werden. Auch für das Ausbau- und Bauhilfsgewerbe (Unterabteilung 31 der Systematik der Wirtschaftszweige) stellt die vierteljährliche Handwerksberichterstattung auf repräsentativer Basis ermittelte Angaben bereit, die einen einigermaßen sicheren Schluß auf Gesamtwerte für diesen Bereich zulassen.

Für Ende September 1969 (Höhepunkt der Saison) wurden im Bauhauptgewerbe insgesamt rund 46 000 Beschäftigte gezählt; zur gleichen Zeit dürfte das Ausbau- und Bauhilfsgewerbe etwa 26 000 Personen beschäftigt haben. Das waren zusammen 72 000 Personen. Aber daneben gibt es noch Tausende von Beschäftigten aus anderen Bereichen jenseits des Baugewerbes — im Sinne der Systematik —, die ebenfalls Funktionen irgendwelcher Art im gesamten Baugeschehen haben. Diese Funktionen sind über eine Vielzahl sehr unterschiedlicher Zweige des Produzierenden Gewerbes, des Dienstleistungsgewerbes und der Verwaltung verstreut. In der Skala dieser Funktionen treten neben dem Monteur und dem Installateur der Architekt, der Ingenieur und schließlich der Baurat auf. Ebenso wie die Beschäftigten des Baugewerbes haben sie entweder irgendwelche Einzelteile an Ort und Stelle der Einheit Bauwerk ein-

zufügen, oder sie haben Bauvorhaben zu planen, zu organisieren, zu überwachen, zu kalkulieren, abzurechnen oder was dergleichen mehr an einem oder für ein Bauwerk zu tun sein mag.

Wie viele Personen zu dieser Kategorie von Beschäftigten gehörten, ist schwer zu sagen. Einigermaßen präzise Angaben sind kaum zu beschaffen, und Anhaltspunkte, an denen sich eine Schätzung ausrichten könnte, sind spärlich, ihre Aussagekraft ist zudem nur mäßig. Bei Schätzungen ist daher mit einer großen Streubreite zu rechnen. Zu diesem Kreis von Beschäftigten mögen daher in der Saisonspitze 1969 ebensogut 15 000 wie 18 000 Personen gehört haben, vielleicht gar noch einige mehr oder weniger.

Die hier genannte Zahl von insgesamt 90 000 „Bau-leuten“ während der Hauptsaison des Jahres 1969 in Hamburg mag daher um einiges zu niedrig oder ebensogut um einiges zu hoch angesetzt sein. Aber selbst wenn es um etliche tausend Personen Differenz gegenüber dem wirklichen Wert gehen sollte, läßt eine solche Zahl immerhin noch deutlich werden — und darauf kommt es in diesem Zusammenhang an —, daß alles in allem neben jedem der im Bauhauptgewerbe Tätigen außerdem zumeist noch ein zweiter steht, der wieder auf seine Weise an dem Baugeschehen in Hamburg teil hat. Die Daten für das Bauhauptgewerbe — wie sie in den folgenden Kapiteln vorgelegt werden — stehen also bei weitem nicht für die Entwicklung der Bauwirtschaft Hamburgs schlechthin. Schon innerhalb des Bauhauptgewerbes muß man — insbesondere gerade für die allerletzte Zeit — sehr fein nach Gewerbezweigen, Bauarten, Größenklassen, Beschäftigtenkategorien und dergleichen unterscheiden, will man zu einem abgewogenen Gesamturteil kommen. Noch um so nötiger ist das gegenüber der Vielfalt der übrigen Bereiche, von denen jeder auch seine eigene, mehr oder weniger durch seine Besonderheiten gesteuerte Entwicklung haben dürfte, die weder in der zeitlichen Folge noch in ihren sachlichen Voraussetzungen mit der des Bauhauptgewerbes kongruent zu sein braucht. Diese Tatsache läßt es nicht zu, an den Daten des Bauhauptgewerbes abgelesene Tendenzen unmittelbar, unbesehen, global auch als solche der anderen Bereiche anzusehen, so sehr auch im einzelnen Tendenzen, wie sie im Bauhauptgewerbe vorherrschen, im Grundzug bei ihnen mitwirken mögen.

Die folgende Darstellung mag daher sicherlich auch manches wiedergeben, was ebenfalls für den nicht erfaßten Sektor von Hamburgs Bauwirtschaft gelten könnte; aber ob es das tut und in welchem Ausmaß, läßt sich in keiner Weise sagen. Die mitgeteilten Daten und die an ihnen abzulesenden Entwicklungsrichtungen stehen daher allein für das Bauhauptgewerbe — damit allerdings auch für den mit Abstand bedeutsamsten Ausschnitt der Bauwirtschaft Hamburgs.

2. Höhere Bauleistung mit weniger Beschäftigten

2.1 Hauptkennzeichen des Baugeschehens in Hamburg

Die Entwicklung des Bauhauptgewerbes in Hamburg ist, so wie sie sich mit Beginn der sechziger Jahre in den Hauptdaten der Bauberichterstattung niederschlägt, durch zwei Tendenzen gekennzeichnet:

einmal durch den Zug zu immer weniger Beschäftigten und noch weniger geleisteten Arbeitsstunden sowie andererseits durch eine trotz verringertem Personaleinsatz höhere Produktion als zu Anfang des Jahrzehnts.

Der trotz aller Bemühungen immer noch wirksame Einfluß von Schnee, Eis und Regen auf das Baugeschehen sowie Konjunkturabschwung und -wideranstieg in den letzten drei Jahren haben diesen Trend zwar zuweilen abgewandelt, dennoch schlägt er allenthalben in den Zahlenreihen der Tabelle 1 deutlich durch¹⁾.

Tabelle 1.

Hauptdaten über das Bauhauptgewerbe in Hamburg 1962 bis 1969

Jahre	Beschäftigte		Geleistete Arbeitsstunden		Umsatz ¹⁾		Produktionsindex
	Anzahl	1962 = 100	in 1 000	1962 = 100	Mio DM	1962 = 100	1962 = 100
	1	2	3	4	5	6	7
1962	50 074	100,0	89 479	100,0	1 251	100,0	100,0
1963	49 995	99,8	81 847	91,5	1 262	100,9	94,4
1964	50 514	100,9	87 915	98,3	1 440	115,1	106,6
1965	49 151	98,2	81 942	91,6	1 514	121,0	103,7
1966	48 591	97,0	82 411	92,1	1 598	127,7	108,3
1967	44 405	88,7	75 074	83,9	1 563	124,9	103,6
1968	42 721	85,3	71 393	79,8	1 225 (97,9)		103,1
1969	44 443	88,8	70 550	78,8	1 656 (132,4)		107,3

¹⁾ 1968 wurde der Umsatzbegriff geändert (Einführung der Mehrwertsteuer); Ergebnisse daher nur bedingt mit denen der Vorjahre vergleichbar.

Die Zahl der Beschäftigten machte 1969 den Einbruch von 1968 wieder wett, blieb aber auf dem Niveau des Jahres 1967 und war damit immer noch weit geringer als sieben Jahre zuvor. Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden machte 1969 diesen Aufschwung der Beschäftigten sogar nicht einmal mit; sie hielt vielmehr auf dem niedrigsten Stand seit 1962. Diesen beiden Zahlenreihen war die der Bauleistung — hier dargestellt an dem je Arbeitstag errechneten Index der Nettoproduktion — allmählich immer weiter um ein gutes Stück voraus, am weitesten zum Ende der Periode im Jahre 1969.

Dies war möglich, weil mit dem Schwund an Arbeitskräften und dem in seinem Gefolge auftretenden noch spürbaren Rückstand bei den geleisteten Arbeitsstunden eine Steigerung der Produktivität einherging, die das Produktionsergebnis einer Arbeitsstunde ständig weiter über das Niveau des Jahres 1962 hinaushob. Allerdings blieb die Produktion auch 1969 mit einem Index von 107 weit unter dem Niveau, das die meisten der bedeutendsten Industriezweige Hamburgs um die gleiche Zeit erreicht hatten. Die relativ geringe Zahl an Arbeitskräften hielt auch die Bauleistung trotz aller Steigerung der Produktivität offenbar weit unter dem Stand, den sie zumindest in gewissen Baubereichen — treffen die Berichte über Arbeitsmarktlage, Auftragsbestand usw. zu — hätte erreichen können.

Namentlich die Entwicklung der Beschäftigung erscheint daher als ein zentrales Problem der Bauwirt-

¹⁾ In der Tabelle wurde das Jahr 1962 als Vergleichsjahr gewählt; das geschah mit Rücksicht auf den Produktionsindex, der auf der Basis 1962 = 100 berechnet ist.

schaft. Vor allem ihr wird hier darum auch nachgegangen mit einem Material, das weit gegliedert nach Beschäftigtenkategorien, Betriebsgrößenklassen und Gewerbebezügen vorgelegt werden kann.

Die Tabelle 1 enthält noch eine Datenreihe über die insgesamt während der Jahre 1962 bis 1969 erzielten Umsätze. Aber diesen Daten ist für einen Vergleich kaum ein Gewicht beizumessen, sie werden daher lediglich nachrichtlich mitgeteilt. Für ein Urteil über die Entwicklung im Bauhauptgewerbe geben sie kaum noch etwas her, weil sich im Jahre 1968, als die Mehrwertsteuer eingeführt wurde, auch die Meldeweise für die Umsätze änderte und dadurch die für eine Berichtsperiode angeschriebenen Werte ihre schon vorher nur relativ lose Beziehung zu dem jeweiligen Berichtszeitraum fast völlig verloren. Nimmt man dann noch hinzu, daß vor und nach 1968 dem Faktor Umsatzsteuer/Mehrwertsteuer bei den Umsätzen ein sehr unterschiedliches Gewicht zukam und daß schließlich beträchtliche Veränderungen der Preise den Blick auf die hinter den einzelnen Werten stehenden Leistungen verstellten, kann man aus einer Reihe der Umsatzwerte kaum noch brauchbare Auskünfte erwarten. Auch das Verhältnis der Umsätze von 1968 und 1969 zueinander ist irreführend; insbesondere fehlen in den Umsätzen von 1969 viele diesem Jahr zuzuschreibende, aber noch nicht abgerechnete Leistungen. Je größer die Bauobjekte sind — und zur Zeit gibt es deren in Hamburg eine große Zahl —, je länger damit die Bauzeit für sie ist, desto stärker stört, daß die einzelnen Bauvorhaben in der Regel erst abzurechnen sind und dann in einem Block in der Statistik erscheinen (keine Zwischenabrechnungen), wenn die Bauarbeiten abgeschlossen sind, in einem Zeitpunkt also, der mit der eigentlichen Bauleistung kaum noch etwas zu tun hat. Da Objekte dieser Art bei den einzelnen Bauarten und Gewerbebezügen sehr unterschiedlich und sporadisch auftreten, ist es auch nicht möglich, die einzelnen Sparten untereinander zu vergleichen. Für eine differenziertere Betrachtung sind die Umsatzzahlen derzeit so gut wie unbrauchbar, auf sie wird daher in dieser Arbeit nicht mehr weiter eingegangen.

2.2 Weniger Beschäftigte

Ihren Höhepunkt in den beiden Jahrzehnten nach 1950 hatte die Beschäftigung im hamburgischen Bauhauptgewerbe in den Jahren 1961 bis 1964 (Anhangtabelle 1). In diesen vier Jahren waren hier im Durchschnitt rund 50 000 Personen tätig. Bis auf diesen Stand war die Beschäftigung in einem ungemein stetigen Anstieg seit 1950 gekommen — unterbrochen lediglich in den Jahren 1951 und 1952 (Koreakrise) und noch einmal 1957.

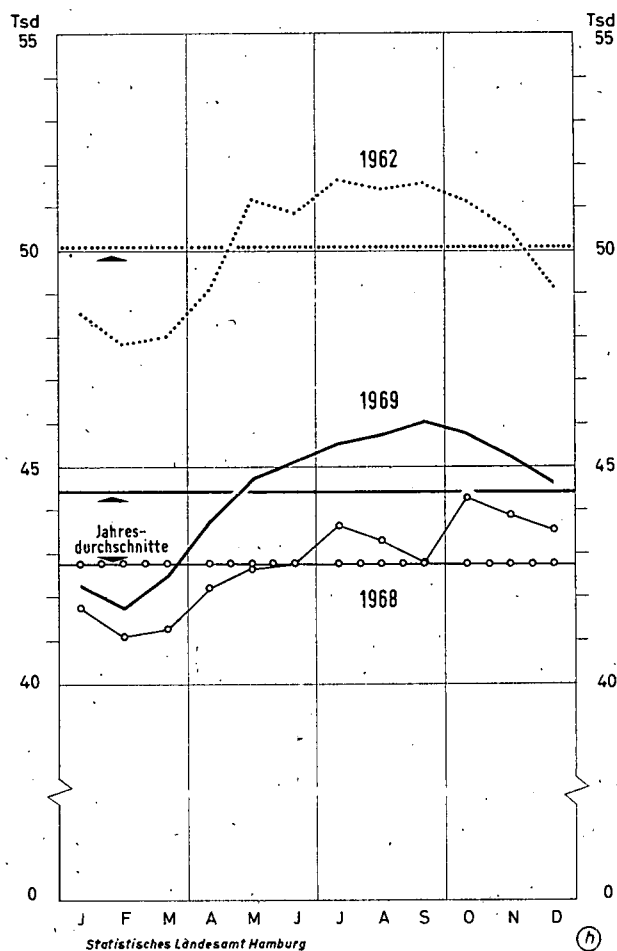
Während der ganzen Periode von 1961 bis 1964 hatte die Beschäftigung die meiste Zeit des Jahres — von April bis November, einmal sogar bis Dezember (1963) — nahezu ständig einen Stand über der Ziffer von 50 000 Personen gehalten; nur zweimal war sie in diesen insgesamt 36 Monaten — jeweils im April — um eine Kleinigkeit niedriger. Selbst in den vielfach relativ schwachen Dezembermonaten und teilweise sogar im häufig noch schwächeren März sind immer noch mehr als 49 000 Beschäftigte gezählt worden. Rückstände größeren Ausmaßes gegenüber diesem Niveau sind relativ selten und dann lediglich zu Beginn der Jahre 1961, 1962 und 1963 — und nicht ganz

so krass — auch im Februar 1964 beobachtet worden. Aber selbst die niedrigste Zahl dieser vierjährigen Periode überhaupt, die im Januar 1961 an ihrem Anfang stehende Zahl von 45 700 Beschäftigten, war größer — zumeist weit größer — als zur gleichen Zeit in allen Jahren davor und vor allem durchweg auch größer oder doch nicht viel geringer als die während der Sommer- und Herbstmonate 1967, 1968 und 1969. Wie sehr sich seitdem die Verhältnisse bei den Beschäftigten des Bauhauptgewerbes gewandelt haben, zeigt einmal gerade dieser Vergleich zwischen dem Tiefpunkt der Jahre 1961 bis 1964 mit dem Höhepunkt des Jahres 1969. Beide Punkte liegen mit ihren 45 686 (Januar 1961) und 46 047 Personen (September 1969) um die geringe Spanne von 361 Personen auseinander. Zum anderen ist der Unterschied abzulesen an den 5 900 Personen, um die die Höchstziffer des Jahres 1969 unter der von August 1961 (51 926) liegt ²⁾.

Geblichen ist — wie die Zahlen der Anhangtabelle 1 und Schaubild 1 sehr eindringlich zeigen — bei allem sonst eingetretenen Wandel und trotz aller Bemü-

Schaubild 1

Beschäftigte des Bauhauptgewerbes in Hamburg 1962, 1968 und 1969



hungen gerade auf diesem Gebiet der Einfluß von Schnee, Eis und Regen auf das Baugeschehen in Hamburg. Er erscheint immer noch als unverändert

²⁾ An der gesamten Bautätigkeit in Hamburg dürften damals an den Beschäftigungshöhepunkten der Jahre 1961 bis 1964 vielleicht sogar mehr als 100 000 Personen beteiligt gewesen sein.

groß. Gerade in den Jahren 1968 und insbesondere 1969 war er sogar besonders krass. 1969 nahm die Zahl der Beschäftigten erst im Mai fühlbar zu — Stand Ende des Monats 44 700 Personen —, Ende Dezember war sie dann wieder auf dieses Niveau gesunken.

2.3 Weniger Arbeitsstunden

Schärfer als in der Reihe über die Zahl der Beschäftigten hebt sich die rückläufige Linie im Personaleinsatz des Bauhauptgewerbes in der Reihe der geleisteten Arbeitsstunden (Tabelle 1, Spalten 3 und 4) heraus. Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden verringerte sich nicht nur parallel zu der der Beschäftigten, sie ging weit nachhaltiger zurück als diese und behielt diese Tendenz bis in das Jahr 1969 hinein bei. Sie mußte auch weit mehr von der Gesamtentwicklung einfangen als die Zahl der Beschäftigten; während diese auf einige Stichtage — jeweils Ende des Monats — abgestellt ist, exakt also lediglich die Verhältnisse von zwölf Tagen im Jahr wiedergibt, darüber hinaus aber wenig oder auch nichts über Bewegungen in den Zeiten zwischen diesen Tagen auszusagen vermag, nimmt die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden alles und jedes auf, was innerhalb der ganzen Zeit geschah, kann also weit mehr aussagen. Die in Tabelle 1 für die geleisteten Arbeitsstunden ausgewiesenen Meßziffern (Spalte 4; 1962 = 100) lagen ständig etliche Punkte unter denen der Beschäftigten (Spalte 2). Im Jahre 1969 wurden mit 70,6 Mio Arbeitsstunden insgesamt 21 % weniger Stunden geleistet als 1962; das Minus bei den Beschäftigten betrug dagegen nur 11 %. 70,6 Mio Stunden bezeichnen einen ungemein tiefen Punkt in der ganzen Entwicklung des Bauhauptgewerbes. Um auf eine ähnlich niedrige Zahl zu treffen, muß man sechzehn Jahre zurückgehen bis in den Anfang der fünfziger Jahre (1953 = 71,5 Mio Std).

Dieser extrem tiefe Stand der Jahre 1968 und 1969 ist ein deutliches Zeichen dafür, was auch heute noch ein strenger und lang anhaltender Winter im Baugeschehen anzurichten vermag. Seine ungemein schweren Auswirkungen kamen in beiden Jahren entgegen den auch im Bauhauptgewerbe Hamburgs sichtbaren konjunkturellen Aufriebstendenzen zu den Einflußgrößen hinzu, die die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden bereits in den Jahren davor erheblich unter das Niveau von 1962 und 1964 gedrückt hatten, und auch jetzt noch weiter mit im Spiel waren. Von ihnen wird im Abschnitt 2.7 „Die Zahl der Arbeitskräfte — ein besonderes Problem des Bauhauptgewerbes“ berichtet. Wie die Angaben aus Anhangtabelle 2 belegen, lagen die Werte für die geleisteten Arbeitsstunden von 1968 und 1969 Monat für Monat um ein gutes Stück unter den Spitzenwerten der Jahre 1961 und 1962. Die Spannen der Wintermonate gehörten dabei durchweg mit zu denen von besonders breiter Spannweite (siehe auch Schaubild 2).

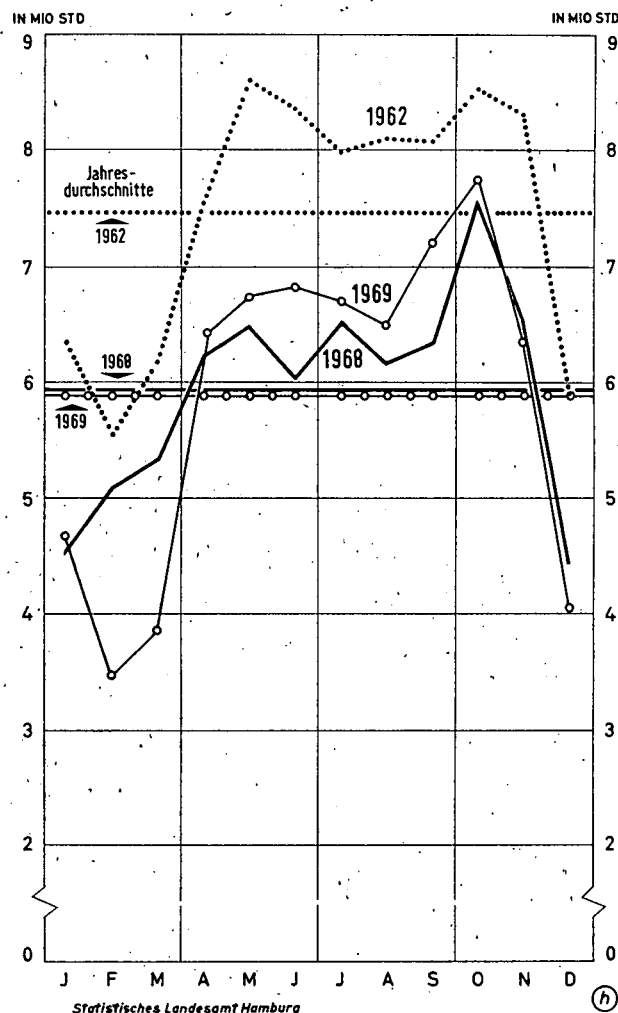
2.4 Höhere Produktion

2.41 Zuwachs 1969 stark durch strengen Winter gedrosselt

Bei dem niedrigen Beschäftigungsniveau erscheint der bis 1969 erzielte Stand der Bauleistung um so bemerkenswerter (Tabelle 1, Spalte 7). Er liegt anders als jenes über dem Niveau des Jahres 1962,

Schaubild 2

Geleistete Arbeitsstunden des Bauhauptgewerbes in Hamburg
1962, 1968 und 1969



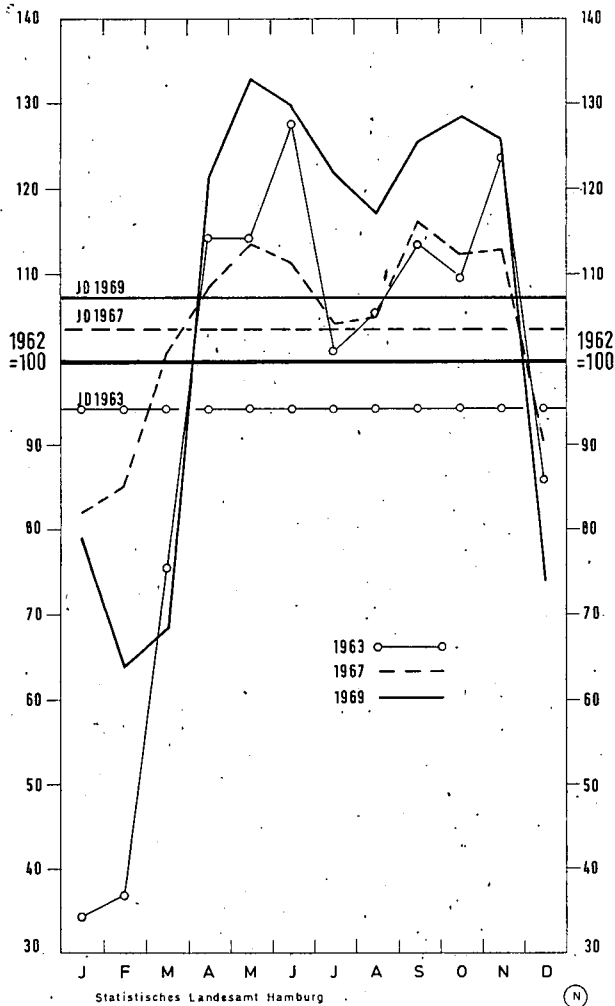
mit einem Index von 107,3 (1962 = 100) für das Jahr 1969 zwar nicht übermäßig weit darüber, immerhin aber doch mit einem deutlich sichtbaren Abstand, und das gerade in dem Jahr mit dem niedrigsten Stand bei den geleisteten Arbeitsstunden seit 1962.

Der Index der Bauproduktion war 1969 nach zwei relativ schwachen Jahren (Index 1967 = 103,6, 1968 = 103,1) wieder gestiegen und mit 107,3 sogar ganz nahe an den bisher höchsten Stand des Jahres 1966 von 108,3 herangekommen. Daß er dieses Niveau nicht voll erreichen konnte, ist vornehmlich den Wintermonaten zuzuschreiben (Anhangtabelle 3, Spalte 7). Zumal im Februar und März 1969 war die Bauleistung nur halb so groß wie in den Sommer- und Herbstmonaten, ebenso war sie noch relativ niedrig in den Monaten Januar und Dezember. Sommer und Herbst 1969 brachten dagegen Leistungen, die durchweg erheblich über denen der Saison von 1966 lagen. Hätten also die Wintermonate 1969 auch nur eine nicht allzusehr behinderte Bautätigkeit zugelassen, wäre bei dem sehr lebhaften Baugeschehen von April bis November für das Jahr 1969 mit einem neuen Höchststand für das Jahrzehnt zu rechnen gewesen, der erheblich über dem des Jahres 1966 gelegen hätte (siehe auch Schaubild 3).

Schaubild 3

Index der Nettoproduktion des Bauhauptgewerbes
in Hamburg 1963, 1967 und 1969

— arbeitstäglich —
(1962 = 100)



2.42 Hochbau- und Tiefbautätigkeit unterschiedlich entwickelt

In den fünfziger Jahren hatte sich die Produktion des Bauhauptgewerbes in Hamburg — gemessen an dem Index der Bauproduktion auf der Basis 1950 = 100 — bis zum Beginn der sechziger Jahre mehr als verdoppelt; 1962 Indexstand 219. An diesem Anstieg war namentlich der Hochbau beteiligt. Nach 1962 wurde das deutlich anders (Tabelle 2). Jetzt trat der Tiefbau mehr hervor. Der Zuwachs der Bauproduktion wurde mehr und mehr nahezu allein von der Tiefbautätigkeit getragen.

Die Hochbautätigkeit entfernte sich das ganze Jahrzehnt hindurch nur relativ wenig von dem Niveau des Jahres 1962. Dabei lag ihre Leistung sogar ebenso oft unter wie über diesem Niveau, während ein Stand unter dem des Jahres 1962 bei der Tiefbautätigkeit nur ein einziges Mal vorgekommen ist, und das auch nur in dem Jahr 1963 mit seinem relativ langen und strengen Winter. Ansonsten nahm die Produktion im Tiefbausektor relativ stetig zu, allerdings waren diese Zuwachsraten der einzelnen Jahre zumeist verhält-

Tabelle 2

Produktion des Bauhauptgewerbes in Hamburg
1962 bis 1969

— Index der Nettoproduktion, arbeitstäglich —
(1962 = 100)

Art der Angaben	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969
	1	2	3	4	5	6	7	8
Hochbau ..	100	93,0	104,1	101,0	105,7	100,0	97,2	98,5
Tiefbau ..	100	97,3	111,8	109,2	113,6	110,8	114,9	125,3
Bauhauptgewerbe insgesamt	100	94,4	106,6	103,7	108,3	103,6	103,1	107,3

nismäßig gering — im Jahr des Konjunkturabschwungs 1967 ließ auch die Tiefbautätigkeit etwas nach. Sie erholte sich danach aber sofort wieder und erzielte im Jahre 1969 eine besonders hohe Zuwachsrate, die den Tiefbauindex auf seinen bisher höchsten Stand von 125,3 brachte. Für den Hochbaubereich waren dagegen die drei letzten Jahre gerade die schwächsten, sieht man von dem „Winterjahr“ 1963 ab: von 1967 bis 1969 kam die Hochbauproduktion niemals über das Niveau von 1962 hinaus. Die Spanne zwischen dem Leistungsniveau beider Sparten war daher 1969 schließlich auf rund 27 Punkte angewachsen.

2.5 Erheblich gewachsene Produktivität

2.51 Produktivität — schwerfaßbare Größe

Mit 89 % der Beschäftigten und sogar nur 79 % der geleisteten Arbeitsstunden von 1962 erzielte das Bauhauptgewerbe in Hamburg 1969 eine Produktionsleistung, die um 7 % über der von 1962 lag. Je geleistete Arbeitsstunde erscheint also für 1969 ein weit höheres Produktionsergebnis als für 1962, eine höhere Produktivität.

Diese Produktivität im Bauhauptgewerbe ist eine schwerfaßbare Größe — man denke an die Streubreite zwischen einem Betrieb, dessen wichtigstes Gerät sozusagen die Maurerkelle ist, und im anderen Extrem an einen hochmechanisierten nach modernen Grundsätzen geführten Betrieb. Sie auch nur annähernd zu bestimmen, ist daher in der Praxis ein schwieriges Problem. Andererseits spielt sie für die Berechnung des Produktionsindex im Bauhauptgewerbe eine erhebliche Rolle. Daher sei hier kurz auf die Problematik dieser Berechnung eingegangen³⁾.

Das Bauhauptgewerbe gehört zu den Bereichen des Produzierenden Gewerbes, deren Produktion nicht wie etwa bei der Schuh- oder Zigarettenindustrie an dem Ausstoß klar definierbarer und meßbarer Erzeugnisse abgelesen werden kann. Gebäude, Straßen und dergleichen mehr eignen sich ihrer Art nach dafür nicht. Hier müssen daher Hilfsgrößen einspringen, von denen man annehmen kann, daß sich ihre Entwicklung noch am ehesten der darzustellenden Leistung annähert. Für das Bauhauptgewerbe wird das Produktionsergebnis von der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden abgeleitet. Die Entwicklung der Produktivität dieser Stunden wird durch einen eigens

³⁾ Zu dem Problem der Indexberechnung insgesamt vgl. Wirtschaft und Statistik, Jg. 1965, H. 3, S. 149 ff.

aufgestellten Produktivitätsfaktor berücksichtigt. Diese Rechnung ist lediglich ein Behelf, da kein anderes Material zur Verfügung steht. Sie soll eine Unzahl zum Teil sehr komplexer Erscheinungen, so gut es irgend geht, einfangen. Das Vertrauen in den Produktionsindex ist daher vor allem das Vertrauen in die Zuverlässigkeit des Produktivitätsfaktors. Dieses Vertrauen sieht etwa so aus, daß dem Produktivitätsfaktor bei dem notgedrungen behelfsmäßigen Charakter seiner Berechnung zwar kein Anspruch auf exakte Ergebnisse zugebilligt werden kann, daß ihm jedoch im allgemeinen soviel an Zuverlässigkeit zugemessen wird, daß er noch als Gradmesser der großen Entwicklungslinie verwendet werden kann. Was der Index der Bauleistung darbietet, ist also keine unmittelbar festgestellte Größe wie etwa der Ausstoß von Bier oder Limonade, sondern eine rechnerische Annäherungsgröße.

Die erst vor kurzem eingeführten Teilindizes für den Hochbau und den Tiefbau haben gesonderte Produktivitätsfaktoren für beide Bereiche gefordert. Diese Faktoren offenbarten einen erheblichen Unterschied im Produktivitätsniveau: der weit stärker mechanisierte Tiefbau lag um ein gutes Stück vor dem Hochbau, der ansonsten jedoch auch einen beachtlichen Fortschritt gegenüber 1962 auswies. Für 1969 kam der Hochbau mit 77 % der geleisteten Arbeitsstunden von 1962 auf eine Produktionsleistung von etwa der gleichen Höhe wie 1962. Der Tiefbau erzielte mit 82 % der Arbeitsstunden von 1962 eine Produktionsleistung, die um 25 % über der von 1962 lag.

2.52 Höherer Bestand an Geräten

Die Ausstattung mit Maschinen und Geräten ist unter den Faktoren, die zu der Produktivitätssteigerung im Bauhauptgewerbe beigetragen haben, der einzige, über den aus der Bauberichterstattung etwas zu erfahren ist. In der sogenannten Totalerhebung zu Mitte jeden Jahres wird jeweils der Bestand einer Reihe ausgewählter Geräte erfragt. Tabelle 3 zeigt die Ergebnisse dieser Erhebung für die Jahre 1962 und 1969.

Ein vollständiges Bild ist aus der Tabelle 3 allerdings nicht zu gewinnen. Sie gibt nur einen Ausschnitt, der auch insofern unvollständig ist, als er nur die Geräte nachweist, die Eigentum der meldenden Betriebe sind, nicht dagegen gemietete Geräte. Die Übersicht sagt außerdem nichts über einen Zuwachs an Kapazität, wenn vorhandene Geräte gegen modernere, leistungsfähigere ausgewechselt wurden, sich dadurch jedoch am nachgewiesenen Bestand nichts änderte. Selbst ein Rückgang in der Zahl eines Geräts kann noch eine Erweiterung der Kapazität bedeuten, wenn an die Stelle einiger Geräte von geringer Leistung, eine kleinere Zahl insgesamt weit leistungsfähigerer getreten ist.

Wenn die Zahl der Betonmischer mit einem Trommelinhalt von 250 l und mehr seit 1962 erheblich geringer geworden ist, so hängt das vornehmlich mit der zunehmenden Verwendung von Transportbeton zusammen, der von Industrieunternehmen geliefert wird, die sich auf dieses Fabrikat spezialisiert haben, aber nicht in der Bauberichterstattung, sondern in der Industrieberichterstattung erfaßt werden. Die Zahl dieser Unternehmen hat sich seit 1962 verdoppelt, ebenso ihre Produktion: von 1,2 auf 2,4 Mio t. Für einige Baubetriebe hat es sich sogar gelohnt,

Tabelle 3

Bestand an Baugeräten im Bauhauptgewerbe in Hamburg Mitte 1962 und 1969 — Alle Betriebe (Totalerhebung) —

Art der Geräte	Maß- einheit	Bestand		Zu- oder Abnahme in %
		1962	1969	
		Anzahl		
Betonmischer mit Trommelinhalt				
unter 250 l	Stück	1 215	1 339	+ 10,2
250 l und mehr	Stück	891	553	— 37,9
Fahrmischer (Transport- betonmischer, Agitatoren)	Stück		15	—
Verputzmaschinen	Stück		61	—
Turmdrehkrane				
unter 16 mt	Stück	59	81	+ 37,3
16 mt und mehr	Stück	207	544	+ 162,8
Bauaufzüge	Stück	1 915	1 595	— 16,7
Förderbänder	Stück	711	674	— 5,2
Stahlrohrgerüste	t	2 396	4 770	+ 99,1
Kompressoren	Stück	674	906	+ 34,4
Bagger mit Löffelinhalt				
unter 0,5 cbm	Stück	472	515	+ 9,1
0,5 cbm u. mehr	Stück	190	283	+ 48,9
Lkw mit Nutzlast				
unter 5 t	Stück	1 072	1 210	+ 12,9
5 t und mehr	Stück	430	660	+ 53,5
Autokrane und Mobilkrane	Stück		97	—
Zugmaschinen, Traktoren	Stück	112	94	— 16,1
Planierdrauen	Stück	398	348	— 12,6
Schürfwagen (Scraper)	Stück	13	31	+ 138,5
Erdhobel (Grader)	Stück		29	—
Lader	Stück		188	
Schütter (Vorderkipper, Dumper)	Stück	228	399	+ 157,5
Straßenbaumaschinen für a) Betonstraßen				
Fertiger u. Verteiler	Stück	63	41	— 34,9
b) Schwarzdecken				
Fertiger	Stück	66	64	— 3,0
Mischanlagen	Stück	38	14	— 63,2
Bitumen-, Teer-, Gußasphaltkocher	Stück	261	236	— 9,6
Straßenwalzen (Glattwalzen, statische und Vibrationsglattwz.)				
unter 8 t	Stück	158	231	+ 46,2
8 t und mehr	Stück	65	85	+ 30,8
Verdichtungsmasch. (ohne Straßenwalzen, ohne Betoninnen- u. -außenrüttler, aber einschl. Schaffußwz.)	Stück	695	848	+ 22,0
Gummiradwalzen	Stück		9	—
Bodenstabilisierungs- (Vermörtelungs-) maschinen	Stück	1	1	—
Rammen (ohne Handrammen)	Stück	382	502	+ 31,4

selbst solche Geräte (15 Stück) anzuschaffen. Weniger Bauaufzügen und Förderbändern steht eine weit höhere Zahl an Turmdrehkranen gegenüber. Das Phänomen der Veränderungen bei einer Gruppe von Geräten, die von den Zugmaschinen bis zu den Schüttern reicht, hängt mit einem besonderen Zug der technischen Entwicklung zusammen. Es werden immer mehr Anbaugeräte entwickelt, die mit Zusatzgeräten ausgerüstet für verschiedene Funktionen eingesetzt werden können und so den Baubetrieben eine größere Beweglichkeit und Anpassungsfähigkeit an wechselnde Anforderungen verleihen. Diese Geräte waren bei der Maschinenart zu melden, für die sie überwiegend eingesetzt wurden. Dies alles mußte

erhebliche Schwankungen in der Zuordnung mit sich bringen. Insgesamt hat die Zahl der zu dieser Gruppe gehörenden Geräte von 1962 bis 1969 um rund die Hälfte zugenommen. Technische Entwicklung dürfte auch hinter der erheblichen Verringerung bei der Zahl der Fertiger und Verteiler für Betonstraßen und der Mischanlagen für die Fertigung von Schwarzdecken stehen. Beachtliche Zugänge wiesen Stahlrohrgerüste (seit 1962 verdoppelt) aus, ferner Kompressoren, größere Bagger, größere Lastkraftwagen, Straßenwalzen.

2.6 Geringeres Leistungsniveau als in der Industrie

Abnehmende Zahl der Beschäftigten und noch stärker abnehmende Zahl der geleisteten Stunden sind zwei Erscheinungen, die das hamburgische Bauhauptgewerbe in den sechziger Jahren mit der Industrie Hamburgs gemein hatte (Tabelle 4, Schaubild 4).

Tabelle 4

Das Bauhauptgewerbe in Hamburg 1963 bis 1969
im Vergleich zu der hamburgischen Industrie
(1962 = 100)

Jahre	Beschäftigte		Geleistete Stunden		Index der Produktion	
	Bauhauptgewerbe	Industrie	Bauhauptgewerbe	Industrie	Bauhauptgewerbe	Industrie ¹⁾
	1	2	3	4	5	6
1963	99,8	96,2	91,5	94,2	94,4	101,6
1964	100,9	94,8	98,3	92,1	106,6	104,7
1965	98,2	94,7	91,6	89,9	103,7	109,0
1966	97,0	93,6	92,1	86,6	108,3	114,2
1967	88,7	87,1	83,9	78,4	103,6	111,7
1968	85,3	87,7	79,8	78,5	103,1	116,0
1969	88,8	90,3	78,8	79,5	107,3	121,0

¹⁾ ohne Bau und Energie.

Das Ausmaß dieses Rückgangs gegenüber 1962 war für beide Merkmale die meiste Zeit bei der Industrie stärker als bei dem Bauhauptgewerbe. Zum Ende der Periode änderte sich das, und 1969 hielt das Bauhauptgewerbe bei einem Stand um eine Kleinigkeit unter dem der Industrie.

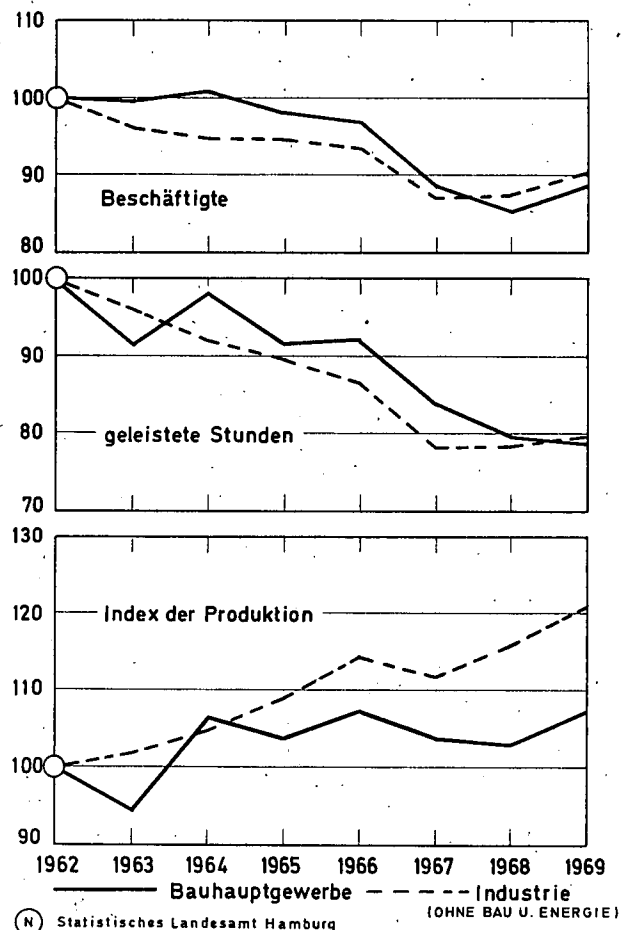
Von diesem zuletzt nahezu gleichen Stand bei beiden Merkmalen unterscheidet sich das Leistungsniveau (Produktionsindex) beider Sparten erheblich. Hier lag das Bauhauptgewerbe nahezu ständig um ein beträchtliches Stück unter dem der Industrie. Allein 1964 hatte das Bauhauptgewerbe einen leichten Vorsprung vor der Industrie. Danach zog die Industrie jedoch an der Bauwirtschaft vorbei; und die Spanne zwischen beiden Reihen verbreiterte sich immer mehr. Im Jahre 1969 war das Mehr der Produktionsleistung gegenüber der von 1962 bei der Industrie dreimal so groß wie bei dem Bauhauptgewerbe.

2.7 Die Zahl der Arbeitskräfte — ein besonderes Problem des Bauhauptgewerbes

Angaben über die Zahl der Beschäftigten werden bevorzugt als Indiz für Stand und Entwicklung eines Wirtschaftszweiges genommen. Auch die jüngsten Daten über die Zahl der Beschäftigten im hamburgischen Bauhauptgewerbe sind Schlüsselzahlen, zur Zeit sogar in ganz besonderem Maße. Der Aufschluß,

Schaubild 4

Das Bauhauptgewerbe in Hamburg 1963 bis 1969 im Vergleich zu der hamburgischen Industrie
(1962 = 100)



den sie zu geben vermögen, ist allerdings nicht aus einem einfachen Vergleich mit den Angaben aus dem Beginn des Jahrzehnts zu erwarten. Ihre Rolle erhalten sie aus der Gegenwart als Ausdruck einer Konstellation von Umständen eigener Art, die zwar schon seit langem angelegt war, aber in der jetzigen Aufstiegsphase der Konjunktur schärfer denn je zuvor hervorgetreten ist: Mangel an Arbeitskräften. Die technische Entwicklung der Baugeräte ist darauf ausgerichtet, menschliche Arbeitskraft zu ersetzen und die noch zu leistende ergiebiger zu machen. In die gleiche Richtung zielt die Entwicklung moderner Bauweisen, insbesondere die Verlagerung von Arbeiten von der Baustelle in die Werkstätten und Fabriken der Lieferanten: Fertigteil- und Montagebau, d. h. die Verwendung von fertig gelieferten geschoßhohen oder raumbreiten Bauteilen für Außen- und Innenwände, Verwendung einer Unzahl von vorgefertigten kleineren Bauelementen, Transportbeton u. dgl. mehr. Die Arbeiten an der Baustelle selbst beschränken sich für das Bauhauptgewerbe in all diesen Fällen immer mehr auf reine Montage. Insgesamt sind durch die technische Entwicklung etliche, viel Personal erfordernde Arbeitsgänge weggefallen.

Dieser Zug zur Arbeitskräfte sparenden Bauweise ging — sich ständig verstärkend — durch das ganze letzte Jahrzehnt. An seinem Ende stellen daher 44 000 Beschäftigte eine weit höhere Baukapazität

als zu seinem Beginn. Eine um rund 6 000 Personen geringere Zahl an Beschäftigten im Jahr 1969 gegenüber 1962 für das hamburgische Bauhauptgewerbe könnte man daher als eine ganz natürlich aus dieser Entwicklung folgende Verringerung der Arbeitsplätze auffassen, die hinzunehmen sei.

Dieser Auslegung widerspricht jedoch der erheblich unter dem Niveau der Industrie liegende Index der Bauproduktion, der sich zudem mit 107 (1962 = 100) immer noch nur relativ knapp über dem Niveau des Basisjahres bewegt. Das wird als Zeichen dafür gewertet, daß das Bauhauptgewerbe in Hamburg — ebenso wie auch andernorts im Bundesgebiet — noch nicht einen an sich — von der Bedarfslage her gesehen — erreichbaren engeren Anschluß an den allgemeinen Konjunkturaufschwung gefunden hat.

Die Ursache dieses Rückstandes wird — was auch sonst im einzelnen immer noch mit im Spiel sein mag — vornehmlich in der Zahl der zur Zeit im Bauhauptgewerbe tätigen Personen gesehen. Diese Zahl gilt allgemein als zu gering. Auch ein stärker als je zuvor mit leistungsfähigen Geräten ausgestattetes Baugewerbe erfordert eine angemessene Zahl von Arbeitskräften, soll ein Optimum an Leistung erreicht werden. Da die nötigen zusätzlichen Arbeitskräfte fehlen, bleibt die effektive Leistung unter diesem Optimum.

Diese vor allem in der Fachpresse vorgetragene Darstellung wird für Hamburg bestätigt durch die Berichte seines Arbeitsamtes. Danach gibt es hier praktisch keine arbeitslosen deutschen Bauarbeiter, dafür aber an die zwei- bis dreitausend offene Stellen in den Bau-, Ausbau- und Bauhilfsberufen. Die Zahl der in diesem Sektor tätigen Gastarbeiter hat sich von 1965 bis 1969 von 2 100 auf 4 300 Personen mehr als verdoppelt. In den Ausführungen des Amtes zur Charakterisierung der Beschäftigungslage im Baubereich kehren stereotyp Wendungen wieder wie: Kräfte kaum noch vorhanden; angespannte Personallage; Deckung des Kräftebedarfs schwierig u. dgl. mehr.

Für diese Situation wird vielfach eine sinkende Anziehungskraft des Baugewerbes verantwortlich gemacht und von einer „verstärkten Abwanderung der Bauarbeiter“ in andere Wirtschaftszweige gesprochen — so der „ifo schnelldienst“ in den Hinweisen und Kurzkomentaren seiner Nr. 5 vom 30. 1. 1970⁴⁾.

Zum Ende des Jahres 1969 und noch mehr zu Anfang des Jahres 1970 hatte die anhaltende Kälte die Arbeitsleistung des Bauhauptgewerbes in Hamburg und seinen Bedarf an Arbeitskräften auf ein ungemein niedriges Niveau gedrückt. Mit Einsetzen von Tauwetter wäre die Zahl der Arbeitskräfte, die das Bau-

hauptgewerbe dann einzusetzen vermag, das erste Indiz dafür, welches Leistungsniveau in der Folge in diesem Jahr zu erwarten wäre. Im Jahre 1969 hatte die Beschäftigung im hamburgischen Bauhauptgewerbe in der Hauptsaison bis zu 46 000 Personen erreicht. Die Zahl der Beschäftigten müßte schon um ein gutes Stück über diesen Stand hinauskommen, soll mit einer höheren Bauproduktion als 1969 gerechnet werden können⁵⁾.

3. Hinweise für die folgenden Kapitel

Außer der bloßen Zahl der Beschäftigten insgesamt, von der bisher durchweg allein die Rede war, ist ebensosehr ihre Verteilung nach Gewerbezweigen oder Betriebsgrößen für ein Urteil über den zum Ende des Berichtsjahrzehnts erreichten Stand und danach zu erwartenden Entwicklungsmöglichkeiten von Bedeutung. Die folgenden Kapitel führen näher in diese Einzelheiten hinein.

Aus diesem Grunde mußte das vorgelegte Zählmaterial teilweise unterschiedlichen Erhebungskreisen der Bauberichterstattung entnommen werden. In den vorausgegangenen Kapiteln war durchweg von Daten die Rede, die auf alle Betriebe abgestellt sind, und zwar auf die sogenannten hochgerechneten Werte, die aus den monatlichen Meldungen der Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten abgeleitet sind. In dem folgenden Teil dieser Arbeit kommen zwei weitere Kategorien von Ergebnissen hinzu:

1. Angaben aus der Mitte jeden Jahres stattfindenden sogenannten Totalerhebung (alle Betriebe);
2. Angaben allein der Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten; hier geht es um Daten, die aus methodischen Gründen nicht auf Ergebnisse für alle Betriebe hochgerechnet werden können.

Das Material dieser beiden zusätzlichen Kategorien ist tiefer gegliedert, als es bei den hochgerechneten Werten möglich war.

Alle drei Aufbereitungen zusammen bieten eine Fülle von Informationen. Aus der Vielfalt dieser Erscheinungen können hier nur einige besonders bemerkenswerte Züge herausgehoben werden.

4. Große und kleine Betriebe

4.1 Hohe Fluktuation?

Totalerhebungen sind Bestandsaufnahmen. Die Erhebungen im Bauhauptgewerbe Mitte jedes Jahres sollen daher unter anderem auch jeweils den Bestand an Betrieben neu feststellen und zugleich den Veränderungen dieses Bestandes nachgehen.

Aus den Zu- und Abgängen wäre ein Bild der Fluktuation im Bauhauptgewerbe zu gewinnen. In der Praxis bereitet das allerdings einige Schwierigkeiten. Die bei den Totalerhebungen benutzten Unterlagen enthalten außer den tatsächlichen, „echten“ Zu- und Abgängen auch solche methodischen-formalen Charakters. Diese exakt von den echten Fällen zu trennen, ist nicht immer möglich. Die folgenden Angaben beruhen daher zu einem Teil auf Schätzungen, die Zusammenhänge dürften sie dennoch zutreffend darstellen:

⁴⁾ Die Bauwirtschaft selbst schätzt die Situation offenbar als sehr prekär ein; sie hat sehr drastisch mit einem Angebot wesentlich erhöhter Löhne reagiert.

⁵⁾ Bei Abschluß dieses Beitrages lagen die Ergebnisse für das erste Halbjahr 1970 vor. Sie zeigten:

Art der Angaben	1970 Juni	Januar — Juni		Veränderung in % Januar—Juni 1970 gegenüber Januar—Juni 1969
		1969	1970	
Beschäftigte	46 749	44 996	43 254	+ 4,0
Geleistete Arbeitsstunden in 1000	7 680	33 457	32 294	+ 3,6
Index der Produktion 1962 = 100	150,3	112,1	99,4	+ 12,8

Man kann für ein Jahr durchschnittlich mit zusammen etwa 250 Zu- und Abgängen im Bestand an Betrieben des Bauhauptgewerbes in Hamburg rechnen — die Summen für die einzelnen Jahre bewegten sich seit Mitte 1962 zwischen 180 und 330 Einheiten. Insgesamt waren in der Zeit von Mitte 1962 bis Mitte 1969 etwa 830 Betriebe neu aufgetreten und etwa 900 erloschen. Beide Kategorien — Zu- und Abgänge — zusammengenommen, kamen auf mehr als 1 700 Veränderungen.

Veränderungsraten in dieser Größenordnung mögen auf den ersten Blick den Eindruck einer relativ hohen Fluktuation erwecken, sie dürfte aber nicht über den Grad hinausgehen, der bei einem so stark klein- und mittelbetrieblich organisierten Gewerbebezirk, wie dem Bauhauptgewerbe, zu erwarten ist. Ähnlich lebhaft Bewegungen sind auch in anderen Bereichen zu beobachten, in denen es ebenso wie bei dem Bauhauptgewerbe für die Mehrzahl der Betriebe bei ihrer Errichtung oder Auflösung vornehmlich auf die Person des oder der Inhaber ankommt, auf ihr Alter, ihre Fähigkeiten, ihre Entschlüsse. Soweit sich das hier überblicken läßt, treten Jahr für Jahr Personen in großer Zahl auf, die versuchen, sich selbständig zu machen, und dann zumeist relativ kleine Betriebe begründen, darunter häufig recht kurzlebige Unternehmungen, die ebensoschnell wie sie begonnen wurden, auch wieder aufgegeben werden, weil ihre Begründer ihre Kraft und ihre Möglichkeiten überschätzt und nicht selten auch unzureichend ausgerüstet begonnen hatten. Ihre Anzahl hält die Angaben über die Zu- und Abgänge an Betrieben im hamburgischen Bauhauptgewerbe ständig auf einem relativ hohen Stand. Hinzu kommt auf der Seite der Abgänge eine nicht unerhebliche Zahl von Betrieben, die vornehmlich aus Altersgründen aufgegeben werden. Bei manchem Inhaberwechsel ist das, was juristisch und in der Statistik als Betriebsaufgabe und Neugründung erscheint, wirtschaftlich oft keine Veränderung. Hinter den Bewegungen im Bestand der Betriebe stehen daher in ihrer Masse Vorgänge, die sich am Rande des eigentlichen Kerns abspielen, diesen selbst aber nur wenig berühren und, soweit es geschieht, zumeist nur Einzelfälle mit individuellem Hintergrund darstellen, denen als Zufallserscheinungen keine größere Bedeutung beizumessen ist. Bewegung wird in die Veränderung der Betriebszahlen schließlich auch noch durch die Arbeitsgemein-

schaften gebracht. Sie werden in den Bestandszahlen als selbständige Betriebe geführt. Auf begrenzte Zeit geschlossen, erscheinen sie zumeist in relativ kurzen Abständen einmal auf der Zugangs- und danach auf der Abgangsseite der Bestandsrechnung.

4.2 Zahl der Betriebe leicht gesunken

Als Saldo all dieser Bewegungen ergab sich Mitte 1969 eine ein wenig geringere Zahl an Betrieben im hamburgischen Bauhauptgewerbe als Mitte 1962. Dieser Saldo betrug 69 Einheiten oder 5,3 % weniger als 1962 (1 242 nach 1 311 Betrieben). Das ist zwar eine Verringerung des Bestandes gegenüber 1962. Auch die Zahl der Jahre mit abnehmender Tendenz war seit damals größer als die mit steigender Tendenz (Tabelle 5). Aber all diese Veränderungen bewegten sich im Rahmen von 1–2 %, mit einer einzigen Ausnahme im Jahre 1968: damals ging die Zahl der Betriebe um 41 Einheiten oder um einiges mehr als 3 % zurück. Dafür hatte aber das Jahr 1969 wieder eine vergleichsweise kräftige Zuwachsrate, die allerdings noch keinen vollen Ausgleich für die vorausgegangenen Abnahmen brachte.

Tabelle 5
Betriebe des Bauhauptgewerbes in Hamburg
Mitte 1963 bis 1969
— Alle Betriebe (Totalerhebung) —

Mitte des Jahres	Anzahl der Betriebe		Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Vorjahr	Berichtsjahr	
1963	1 311	1 321	+ 10
1964	1 321	1 308	— 13
1965	1 308	1 278	— 30
1966	1 278	1 252	— 26
1967	1 252	1 254	+ 2
1968	1 254	1 213	— 41
1969	1 213	1 242	+ 29

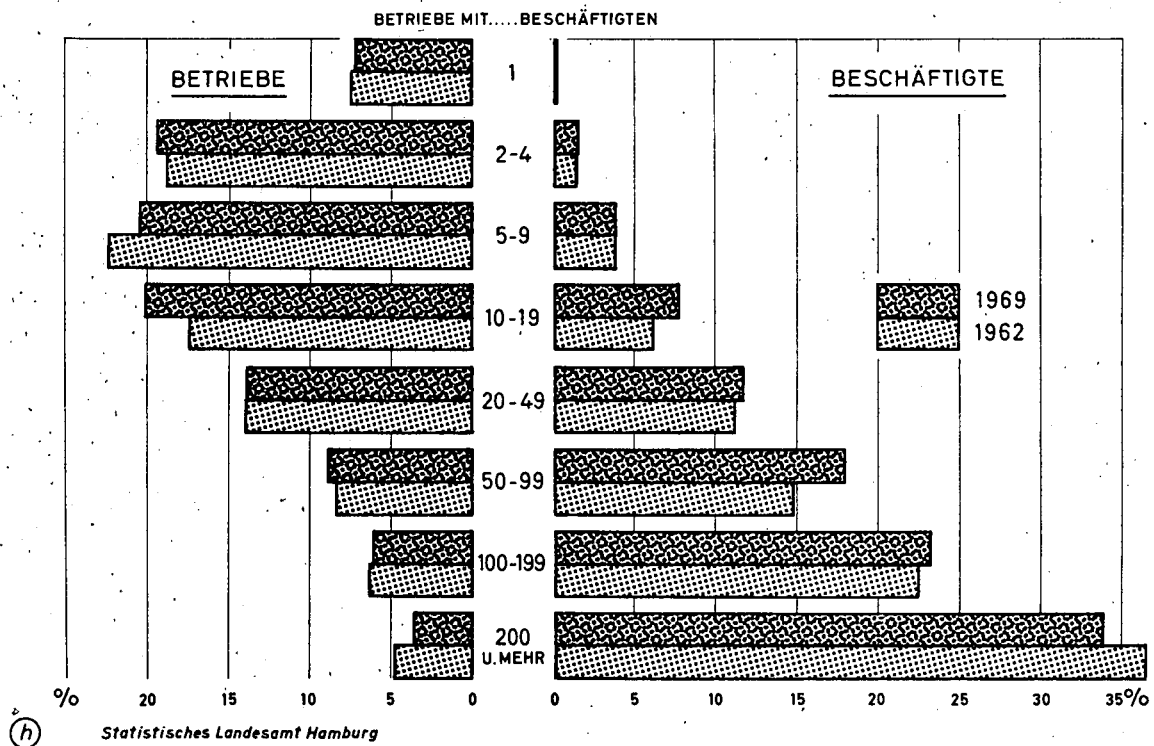
Insgesamt zeigen die in Tabelle 5 nachgewiesenen Bewegungen der Gesamtzahlen eine im Kern relativ hohe Beständigkeit. Die Ausschläge von Jahr zu Jahr kommen in ihrem Ausmaß durchweg nicht über den Rahmen einer noch vorwiegend vom Zufall bestimmten Streubreite hinaus. Der zweifellos auch im hamburgischen Bauhauptgewerbe wirksame Wandlungsprozeß der sechziger Jahre hat zwar eine Reihe

Tabelle 6
Betriebe und Beschäftigte des Bauhauptgewerbes in Hamburg
Mitte 1962 und 1969 nach Betriebsgrößenklassen
— Alle Betriebe (Totalerhebung) —

Betriebe mit Beschäftigten	Betriebe					Beschäftigte				
	1962		1969		Veränderung 1969 gegenüber 1962 in %	1962		1969		Veränderung 1969 gegenüber 1962 in %
	Anzahl	%	Anzahl	%		Anzahl	%	Anzahl	%	
	1	2	3	4		6	7	8	9	
1	98	7,5	91	7,3	— 7,1	98	0,2	91	0,2	— 7,1
2– 4	248	18,9	241	19,4	— 2,8	753	1,5	720	1,6	— 4,4
5– 9	294	22,4	254	20,5	— 13,6	1 948	3,8	1 734	3,8	— 11,0
10– 19	229	17,5	249	20,1	+ 8,7	3 210	6,2	3 460	7,7	+ 7,8
20– 49	184	14,0	174	14,0	— 5,4	5 794	11,2	5 316	11,7	— 8,2
50– 99	110	8,4	111	8,9	+ 0,9	7 663	14,8	8 131	18,0	+ 6,1
100– 199	84	6,4	77	6,2	— 8,3	11 599	22,5	10 545	23,3	— 9,1
200 u. mehr	64	4,9	45	3,6	— 29,7	20 582	39,8	15 277	33,7	— 25,8
Insgesamt	1 311	100	1 242	100	— 5,3	51 647	100	45 274	100	— 12,3

Schaubild 5

**Betriebe und Beschäftigte des Bauhauptgewerbes in Hamburg
Mitte 1962 und 1969 nach Betriebsgrößenklassen**



von Betrieben ausscheiden lassen, er hat aber an ihre Stelle auch immer wieder andere rücken lassen, die das Reservoir der Betriebe die ganze Zeit hindurch auf einem relativ gleichmäßigen Niveau hielt.

4.3 Kleine Betriebe relativ gut behauptet

An der Hierarchie des hamburgischen Bauhauptgewerbes nach Groß-, Mittel- und Kleinbetrieben hat sich im Verlauf der sechziger Jahre im Grundzug nicht sonderlich viel geändert. Neben Tabelle 6 zeigt dies das Schaubild 5 sehr anschaulich.

Das Baugeschehen in Hamburg bietet auch kleinen und kleinsten Betrieben nach wie vor ein breites Feld: Betriebe mit 1–19 Beschäftigten stellten im Juni 1969 mit 835 Einheiten etwas mehr als zwei Drittel (67,3%) der insgesamt 1 242 Betriebe (Tabelle 6, Spalten 3 u. 4). Dieser Anteil war Mitte 1962 bei 869 von 1 311 Betrieben mit 66,3% sogar um eine Kleinigkeit geringer: das Gewicht der kleineren Betriebe im Rahmen aller Betriebe des Bauhauptgewerbes hatte sich 1969 gegenüber 1962 also der Zahl nach ein wenig vergrößert. Wenn dieser Zuwachs auch nur geringfügig war, er unterstreicht immerhin doch, daß sich die Gruppe der kleineren Betriebe in der zum Ende der sechziger Jahre insgesamt kleiner gewordenen Zahl aller Betriebe (1 242 nach 1 311 Betrieben 1962) mit ebenso großem Erfolg hatte behaupten können wie die der größeren.

Beide Gruppen von Betrieben — die der größeren ebenso wie die der kleineren — wiesen 1969 weniger Einheiten aus als 1962. Diese Rückgänge waren indes sogar ihrer absoluten Zahl nach, noch mehr aber im Verhältnis zu dem jeweiligen Gesamtbestand an

Betrieben ihrer Gruppe, im Bereich der kleineren Betriebe geringer als bei der zahlenmäßig etwa halb so großen Gruppe der größeren Betriebe. Die Gruppe der kleineren Betriebe wies 34 Betriebe weniger aus, die der größeren 35 weniger; das waren 4 bzw. 8% weniger als 1962: bei den größeren Betrieben im Verhältnis also doppelt soviel weniger als bei den kleineren.

5. Unterschiedliche Entwicklung der einzelnen Gewerbezweige

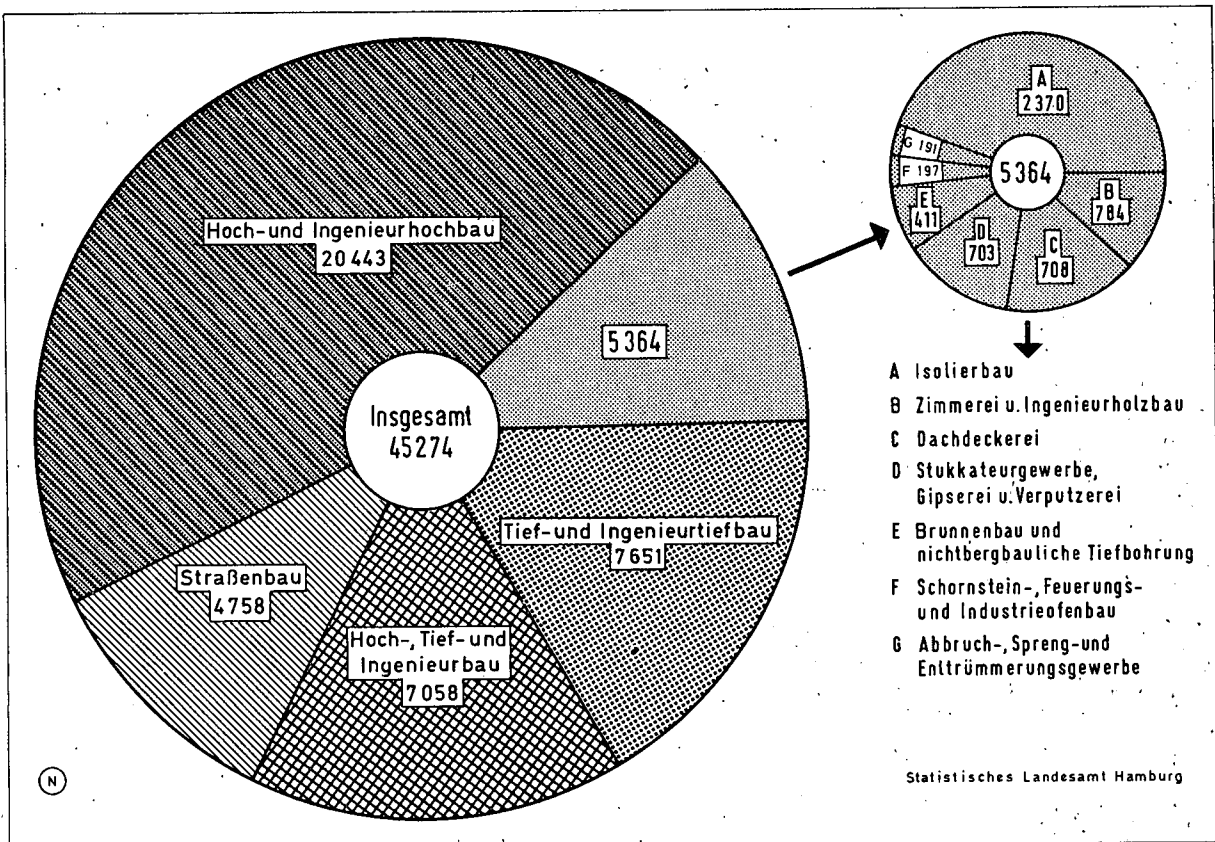
5.1 Grundstruktur

Die Systematik der Wirtschaftszweige unterscheidet für das Bauhauptgewerbe insgesamt 11 Gewerbezweige. Vier von ihnen — der Straßenbau eingeschlossen — werden zu der Gruppe des Hoch- und Tiefbaus zusammengefaßt. Die sich deutlich von dieser ersten abhebende zweite Gruppe der sieben anderen Zweige verbindet ihre Eigenschaft als Spezialisten miteinander. Jeder dieser sieben Zweige widmet sich einer bestimmten relativ eng umgrenzten Sonderaufgabe: Schornstein-, Feuerungs- und Industrieofenbau, Dämmung und Abdichtung (Isolierbau), Brunnenbau und nichtbergbauliche Tiefbohrung, Abbruch-, Spreng- und Entrümmungsgewerbe, zu diesen als Spezialbau bezeichneten Gewerbezweigen kommen hinzu Stukkateurgewerbe, Gipserei und Verputzerei zum einen sowie Zimmerei und Ingenieurholzbau und schließlich Dachdeckerei.

In ihrem Gewicht innerhalb des Bauhauptgewerbes und in ihrer Struktur nach Größenklassen unterschei-

Schaubild 6

Beschäftigte des Baugewerbes in Hamburg
Mitte 1969 nach Gewerbebezügen



den sich diese beiden Gruppen erheblich voneinander (Anhangtabelle 4, Schaubild 6) ⁶⁾.

Die Gruppe des Hoch- und Tiefbaus (einschl. Straßenbau) besitzt im Rahmen des gesamten Bauhauptgewerbes bei weitem das Übergewicht: der Zahl ihrer Betriebe nach ebenso wie der Zahl der Beschäftigten nach (Anhangtabelle 4, Spalten 3–10). Bei den Beschäftigten ist dieses Übergewicht sogar noch weit stärker ausgeprägt als bei den Betrieben. Etwa drei Viertel aller Betriebe des Bauhauptgewerbes sind Betriebe der Gruppe Hoch- und Tiefbau, und etwa 90 % aller Beschäftigten des Bauhauptgewerbes sind Arbeitskräfte dieser Gruppe.

Nicht nur der Anteil der sieben gesondert ausgewiesenen Spezialbereiche an dem Bauhauptgewerbe insgesamt ist relativ gering, gering ist auch durchweg die Größe der Betriebe in diesen Sparten: ihre besonderen, aber begrenzten Aufgaben im Baubereich fordern in der Regel keine sonderlich großen Betriebe. Zur Hauptsache findet man hier Kleinbetriebe mit relativ wenigen Beschäftigten. Die Zahl der hier vorkommenden Mittelbetriebe (20–199 Beschäftigte) fällt dagegen erheblich ab und kommt bei weitem nicht an die im Bereich des Hoch- und Tiefbaus heran. In den Bereich der größeren Betriebe mit 200 und mehr Beschäftigten ragen allein, einige wenige Betriebe eines einzigen Gewerbebezuges hinein: des Isolierbaus (dabei mag eine Rolle spielen, daß von diesen Betrieben nicht allein Arbeiten an Land-

bauten, sondern auch umfangreiche Isolierungen im Schiffbau ausgeführt werden und daß darüber hinaus noch die eine oder andere Besonderheit hinzukommt).

Es gibt etliche Zweige in dieser Gruppe der Spezialisten, bei denen dominiert der Kleinbetrieb nicht nur gemessen an der Zahl der Betriebe, sondern darüber hinaus sogar auch der Zahl der Beschäftigten nach; und dann gelegentlich wiederum relativ stark: bei der Zimmerei und der Dachdeckerei. Dort, wo in dieser Gruppe auch der Mittelbetrieb (20–199 Beschäftigte) auftritt, erscheint er zumeist auf den unteren Stufen dieses Bereichs; Betriebe mit 100 und mehr Beschäftigten sind relativ selten.

Anders nimmt sich daneben der Bereich des Hoch- und Tiefbaus aus. Nicht allein, daß er über weit mehr Betriebe und Beschäftigte verfügt, viele dieser Betriebe sind zudem weit größer als die in der Gruppe der Spezialisten. Auch im Hoch- und Tiefbau findet man den Einmannbetrieb. — Die Zahl dieser Kleinsten ist hier sogar größer als ihre Zahl insgesamt bei den Spezialisten. — Ähnlich steht es bei den folgenden Größenklassen. Was den Hoch- und Tiefbau von der Gruppe der Spezialisten, dann jedoch vollends unterscheidet, ist die Pyramide der großen Betriebe, die sich über der breiten Basis kleiner und mittlerer erhebt und in Größenordnungen etwa bei 1 000 Beschäftigten hinaufreicht. Von den 45 Betrieben mit 200 und mehr Beschäftigten des Jahres 1969 (Anhangtabelle 4, Spalte 2) gehörten die allermeisten (41) zum Hoch- und Tiefbau, und von den 15 300 Be-

⁶⁾ Hier werden die Daten aus den Totalerhebungen von Mitte 1962 auf Mitte 1969 benutzt.

schäftigten dieser Größenklasse waren rd. 14 000 in den Betrieben des Hoch- und Tiefbaus tätig.

Immerhin spielen die Großbetriebe, d. h. die Betriebe mit 200 und mehr Beschäftigten, im Hoch- und Tiefbau (einschl. Straßenbau) zwar eine recht bedeutende Rolle — mit 14 200 Beschäftigten stellten sie 1969 36 % der insgesamt fast 40 000 Beschäftigten im Hoch- und Tiefbau. Den Vorrang vor ihnen genießen jedoch der Zahl der Beschäftigten nach die mittleren Betriebe (20–199 Beschäftigte) mit einem insgesamt relativ großen Vorsprung vor den Großbetrieben: mit 21 600 Personen ist ihre Zahl um rund die Hälfte größer als die der Großbetriebe (14 200). Die kleinen Betriebe mit 1–19 Beschäftigten blieben dagegen trotz ihrer relativ großen Zahl, die vornehmlich dem Hoch- und Ingenieurbau zu danken ist, mit ihren nicht ganz 4 200 Beschäftigten weit hinter dem Niveau der großen und mittleren Betriebe zurück.

In sich weist die Gruppe des Hoch- und Tiefbaus (den Straßenbau immer eingeschlossen) noch wieder etliche und zumeist erhebliche Unterschiede aus. Einen besonders herausgehobenen Platz unter den 4 Sparten dieser Gruppe nimmt der Hoch- und Ingenieurbau ein (Anhangtabelle 4, Spalten 5 und 6). Mit nicht allzuviel weniger als der Hälfte aller Beschäftigten im Bauhauptgewerbe ist er die alle übrigen Gewerbegebiete mit Abstand überragende Sparte. Gerade bei ihm kommt auch der Vorrang der Mittelbetriebe mit 20 bis 199 Beschäftigten besonders markant heraus. Dieser Sektor war 1962 und war auch 1969 noch trotz aller inzwischen eingetretenen und zumal bei ihm selbst zu beobachtenden Veränderungen der überhaupt größte Komplex des gesamten

Bauhauptgewerbes in Hamburg: mit 10 900 Beschäftigten stellte er Mitte 1969 nur um einiges weniger als ein Viertel der insgesamt 45 300 Beschäftigten im hamburgischen Bauhauptgewerbe. Tief- und Ingenieurbau (Anhangtabelle 4, Spalten 7 und 8) sowie Straßenbau (Spalten 9 und 10) zeigen ebenfalls ein Übergewicht mittlerer Betriebe. Allein der umfassende Kombinationszweig Hoch-, Tief- und Ingenieurbau (Spalten 3 und 4) weicht von dem Gesamtbild der Gruppe Hoch- und Tiefbau um einiges ab. Obwohl bei ihm die Großbetriebe seit Mitte 1962 viel an Umfang verloren haben — die Zahl ihrer Beschäftigten fiel von fast 7 000 Mitte 1962 auf 3 000 Mitte 1969, halbierte sich also nahezu —, verfügen sie auch jetzt noch immer über einen, wenn auch nur winzigen Vorsprung gegenüber den Mittelbetrieben (3 300 Beschäftigte Mitte 1969).

5.2 Die Veränderungen

Seine Grundstruktur nach Gewerbebezügen hat das Bauhauptgewerbe in Hamburg während der ganzen sechziger Jahre trotz einer ganzen Reihe von Verschiebungen im einzelnen weithin beibehalten (Tabelle 7). Selbst in der Rangfolge der einzelnen Gewerbegebiete hat es nur ausnahmsweise einmal einen Platzwechsel gegeben (Tabelle 8).

Der Hoch- und Ingenieurbau namentlich hat zwar seit Mitte 1962 erhebliche Einbußen hinnehmen müssen — die auch innerhalb des gesamten Bauhauptgewerbes in Hamburg am stärksten zu Buch schlugen —, seinen Vorrang gegenüber den anderen Gewerbegebieten hat er behauptet, wenn er auch an Abstand gegenüber der ihm folgenden Sparte einiges verloren

Tabelle 7

Betriebe und Beschäftigte des Bauhauptgewerbes in Hamburg
Mitte 1962 und 1969 nach Gewerbebezügen
— Alle Betriebe (Totalerhebung) —

Gewerbegebiete	Betriebe					Beschäftigte				
	1962		1969		Veränderung 1969 gegenüber 1962 in %	1962		1969		Veränderung 1969 gegenüber 1962 in %
	Anzahl	%	Anzahl	%		Anzahl	%	Anzahl	%	
	1	2	3	4		6	7	8	9	
Hoch-, Tief- u. Ingenieurbau	57	4,3	56	4,5	— 1,8	9 431	18,3	7 058	15,6	— 25,2
Hoch- u. Ingenieurhochbau	732	55,8	666	53,6	— 9,0	23 974	46,4	20 443	45,2	— 14,7
Tief- u. Ingenieur Tiefbau	109	8,3	116	9,3	+ 6,4	7 483	14,5	7 651	16,9	+ 2,2
Straßenbau	79	6,0	75	6,0	— 5,1	5 658	11,0	4 758	10,5	— 15,9
Schornstein-, Feuerungs- u. Industrieofenbau	6	0,5	8	0,7	+ 33,3	190	0,4	197	0,4	+ 3,7
Dämmung u. Abdichtung (Isolierbau)	42	3,2	81	6,5	+ 92,9	1 820	3,5	2 370	5,2	+ 30,2
Brunnenbau u. nichtbergbauliche Tiefbohrung	21	1,6	18	1,5	— 14,3	214	0,4	411	0,9	+ 92,1
Abbruch-, Spreng- u. Enttrümmungsgewerbe	26	2,0	13	1,1	— 50,0	225	0,4	191	0,4	— 15,1
Stukkateurgewerbe, Gipserei u. Verputzerei	26	2,0	30	2,4	+ 15,4	722	1,4	703	1,6	— 2,6
Zimmerei u. Ingenieurholzbau	145	11,1	111	8,9	— 23,4	1 311	2,5	784	1,7	— 40,2
Dachdeckerei	68	5,2	68	5,5	—	619	1,2	708	1,6	+ 14,4
Insgesamt	1 311	100	1 242	100	— 5,3	51 647	100	45 274	100	— 12,3

Tabelle 8

**Gewerbebezüge des Bauhauptgewerbes in Hamburg
Mitte 1962 und 1969
in der Rangfolge nach der Zahl der Beschäftigten von 1962
— Alle Betriebe (Totalerhebung) —**

Gewerbebezüge	Beschäftigte	
	1962	1969
Hoch- und Ingenieurhochbau.	23 974	20 443
Hoch-, Tief- und Ingenieurbau	9 431	7 058
Tief- und Ingenieurtiefbau ...	7 483	7 651
Straßenbau	5 658	4 758
Dämmung und Abdichtung (Isolierbau)	1 820	2 370
Zimmerei- und Ingenieurholzbau	1 311	784
Stukkateurgewerbe, Gipserei und Verputzerei	722	703
Dachdeckerei	619	708
Abbruch-, Spreng- und Ent- trümmerungsgewerbe	225	191
Brunnenbau und nichtberg- bauliche Tiefbohrung	214	411
Schornstein-, Feuerungs- und Industrieofenbau	190	197

hat. Anders steht es mit dem Mitte 1962 den zweiten Platz haltenden Hoch-, Tief- und Ingenieurbau, der soviel an Beschäftigten abgab, daß er Mitte 1969 auf den dritten Platz rückte, knapp hinter den Tief- und Ingenieurbau, der Mitte 1962 um ein ganzes Stück hinter ihm gelegen war, bis 1969 aber nicht nur seinen alten Stand behaupten konnte, sondern darüber hinaus sogar noch einige, wenn auch nicht allzu viele Beschäftigte hinzugewann (Tabelle 7, Spalte 10).

Dieser leichte Zugang an Arbeitskräften machte den Tief- und Ingenieurbau zu dem einzigen von den vier Gewerbebezügen der Hoch- und Tiefbaugruppe in Hamburg, der nicht an dem Rückgang der Zahl der Beschäftigten in den sechziger Jahren teilnahm: Hoch-, Tief- und Ingenieurbau beschäftigten zum Ende der sechziger Jahre rund ein Viertel Arbeitskräfte weniger als zum Beginn des Jahrzehnts, der Hoch- und Ingenieurbau 15 % weniger und der Straßenbau 16 % weniger.

War der Tief- und Ingenieurbau auch der einzige Gewerbebezug mit mehr Beschäftigten unter den Zweigen des Hoch- und Tiefbaus, der einzige im gesamten Bereich des Bauhauptgewerbes in Hamburg war er nicht. Neben ihm stand vielmehr sogar noch eine ganze Reihe anderer Zweige unter den Spezialgebieten des Bauhauptgewerbes. War außerdem bei dem Tiefbau eine Zuwachsrate von rd. 2 % (Tabelle 7, Spalte 10) nicht viel mehr als ein gutes Behaupten des ursprünglichen Beschäftigungsniveaus (bei zugleich ansehnlichem Zuwachs an Leistung), so wiesen demgegenüber die anderen wesentlich kleineren Gewerbebezüge nicht allein relativ höhere Zuwachsraten aus, sondern zumeist obendrein eine absolut höhere Zahl an hinzugekommenen Beschäftigten: Tiefbau + 168 Personen = + 2 %, Isolierbau (Dämmung und Abdichtung) + 550 Personen = + 30 %, Brunnenbau und nichtbergbauliche Tiefbohrung + 197 Personen = + 92 %; ferner mit fühlbaren Zunahmen: Dachdeckerei + 89 Personen = + 14 %, und schließlich mit wesentlich geringeren Sätzen: Schornstein-, Feuerungs- und Industrieofenbau + 7 Personen = + 4 %.

Auffallend schwach zeigten sich dagegen Zimmerei

und Ingenieurholzbau. Hier ging die Zahl der Beschäftigten seit Mitte 1962 von 1 311 Personen um 527 Personen oder — 40 % zurück auf 784 Personen.

6. Umschichtung bei den Beschäftigten

6.1 Anders qualifiziertes Personal

Modernere Bauweisen, mehr und leistungsfähigere Geräte, anspruchsvollere Bauobjekte, kompliziertere und schwierigere Berechnungen und Abrechnungen, verstärkte Bauaufsicht — ihnen steht ein ebenfalls anders qualifiziertes Personal gegenüber. Überkommene einfache Arbeiten weichen allenthalben mehr und mehr komplizierteren, anspruchsvolleren: den Steinträger löst der Kranführer ab, den Erdarbeiter der Baggerführer — oder vielmehr ein Kranführer eine Kolonne von Steinträgern, ein Baggerführer eine Schar von Erdarbeitern. Dem Meister alten Stils folgt der Diplomingenieur. Poliere und Hilfspolier werden mehr gebraucht als zuvor. In die Büros ziehen mehr Techniker ein, ebenso mehr kaufmännisches Personal. Die sechziger Jahre waren eine sehr lebhaft Phase in diesem sich ständig weiter ausbreitenden komplexen, einander gegenseitig steuernden Prozeß. Anfang und Ende dieses Jahrzehnts stellen zwei durch charakteristische Eigenheiten voneinander unterschiedene Stadien in diesem Ablauf dar.

Das hamburgische Bauhauptgewerbe war an dieser allgemeinen Entwicklung im Bauwesen in erheblichem Maße beteiligt. Seine Belegschaft war 1969 nicht allein — und gerade auch durch diese Tendenz — kleiner geworden als 1962, sie stellte sich vor allem in einer ganzen Reihe von Einzelzügen auch anders dar als zuvor — allerdings wiederum nicht völlig anders. Im Gegenteil, trotz aller im einzelnen vielfach starken Umschichtungen, wurde das Gesamtgefüge dieser Belegschaft in Hamburg keineswegs umgestürzt: so sehr sich die Anteile etlicher Beschäftigtengruppen — zum Teil sogar beträchtlich — verringerten und andere dafür mehr hervortraten, die überkommene Rangfolge dieser Gruppen untereinander blieb weithin erhalten, insbesondere hielten die Hauptgruppen mit wenigen Ausnahmen ihren einmal eingenommenen Platz, wenn auch mit weit geringerem Vorsprung vor den ihnen nachfolgenden Gruppen als zuvor.

6.2 Das Bild der Veränderungen

6.2.1 Überkommene Beschäftigtengruppen stark verkleinert

Der Zug zur höher qualifizierten Arbeit traf — naturgemäß — vor allem die Gruppe der Helfer und Hilfsarbeiter — die der Zahl nach stärkste Beschäftigtengruppe des Bauhauptgewerbes. Der Rückgang ihrer Zahl von 1962 bis 1969 ist der hervorstechendste, alle übrigen Veränderungen zahlenmäßig weit überdeckende Vorgang in der gesamten Entwicklung des Bauhauptgewerbes in Hamburg: diese Zahl — 1962 mit weitem Abstand die höchste von allen Beschäftigtengruppen — verringerte sich von 14 800 um 5 600 Personen oder erheblich mehr als ein Drittel (— 38 %) auf 9 200 Personen (Tabelle 9). Sie war seit 1962 ungemein stetig in unterschiedlichen, zumeist aber starken Sprüngen, gefallen — am stärksten, um rund 1 600 Personen in der konjunkturell schwächsten Phase der sechziger Jahre

von 1967 auf 1968. Danach (1969) kam dieser Rückgang zunächst einmal zum Stillstand; die Zahl stieg sogar wie bei der Mehrzahl der übrigen Beschäftigtengruppen wieder an, allerdings im Gegensatz zu der Entwicklung der anderen Sparten nur verschwindend wenig um keine 30 Personen (Anhangtabelle 5).

Tabelle 9

**Beschäftigte des Bauhauptgewerbes in Hamburg
Mitte 1962 und 1969 nach der Stellung im Betrieb**
— Alle Betriebe (Totalerhebung) —

Stellung im Betrieb	1962		1969		Veränderung 1969 gegenüber 1962 in %
	Anzahl	%	Anzahl	%	
	1	2	3	4	
Helfer, Hilfsarbeiter	14 832	28,7	9 213	20,4	— 37,9
Maurer	10 679	20,7	8 456	18,7	— 20,8
Zimmerer	4 538	8,8	4 624	10,2	+ 1,9
Sonst. Arbeiter (z. B. Kran- u. Baggerführer, Schlosser)	4 338	8,4	4 965	11,0	+ 14,5
Übrige Facharbeiter (Dachdecker, Isolierer, Stukkateure)	3 663	7,1	4 260	9,4	+ 16,3
Kaufm. Angestellte einschl. Lehrlinge	2 387	4,6	2 688	5,9	+ 12,6
Hilfsspoliere, Hilfsmeister, Fachvorarbeiter	2 309	4,5	2 637	5,8	+ 14,2
Betonbauer	1 956	3,8	1 877	4,1	— 4,0
Techn. Angestellte einschl. Lehrlinge	1 823	3,5	2 550	5,6	+ 39,9
Poliere, Schäch- meister, Meister	1 820	3,5	1 939	4,3	+ 6,5
Gewerbl. Lehrlinge	1 772	3,4	652	1,5	— 63,2
Tätige Inhaber u. Mitinhaber	1 403	2,7	1 276	2,8	— 9,1
Unbezahlte mithelfende Familien- angehörige	127	0,2	137	0,3	+ 7,9
Insgesamt	51 647	100	45 274	100	— 12,3

Der Maurer — Prototyp überkommener Technik — ist noch immer der gefragteste unter den Facharbeitern, aber insgesamt sichtlich doch nicht mehr so sehr wie noch vor einem Jahrzehnt. Mit 8 500 Personen trat diese Beschäftigtengruppe 1969 in einer weit kleineren Zahl auf als 1962 (10 700; — 21%). Ihre Zahl hatte sich zudem bis zum Jahre 1966 zwar leicht sinkend — aber stets über einem Stand von 10 000 Personen gehalten. Die Jahre 1967 und vor allem 1968 brachten dann schärfere Einbrüche, denen dann 1969 ein zwar nur leichter, aber doch doppelt so starker Anstieg wie bei den Helfern und Hilfsarbeitern folgte. Maurer und Helfer einschl. Hilfsarbeiter, 1962 um eine weite Spanne von mehr als 4 000 Personen voneinander entfernt, näherten sich durch ihre im großen und ganzen zwar gleichlaufende, in ihrer Stärke aber sehr unterschiedliche Entwicklung bis auf eine knappe Spanne von etwa 760 Personen ein-

ander. Die weit überwiegende Zahl der Maurer arbeitet im Hoch- und Ingenieurbau (zwischen 85 und 90 %) (Anhangtabelle 6, Spalten 5 und 6). Hier waren auch die Einbußen der Zahl nach am stärksten, während der mit weit weniger Maurern ausgestattete Hoch-, Tief- und Ingenieurbau im Verhältnis wesentlich mehr von seinen Maurern einbüßte: rund 680 Mann oder mehr als die Hälfte seiner 1 260 Maurer von 1962 (Anhangtabelle 6, Spalten 3 und 4). Bemerkenswert ist, daß nahezu alle übrigen Gewerbebezüge ihre zumeist nicht sonderlich hohen Zahlen an Maurern häufig vervielfachten; so etwa der Tief- und Ingenieurbau von 97 auf 295 Personen oder der Straßenbau noch stärker von 31 auf 142.

6.22 Zum Teil starke Schwankungen bei allen übrigen Beschäftigtengruppen

Ein weit komplizierteres Bild als die Entwicklung bei den Helfern und Hilfsarbeitern sowie bei den Maurern bietet die bei den übrigen Beschäftigtengruppen — von den Lehrlingen ist noch besonders zu sprechen. Jede dieser Gruppen hat ihre Besonderheiten (Anhangtabellen 5 und 6). Aber bei allen Unterschieden im einzelnen vereint sie doch ein mehr oder weniger deutlich hervortretender Grundzug. Er ist gekennzeichnet durch je eine Aufstiegsphase zu Beginn des Jahrzehnts zumeist bis etwa zu seiner Mitte — gelegentlich sogar noch darüber hinaus — und eine zweite gegen Ende des Jahrzehnts nach einem unterschiedlich langen und tiefen Abstieg wieder einsetzende zweite Aufstiegsphase.

Diese zweite zum Ende des Berichtszeitraums gerade erst wieder angelaufene — und noch nicht einmal in allen Gruppen wirksame — Phase reichte bisher zuweilen noch nicht dazu, die vorher eingetretenen Rückgänge wieder wettzumachen. In der überwiegenden Zahl der Fälle — und zwar bei den bedeutenderen Beschäftigtengruppen — gelang es jedoch, das Niveau des vorher verlassenen Höchststandes wieder zu erreichen — in zwei besonders bedeutsamen Fällen sogar um einiges zu übertreffen.

Am weitesten wich die Gruppe der technischen Angestellten von dieser allgemeinen Grundlinie ab. Die sonst überall zu beobachtende Zwischenphase rückläufiger Tendenz um die Mitte der sechziger Jahre drückte sich hier lediglich in einem verzögerten Anstieg über eine Reihe von Jahren hinweg aus, der zum Schluß (Mitte 1969) in einen ungemein kräftigen Zuwachs mündete (Anhangtabelle 5, Spalte 10). Die technischen Angestellten sind daher auch die Beschäftigtengruppe, deren Zahl am Ende der sechziger Jahre mit 2 550 Personen am weitesten — um 40 % — über den Stand des Jahres 1962 hinausgekommen ist (Tabelle 9).

Die nächsten Plätze in der Reihe der Beschäftigtengruppen vorwiegend aufsteigender Linie halten hinter den technischen Angestellten die übrigen Bau-facharbeiter und die sonstigen (qualifizierten) Arbeiter⁷⁾ (Anhangtabelle 5, Spalten 6 und 5, Tabelle 9). Beide standen 1969 nach einigen Jahren geringerer Beschäftigung wieder in etwa auf dem Niveau des zuvor verlassenen Höhepunktes von Mitte der sechziger Jahre; die übrigen Bau-facharbeiter (die „Spezialisten“) kamen mit 4 260 Personen um ein gutes Stück darüber (4 071 Personen im Jahre 1966) hinaus, die sonstigen Arbeiter (die „Maschiner-

⁷⁾ Unter diesen reichlich farblosen Sammelbegriffen ist bei den übrigen Bau-facharbeitern die lange sehr heterogene Reihe von „Spezialisten“ zu verstehen: Dachdecker, Isolierer, Stukkateure, Fliesenleger, Straßenbau-facharbeiter, Mineure, Brunnenbauer und noch etliche andere mehr.
Zu der in sich ebenfalls nicht gleichartigen Gruppe der sonstigen Arbeiter zählen insbesondere die verschiedensten Baumaschinen- und Geräteführer, namentlich Kran- und Baggerführer, ferner Maschinisten unterschiedlicher Art, Schlosser, Schmiede, Schweißer und noch allerlei andere.

sten“) hielten praktisch etwa die Höhe von damals (1969 = 4 965 Personen, 1962 = 6 016 Personen). Zum Ende des Jahrzehnts haben beide Gruppen gegenüber dem Stand zu seinem Beginn 15/16 % hinzugewonnen.

Nicht wieder auf ihren jeweiligen Höchststand von Mitte der sechziger Jahre kamen sowohl die kaufmännischen Angestellten und die Hilfspoliere — sie blieben sogar relativ weit dahinter zurück — (Anhangtabelle 5, Spalten 7 und 8), dennoch erhob sich bei beiden die Zahl der Beschäftigten im Jahre 1969 erheblich über die von 1962 (Tabelle 9, + 13 bzw. 14 %). Noch etwas anders verlief wiederum die Entwicklungslinie bei den Polieren und Meistern: sie hatten 1966 (Höhepunkt) und 1969 nahezu die gleiche Zahl an Beschäftigten, kamen damit aber bei weitem nicht so kräftig über die Zahl von 1962 hinaus (knapp um 7 %).

Eine relativ schwache Entwicklung zeigten schließlich Zimmerer und Betonbauer. Gegenüber 1962 konnten die Zimmerer gerade einen Zuwachs von 2 % ausweisen, blieben damit aber erheblich unter den Spitzenziffern von 4 943 Personen des Jahres 1966 (– 7 %, Tabelle 9). Die Betonbauer erreichten 1969 sogar nicht einmal wieder den Stand von 1962 (– 4%; bei dieser Gruppe könnten allerdings auch Zuordnungsprobleme eine Rolle gespielt haben).

Was bisher in diesem Kapitel in einigen wenigen Strichen dargestellt wurde, waren die Hauptlinien der Entwicklung. Der interessierte Leser findet eine Fülle weiterführenden Materials in der Anhangtabelle 6. Sie gliedert ihre Daten außer nach einzelnen Beschäftigtengruppen zusätzlich nach Gewerbebezügen. Hier und da konnten bereits einige Hinweise aus dieser Tabelle entnommen werden. Zum Schluß sei als erläuterndes Beispiel die Gruppe der Zimmerer näher dargestellt. Wie sich zeigt, war die Zahl der Zimmerer insbesondere in ihrem eigenen Stammgewerbe — Zimmerei und Ingenieurholzbau — 1969 geringer als 1962; wie überhaupt dieser Gewerbebezweig bei allen übrigen Beschäftigtengruppen sinkende Tendenz auswies (Spalten 21 und 22). Dagegen hatten einige andere Gewerbebezüge die Zahl der bei ihnen beschäftigten Zimmerer vergrößern können, so etwa der Isolierbau (Spalten 13 und 14), vor allem aber auch der Hoch- und Ingenieurbau (Spalten 5 und 6), der sowieso sechsmal mehr Zimmerer beschäftigt als die Zimmereibetriebe selbst und allein mit seiner Zahl an Zimmerern das ganze Zimmereigewerbe um das Dreifache übertrifft (1969 2 782 gegen 784 Personen).

6.23 Wenig gewerbliche Lehrlinge

Ein ganz besonderes Kapitel für das Bauhauptgewerbe stellt die Zahl der gewerblichen Lehrlinge dar. Ihre Zahl war im Laufe der sechziger Jahre von Etappe zu Etappe ständig geringer geworden. Dieser Schwund war zwar nicht absolut, aber relativ noch weit krasser als etwa der bereits beträchtliche Rückgang bei den Helfern und Hilfsarbeitern oder bei den Maurern. Rund 1 800 Lehrlinge waren bereits im Jahre 1962 keine sonderlich hohe Zahl (3,4 % aller Beschäftigten im Bauhauptgewerbe Hamburgs; Tabelle 9). Danach beschäftigte das Bauhauptgewerbe in Hamburg fast Jahr für Jahr etwa 200 Lehrlinge weniger als im Vorjahr. Im Jahre 1969 machte die

Zahl der Lehrlinge dann mit etwa 650 Personen gerade noch etwa ein Drittel des Standes aus dem Jahre 1962 aus = rund 3 % der insgesamt 24 200 Facharbeiter im hamburgischen Bauhauptgewerbe.

Von diesem Rückgang bei den Lehrlingen blieben außer dem Tief- und Ingenieurbau, der seinen Stand von etwa 30 Lehrlingen behaupten konnte, nur noch die kleineren Sparten des Isolierbaus (56 bzw. 58 Lehrlinge) und die Dachdeckerei (8 bzw. 13 Lehrlinge) verschont (Anhangtabelle 6).

Der Gewerbebezweig mit der höchsten Zahl an Lehrlingen, der Hoch- und Ingenieurbau, verlor im Laufe der sechziger Jahre allein 791 von 1 182 Lehrlingen im Jahre 1962, er hielt 1969 keine 400 Lehrlinge mehr.

6.3 Anteile verschoben, Rangfolge jedoch wenig verändert

Die fühlbaren Einbußen bei den Helfern und Hilfsarbeitern sowie bei den Maurern zwischen 1962 und 1969 hatten zwar die Anteile beider Gruppen an der Zahl der Beschäftigten im hamburgischen Bauhauptgewerbe von zusammen 50 auf 40 % gesenkt (Tabelle 9). In der Rangfolge der Beschäftigtengruppen hielten sie trotz dieser Einbußen immer noch die ersten Plätze. War ihre Zahl auch nicht mehr wie 1962 doppelt oder dreifach so groß wie die der an dritter Stelle folgenden Beschäftigtengruppe, einen breiten Vorsprung vor dieser hielten sie auch 1969 immer noch: Maurer 8 460 Personen vor 4 970 sonstigen Arbeitern.

Dadurch, daß die sonstigen Arbeiter (die „Maschinisten“) 4 970 Beschäftigte stellten, waren sie — 1962 erst an vierter Stelle stehend — 1969 auf den dritten Platz vorgerückt.

Dieser Vorsprung vor den Zimmerern — den Haltern des dritten Platzes im Jahre 1962 — war eine der wenigen Rangverschiebungen, die zwischen 1962 und 1969 überhaupt zu beobachten war. Immerhin bleibt es bezeichnend, daß außer den „Maschinisten“ — diesen besonderen Exponenten der Mechanisierung im Bauhauptgewerbe — auch gerade zwei andere Träger der technischen Entwicklung in der Rangfolge aufholten: die technischen Angestellten sowie die Poliere und Meister.

Wandel in den technischen Anforderungen dürften auch dahinter stehen, wenn die übrigen Facharbeiter (die „Spezialisten“) zwar nicht ihre Position — sie blieb an fünfter Stelle —, wohl aber ihren Anteil an der Zahl der Beschäftigten ansehnlich vergrößern konnten (vgl. dazu Anhangtabelle 6, Spalten 5 und 6 sowie 13 und 14).

7. Weniger Arbeitsstunden bei den meisten Bauarten

7.1 Geleistete Arbeitsstunden und Produktion

Zu diesem Kapitel sei an das erinnert, was oben in den Abschnitten 2.3, 2.4 und 2.5 über geleistete Arbeitsstunden, Produktion, Produktionsleistung je Arbeitsstunde (Produktivität) und über die Problematik in den Beziehungen zwischen geleisteten Arbeitsstunden und den mit ihnen erbrachten Produktionsleistungen gesagt wurde. Die Produktivität in der Bauwirtschaft wurde dort als eine schwerfaßbare Größe geschildert und dem Produktivitätsfaktor wurde gerade soviel an Zuverlässigkeit zugemessen, wie nötig ist, ihn als Gradmesser der großen Entwicklungslinie verwenden zu können. Das galt für die

sehr globalen Komplexe Bauhauptgewerbe insgesamt sowie seine beiden umfassenden Untergliederungen Hochbau und Tiefbau insgesamt. Die schon dort anzumerkende Problematik wird jedoch um so größer, je tiefer das Material aufgegliedert wird, d. h., es ist noch schwieriger, ein Bild von der unterschiedlichen Produktivität bei den einzelnen Bauarten und ihrer Entwicklung zu gewinnen. Sie dürfte nahezu allenthalben gestiegen sein; in welchem Ausmaß das jeweils geschah, bleibt jedoch relativ ungewiß. In zurückgehenden Stundenzahlen — wie sie während der sechziger Jahre zumeist bei den einzelnen Bauarten zu beobachten sind — muß daher nicht unmittelbar ein entsprechender Leistungsabfall zu sehen sein, und eine geringere Stundenzahl eines Sektors im Vergleich zu der eines anderen braucht daher noch nicht ohne weiteres auf eine gleichermaßen geringere Produktionsleistung hinzuweisen.

Die in diesem Kapitel mitgeteilten Arbeitsstunden besagen daher nur etwas über den Personaleinsatz in den einzelnen Bauarten, unmittelbar jedoch nur wenig über die damit bewirkte Bauleistung, die Produktion in den einzelnen Sektoren und das Verhältnis der Leistungen dieser Sektoren untereinander. Schlüsse dieser Art sind zwar nicht ausgeschlossen, können jedoch nur mit äußerster Vorsicht gezogen werden.

7.2 Die Entwicklung bei den einzelnen Bauarten

Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden ging im hamburgischen Bauhauptgewerbe von 1962 bis 1969 von fast 90 Mio Stunden um mehr als ein Fünftel (21 %) auf nicht ganz 71 Mio Stunden zurück (Tabelle 10).

Tabelle 10

Geleistete Arbeitsstunden im Bauhauptgewerbe in Hamburg 1962 und 1969 nach der Art der Bauten
— Alle Betriebe (hochgerechnete Werte) —

Art der Bauten	1962		1969		Veränderung 1969 gegenüber 1962 in %
	Anzahl in 1 000	%	Anzahl in 1 000	%	
	1	2	3	4	
Wohnungsbau	32 002	35,8	20 534	29,1	— 35,8
Gewerblicher und industrieller Bau	20 637	23,1	18 134	25,7	— 12,1
Öffentlicher und Verkehrsbau	7 299	8,1	7 471	10,6	+ 2,4
Hochbau	7 382	8,2	5 416	7,7	— 26,6
Sonst. Tiefbau	22 159	24,8	18 995	26,9	— 14,3
Insgesamt	89 479	100	70 550	100	— 21,2

An dieser Entwicklung waren nahezu alle Bauarten beteiligt — allein die Hochbau Tätigkeit im Öffentlichen und Verkehrsbau hielt die meiste Zeit einen etwa gleichen Stand durch: nur dreimal in den acht Jahren 1962 bis 1969 sank die Zahl der Stunden unter das sonst ständig über 7 Mio Stunden gehaltene Niveau auf etwa 6,5 bis 6,6 Mio Stunden (Tabelle 1, Spalte 5). Im Vergleich zum Jahre 1962 konnte dieser Sektor daher im Jahre 1969 als einziger einen, wenn auch nur geringen Zuwachs von 2,4 % auf fast 7,5 Mio Stunden buchen — übrigens den höchsten Stand dieses Sektors seit 1962. Sein Anteil an der Gesamtzahl der im hamburgischen Bau-

hauptgewerbe geleisteten Arbeitsstunden vergrößerte sich dadurch von 8,1 auf 10,6 % (Tabelle 10, Schaubild 7).

Tabelle 11

Geleistete Arbeitsstunden im Bauhauptgewerbe in Hamburg 1962 bis 1969 nach der Art der Bauten
— Alle Betriebe (hochgerechnete Werte in 1 000) —

Jahre	Insgesamt	Wohnungsbau	Gewerblicher und industrieller Bau	davon			
				Öffentlicher und Verkehrsbau			
				Insgesamt	davon		
					Hochbau	Straßenbau	Sonstiger Tiefbau
	1	2	3	4	5	6	7
1962	89 479	32 002	20 637	36 840	7 299	7 382	22 159
1963	81 847	28 171	18 951	34 725	6 546	7 600	20 579
1964	87 915	29 717	19 887	38 311	7 433	7 735	23 143
1965	81 942	26 596	20 080	35 266	7 073	6 653	21 540
1966	82 411	26 611	21 124	34 676	7 225	6 945	20 506
1967	75 074	25 329	18 378	31 367	6 443	6 364	18 560
1968	71 393	23 071	17 451	30 871	6 668	5 937	18 266
1969	70 550	20 534	18 134	31 882	7 471	5 416	18 995

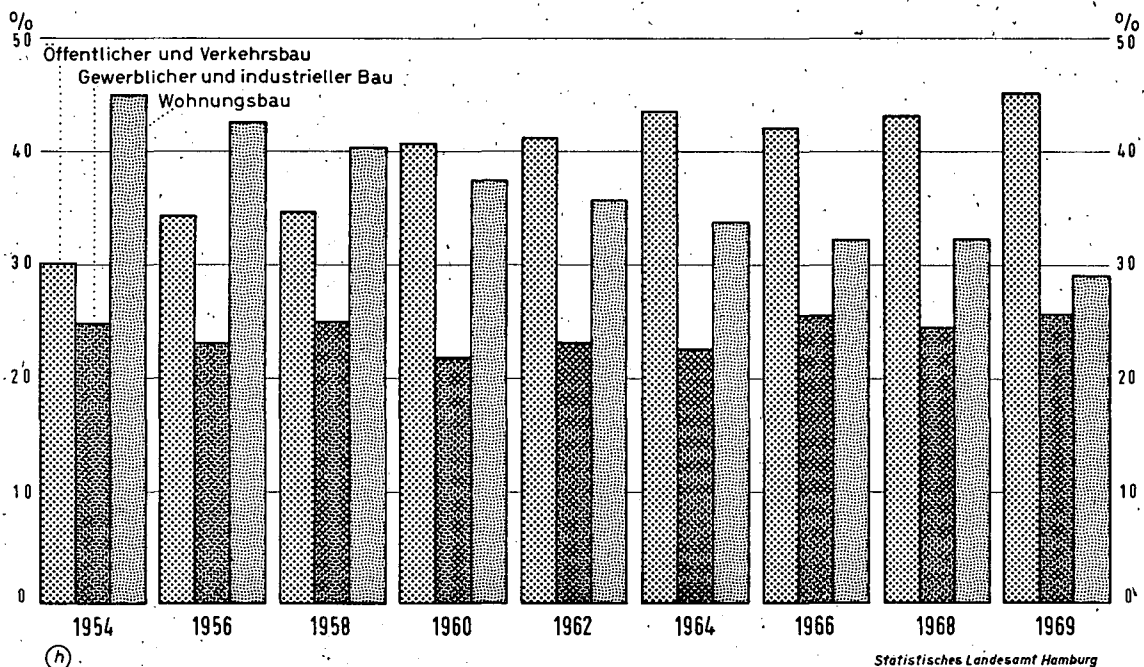
Der Rückgang in der Zahl der Arbeitsstunden ging vornehmlich auf Kosten des Wohnungsbaus. Hier sank ihre Zahl nahezu ständig (Tabelle 11, Spalte 2). Der Rückgang setzte bereits im Jahre 1963 ein, und damals sogar relativ kraß. Weitere verhältnismäßig starke Einbußen folgten dann noch in den Jahren 1965 und in den letzten beiden Jahren 1968 und 1969. Durch diese Rückgänge kam die Zahl der Arbeitsstunden im Wohnungsbau im Jahre 1969 mit 20,5 Mio Stunden auf einen Stand um mehr als ein Drittel (36 %) unter dem von 1962 (Tabelle 10). Im Jahre 1962 weit vor allen übrigen Bauarten noch zu fast 36 % an der Gesamtzahl der Stunden beteiligt, erreichte der Wohnungsbau keine 30 % Anteil mehr. Er hielt damit zwar immer noch die Spitze unter den Bauarten, aber nur noch mit einem relativ geringen Vorsprung vor den früher (1962) um ein gutes Stück hinter ihm rangierenden gewerblichen und industriellen Bauten und dem sonstigen Tiefbau im „Öffentlichen und Verkehrsbau“.

Gewerbliche und industrielle Bauten sowie ebenso der sonstige Tiefbau im Öffentlichen und Verkehrsbau wiesen zwar ebenfalls Rückgänge auf. Aber anders als im Wohnungsbau waren diese Rückgänge nicht so kraß. Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden hielt bei beiden Bauarten besser stand als dort, zwischendurch kam es bei ihnen sogar gelegentlich zu höheren Werten als im Jahr zuvor (Tabelle 11, Spalten 3 und 7). Anhaltend unter dem Ausgangsniveau des Jahres 1962 lagen bei beiden Bauarten erst die Zahlen aus den Jahren 1967, 1968 und 1969. Das Jahr 1969 wies für den gewerblichen und industriellen Bau 12 % weniger Stunden aus als das Jahr 1962 (18,1 nach 20,6 Mio Stunden) und für den sonstigen Tiefbau 14 % weniger (19 nach 22,2 Mio Stunden), wie Tabelle 10 zeigt. Ihre Anteile an der Gesamtzahl der geleisteten Arbeitsstunden stiegen dadurch von 23 oder 25 % auf 26 bzw. 27 %.

Der Straßenbau schließlich steht mit seiner Entwicklung etwa in der Mitte zwischen dem Wohnungsbau und den beiden zuletzt genannten Bauarten. Im

Schaubild 7

Anteile der Bauarten an den geleisteten Arbeitsstunden des Bauhauptgewerbes in Hamburg 1954 bis 1969



Jahre 1969 wies er nach einem relativ stetigen Rückgang um fast 27 % weniger geleistete Arbeitsstunden aus als im Jahre 1962. Seinen Anteil an der Gesamtzahl der geleisteten Arbeitsstunden hatte er in etwa behauptet (7,7 nach 8,2 %).

Weitere Einzelheiten, und zwar über den Personaleinsatz der einzelnen Gewerbebezüge bei den verschiedenen Bauarten kann der interessierte Leser der Tabelle 7 des Anhangs entnehmen. Die Angaben zu dieser Tabelle wurden aus dem Material der monatlichen Bauwirtschaftsberichterstattung für Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten gewonnen. Für diese Betriebe und für die letzten drei Jahre konnte aus-

gezählt werden, wie viele der Arbeitsstunden in den einzelnen Bauarten jeweils von den verschiedenen Zweigen des hamburgischen Bauhauptgewerbes geleistet wurden — auf einen Vergleich mit den Ergebnissen des Jahres 1962, wie er in diesem Beitrag sonst durchweg angestellt wurde, mußte in diesem Falle verzichtet werden: für dieses Jahr waren die erforderlichen Unterlagen nicht mehr greifbar. Immerhin dürfte auch das für die Jahre 1967, 1968 und 1969 in der Tabelle 7 des Anhangs zusammengestellte Material ausreichen, dem an Einzelheiten interessierten Leser einen Begriff von den Zusammenhängen zwischen Bauarten und Gewerbebezügen zu geben.

3. Zusammenfassung

In Hamburg arbeiteten 1969 — grob geschätzt — etwa 90 000 „Bauleute“: neben den etwa 46 000 Beschäftigten des Bauhauptgewerbes noch einmal eine in etwa gleich große Zahl von Personen, die ebenfalls Funktionen irgendwelcher Art im gesamten Bausektor Hamburgs hatten und jeweils auf ihre Weise an diesem Geschehen und seiner Entwicklung teilhatten. Die hier geschilderten Verhältnisse und Entwicklungen des Bauhauptgewerbes stehen daher bei weitem nicht für die Entwicklung der Bauwirtschaft Hamburgs schlechthin.

Weniger Beschäftigten und noch weniger geleisteten Arbeitsstunden standen im Bauhauptgewerbe Ende der sechziger Jahre höhere Produktionsleistungen als zu Beginn des Jahrzehnts gegenüber. Mit 89 % der Beschäftigten und sogar nur 79 % der geleisteten Arbeitsstunden von 1962 erzielte das hamburgische Bauhauptgewerbe 1969 eine Produktionsleistung, die um 7 % über der von 1962 lag. Mit dieser Produktionsleistung lag das Bauhauptgewerbe jedoch nahezu ständig um ein beträchtliches Stück unter der der Industrie: Index der Produktion 1969 im Bauhauptgewerbe = 107, in der Industrie (ohne Bau und Energie) 121 (1962 = 100).

Dieser Rückstand gegenüber der Industrie wird zumeist vornehmlich in einer zu geringen Zahl von Arbeitskräften gesehen. Ein Optimum an Leistung könne nur mit einer erheblich über dem Stand von 46 000 Personen liegenden Zahl von Beschäftigten erzielt werden.

Im Bauhauptgewerbe Hamburgs haben sich neben den größeren Betrieben auch kleinere Betriebe relativ gut behauptet.

Seine Grundstruktur nach Gewerbebezügen hat das Bauhauptgewerbe in Hamburg während der ganzen sechziger Jahre trotz einer ganzen Reihe von Verschiebungen im einzelnen insgesamt weithin beibehalten.

Bei den Beschäftigten haben sich zwar die Anteile einzelner Beschäftigtengruppen an der Gesamtzahl der Beschäftigten verändert, an der Rangfolge der Gruppen hat sich dennoch wenig geändert. Helfer und Hilfsarbeiter sowie Maurer büßten zwar etliches an Boden ein, hielten jedoch trotzdem noch immer die ersten beiden Plätze; Technische Angestellte, „Spezialisten“, „Maschinisten“ und Führungskräfte vergrößerten ihre Anteile. Die Zahl der gewerblichen Lehrlinge ist nur noch gering: ihre Zahl ging von 1962 bis 1969 um rund zwei Drittel zurück.

Vor allem Wohnungsbau und Straßenbau wiesen 1969 weit weniger geleistete Arbeitsstunden aus als 1962. Allein die Hochbautätigkeit im Öffentlichen und Verkehrsbau behauptete einen relativ gleichmäßigen Stand.

Willi Lellau

Anhangtabelle 1

**Beschäftigte des Bauhauptgewerbes in Hamburg
1950 bis 1969**
— Alle Betriebe (hochgerechnete Werte) —

Jahre	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Sep- tember	Oktober	November	Dezember	Jahres- durch- schnitt
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
1950	28 799	28 548	30 011	32 567	35 342	36 991	38 598	40 398	39 705	40 369	36 259	29 287	34 741
1951	28 065	31 444	33 102	34 042	34 447	34 538	35 472	34 915	35 130	34 930	33 797	30 439	33 360
1952	28 304	27 437	29 456	30 625	31 288	32 475	34 464	34 612	35 402	35 510	33 371	27 017	31 664
1953	27 765	28 888	34 020	34 674	33 688	35 660	37 573	39 085	39 523	39 244	36 473	32 031	34 885
1954	21 756	16 691	34 283	35 769	36 589	38 189	39 728	40 389	40 969	40 326	38 549	35 719	34 912
1955	21 473	19 467	31 216	40 572	42 128	43 635	45 405	46 215	46 583	45 704	45 530	38 417	38 861
1956	30 753	20 236	40 422	46 583	47 287	47 297	47 144	46 713	46 297	45 200	43 032	32 519	41 123
1957	31 954	37 238	39 820	40 221	41 203	41 270	43 279	43 176	43 118	43 084	42 549	27 971	39 574
1958	26 306	28 380	38 185	43 206	44 889	45 403	45 489	45 981	46 061	46 290	46 496	43 773	41 705
1959	34 798	37 813	45 428	47 356	47 811	48 617	49 212	48 865	48 908	48 407	46 725	45 278	45 768
1960	44 412	43 496	46 626	48 330	50 000	49 454	50 766	50 260	50 013	49 127	48 818	47 843	48 262
1961	45 686	46 913	49 442	50 076	50 314	50 923	51 827	51 926	51 539	50 626	50 105	49 437	49 901
1962	48 573	47 849	48 003	49 082	51 142	50 869	51 647	51 450	51 567	51 132	50 457	49 116	50 074
1963	47 605	46 900	47 797	49 664	50 517	50 744	51 215	51 687	51 195	50 962	51 313	50 339	49 995
1964	49 076	48 401	49 274	51 008	51 678	51 775	51 821	51 249	51 076	50 709	50 169	49 932	50 514
1965	48 290	47 282	47 950	49 210	49 766	49 710	49 936	50 085	50 031	49 716	49 149	48 688	49 151
1966	47 379	47 672	48 640	49 236	49 224	49 693	49 202	49 245	49 564	49 240	47 753	46 239	48 591
1967	43 255	41 316	42 968	43 762	44 465	45 845	45 778	46 085	45 430	45 178	44 833	43 939	44 405
1968	41 771	41 074	41 261	42 187	42 619	42 786	43 609	43 296	42 774	44 231	43 889	43 518	42 721
1969	42 295	41 803	42 507	43 793	44 732	45 137	45 544	45 751	46 047	45 778	45 252	44 669	44 443

Anhangtabelle 2

**Geleistete Arbeitsstunden des Bauhauptgewerbes in Hamburg
1950 bis 1969**
— Alle Betriebe (hochgerechnete Werte in 1 000 Stunden) —

Jahre	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Sep- tember	Oktober	Novem- ber	Dezem- ber	Jahres- durch- schnitt	Ins- gesamt
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1950	4 346	4 031	4 666	5 390	6 127	6 254	6 651	7 219	6 523	7 020	6 399	5 125	5 813	69 751
1951	4 306	4 573	5 247	5 597	5 840	5 896	6 186	6 201	5 952	6 223	5 652	4 877	5 546	66 550
1952	4 420	3 758	4 851	5 073	5 335	5 363	5 992	5 903	6 016	6 379	5 593	4 403	5 255	63 066
1953	3 864	3 562	5 744	6 027	5 618	5 978	6 859	6 925	7 220	7 352	6 499	5 876	5 960	71 524
1954	3 624	2 121	5 188	6 163	6 368	6 780	7 050	7 014	7 495	7 404	6 881	6 206	6 024	72 294
1955	3 241	3 039	3 388	6 774	7 478	7 883	8 051	8 366	8 474	8 105	8 233	6 731	6 647	79 764
1956	6 014	2 926	6 025	7 829	8 772	8 563	8 318	8 340	8 085	8 343	7 446	6 306	7 248	86 967
1957	4 460	5 524	6 669	6 817	7 070	6 715	7 310	7 260	7 078	7 492	7 027	5 171	6 549	78 593
1958	3 944	4 432	5 325	7 195	7 690	7 710	7 839	7 784	8 011	8 277	7 738	7 545	6 959	83 490
1959	5 187	4 876	7 562	8 092	7 952	8 232	8 314	8 041	8 472	8 452	7 703	6 299	7 432	89 182
1960	5 126	4 456	7 152	7 787	8 198	8 215	8 112	8 081	8 214	8 239	7 979	6 711	7 356	88 270
1961	5 543	6 386	8 218	7 792	8 309	8 528	8 028	8 880	8 282	8 326	7 816	6 042	7 679	92 150
1962	6 347	5 552	6 176	7 557	8 601	8 361	7 995	8 090	8 075	8 524	8 299	5 902	7 462	89 479
1963	2 680	2 597	5 604	7 982	8 293	8 054	7 935	7 975	8 074	8 485	8 400	5 768	6 821	81 847
1964	5 826	5 734	6 111	8 054	7 929	8 121	7 808	7 538	8 013	8 454	7 462	6 865	7 326	87 915
1965	5 972	5 227	5 871	7 289	7 535	8 076	6 839	7 076	7 445	7 958	6 383	6 271	6 828	81 942
1966	4 577	4 860	7 245	7 409	7 536	7 666	6 995	7 395	7 733	7 706	7 203	6 086	6 868	82 411
1967	5 308	5 008	6 164	6 368	6 574	6 968	6 317	6 858	6 987	6 979	6 664	4 879	6 257	75 074
1968	4 558	5 091	5 328	6 228	6 488	6 069	6 534	6 180	6 351	7 571	6 561	4 434	5 950	71 393
1969	4 704	3 478	3 864	6 414	6 732	6 819	6 688	6 500	7 207	7 756	6 349	4 039	5 879	70 550

Anhangtabelle 3

Produktion des Bauhauptgewerbes in Hamburg 1963 bis 1969
— Index der Nettoproduktion, arbeitstäglich —
(1962 = 100)

Monate — Jahr	Bauhauptgewerbe insgesamt							Hochbau							Tiefbau						
	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
Januar	34,3	79,9	93,0	71,9	82,1	74,0	79,0	35,3	79,9	95,2	69,4	83,4	73,4	79,5	32,6	79,7	88,5	77,1	79,4	75,3	77,9
Februar	36,7	85,6	82,4	80,2	85,2	86,9	84,5	36,5	83,7	83,4	79,6	86,0	84,3	61,6	37,3	89,4	80,5	81,2	83,7	92,2	70,3
März	75,4	92,3	81,2	104,7	100,6	90,5	68,8	77,2	88,4	78,4	102,7	99,7	86,3	64,9	71,9	100,4	87,0	108,7	102,4	99,1	76,8
April	114,3	111,7	115,9	127,7	108,5	112,3	121,3	111,2	107,4	110,3	124,2	106,3	106,3	111,8	120,6	120,1	127,1	134,8	113,5	124,6	140,4
Mai	114,2	132,2	120,3	125,2	113,6	112,0	132,8	111,0	127,8	115,0	121,7	110,0	105,3	121,0	120,8	141,2	131,0	132,4	120,8	125,6	156,7
Juni	127,6	118,4	129,5	121,9	111,3	120,4	129,8	124,7	115,6	129,4	117,7	107,0	115,1	119,3	133,6	124,3	129,7	130,4	119,9	131,2	151,0
Juli	100,9	104,8	99,7	110,5	104,3	104,0	121,7	99,7	100,3	92,9	106,0	98,4	97,2	99,7	103,3	113,8	113,3	119,6	118,2	117,8	166,1
August	105,5	109,8	104,4	108,2	105,1	102,2	117,1	103,9	106,0	99,8	104,4	98,8	94,5	106,9	108,8	117,6	113,5	116,1	117,7	117,9	137,8
September ..	113,4	113,1	110,1	118,3	116,2	110,9	125,5	111,6	111,1	104,4	116,2	111,0	104,1	115,9	116,8	117,3	121,9	122,7	126,7	124,8	145,1
Oktober	109,6	118,8	122,4	122,5	112,5	121,9	128,4	110,0	117,7	120,6	120,4	106,2	110,4	119,6	108,8	121,1	126,1	126,8	125,5	145,1	146,3
November ..	123,6	116,3	99,6	115,9	112,9	119,8	125,6	122,7	116,2	97,1	114,2	106,2	112,5	115,0	125,5	116,6	104,4	119,4	126,7	134,4	147,1
Dezember ..	86,0	98,9	90,6	97,3	90,3	81,8	73,6	80,9	97,2	90,1	96,2	87,0	77,5	66,5	96,5	102,4	91,5	99,4	97,1	90,7	87,8
Jahr	94,4	106,6	103,7	108,3	103,6	103,1	107,3	93,0	104,1	101,0	105,7	100,0	97,2	98,5	97,3	111,8	109,2	113,6	110,8	114,9	125,3

Anhangtabelle 4

Betriebe und Beschäftigte des Bauhauptgewerbes in Hamburg
Mitte 1962 und 1969
nach Betriebsgrößenklassen und Gewerbebezügen
— Alle Betriebe (Totalerhebung) —

Betriebe mit ... Beschäftigten	Insgesamt		Hoch- und Tief- Ingenieurbau		Hoch- und Ingenieurhochbau		Tief- und Ingenieurtiefbau		Straßenbau		Schornstein- Feuerungs- und Industrieofenbau	
	1962	1969	1962	1969	1962	1969	1962	1969	1962	1969	1962	1969
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Betriebe												
1	98	91	—	—	50	52	6	3	—	—	—	—
2- 4	248	241	—	5	146	129	9	12	6	5	—	3
5- 9	294	254	—	—	178	153	10	11	7	10	—	—
10- 19	229	249	5	7	129	139	22	22	13	10	6	—
20- 49	184	174	10	6	108	95	20	23	19	21	—	—
50- 99	110	111	7	10	62	52	16	18	14	13	—	5
100-199	84	77	11	16	38	31	16	17	14	11	—	—
200 u. mehr	64	45	24	12	21	15	10	10	6	5	—	—
Insgesamt	1311	1242	57	56	732	666	109	116	79	75	6	8
Beschäftigte												
1	98	91	—	—	50	52	6	3	—	—	—	—
2- 4	753	720	—	16	445	379	25	35	17	17	—	10
5- 9	1948	1734	—	—	1179	1032	70	74	44	74	—	—
10- 19	3210	3460	56	84	1820	1922	295	318	189	148	190	—
20- 49	5794	5316	320	202	3495	2954	621	747	592	597	—	—
50- 99	7663	8131	590	770	4355	3702	1050	1350	912	997	—	187
100-199	11599	10545	1502	2341	5230	4253	2203	2286	2010	1375	—	—
200 u. mehr	20582	15277	6963	3645	7400	6149	3213	2838	1894	1550	—	—
Insgesamt	51647	45274	9431	7058	23974	20443	7483	7651	5658	4758	190	197
Fortsetzung												
Betriebe mit ... Beschäftigten	Dämmung und Abdichtung (Isolierbau)		Brunnenbau und nichtbergbauliche Tiefbohrung		Abbruch- Spreng- und Enttrümmerungs- gewerbe		Stukkateur- gewerbe, Gipserei und Verputzerei		Zimmerei und Ingenieurholzbau		Dachdeckerei	
	1962	1969	1962	1969	1962	1969	1962	1969	1962	1969	1962	1969
	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24
Betriebe												
1	—	3	3	5	4	—	4	3	22	17	6	6
2- 4	6	23	5	—	7	—	3	3	43	46	23	14
5- 9	15	21	5	—	9	—	3	4	45	23	21	21
10- 19	8	14	—	3	3	4	6	8	22	22	15	19
20- 49	7	10	8	—	3	—	6	8	9	—	—	—
50- 99	3	6	—	6	—	—	4	4	4	3	3	8
100-199	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
200 u. mehr	3	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Insgesamt	42	81	21	18	26	13	26	30	145	111	68	68
Beschäftigte												
1	—	3	3	5	4	—	4	3	22	17	6	6
2- 4	16	69	13	—	21	—	8	9	142	140	64	38
5- 9	96	145	30	22	69	60	21	28	285	151	147	151
10- 19	121	188	—	46	30	131	84	125	303	295	200	239
20- 49	226	330	168	—	101	—	176	218	251	—	—	—
50- 99	249	433	—	338	—	—	429	320	308	181	202	274
100-199	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
200 u. mehr	1112	1202	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Insgesamt	1820	2370	214	411	225	191	722	703	1311	784	619	708

Anhangtabelle 5

**Beschäftigte in Hamburg
Mitte 1962 bis 1969 nach der Stellung im Betrieb
— Alle Betriebe (Totalerhebung) —**

Jahre	Ins- gesamt	davon												
		Helfer, Hilfs- arbeiter	Maurer	Zim- merer	Son- stige Arbeiter	Übrige Fach- arbeiter	Kaufm. An- ge- stellte	Hilfs- poliere, Hilfs- meister	Beton- bauer	Techn- nische Ange- stellte	Poliere, Meister	Gew- erbliche Lehr- linge	Inhaber	Mit- Hilf- fende Fa- milien- ange- hörige
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
1962	51 647	14 832	10 679	4 538	4 338	3 663	2 387	2 309	1 956	1 823	1 820	1 772	1 403	127
1963	50 744	14 138	10 617	4 532	4 703	3 521	2 539	1 990	1 918	1 829	1 836	1 552	1 424	145
1964	51 775	13 821	10 521	4 840	5 016	3 664	2 632	2 613	1 697	2 019	1 891	1 508	1 409	144
1965	49 847	12 306	10 177	4 845	4 509	3 399	2 601	3 159	2 028	2 058	1 905	1 368	1 355	137
1966	49 829	11 727	10 030	4 943	4 081	4 071	2 771	3 346	2 047	2 049	1 989	1 325	1 314	136
1967	45 974	10 835	9 435	4 463	3 880	3 453	2 724	2 939	1 736	2 090	1 908	1 087	1 300	124
1968	42 925	9 186	8 375	4 189	4 248	3 834	2 569	2 647	1 679	2 120	1 810	849	1 280	139
1969	45 274	9 213	8 456	4 624	4 965	4 260	2 688	2 637	1 877	2 550	1 939	652	1 276	137

Anhangtabelle 6

**Beschäftigte des Bauhauptgewerbes in Hamburg
Mitte 1962 und 1969 nach der Stellung im Betrieb und nach Gewerbe-
zweigen — Alle Betriebe (Totalerhebung) —**

Stellung im Betrieb	Insgesamt		davon									
			Hoch-, Tief- und Ingenieurbau		Hoch- und Ingenieur- hochbau		Tief- und Ingenieur- tiefbau		Straßenbau		Schornstein-, Feuerungs- und Industrie- ofenbau	
	1962	1969	1962	1969	1962	1969	1962	1969	1962	1969	1962	1969
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Tätige Inhaber und Mitinhaber	1 403	1 276	43	35	801	715	104	91	77	72	6	7
Mithelfende nichtbezahlte Familienangehörige	127	137	—	2	76	80	9	10	8	6	1	—
Angestellte einschl. Lehrlinge	4 210	5 238	1 371	1 484	1 393	1 766	574	740	447	557	59	89
davon kaufmännische	2 387	2 688	668	635	847	970	336	328	255	316	26	43
technische	1 823	2 550	703	849	546	796	238	412	192	241	33	46
Übrige Beschäftigte zusammen	45 907	38 623	8 017	5 537	21 704	17 882	6 796	6 810	5 126	4 123	124	101
davon Poliere, Schachtmeister und Meister	1 820	1 939	401	331	887	996	250	304	197	213	13	13
Hilfspoliere, Hilfsmeister und Fach- vorarbeiter	2 309	2 637	425	524	719	735	474	648	393	377	17	15
Facharbeiter nach Tarifgruppe III a - c	25 174	24 182	4 359	3 414	14 563	13 206	2 327	3 102	1 403	1 546	47	39
davon Maurer	10 679	8 456	1 256	579	9 120	7 121	97	295	31	142	11	21
Betonbauer	1 956	1 877	694	475	979	1 207	153	168	51	21	—	5
Zimmerer	4 538	4 624	1 076	983	2 666	2 782	183	271	20	30	1	—
Übrige (Dachdecker, Isolierer usw.)	3 663	4 260	348	334	791	1 042	407	771	581	375	13	1
Sonstige (Kran- und Baggerführer usw.)	4 338	4 965	985	1 043	1 007	1 054	1 487	1 597	720	978	22	12
Helfer und Hilfsarbeiter	14 832	9 213	2 517	1 168	4 353	2 554	3 714	2 723	3 065	1 963	47	34
Gewerbliche Lehrlinge, Umschüler usw.	1 772	652	315	100	1 182	391	31	33	68	24	—	—
Insgesamt	51 647	45 274	9 431	7 058	23 974	20 443	7 483	7 651	5 658	4 758	190	197

Fortsetzung

Stellung im Betrieb	davon											
	Dämmung und Abdichtung, Isolierbau		Brunnenbau		Abbruch und Sprengung		Stukkateur- gewerbe, Gipserei, Verputzerei		Zimmerei und Ingenieur- holzbau		Dachdeckerei	
	1962	1969	1962	1969	1962	1969	1962	1969	1962	1969	1962	1969
	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24
Tätige Inhaber und Mitinhaber	41	82	28	17	26	15	35	34	166	124	76	84
Mithelfende nichtbezahlte Familienangehörige	4	12	1	2	3	1	4	5	11	11	10	8
Angestellte einschl. Lehrlinge	184	348	22	75	19	24	27	37	69	49	45	69
davon kaufmännische	121	205	12	43	16	17	22	32	51	44	33	55
technische	63	143	10	32	3	7	5	5	18	5	12	14
Übrige Beschäftigte zusammen	1 591	1 928	163	317	177	151	656	627	1 065	600	488	547
davon Poliere, Schachtmeister und Meister	12	29	10	21	8	10	9	1	27	14	6	7
Hilfspoliere, Hilfsmeister und Fach- vorarbeiter	125	238	11	40	37	6	6	1	45	24	57	29
Facharbeiter nach Tarifgruppe III a - c	739	1 177	65	148	40	73	529	595	799	502	303	380
davon Maurer	63	115	—	12	1	14	31	127	69	19	—	11
Betonbauer	1	—	—	1	—	—	5	—	73	—	—	—
Zimmerer	35	120	—	—	3	1	5	—	549	437	—	—
Übrige (Dachdecker, Isolierer usw.)	639	857	23	20	4	42	472	468	86	40	299	310
Sonstige (Kran- und Baggerführer usw.)	1	85	42	115	32	16	16	—	22	6	4	59
Helfer und Hilfsarbeiter	659	426	77	108	92	62	96	25	98	32	114	118
Gewerbliche Lehrlinge, Umschüler usw.	56	58	—	—	—	—	16	5	96	28	8	13
Insgesamt	1 820	2 370	214	411	225	191	722	703	1 311	784	619	708

Anhangtabelle 7

Geleistete Arbeitsstunden im Bauhauptgewerbe in Hamburg 1967, 1968 und 1969
nach der Art der Bauten und nach Gewerbezweigen
— Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten (in 1 000 Stunden) —

Gewerbezweige	Insgesamt			davon																	
				Wohnungsbau			Gewerbl. und industrieller Bau			Öffentlicher und Verkehrsbau											
										Insgesamt			davon								
													Hochbau			Straßenbau			Sonstiger Tiefbau		
	1967	1968	1969	1967	1968	1969	1967	1968	1969	1967	1968	1969	1967	1968	1969	1967	1968	1969	1967	1968	1969
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
Hoch-, Tief- u. Ingenieur- bau	10 701	10 795	11 216	1 012	1 250	1 186	4 251	4 091	4 933	5 449	5 454	5 097	1 313	1 495	1 135	391	278	339	3 745	3 681	3 623
Hoch- u. Ingenieur- hochbau ...	29 776	26 912	25 437	17 302	15 681	13 756	8 599	7 556	7 178	3 875	3 675	4 502	3 681	3 469	4 260	48	28	68	146	178	174
Tief- u. Ingenieur- tiefbau	12 353	12 786	12 666	51	26	46	654	626	376	11 648	12 131	12 244	55	78	38	561	538	382	11 032	11 515	11 824
Straßenbau ...	7 934	7 494	7 099	80	84	93	196	266	264	7 659	7 145	6 741	145	175	122	5 193	4 651	4 113	2 321	2 319	2 506
Schornstein-, Feuerungs- u. Industrie- ofenbau ...	235	122	155	14	—	—	221	122	155	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Dämmung u. Abdichtung (Isolierbau)	2 696	3 011	3 586	304	398	421	2 176	2 355	2 948	215	258	217	194	258	217	—	0	—	21	—	—
Brunnenbau u. nicht- berg- bauliche Tiefbohrung	247	256	286	1	6	9	71	90	119	174	160	160	—	5	5	1	1	2	173	154	153
Abbruch-, Spreng- u. Entrümme- rungs- gewerbe ...	222	150	161	—	9	—	199	138	161	23	4	—	23	4	—	—	—	—	—	—	—
Stukkateur- gewerbe, Gipserei u. Verputzerei	965	906	845	509	456	445	301	230	212	155	219	188	47	118	76	—	—	—	108	101	112
Zimmerei u. Ingenieur- holzbau ...	533	441	530	324	252	207	125	124	258	84	65	65	77	62	65	4	1	—	3	2	—
Dach- deckerei ...	200	323	418	69	147	256	78	125	117	53	50	44	50	47	44	3	3	—	—	—	—
Insgesamt	65 861	63 195	62 399	19 666	18 309	16 420	16 861	15 722	16 722	29 335	29 161	29 258	5 585	5 711	5 962	6 201	5 499	4 903	17 549	17 951	18 393

Die Einzelhandelspreise in größeren Fachgeschäften in Hamburg im Vergleich zu vier weiteren Großstädten der Bundesrepublik im Oktober 1969

Preisstatistiken dienen primär dem Zweck, die zeitliche Entwicklung zu vergleichen, und nicht dem sachlichen oder gar räumlichen Zeitvergleich. Wegen seiner besonderen Problematik¹⁾ verzichtet auch die amtliche Statistik in der Regel auf solche Untersuchungen, da sie nur zu leicht zu Fehlinterpretationen führen. Trotzdem besteht ein weitgespanntes Interesse an solchen regionalen Preisvergleichen; sie sind für die gemeinsame Wirtschaftspolitik in den EWG-Ländern sogar von grundlegender Bedeutung. Aus diesem Grunde hat auch die EWG speziell an diesen Zweck orientierte Preisermittlungen eingeführt. Da sie, gestützt auf genaue Warenbeschreibungen, innerhalb eines Landes jeweils von denselben Personen durchgeführt werden, ist wenigstens eine wesentliche Voraussetzung für den Preisvergleich, nämlich die Sicherstellung der Vergleichbarkeit von Art und Qualität, bestmöglich gewährleistet. Auch die Auswahl der Geschäfte dürfte noch gleichartiger sein als bei der laufenden Einzelhandelspreisstatistik. Aus diesem Grunde werden im nachstehenden Beitrag die Ergebnisse der EWG-Preisermittlung für einen Regionalvergleich zwischen Hamburg und vier anderen deutschen Großstädten benutzt — bei allen Vorbehalten, die man bei einem jeden solchen Unterfangen anmelden muß.

Die Redaktion

In der laufenden Preisberichterstattung steht das Ziel im Vordergrund, die Preisentwicklung im Zeitablauf zu messen. Dem Moment der zeitlichen Vergleichbarkeit wird deshalb bei der Festlegung der zu beobachtenden Warenqualitäten und bei der Auswahl der Berichtsfirmen größte Beachtung geschenkt. Die so ermittelten Preise sind zumeist weniger gut geeignet für interlokale Preisvergleiche, bei denen es auf die absoluten Preisunterschiede gleichartiger Waren zum gleichen Zeitpunkt ankommt¹⁾. Seit einigen Jahren gibt es jedoch im Rahmen der EWG eine laufende Erhebung über Verbraucherpreise, bei der von vornherein der interlokale Vergleich im Vordergrund steht. In der Bundesrepublik werden die entsprechenden Preisermittlungen in Hamburg sowie in Bonn, Duisburg, Frankfurt und München durchgeführt. Die dabei gewonnenen Ergebnisse für Oktober 1969 sollen im folgenden für einen Vergleich der Verbraucherpreise in Hamburg und den anderen vier Großstädten benutzt werden.

1. Die Verbraucherpreiserhebung für die EWG

Das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften ermittelt seit April 1966 Einzelhandelspreise für rd. 200 Artikel in größeren Fachgeschäften und Warenhäusern der Mitgliedstaaten. Diese Erhebungen, die jeweils zweimal im Jahr (April und Oktober) durchgeführt werden, sollen brauchbares Material für einen zwischenstaatlichen Vergleich liefern. Ziel der Erhebung ist es, festzustellen, ob und wie stark die Preisniveaus der EWG-Länder bei den einzelnen im Erhebungsprogramm enthaltenen Artikeln voneinander abweichen und welche Entwicklungstendenzen sich abzeichnen.

¹⁾ Auf die besondere Problematik bei regionalen Preisvergleichen wird hier nicht näher eingegangen. Vgl. dazu Mitteilungen aus dem Institut für Raumforschung, Heft 48: „Regionale Unterschiede in den Lebenshaltungskosten“, Bad Godesberg, 1963.

²⁾ Einen internationalen Vergleich dieser Art führt das Statistische Bundesamt laufend in Form der Berechnung von Verbrauchergeldparitäten durch. Vgl. Fachserie M: Preise, Löhne, Wirtschaftsrechnungen; Reihe 10: Internationaler Vergleich der Preise für die Lebenshaltung.

Das erhobene Preismaterial ist zu begrenzt, um ein vollständiges Spiegelbild der Einzelhandelspreisniveaus geben zu können. Noch weniger lassen sich Aussagen über Unterschiede der Lebenshaltungskosten machen, denn sämtliche Dienstleistungen, einschließlich Miete, fehlen im Erhebungsprogramm. Von vornherein sind die Artikel, für die Preise ermittelt werden, nicht nach den Verbrauchsgewohnheiten bestimmter Verbrauchergruppen ausgewählt, so daß in Ermangelung einer sinnvollen Gewichtung keine Zusammenfassung der Einzelangaben, etwa in Form einer Aufwandsumme oder eines Index, erfolgt²⁾. Es läßt sich nur eine Aussage darüber machen, wieviel ein Verbraucher für die gleiche Ware ausgeben muß, je nachdem wo er sie kauft. Im einzelnen sind für das Verständnis der EWG-Erhebung folgende Punkte bedeutsam:

a) Warenauswahl

Die Waren werden nach ihrer Bedeutung im Sortiment des Einzelhandels ausgewählt. Um stets die Preise von Waren gleicher Qualität zu ermitteln, sind die Preisermittler mit „Lupe und Waage“ ausgerüstet. Für sämtliche Textilwaren werden außer eingehenden Beschreibungen Stoffproben benutzt, für eine Reihe von Haushaltsartikeln Muster vorgelegt. Die Ermittlung der Fleischpreise erfolgt nach Rind- und Schweineskizzen mit eingezeichneten entsprechenden Fleischstücken, versehen mit nationalen Bezeichnungen. Technische Geräte — in der Regel Markenartikel — sind durch Marke, Type und Modellnummer genau bestimmt.

b) Auswahl der Berichtsstellen

Da durch die jeweilige Auswahl von Geschäften unterschiedlicher Preislage die Durchschnittspreise je Land bzw. je Stadt erheblich beeinflußt werden, ist es erforderlich, den Kreis der Berichtsstellen nach gleichen Kriterien zusammenzustellen. Zur Preisermittlung werden daher nur führende Fachgeschäfte

und Warenhäuser³⁾ herangezogen, so daß in allen beteiligten Ländern Einzelhandelsgeschäfte mit etwa gleicher Preispolitik und grundsätzlich ähnlicher Umschlagshäufigkeit ihrer Warenlager berücksichtigt sind.

c) Preise

Erfäßt wird der Preis, den der Kunde zu zahlen hat. Rabatte auf Listenpreise, die jedem Kunden gewährt werden, sind bereits abgezogen. Abweichende Preise für Ratenkäufe sind ausgeschlossen. Bei Markenwaren werden nur die Preise für Herstellermarken ermittelt, nicht jedoch für Handelsmarken.

d) Preisermittlung

Die Preisermittlung wird von den Statistischen Ämtern der einzelnen EWG-Länder durchgeführt. Diese schicken jeweils das gleiche Mitarbeiterteam in die an der Erhebung beteiligten Großstädte, so daß ein einheitliches Vorgehen gewährleistet ist. Die Erhebung erfolgte erstmals im April 1966. Veröffentlicht wurden die Ergebnisse ab Oktober 1966, zunächst im „Allgemeinen Statistischen Bulletin“⁴⁾, seit 1969 in der Reihe „Statistische Studien und Erhebungen“.

2. Ergebnisse

Für die Bundesrepublik werden die Einzelhandelspreise in den genannten fünf Großstädten erhoben: Bonn, Duisburg, Frankfurt, Hamburg und München⁵⁾. Im folgenden werden die Ergebnisse der Erhebung in den Fachgeschäften vom Oktober 1969 für Hamburg mit denen für die anderen deutschen Städte verglichen. Es handelt sich dabei um folgende Warengruppen:

- Nahrungs- und Genußmittel
- Textilien und Bekleidung
- Hausrat
- Elektrische Haushaltsgeräte
- Rundfunk- und Fernsehgeräte
- Wasch- und Toilettenartikel
- Schreibwaren, Bücher, Spielwaren
- Fotoartikel und
- Personenwagen.

2.1 Nahrungs- und Genußmittel

Der Vergleich der Durchschnittspreise für ausgewählte Nahrungsmittel in den erfaßten Einzelhandelsgeschäften der fünf Städte läßt schon auf den ersten Blick erkennen, daß grundsätzlich unterschieden werden muß zwischen Waren mit mehr oder weniger strenger Preisfixierung — vor allem Markenartikel, deren Preise vom Hersteller gebunden bzw. empfohlen sind — und anderen Waren⁶⁾. Zur ersten Gruppe zählen unter den berücksichtigten Produkten z. B. hochwertige Gemüsekonserven, Keks, Getreideflocken, ein Frühstücksgetränk, Kondensmilch und Margarine. Nur geringe Preisunterschiede ergaben

sich auch bei tiefgefrorenem Fisch, Butter, verschiedenen Käsesorten, Spaghetti (Inlandsmarke), Reis, Olivenöl, Zucker, Konfitüre, Tomatenketchup und Essig. Dagegen sind die Unterschiede bei vielen anderen Waren erheblich größer. Häufig ist dabei die Erklärung nicht so einfach wie bei frischem Seefisch (Seezungen), der in Hamburg offensichtlich aufgrund der maritimen Lage am billigsten ist; in drei der vier anderen Städte war der entsprechende Preis um rd. ein Drittel höher. Ein relativ niedriges Preisniveau wies Hamburg auch bei Obst auf, vornehmlich bei Südfrüchten. Überraschend ist die Beobachtung, daß Hamburg bei italienischen Trauben weit niedrigere Preise verzeichnete als drei der anderen Städte, München dagegen — obwohl Italien am nächsten — lag in diesem Fall mit Abstand an der Spitze.

Eine sehr breite Streuung⁷⁾ der Preise bei annähernd mittlerer Position Hamburgs ergab sich für die beobachteten Gemüsepreise. Ein ähnliches Bild zeigte sich für Fleisch, wenngleich sich hier die Preise etwas stärker auf einen mittleren Bereich konzentrierten, in dem die Hamburger Preise leicht den Durchschnitt übertrafen. Bemerkenswerte Einzelbeispiele für die Preisstreuung waren noch Schokolade (Hamburg an der Obergrenze eines insgesamt relativ engen Bereichs), Ölsardinen (Hamburg an der Untergrenze) sowie Salz; es war in Duisburg 15 % billiger als in Hamburg, in München aber 19 % teurer.

Bei Genußmitteln ist ebenfalls zwischen Waren mit mehr oder weniger streng fixierten Preisen wie Zigaretten, Zigarillos, Pulverkaffee und Erfrischungsgetränken zu unterscheiden und anderen Waren. Inländisches Bier etwa war in Hamburg merklich teurer als in drei der vier anderen Städte, in München dagegen erwartungsgemäß am billigsten. Umgekehrt waren die Preise für dänisches Bier in Hamburg weit aus am niedrigsten. Auch für Whisky lag der Preis in Hamburg relativ niedrig, während er für französischen Cognac relativ hoch war.

2.2 Textilien und Bekleidung

Zu den Produkten ohne zwischenörtliche Preisunterschiede zählten Markenartikel wie Herrenunterwäsche, Damenstrümpfe und Hülthalter. Aber auch bei Schuhen gab es nur geringe Preisunterschiede. Nicht viel größer waren sie bei Herrenoberbekleidung; dabei hatte Hamburg eine mittlere Position. Die Preise für Damenoberbekleidung streuten demgegenüber sehr stark; sie lagen in Hamburg bei Kleiderstoffen annähernd auf mittlerer Höhe; bei dem ausgewählten Damenrock bzw. -pullover (englische Marke) am unteren Ende der Skala.

2.3 Hausrat

Übereinstimmende Preise wiesen in den fünf Städten wiederum zahlreiche Markenartikel auf (Schaumgummimaträtze, Reisewecker, Herrenarmbanduhr, feuerfestes Glas, Porzellan und Filtertüten). Auch die Waren mit geringen Preisabweichungen zählten zu dieser Kategorie (Federkernmatratze, Batteriewecker, Topf und Pfanne). Beachtliche Preisunterschiede zeigten sich bei Bettdecken, Bettlaken und Gardinestoffen; bei den berücksichtigten Qualitäten ergab sich für Hamburg eine mittlere Position. Billig waren in Hamburg die in die Erhebung einbezogenen Modelle von Küchentischen und -stühlen.

³⁾ Aus methodischen Gründen bleiben die Warenhauspreise in diesem Beitrag unberücksichtigt.

⁴⁾ Siehe hierzu „Allgemeines Statistisches Bulletin“ 4/1967 und 9/1967 bzw. 3/1968 und 9/1968.

⁵⁾ Die Stadt München beteiligte sich erst ab Oktober 1967 an der EWG-Erhebung.

⁶⁾ Zu den Preisunterschieden zwischen Hamburg und den anderen vier Großstädten vgl. Tabellenanhang.

⁷⁾ Damit wird hier stets die zwischenörtliche Streuung angesprochen.

2.4 Elektrische Haushaltsgeräte

Es gab nur wenige elektrische Haushaltsgeräte mit völlig übereinstimmenden Preisen in den fünf Städten. Andererseits war insgesamt auch kein eindeutiges Preisgefälle zugunsten oder zuungunsten Hamburgs zu beobachten. Im einzelnen zeigten sich bei Nähmaschinen inländischer Fabrikation im allgemeinen nur geringe zwischenörtliche Preisunterschiede; ausländische Fabrikate waren überwiegend in Hamburg am billigsten. Bei Küchenherden und Staubsaugern war die relative Preishöhe in Hamburg von Modell zu Modell sehr unterschiedlich. Demgegenüber zeigte sich bei Kühlschränken ganz deutlich, daß drei der anderen Städte ein höheres Preisniveau aufwiesen, lediglich in Frankfurt lag es noch niedriger als in Hamburg. Vollautomatische Waschmaschinen wiederum waren in Hamburg relativ teuer, wenngleich der Unterschied zu den billigeren Angeboten in den anderen Städten unter 10 % blieb. Eine ähnliche Tendenz ergab sich bei Geschirrspülautomaten; die Untergrenze zogen auch hier die Preise in Frankfurt.

Einige kleinere elektrische Haushaltsgeräte waren in Hamburg ziemlich preiswert. Das galt vor allem für Kaffeemühlen und zumindest der Tendenz nach auch für Bügeleisen. Bemerkenswert war das Bild bei elektrischen Rasierapparaten: zwei Fabrikate verzeichneten nahezu identische Preise in allen Städten, während ein drittes eine Streuung von $\pm 15\%$ um den in Hamburg ermittelten Preis aufwies.

2.5 Rundfunk- und Fernsehgeräte

Auch bei den einzelnen Fernseh- und Phonogeräten waren die relativen Preise in Hamburg recht unterschiedlich. So hatten Rundfunktransistor-Kleingeräte in Hamburg verhältnismäßig hohe Preise, Koffergeräte — mit gegensätzlichen Tendenzen von Modell zu Modell — insgesamt mittlere Preise, Netzgeräte wiederum überwiegend relativ niedrige Preise. Bei Fernsehtischgeräten hielt sich die Streuung der Preise mit jeweils $\pm 6\%$ um den in Hamburg ermittelten Durchschnittspreis der einzelnen Modelle in engen Grenzen. Größere Differenzen zeigten sich bei Phono- und Tonbandkoffergeräten — dabei lagen die Hamburger Preise zumeist im oberen Bereich — sowie bei Kassettentonbandgeräten, wo Hamburg eine mittlere Position einnahm. Bemerkenswert war die Situation bei zwei Autoradiomodellen; eines verzeichnete in den vier anderen Städten Preisabweichungen im Vergleich zu Hamburg von $\pm 9\%$, das andere überall nahezu identische Preise. Eine völlige Übereinstimmung der Preise wiesen nur die in der Erhebung berücksichtigten hochwertigen Schallplatten auf.

2.6 Wasch- und Toilettenartikel

In diesem Bereich zeigte sich besonders deutlich die große Rolle von Produkten mit mehr oder weniger fixierten Preisen. Das gilt, z. B. für hygienische Papierwaren, Rasierklingen, Kosmetika und Haarspray. Eine nennenswerte Streuung ergab sich lediglich bei der berücksichtigten Badeseife — sie war in Hamburg beachtlich billiger als in den anderen Städten — und bei Waschpulver in der Großpackung, dessen Preis jeweils zwischen -7% und $+3\%$ gegenüber dem Hamburger Durchschnittspreis lag.

2.7 Schreibwaren, Bücher, Spielwaren

Die ausgewählten Schreib- und Zeichengeräte, Bücher, Spiel- und Sportartikel waren fast ausschließlich Markenwaren mit in allen Städten übereinstimmenden Preisen. Große Preisabweichungen zeigten sich demgegenüber bei Reiseschreibmaschinen — die Hamburger Preise hielten sich im unteren Bereich — sowie bei dem berücksichtigten Typ eines Schulheftes; hier lag der Hamburger Durchschnittspreis an der Obergrenze.

2.8 Fotoartikel

Die in der Erhebung berücksichtigten Fotoapparate sowie Schwarzweißrollfilme wurden in den befragten Fachgeschäften aller fünf Städte zu übereinstimmenden Preisen verkauft. Dagegen ergaben sich bei allen anderen Artikeln mehr oder weniger große Preisunterschiede, und zwar lagen die Hamburger Werte fast immer an der Untergrenze. So waren die Geräte eines japanischen Herstellers (Fotoapparat und Filmkamera) in den vier anderen Städten zwischen 25 % und 70 % teurer als in Hamburg. Bis zu 20 % erreichte das Preisgefälle zugunsten Hamburgs bei Umkehrfarbfilmen und Kamerafarbfilmen, während es bei Filmkameras inländischer Fabrikation und einem Dia-Projektor gleicher Herkunft im allgemeinen geringer war.

2.9 Personenwagen

Bei gleichen Listenpreisen der einzelnen Personewagentypen in allen fünf Städten ergaben sich geringe Unterschiede im Endpreis des zugelassenen Fahrzeugs aus unterschiedlichen Überführungs- und sonstigen Kosten (namentlich im Zusammenhang mit der Zulassung). Außerdem zeigte die Befragung, daß die Händler ausländischer Fabrikate vielfach Nachlässe von 2 % bis 3 % auf den Listenpreis gewährten, und zwar in den anderen Städten häufiger als in Hamburg. Insgesamt ergaben sich so in Hamburg Endpreise, die bei dem berücksichtigten deutschen Fahrzeugtyp etwas niedriger als in den anderen vier Städten waren, bei den drei ausländischen Modellen dagegen bis zu 6 % höher.

3. Zusammenfassung

Der Überblick läßt erkennen, daß nur ein Teil der erhobenen Warenpreise eine nennenswerte Streuung aufwies, während ein beachtlicher anderer Teil auf weitgehend durch den Hersteller fixierte Preise von Markenartikeln entfiel. Es fragt sich allerdings, ob letztere in der EWG-Erhebung nicht „überrepräsentiert“ sind. Das Streben nach der Erfassung identischer Artikel begünstigte nämlich von vornherein den Rückgriff auf Markenartikel. Darüber hinaus dürften viele Fachgeschäfte am ehesten den vom Hersteller gewünschten Preis einhalten. In der Realität aber kaufen heute gerade in den Großstädten die Verbraucher einen wesentlichen Teil ihres Bedarfs in Handelsformen, die weniger streng verfahren. Welche Preise in diesem Bereich gelten, läßt indessen die EWG-Erhebung zwangsläufig offen. Jedenfalls spricht vieles dafür, daß die Preise vieler Markenartikel bei Berücksichtigung „anderer“ Handelsformen eine größere Streuung aufweisen, als sich in diesem Vergleich gezeigt hat.

Bei den Waren mit größeren Preisunterschieden war das ermittelte Preisgefälle zwischen Hamburg und den anderen vier Städten außerordentlich verschiedenartig. Das Bild änderte sich von Warengruppe zu Warengruppe, darin wiederum von Ware zu Ware, ja selbst von Modell zu Modell des gleichen Artikels. Zufallseinflüsse aufgrund der relativ begrenzten Zahl der berücksichtigten Fachgeschäfte sind bei diesem Städtevergleich allerdings nicht völlig auszuschließen. Besonders deutlich wurden die gegenläufigen Tendenzen bei technischen Geräten aller Art, wo Hamburg teils relativ niedrige Preise aufwies (z. B. bei Kühlschränken, Bügeleisen, Kaffeemaschinen, Rundfunknetzgeräten und einigen Fotoartikeln) und andererseits auch relativ hohe Preise (z. B. bei Waschautomaten, Geschirrspülautomaten, Rundfunktransistor-Kleingeräten, Tonband- und Phonokoffern). Tendenziell machte sich offenbar Hamburgs Lage als Hafenstadt darin bemerkbar, daß Einfuhrerzeugnisse häufig relativ preiswert waren (z. B. bei dänischem Bier, Whisky, englischen Damenpullovern und japanischen Kameras).

Dieser Vergleich der in der EWG-Erhebung berücksichtigten Einzelhandelspreise gibt also insgesamt keinen eindeutigen Hinweis, ob Hamburg im Vergleich zu Bonn, Duisburg, Frankfurt und München als „teure“ oder als „billige“ Stadt gelten kann. Dazu bedürfte es einer umfassenderen und methodisch andersartigen Erhebung, etwa nach der Art der Berechnung der internationalen Kaufkraftparitäten.

Marion Großer

Anhangtabelle

**Ausgewählte Einzelhandelspreise
in größeren Fachgeschäften in Bonn, Duisburg, Frankfurt
und München im Oktober 1969**
— Hamburger Durchschnittspreise = 100 —

Artikel ¹⁾	Bonn	Duis- burg	Frank- furt	Mün- chen
	1	2	3	4
1. Nahrungs- und Genußmittel				
Apfelsinen aus Südafrika	105,6	112,2	126,1	122,2
Zitronen				
aus Italien	103,1	121,5	109,9	104,9
aus anderen Ländern	110,0	133,9	156,5	128,3
Bananen	100	92,0	108,6	107,4
Trauben aus Italien	138,3	97,3	142,0	172,3
Möhren	86,1	115,3	115,3	131,9
Kartoffeln	94,2	78,8	94,2	101,9
Tomaten				
aus den Niederlanden	97,1	88,3	78,5	106,8
aus Deutschland	83,3	108,9	68,3	144,4
Rindfleisch				
1. Stück	86,7	73,7	92,6	103,0
2. Stück	106,4	94,8	96,6	98,5
3. Stück	97,1	91,3	95,2	95,7
4. Stück	102,1	97,7	101,9	106,5
5. Stück	100,3	98,0	126,3	152,7
6. Stück	94,5	96,0	104,0	121,2
Schweinefleisch				
1. Stück	113,3	82,3	89,5	98,2
2. Stück	103,1	99,2	99,2	123,7
Kalbfeisch	96,0	89,8	94,4	101,1
Kalbsleber	99,3	97,7	100,9	107,4
Frische Seezungen	138,5	103,3	136,2	132,7
Tiefgefrorener Fisch	101,1	100	98,4	98,9
Zwieback	114,7	96,0	107,2	96,0
Eier	124,6	99,5	115,6	104,3
Butter	102,6	101,0	103,1	100
Käse aus den Niederlanden				
Gouda	95,6	97,1	112,7	112,3
Käse aus Frankreich				
Marke Nr. 1	104,7	99,0	105,2	101,6
Marke Nr. 2	115,1	100	103,7	100,8
Marke Nr. 3	101,0	100,6	105,1	94,9
Käse aus Italien	104,5	104,5	106,5	100,5
Spaghetti				
ausgewählte Marke	95,4	68,5	79,2	80,0
Inlandsmarke	97,0	96,0	94,0	95,0
Reis				
Rundkornreis	100	106,6	109,4	100,9
Langkornreis	106,1	100	106,1	100
Olivöl aus Spanien	118,1	96,3	100,7	102,4
Schokolade				
ausgewählte Marke	97,0	89,0	94,0	99,0
Inlandsmarke	103,2	96,8	94,6	97,8
Salz	88,5	84,6	92,3	119,2
Ölsardinen	108,4	111,6	102,1	106,3
Bier				
Inlandsmarke	106,8	90,4	87,7	82,2
dänische Marke	167,9	—	135,8	125,9

Artikel ¹⁾	Bonn	Duis- burg	Frank- furt	Mün- chen
	1	2	3	4
Whisky	110,4	99,1	110,2	105,8
Cognac	95,0	90,6	100,8	97,9
2. Textilien und Bekleidung				
Herrenanzug				
reine Wolle	101,8	106,9	102,2	96,0
synthetische Faser und Wolle	103,4	98,8	100,7	98,9
Blazer	95,5	106,5	95,8	96,7
Oberhemd	96,3	100,1	97,2	93,6
Herrenschuhe	98,9	99,6	96,5	100
Damenschuhe	100,2	93,0	101,9	95,5
Stoff für Damenkleider				
reine Wolle	87,6	101,6	116,4	96,7
synthetische Faser	97,9	88,2	123,4	100,9
Damenrock (reine Wolle)	125,1	105,3	123,0	108,5
Shetlanddamenpullover	109,8	113,6	106,9	116,2
3. Hausrat (ohne Geräte)				
Federkernmatratze	99,3	94,2	93,9	99,3
Bettdecke (reine Schurwolle)	107,1	95,2	94,4	122,6
Bettlaken				
gebleichte Baumwolle	94,4	101,1	111,0	103,1
coton percal	97,6	115,1	95,4	125,8
Gardinenstoff				
(synthetische Faser)	104,7	90,1	99,2	93,1
Küchentisch	102,3	96,4	114,9	106,8
Küchenstuhl	111,4	111,3	134,8	123,0
4. Elektrische Haushaltsgeräte				
Zickzacknäähmaschine				
1. Modell (Inlandsfabrikat)	100	100	99,4	97,4
2. Modell (Inlandsfabrikat)	100	100	99,4	97,3
3. Modell (Inlandsfabrikat)	100	100	99,3	92,8
4. Modell (Auslandsfabrikat)	88,6	100	100	93,3
5. Modell (Auslandsfabrikat)	116,8	114,4	117,2	113,8
6. Modell (Auslandsfabrikat)	119,7	116,8	119,7	117,2
Elektrischer Küchenherd				
1. Modell	100,9	101,7	93,6	99,2
2. Modell	101,5	105,2	99,0	100,8
Gasherd	100,6	97,2	95,3	100
Handstaubsauger				
1. Modell	100	103,1	100,3	109,3
2. Modell	100	109,4	100	103,7
3. Modell	100,2	97,2	86,7	100,8
4. Modell	93,6	99,7	96,0	101,1
Bodenstaubsauger				
1. Modell	100	100	100	100
2. Modell	76,8	93,4	76,8	76,8
3. Modell	101,8	115,2	90,2	107,8
4. Modell	100,6	109,0	100,6	104,2
5. Modell	100	93,6	100	100
6. Modell	96,5	101,2	97,3	102,1
Kühlschrank (Tischmodell)				
1. Modell	104,1	117,4	93,0	105,0
2. Modell	101,6	108,0	96,0	105,8

Noch Anhangtabelle

**Ausgewählte Einzelhandelspreise
in größeren Fachgeschäften in Bonn, Duisburg, Frankfurt
und München im Oktober 1969**
— Hamburger Durchschnittspreise = 100 —

Artikel ¹⁾	Bonn	Duis- burg	Frank- furt	Mün- chen
	1	2	3	4
3. Modell	104,0	108,1	104,0	106,0
4. Modell	97,5	103,8	86,1	106,2
Vollautomatische Wasch- maschine				
1. Modell	94,8	98,5	93,6	103,2
2. Modell	97,1	100	97,1	97,1
3. Modell	96,7	96,7	96,7	100
4. Modell	100	97,0	97,0	97,0
5. Modell	97,9	96,8	93,1	91,3
Bügeleisen				
1. Modell	120,4	100	100	119,5
2. Modell	102,1	101,9	101,2	101,2
3. Modell	91,3	103,9	85,3	105,3
4. Modell	110,4	106,1	91,3	108,8
Elektrische Kaffeemühle				
1. Modell	100	100	106,2	113,3
2. Modell	96,5	100,3	111,1	125,7
Elektrischer Rasierapparat				
1. Modell	100,6	100,6	100,5	100,1
2. Modell	100	100,4	100	100,6
3. Modell	111,4	84,9	115,1	113,7
Geschirrspülvollautomat				
1. Modell	100,5	103,2	95,2	100
2. Modell	94,5	99,5	93,9	101,4
3. Modell	99,9	97,0	94,0	101,8
5. Rundfunk- und Fernseh- geräte				
Rundfunktransistor-Kleingerät				
1. Modell	89,2	101,4	94,0	104,0
2. Modell	76,6	101,8	87,6	95,4
3. Modell	88,3	99,5	90,2	99,1
4. Modell	87,6	97,3	95,4	99,7
Rundfunkkoffergerät				
1. Modell	95,7	105,2	100,4	103,6
2. Modell	93,4	103,1	104,7	106,5
3. Modell	100,7	102,7	101,3	101,3
4. Modell	89,5	85,5	100,8	97,6
5. Modell	91,0	91,8	91,1	95,9
6. Modell	98,0	94,3	85,5	105,7
Rundfunknetzgerät				
1. Modell	95,5	116,2	101,3	106,1
2. Modell	99,7	107,2	99,7	108,6
3. Modell	92,9	96,0	99,7	104,9
4. Modell	100,6	101,5	102,8	103,8
Fernsehtischgerät				
1. Modell	93,8	103,2	106,0	103,1
2. Modell	98,5	100	95,3	104,2
3. Modell	98,5	102,4	106,1	102,5
Tonbandkoffergerät				
1. Modell	93,2	108,2	93,3	98,1
2. Modell	91,4	98,3	96,5	96,0
3. Modell	87,6	99,9	97,0	96,7
4. Modell	101,9	105,9	98,8	103,1

Artikel ¹⁾	Bonn	Duis- burg	Frank- furt	Mün- chen
	1	2	3	4
Kassettenonbandgerät				
1. Modell	94,1	97,2	98,7	108,5
2. Modell	104,2	106,1	97,8	109,1
Phonokoffer				
1. Modell	90,5	100,6	80,0	99,9
2. Modell	92,1	101,6	98,1	103,1
3. Modell	89,8	94,3	85,3	96,9
Autoradio				
1. Modell	105,0	109,3	91,5	109,0
2. Modell	98,7	100,8	101,6	101,0
6. Wasch- und Toilettenartikel				
Badeseife	112,1	112,1	112,1	113,1
Waschpulver				
1. Marke (Paket 400 g)	101,9	101,9	101,9	101,9
2. Marke (Paket 680 g)	101,0	98,6	101,7	101,0
3. Marke (Tragetasche à 3 kg)	92,7	97,1	103,3	101,0
Schuhwischse	98,5	103,7	103,7	100
7. Schreibwaren, Bücher, Spielwaren				
Reiseschreibmaschine				
1. Modell	106,9	115,7	98,4	96,4
2. Modell	105,6	123,3	93,8	118,9
Schreibhefte für die Schule ..	97,7	89,7	87,4	100
8. Fotoartikel				
Fotoapparat				
1. Modell (Inlandsfabrikat) .	100	100	100	100
2. Modell (Inlandsfabrikat) .	100	100	100	100
3. Modell (Inlandsfabrikat) .	100	100	100	100
4. Modell (Auslandsfabrikat)	130,8	130,8	130,8	125,0
Umkehrfarbfilm				
1. Marke	118,7	114,6	109,3	115,5
2. Marke	112,9	112,9	104,0	110,0
3. Marke	112,9	104,6	104,4	104,4
Filmkamera				
1. Marke (Inland)	103,0	101,2	103,1	101,2
2. Marke (Ausland)	170,2	125,0	131,8	153,9
Umkehrfarbfilm für Film- kamera				
1. Marke	111,3	113,2	109,1	109,3
2. Marke	114,0	112,6	111,0	109,4
Dia-Projektor	101,8	105,4	100,4	105,4
9. Personenwagen				
Personenwagen				
1. Modell (Inlandsfabrikat) .	101,7	101,1	100,9	101,9
2. Modell (Auslandsfabrikat)	101,8	100,2	98,5	98,8
3. Modell (Auslandsfabrikat)	95,4	97,2	94,7	94,1
4. Modell (Auslandsfabrikat)	99,4	95,4	99,2	97,5

¹⁾ Vgl. Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften: „Die Einzelhandelspreise in größeren Fachgeschäften und Warenhäusern in ...“

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Mai 1970	Juni 1970	Juli 1970	Juli 1969
		1965	1969				
Meteorologische Beobachtungen							
Mittelwerte ¹⁾							
Luftdruck	mm ²⁾	759,7	761,2	761,6	763,8	759,4	764,9
Lufttemperatur	°C	8,6	9,2	12,4	18,5	16,8	19,4
Relative Luftfeuchtigkeit	%	79	77	69	61	73	70
Windstärke	Meßzahl ³⁾	3	3	3	3	3	3
Bewölkung	" ⁴⁾	7	7	6	4	7	6
Summenwerte ⁵⁾							
Niederschlagshöhe	mm	981	751	40	49	123	37
Sonnenscheindauer	Std.	1 471	1 482	234	319	173	222
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	90	95	—	1	2	2
Tage mit Niederschlägen	"	256	226	18	10	25	12
Bevölkerung							
Bevölkerungsstand (Monatsende)							
Bezirk Hamburg-Mitte	1000	287,6	265,1	264,7 r
Altona	"	264,3	261,1	260,7 r
Eimsbüttel	"	264,6	260,4	260,5 r
Hamburg-Nord	"	401,3	366,2	365,2 r
Wandsbek	"	357,5	368,3	368,4 r
Bergedorf	"	82,6	91,6	91,6 r
Harburg	"	199,0	207,2	207,2 r
Hamburg insgesamt	"	1 856,9	1 819,9	1 813 p	1 813 p	1 812 p	1 818,3 r
dav. männlich	"	861,9	844,1	843,3 r
weiblich	"	995,0	975,8	975,0 r
dar. Ausländer ⁶⁾	"	59,8	70,4	82,5	84,7	85,6	69,6
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung							
Eheschließungen ⁷⁾	Anzahl	1 510	1 208	1 473 p	1 070 p	1 436 p	1 196 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,8	8,0	9,6 p	7,2 p	9,3 p	7,7
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	2 235	1 753	1 690 p	1 530 p	1 570 p	1 815 r
dar. unehelich	"	143	129	125 p	125 p	115 p	132 r
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	14,4	11,6	11,0 p	10,3 p	10,2 p	11,8
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	6,4	7,4	7,4 p	8,2 p	7,3 p	7,3 r
Unehelich Geborene in % der Geborenen	%	2 112	2 268	2 230 p	1 850 p	1 840 p	2 065 r
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	Anzahl	39	37	25 p	30 p	30 p	39 r
dar. im ersten Lebensjahr	"	13,6	15,0	14,5 p	12,4 p	12,0 p	13,4 r
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	"	17,2	20,7	17,9 p	18,3 p	19,1 p	21,1
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	0,8	3,4	3,5 p	2,1 p	1,8 p	1,6 r
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (—)	"	123	515	540 p	320 p	270 p	250 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	0,8	3,4	3,5 p	2,1 p	1,8 p	1,6 r
3. Wanderungen							
Zugezogene Personen	Anzahl	6 174	6 818	6 200 p	7 000 p	...	7 072 r
über die Landesgrenze Hamburgs	"	6 553	6 784	6 900 p	5 400 p	...	7 257 r
Fortgezogene Personen	"	379	+ 34	— 700 p	+ 1 600 p	...	— 185 r
über die Landesgrenze Hamburgs	"	37	+ 155	— 26 r
Wanderungsgewinn (+) -verlust (—)	"	342	— 121	— 159 r
dav. männlich	"
weiblich	"
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs (Binnenwanderung)	"	14 729	14 909	12 094	11 329	...	14 774 r
Nach Gebieten							
a) Zugezogene aus							
Schleswig-Holstein	"	1 542	1 687	1 470 p	1 550 p	...	1 674 r
dar. angrenzende Kreise ⁹⁾	"	835	1 003	850 p	950 p	...	1 006 r
Niedersachsen	"	1 091	1 114	950 p	1 100 p	...	1 036 r
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	272	315	320 p	380 p	...	279 r
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 006	1 922	1 680 p	1 800 p	...	1 885 r
Ausland und Sonstige ¹¹⁾	"	1 535	2 095	2 100 p	2 550 p	...	2 477 r
b) Fortgezogene nach							
Schleswig-Holstein	"	2 351	2 554	2 270 p	2 100 p	...	2 811 r
dar. angrenzende Kreise ⁹⁾	"	1 620	1 825	1 480 p	1 500 p	...	1 839 r
Niedersachsen	"	1 268	1 241	1 120 p	1 100 p	...	1 301 r
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	525	548	550 p	500 p	...	603 r
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 167	1 976	2 470 p	2 450 p	...	1 970 r
Ausland und Sonstige ¹¹⁾	"	767	1 013	1 040 p	750 p	...	1 175 r

¹⁾ errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. — ²⁾ reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. — ³⁾ Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. — ⁴⁾ Bewölkungsgrade: 0 bis 10 (0 = wolkenlos, 10 = ganz bedeckt). — ⁵⁾ an Stelle der Monatsdurchschnitte Jahreswerte. — ⁶⁾ nach den Angaben des Amtes für Innere Verwaltung — Melde-, Paß- und Ausländerangelegenheiten. — ⁷⁾ nach dem Ereignisort. — ⁸⁾ unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. — ⁹⁾ Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. — ¹⁰⁾ Landkreise Harburg und Stade. — ¹¹⁾ Hierzu gehören: DDR, Berlin (Ost) und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung, Ausland und unbekannt.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Mai 1970	Juni 1970	Juli 1970	Juli 1969
		1965	1969				
Gesundheitswesen							
1. Krankenanstalten in Hamburg							
a) Öffentliche Krankenanstalten Bettenbestand ¹⁾ ²⁾	Anzahl	11 749	11 193	11 232	11 236	11 236	11 204
Pflegelage		273 169	266 678	274 402	260 983	255 320	261 042
Bettenausnutzung ³⁾	%	81,8	81,8	82,3	81,5	78,3	78,8
b) Gemeinnützige Krankenanstalten Bettenbestand ¹⁾ ²⁾	Anzahl	4 573	4 557	4 612	4 612	4 612	4 540
Pflegelage		123 729	123 153	126 568	121 518	123 664	120 037
Bettenausnutzung ³⁾	%	89,1	88,3	88,0	87,4	86,2	84,8
c) Private Krankenanstalten Bettenbestand ¹⁾ ²⁾	Anzahl	745	763	665	665	665	786
Pflegelage		19 012	19 323	17 849	17 280	16 674	17 308
Bettenausnutzung ³⁾	%	81,8	79,8	79,9	81,6	77,9	68,8
2. Hamburgische Krankenanstalten außerhalb Hamburgs							
a) Öffentliche Krankenanstalten Bettenbestand ¹⁾ ²⁾	Anzahl	885	856	856	856	856	856
Pflegelage		21 274	19 141	21 562	19 964	20 777	20 166
Bettenausnutzung ³⁾	%	81,7	75,2	81,3	78,7	80,3	76,9
b) Tbc-Heilstätten Bettenbestand ¹⁾ ²⁾	Anzahl	1 084	997	1 013	813	813	998
Pflegelage		25 626	23 821	20 460	18 527	18 333	24 317
Bettenausnutzung ³⁾	%	85,0	80,2	68,5	71,6	79,5	80,7
3. Anstalten für Geisteskranke							
a) Öffentliche Krankenanstalten in Hamburg Bettenbestand ¹⁾ ²⁾	Anzahl	1 743	1 743	1 743	1 743	1 743	1 743
Pflegelage		48 245	47 809	46 579	45 591	46 783	48 168
Bettenausnutzung ³⁾	%	91,4	92,0	89,6	90,6	90,0	90,6
b) Gemeinnützige Krankenanstalten in Ham- burg Bettenbestand ¹⁾ ²⁾	Anzahl	1 275	1 292	1 292	1 292	1 292	1 292
Pflegelage		38 084	38 394	39 189	37 867	39 270	39 007
Bettenausnutzung ³⁾	%	98,2	97,7	97,8	97,7	98,0	97,4
c) Krankenanstalten außerhalb Hamburgs Bettenbestand ¹⁾ ²⁾	Anzahl	1 476	1 415	1 407	1 407	1 407	1 417
Pflegelage		43 630	42 737	43 491	41 770	42 784	43 397
Bettenausnutzung ³⁾	%	97,1	98,8	98,6	97,7	96,3	100
Kulturpflege							
1. Rundfunk und Fernsehen							
Tonrundfunkteilnehmer ¹⁾	1 000	667,8	709,2	720,0	720,5	717,7	708,7
Fernsehrundfunkteilnehmer ¹⁾	"	455,8	600,0	624,4	625,9	623,2	599,0
2. Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei)							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	348 686	386 303	359 994	379 130	373 341	298 877
Ausgeliehene Noten	"	3 241	4 445	4 858	4 556	3 518	3 759
3. Wissenschaftliche Büchereien ¹⁾							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	26 113	33 862	32 936	40 836	35 078	34 282
Benutzer der Lesesäle	"	10 485	15 286	13 655	14 267	14 889	16 934
4. Besucher der Museen und Schausamm- lungen							
Anzahl		43 961	51 057	58 496	49 604	72 760	50 622
Öffentliche Sozialleistungen							
Soziale Krankenversicherung ¹⁾							
Mitglieder	1 000	677,8	681,4	689,7	689,8	691,1	683,0
dav. Pflichtmitglieder	"	431,4	400,5	410,9	410,4	411,2	400,7
Rentner	"	175,5	224,5	227,9	228,1	228,4	224,1
Freiwillige Mitglieder	"	70,9	56,4	50,9	51,3	51,5	58,2
Krankenstand der Pflichtmitglieder	"	26,7	26,6	26,3	24,7	21,2	20,0
dav. männlich	"	17,9	17,8	17,4	16,7	14,5	13,4
weiblich	"	8,8	8,8	8,9	8,0	6,7	6,6

¹⁾ am Monatsende. — ²⁾ ohne Säuglingsbetten. — ³⁾ ohne gesperrte Betten. — ⁴⁾ Staats- und Universitäts-Bibliothek, Commerzbibliothek und HWWA — Institut für Wirtschaftsforschung — Hamburg (HWWA ohne Ausleihe). — ⁵⁾ nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Mai 1970	Juni 1970	Juli 1970	Juli 1969
		1965	1969				
Erwerbstätigkeit							
1. Arbeitslose							
Arbeitslose	Anzahl	3 410	3 366	2 486	2 202	2 358	2 638
dav. männlich	"	2 318	1 955	1 334	1 207	1 263	1 495
weiblich	"	1 092	1 411	1 152	995	1 095	1 143
nach ausgewählten Berufsgruppen							
Bauberufe	"	95	98	5	8	7	12
Metallerzeuger und -verarbeiter	"	51	45	30	26	24	43
Schmiede, Schlosser, Mechaniker	"	95	65	33	23	31	45
Elektriker	"	24	12	6	7	8	6
Chemiewerker	"	65	25	18	17	12	23
Holzverarbeiter u. zugehörige Berufe	"	24	11	4	3	7	7
Graphische Berufe	"	44	47	46	32	32	39
Lederhersteller, Leder- u. Fellverarb.	"	7	12	19	15	10	6
Nahrungs- und Genußmittelhersteller	"	75	66	27	22	22	54
Warennachseher, Versandarbeiter und Lagerverwalter	"	132	161	92	70	86	122
Ingenieure, Techniker u. verwandte Berufe	"	81	93	75	71	116	106
Kaufmännische Berufe	"	368	424	442	391	370	407
Verkehrsberufe	"	313	287	153	111	125	213
Verwaltungs- und Büroberufe	"	849	692	481	457	487	531
Künstlerische Berufe	"	177	181	178	156	170	202
2. Offene Stellen und Vermittlungen							
Offene Stellen	Anzahl	25 827	27 151	33 897	35 230	34 399	30 723
dav. männlich	"	13 014	14 530	20 199	20 748	20 160	17 000
weiblich	"	12 813	12 621	13 698	14 482	14 239	13 723
Stellenvermittlung in Beschäftigung über 7 Tage ¹⁾							
dav. männlich	"	5 841	5 942	6 186	7 055	8 142	6 624
weiblich	"	4 134	4 106	4 798	5 416	6 036	4 730
" weiblich	"	1 707	1 836	1 388	1 639	2 106	1 894
Stellenvermittlung in Beschäftigung bis zu 7 Tagen							
dav. männlich	"	10 527	8 744	9 003	10 154	9 524	9 523
weiblich	"	9 955	8 038	8 144	8 995	8 453	8 667
" weiblich	"	572	706	859	1 159	1 071	856
Arbeitsuchende am Monatsende ²⁾							
dav. männlich	"	8 299	7 745	7 491	7 436	7 281	6 630
weiblich	"	5 512	3 946	3 421	3 435	3 405	3 491
" weiblich	"	2 787	3 799	4 070	4 001	3 876	3 139
Landwirtschaft und Fischerei							
1. Milcherzeugung							
Kuhmilcherzeugung	t	2 104	2 008	2 456	2 265	1 956	2 131
dar. an Molkereien geliefert	%	86,0	87,7	89,6	89,9	91,0	88,0
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,5	11,9	15,8	15,1	12,6	12,4
2. Trinkmilchabsatz an Verbraucher durch Molkereien							
Vollmilch	t	10 011	11 179	10 782	13 160	11 368	12 016
dav. lose	"	3 529	2 526	2 108	2 472	2 075	2 616
in Flaschen	"	6 482	8 653	8 674	10 688	9 293	9 400
Mager- und Buttermilch	"	382	509	530	1 219	620	1 020
3. Zufuhr an Lebendvieh zum Viehmarkt (Inlandtiere)							
Rinder	1 000 St.	7,8	9,5	8,4	8,9	9,0	9,1
Kälber	"	2,6	1,7	2,1	2,1	1,8	1,6
Schweine	"	47,0	37,4	35,4	41,6	30,7	32,0
Schafe	"	2,7	1,1	0,5	0,8	1,1	1,0
4. Schlachtungen von Inlandtieren							
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	6,4	8,5	7,6	6,6	9,1	8,1
Kälber	"	2,5	1,7	1,9	2,0	1,8	1,7
Schweine ³⁾	"	49,6	39,0	36,9	40,8	34,3	35,6
Schlacht mengen aus gewerblichen Schlachtungen ⁴⁾							
t	"	6 229	6 034	5 578	5 675	5 728	5 565
dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 595	2 128	1 897	1 660	2 205	1 984
Kälber	"	187	139	165	167	161	144
Schweine	"	4 318	3 723	3 490	3 813	3 321	3 395

¹⁾ durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte. — ²⁾ Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — ³⁾ gewerbliche und Hausschlachtungen. — ⁴⁾ einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Inneren.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Mai 1970	Juni 1970	Juli 1970	Juli 1969
		1965	1969				
Industrie, Handwerk und öffentliche Energieversorgung							
1. Industrie¹⁾							
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)	Anzahl	1 704	1 530	1 503	1 499	1 493	1 527
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	219	209	212	212	213	209
dar. Arbeiter ²⁾	"	152	138	138	138	138	138
Geleistete Arbeitsstunden ³⁾	"	24 859	21 987	21 424	21 545	20 455	20 069
Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	119	144	160	169	179	152
Gehälter (Bruttosumme)	"	75	105	119	124	128	105
Kohleverbrauch	1 000 t SKE ⁴⁾	14	10	10	9	8	7
Gasverbrauch ohne Erdgas	1 000 Nm ³	6 418	2 076	1 692	1 424	1 375	1 427
Erdgasverbrauch (Ho = 43 000 kcal/m ³ _n ¹⁰⁾	1 000 Nm ³	"	8 365	19 057	16 743	15 418	7 175
Heizölverbrauch	1 000 t	69	70	67	56	54	50
Stromverbrauch	Mio kWh	112	138	135	139	135	129
Stromerzeugung (gesamte Industrielle Erzeugung)	"	16	13	11	10	8	10
Umsatz ⁵⁾	Mio DM	1 304	1 476	1 486	1 608	1 566	1 466
dar. Auslandsumsatz ⁶⁾	"	155	223	229	258	284	262
Index der Industriellen Nettoproduktion (arbeitstäglich)							
Industrie (einschl. Bau- und Energiewirtschaft)	1962 = 100	109,1	122,1	141,4	134,2	116,7 p	107,3
Verarbeitende Industrie	"	109,0	121,0	140,4	133,1	115,1 p	105,6
Grundstoff- u. Produktionsgüterindustrie	"	108,9	128,4	154,2	144,4	130,0 p	116,5
Investitionsgüterindustrie	"	110,0	123,8	149,1	148,9	113,2 p	96,2
Verbrauchsgüterindustrie	"	111,3	118,7	131,9	114,3	99,4 p	95,8
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	"	107,3	110,0	118,6	111,6	104,4 p	104,7
Bauindustrie	"	103,7	107,3	153,3	150,3	126,9 p	121,7
Umsatz ⁷⁾ nach Industriegruppen insgesamt	Mio DM	1 304	1 476	1 486	1 608	1 566	1 466
dar. Mineralölverarbeitung	"	215	262	253	265	253	293
Chemische Industrie	"	101	130	135	145	146	134
Elektroindustrie	"	143	164	164	215	158	141
Maschinenbau	"	83	110	114	126	121	110
2. Öffentliche Energieversorgung							
Wasserförderung	Mio cbm	11	13	13	15	13	13
Stromerzeugung (brutto)	Mio kWh	451	589	561	517	528	479
Gaserzeugung (brutto)	Mio Nm ³	59	102	93	74	75	62
Vj.-Durchschnitt ⁸⁾				4. Vj. 1969	1. Vj. 1970	2. Vj. 1970	2. Vj. 1969
		1965	1969				
3. Handwerk (Meßziffern)							
Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962 = 100	96,5	84,3	86,8	85,4	86,2	83,8
Umsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	238,8	126,9	171,3	111,5	142,6	116,1
dar. Handwerksumsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	218,5	125,0	173,3	106,8	137,7	111,7
Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
Monatsdurchschnitt				Mai 1970	Juni 1970	Juli 1970	Juli 1969
		1965	1969				
1. Bauhauptgewerbe¹⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	49 151	44 443	46 089	46 749	47 227	45 544
dar. Inhaber	"	1 365	1 294	1 283	1 256	1 273	1 279
Angestellte	"	4 684	5 167	5 434	5 548	5 621	5 214
Arbeiter ²⁾	"	43 102	37 982	39 372	39 945	40 333	39 051
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 828	5 879	6 975	7 680	6 891	6 688
dav. für Wohnungsbauten	"	2 216	1 711	1 839	2 068	1 632	1 966
gewerblich und industr. Bauten	"	1 673	1 511	1 752	1 766	1 724	1 492
öffentliche und Verkehrsbauten	"	2 939	2 657	3 384	3 846	3 535	3 230
Löhne (Bruttosumme) ³⁾	Mio DM	46,3	48,3	69,5	76,8	71 077	56,9
Gehälter (Bruttosumme) ⁴⁾	"	5,9	8,4	9,5	10,4	10 654	8,3
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	126,2	138,0	123,4	152,7	172,0	112,6
dav. im Wohnungsbau	"	42,2	37,6	32,4	34,0	32,4	34,4
gewerblich und industr. Bau	"	31,0	34,9	31,0	43,2	64,8	24,1
öffentlichen und Verkehrsbau	"	53,0	65,5	60,0	75,5	74,8	54,1
2. Baugenehmigungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- u. Wiederaufbau)	Anzahl	269	169	121	170	155	211
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	"	101	89	113	115	138
Umbauter Raum	1 000 cbm	440	350	172	315	276	378
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	46,0	26,9	42,8	40,4	48,6
Wohnfläche	1 000 qm	95	72	35	65	54	75
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	94	87	75	79	81	98
Umbauter Raum	1 000 cbm	359	444	460	510	445	578
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	34,5	34,0	37,7	58,5	50,3	48,2
Nutzfläche	1 000 qm	73	82	80	96	81	91
Wohnungen							
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 388	1 049	458	837	688	1 028

¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ²⁾ einschließlich gewerblicher Lehrlinge. — ³⁾ einschließlich Lehrlingsstunden. — ⁴⁾ eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle. — ⁵⁾ einschließlich Verbrauchssteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren, ab Januar 1968 ohne Umsatzsteuer; mit den entsprechenden Angaben im Zahlenspiegel bis einschließlich August-Heft 1969 nicht vergleichbar. — ⁶⁾ bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. — ⁷⁾ nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. — ⁸⁾ einschließlich Umschüler und Lehrlinge. — ⁹⁾ ab Januar einschließlich Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungstarifverträgen. — ¹⁰⁾ bis Dezember 1969 Effektivmengen, d. h. ohne Umrechnung; ab Januar 1970 umgerechnet auf Ho = 4 300 kcal/m³_n.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Mai 1970	Juni 1970	Juli 1970	Juli 1969
		1965	1969				
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
3. Baubeginne							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	281	164	103	200	151	125
Umbauter Raum	1 000 cbm	386	336	141	377	215	254
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	45,4	42,7	20,8	49,4	32,7	34,2
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	82	80	51	85	54	45
Umbauter Raum	1 000 cbm	340	440	282	435	547	502
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,7	32,3	21,9	61,9	40,4	44,2
Wohnungen							
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 140	1 000	351	1 032	447	655
4. Baufertigstellungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	318	199	77	117	79	143
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	197	118	49	58	46	94
Umbauter Raum	1 000 cbm	458	415	143	295	128	268
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	51,1	18,4	38,5	18,3	27,2
Wohnfläche	1 000 qm	96	86	26	63	26	47
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	86	83	34	53	47	40
Umbauter Raum	1 000 cbm	338	400	92	173	219	231
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,9	38,8	4,7	15,3	15,8	17,0
Nutzfläche	1 000 qm	69	79	19	36	41	41
Wohnungen							
Wohnungen insges. *) (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 438	1 243	399	965	379	640
dar. mit öffentlichen Mitteln gefördert	"	968	600	138	337	121	178
5. Bauüberhang							
(am Ende des Berichtszeitraumes) *)							
Im Bau befindliche Wohnungen	Anzahl	17 696	14 592	15 600	15 600	15 700	14 300
Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen	"	7 136	3 731	5 100	4 900	5 200	6 000
6. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen *)							
Bestand an Wohngebäuden	1 000	172	182	182	182	182	181
Wohnungen	"	636	688	689	690	691	679
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)	"	2 322	2 572	2 577	2 581	2 581	2 538
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr							
1. Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels							
Einzelhandel	1962 = 100	119	156	168	157	161	136
dar. Warenhäuser	"	130	210	219	206	244	198
Fach Einzelhandel	"	120	133	148	139	143	122
2. Umsatz-Meßzahlen des Groß- und Außenhandels *)							
Groß- und Außenhandel	1962 = 100	"	148	158	165	151	140
dav. Unternehmen des Außenhandels	"	"	150	159	170	147	138
Unternehmen des Binnengroßhandels	"	"	145	155	155	158	144
3. Handel mit Berlin (West) *)							
* Bezüge Hamburgs	1 000 DM	111 990	137 586	138 904	139 813	145 717	142 449
* Lieferungen Hamburgs	"	140 188	208 354	223 394	186 131	189 447	211 441
4. * Die Ausfuhr des Landes Hamburg *) *)							
Mio DM		212	283	250	298	335	329
dav. Waren der							
Ernährungswirtschaft	"	17	23	23	25	28	24
Gewerblichen Wirtschaft	"	195	260	227	273	307	305
dav. Rohstoffe	"	2	2	2	3	2	2
Halbwaren	"	50	65	65	67	65	68
Fertigwaren	"	143	193	160	203	240	235
dav. Vorerzeugnisse	"	9	16	16	19	18	16
Enderzeugnisse	"	134	177	144	184	222	219
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchs-							
ländern							
Europa	"	152	208	183	190	233	240
dar. EWG-Länder	"	65	91	80	80	106	87
EFTA-Länder	"	67	91	76	83	94	123

*) ab Januar 1968 ohne Wohnungen, die durch Erweiterungsmaßnahmen o. ä. in der Raumzahl verändert sind. — *) An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben. — *) Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1961 bzw. 1968 ermittelten Gebäude und Wohnungen (Begriffserläuterungen siehe März-Heft 1963, S. 58/59). An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben. — *) Werte ohne jeweilige Umsatzsteuer. — *) Quelle: Statistisches Bundesamt. — *) Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Mai 1970	Juni 1970	Juli 1970	Juli 1969
		1965	1969				
Noch: Handel, Gastgewerbe u. Fremdenverkehr							
5. Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes							
Gastgewerbe	1962 = 100	111	122	.	137	136	116
dav. Beherbergungsgewerbe	"	125	151	.	161	169	155
Gaststättengewerbe	"	108	114	.	134	127	106
6. Fremdenverkehr ¹⁾							
Fremdenmeldungen	1 000	120	123	137	136	163	159
dar. von Auslandsgästen	"	42	41	49	49	69	71
Fremdenübernachtungen	"	232	238	273	272 r	305	295
dar. von Auslandsgästen	"	90	78	95	94 r	124	124
Verkehr							
1. Seeschifffahrt							
Schiffsverkehr über See	Anzahl	1 638	1 621	1 668 r	1 648 p	.	1 679
Angekommene Schiffe	"	1 739	1 675	1 667 r	1 776 p	.	1 782
Abgegangene Schiffe	"
Güterverkehr über See	1 000 t	2 942	3 409	3 730	4 016 p	4 051 p	3 409
dav. Empfang	"	2 229	2 533	2 860	3 188 p	3 225 p	2 541
dav. Massengut	"	1 634	1 933	2 189	2 513 p	2 494 p	1 984
dar. Mineralöle	"	968	1 248	1 335	1 443 p	1 447 p	1 360
Kohle	"	192	167	342	300 p	219 p	161
Getreide	"	180	116	134	168 p	188 p	103
Sack- und Stückgut	"	595	600	671	673 p	731 p	557
Versand	"	713	876	870	830 p	826 p	868
dav. Massengut	"	292	365	332	327 p	328 p	336
Sack- und Stückgut	"	421	511	538	503 p	498 p	532
2. Binnenschifffahrt							
Güterempfang	1 000 t	340	399	453	480	.	515
Güterversand	"	309	426	553	594	.	508
3. Luftverkehr (gewerblicher Verkehr)							
Gelandete Flugzeuge	Anzahl	2 041	2 403	3 096	3 055 r	3 236 p	2 907
Gestartete Flugzeuge	"	2 047	2 398	3 148	3 090 r	3 236 p	2 911
Angekommene Fluggäste	1 000	70,5	105,7	137,7	144,8 r	149,2 p	128,1
Abgereiste Fluggäste	"	71,0	105,7	139,6	140,1 r	150,5 p	123,2
Angekommene Fracht	t	578	965	1 257	1 108 r	1 247 p	829
Abgegangene Fracht	"	587	1 148	1 299	1 247 r	1 448 p	1 031
Angekommene Post	"	185	256	242	250	277 p	263
Abgegangene Post	"	229	323	301	291 r	308 p	315
4. Personenbeförderung im Stadtverkehr ²⁾ (Ausgewählte Verkehrsmittel)							
Beförderte Personen							
Stadtbahn (S-Bahn)	1 000	9 505	11 211	11 437	11 079	11 104	10 303
Hoch- u. U-Bahn	"	13 705	15 047	15 556	15 454	15 388	13 925
Straßenbahn	"	9 436	5 501	5 447	5 085	5 142	4 902
Kraftomnibusse der HHA	"	9 695	12 123	12 589	12 234	12 370	11 293
Kraftomnibusse der VHH	"	1 873	2 114	2 274	2 119	2 158	1 959
Private Kraftomnibusse	"	301	239	373	410	313	260
5. Kraftfahrzeuge							
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung ³⁾ (im Verkehr befindlich)	1 000	352,2	424,5	442,0	446,3	450,5	419,4
dar. Personenkraftwagen ⁴⁾	"	310,8	384,2	400,1	403,8	407,8	379,0
b) Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	5 071	5 488	7 298	7 437	7 175	5 986
dar. Personenkraftwagen ⁴⁾	"	4 632	4 943	6 638	6 757	6 593	5 426
Lastkraftwagen	"	362	463	562	551	488	470
6. Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden ⁵⁾	Anzahl	859	959	1 087	1 064	1 054	870
Getötete Personen	"	26	27	30	23	28	30
Verletzte Personen	"	1 106	1 260	1 459	1 502	1 434	1 193

¹⁾ ohne Helme, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere. — ²⁾ Ab Januar 1968 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der Linienverkehr soweit er im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde. — ³⁾ Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — ⁴⁾ einschließlich Kombinationskraftwagen. — ⁵⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Mai 1970	Juni 1970	Juli 1970	Juli 1969
		1965	1969				
Geld und Kredit							
1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)							
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)							
Kredite an Nichtbanken	Mio DM		22 034,9	24 469,4	24 862,6	25 008,8	21 808,3
dav. Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	"		6 696,7	7 379,0	7 615,0	7 580,5	6 351,6
an Unternehmen und Privat- personen	"		6 655,0	7 375,7	7 610,8	7 577,8	6 289,7
Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre) ²⁾	"		2 961,2	3 587,7	3 657,3	3 708,7	2 936,9
an Unternehmen und Privat- personen	"		2 621,7	3 222,9	3 297,8	3 326,2	2 615,0
Langfristige Kredite ²⁾	"		12 377,0	13 502,7	13 590,3	13 719,6	12 519,8
an Unternehmen und Privat- personen	"		10 846,6	11 960,9	12 049,4	12 145,5	10 964,4
dar. Durchlaufende Kredite	"		636,0	674,7	658,2	652,6	628,2
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	"		15 342,2	16 176,1	16 246,3	16 513,5	15 613,7
dav. Sicht- und Termingelder von Unternehmen und Privat- personen	"		8 460,7	8 940,3	9 011,0	9 298,3	8 722,9
Spareinlagen	"	4 069,9	7 442,7	7 681,4	7 810,2	8 092,0	7 741,8
bei Sparkassen	"	2 792,9	6 881,5	7 235,8	7 235,3	7 215,2	6 890,8
Gutschriften auf Sparkonten (ohne Zinsen)	"	244,3	4 607,3	4 905,9	4 904,8	4 892,0	4 594,9
Lastschriften auf Sparkonten	"	203,9	407,2	351,1	379,0	592,0	508,9
Zinsgutschriften	"	12,9	375,0	356,7	380,4	616,6	483,0
			24,1	0,6	0,9	4,5	2,3
2. Konkurse und Vergleichsverfahren							
	Anzahl	17	15	14	31	...	9
3. Wechselproteste							
	Anzahl	1 044	979	914	1 027	971	1 040
Betrag	1 000 DM	1 314	1 863	2 425	9 722	2 513	1 610
4. Mahn- und Offenbarungseidverfahren							
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls	Anzahl	20 563	23 244	21 014	24 810	26 084	23 671
Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides	"	3 058	3 431	3 172	3 546	3 496	3 073
Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides	"	1 196	1 488	1 562	1 188	1 423	1 390
Abgeleistete Offenbarungseide	"	353	462	369	407	546	373
5. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg							
Aktiengesellschaften	Anzahl	162	152	152	151	...	151
Grundkapital	Mio DM	3 975	4 787	4 746	4 742	...	4 886
Gesellschaften m.b.H.	Anzahl	3 877	4 729	4 988	4 996	...	4 745
Stammkapital	Mio DM	2 962	3 865	4 156	4 161	...	3 868
Steuern							
1.* Gemeinschaftssteuern							
	1 000 DM			469 949	733 224	513 611	
dav. Steuern vom Einkommen	"	200 385	299 705	171 093	466 875	236 944	239 308
dav. Lohnsteuer	"	89 007	144 429	148 440	178 507	191 738	142 475
Veranlagte Einkommensteuer	"	64 393	75 939	10 062	162 442	21 784	45 728
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	10 279	13 484	4 996	14 599	15 055	31 799
Körperschaftsteuer	"	36 706	65 853	7 595	111 326	8 367	19 305
Steuern vom Umsatz	"		271 059	298 856	266 350	276 667	276 553
dav. Umsatzsteuer	"	82 827	124 606	140 915	134 597	124 325	137 688
Einfuhrumsatzsteuer	"		146 454	157 941	131 752	152 342	138 864
2.* Bundessteuern							
	1 000 DM	523 065	818 450	577 009	639 551	622 196	559 674
dar. Zölle	"	45 076	50 217	42 551	56 767	44 236	39 853
Verbrauchssteuern	"	358 150	492 114	520 971	560 125	564 019	505 529
dar. Mineralölsteuer	"	261 342	392 884	419 240	487 630	445 869	394 688
3.* Landessteuern							
	1 000 DM	35 517	47 161	61 725	22 744	30 717	25 727
dar. Vermögensteuer	"	11 355	14 318	40 724	930	8 664	4 661
Kraftfahrzeugsteuer	"	7 992	9 754	9 802	9 921	10 799	8 626
Biersteuer	"	2 430	2 894	3 161	3 133	3 870	3 140
4.* Gemeindesteuern							
	1 000 DM	46 355	62 376	129 075	14 657	45 933	39 839
dar. Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	"	34 764	47 423	112 785	8 885	11 840	12 486
Grundsteuer A	"	73	84	150	34	44	26
Grundsteuer B	"	5 134	6 769	14 157	4 903	7 925	5 404
5.* Einnahmen des Bundes							
	1 000 DM	601 215	923 346	890 618	1 035 567	919 388	909 207
6. Einnahmen des Landes (ohne Einnahmen aus Gemeindesteuern)							
	1 000 DM	157 752	241 969	175 755	240 285	141 626	192 055
dar. Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	122 235	194 808	74 451	209 571	103 525	155 550
Anteil an den Steuern vom Umsatz	"			9 621	7 970	7 384	
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"			29 958	—	—	
Außerdem:							
Einnahmen aus Gemeindesteuern	"	46 355	62 376	69 160	14 657	45 933	39 839
Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer	"			22 190	47 733	29 893	
Einnahmen des Landes insgesamt	"			267 105	302 675	217 453	231 894

Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben.
¹⁾ ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postcheckkämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1967 unter 5 Mio DM lag; einschließlich aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute. Infolge Umgestaltung mit Angaben bis 1968 nicht voll vergleichbar. — ²⁾ einschließlich durchlaufender Kredite.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		November 1969	Februar 1970	Mai 1970	Mai 1969
		1965	1969				
Preisindizes für Bauwerke							
Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten)							
Wohngebäude A ¹⁾	1962 = 100	113,1	127,7	133,5	141,5	148,6	126,0
Einfamiliengebäude A ¹⁾	"	113,3	128,1	133,7	141,5	148,3	126,6
Mehrfamiliengebäude A ¹⁾	"	113,0	127,4	133,4	141,5	148,9	125,4
Gemischt genutzte Gebäude A ¹⁾	"	112,8	127,5	133,4	141,8	148,8	125,7
Bürogebäude A ¹⁾	"	112,2	126,9	135,5	147,7	148,8	123,6
Bürogebäude B ¹⁾	"	"	113,9	120,3	127,6	134,1	111,4
Gewerbliche Betriebsgebäude A ¹⁾	"	112,4	125,8	133,4	142,1	150,6	122,5
Gewerbliche Betriebsgebäude B ¹⁾	"	"	113,4	120,2	128,0	135,7	110,4
Löhne und Gehälter ²⁾				Oktober 1969	Januar 1970	April 1970	April 1969
1. Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Bruttowochenverdienste							
• männliche Arbeiter	DM	232	291	307	308	317	284
• weibliche Arbeiter	"	140	180	188	191	195	174
Bruttostundenverdienste							
• männliche Arbeiter	"	5,10	6,39	6,70	6,78	6,94	6,22
• weibliche Arbeiter	"	3,32	4,32	4,48	4,57	4,71	4,19
Bezahlte Wochenarbeitszeit							
• männliche Arbeiter	Std.	45,5	45,4	45,8	45,5	45,6	45,7
• weibliche Arbeiter	"	42,2	41,7	41,9	41,7	41,4	41,6
Geleistete Wochenarbeitszeit							
• männliche Arbeiter	"	41,4	41,0	44,6	41,7	42,8	41,1
• weibliche Arbeiter	"	37,2	36,5	41,0	37,7	38,5	37,0
2. Angestellte, Bruttomonatsverdienste							
In Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Kaufmännische Angestellte							
• männlich	DM	1 098	1 405	1 444	1 497	1 523	1 379
• weiblich	"	747	983	1 020	1 049	1 068	954
Technische Angestellte							
• männlich	"	1 182	1 494	1 544	1 587	1 620	1 456
• weiblich	"	748	988	1 036	1 063	1 072	941
In Handel, Kredit und Versicherungen							
Kaufmännische Angestellte							
• männlich	"	1 043	1 332	1 357	1 403	1 449	1 321
• weiblich	"	668	899	922	962	998	887
In Industrie und Handel ³⁾ zusammen							
Kaufmännische Angestellte							
• männlich	"	1 058	1 351	1 380	1 427	1 468	1 336
• weiblich	"	688	921	948	984	1 016	904
Technische Angestellte							
• männlich	"	1 176	1 496	1 543	1 587	1 618	1 460
• weiblich	"	838	1 147	1 214	1 240	1 263	1 067
Öffentliche Ordnung und Sicherheit				Mai 1970	Juni 1970	Juli 1970	Juli 1969
1. Feuerlösch- und Rettungsdienst							
Feueralarme	Anzahl	288	392	586	625	405	371
dav. falsche Alarme und Unfugmeldungen	"	67	90	94	101	103	72
bekämpfte Brände	"	221	302	492	524	302	299
dav. Großbrände	"	9	14	22	20	15	11
Mittelbrände	"	28	43	95	93	44	38
Kleinbrände	"	98	130	254	260	130	132
Entstehungsbrände	"	80	105	118	149	107	117
Schornsteinbrände	"	6	10	3	2	6	1
Hilfeleistungen aller Art	"	"	"	654	827	795	"
Rettungswageneinsätze	"	"	"	9 836	10 147	9 865	"
dar. Straßen- und Verkehrsunfälle	"	1 156	1 364	1 650	1 770	1 703	1 337
Betriebsunfälle	"	544	416	499	585	551	490
Krankentransporte	"	"	"	3 409	3 354	3 472	"
Anzahl der beförderten Personen	"	"	"	9 624	9 949	9 709	"
Gesamtzahl der Alarmierungen	"	"	"	11 076	11 599	11 065	"
Außerdem:	"	"	"	"	"	"	"
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehr	"	"	"	101	166	92	"
2. Feststellungen der Polizei							
Straftaten	Anzahl	8 102	10 403	10 388	11 739	12 981	11 817
dar. Sittlichkeitsdelikte	"	214	265	224	217	284	251
Mord und Totschlag	"	4	6	8	11	6	6
Körperverletzung ⁴⁾	"	91	124	114	127	136	128
Einfacher Diebstahl	"	3 413	4 368	4 213	4 896	5 160	5 211
Schwerer Diebstahl	"	1 822	2 255	2 705	3 256	3 522	2 535
Diebstähle zusammen	"	5 235	6 623	6 918	8 152	8 682	7 746
dar. Kraftwagen- und -gebrauchs-	"	"	"	"	"	"	"
diebstahl	"	180	256	285	370	345	276
Unterschlagung	"	203	229	186	174	199	247
Raub und Erpressung	"	41	67	48	78	64	60
Begünstigung und Hehlerei	"	85	130	102	113	211	140
Betrug und Untreue	"	722	973	821	754	1 008	1 268
Brandstiftung	"	33	47	30	41	38	30
Außerdem:	"	"	"	"	"	"	"
Verkehrsvergehen ⁵⁾	"	778	1 234	1 607	1 213	1 555	1 239
Verkehrsordnungswidrigkeitenanzeigen ⁶⁾	"	8 929	16 625	17 803	14 973	18 506	16 490
Ordnungswidrigkeitenberichte	"	423	600	327	404	347	498
Verwarnungen mit Verwarnungsgeld ⁷⁾	"	31 317	29 706	26 954	25 674	27 953	30 203

¹⁾ A = mit Umsatz-(Mehrwert-)steuer, B = ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. — ²⁾ Effektivverdienste; ab 1964 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. — ³⁾ Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe. — ⁴⁾ ohne §§ 223 und 230. — ⁵⁾ vor dem 1. 1. 1969 Verkehrsvergehenanzeigen. — ⁶⁾ vor dem 1. 1. 1969 Übertretungsanzeigen. — ⁷⁾ vor dem 1. 1. 1969 Gebührenpflichtige Verwarnungen.

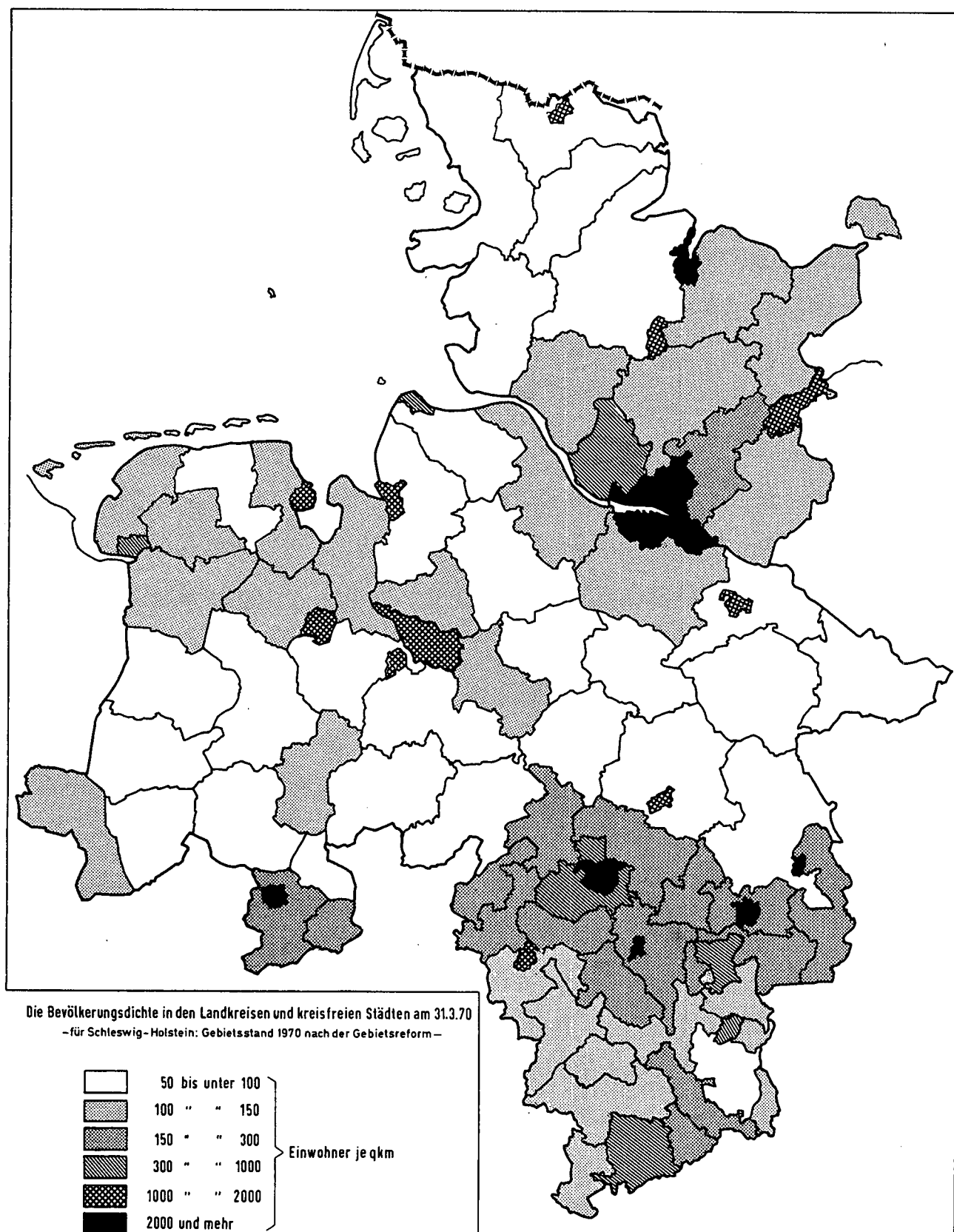
AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN FÜR DAS BUNDESGBEIT

Gegenstand	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		April 1970	Mai 1970	Juni 1970	Juni 1969
		1965	1969				
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT							
Bevölkerung am Monatsende	1 000	59 011,7	60 842,4	60 842,1
Eheschließungen	auf 1 000	8,3	7,3	7,2
Lebendgeborene	Einw. und 1 Jahr	17,7	14,8	15,2
Gestorbene		11,5	12,2	11,2
Arbeitslose	1 000	146	176	121	103	95	111
INDUSTRIE ¹⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	8 460	8 308	8 576	8 568	...	8 250
Geleistete Arbeitsstunden ²⁾	Mio Std.	1 055	995	1 083	975	...	958
Umsatz ³⁾ ohne Umsatzsteuer	Mio DM	31 218	39 537	45 594	40 700	...	41 622
dar. Auslandsumsatz	"	4 903	7 747	8 964	7 845	...	8 095
Index der industriellen Nettoproduktion (arbeitsmäßig)							
Industrie (einschl. Bau- u. Energiew.)	1962=100	118,2	148,2	159,1	173,0 r	162,0 p	155,5
Verarbeitende Industrie	"	119,1	151,5	162,4	177,3 r	166,3 p	159,6
Grundst.- u. Produktionsgüterind.	"	124,8	170,0	182,4	193,0	185,1 p	181,1
Investitionsgüterindustrie	"	117,8	146,5	163,3	181,6 r	167,1 p	158,7
Verbrauchsgüterindustrie	"	115,6	144,2	150,5	163,6 r	152,7 p	144,5
Nahrungs- und Genußmittelind.	"	115,2	134,4	131,6	149,0 r	141,2 p	135,0
Bauindustrie	"	118,9	127,5	139,3	176,5 r	162,6 p	158,0
BAUWIRTSCHAFT							
Bauhauptgewerbe ⁴⁾	1 000	1 642,6	1 504,7	1 545,3
Geleistete Arbeitsstunden	Mio Std.	233,3	203,3	233,7
Umsatz ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer	Mio DM	3 698,0	3 968,6	3 378,6
Baugenehmigungen für Wohnungen	Anzahl	51 898	46 653	54 736	48 929	54 689	51 207
Baufertigstellungen für Wohnungen	"	49 326	41 660	17 077	17 150	30 476	34 119
HANDEL							
Index der Einzelhandelsumsätze	1962=100	124	152	166	162	162	139
Index der Groß- und Außenhandelsumsätze	"		148	171	158	165	148
VERKEHR							
Seeschifffahrt							
Güterumschlag ⁵⁾	1 000 t	8 835	10 581	11 722	10 373
dav. Empfang	"	6 950	8 252	9 278	8 209
Versand	"	1 885	2 329	2 444	2 164
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	144 927	171 971	265 465	213 470	236 257	183 967
Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden	"	26 364	28 178 p	29 006 p	33 806 p	34 201 p	31 376 p
Getötete Personen	"	1 313	1 382 p	1 331 p	1 592 p	1 629 p	1 462 p
Verletzte Personen	"	36 124	39 268 p	40 203 p	48 658 p	47 936 p	44 441 p
STEUERN							
Lohnsteuer	Mio DM	1 395	2 255	2 228 r	2 375	2 567 p	1 950
Veranlagte Einkommensteuer	"	1 233	1 416	216 r	131	3 458 p	3 553
Körperschaftsteuer	"	681	908	36 r	106	2 112 p	2 266
Steuern vom Umsatz	"	2 018	3 063	2 774 r	3 088	2 995 p	2 758
PREISE							
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte ⁶⁾	1962=100	104,0	101,5	106,8	106,8	107,4	100,8
Index der Einfuhrpreise	"	106,3	108,0	108,7	107,8	106,7	109,4
Index der Ausführpreise	"	104,8	111,3	116,0	116,1	116,3	111,0
Preisindex für Wohngebäude	"	112,6	124,5		142,8		
Preisindex für die Lebenshaltung ⁷⁾	"	109,0	119,3	123,3	123,5	124,1	119,7
Nahrungs- und Genußmittel	"	109,0	114,2	117,8	118,0	118,8	115,4
Wohnungsmieten	"	118,5	161,9	167,2	167,5	167,8	162,2
				Oktober 1969	Januar 1970	April 1970	April 1969
LÖHNE IN DER INDUSTRIE							
Bruttostundenverdienste der Männer	DM	4,54	5,71	5,97	6,15	6,25	5,56
Bezahlte Wochenarbeitszeit der Männer	Std.	45,1	44,8	45,2	44,4	45,1	44,8

Quelle: Statistisches Bundesamt.
¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ²⁾ einschließlich Lehrlingsstunden. — ³⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. — ⁴⁾ hochgerechnete Totalergebnisse. — ⁵⁾ Verkehr zwischen deutschen Seehäfen ist doppelt gezählt. — ⁶⁾ ab 1968 ohne Mehrwertsteuer. — ⁷⁾ 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen.

NORDDEUTSCHER ZAHLENSPIEGEL

HERAUSGEGEBEN IN ZUSAMMENARBEIT DER STATISTISCHEN LANDESÄMTER SCHLESWIG-HOLSTEIN, HAMBURG, NIEDERSACHSEN UND BREMEN



Lfd. Nr.	Art der Angaben	L ä n d e r							
		Schleswig-Holstein				Hamburg			
		Januar bis März 1969	Oktober bis Dezember 1969	Januar bis März 1970	Verän- derung Sp.3 zu Sp.1 in %	Januar bis März 1969	Oktober bis Dezember 1969	Januar bis März 1970	Verän- derung Sp.7 zu Sp.5 in %
		1	2	3	4	5	6	7	8
1	Fläche in qkm	15 675,9				753,2			
2	Wohnbevölkerung ¹⁾ in 1000	2 534,8	2 557,2	2 561,2	+ 1,0	1 820,8	1 817,1	1 814,1	- 0,4
Bevölkerungsbewegung									
3	Anzahl der Geburten	10 833	8 682	9 199	- 15,1	5 618	4 665	4 789	- 14,8
4	Anzahl der Sterbefälle	8 538	8 530	9 357	+ 9,6	7 337	7 439	7 043	- 4,0
5	Überschuß der Geburten (+) oder der Sterbefälle (-)	+ 2 295	+ 152	- 158	.	- 1 719	- 2 774	- 2 254	.
6	Zuzüge über die Landesgrenze	20 464	24 719	21 182	+ 3,5	17 864	22 262	18 478	+ 3,4
7	davon aus den anderen norddeutschen Ländern	10 860	11 825	10 563	- 2,7	7 950	9 530	8 045	+ 1,2
8	davon aus Schleswig-Holstein	-	-	-	-	4 679	5 387	4 670	- 0,2
9	Hamburg	7 159	7 544	6 960	- 2,8	-	-	-	-
10	Niedersachsen	3 123	3 596	3 047	- 2,4	2 968	3 728	3 038	+ 2,4
11	Bremen	578	685	556	- 3,8	303	415	337	+ 11,2
12	davon aus dem übrigen Bundesgebiet	6 783	8 170	7 196	+ 6,1	4 913	5 580	4 641	- 5,5
13	aus Gebieten außerhalb der BRD	2 821	4 724	3 423	+ 21,3	5 001	7 152	5 792	+ 15,8
14	Fortzüge über die Landesgrenze	16 673	21 912	17 095	+ 2,5	18 227	21 648	19 214	+ 5,4
15	davon in die anderen norddeutschen Länder	8 248	9 928	7 951	- 3,6	10 947	12 100	10 825	- 1,1
16	davon nach Schleswig-Holstein	-	-	-	-	7 159	7 549	7 000	- 2,2
17	Hamburg	4 726	5 387	4 669	- 1,2	-	-	-	-
18	Niedersachsen	3 004	3 971	2 884	- 4,0	3 444	4 190	3 546	+ 3,0
19	Bremen	518	570	398	- 23,2	344	371	279	- 18,9
20	davon in das übrige Bundesgebiet	6 667	9 142	7 154	+ 7,3	5 131	5 868	5 380	+ 4,9
21	in Gebiete außerhalb der BRD	1 758	2 842	1 990	+ 13,2	2 150	3 680	3 009	+ 40,0
22	Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	+ 3 791	+ 2 807	+ 4 087	.	- 363	+ 614	- 738	.
23	Bevölkerungsgewinn (+) oder -verlust (-)	+ 6 086	+ 2 959	+ 3 929	.	- 2 082	- 2 160	- 2 990	.
24	Zahl der Arbeitslosen ¹⁾	16 313	10 546	11 663	- 28,5	4 101	3 219	3 016	- 26,5
25	Zahl der offenen Stellen ¹⁾	21 045	16 437	26 071	+ 23,9	24 036	23 489	30 958	+ 28,8
26	Zahl der nichtdeutschen Arbeitnehmer ¹⁾	14 896	.	20 456	+ 37,3	31 598	.	42 067	+ 33,1
27	Beschäftigte in der Industrie ^{1) 2)}	181 352	188 818	190 234	+ 4,9	207 929	210 099	212 419	+ 2,2
28	Umsatz in der Industrie ²⁾ in Mio DM	2 622	3 341	2 828	+ 7,9	3 965	4 689	4 715	+ 18,9
29	darunter Auslandsumsatz ²⁾ in Mio DM	398	553	432	+ 8,5	519	652	704	+ 35,6
Güterverkehr über See									
30	Empfangene Güter in 1000 t brutto	3 032	3 759	3 394	+ 11,9	7 191	8 343	8 962	+ 24,6
31	darunter Stückgut in 1000 t brutto	1 782	1 869	1 915	+ 7,5
32	Versandte Güter in 1000 t brutto	1 501	1 594	1 501	± 0	2 443	2 888	2 801	+ 14,7
33	darunter Stückgut in 1000 t brutto	1 437	1 641	1 587	+ 10,4
34	Geleistete Arbeitsstunden im Bauhauptgewerbe in 1000	13 650	23 578	11 597	- 15,0	12 046	18 144	11 568	- 4,0
35	darunter Arbeitsstunden für Verkehrs- und öffentliche Bauten in 1000	4 935	10 054	4 523	- 8,3	4 998	8 360	5 114	+ 2,3
36	Baugenehmigungen für Wohnungen	4 527	7 503	5 343	+ 18,0	1 486	4 547	2 430	+ 63,5
37	Fremdenübernachtungen ³⁾ in 1000	682	890	784	+ 15,0	556	657	618	+ 11,2
38	darunter von Auslandsgästen in 1000	37	60	49	+ 32,4	150	197	173	+ 15,3
39	Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	18 339	20 165	20 908	+ 14,0	15 104	15 566	17 502	+ 15,9
40	darunter Personenkraftwagen	14 723	15 867	17 125	+ 16,3	12 358	12 385	14 459	+ 17,0
41	Steueraufkommen insgesamt in Mio DM	953	1 202	1 007	+ 5,7	3 226	4 398	3 264	+ 1,2
42	Steuereinnahmen des Landes (netto) ⁴⁾ in Mio DM	311	392	422	+ 35,7	666	868	518	- 22,2
43	Steuereinnahmen der Gemeinden und der Gemeindeverbände ⁵⁾ in Mio DM	128	164	113	- 11,7	171	207	259	+ 51,5

1) Stand am Ende des Quartals.

2) Für Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten.

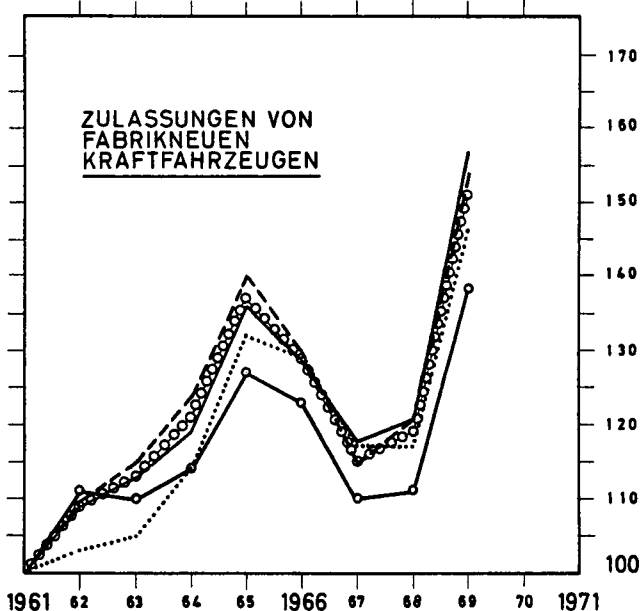
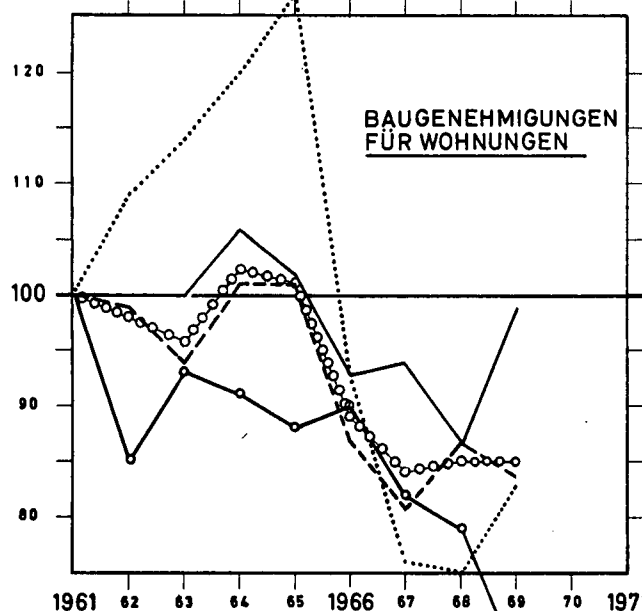
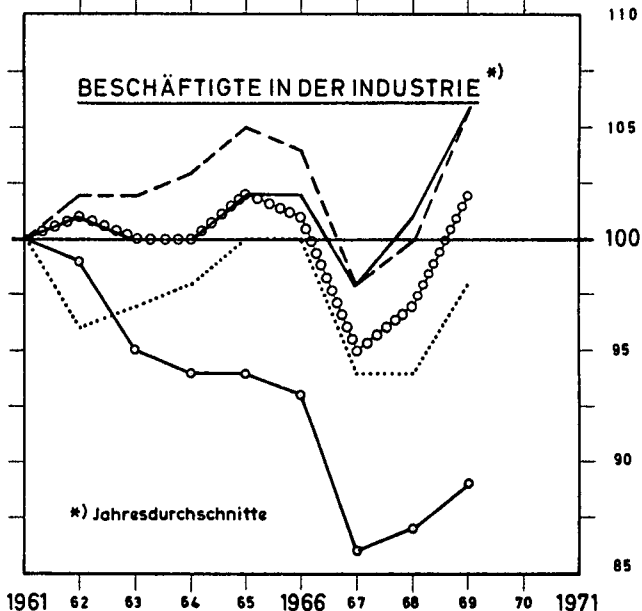
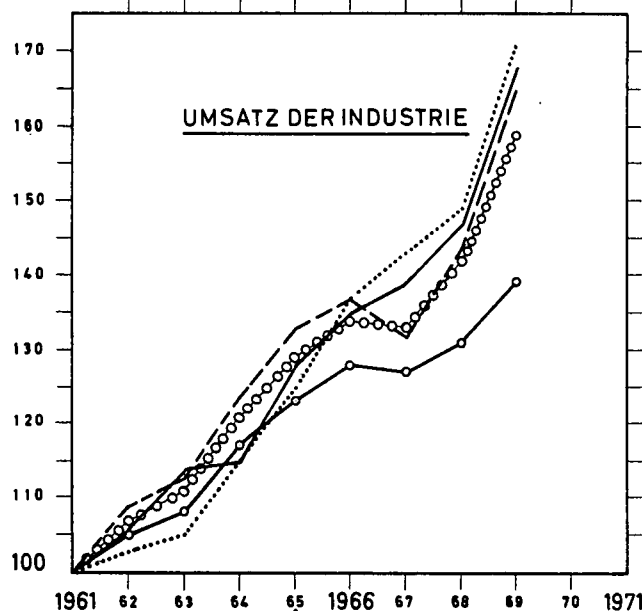
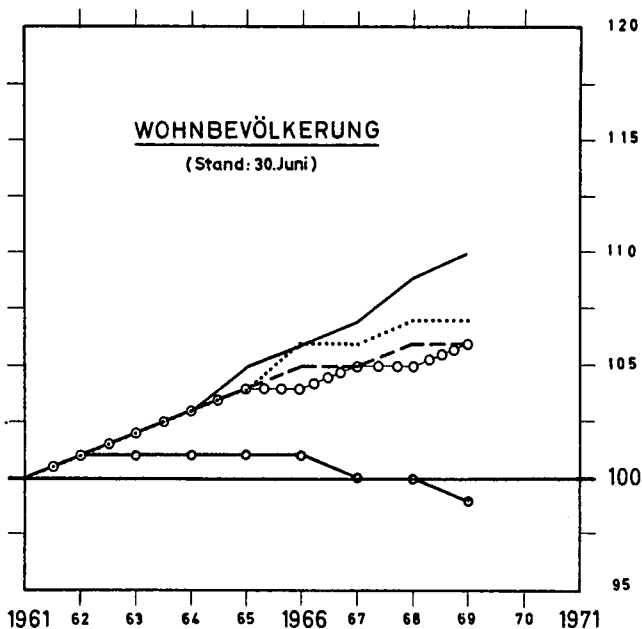
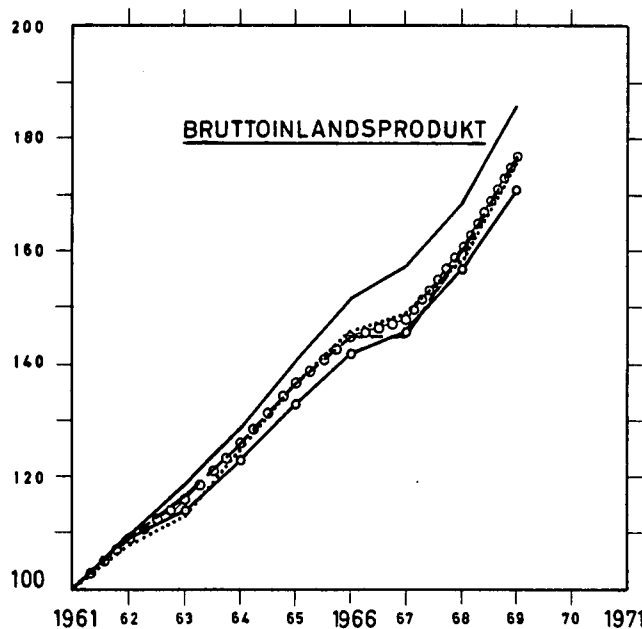
3) Für Berichtsgemeinden (in Schleswig-Holstein 141 Gemeinden, in Niedersachsen 295 Gemeinden).

4) einschließlich Gewerbesteuerumlage.

5) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

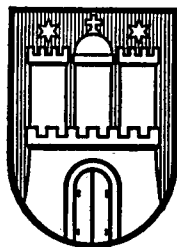
noch: L ä n d e r								Vier norddeutsche Länder i n s a g e s a m t					Lfd. Nr.
Niedersachsen				Bremen									
Januar bis März 1969	Oktober bis Dezember 1969	Januar bis März 1970	Verän- derung Sp. 11 zu Sp.9 in %	Januar bis März 1969	Oktober bis Dezember 1969	Januar bis März 1970	Verän- derung Sp. 15 zu Sp.13 in %	Januar bis März 1969	Oktober bis Dezember 1969	Januar bis März 1970	Verän- derung Sp. 19 zu Sp.17 in %	Verän- derung Sp. 19 zu Sp.18 in %	
9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	
47 407,6				403,8				64 240,5					1
7 050,2	7 100,4	7 109,0	+ 0,8	755,6	756,0	754,4	- 0,2	12 161,4	12 230,7	12 238,7	+ 0,6	+ 0,1	2
29 197	26 181	25 062	- 14,2	2 798	2 288	2 296	- 17,9	48 446	41 816	41 346	- 14,7	- 1,1	3
22 491	22 999	25 781	+ 14,6	2 500	2 616	2 768	+ 10,7	40 866	41 584	44 949	+ 10,0	+ 8,1	4
+ 6 706	+ 3 182	- 719	.	+ 298	- 328	- 472	.	+ 7 580	+ 232	- 3 603	.	.	5
41 217	56 402	45 501	+ 10,4	8 249	9 612	6 521	- 20,9	87 794	112 995	91 682	+ 4,4	- 18,9	6
9 814	12 786	10 000	+ 1,9	4 620	4 881	3 441	- 25,5	33 244	39 022	32 049	- 3,6	- 17,9	7
3 004	3 971	2 885	- 4,0	518	570	399	- 23,0	8 201	9 928	7 954	- 3,0	- 19,9	8
3 444	4 190	3 546	+ 3,0	344	371	279	- 18,9	10 947	12 105	10 785	- 1,5	- 10,9	9
-	-	-	-	3 758	3 940	2 763	- 26,5	9 849	11 264	8 848	- 10,2	- 21,4	10
3 366	4 625	3 569	+ 6,0	-	-	-	-	4 247	5 725	4 462	+ 5,1	- 22,1	11
20 272	25 078	20 293	+ 0,1	2 315	2 458	1 685	- 27,2	34 283	41 286	33 815	- 1,4	- 18,1	12
11 131	18 538	15 208	+ 36,6	1 314	2 273	1 395	+ 6,2	20 267	32 687	25 818	+ 27,4	- 21,0	13
36 899	46 861	36 194	- 1,9	7 119	8 984	7 615	+ 7,0	78 918	99 405	80 118	+ 1,5	- 19,4	14
9 888	11 272	8 870	- 10,3	4 243	5 725	4 468	+ 5,3	33 326	39 025	32 114	- 3,6	- 17,7	15
3 125	3 604	3 069	+ 1,8	578	685	562	- 2,8	10 862	11 838	10 631	- 2,1	- 10,2	16
3 004	3 728	3 038	+ 1,1	303	415	337	+ 11,2	8 033	9 530	8 044	+ 0,1	- 15,6	17
-	-	-	-	3 362	4 625	3 569	+ 6,2	9 810	12 786	9 999	+ 1,9	- 21,8	18
3 759	3 940	2 763	- 26,5	-	-	-	-	4 621	5 481	3 440	- 25,6	- 29,5	19
21 389	26 991	20 532	- 4,0	2 198	2 451	2 234	+ 1,6	35 385	44 452	35 300	- 0,2	- 20,6	20
5 622	8 598	6 792	+ 20,8	678	808	913	+ 34,7	10 208	15 928	12 704	+ 24,5	- 20,2	21
+ 4 318	+ 9 541	+ 9 307	.	+ 1 130	+ 628	+ 1 094	.	+ 8 876	+ 13 590	+ 13 750	.	.	22
+ 11 024	+ 12 674	+ 8 588	.	+ 1 428	+ 300	- 1 566	.	+ 16 456	+ 13 773	+ 7 961	.	.	23
48 470	31 985	31 884	- 34,2	4 018	2 752	2 718	- 32,4	72 902	48 502	49 281	- 32,4	+ 1,6	24
65 349	60 444	82 436	+ 26,1	8 599	8 211	11 112	+ 29,2	119 029	108 581	150 577	+ 26,5	+ 38,7	25
65 635	.	92 125	+ 40,4	7 329	10 006	10 536	+ 43,8	119 458	.	165 184	+ 38,3	.	26
750 049	780 395	787 363	+ 5,0	96 481	99 568	101 146	+ 4,8	1 235 811	1 278 880	1 291 162	+ 4,5	+ 1,0	27
10 377	12 813	11 913	+ 14,8	1 678	2 193	1 947	+ 16,0	18 642	23 036	21 403	+ 14,8	- 7,1	28
2 429	2 888	2 669	+ 9,9	247	387	284	+ 15,0	3 593	4 480	4 089	+ 13,8	- 8,7	29
9 278	10 695	9 167	- 1,2	3 197	3 695	3 925	+ 22,8	22 698	26 492	25 448	+ 12,1	- 3,9	30
.	.	.	.	1 252	1 401	1 463	+ 16,9	31
846	1 119	905	+ 7,0	1 787	1 708	1 871	+ 4,7	6 577	7 309	7 078	+ 7,6	- 3,2	32
.	.	.	.	1 337	1 368	1 502	+ 12,3	33
39 518	65 542	33 996	- 14,0	5 953	8 508	5 208	- 12,5	71 167	115 772	62 369	- 12,4	- 46,1	34
14 166	25 596	11 949	- 15,7	2 151	3 285	1 667	- 22,5	26 250	47 295	23 253	- 11,4	- 50,8	35
12 317	14 610	13 448	+ 9,2	1 510	1 809	2 008	+ 33,0	19 840	28 469	23 229	+ 17,1	- 18,4	36
2 361	2 634	2 604	+ 10,3	145	172	158	+ 9,0	3 744	4 353	4 164	+ 11,2	- 4,3	37
79	114	106	+ 34,2	26	32	25	- 3,8	292	403	353	+ 20,9	- 12,4	38
58 649	63 263	65 723	+ 12,1	5 988	6 272	6 942	+ 15,9	98 080	105 266	111 075	+ 13,2	+ 5,5	39
48 400	50 913	55 833	+ 15,4	4 823	4 880	5 583	+ 15,8	80 304	84 045	93 000	+ 15,8	+ 10,7	40
2 712	3 484	2 929	+ 8,0	770	1 027	874	+ 13,5	7 661	10 111	8 074	+ 5,4	- 20,1	41
980	1 183	1 171	+ 19,5	170	218	179	+ 5,3	2 127	2 661	2 290	+ 7,7	- 13,9	42
383	652	336	- 12,3	67	73	78	+ 16,4	749	1 096	786	+ 4,9	- 28,3	43

Ausgewählte Daten der Bevölkerungs- und Wirtschaftsbeobachtung der letzten 10 Jahre



— Schl.-Holstein ○ Hamburg — Niedersachsen Bremen ○○○○○ Küstenländer insgesamt

HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1970

Oktober-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Kurzinformationen

Hamburg an dritter Stelle der Bundesländer mit den öffentlichen Ausgaben für Kernenergieforschung und -nutzung

Seit Beginn der intensiveren Förderung von Forschung, Entwicklung und Nutzung der Kernenergie im Jahre 1956 haben Bund und Länder zusammen über 7 Milliarden DM bis zum Jahre 1969 für diesen Zweck verausgabt. Auf die durchschnittliche Einwohnerzahl umgerechnet ergibt das einen Betrag von 126 DM je Kopf der Bevölkerung. Den Hauptanteil mit über 70% trug der Bund. 2 Milliarden DM stellten die Länder zur Verfügung, woran Hamburg im Durchschnitt der Jahre 1956 bis 1969 mit 6,1% beteiligt war. Hamburg liegt damit hinter Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg an dritter Stelle der Bundesländer. Der Haushalt der Freien und Hansestadt Hamburg für 1970 sieht zur Erforschung, Entwicklung und Nutzung der Kernenergie rd. 16 Mio DM eigene Mittel vor, davon sind 5,5 Mio DM für das Deutsche Elektronen-Synchrotron (DESY) in Bahrenfeld, einer der stärksten Elektronenbeschleuniger der Welt, und 2,5 Mio DM für die Gesellschaft für Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schifffahrt mbH (GKSS) in Geesthacht bestimmt.

Mehr als vier Fünftel der Hamburger Wohnparteien sind Mieter oder Untermieter

Von den bei der letzten Wohnungszählung ermittelten rd. 745 000 Wohnparteien (Haushalte) waren 76% Mieter, 8% Untermieter und 16% Eigentümer der von ihnen bewohnten Wohnungen.

In der Gruppe der Einpersonensorohnparteien entfielen auf Mieter 71%, auf Untermieter jedoch 20% und auf Eigentümer nur 9%.

In der sozialen Gruppe der Selbständigen waren 62% der Wohnparteien Mieter, nur 3% Untermieter, aber 35% Eigentümer; dagegen wies die Gruppe der Nichterwerbstätigen (Rentner, Pensionäre usw.) 79% Mieter, 5% Untermieter und 16% Wohnungseigentümer auf.

99% der Wohnungen in Hamburg sind an das öffentliche Wassernetz und 92% an die öffentliche Kanalisation angeschlossen

Von den Wohnungen in Wohngebäuden hatte aufgrund der letzten Wohnungszählung nur rd. 1% keinen Anschluß

an das öffentliche Wassernetz. Von diesen Wohnungen war die weitaus überwiegende Zahl in Ein- und Zweifamilienhäusern mit eigener Wasserversorgungsanlage. Etwa 8% der Wohnungen in Wohngebäuden hatten keinen Anschluß an das öffentliche Kanalisationsnetz für Fäkalien und Schmutzwasser. Davon lagen jedoch rd. 80% in Ein- und Zweifamilienhäusern mit eigener Hauskläranlage (Sickergrube o. ä.).

Im gesamten hamburgischen Staatsgebiet wurden lediglich 780 Wohnungen ohne Wasserversorgung im Gebäude und fast 9 100 Wohnungen ohne Kanalisationsanschluß für Fäkalien bzw. ohne Hauskläranlage registriert.

Die fast 26 000 sog. „Wohngelegenhelten“ (Behelfswohnungen) sind bei dieser Betrachtung unberücksichtigt geblieben.

Altersunterschiede bei Eheschließenden

Das durchschnittliche Alter der Hamburger Eheschließenden betrug im Jahr 1969 für Männer 30,3 Jahre, für Frauen 27,2 Jahre.

Bei 78% der Eheschließungen war der Ehemann älter als seine Frau; der Altersunterschied betrug bei einem Fünftel jedoch weniger als 2 Jahre.

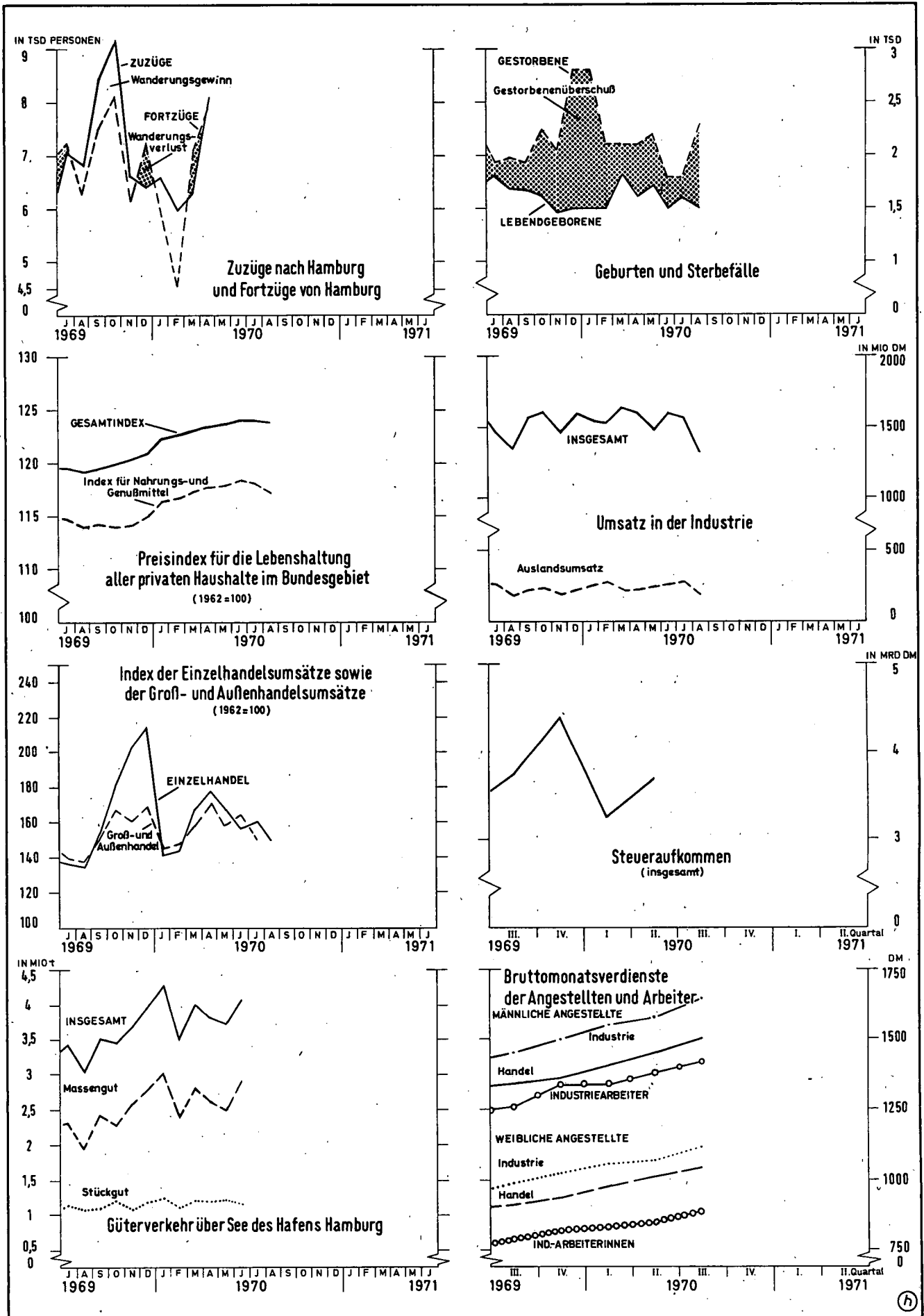
Andererseits waren unter den 14 500 Eheschließungen, die im Jahr 1969 in Hamburg stattfanden, 3 200 Frauen (22%) älter als ihre Ehepartner; die Hälfte hiervon ist allerdings nur geringfügig älter, nämlich weniger als 2 Jahre.

Ehen mit größerem Altersunterschied sind seltener; es gab aber im Jahre 1969 immerhin 25 Eheschließungen, bei denen die Ehefrau mindestens 20 Jahre älter als ihr Mann war. In den beiden Vorjahren waren es 15 bzw. 18 Frauen. Diese Ehen wurden überwiegend geschlossen, solange der Mann noch unter 30 Jahre alt war. In 52 Fällen war die Frau 16 und mehr Jahre älter als ihr Mann, in 208 Ehen (1,4%) 10 und mehr Jahre.

Strafgefangene in Hamburg

Am 31. März dieses Jahres verbüßten 1 765 Männer und 20 Frauen eine Freiheitsstrafe in den hamburgischen Vollzugsanstalten. Von diesen Gefangenen waren 76 zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Bei den meisten Häftlingen lag die Zeitdauer der Strafe zwischen einem und fünf Jahren. Nur 16 Verurteilte waren 65 Jahre und älter, 35 jünger als 18 Jahre. Rund 1 450 Verurteilte hatten bereits eine oder mehrere Vorstrafen, 17 Gefangene waren mehr als zwanzigmal vorbestraft.

Ausgewählte Diagramme zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung



Die Berücksichtigung der Wanderungsbewegung in einem Modell der Bevölkerungsvorausschätzung

1. Vorbemerkung

Im April-Heft dieser Zeitschrift wurde eine Prognose der Bevölkerungsentwicklung in Hamburg bis 1985 veröffentlicht¹⁾. Dabei war nur die natürliche Bevölkerungsentwicklung aufgrund der biologischen Einflußfaktoren (Geburten, Sterbefälle) berücksichtigt worden. In dem jetzt folgenden Beitrag soll gezeigt werden, auf welche Weise die seinerzeit außer Ansatz gebliebene Wanderungsbewegung in das Vorausschätzungsmodell einbezogen werden kann. Dabei ist mehr noch als damals auf die Berechnungsmethode — das zugrundeliegende theoretische Modell und die implizit und explizit gemachten Entwicklungsannahmen — einzugehen, denn dieser erste Versuch einer Bevölkerungsvorausschätzung, bei der alle relevanten Einflußfaktoren miteinander verknüpft werden, kann zunächst nur als ein von den Eingabeparametern abhängiges Modell der Bevölkerungsentwicklung angesehen werden, das im Ergebnis ganz von der Variation — und Güte — eben dieser eingegebenen Parameter abhängig ist. Eine für die Praxis in Wirtschaft und Verwaltung gedachte Voraussage der zukünftigen Entwicklung, insbesondere der Wanderungen, kann damit noch nicht gegeben werden.

Dennoch werden im Anschluß an die Modellbeschreibung beispielhaft die Berechnung und die Ergebnisse einer Prognose, in die eine von vielen alternativen Vorstellungen über die zukünftige Entwicklung der Wanderungsbewegung eingegangen ist, veröffentlicht. Aus den Ergebnissen kann zwar nicht geschlossen werden, daß sich die Zu- und Fortzüge und die Bevölkerung so oder so entwickeln werden, aber es kann abgelesen werden — insbesondere im Vergleich zu den Ergebnissen der rein biologischen Bevölkerungsvorausschätzung — mit welcher Entwicklung der Bevölkerungszahl längerfristig zu rechnen wäre, wenn Wanderungsströme bestimmter Größe die natürliche Entwicklung beeinflussen.

2. Das Prognosemodell — eine Modellbeschreibung

2.1 Die Bevölkerungsprognose aufgrund biologischer Faktoren

Eine ausführliche Darstellung der methodischen Grundlagen, insbesondere des Zusammenspiels der einzelnen biologischen Komponenten, erfolgte für das Prognosemodell bereits in dem zitierten Beitrag, hier dürfte daher eine Skizzierung der wesentlichen Punkte ausreichen:

Ausgangspunkt der Bevölkerungsprognose ist die tatsächliche Bevölkerung zu einem bestimmten Zeitpunkt mit einem bestimmten Gesamtvolumen und einer bestimmten Geschlechts- und Altersstruktur. Dieser Basisbestand wird sodann Geburtsjahrgangsweise in die Zukunft „fortgeschrieben“, d. h. um Sterbefälle verringert und um Geburten erhöht.

Für den Ansatz der Sterbefälle werden alters- und geschlechtsspezifische Sterbewahrscheinlichkeiten,

für den Ansatz der Geburten entsprechend altersspezifische Fruchtbarkeitsziffern der Frauen berücksichtigt.

Aus dem Zusammenwirken dieser Komponenten

- gegebenem Volumen und gegebener Struktur der Bevölkerung
- angenommenen Wahrscheinlichkeiten für die zukünftigen biologischen Abläufe

ergibt sich für jeden gewählten zukünftigen Zeitpunkt ein neuer Bevölkerungsbestand bestimmten Volumens und bestimmter Alters- und Geschlechtsstruktur.

Für die in Zusammenarbeit zwischen dem Statistischen Bundesamt und allen Statistischen Landesämtern 1969 durchgeführte „2. koordinierte Bevölkerungsvorausschätzung“ — eine erste war bereits 1967 erfolgt — einigte man sich nicht nur über diesen grundsätzlichen Modellablauf, sondern, im Interesse vergleichbarer Länder- und Bundesergebnisse, auch konkret auf die in das Modell einzugebenden Parameter, wobei allerdings die Wahrscheinlichkeiten für jedes Bundesland gesondert berechnet wurden.

- Als Basisbevölkerung wurde der — seinerzeit — aktuellste Bevölkerungsstand vom 1. 1. 1969 gewählt.
- Die alters- und geschlechtsspezifischen Sterbewahrscheinlichkeiten wurden aus dem Durchschnitt der Sterbeziffern 1965 bis 1967 gebildet. Für die Lebendgeborenen wurde eine bis 1982 geringfügig sinkende Säuglingssterblichkeit, für alle übrigen Altersgruppen wurden für den gesamten Vorausschätzungszeitraum konstante Sterbewahrscheinlichkeiten festgelegt.
- Die Geburten berechneten sich nach den altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern der Jahre 1967/68; auch diese Wahrscheinlichkeiten sollten als konstant angenommen werden.
- Außerdem wurde ein sog. „Ausländer-Korrektur-Modell“ berücksichtigt; dieser besondere Korrekturansatz sorgt dafür, daß die ausländischen Arbeitnehmer, die in der Basisbevölkerung enthalten sind, und deren Anwesenheit im Bundesgebiet in der Regel zeitlich begrenzt ist, nicht mit der deutschen Bevölkerung im Verlauf der Vorausschätzungsperiode in höhere Altersgruppen aufrücken und so die Altersstruktur der Bevölkerung verzerren. Sie werden vielmehr, mit der Hypothese ständiger Fluktuation bei gleichbleibendem Gesamtbestand, für alle Jahre in den gleichen Altersgruppen festgehalten. Für das Modell wurden die altersspezifischen Zu- und Fortzüge der Ausländer über die Bundesgrenzen in den Jahren 1965 und 1966 herangezogen. Die altersspezifischen Wanderungssalden beinhalten gleichzeitig die durchschnittliche Verweildauer nach den Verhältnissen im Durchschnitt der Jahre 1965/66.

¹⁾ Vgl. „Tendenzen der natürlichen Bevölkerungsentwicklung in Hamburg bis 1985“. — In: Hamburg in Zahlen, Jg. 1970, April-Heft.

Selbstverständlich hätten auch Modifikationen dieser Annahmen in die Berechnung eingehen können, so etwa längerfristige Änderungen in den Sterbewahrscheinlichkeiten oder — aufgrund des Geburtenrückgangs in den letzten Jahren — der Geburtenraten. Entsprechend hätte sich mit den Annahmen das Endergebnis geändert, wobei die mögliche Schwankungsbreite als verhältnismäßig gering anzusehen ist, da die biologischen Eingabeparameter weitgehend natürlichen Gesetzmäßigkeiten unterliegen und nicht beliebig variiert werden können.

2.2 Die Bevölkerungsprognose unter Einfluß der Wanderungen

Nicht durch entsprechende Gesetzmäßigkeiten determiniert und darum viel weniger greifbar ist die zweite Komponente der Bevölkerungsentwicklung: die Wanderungsbewegung, von der deshalb aus Zwecken der Vereinfachung im rein biologischen Prognosemodell abstrahiert wurde. Bei je über 80 000 Zu- bzw. Fortzügen gegenüber rd. 21 000 Geburten und rd. 27 000 Sterbefällen in Hamburg im Jahre 1969 ist diese Modellprämisse, daß es keine Zu- und Fortzüge gibt bzw. daß sich diese in Volumen und Struktur völlig entsprechen, und dies über den gesamten Vorausschätzungszeitraum, nur als eine Notlösung anzusehen. Dies gilt ganz besonders für ein Gebiet wie den Stadtstaat Hamburg, denn je kleiner das Gebiet ist, für das die Bevölkerung vorausgeschätzt werden soll, desto enger sind die Verflechtungen mit anderen Regionen und desto größer ist das Gewicht der Wanderung als Veränderungsfaktor zu veranschlagen²⁾. Die statistischen Landesämter und das Statistische Bundesamt haben deshalb versucht, die große Unbekannte „Wanderung“ in das bereits vorliegende Prognosemodell einzubauen und Modellrechnungen mit halbwegs plausiblen Entwicklungshypothesen durchzuführen, auch wenn die Kenntnisse über die Wanderungsvorgänge, ihre demographische Struktur, die räumliche Verflechtung und vor allem die Wanderungsmotive heute noch recht mangelhaft sind; es ist demzufolge auch nicht möglich, die Komplexität der Zusammenhänge und die Vielzahl von sozio-ökonomischen Einflußfaktoren in einem Modell zu quantifizieren und so die Entwicklung der Wanderungen zu erklären und vorzuschätzen. Will man aber dennoch über eine rein schematische Trendextrapolation durch Rückgriff auf die Vergangenheit hinausgehen, kann zunächst nur der Versuch unternommen werden, sich an die Wirklichkeit heranzutasten, indem eine ganze Reihe von möglichen — und in den Annahmen möglicherweise stark streuenden — Alternativen durchgerechnet werden, über deren Güte erst die echte Entwicklung entscheiden kann.

2.3 Das Wanderungsmodell

Das für das Rechenprogramm entwickelte Zusatzmodell für die Aufnahme von Wanderungshypothesen geht von der Vorstellung aus, daß neben der Wohnbevölkerung, als „Basisbevölkerung“ der biologischen Prognose, eine „Wanderungsbevölkerung“ besteht. Diese Wanderungsbevölkerung, die ebenfalls ein bestimmtes Volumen und eine bestimmte Alters-

und Geschlechtsstruktur besitzt, modifiziert nun in jedem Vorausschätzungsjahr die zunächst lediglich mittels der biologischen Komponenten weitergerechnete Bevölkerung. Dies geschieht einmal unmittelbar durch den Zu- bzw. Fortzug einer Person selbst, zum anderen jedoch auch mittelbar über die durch den Zu- bzw. Fortzug beeinflusste Altersstruktur der Bevölkerung und damit die entsprechende Veränderung der Geburten und Sterbefälle. So wird z. B. durch den Zuzug einer Frau im sog. „gebärfähigen Alter“ die Bevölkerung nicht nur um diese eine Person, sondern längerfristig auch um die — mit vorgegebener Wahrscheinlichkeit — in den kommenden Jahren zu erwartenden Kinder vergrößert. Umgekehrt vermindert ein entsprechender Fortzug die Bevölkerung, je nach dem Altersjahrgang, um mehr als eine Person. Entsprechend erhöhen bzw. verringern Zu- und Fortzüge die später zu erwartenden Sterbefälle, wobei hier allerdings kein über die Person hinausgehender Mehrfach-Effekt wie bei den Geburten auftritt.

Die Quantifizierung der „Wanderungsbevölkerung“ erfolgt in der Weise, daß — analog der Wohnbevölkerung — ebenfalls von einer Art Basisbevölkerung ausgegangen wird: dem „Wanderungsmodell“. Es hat einen bestimmten Ausgangsbestand, der nach Volumen und Struktur determiniert ist und nun allerdings nicht auf Stichtagsbasis ermittelt wurde, sondern die Wanderungen eines ganzen ausgewählten Berichtsjahres umfaßt. Hier handelt es sich um das Jahr 1968.

Der Binnenwanderungssaldo¹⁾ in Hamburg 1967 bis 1969 nach Altersgruppen

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	1967	1968	1969
0-14	— 3 082	— 2 621	— 3 320
14-25	+ 3 783	+ 4 099	+ 4 275
25-40	— 1 531	— 1 860	— 2 209
40-50	— 1 892	— 2 099	— 2 533
50-65	— 1 697	— 1 727	— 1 906
Insgesamt	— 11 074	— 11 431	— 12 577

¹⁾ von und nach anderen Bundesländern.

Von diesem vorher eingegebenen „Wanderungsmodell“ hängt dann auch die Stärke der induzierten Bevölkerungsveränderungen ab: weisen — wie im Wanderungsmodell Hamburgs — vorwiegend jüngere Jahrgänge einen Zuzugsüberschuß auf, die älteren Jahrgänge dagegen eher Abwanderungen, so wird die Bevölkerungsreproduktion stärker sein als im umgekehrten Fall, wenn die jüngeren Jahrgänge, bei denen Kinder zu erwarten sind, verstärkt abwandern. Das Modell geht nun weiterhin davon aus, daß die „Wanderungsbevölkerung“ denselben quantitativen biologischen Wahrscheinlichkeitsannahmen unterliegt wie die übrige Wohnbevölkerung; für einen Zuzug aus einem anderen Bundesland nach Hamburg wird z. B. nicht die Sterbewahrscheinlichkeit des Herkunftslandes, sondern die der Hamburger Bevölkerung angesetzt; auch umgekehrt wird z. B. bei einem Fortzug der „Geburtenverlust“ nach den für Hamburg berechneten Fruchtbarkeitsziffern kalkuliert. Diese modellimmanente Unterstellung wird das Ergebnis nicht wesentlich verändern, hat aber den praktischen Vorteil, daß in jedem Bundesland

²⁾ Vgl. Schwarz, Karl: Methoden und Technik der Bevölkerungsvorausschätzung. In: Die regionale Bevölkerungsprognose — Methoden und Probleme. Bd. XXIV der Forschungsberichte des Ausschusses „Raum und Bevölkerung“ der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, 1965.

nur jeweils mit den eigenen Werten gearbeitet zu werden braucht.

Neben diesem „Wanderungsmodell“ ist es erforderlich, genaue Annahmen über die Entwicklung der Zu- und Fortzüge im Vorausschätzungszeitraum zu machen. Für die Vorausschätzungsjahre werden sodann für die zu erwartenden Wanderungen Hochrechnungsfaktoren ermittelt. Diese drücken das Verhältnis der — angenommenen — Gesamtwanderungen für die jeweiligen Vorausschätzungsjahre zum alters- und geschlechtsspezifisch aufgegliederten „Wanderungsmodell“ aus. Die Hochrechnung bezieht sich also lediglich auf das Volumen der zu erwartenden Wanderungen; die relative Gliederung nach Alter und Geschlecht wird jeweils errechnet wie sie durch das „Wanderungsmodell“ zugrunde gelegt wurde. Diese weitere vereinfachende Prämisse beinhaltet, daß für die Zu- und Fortzüge in allen Vorausschätzungsjahren zwar nicht mehr wie bei der rein biologischen Prognose gleiches Volumen und gleiche Struktur, aber immerhin die gleiche Struktur unterstellt wird. Infolge dieser bereits im Modell enthaltenen Prämisse beschränken sich die für die Modelldurchläufe zu machenden Annahmen über die Wanderungsentwicklung ebenfalls auf das Volumen der Wanderung bzw. die jeweiligen Gesamtsalden.

Hier ist eine Differenzierung des Wanderungsansatzes allerdings möglich: die Trennung in Binnen- und Außenwanderung, die dann in den verschiedensten Kombinationen eingegeben werden kann. Für diese Rechnung ist von zwei „Wanderungsbevölkerungen“ auszugehen; einer „Binnenwanderungsbevölkerung“ (zwischen den Bundesländern) und einer „Außenwanderungsbevölkerung“ (über die Bundesgrenzen). Für beide sind getrennt Basisbevölkerung („Wanderungsmodell“) und Hochrechnungsfaktoren zu ermitteln. Eine Trennung bietet sich um so mehr an, als die Wanderungen jeweils unterschiedlichen Einflußfaktoren unterliegen: Die Binnenwanderungen — vorwiegend von Deutschen — zwischen den Bundesländern dürften erheblich von einzelnen landesplanerischen und regionalpolitischen Maßnahmen abhängig sein und müssen sich für das gesamte Bundesgebiet ausgleichen. Die Außenwanderungen — vorwiegend von Ausländern — über die Bundesgrenzen wiederum werden kaum von landespolitischen Maßnahmen, sondern von wirtschaftlicher und politischer Lage in der Bundesrepublik als Ganzes beeinflußt.

Die Koordinierungsaufgabe auf Bundesebene besteht bei einem solchen Prognosemodell also weitgehend in der Verteilung einmal der Länder-Binnenwanderungssalden unter der Prämisse eines Gesamtsaldos von ± 0 , zum anderen der Länder-Außenwanderungssalden aufgrund einer vorgegebenen, weil gesamtpolitisch determinierten, Außenwanderungsentwicklung.

3. Ein ausgewähltes Entwicklungsmodell für die Hamburger Bevölkerung unter Einschluß der Wanderungen

Aus der Fülle der möglichen Annahmen über die zukünftige Entwicklung des Hamburger Wanderungssaldos — die sprunghafte Entwicklung in den letzten Jahren macht Vermutungen besonders schwer — soll hier eine der in Zusammenarbeit von Statistischem

Bundesamt und den Statistischen Landesämtern entwickelte, und zwar an den „Landesplanerischen Zielvorstellungen“ der Länder ausgerichtete, Alternative ausgewählt und mit ihr die Arbeitsweise des Modells dargestellt werden.

3.1 Die Entwicklungshypothese

Die Grundlagen der Hypothese, die sog. „Landesplanerischen Zielvorstellungen“, entstanden im Zusammenhang mit dem 2. Ausbauplan der Bundesfernstraßen. Die damaligen regionalen Bevölkerungsvorausschätzungen wurden unter den Gesichtspunkten der Raumordnung und Landesplanung modifiziert, wobei die ökonomischen Voraussetzungen sowie plausibel begründbare Einflußnahmemöglichkeiten für die Beurteilung der Entwicklungsaussichten der einzelnen Regionen hinzugezogen wurden. Die Ergebnisse wurden zwischen Bund und Ländern abgestimmt. Zu ergänzen ist hier, daß das Entwicklungsmodell nach den landesplanerischen Zielvorstellungen zwar regionale Bevölkerungsverteilungen durch *Binnenwanderungen* vorsieht, die *Außenwanderung* jedoch mit der Hypothese längerfristigen Ausgleichs der Zu- und Abwanderungen unberücksichtigt läßt.

Die Wanderungsansätze für die einzelnen Vorausschätzungsjahre wurden in der Weise ermittelt, daß die Bevölkerungszahl nach den landesplanerischen Zielvorstellungen mit den aufgrund der natürlichen Bevölkerungsentwicklung vorausgeschätzten Bevölkerungszahlen verglichen wurde. Die Differenzen wurden als zu erwartende Wanderungssalden betrachtet. Da bei dieser Methode eine Trennung nach Binnen- und Außenwanderung nicht vorgesehen war,

Tabelle 1

Die voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerung Hamburgs von 1969 bis 1984
(Basis 31. 12. 1968)

Jahre (31. 12.)	Ergebnisse der biologischen Prognose		Vor- gegebene Wande- rungssalden nach dem Modell „Landes- planerische Zielvorstel- lungen“	Prognose- ergebnisse einschließlich Wanderungs- modell		Wande- rungs- effekt (kumuliert)		
	in 1000	%		in 1000	%		(Sp. 4 – Sp. 1)	
	1	2		3	4	5	6	
1969 ¹⁾ . . .	1 821,6	100	—	1 600	1 819,9	100	—	1 700
1970	1 819,6	99,9	+	400	1 818,4	99,9	—	1 200
1971	1 816,8	99,7	+	1 200	1 817,1	99,8	+	300
1972	1 813,1	99,5	+	2 000	1 815,8	99,8	+	2 700
1973	1 808,6	99,3	+	2 800	1 814,6	99,7	+	6 000
1974	1 803,3	99,0	+	3 600	1 813,6	99,7	+	10 300
1975	1 797,1	98,6	+	5 080	1 813,6	99,7	+	16 500
1976	1 790,3	98,2	+	5 160	1 813,2	99,6	+	22 900
1977	1 782,9	97,9	+	5 200	1 812,5	99,6	+	29 600
1978	1 775,0	97,4	+	5 260	1 811,8	99,6	+	36 800
1979	1 766,7	97,0	+	5 300	1 810,8	99,5	+	44 100
1980	1 758,2	96,5	+	5 330	1 809,9	99,5	+	51 700
1981	1 749,6	96,0	+	5 360	1 809,3	99,4	+	59 700
1982	1 741,0	95,6	+	5 400	1 809,0	99,4	+	68 000
1983	1 732,6	95,1	+	5 440	1 809,2	99,4	+	76 600
1984	1 724,4	94,6	+	5 470	1 810,0	99,5	+	85 600
Insgesamt				+ 61 400				+ 85 600

¹⁾ echter Wert für 1969: Bevölkerungsstand 1 817,1, Wanderungssaldo + 410.

gingen die Werte als Gesamtsalden in die Voraus-schätzung ein. Aufgrund dieser Salden wurden dann die Hochrechnungsfaktoren ermittelt, durch die sich in Kombination mit dem Wanderungsmodell die zu erwartenden Wanderungsergebnisse der einzelnen Prognosejahre bestimmen.

Die nach den landesplanerischen Zielvorstellungen für die nächsten 15 Jahre zu veranschlagenden Wan-derungszahlen befinden sich in Tabelle 1, Spalte 3. Gegenüber den unmittelbar zurückliegenden Jahren wird von einem Umkippen in der Entwicklung zu immer größer werdenden positiven Salden ausge-gangen. Das Jahr 1969, das gegenüber der durchge-führten Modellrechnung (Saldo - 1600) bereits einen positiven Saldo von + 410 aufwies, scheint diese Mo-dellannahmen, zumindest kurzfristig, zu bestätigen. Die Projektion sieht einen weiteren Anstieg des Sal-dos bis etwa 1975, danach eine gewisse Konstanz bei einem jährlichen Überschuß von rund 5 000 bis 5 500 Personen vor. Bis Ende 1984 würde allein diese Entwicklung, ohne induzierte Bevölkerungsverände-rungen, einen Zustrom von rund 61 400 Personen im Ablauf von knapp 15 Jahren ausmachen. Eine solche Tendenz muß im Modell zweifellos die rein biologisch zu erwartende Entwicklung positiv, d. h. in Richtung einer größeren Bevölkerungszahl verändern.

3.2 Die Ergebnisse der Modellrechnung

In Tabelle 1 sind die Ergebnisse der bereits veröf-fentlichten biologischen Prognose und der Prognose unter Einbeziehung der Wanderungsvorstellungen gemäß landesplanerischen Zielvorstellungen gegen-übergestellt worden. Da im vorliegenden Beitrag der methodische Ansatz den Schwerpunkt bildet, wurde auf eine Korrektur der Prognosewerte für 1969 ver-zichtet, um den Zusammenhang von Eingabewerten und Rechenergebnissen nicht zu stören.

Unter den dargestellten Annahmen (einschließlich Wanderungen) würde die Bevölkerung Hamburgs ge-gen Ende 1984 einen Stand von 1,8100 Millionen Ein-wohnern erreichen. Gegenüber 1969 (1,8199 Mio. Ein-wohner) bedeutet dies einen nur relativ geringen Rückgang der Bevölkerung um rund 10 000 Einwoh-ner oder 0,5 %.

Ein Vergleich mit den Ergebnissen der rein biologi-schen Prognose, die für Ende 1984 einen Bevölke-rungsstand von 1,7244 Mio. Einwohnern und damit einen Bevölkerungsrückgang gegenüber 1969 (1,8216 Mio. Einwohner) um fast 100 000 oder 5,3 % aus-weist, zeigt, daß ein Wanderungsgewinn dieser an-genommenen Größenordnung und dieser Verteilung auf die nächsten Jahre in der Lage wäre, den infolge der ungünstigen Altersstruktur eintretenden Bevöl-kerungsrückgang Hamburgs fast auszugleichen. Da-bei würde, wie die Ergebnisse zeigen, schon ein rei-ner Wanderungsüberschuß von nur rund 61 400 Per-sonen ausreichen, um mittels eines „induzierten“ Be-völkerungszugangs von weiteren 24 200 Personen die entstehende „biologische“ Lücke von fast 100 000 Menschen wenigstens mit 85 600 oder 88 % zu füllen.

Diese durch die Wanderung zusätzlich induzierte Ver-änderung der Bevölkerungszahl um 24 200 Personen ist der Gesamteffekt von Volumensänderung und Umschichtung in der Bevölkerungsstruktur; er bein-haltet also sowohl erhöhte Geburtenzahlen wie verringerte Sterbefälle durch Zuzug von mehr

und j ü n g e r e n Personen, wobei der Effekt bei den Geburtenzahlen erheblich stärker ins Gewicht fällt. Um den Wirkungsmechanismus des Wanderungs-mo-dells noch deutlicher zu machen, wurde diese Kom-ponente näher analysiert. Tabelle 2 zeigt die voraus-sichtliche Geburtenentwicklung, wieder im Vergleich

Tabelle 2

Die voraussichtliche Entwicklung der Geburtenzahl
von 1969 bis 1984 in Hamburg
(Basis 31. 12. 1968)

Jahre (31. 12.)	Geburten- entwicklung nach der biologi- schen Prognose	Durch Wanderungen zu erwartender		Geburten- entwicklung nach der Prognose einschl. Wande- rungs- modell
		Geburten- gewinn (+)	Geburten- verlust (-)	
	1	2	3	4
1969 ¹⁾	24 525	60	96	24 489
1970	24 117	153	109	24 161
1971	23 618	277	115	23 780
1972	23 031	425	108	23 348
1973	22 402	586	95	22 893
1974	21 768	774	84	22 458
1975	21 167	1 009	78	22 098
1976	20 636	1 267	69	21 834
1977	20 145	1 553	65	21 633
1978	19 747	1 848	65	21 530
1979	19 440	2 145	62	21 523
1980	19 241	2 441	62	21 620
1981	19 146	2 728	61	21 813
1982	19 156	3 001	66	22 091
1983	19 275	3 260	70	22 465
1984	19 464	3 506	71	22 899
Insgesamt	336 878	+ 25 033	- 1 276	360 635

¹⁾ echter Wert für 1969: 21 039.

von rein biologischer Prognose und Prognose ein-schließlich Wanderungsmodell. Die biologische Pro-gnose ergab bis 1984 einen erheblichen Geburtenrück-gang von 24 525 (1969) auf 19 464 (1984) um rund 20 %. Der Tiefststand der Geburtenzahl wurde 1981 mit 19 156 Geburten erreicht; bis 1984 folgte nur ein geringfügiger Anstieg. Durch die Einbeziehung der Wanderungen wurden dann in der zweiten Modell-rechnung einmal die zusätzlichen Geburten von zu-gezogenen Frauen hinzugezählt, zum anderen mußte ein „Geburtenverlust“ durch fortgezogene Frauen, die in Hamburg mit bestimmter Wahrscheinlichkeit Kinder geboren hätten, abgezogen werden. Durch den vorgegebenen insgesamt positiven Wanderungs-saldo übersteigt in der Modellrechnung der „Gebur-tengewinn“ (25 033 Kinder) den „Geburtenverlust“ (1 276 Kinder) ganz beträchtlich. Das Ergebnis ist ein Mehr an zu erwartenden Geburten von rund 23 800. Dadurch steigt die Gesamtzahl der bis Ende 1984 ge-borenen Kinder von rund 336 900 auf 360 640. Die jährliche Geburtenzahl sinkt zwar zunächst auch hier, jedoch geht sie nie unter 21 500, und der Umbruch in der Entwicklung erfolgt bereits 1980. Für 1984 wur-den bereits wieder 22 900 Geburten errechnet, also rund 3 500 mehr als die Entwicklung ohne Wanderun-gen erwarten ließ.

Die verbleibende, allerdings geringe, durch den Ge-burten-gewinn (23 800) nicht erklärbare Differenz zum gesamten durch die Wanderungen induzierten Bevöl-kerungszuwachs (24 200) von einigen 100 Personen ist schließlich auf die zweite biologische Komponente, die Sterbefälle, zurückzuführen.

Tabelle 3

**Die Altersstruktur der Hamburger Bevölkerung
1968 und 1984**

Altersgruppen von ... bis ... unter Jahren	Basis- bevölkerung 31. 12. 1968		Voraus- schätzung 31. 12. 1984 (nur biologisch)		Voraus- schätzung 31. 12. 1984 einschließlich Wanderungs- modell	
	In 1000	%	In 1000	%	In 1000	%
	1	2	3	4	5	6
Unter 6	150,4	8,2	115,1	6,7	131,6	7,3
6-15	181,0	9,9	194,6	11,3	201,3	11,1
15-45	730,7	40,1	678,6	39,4	745,0	41,2
45-65	463,9	25,5	455,8	26,4	453,0	25,0
65 und älter	296,9	16,3	280,3	16,3	279,1	15,4
Insgesamt	1 822,8	100	1 724,4	100	1 810,0	100

Tabelle 3 zeigt die Altersstruktur der Hamburger Bevölkerung am Prognoseendpunkt (31. 12. 1984) wieder für beide Prognosemodelle. Es wird eine leichte Verschiebung im Altersaufbau als Folge der Wanderungen — und des Wanderungsmodells — sichtbar: In der rein biologischen Vorausschätzung machten die unter 15jährigen Einwohner insgesamt 18,0% der Bevölkerung aus, in der Prognose mit Wanderungsmodell liegt der Anteil nur geringfügig höher, bei 18,4%. Der Anteil der 15- bis unter 45jährigen Einwohner liegt in der Prognose mit Wanderungen dann jedoch deutlich höher als im biologischen Modell (41,2% gegenüber 39,4%), während der Anteil der höheren Altersgruppen niedriger ist (40,4% gegenüber 42,7%). Die Folge der leichten Verjüngung des Altersaufbaus sind dann die leicht zurückgehenden Sterbefälle.

4. Zusammenfassung

Geburten und Sterbefälle, Zuzüge und Fortzüge verändern den Bevölkerungsbestand. Diese Komponenten müssen entsprechend für eine Bevölkerungsvorausschätzung berücksichtigt werden. Für eine Modellrechnung aufgrund nur der beiden biologischen Komponenten wurden bei der in jüngster Zeit vom Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern durchgeführten „2. koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung“ herangezogen:

1. der Bevölkerungsstand nach Alter und Geschlecht (Stichtag)
2. die alters- und geschlechtsspezifische Sterbewahrscheinlichkeit
3. die altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern der Frauen.

Für die Berücksichtigung der Wanderungen wurden zusätzlich in das Modell aufgenommen:

4. die Zu- und Fortzüge (Wanderungssalden) nach Alter und Geschlecht (Stichjahr)
5. Hochrechnungsfaktoren für das Wanderungsvolumen.

Annahmen waren zu machen hinsichtlich der Modellparameter 2, 3 und 5. Für die mittelfristig nur wenig flexiblen biologischen Ziffern wurde Konstanz angenommen, für die Wanderungsentwicklung sind verschiedenste Ansätze möglich. In diesem Beitrag wurde eine an den sog. „Landesplanerischen Zielvorstellungen“ orientierte Alternative für den Wanderungsansatz ausgewählt und für Hamburg durchgerechnet.

Dabei zeigte sich, daß ein Wanderungsgewinn von insgesamt rund 61 000 Personen in den nächsten 15 Jahren den infolge der ungünstigen Altersstruktur eintretenden Bevölkerungsrückgang im wesentlichen ausgleichen könnte. Dies bewirken nicht allein die Zuzugsüberschüsse als solche, sondern zusätzlich die hierdurch induzierten Bevölkerungsvorgänge (steigende Geburtenzahlen, sinkende Sterbezahlen).

In der Darstellung wurde starkes Gewicht auf den Modellcharakter derartiger Vorausschätzungen gelegt, um deutlich zu machen, daß auch das umfangreichste Prognosemodell immer nur zu Ergebnissen führen kann, die von dem im Vorwege explizit oder implizit gemachten Modellannahmen vorherbestimmt sind. Die Güte dieser Annahmen ist damit das eigentliche Problem. Dies gilt im besonderen für so schwer in den Griff zu bekommende Komponenten wie die Wanderungen. Weitere Alternativrechnungen mit anderen Wanderungsansätzen, die ebenfalls auf Bundesebene koordiniert wurden, werden deshalb zur Zeit durchgeführt.

Auch hier handelt es sich wieder um Hypothesen, die keineswegs wissenschaftlich fundiert sind. Die Modellrechnungen sollen lediglich bessere Kenntnis darüber vermitteln, zu welchen Größenordnungen und Relationen bestimmte Eingabewerte führen. Es handelt sich dabei im einzelnen um folgende Wanderungsalternativen:

1. Es wird angenommen, daß sich die Wanderungen zwischen den Ländern in den nächsten 10 Jahren nach und nach ausgleichen und 1978 alle Länder eine ausgeglichene Wanderungsbilanz erreichen (Wanderungssaldo = 0).
2. Es wird angenommen, daß die durchschnittlichen Binnenwanderungssalden von 1964 bis 1968 für alle Länder in der gesamten Vorausschätzungsperiode bestehen bleiben.
3. In Kombination mit diesen Binnenwanderungsalternativen wird für die Außenwanderungen angenommen, daß bis 1980 ein Zugang von 1 Mio Ausländern (ausländische Arbeitnehmer einschließlich Familienangehörige) erfolgt. Dieser Zugang wird auf die Jahre bis 1980 und die einzelnen Bundesländer verteilt.
4. Spätere Wanderungsansätze sollen auf einer bis dahin erstellten Sozialproduktsprognose des Bundeswirtschaftsministeriums, die auch nach Ländern regionalisiert wird, basieren. Hier würde die regional unterschiedliche Entwicklung des Arbeitskräftebedarfs in Verbindung mit der aus der natürlichen Bevölkerungsentwicklung zu erwartenden Zahl der Erwerbspersonen die Wanderungen auslösen.

In die weiteren Überlegungen für Wanderungsprognosen müßte in Zukunft auch ein Modell für „Wanderungsverflechtungsräume“ einbezogen werden, da für städtische Verflechtungsräume und für rein ländliche Gebiete zweifellos unterschiedliche Entwicklungstendenzen angenommen werden müssen. Für ein derartiges Modell wären gewissermaßen „Input-Output-Tabellen der Wanderungsströme“, und zwar nicht aufgrund der Bilanzen, sondern der Volumina aufzustellen, die zur Abgrenzung solcher Verflechtungszonen mit etwa gleichartigem Wanderungsverhalten führen können.

Elke Heide

Das Wohngeld in Hamburg 1965 bis 1969

INHALT

	Seite
1. Vorbemerkungen	346
1.1 Das Wohnen — ein schutzwürdiges Recht des einzelnen in der Sozialpolitik	346
1.2 Die Verwirklichung des Rechts auf sozialgesichertes Wohnen	347
1.21 Die Zielsetzung des Wohngeldgesetzes vom Gesichtspunkt der individuellen Fürsorge bestimmt	347
1.22 Das Berechnungsverfahren kompliziert	347
1.23 Das Wohngeldgesetz ins Schußfeld der Kritik geraten	348
1.24 ... doch die Verbesserung des materiellen und des formellen Rechts schon in Angriff genommen	348
1.25 Trotz Aufklärungsaktion zunächst stärkere psychologische Hemmungen zu überwinden	348
2. Die Ergebnisse der Wohngeldstatistik 1965 bis 1969	349
2.1 Die Anzahl der Empfänger und die Höhe der Aufwendungen von Jahr zu Jahr stark gestiegen	349
2.2 Die Nichterwerbstätigen unter den Empfängern von Mietzuschüssen, die Erwerbstätigen unter den Empfängern von Lastenzuschüssen mit jeweils rd. 75 % klar dominierend	350
2.3 Die Mietzuschüsse den 1-Personen-Haushalten zu fast 60 %, die Lastenzuschüsse den Mehrpersonenhaushalten mit Kindern zu über 75 % zugute gekommen	351
2.4 Die Bezieher geringerer Einkommen von den Mietzuschüssen, die Bezieher mittlerer und höherer Einkommen von den Lastenzuschüssen begünstigt	352
2.5 Die Empfänger von Mietzuschüssen vor allem mit monatlichen Zuschüssen der unteren und der mittleren Stufen, die Empfänger von Lastenzuschüssen dagegen mit monatlichen Zuschüssen der höchsten Stufe im Vorteil	354
2.6 Der mit öffentlichen Mitteln geförderte Neubau sowohl bei den Miet- als auch bei den Lastenzuschüssen die klar vorherrschende Wohn- und Finanzierungsart	354
2.7 Die Mietzuschüsse vorwiegend von Inhabern kleinerer, die Lastenzuschüsse dagegen vorwiegend von Eigentümern größerer Wohneinheiten in Anspruch genommen	357
2.8 Die Anzahl der Empfänger von Wohngeld und die Höhe ihres monatlichen Anspruchs unter den Gebietseinheiten stark differierend	361
2.9 Im interstädtischen Vergleich keine allzu große Abweichung der Wohngeldrelationen	362
3. Zusammenfassung	364

1. Vorbemerkungen

1.1 Das Wohnen — ein schutzwürdiges Recht des einzelnen in der Sozialpolitik

Seit etwa 1960 hat die Bundesregierung damit begonnen, auch die Wohnungswirtschaft in die soziale Marktwirtschaft einzugliedern. Sie hat sich dabei von dem Gedanken leiten lassen, daß sich zwar auch der Wohnungsmarkt nach marktwirtschaftlichen Kriterien regeln soll, daß aber dennoch die soziale Verpflichtung, die der Staat als sozialer Rechtsstaat seinen Bürgern gegenüber übernommen hat, bestimmendes Prinzip bleiben muß. So ist es erklärlich, daß in der BRD der Staat das Wohnen als schutzwürdiges Interesse in den Bereich der Sozialpolitik einbezogen hat und ihm besondere Fürsorge angedeihen läßt. Der Bundesminister für Städtebau und Wohnungswesen, Dr. Lauritzen, hat das sozialpolitische Moment des Wohnens in seiner schriftlichen Antwort vom 11. 9. 1969 auf die Anfrage eines Bundestagsabgeordneten — BT-Drucksache V/4694 S. 116 — wie folgt umrissen:

„Die Wohnung hat sozialpolitisch für die Lebenssituation jedes Menschen die gleiche existenzwichtige Bedeutung wie der Arbeitsplatz. Hinzu kommt, daß die Wohnung ein besonders teures, nur langfristig zu finanzierendes und standortgebundenes Gut ist. Außerdem kann der „Verbraucher“ nicht auf andere Produkte ausweichen. Das bedeutet, daß die Wohnung keine Ware wie jede andere Ware ist und daß der Wohnungsmarkt besonderen Gesetzmäßigkeiten unterliegt. Wegen dieser Besonderheiten läßt sich die Marktwirtschaft im Wohnungswesen nur vertreten, wenn Vorkehrungen getroffen sind, soziale Schäden zu vermeiden, die eintreten müßten, wenn sich der Staat seiner sozialen Verantwortung in diesem Bereiche nicht bewußt wäre.“

Der Staat fördert das Wohnen mit dem Einsatz öffentlicher Mittel unter dem Gesichtspunkt, einer sichtbaren sozialen Notlage zu begegnen, die aus dem Mangel an geeigneten und preiswerten Wohnungen für einkommensschwache Personen oder Familien entstanden ist. Die soziale Sicherung des Woh-

nens als Zweck sozialpolitischer Maßnahmen der öffentlichen Hand hat für die Bevölkerung somit große Bedeutung gewonnen. Zu den Hilfen, die ihr das angemessene Wohnen erleichtern sollen, gehört als besondere Kategorie unmittelbarer sozialer Leistungen das Wohngeld.

1.2 Die Verwirklichung des Rechts auf sozialgesichertes Wohnen

1.2.1 Die Zielsetzung des Wohngeldgesetzes vom Gesichtspunkt der individuellen Fürsorge bestimmt

Rechtsgrundlage für die Gewährung von Wohngeld ist das Wohngeldgesetz in der Fassung vom 1. 4. 1965 — BGBl. I S. 177 —, das auch mit Wirkung von diesem Datum in Kraft getreten ist. Es löst die ihm vorangegangenen verschiedenen Bundesregelungen über Miet- und Lastenbeihilfen ab und beseitigt die vorher bestehende Rechtszersplitterung. Es erfüllt das erklärte Ziel des Gesetzgebers, eine soziale Leistung besonderer Art zu schaffen, die sich auf eine einheitliche Rechtsgrundlage stützt und auf die sozialpolitische Bedeutung des Gutes „Wohnung“ ausrichtet, und führt Voraussetzungen ein, die für alle Arten von Wohnraum und für alle Bundesländer gleichermaßen gelten. Wohngeld im Sinne der Definition des Gesetzes soll dem Zweck dienen, einem Inhaber von Wohnraum ein Mindestmaß daran wirtschaftlich zu sichern, um soziale Härten zu vermeiden. Den Begriff „soziale Härte“ hat das Gesetz jedoch nicht näher erläutert. Die Sozialenquete-Kommission versteht darunter „eine unverhältnismäßig hohe Belastung durch Wohnungsausgaben“¹⁾. Er läßt sich indessen nach dieser Kommission aus den Gründen erklären, welche die Schaffung des Instituts „Wohngeld“ bestimmt haben, nämlich aus²⁾

- a) der Liberalisierung der Wohnungswirtschaft mit den sich daraus für die Mieten ergebenden Konsequenzen,
- b) der Erhöhung der Baukosten,
- c) dem Anstieg der Baulandpreise,
- d) der besseren Ausstattung der Neubauwohnungen (Bad, Zentralheizung),
- e) dem aus Mangel an geeigneten Sozialwohnungen erzwungenen Ausweichen der ihrem Einkommen nach dafür in Betracht kommenden Mieter auf — teurere — frei finanzierte oder steuerbegünstigte Wohnungen.

Im Gegensatz zu den öffentlichen Mitteln für den Mietwohnungsbau, die „objektbezogen“ sind und dem zu begünstigenden Personenkreis nur mittelbar zugute kommen, ist das Wohngeld „subjektbezogen“ und fließt den Berechtigten unmittelbar zu. Es wird als wichtiges Instrument fortschrittlicher Wohnungspolitik betrachtet. Das Gesetz definiert das Wohngeld als „Zuschuß zu den Aufwendungen für den Wohnraum“; es ist somit als nicht zurückzahlbare Zuwendung zum Haushaltseinkommen aus öffentlichen Mitteln zu verstehen. Das Gesetz unterscheidet zwei Formen: den Miet- und den Lastenzuschuß; Wohngeld ist demnach der Oberbegriff für beide Zuschüsse. Mietzuschüsse werden Mietern von Wohnungen, La-

stenzzuschüsse Eigentümern vornehmlich von Eigenheimen und Eigentumswohnungen gewährt. Auf die Zahlung von Wohngeld besteht ein Rechtsanspruch; es wird jedoch nur auf Antrag zuerkannt. Ob ein Wohngeldanspruch besteht und welche Höhe er erreicht, hängt von den besonderen Verhältnissen und Bedürfnissen des Antragstellers ab. Somit wird das Individualprinzip angewendet, nach dem sich die Leistungen des Wohngeldgesetzes bemessen. Damit wird zugleich der angestrebte Zweck des Gesetzes erfüllt, soziale Härten individuell gezielt auszugleichen.

1.2.2 Das Berechnungsverfahren kompliziert

Die Berechnung des Wohngeldes ist recht kompliziert. Darauf kann in diesem Zusammenhang jedoch nicht im einzelnen eingegangen werden. Hier sollen deshalb lediglich die vorgeschriebenen Voraussetzungen, an die ein solcher Anspruch gebunden ist, und die wesentlichen Grundsätze, auf die es ankommt, kurz behandelt werden.

- a) Das Einkommen darf die Grenze von 9000,— DM zuzüglich 1800 DM für das zweite und jedes weitere zum Haushalt rechnende Familienmitglied nicht überschreiten.
- b) Das Familieneinkommen setzt sich aus dem Gesamtbetrag der Jahreseinkommen aller zum Haushalt zählenden Familienmitglieder ohne Rücksicht auf deren Quelle zusammen.
- c) Eine Reihe genau aufgeführter Einkommen bleibt außer Betracht.
- d) Vom Jahreseinkommen sind bestimmte Freibeträge abzugsfähig.
- e) Dem Berechtigten wird zugemutet, selbst einen Teil des Familieneinkommens für die Wohnkosten aufzuwenden (tragbare Miete oder Belastung). Maßgebend dafür sind die Höhe dieses Einkommens und die Zahl der Familienmitglieder. Der Teil der nicht tragbaren Miete oder Belastung steht ihm als Wohngeld zu. Das bedeutet, das Wohngeld berechnet sich im Prinzip aus der Differenz zwischen der tatsächlich zu berücksichtigenden und der tragbaren Miete oder Belastung, jedoch ist dabei zu beachten, daß der Gesetzgeber einige normierte Grenzwerte als Schranken gesetzt hat:
 - aa) Der Berechtigte hat einen bestimmten Prozentsatz der zu berücksichtigenden Miete oder Belastung auf jeden Fall selbst aufzubringen (Kappung). Im Einzelfall kann sich diese Vorschrift so auswirken, daß das Wohngeld niedriger ist als die Differenz zwischen der tragbaren und der tatsächlichen Miete oder Belastung.
 - bb) Der Berechtigte muß festgesetzte Obergrenzen für Mieten und Belastungen gegen sich gelten lassen. Daraus ergibt sich, daß lediglich die „zu berücksichtigende Miete oder Belastung“ als Ausgangsbasis dient. Das bedeutet, daß eine Miete oder Belastung nur insoweit zu berücksichtigen ist, als sie die vorgenannten Obergrenzen nicht übersteigt. Daraus folgt, daß die der Berechnung des Wohngeldes zugrunde liegende Miete oder Bela-

¹⁾ Zweiter Wohngeldbericht der Bundesregierung — BT-Drucksache V/2399 — S. 8.

²⁾ vgl. im einzelnen a.a.O. S. 9.

stung nicht immer der tatsächlichen Miete oder Belastung entspricht.

- cc) Nicht für jede Wohnfläche wird Wohngeld gezahlt. Der Gesetzgeber erkennt nur die „benötigte“ Wohnfläche an, die im Einzelfall festgesetzt wird und deren Größe sich nach der Zahl der Familienmitglieder richtet. Ist die Wohnfläche größer als die benötigte, so mindert sich die Höhe des Wohngeldes entsprechend.

Die unter vorstehend aa) bis cc) angeführten Grenzen (Höhe der Mieten und Belastungen, Größe der Wohnfläche) sind aus der Zielsetzung des Gesetzes zu verstehen; denn es will, um soziale Härten zu vermeiden, nur die Sicherung eines Mindestmaßes an Wohnraum zulassen, für das Wohngeld beansprucht werden darf. Dieses soll demnach nicht die Nutzung unangemessen großer und teurer Wohnungen begünstigen.

- f) Ein Anspruch auf Wohngeld wird verneint, wenn ihm einer der im Gesetz genannten Versagungsgründe entgegensteht. So wird Wohngeld z. B. nicht gewährt, wenn zumutbar ist, daß die zum Haushalt rechnenden Familienmitglieder eigenes Vermögen für die Deckung der Miete oder Belastung einsetzen oder verwerten.

Ferner ist der Bezug von Wohngeld ausgeschlossen, wenn nach den Vorschriften des Bundessozialhilfegesetzes oder des Bundesversorgungsgesetzes über die Kriegsopferfürsorge Leistungen in Anspruch genommen werden, die ganz oder teilweise für die Aufbringung der Wohnungskosten bestimmt sind.

1.23 Das Wohngeldgesetz ins Schußfeld der Kritik geraten

Trotz der finanziellen Vorteile, die die Berechtigten aus dem Wohngeldgesetz ziehen können, ist es in der Öffentlichkeit hart kritisiert worden. Die Kritik richtet sich sowohl gegen das materielle als auch gegen das formelle Recht. So wird beanstandet, daß

- die Obergrenzen für die zu berücksichtigenden Mieten und Belastungen zu niedrig sind;
- die Ermittlung des Einkommens zu schwierig ist;
- die Einkommensgrenzen zu starr festgesetzt sind;
- die Vorschrift über Einsatz und Verwertung von Vermögen zu unbestimmt gefaßt ist;
- die Empfänger von Sozialhilfe und Kriegsopferfürsorge nicht generell wohngeldberechtigt sind; worin eine erhebliche Ungerechtigkeit und Benachteiligung gesehen wird;
- die Studenten vom Bezug von Wohngeld in der Regel ausgenommen sind;
- die Vorschriften an sich schwer vollziehbar sind;
- das Bewilligungsverfahren zu kompliziert ist;
- die Prüfung der Anträge schwierig und zeitraubend ist;
- die Anforderungen an die Bewilligungsstellen zu hoch sind;

¹⁾ BGBl I 1967 S. 885 und 1969 S. 941.

²⁾ BVerfGE Bd. 27 S. 220.

³⁾ Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 132 vom 29. 10. 1969 S. 1125.

⁴⁾ Stenographischer Bericht über die 10. Sitzung des Deutschen Bundestags — 6. Wahlperiode — am 12. 11. 1969 S. 366.

- k) der Verwaltungsaufwand (Kosten) zu groß ist.

1.24 ... doch die Verbesserung des materiellen und des formellen Rechts schon in Angriff genommen

- Ausgehend von den im Wohngeldgesetz befindlichen Unzulänglichkeiten, die die Erreichung des mit ihm angestrebten Ziels erschweren, hat die Bundesregierung inzwischen im Verordnungsweg — Erste und Zweite Durchführungsverordnung zum Wohngeldgesetz³⁾ — bereits damit begonnen, einige seiner Mängel zu beheben. Dabei ist es ihr darum gegangen, den Gesetzesvollzug zu vereinfachen, den Verwaltungsaufwand zu verringern und die einheitliche Anwendung in den Ländern herbeizuführen.
- Gegen die Gesetzesnorm der Versagung des Wohngeldes zugunsten der Sozialhilfeempfänger haben schon von Anfang an verfassungsrechtliche Bedenken wegen Verstoßes gegen den Gleichheitsgrundsatz bestanden. Diese hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Beschluß vom 14. 11. 1969⁴⁾ geteilt: Danach ist es mit dem Grundgesetz nicht vereinbar, Empfänger bestimmter Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz vom Bezug von Wohngeld auszuschließen. Auch diese haben somit einen Rechtsanspruch darauf. Deren Kreis, der für die Gewährung von Wohngeld zusätzlich in Betracht kommt, schätzt man in Hamburg auf 12 000 bis 20 000 Personen. Den Sozialhilfeempfängern als Anspruchsberechtigten gleichgestellt werden nun auch die Empfänger von Kriegsopferfürsorge behandelt.
- Gestützt auf die bislang gesammelten Erfahrungen, hat die Bundesregierung schon eine Novelle vorbereitet, die das Wohngeldgesetz unter Anpassung an die geänderten Einkommens- und Mietverhältnisse grundlegend reformieren soll. Sie soll mit Wirkung vom 1. Januar 1971 sowohl erhebliche materielle Verbesserungen zugunsten der Berechtigten als auch durchgreifende administrative Erleichterungen bringen. Im Rahmen der Novelle will die Bundesregierung, wie aus dem Dritten Wohngeldbericht — BT-Drucksache VI/378 S. 9 und 18 — hervorgeht, auch dem Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 14. 11. 1969 gerecht werden. Dagegen beabsichtigt sie gemäß Verlautbarung im Bundesbaublatt Nr. 8/1970 auf S. 351, die Deckung der Wohnraumkosten der Studierenden nicht im Wohngeldgesetz, sondern im Recht der individuellen Förderung der Ausbildung zu regeln. Die Novelle steht im Einklang mit der Regierungserklärung vom 28. 10. 1969, in der der Bundeskanzler die Verbesserung des Wohngeldgesetzes angekündigt hat.⁵⁾ Im einzelnen hat sich damit Bundesminister Dr. Lauritzen im Deutschen Bundestag unter Hinweis auf ihre Bedeutung als „eine wichtige Sozialreform“ auseinandergesetzt⁶⁾.

1.25 Trotz Aufklärungsaktion zunächst stärkere psychologische Hemmungen zu überwinden

Nach dem Erlass des Wohngeldgesetzes haben Bund, Länder und Gemeinden eine breitgestreute Aufklärungsaktion eingeleitet und sich dabei der Publikationsmedien Presse, Funk und Fernsehen bedient, um die Bevölkerung von den Vergünstigungen, die

das Gesetz ihr zugedacht hat, zu informieren. Ferner hat das Bundesministerium für Städtebau und Wohnungswesen Druckschriften unter Einzelinteressenten, Parteien, Organisationen und Verbänden verteilt. Auch die in Frage kommenden Organisationen der Wohnungswirtschaft, der Mieter und der Grundeigentümer sowie die Verbraucherverbände und die Gewerkschaften haben in ihren Organen das Wohngeld als Thema aufgegriffen und seine wichtige sozialpolitische Funktion nachhaltig herausgestellt. Dadurch hat es in der Einstellung der öffentlichen Meinung nach und nach seinen Platz im Rahmen des Systems der sozialen Sicherung, das die BRD aufgebaut hat, einnehmen und festigen können. Dennoch hat es einige Zeit gedauert, bis das Wohngeld unter den Berechtigten bekanntgeworden ist. Vor allem haben sie zunächst psychologische Hemmungen überwinden müssen, Wohngeld zu beantragen, weil ihnen nicht klar genug war, daß sie einen Rechtsanspruch darauf haben. Sie haben häufig die Vorstellung damit verbunden, im Fall der Genehmigung ihrer Anträge Leistungen der (früheren) „Wohlfahrt“ oder der (heutigen) „Sozialhilfe“ zu empfangen, gegen die – auch jetzt noch – Vorbehalte bestehen; man will eben nicht mit dem Odium behaftet sein, der Öffentlichkeit „zur Last zu fallen“. Inzwischen hat sich jedoch in der Bevölkerung das Bewußtsein durchgesetzt, daß Wohngeld nicht mit „Sozialhilfe“ oder „Fürsorgeleistung“ gleichzusetzen ist. Damit hat sich dieser „Makel“ von ihm gelöst⁷⁾.

2. Die Ergebnisse der Wohngeldstatistik 1965 bis 1969

2.1 Die Anzahl der Empfänger und die Höhe der Aufwendungen von Jahr zu Jahr stark gestiegen

Seit dem Inkrafttreten des Gesetzes sind inzwischen 5 Jahre vergangen. Somit läßt sich in dieser Zeit die Entwicklung des Wohngeldes nach verschiedenen statistischen Merkmalen gut verfolgen.

Tabelle 1

Wohngeld in Hamburg 1965 bis 1969 nach Anzahl der Empfänger und Höhe der Auszahlung

Jahre (31. 12.)	Empfänger			Auszahlung	
	Anzahl	jährliche Zunahme in %	% von Spalte 1	Mio DM	jährliche Zunahme in %
	1	2	3	4	5
Mietzuschüsse					
1965	18 030	—	97,3	.	.
1966	23 739	31,7	96,1	.	.
1967	27 677	16,6	96,8	.	.
1968	30 935	11,8	97,4	.	.
1969	37 752	22,0	97,9	.	.
Lastenzuschüsse					
1965	509	—	2,7	.	.
1966	958	88,2	3,9	.	.
1967	928	— 3,2	3,2	.	.
1968	837	— 9,8	2,6	.	.
1969	829	— 1,0	2,1	.	.
Wohngeld					
1965	18 539	—	100	6,9	—
1966	24 697	33,2	100	11,4	65,2
1967	28 605	15,8	100	12,9	13,2
1968	31 772	11,1	100	15,8	22,5
1969	38 581	21,4	100	20,6	30,4

Tabelle 1 zeigt, wie sich die Anzahl der Empfänger und die Höhe der Aufwendungen entwickelt haben. Zunächst kann man feststellen, daß die Empfänger von Wohngeld mit den Empfängern von Mietzuschüssen der Anzahl nach fast identisch sind. In allen Jahren macht deren Anteil am Wohngeld mehr als 96 % aus. Demgegenüber fallen die Empfänger von Lastenzuschüssen mit einem Anteil von unter 4 % kaum ins Gewicht; er hat seit 1966 leicht sinkende Tendenz. Der prozentuale Anteil der Empfänger von Mietzuschüssen zeigt dagegen tendenziell die umgekehrte Richtung.

Die Steigerungsraten der Empfänger von Wohngeld sind sehr beachtlich. Sie haben ihren höchsten Ausschlag 1966 mit 33,2 %. Aber auch in den folgenden Jahren bewegen sie sich noch zwischen 11 und 22 %. Die Zunahmen der Empfänger von Mietzuschüssen schwanken analog der Eingangsfeststellung zwischen annähernd gleich hohen Prozentsätzen. Während im Jahr 1965 erst rd. 18 500 Berechtigte Wohngeld empfangen haben, hat sich deren Anzahl bis 1969 auf fast 38 600 erhöht. Die Empfänger von Lastenzuschüssen spielen ihrer Anzahl nach vergleichsweise nur eine untergeordnete Rolle; sie haben bisher die Zahl 1 000 nie überschreiten können.

Geht man davon aus, daß sich, gemessen an der Anzahl der Empfänger von Wohngeld, die Empfänger von Mietzuschüssen zu den Empfängern von Lastenzuschüssen im Jahr 1969 wie 98 zu 2 verhalten, so scheint daraus die geringe Bedeutung der Empfänger von Lastenzuschüssen offenkundig zu werden. Dieses Verhältnis ist jedoch ein wenig „schief“, weil es erheblich mehr Mieter als Eigentümer gibt, eine Tatsache, die sich auch auf die Zusammensetzung der Empfänger von Wohngeld aus solchen, die Mietzuschüsse, und aus solchen, die Lastenzuschüsse in Anspruch nehmen, auswirkt. Das bedeutet, daß hier die Mieter im Vergleich mit den Eigentümern zu sehr durchschlagen, daß aber spezifische Bezugsgrößen das Bild wesentlich wandeln können. Es ändert sich denn auch, wenn man die jeder Empfängergruppe entsprechende Art der Wohnpartei als Bezugsgröße wählt, womit zugleich auch die Gewichte dieser Gruppen untereinander realer werden. Dann haben nämlich 1969 nicht ganz 7 % der rd. 563 000 Mieterwohnparteien⁸⁾ Mietzuschüsse und fast 1 % der rd. 123 000 Eigentümerwohnparteien⁸⁾ Lastenzuschüsse erhalten. Deshalb ist es — trotz der vergleichsweise geringen absoluten Anzahl der Empfänger — vertretbar, die Lastenzuschüsse gleichrangig neben den Mietzuschüssen abzuhandeln.

Es stellt sich nun die Frage, welche Gründe für den starken Anstieg der Anzahl der Empfänger von Wohngeld bestimmend gewesen sein können. Die fachlich zuständige Baubehörde — Amt für Wohnungswesen — hält es nicht für wahrscheinlich, daß allein die Vergünstigungen, die das Wohngeldgesetz gebracht hat, den Anstoß dafür gegeben haben, zumal Hamburg schon seit Jahren Miet- und Lastenbeihilfen aus eigenen Haushaltsmitteln in einem Umfang gewährt hat, der den Voraussetzungen des Gesetzes nahekommt. Die Gründe scheinen vielmehr einerseits darin zu liegen, daß sich in der Bevölkerung die Erkenntnis verbreitet hat, daß Wohngeld keine Art „Wohlfahrtslei-

⁷⁾ weitere Einzelheiten zum Wohngeldgesetz vgl. unter Anm. 1) S. 7 bis 14 und 19 bis 30.

⁸⁾ nach der Wohnungszählung 1968.

stung“ des Staates ist. Die Vorbehalte gegen die Inanspruchnahme von Wohngeld, die weitgehend psychologisch begründet sind, haben die Berechtigten offensichtlich nach und nach abgebaut. Andererseits haben sie unter dem Druck gesetzlich zulässiger Mieterhöhungen gestanden; schließlich fallen gerade in die Vergleichszeit mehrere solcher einschneidenden Termine, von denen an die Vermieter berechtigt waren, den Mietzins heraufzusetzen (1. 1. 66, 1. 1. 68, Mitte 68, 1. 1. 69). Auch dieses Moment mag nicht unwichtig gewesen sein.

In Auswirkung der zahlenmäßigen Zunahme der Empfänger sind auch die Aufwendungen für Wohngeld beträchtlich gestiegen. Im Vergleich mit den 6,9 Mio DM in 1965 haben sie 1969 bereits 20,6 Mio DM erreicht; dieser Betrag liegt um fast das Dreifache über dem des Ausgangsjahres. Von Jahr zu Jahr sind die aufgewendeten Beträge zudem kontinuierlich größer geworden; die Steigerung hat mit 13,2 % in 1967 und 65,2 % in 1966 ihre extremen Raten aufzuweisen und beläuft sich in den beiden anderen Jahren auf 22,5 und 30,4 %.

In diesem Zusammenhang ist es indessen von Belang, zu wissen, daß Bund und Länder die Aufwendungen für das Wohngeld je zur Hälfte tragen; das bedeutet verwaltungstechnisch, daß der Bund ihnen die Hälfte ihrer Aufwendungen erstattet. Da die Erfahrung gezeigt hat, daß die nach dem Wohngeldgesetz zulässigen Mietzuschüsse nicht immer ausreichen, um einkommensschwachen Mietern ihre Wohnungen wirtschaftlich zu sichern und somit soziale Härten zu vermeiden, zahlt Hamburg als einziges Land der BRD seit 1969 zum Ausgleich dieser Härten den Vermietern zugunsten bestimmter Empfänger zusätzliche Zinszuschüsse, um die Mieten zu senken. Dafür sind mehr als 558 000 DM aufgewendet worden.

Bei der Beurteilung der überdurchschnittlichen Zunahme der Ausgaben von 1965 auf 1966 ist ferner zu berücksichtigen, daß die 1965 ausgezahlten Beträge auch die Miet- und Lastenbeihilfen einschließen, die im ersten Vierteljahr noch nach dem Wohnbeihilfen-

gesetz vom 29. 7. 1963, nach § 73 Zweites Wohnungsbau-gesetz i. d. F. vom 1. 8. 1961 und nach den landesrechtlichen Vorschriften gezahlt sind. Überdies haben sich die verbesserten Leistungen des Wohngeldgesetzes z.T. erst 1966 ausgewirkt, denn die Berechtigten haben noch bis zum 30. 9. 1965 Anträge auf Wohngeld stellen dürfen, die ihnen rückwirkende Ansprüche vom 1. 4. 1965 an gesichert haben. Deswegen haben sich vor Ablauf dieser Frist die Anträge gehäuft, wodurch in Verbindung mit den allgemeinen Anlaufschwierigkeiten des Gesetzes in den Bewilligungsstellen Rückstände entstanden sind, die sie erst 1966 bewältigt haben. Daraus ergibt sich mit Sicherheit, daß noch 1966 vielen Berechtigten Wohngeld für 1965 nachgezahlt ist, daß diese Nachzahlungen aber in das Rechnungsjahr 1966 fallen. Die finanziellen Aufwendungen für Wohngeld, die auf dem Wohngeldgesetz beruhen, sind indessen wesentlich höher als diejenigen für Miet- und Lastenbeihilfen, die vor Inkrafttreten dieses Gesetzes die Staatskasse belastet haben. Daraus läßt sich der Schluß ziehen, daß Wohngeld im allgemeinen in dem Maß in Anspruch genommen wird, wie es sich der Gesetzgeber vorgestellt hat, und daß das Gesetz insoweit seine Wirkung erfüllt hat. Die Mehraufwendungen ergeben sich jedoch nicht allein aus der Verbesserung der Leistungen, sondern auch aus der Erweiterung des Kreises der Anspruchsberechtigten im Verhältnis zum Wohnbeihilfengesetz und aus den gestiegenen Mieten besonders für neugebaute Sozialwohnungen.

2.2 Die Nichterwerbstätigen unter den Empfängern von Mietzuschüssen, die Erwerbstätigen unter den Empfängern von Lastenzuschüssen mit jeweils rd. 75 % klar dominierend

Die Beantwortung der Frage, ob das Wohngeldgesetz seiner Zielsetzung gemäß wirksam geworden ist, hängt entscheidend von der Struktur und der sozialen Stellung der Empfänger ab, die Wohngeld beziehen. In diese Zusammenhänge soll Tabelle 2 hineinleuchten.

Tabelle 2

Empfänger von Wohngeld in Hamburg 1965 bis 1969 nach der sozialen Stellung

Jahre (31. 12.)	Empfänger		davon											
			Selbständige		Beamte		Angestellte		Arbeiter		Rentner, Pensionäre		sonstige Nicht- erwerbstätige	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Mietzuschüsse														
1965	18 030	100	154	0,9	846	4,7	1 259	7,0	2 198	12,2	12 969	71,9	604	3,3
1966	23 739	100	206	0,9	747	3,1	1 469	6,2	2 295	9,7	18 066	76,1	956	4,0
1967	27 677	100	252	0,9	898	3,2	1 541	5,6	2 880	10,4	20 996	75,9	1 110	4,0
1968	30 935	100	283	0,9	1 229	4,0	1 948	6,3	3 915	12,7	22 373	72,3	1 187	3,8
1969	37 752	100	376	1,0	1 274	3,4	2 335	6,2	4 795	12,7	27 171	72,0	1 801	4,7
Lastenzuschüsse														
1965	509	100	19	3,7	86	16,9	190	37,3	98	19,3	102	20,0	14	2,8
1966	958	100	44	4,6	133	13,9	388	40,5	178	18,6	184	19,2	31	3,2
1967	928	100	47	5,1	139	15,0	347	37,4	178	19,2	186	20,0	31	3,3
1968	837	100	41	4,9	117	14,0	275	32,8	178	21,3	192	22,9	34	4,1
1969	829	100	43	5,2	121	14,6	241	29,1	177	21,4	206	24,8	41	4,9
Wohngeld														
1965	18 539	100	173	0,9	932	5,1	1 449	7,8	2 296	12,4	13 071	70,5	618	3,3
1966	24 697	100	250	1,0	880	3,6	1 857	7,5	2 473	10,0	18 250	73,9	987	4,0
1967	28 605	100	299	1,0	1 037	3,6	1 888	6,6	3 058	10,7	21 182	74,1	1 141	4,0
1968	31 772	100	324	1,0	1 346	4,2	2 223	7,0	4 093	12,9	22 565	71,0	1 221	3,9
1969	38 581	100	419	1,1	1 395	3,6	2 576	6,7	4 972	12,9	27 377	70,9	1 842	4,8

Die relativen Anteile machen deutlich, daß die Zusammensetzung des Kreises der Empfänger ihrer sozialen Stellung nach im großen und ganzen fast konstant geblieben ist und daß die Schwankungen der Gesamtzahlen von Jahr zu Jahr keinen wesentlichen Einfluß darauf haben. Unter den Empfängern von Mietzuschüssen spielen die Selbständigen die geringste Rolle; ihr Anteil erreicht nahezu 1 %. Dann folgen schon, klar dagegen abgesetzt, die Beamten mit einer Rate zwischen 3 und 5 % und die Angestellten mit einer solchen zwischen 6 und 7 %. Die Arbeiter als vierte Gruppe kommen immerhin schon auf rd. 10 bis 13 %. Die überragende Spitzenstellung vor allen anderen nehmen jedoch die Rentner und Pensionäre ein; ihr Anteil liegt über 70 %. Zählt man ihnen die sonstigen Nichterwerbstätigen hinzu, deren Anteil sich zwischen rd. 3 und 5 % bewegt, so hat man die ganze Gruppe der Nichterwerbstätigen erfaßt; ihr Anteil an den Empfängern von Mietzuschüssen macht über 75 % aus und geht z. T. bis an 80 % heran. Das bedeutet, daß lediglich 20 bis 25 % der Empfänger von Mietzuschüssen auf die restlichen sozialen Gruppen zusammen entfallen.

Die Verteilung der Empfänger von Lastenzuschüssen nach ihrer sozialen Stellung zeigt dagegen ein etwas anderes Bild. Zwar stehen hier im Gegensatz zu dort die sonstigen Nichterwerbstätigen mit durchschnittlich 3 bis 5 % vor den Selbständigen mit knapp 5 % am unteren Ende der Rangfolge, doch sind, insgesamt gesehen, die Anteile der übrigen sozialen Gruppen der Größe nach gleichmäßiger gestreut, so daß hier keine so ausgeprägte Gruppe wie die Rentner und Pensionäre dort hervortritt. Die Beamten besetzen hier mit einem Anteil von rd. 14 bis 15 % den drittletzten Platz, bevor sich die Arbeiter mit rd. 19 bis 21 % anschließen. Der Anteil der Rentner und Pensionäre mit 19 bis 25 % weicht von demjenigen der Arbeiter nicht sehr ab; beide halten sich nahezu die Waage. Die erste Position fällt den Angestellten mit rd. 30 bis 40 % zu. Doch ist bemerkenswert, daß ihr Anteil seit 1966 nach unten; während die Anteile der Arbeiter, der Rentner und Pensionäre sowie der sonstigen Nichterwerbstätigen nach oben tendieren. Faßt man die Rentner und Pensionäre sowie die sonstigen Nichterwerbstätigen zur Einheit der Nichterwerbstätigen zusammen, so kann diese lediglich zwischen rd. 22 und 30 % auf sich vereinigen, d. h., daß die übrigen sozialen Gruppen der Empfänger von Lastenzuschüssen mit rd. 70 bis 78 % die Masse der Anteile an sich gezogen haben.

Vergleicht man die Empfänger von Mietzuschüssen mit denjenigen von Lastenzuschüssen unter dem Aspekt ihrer sozialen Stellung, so wird offenkundig, daß unter der erstgenannten Gruppe eindeutig die nicht mehr im Arbeitsprozeß Stehenden, unter der zweitgenannten Gruppe dagegen umgekehrt ebenso klar die noch im Arbeitsprozeß Stehenden mit einem Anteil von jeweils rd. 75 % dominieren. Die soziale Gliederung der Wohngeldempfänger offenbart, daß das Individualprinzip, das dem Gesetz zugrunde liegt, zumindest in seiner allgemeinen Tendenz der Wirkung entspricht, die der Gesetzgeber damit gewollt hat. Diese Erkenntnis läßt sich aus den hohen Anteilen der Rentner, Pensionäre und Arbeiter an den Empfängern von Mietzuschüssen ableiten, zumal es sich hier gerade um solche Empfänger handelt, die nur über geringes Einkommen verfügen. Das Wohn-

geld hilft auch den Arbeiterfamilien, sich Eigenheime leisten zu können; ihr Anteil an den Empfängern von Lastenzuschüssen hat seit 1968 immerhin mehr als 21 % erreicht. Begünstigt sind dabei sicherlich vor allem große, d. h. kinderreiche, Familien.

2.3 Die Mietzuschüsse den 1-Personen-Haushalten zu fast 60 %, die Lastenzuschüsse den Mehrpersonenhaushalten mit Kindern zu über 75 % zugute gekommen

Neben den minderbemittelten Rentnern und Pensionären bedürfen vor allem die größeren Familien der staatlichen Unterstützung. Gerade auch sie will das Wohngeldgesetz, wie es seiner natürlichen Zielsetzung durchaus adäquat ist, erreichen und begünstigen. Ob und wie weit das gelungen ist, soll Tabelle 3 näher klären.

Tabelle 3

Empfänger von Miet- und von Lastenzuschüssen in Hamburg 1965 bis 1969 nach der Größe der Haushalte

Jahre (31. 12.)	Haus- halte ins- gesamt	davon mit					
		1 Person	2 Per- sonen	3 Per- sonen	4 Per- sonen	5 Per- sonen u. mehr	
		1	2	3	4	5	6
Mietzuschüsse							
1965	absolut	17 289	9 223	3 550	1 394	1 488	1 634
	in %	100	53,3	20,5	8,1	8,6	9,5
1966	absolut	23 043	13 711	4 417	1 539	1 539	1 837
	in %	100	59,5	19,1	6,7	6,7	8,0
1967	absolut	27 017	16 494	4 679	1 739	1 817	2 288
	in %	100	61,1	17,3	6,4	6,7	8,5
1968	absolut	30 194	17 463	5 190	2 210	2 501	2 830
	in %	100	57,8	17,2	7,3	8,3	9,4
1969	absolut	36 826	21 647	6 237	2 668	2 950	3 324
	in %	100	58,8	16,9	7,3	8,0	9,0
Lastenzuschüsse							
1965	absolut	489	58	50	132	151	98
	in %	100	11,9	10,2	27,0	30,9	20,0
1966	absolut	924	122	71	195	299	237
	in %	100	13,2	7,7	21,1	32,4	25,6
1967	absolut	900	127	74	156	268	275
	in %	100	14,1	8,2	17,3	29,8	30,6
1968	absolut	808	127	71	136	221	253
	in %	100	15,7	8,8	16,8	27,4	31,3
1969	absolut	809	130	70	134	221	254
	in %	100	16,1	8,7	16,5	27,3	31,4

Betrachtet man die Anteile der einzelnen Haushaltsgruppen, so darf man die gestellte Frage uneingeschränkt bejahen. Wenn auch unter den Haushalten, die Mietzuschüsse in Anspruch nehmen, die 1-Personen-Haushalte mit einem Anteil zwischen rd. 53 und 61 % überragen, so entfällt auf die Mehrpersonenhaushalte zusammen doch immerhin ein Anteil zwischen rd. 39 und 47 %; dabei verbergen sich hinter den 1-Personen-Haushalten schätzungsweise überwiegend alleinstehende Rentner und Pensionäre. Die größte Gruppe unter den Mehrpersonenhaushalten stellen die 2-Personen-Haushalte mit einem Anteil zwischen 17 und 20 %. Damit werden die Haushalte gefördert, unter denen sicherlich auch die Rentner- und Pensionärsehepaare gut vertreten sind. Die der Größe nach dann folgenden drei Haushaltsgruppen sind mit Anteilen zwischen rd. 7 und 9 % ziemlich gleich stark besetzt; dabei tritt die Konstanz ihrer Anteile über alle Jahre hinweg auffällig in Erscheinung. Zusammengenommen bringen sie es auf einen Anteil zwischen rd. 21 und 26 %.

Die Haushalte, die Lastenzuschüsse erhalten, lassen, wenn man von ihrer weitaus geringeren absoluten Zahl einmal absieht, aus ihrer personellen Zusammensetzung die Begünstigung der größeren Familien deutlicher ins Blickfeld rücken. Hier haben sich die Anteile der Größe nach offensichtlich zu den Mehrpersonenhaushalten hin verlagert. Allein die Haushalte mit 3 und mehr Personen haben in allen 5 Jahren einen Anteil aufzuweisen, der 75 % überschreitet. Während 1965 und 1966 die 4-Personen-Haushalte mit mehr als 30 % die Rangskala zunächst angeführt haben, ist diese Spitzenstellung seit 1967 auf die Haushalte mit 5 und mehr Personen übergegangen, deren Anteil sich nun auf über 30 % erhöht hat und steigende Tendenz erkennen läßt. Die Anteile dieser beiden Haushaltsgruppen übertreffen jeweils denjenigen der nächstgrößeren 3-Personen-Haushalte, der zwischen rd. 16 und 27 % schwankt und tendenziell z. T. klar nach unten gerichtet ist, schon recht beträchtlich. Dagegen hat sich der Anteil der 1-Personen-Haushalte von rd. 12 auf rd. 16 % laufend verbessern können und kommt 1969 schon an den Stand des Anteils der 3-Personen-Haushalte fast heran. Am schwächsten sind die 2-Personen-Haushalte besetzt; doch hat sich deren Anteil seit 1966 auf rd. 8 bis 9 % eingependelt.

2.4 Die Bezieher geringerer Einkommen von den Mietzuschüssen, die Bezieher mittlerer und höherer Einkommen von den Lastenzuschüssen begünstigt

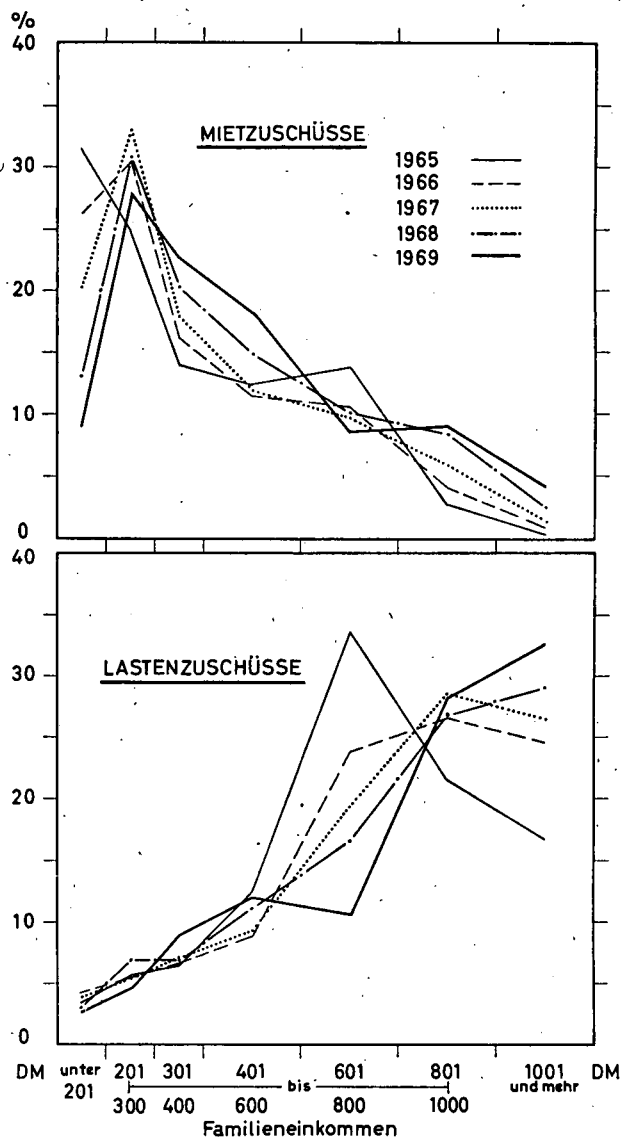
Die Höhe des Einkommens der Berechtigten spielt für die Gewährung von Wohngeld eine sehr wesentliche Rolle. Ruft man sich die Zielsetzung des Wohngeldgesetzes ins Gedächtnis zurück, so will es bewirken, daß vor allem die Einkommensschwachen in den Genuß des Wohngeldes kommen sollen; dazu gehören in der Regel Rentner, Pensionäre, kinderreiche Familien und jungverheiratete Ehepaare. Dabei steht die Überlegung im Hintergrund, daß die Bezieher geringer Einkommen weder von der Höhe noch von der laufenden Steigerung der Mietpreise mehr als zumutbar getroffen werden sollen; denn das Wohngeld will eine solche Belastung abschwächen und für die Berechtigten im Rahmen ihrer Einkommensverhältnisse in tragbaren Grenzen halten; die individuelle Mietbelastung wird in praxi korrigiert. Soweit das Einkommen in diesem Zusammenhang maßgeblicher Faktor für die Berechnung des Wohngeldes ist, muß man stets bedenken, daß es sich im Sinne des Wohngeldgesetzes keineswegs mit dem tatsächlichen (Netto-) Einkommen deckt, sondern, um erhebliche Beträge „bereinigt“, erst zum anrechenbaren Einkommen umgewandelt wird, das lediglich für die Bemessung des Wohngeldanspruchs berücksichtigt wird. Das gilt um so mehr für das Familieneinkommen, d. h.: die Summe der Einkommen aller zum Haushalt rechnenden Familienmitglieder; dieses kann weit unter dem echt verfügbaren Einkommen liegen. Nur das insoweit fiktive Familieneinkommen wird der Berechnung des Wohngeldes zugrunde gelegt.

Dies vorausgeschickt, soll Schaubild 1 die prozentuale Verteilung der Anzahl der Empfänger von Miet- und von Lastenzuschüssen auf die 7 gebildeten Gruppen des Familieneinkommens aufzeigen.

Zunächst springt ins Auge, daß die Kurven der Mietzuschüsse in den einzelnen Jahren einen

Schaubild 1

Anteile der Empfänger von Miet- und von Lastenzuschüssen
in Hamburg 1965 bis 1969
nach der Höhe des Familieneinkommens in %
(Stichtag jeweils 31. 12.)



Statistisches Landesamt Hamburg

(h)

recht ähnlichen Verlauf nehmen. Ausgehend von der Einkommensgruppe unter 201 DM, steigen sie jeweils steil zu ihrem Maximum an und fallen dann allmählich zu den größeren Einkommensgruppen ab; davon macht lediglich das Jahr 1965 eine Ausnahme, in dem die unterste Einkommensgruppe zugleich das Maximum ist. Die Anteile der Empfänger von Mietzuschüssen haben sich dabei in ihrem Niveau im allgemeinen von Jahr zu Jahr zu den größeren Einkommensgruppen hin verschoben. Hat 1965 die Einkommensgruppe unter 201 DM mit 31,5 % noch die weitaus meisten Berechtigten gestellt, so hat ihr Anteil inzwischen laufend bis auf 9 % in 1969 abgenommen. Die Maximalwerte, die in den Jahren 1966 bis 1969 auf die zweitniedrigste Einkommensgruppe 201 bis 300 DM entfallen, bewegen sich zwischen 33,0 % der Empfänger in 1967 und 28,0 % der Empfänger in 1969. Der Anteil der Empfänger an der größten Einkommensgruppe 1 001 und mehr DM hat sich von unter 0,5 % in 1965

auf über 4 % in 1969 stetig erhöht. Die übrigen Anteile verteilen sich in allen Jahren im Verlauf der nach unten tendierenden Kurven vergleichsweise ziemlich gleichmäßig auf die Einkommensgruppen, die zwischen den Extremwerten liegen, jedoch jeweils in unterschiedlicher Höhe. Eine hervorstechende Gegenläufigkeit weisen nur die Kurven der Jahre 1965 und 1969 auf. Während die Kurve von 1965 in der Einkommensgruppe 601 bis 800 DM mit fast 14 % der Empfänger eine zweite Spitze hat, erreicht die Kurve von 1969 mit 8,7 % der Empfänger hier bereits ihr erstes Tal. Demgegenüber steigt diese Kurve zur Einkommensgruppe 801 bis 1 000 DM nochmals leicht zur zweiten Spitze an, wohingegen die Kurve von 1965 mit 2,8 % der Empfänger hier in ihr zweites Tal sinkt. Diese Eigentümlichkeit mag zufällig sein und ursächlich auch mit den Besonderheiten des Jahres 1965 zusammenhängen, auf die unter Nr. 2.1 bereits eingegangen ist.

Addiert man die Anteile an den 3 untersten Einkommensgruppen bis 400 DM, so ergibt sich, daß die Mehrzahl der Empfänger von Mietzuschüssen diesen Gruppen angehört: Die addierten Anteile schwanken in den fünf miteinander verglichenen Jahren zwischen fast 60 % der Empfänger in 1969 und 73 % der Empfänger in 1966; dabei handelt es sich zumindest bei den Einkommensgruppen bis 300 DM meist um Haushalte mit 1 oder 2 Personen. Die Größe dieser Anteile beweist somit überzeugend, daß das Wohngeld in der Tat den Beziehern geringerer Einkommen zum klar überwiegenden Teil zufließt. Große Familien und finanziell weniger gut gestellte Bürger können sich dadurch angemessene Wohnungen leisten, ohne befürchten zu müssen, einer Mietpreiserhöhung hilflos ausgesetzt zu sein. Besonders für die Rentner und Pensionäre, die an der Gewährung von Mietzuschüssen am stärksten beteiligt sind, bedeutet dies die beruhigende Sicherung ihrer lebensnotwendigen Wohnbedürfnisse. Ohne Wohngeld hätten etwa 3,7 % der Haushalte in der BRD — Stand Dezember 1968 —, wie die Bundesregierung in ihrem Dritten Wohngeldbericht^{*)} festgestellt hat, die gestiegenen Mieten nicht zahlen können, und die Einkommensbelastung der Empfänger durch Wohnkosten habe sich von durchschnittlich rd. 24 % auf rd. 16 % verringert; die Einkommen seien also im Schnitt um 7,6 % entlastet worden. Darin zeige sich die Wirkungskraft des gewährten Wohngeldes.

Die Kurven der Lastenzuschüsse haben im Gegensatz zu denjenigen der Mietzuschüsse von Anfang an steigende Grundtendenz. Drei von ihnen, nämlich von 1966, 1967 und 1968, steigen gemeinsam von der untersten bis zur zweithöchsten Einkommensgruppe 801 bis 1 000 DM stetig an; zwei davon — 1966 und 1967 — beginnen dann zu fallen, während die Kurve von 1965 hier ihren Abfall weiter fortsetzt. Bemerkenswert ist, daß die Kurven der beiden letzten Jahre 1968 und 1969 auch von hier noch ihren Anstieg zur größten Einkommensgruppe 1 001 und mehr DM beibehalten. Die einzige auffällige Gegenläufigkeit lassen — wie schon bei den Mietzuschüssen — die Kurven von 1965 und 1969 erkennen. Während die Kurve von 1965 in der Einkommensgruppe 601 bis 800 DM ihre Spitze mit fast 34 % der

Empfänger hat, unterbricht die Kurve von 1969 hier ihren Anstieg und sinkt von rd. 12 auf rd. 11 % der Empfänger zurück.

In allen fünf Jahren liegt der Anteil an der untersten Einkommensgruppe unter 5 % der Empfänger. Dagegen ist der Anteil der Empfänger an der höchsten Einkommensgruppe recht beträchtlich: Er macht 1969 fast 33 % und 1968 29 % aus, womit zugleich die Maximawerte dieser Jahre genannt sind; aber auch der Anteil in 1966 mit fast 25 % und in 1967 mit nahezu 27 % der Empfänger wird von den Höchstwerten, die in der zweithöchsten Einkommensgruppe 801 bis 1 000 DM zu finden sind, nur um jeweils rd. 2 % übertroffen.

Faßt man die 7 zu 3 Einkommensgruppen zusammen, so läßt sich ein klareres Bild über die Einkommensverhältnisse gewinnen. Dann haben in der Reihenfolge der Jahre 1965 bis 1969 von den Empfängern, die Lastenzuschüsse in Anspruch nehmen,

rd. 16 % ein Monatseinkommen bis 400 DM, zwischen 46 und rd. 23 % ein Monatseinkommen von 401 bis 800 DM,

zwischen rd. 38 und rd. 61 % ein Monatseinkommen von 801 bis über 1 000 DM gehabt.

Aus diesem Ergebnis lassen sich drei Schlüsse ziehen:

- In allen fünf Jahren ist die niedrigste Einkommensgruppe konstant mit rd. 16 % der Empfänger besetzt;
- in dem Maß, wie sich der Anteil der Empfänger an der mittleren Einkommensgruppe von 1965 auf 1969 gemindert hat, hat er an der höchsten Einkommensgruppe zugenommen;
- im Unterschied zu den Empfängern von Mietzuschüssen kommen die Lastenzuschüsse überwiegend den Beziehern mittlerer und höherer Einkommen zugute.

Es liegt nahe, daß die Bezieher dieser Einkommen, deren Wertung nicht absolut, sondern nur relativ im Sinne der hier gebildeten statistischen Einkommensgruppen zu verstehen ist, eher in der Lage sind, sich Eigenheime oder Eigentumswohnungen zu leisten, als die Bezieher geringerer Einkommen. Diese logische Folgerung muß man jedoch insoweit etwas einschränken, als sich der Wohngeldstatistik auch der wichtige Zusammenhang entnehmen läßt, daß in der Regel um so mehr Mitglieder zu den Familien gehören, je höher das Einkommen der Empfänger von Lastenzuschüssen ist.

An dieser Stelle soll die allgemein immer größer werdende Bedeutung des Wohngeldes als „Instrument zur Förderung des Wohnungsbaus“ nicht unerwähnt bleiben, worauf Bundesminister Dr. Lauritzen in der BT-Drucksache V/4694 auf Seite 115 besonders hingewiesen hat. Danach sind die Lastenzuschüsse für den Bau und den Erwerb von Eigenheimen und Eigentumswohnungen zu einer spürbaren Hilfe für einkommensschwache und kinderreiche Familien geworden. Viele Bausparkassen sollen sogar ihre bauwilligen Mitglieder von vornherein darauf aufmerksam machen, daß sie Anspruch auf Lastenzuschuß haben, so daß sie diesen schon in ihre Überlegung, welche Belastung sie auf sich nehmen können, einkalkulieren.

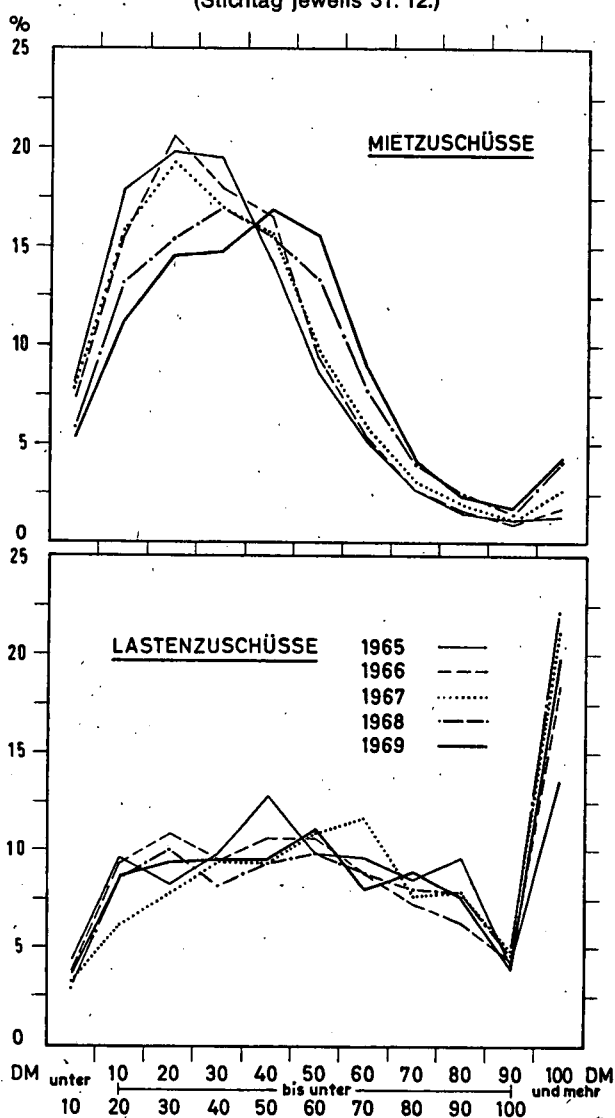
^{*)} Dritter Wohngeldbericht der Bundesregierung — BT-Drucksache VI/378 — S. 15 und 17.

2.5 Die Empfänger von Mietzuschüssen vor allem mit monatlichen Zuschüssen der unteren und der mittleren Stufen, die Empfänger von Lastenzuschüssen dagegen mit monatlichen Zuschüssen der höchsten Stufe im Vorteil

Neben der Frage, mit welchen anrechenbaren Einkommen die Empfänger von Wohngeld ihre Lebensbedürfnisse bestreiten müssen, steht natürlich auch die Höhe der ihnen zugewendeten Zuschüsse im Mittelpunkt des Interesses. Schaubild 2 soll dem Leser einen Überblick darüber geben, wie sich die Anzahl der Empfänger von Miet- und von Lastenzuschüssen prozentual auf die 11 gebildeten Zuschußstufen verteilen.

Schaubild 2

Anteile der Empfänger von Miet- und von Lastenzuschüssen
in Hamburg 1965 bis 1969
nach der Höhe der Zuschüsse in %
(Stichtag jeweils 31. 12.)



Statistisches Landesamt Hamburg

Als besondere sichtbare Gemeinsamkeit kann man vorweg herausstellen, daß sich sowohl die Kurven der Mietzuschüsse in sich als auch diejenigen der Lastenzuschüsse in sich allenfalls im Niveau ihrer Anteile, nicht jedoch im generellen Verlauf unterscheiden.

Die Kurven der Mietzuschüsse steigen 1965, 1966 und 1967 in der Stufe 20 bis unter 30 DM zu ihrem Maximum an, das mit jeweils rd. 20 % der Empfänger identisch ist. Die Kurven von 1968 und 1969 dagegen verschieben ihre Spitze jeweils in die beiden folgenden höheren Stufen 30 bis unter 40 und 40 bis unter 50 DM mit rd. 17 % der Empfänger. Während ihre Anteile bis zu diesen Stufen eindeutig unter denen der erstgenannten drei Kurven liegen, übertreffen sie deren Anteile in den sich anschließenden Stufen z. T. nicht unerheblich. Das Minimum aller Kurven konzentriert sich auf die vorletzte Stufe 90 bis unter 100 DM mit jeweils 1 bis knapp 2 % der Empfänger. Erwähnenswert ist, daß demgegenüber die höchste Stufe 100 und mehr DM nochmals einen Anstieg auf jeweils reichlich 1 bis 4 % der Empfänger zu verzeichnen hat. Die niedrigste Stufe unter 10 DM ist je nach Jahr immerhin noch mit einem Anteil zwischen gut 5 und 8 % der Empfänger vertreten. Bildet man aus den 11 nur 3 Stufen, um die Verteilung der Empfänger durch überschaubarere Größenordnungen des unteren, mittleren und höheren Bereichs der Zuschüsse besser zu konkretisieren, so läßt sich das folgende Fazit ziehen:

In der Reihenfolge der Jahre 1965 bis 1969 bewegen sich die Anteile

- im unteren Bereich — bis unter 40 DM — zwischen gut 65 und 46 % der Empfänger fallend,
- im mittleren Bereich — von 40 bis unter 70 DM — zwischen 28 und über 41 % der Empfänger steigend,
- im höheren Bereich — von 70 bis 100 und mehr DM — zwischen fast 7 und fast 13 % der Empfänger steigend;
- h.: der untere und der mittlere Bereich nähern sich der Größenordnung nach immer mehr einander an, so daß sich hier zwei etwa gleich große Gruppen von Empfängern herauszuschälen beginnen, der höhere Bereich scheint dabei zugleich auch noch stetig an Gewicht zu gewinnen.

Im Gegensatz zu den Kurven der Mietzuschüsse sind die Kurven der Lastenzuschüsse durch große Gleichmäßigkeit der Verteilung der Empfänger auf die Zuschußstufen gekennzeichnet. Über alle fünf Jahre hinweg differieren sie im Bereich der unteren und mittleren Stufen vergleichsweise lediglich um rd. 4 %; denn hier schwanken die Anteile zwischen etwa 7 und 11 % der Empfänger. In der untersten Stufe bis unter 10 DM scheint der Anteil mit 3 bis 4 % der Empfänger ziemlich unveränderlich zu sein; das gilt auch für die zweithöchste Stufe 90 bis unter 100 DM mit einem Anteil zwischen 4 und 5 % der Empfänger. Mit den Maximawerten überhaupt, die überwiegend zwischen 19 und 22 % der Empfänger betragen, hebt sich die höchste Stufe 100 und mehr DM heraus. Interessant im Ergebnis des Vergleichs ist indessen, daß die Kurve von 1969 beinahe die Interferenzlinie der Kurven von 1965 bis 1968 bildet.

2.6 Der mit öffentlichen Mitteln geförderte Neubau sowohl bei den Miet- als auch bei den Lastenzuschüssen die klar vorherrschende Wohn- und Finanzierungsart

Außer der bereits abgehandelten sozialen, familiären und finanziellen Seite des Wohngeldes bedürfen auch

Tabelle 4 Empfänger von Miet- und von Lastenzuschüssen in Hamburg 1965, 1967 und 1969 nach Art der Wohnungen und der Finanzierung/Förderung sowie Höhe der Quadratmeter-Mieten oder -Belastungen

Art der von den Empfängern bewohnten Wohnungen ¹⁾		Empfänger		davon mit einer Mieta/Belastung ²⁾ von ... bis unter ... DM je qm								
		Anzahl	in %	unter 1,00	1,00 bis 1,50	1,50 bis 2,00	2,00 bis 2,50	2,50 bis 3,00	3,00 bis 3,50	3,50 bis 4,00	4,00 und mehr	
					1	2	3	4	5	6	7	8
1965												
Mietzuschüsse												
Wohnungen insgesamt	absolut	18 030	100	149	4 106	5 211	5 862	1 158	600	399	545	
	in %	100		0,8	22,8	28,9	32,5	6,4	3,4	2,2	3,0	
davon Altbau	absolut	4 413	24,5	140	2 596	1 245	262	100	28	25	17	
	in %	100		3,2	58,8	28,2	5,9	2,3	0,6	0,6	0,4	
Neubau	absolut	13 617	75,5	9	1 510	3 966	5 600	1 058	572	374	528	
	in %	100		0,1	11,1	29,1	41,1	7,8	4,2	2,7	3,9	
davon frei finanziert und steuerbegünstigt	absolut	2 696	19,8	2	137	326	593	378	423	331	506	
	in %	100		0,1	5,1	12,1	22,0	14,0	15,7	12,3	18,7	
öffentlich gefördert	absolut	10 921	80,2	7	1 373	3 640	5 007	680	149	43	22	
	in %	100		0,1	12,6	33,3	45,8	6,2	1,4	0,4	0,2	
Lastenzuschüsse												
Wohnungen insgesamt	absolut	509	100	1	4	30	48	123	117	101	85	
	in %	100		0,2	0,8	5,9	9,4	24,2	23,0	19,8	16,7	
davon Altbau	absolut	8	1,6	—	—	—	3	3	1	1	—	
	in %	100		—	—	—	37,5	37,5	12,5	12,5	—	
Neubau	absolut	501	98,4	1	4	30	45	120	116	100	85	
	in %	100		0,2	0,8	6,0	9,0	23,9	23,1	20,0	17,0	
davon frei finanziert und steuerbegünstigt	absolut	25	5,0	—	—	1	3	3	6	2	10	
	in %	100		—	—	4,0	12,0	12,0	24,0	8,0	40,0	
öffentlich gefördert	absolut	476	95,0	1	4	29	42	117	110	98	75	
	in %	100		0,2	0,8	6,1	8,8	24,6	23,1	20,6	15,8	
1967												
Mietzuschüsse												
Wohnungen insgesamt	absolut	27 677	100	58	1 295	10 019	8 228	4 423	1 378	766	1 510	
	in %	100		0,2	4,7	36,2	29,7	16,0	5,0	2,8	5,4	
davon Altbau	absolut	8 174	29,5	54	943	5 214	1 270	297	154	96	146	
	in %	100		0,7	11,5	63,8	15,5	3,6	1,9	1,2	1,8	
Neubau	absolut	19 503	70,5	4	352	4 805	6 958	4 126	1 224	670	1 364	
	in %	100		0	1,8	24,6	35,7	21,2	6,3	3,4	7,0	
davon frei finanziert und steuerbegünstigt	absolut	4 075	20,9	4	35	301	648	633	587	570	1 297	
	in %	100		0,1	0,9	7,4	15,9	15,5	14,4	14,0	31,8	
öffentlich gefördert	absolut	15 428	79,1	—	317	4 504	6 310	3 493	637	100	67	
	in %	100		—	2,1	29,2	40,9	22,6	4,1	0,7	0,4	
Lastenzuschüsse												
Wohnungen insgesamt	absolut	928	100	4	10	40	70	137	198	221	248	
	in %	100		0,4	1,1	4,3	7,5	14,8	21,4	23,8	26,7	
davon Altbau	absolut	22	2,4	2	—	2	7	6	3	2	—	
	in %	100		9,1	—	9,1	31,8	27,3	13,6	9,1	—	
Neubau	absolut	906	97,6	2	10	38	63	131	195	219	248	
	in %	100		0,2	1,1	4,2	6,9	14,5	21,5	24,2	27,4	
davon frei finanziert und steuerbegünstigt	absolut	32	3,5	1	1	4	1	4	6	4	11	
	in %	100		3,1	3,1	12,5	3,1	12,5	18,8	12,5	34,4	
öffentlich gefördert	absolut	874	96,5	1	9	34	62	127	189	215	237	
	in %	100		0,1	1,0	3,9	7,1	14,6	21,6	24,6	27,1	
1969												
Mietzuschüsse												
Wohnungen insgesamt	absolut	37 752	100	18	227	2 652	12 819	11 193	5 770	2 522	2 551	
	in %	100		0	0,6	7,0	34,0	29,6	15,3	6,7	6,8	
davon Altbau	absolut	10 033	26,6	17	200	1 757	5 213	1 702	628	251	265	
	in %	100		0,2	2,0	17,5	51,9	17,0	6,3	2,5	2,6	
Neubau	absolut	27 719	73,4	1	27	895	7 606	9 491	5 142	2 271	2 286	
	in %	100		0	0,1	3,2	27,4	34,2	18,6	8,2	8,3	
davon frei finanziert und steuerbegünstigt	absolut	5 003	18,0	1	10	87	328	768	762	997	2 050	
	in %	100		0	0,2	1,7	6,6	15,4	15,2	19,9	41,0	
öffentlich gefördert	absolut	22 716	82,0	—	17	808	7 278	8 723	4 380	1 274	236	
	in %	100		—	0,1	3,6	32,0	38,4	19,3	5,6	1,0	
Lastenzuschüsse												
Wohnungen insgesamt	absolut	829	100	1	7	31	52	93	173	211	261	
	in %	100		0,1	0,8	3,7	6,3	11,2	20,9	25,5	31,5	
davon Altbau	absolut	12	1,4	1	—	2	2	3	4	—	—	
	in %	100		8,3	—	16,7	16,7	25,0	33,3	—	—	
Neubau	absolut	817	98,6	—	7	29	50	90	169	211	261	
	in %	100		—	0,9	3,6	6,1	11,0	20,7	25,8	31,9	
davon frei finanziert und steuerbegünstigt	absolut	58	7,1	—	2	4	3	7	12	10	20	
	in %	100		—	3,4	6,9	5,2	12,1	20,7	17,2	34,5	
öffentlich gefördert	absolut	759	92,9	—	5	25	47	83	157	201	241	
	in %	100		—	0,7	3,3	6,2	10,9	20,7	26,5	31,7	

¹⁾ Altbau = Bezugsfertigkeit bis Mitte 1948, Neubau = Bezugsfertigkeit nach Mitte 1948. — ²⁾ Miete bei Mietzuschüssen, Belastung bei Lastenzuschüssen.

die Wohnverhältnisse, unter denen dessen Empfänger leben, eingehender Würdigung. Dabei stehen die Fragen, ob sie Alt- oder Neubauwohnungen, öffentlich geförderte oder frei finanzierte und steuerbegünstigte Wohnungen bewohnen, welche Quadratmeter-Miete oder -Belastung sie auf sich nehmen müssen und welche Wohnfläche sie nutzen, im Brennpunkt der Untersuchung. Einen Einblick in diese Zusammenhänge sollen Tabelle 4 und Schaubild 3 geben.

2.61 Das Verhältnis von Altbau- zu Neubauwohnungen

An den von den Berechtigten bewohnten Wohnungen insgesamt gemessen, unterscheidet sich der Anteil der Empfänger von Mietzuschüssen, die in Neubauwohnungen wohnen, in den drei ausgewählten Jahren der Größenordnung nach kaum; er hält sich in der Spanne von über 70 bis über 75 %. Somit entfallen auf die Empfänger, die in Altbauwohnungen wohnen, nur rd. 25 bis knapp 30 %. Die meisten Empfänger von Mietzuschüssen, die in Neubauwohnungen wohnen, leben in solchen, die mit öffentlichen Mitteln des sozialen Wohnungsbaus gefördert sind; ihr Anteil am Neubau liegt um rd. 80 % oder eben darüber. Aus diesen Relationen kann man ersehen, welche überragende Rolle der Neubau einerseits und die öffentliche Förderung andererseits im Rahmen des Wohngeldes spielen. Da der Gesamtbestand an Wohnungen zu etwa 50 % aus Altbauten besteht, bewohnen die Empfänger von Mietzuschüssen zudem in relativ stärkerem Maß Neubauwohnungen. Der frei finanzierte und steuerbegünstigte Neubau bringt es demzufolge nur auf rd. 20 % der Empfänger.

Für die Empfänger von Lastenzuschüssen ist der Altbau so gut wie bedeutungslos; an den Wohnungen insgesamt gemessen, bewohnen sie zu lediglich 2 % Altbauwohnungen. Demgemäß beläuft sich ihr Anteil an Neubauwohnungen auf rd. 98 %. Im Unterschied zu den Mietzuschüssen ist bei den Lastenzuschüssen der auf den Neubau bezogene Anteil der Empfänger, die mit öffentlichen Mitteln geförderte Objekte bewohnen, noch wesentlich höher; nach 95 % in 1965 und fast 97 % in 1967 hat er 1969 mit rd. 93 % sein Niveau gut behauptet. Auch hier ist der frei finanzierte und steuerbegünstigte Neubau mit 3 bis 7 % der Empfänger praktisch ohne Gewicht. Die eindeutige Ausrichtung der Lastenzuschüsse auf den Neubau erklärt sich aus der nach dem Zweiten Weltkrieg stark forcierten Eigenheimbewegung.

2.62 Das Mietengefüge

Der maximale Anteil der Empfänger von Mietzuschüssen, die im Altbau wohnen, hat sich von Jahr zu Jahr in die nächsthöhere Mietenstufe verschoben. Haben noch 1965 rd. 59 % von ihnen eine Quadratmeter-Miete von 1,00 bis unter 1,50 DM gezahlt, so haben 1967 rd. 64 % schon 1,50 bis unter 2,00 DM und 1969 rd. 52 % 2,00 bis unter 2,50 DM zahlen müssen. In jedem der drei Jahre hat die darauffolgende Mietenstufe den zweithöchsten Anteil auf sich vereinigt. Alle übrigen Stufen haben vergleichsweise nur geringe Bedeutung; hier schwanken die Anteile über alle Jahre hinweg zwischen unter 1 und über 6 %, ausgenommen zwei Stufen, wo die Anteile über 10 % der Empfänger betragen. Der Anteil an der untersten Stufe unter 1,00 DM ist von 3,2 % in 1965 über 0,7 % in 1967 auf 0,2 % in 1969 zurückgegangen.

Zieht man die Anteile der mit über 10 % am stärksten besetzten Mietenstufen zusammen, so erhält man die folgenden Relationen:

Von den im Altbau wohnenden Empfängern von Mietzuschüssen haben

1965 rd. 87 % 1,00 bis unter 2,00 DM,
1967 rd. 91 % 1,00 bis unter 2,50 DM,
1969 rd. 86 % 1,50 bis unter 3,00 DM

dem Vermieter jeweils als Quadratmeter-Miete zahlen müssen.

Im Neubau haben die relativ hohen Anteile der Empfänger von Mietzuschüssen an den Mietenstufen bis unter 2,50 DM jeweils von Jahr zu Jahr ab-, an den Mietenstufen von 2,50 und mehr DM jedoch zugenommen. Die meisten Empfänger von Mietzuschüssen haben sich 1965 mit rd. 41 % und 1967 mit rd. 36 % auf die Stufe 2,00 bis unter 2,50 DM, 1969 dagegen mit rd. 34 % auf die Stufe 2,50 bis unter 3,00 DM verteilt. In jedem Jahr erstrecken sich die geringeren Anteile unter 10 % auf jeweils fünf unterschiedliche Mietenstufen; sie bewegen sich, über alle Jahre gesehen, zwischen minimal 0 und maximal rd. 8 % der Empfänger. Während die unterste Stufe unter 1,00 DM bereits 1965 mit nicht einmal 1 % der Empfänger vertreten ist, hat sie 1967 und 1969 mit 0 % ihre Bedeutung völlig verloren. Bildet man auch hier zusammenfassende Gruppen, um die Vielfalt der Stufen übersichtlicher zu machen, so ergeben sich daraus die nachstehenden Prozentsätze:

Von den im Neubau wohnenden Empfängern von Mietzuschüssen haben

1965 rd. 81 % 1,00 bis unter 2,50 DM,
1967 rd. 81 % 1,50 bis unter 3,00 DM,
1969 rd. 80 % 2,00 bis unter 3,50 DM

jeweils als Quadratmeter-Miete aufbringen müssen. Augenfällig ist, daß der Anteil der Empfänger an den beiden höchsten Stufen zusammen (3,50 bis unter 4,00 DM plus 4,00 und mehr DM) von rd. 7 % in 1965 über rd. 10 % in 1967 auf 16,5 % in 1969 hinaufgeklüftet ist.

Sowohl im Alt- als auch im Neubau deutet die Verschiebung der größten Anteile der Empfänger in die höheren Mietenstufen auf die Preis- und Kostensteigerung im Bereich des Haus- und Grundeigentums hin.

Die Relationen des öffentlich geförderten Neubaus, des einen Teils des Neubaus, weichen weder in ihrer Höhe noch in ihrer Verteilung auf die einzelnen Mietenstufen von denjenigen des Neubaus als Gesamtheit sonderlich ab; das liegt offenbar daran, daß der öffentlich geförderte Neubau zu über 80 % mit dem Neubau übereinstimmt.

Für den frei finanzierten und steuerbegünstigten Neubau, den anderen Teil des Neubaus, ist demgegenüber kennzeichnend, daß sich die Empfänger prozentual gleichmäßiger über die Mietenstufen verteilen und 1967 mit rd. 32 % sowie 1969 mit 41 % in der höchsten Stufe 4,00 und mehr DM jeweils quantitativ am stärksten repräsentiert sind.

Wegen ihrer geringen Bedeutung ist es wenig sinnvoll, den Kommentar der Lastenzuschüsse auf Alt- und Neubau sowie frei finanzierten und steuerbegünstigten Neubau auszudehnen. Vielmehr ist das

Übergewicht des öffentlich geförderten Neubaus, wie schon zu Beginn dieses Abschnitts hervorgehoben, hier so groß, daß er praktisch allein die typischen und spezifischen Verhältnisse der Lastenzuschüsse widerspiegelt, so daß seine Behandlung genügen sollte. Bis zur Belastungsstufe 2,00 bis unter 2,50 DM sind die Anteile der Empfänger von Lastenzuschüssen vergleichsweise von Jahr zu Jahr gesunken, ohne jemals 10 % erreicht zu haben. Dagegen überschreiten sie 1967 und 1969 von der Stufe 3,00 bis unter 3,50 DM an bis zur höchsten jeweils 20 %. Mit diesem Satz sind im Unterschied dazu 1965 die Stufe 2,50 bis unter 3,00 DM und die beiden folgenden besetzt, während die höchste Stufe 4,00 und mehr DM erst auf rd. 16 % der Empfänger kommt. Über rd. 27 % in 1967 hat sich der Anteil an dieser Stufe 1969 inzwischen auf rd. 32 % der Empfänger hinaufgeschraubt. Der Trend der Erhöhung der Anteile zu den beiden höchsten Stufen hin ist demnach charakteristisches Merkmal der Lastenzuschüsse, deren Empfänger zu meist mit 3,50 und mehr DM je qm belastet sind. Die beiden höchsten Stufen zusammengekommen zeigen dann das folgende Bild:

Die Empfänger von Lastenzuschüssen unterliegen jeweils einer Quadratmeter-Belastung von 3,50 bis über 4,00 DM

1965 zu rd. 36 %,
1967 zu rd. 52 %,
1969 zu rd. 58 %.

Hinter den nüchternen Zahlen der Tabelle 4 und auch des Schaubildes 3 verbergen sich einige grundlegende Probleme, zu deren Lösung das Wohngeld beitragen kann. Bestimmte Maßnahmen stehen meist nicht nur abstrakt, auf einen Zweck ausgerichtet, im Raum, sondern im Hintergrund auch in Beziehung mit grundsätzlichen Fragen anderer Art. So ist es auch im Fall des Wohngeldes mit der sozial-finanziellen Seite, der unmittelbaren Unterstützung einkommensschwacher Bürger, mit der auch eine Nebenwirkung verfolgt wird.

a) Diese Seite muß nämlich im Zusammenhang mit der Wohnungsversorgung der Bevölkerung und — daraus folgend — mit den besonderen Problemen des Wohnungsbaus schlechthin gesehen werden. So kommt die GEWOS in ihrem Gutachten vom Mai 1966 zu dem Schluß, daß „die ausreichende Versorgung mit Wohnraum weiterhin eine Daueraufgabe ist, die nur durch kontinuierlichen Wohnungsbau gelöst werden kann. Dabei wird eine öffentliche Förderung soweit und solange erforderlich sein, als die Gesamtherstellungskosten der Wohnungen und die sich daraus ergebenden Wohnlasten für die mit angemessenem Wohnraum zu versorgende Bevölkerung nicht tragbar sind“¹⁰⁾. Somit genügt nicht allein die öffentliche Förderung des Wohnungsbaus, auch Objektförderung genannt, sondern zu ihr muß die individuelle Hilfe, auch Subjektförderung genannt, hinzutreten. Ein solches Mittel ist das Wohngeld, das insoweit als indirektes Instrument der Wohnungsbaufinan-

zierung gelten kann. Objekt- und Subjektförderung ergänzen sich demnach wechselseitig, ohne daß dies dem Ziel des Wohngeldgesetzes zuwiderliefe. Zwischen beiden besteht, wie Bundesminister Dr. Lauritzen betont hat¹¹⁾, wohnungspolitisch ein enger Zusammenhang; sie sollen sicherstellen, daß auch einkommensschwache Mieter die Mieten für familiengerechte Wohnungen tragen können.

- b) Ein weiterer Aspekt, der die Wirkung des Wohngeldes ins rechte Licht rückt, ist beachtenswert. Es wird für zweifelhaft gehalten, ob es bei den hohen Grundstückspreisen und Baukosten gelänge, Sozialwohnungen zu bauen, die den Standard zeitgemäßer Ausstattung erfüllen, wenn nicht die daraus resultierenden höheren Quadratmeter-Mietpreise über das Wohngeld heruntergedrückt werden könnten. Diese hohen Preise und Kosten lassen sich nur rechtfertigen, weil das Wohngeld einen Ausgleich schafft und den minderbemittelten Bürgern zu tragbaren Mieten verhilft¹²⁾.
- c) Die Belegung und Nutzung vieler Wohnungen ist heute nur möglich, wenn Wohngeld eingesetzt wird; das gilt auch für den Umzug von Mietern aus Alt- in Neubauwohnungen¹³⁾. Auf diese Weise hat man — zumindest in bestimmten Grenzen — die Steuerung der Nachfrage nach Wohnungen verschiedener Art und Finanzierung in der Hand. Diese Wirkung des Wohngeldes hängt naturgemäß z. T. davon ab, in welcher Höhe es gewährt werden darf. Deshalb halten Fachleute es für so wichtig, daß die Berechnungsfaktoren, die Tragbarkeitssätze und die Grenzwerte des Gesetzes verbessert werden. So rechnet man z. B. einerseits damit, daß der Andrang auf Sozialwohnungen dann nachlassen könnte, wenn auch im frei finanzierten Wohnungsbau höheres Wohngeld gezahlt wird, weil man vermutet, daß die in solche Wohnungen abgedrängten Mieter, die hier einer hohen Mietbelastung ausgesetzt sind, ihre Anträge auf Zuweisung von Sozialwohnungen zurückziehen werden. Andererseits hofft man darauf, daß mittels dieses Regulativs Mieter von Sozialwohnungen, die bessere Wohnungen des frei finanzierten Wohnungsbaus nutzen möchten, jene räumen werden¹⁴⁾.
- d) Ein vierter Gesichtspunkt ist wichtig. Nach dem Zweiten Wohngeldbericht der Bundesregierung trägt das Wohngeld auch dazu bei, die Höhe der öffentlichen Mittel für den Bau von Wohnungen auf die finanzielle Leistungskraft breiterer Schichten und nicht auf Schichten mit besonders geringem Einkommen abzustellen; dadurch wird eine rationelle und sparsame Verwendung der öffentlichen Mittel möglich¹⁵⁾.

2.7 Die Mietzuschüsse vorwiegend von Inhabern kleinerer, die Lastenzuschüsse dagegen vorwiegend von Eigentümern größerer Wohneinheiten in Anspruch genommen

Schaubild 3 soll dem Betrachter auf einen Blick eine Vorstellung davon geben, wie sich die Empfänger von Miet- und von Lastenzuschüssen prozentual auf die sieben gebildeten Stufen der genutzten Wohnfläche verteilen. Es sagt jedoch, um das zu unterstreichen, nichts darüber aus, ob und inwieweit sich die Größe ihrer Wohnungen in den vom Wohngeldgesetz ge-

¹⁰⁾ vgl. unter Anm. 1) S. 13.

¹¹⁾ vgl. unter Anm. 4) S. 367.

¹²⁾ vgl. unter Anm. 1) S. 13 i. V. m. Anm. 12) S. 116.

¹³⁾ BT-Drucksache V/4694 S. 116.

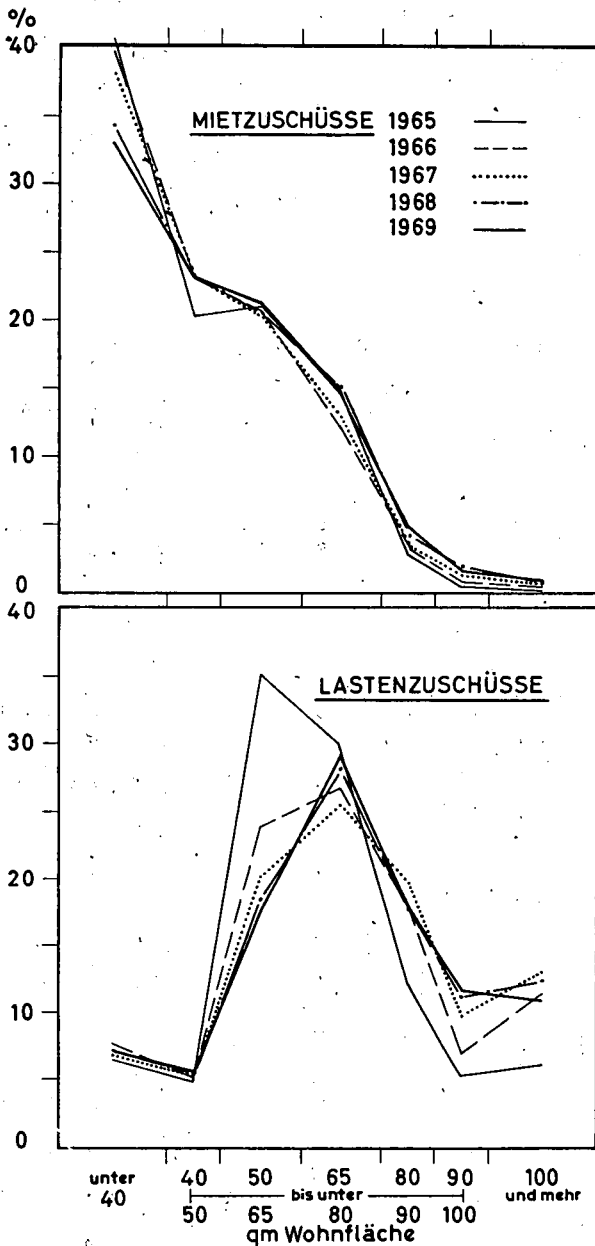
¹⁴⁾ vgl. unter Anm. 4) S. 361.

¹⁵⁾ a.a.O. S. 13.

setzten Grenzen der „benötigten Wohnfläche“ halten oder nicht.

Schaubild 3

Anteile der Empfänger*) von Miet- und von Lastenzuschüssen
in Hamburg 1965 bis 1969
nach der Größe der genutzten Wohnfläche in %
(Stichtag jeweils 31. 12.)



*) Haushalte, die keinen Sonderbedarf an Wohnfläche zu beanspruchen haben.

STATISTISCHES LANDESAMT HAMBURG

Wie schon bei den beiden vorausgegangenen Schaubildern fällt zunächst auf, daß der Verlauf der Kurven in den einzelnen Jahren sehr ähnlich ist und sich die Anteile relativ konstant halten.

Unter den Empfängern von Mietzuschüssen nutzen die weitaus meisten jeweils eine Wohnfläche bis 40 qm. Ihr Anteil ist zwar von rd. 41 % in 1965 nach und nach auf 33 % in 1969 gesunken; dennoch hat er über alle Jahre hinweg seinen Vorsprung vor den Anteilen der Empfänger an allen anderen Wohnflächenstufen klar behauptet. Am zweitgewichtigsten ist die Stufe von über 40 bis 50 qm; hier hat der Anteil mit rd. 23 % oder eben darüber, ausgenommen

1965, eine bemerkenswerte Stetigkeit bewahrt. Nicht viel anders verhält es sich mit der Stufe von über 50 bis 65 qm, wo der Anteil in allen Jahren um 21 % schwankt. Deutlich dagegen abgesetzt, folgt dann die Stufe von über 65 bis 80 qm; immerhin haben noch zwischen mehr als 12 und 15 % der Empfänger jeweils eine solche Wohnfläche genutzt. Die drei letzten, d. h.: die größten, Stufen genossen es in allen Jahren lediglich auf Anteile von unter 1 bis rd. 5 %. Allen drei ist aber eigentümlich, daß sie steigende Tendenzen zeigen. Aus der Größe der Anteile läßt sich vergleichsweise folgern, daß Mietzuschüsse vorwiegend von den Inhabern kleinerer Wohnungen in Anspruch genommen werden; denn zwischen rd. 78 und über 83 % der Empfänger haben jeweils eine Wohnfläche bis 65 qm genutzt; somit sind nur rd. 17 bis rd. 22 % von ihnen Inhaber größerer Wohnungen.

Mit Ausnahme von 1965 haben die Kurven der Lastenzuschüsse alle ihr Maximum in der Wohnflächenstufe von über 65 bis 80 qm. Hier beträgt der Anteil der Empfänger rd. 26 und rd. 30 %, hat sich also ziemlich auf ein festes Niveau eingependelt. Nur 1965 wird er von dem Anteil der Stufe von über 50 bis 65 qm mit rd. 35 % der Empfänger übertroffen. Diese Stufe hat sonst die zweite Stelle mit einem Anteil zwischen rd. 18 und rd. 24 % eingenommen; doch ist der Anteil der Stufe von über 80 bis 90 qm seit 1967 nahe herangerückt. Seit 1966 hat die höchste Stufe von über 100 und mehr qm mit rd. 11 bis 13 % der Empfänger und seit 1967 auch die zweithöchste Stufe von über 90 bis 100 qm mit rd. 10 bis 12 % der Empfänger die niedrigste Stufe bis 40 qm von der vierten Position verdrängt. Faßt man die Stufen von über 65 bis 100 und mehr qm Wohnfläche zusammen, so haben die Empfänger von Lastenzuschüssen ihren Anteil von Jahr zu Jahr erhöht; hat sich dieser 1965 erst auf rd. 53 % belaufen, so ist er inzwischen über rd. 68 % in 1966, rd. 68 % in 1967 und rd. 69 % in 1968 auf rd. 70 % in 1969 gestiegen. Das bedeutet, daß die Empfänger von Lastenzuschüssen im allgemeinen größere Wohnungen bewohnen als die Empfänger von Mietzuschüssen.

Wie bereits in den Vorbemerkungen unter 1.22 e) cc) erwähnt, wird bei der Berechnung des Wohngeldes die Miete oder die Belastung nur insoweit berücksichtigt, als sie auf die „benötigte Wohnfläche“ entfällt. In das Wohngeldgesetz ist deshalb eine Sollvorschrift aufgenommen, welche die Maßstäbe dafür setzt. Danach sind die folgenden Wohnflächen als benötigt anzuerkennen:

- für Alleinstehende bis zu 40 qm,
- für einen Haushalt mit 3 Familienmitgliedern bis zu 50 qm,
- für einen Haushalt mit 3 Familienmitgliedern bis zu 65 qm,
- für einen Haushalt mit 4 Familienmitgliedern bis zu 80 qm,
- für jedes weitere zum Haushalt rechnende Familienmitglied je 10 qm mehr.

In besonderen Krankheitsfällen soll für den zusätzlich benötigten Wohnraum jeweils eine Wohnfläche bis zu 20 qm anerkannt werden.

Im Unterschied zu Schaubild 3 vermag nun Tabelle 5 aus der Kombination von Größe der Haushalte mit

Größe der genutzten Wohnfläche Aufschluß darüber zu geben, ob und inwieweit sich die Größe der Wohnungen, die die Empfänger von Miet- und von Lastenzuschüssen bewohnen, mit der nach dem Gesetz zuschufähigen „benötigten Wohnfläche“ deckt oder nicht, d. h., ob und inwieweit die Wohnungen ihrer Fläche nach voll oder nur teilweise in die Wohngeldberechnung eingegangen und wieviel ihrer Haushalte dementsprechend begünstigt sind.

Tabelle 5

Empfänger von Mietzuschüssen (a) und von Lastenzuschüssen (b) in Hamburg am 31. Dezember 1969 nach der Größe der Haushalte und der Wohnfläche

Haushalte mit ... Personen	Empfänger ¹⁾ insgesamt	davon mit einer genutzten Wohnfläche von über ... bis ... qm							
		bis 40	40 bis 50	50 bis 65	65 bis 80	80 bis 90	90 bis 100	über 100	
		1	2	3	4	5	6	7	8
1 a	21 647	11 433	6 209	3 410	483	81	12	19	
1 b	130	55	30	34	11	—	—	—	
2 a	6 237	657	2 081	2 948	481	43	14	13	
2 b	70	2	11	40	15	2	—	—	
3 a	2 668	46	202	955	1 350	83	26	6	
3 b	134	—	2	37	66	23	3	3	
4 a	2 950	7	52	416	1 890	455	105	25	
4 b	221	—	—	23	105	55	27	11	
5 a	1 578	1	8	124	730	508	177	30	
5 b	146	—	1	7	29	42	40	27	
6 a	868	—	3	41	293	301	184	46	
6 b	49	—	—	2	5	14	8	20	
7 a	407	—	2	20	105	151	80	49	
7 b	34	—	—	—	4	7	12	11	
8 und mehr	471	—	1	9	97	152	78	134	
a	25	—	—	1	2	5	8	9	
b									
insge- samt	36 826	12 144	8 558	7 923	5 429	1 774	676	222	
a	809	57	44	143	236	145	95	89	
b									

¹⁾ Haushalte, die keinen Sonderbedarf an Wohnfläche nach § 13 Abs. 4 u. 5 des Wohngeldgesetzes zu beanspruchen haben (mit Sonderbedarf 926 Mieterhaushalte und 20 Eigentümerhaushalte).

Aus Tabelle 5 ergibt sich, daß bei den Mietzuschüssen Wohnungen nutzen:

	innerhalb der Grenze der benötigten Wohnfläche	unterhalb	oberhalb
Haushalte mit 1 Person	zu 52,8 %	—	47,2 %
Haushalte mit 2 Personen	zu 33,4 %	10,5 %	56,1 %
Haushalte mit 3 Personen	zu 35,8 %	9,3 %	54,9 %
Haushalte mit 4 Personen	zu 64,1 %	16,1 %	19,8 %
Haushalte mit 5 Personen	zu 32,2 %	54,7 %	13,1 %
Haushalte mit 6 Personen	zu 21,2 %	73,5 %	5,3 %
Haushalte mit 7 und mehr Personen	zu 20,8 %	79,2 %	—

Aus der vorstehenden Übersicht kann man ableiten, daß

- die 1-Personen-Haushalte gut zur Hälfte und die 4-Personen-Haushalte fast zu zwei Dritteln Wohnungen nutzen, die „wohngeldgerecht“ sind;
- die 2-, 3- und 5-Personen-Haushalte jeweils nur zu einem Drittel,
- die Haushalte mit 6 sowie 7 und mehr Personen

¹⁴⁾ vgl. unter Anm. ¹⁾ S. 12.

¹⁵⁾ vgl. unter Anm. ¹⁾ S. 12.

sogar jeweils nur zu einem Fünftel Wohnungen innehaben, die diese Eigenschaft erfüllen;

- einerseits die Anteile der Haushalte mit 5, 6 sowie 7 und mehr Personen, die Wohnungen bewohnen, die kleiner sind, andererseits die Anteile der Haushalte mit 2 und 3 Personen, die Wohnungen bewohnen, die größer sind, als sie nach dem Wohngeldgesetz hätten sein dürfen, um voll zuschufähig zu sein, wegen ihrer Höhe von z. T. weit über 50 % besonders eklatant sind.

Auf eine einfache Formel gebracht, kann man feststellen, daß von den 2-Personen-Haushalten an mit deren zunehmender Größe die summierten Anteile der Haushalte, deren Wohnungen sich innerhalb und unterhalb der Grenze der benötigten Wohnfläche halten, zunehmen, deren Wohnungen sich oberhalb dieser Grenze halten, dagegen abnehmen.

Bei den Lastenzuschüssen trifft man auf Zusammenhänge, die denjenigen der Mietzuschüsse sehr ähnlich sind; denn hier nutzen Wohnungen:

	innerhalb der Grenze der benötigten Wohnfläche	unterhalb	oberhalb
Haushalte mit 1 Person	zu 42,3 %	—	57,7 %
Haushalte mit 2 Personen	zu 15,7 %	2,9 %	81,4 %
Haushalte mit 3 Personen	zu 27,6 %	1,5 %	70,9 %
Haushalte mit 4 Personen	zu 47,5 %	10,4 %	42,1 %
Haushalte mit 5 Personen	zu 28,8 %	25,3 %	45,9 %
Haushalte mit 6 Personen	zu 16,3 %	42,9 %	40,8 %
Haushalte mit 7 und mehr Personen	zu 33,9 %	66,1 %	—

Im Unterschied zu den Mietzuschüssen sind hier jedoch vergleichsweise die Anteile der Haushalte, die Eigenheime oder Eigentumswohnungen innerhalb und unterhalb der Grenze der benötigten Wohnfläche nutzen, sehr viel niedriger, der Anteil der Haushalte, die Eigenheime oder Eigentumswohnungen oberhalb dieser Grenze nutzen, dagegen sehr viel höher. Das bedeutet, daß hier relativ sehr viel mehr Haushalte Eigenheime oder Eigentumswohnungen bewohnen, die zu groß sind, als daß jene voll in den Genuß der Lastenzuschüsse kommen könnten. Die Empfänger von Lastenzuschüssen haben somit im allgemeinen größere Wohnungen als die Empfänger von Mietzuschüssen, obwohl sehr viele Haushalte den Anteilen nach — vor allem diejenigen mit 6 sowie 7 und mehr Personen, also große Familien — Eigenheime oder Eigentumswohnungen haben, die wesentlich unter der vom Gesetz als notwendig anerkannten Größe liegen.

Die nach dem Wohngeldgesetz vorgeschriebene Beschränkung des Wohngeldes auf die „benötigte“ Wohnfläche läßt die Frage entstehen, wieweit die Berechtigten noch freizügig sind und ihre Wohnungen frei wählen können, zumal es undurchführbar ist, ihnen in jedem Fall „wohngeldgerechte“ Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Das Problem der Übergrößen der Wohnungen — im Sinne des Wohngeldgesetzes — mit der Folge höherer Mieten bleibt insoweit also bestehen. Das Gesetz will aber nicht nur verhindern, daß Berechtigte unangemessen große und teure Wohnungen nutzen, sondern denjenigen, die wegen ihres relativ geringen Einkommens auf Wohngeld angewiesen sind, die Chance belassen, angemessene Wohnungen frei zu wählen¹⁶⁾. Diese spezielle Seite der allgemeinen Zielsetzung des Gesetzes läßt sich aus den darin normierten Versagungsgründen ableiten¹⁷⁾. Danach darf bei einem

Tabelle 6

Wohngeld in Hamburg 1965 bis 1969 nach Gebietseinheiten, Anzahl der Empfänger und Höhe des durchschnittlichen monatlichen Anspruchs

Gebietseinheiten ¹⁾	Empfänger				Empfänger				Empfänger				Empfänger				Empfänger				Empfänger			
	Anzahl			Durchschn. monatl. Wohngeld- anspruch DM	Anzahl			Durchschn. monatl. Wohngeld- anspruch DM	Anzahl			Durchschn. monatl. Wohngeld- anspruch DM	Anzahl			Durchschn. monatl. Wohngeld- anspruch DM	Anzahl			Durchschn. monatl. Wohngeld- anspruch DM				
	insge- samt	in % der Wohn- bevöl- kerung	%		insge- samt	in % der Wohn- bevöl- kerung	%		insge- samt	in % der Wohn- bevöl- kerung	%		insge- samt	in % der Wohn- bevöl- kerung	%									
1965				1966				1967				1968				1969								
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20					
Bezirk Hamburg-Mitte	3 214	11	17,4	34,80	4 040	14	16,4	36,10	4 832	18	16,9	37,80	5 199	19	16,4	41,52	6 469	25	16,8	42,62				
Kerngebiet	1 207	9	6,5	32,10	1 526	11	6,2	32,80	1 801	14	6,3	33,00	1 912	15	6,0	37,44	2 417	20	6,3	39,31				
Billstedt	1 683	16	9,1	37,30	2 032	19	8,2	39,70	2 442	24	8,5	42,90	2 720	26	8,6	45,36	3 334	32	8,6	45,92				
Veddel- Rothenburgsort ..	193	8	1,1	34,50	287	13	1,2	34,10	391	19	1,4	32,40	355	18	1,1	40,19	494	25	1,3	40,06				
Finkenwerder	131	7	0,7	26,80	195	10	0,8	27,10	198	11	0,7	28,90	212	13	0,7	31,30	224	14	0,6	35,08				
Bezirk Altona	2 305	9	12,4	34,40	3 684	14	14,9	36,50	4 295	17	15,0	38,90	5 049	19	15,9	47,11	5 973	23	15,5	48,44				
Kerngebiet	1 429	9	7,7	32,30	2 380	15	9,6	34,10	2 602	17	9,1	32,80	2 496	16	7,9	36,62	2 829	19	7,3	39,27				
Blankenese	876	9	4,7	37,80	1 304	13	5,3	40,90	994	17	3,5	50,00	1 477	24	4,6	60,91	2 074	28	5,4	58,84				
Lurup ²⁾									699		2,4	45,60	1 076		3,4	52,51	1 070		2,8	52,53				
Bezirk Eimsbüttel	3 101	12	16,7	35,70	3 827	15	15,5	36,90	3 993	15	14,0	36,70	4 449	17	14,0	41,01	5 401	21	14,0	44,13				
Kerngebiet	1 690	11	9,1	33,30	2 375	16	9,6	36,10	2 476	17	8,7	35,10	2 484	18	7,8	37,87	3 117	23	8,1	43,09				
Lokstedt	472	7	2,5	40,50	570	9	2,3	42,40	646	10	2,3	41,60	993	14	3,1	49,93	1 206	16	3,1	49,34				
Stellingen	939	20	5,1	37,40	882	18	3,6	35,50	582	18	2,0	37,00	972	19	3,1	39,92	1 078	21	2,8	41,32				
Eidelstedt ²⁾									289		1,0	38,00												
Bezirk Hamburg-Nord	3 210	8	17,3	33,00	4 852	13	19,6	35,60	5 420	14	18,9	35,20	5 827	16	18,3	39,25	7 244	20	18,8	42,33				
Kerngebiet	1 178	8	6,4	33,00	1 926	13	7,8	35,00	2 122	15	7,4	34,40	2 080	15	6,5	36,81	2 498	18	6,5	41,94				
Barmbek-Uhlenhorst	1 582	10	8,5	31,80	2 097	13	8,5	33,30	2 330	15	8,1	31,40	2 556	17	8,0	37,02	3 163	21	8,2	38,41				
Fuhlsbüttel	450	6	2,4	37,20	829	10	3,3	42,40	968	12	3,4	46,40	1 191	15	3,8	48,28	1 583	20	4,1	50,79				
Bezirk Wandsbek	4 068	11	22,0	39,50	4 686	13	19,0	41,50	5 378	15	18,8	43,60	5 920	16	18,6	47,43	6 968	19	18,0	47,40				
Kerngebiet	1 712	12	9,2	36,80	1 825	13	7,4	39,50	1 518	14	5,3	39,10	1 731	17	5,5	44,40	2 391	22	6,2	47,16				
Farmsen-Berne ²⁾ ..									532		1,9	48,50	676		2,1	53,85	743		1,9	49,05				
Bramfeld	789	12	4,3	38,80	987	15	4,0	40,40	1 020	16	3,6	39,50	1 055	17	3,3	43,42	1 237	20	3,2	42,94				
Alstertal	170	3	0,9	40,20	336	7	1,4	45,90	331	6	1,2	46,30	330	6	1,0	48,68	375	7	0,9	50,12				
Walddörfer	126	4	0,7	44,90	157	5	0,6	48,60	216	7	0,7	50,00	221	7	0,7	50,97	222	7	0,6	49,68				
Rahlstedt	1 271	18	6,9	43,00	1 381	19	5,6	43,10	1 761	23	6,1	47,00	1 907	24	6,0	49,49	2 000	25	5,2	49,08				
Bezirk Bergedorf	544	6	2,9	38,90	1 007	12	4,1	44,10	1 298	15	4,5	48,10	1 559	17	4,9	49,95	2 170	23	5,6	52,49				
Kerngebiet	544	6	2,9	38,90	1 007	12	4,1	44,10	1 298	15	4,5	48,10	1 559	17	4,9	49,95	2 170	23	5,6	52,49				
Bezirk Harburg	2 097	10	11,3	33,30	2 601	13	10,5	34,90	3 389	16	11,9	37,60	3 769	18	11,9	42,21	4 356	21	11,3	43,64				
Kerngebiet	1 156	10	6,2	31,70	1 410	13	5,7	33,60	1 746	16	6,1	34,80	1 876	17	5,9	37,95	2 164	20	5,6	39,77				
Wilhelmsburg	587	11	3,2	31,80	738	14	3,0	32,30	729	14	2,6	32,10	753	15	2,4	36,09	919	18	2,4	41,70				
Süderelbe	354	10	1,9	41,00	453	11	1,8	43,10	914	22	3,2	47,20	1 140	25	3,6	53,27	1 273	28	3,3	51,63				
Hamburg	18 539	10	100	35,60	24 697	13	100	37,40	28 605	16	100	38,80	31 772	17	100	43,52	38 581	21	100	45,21				

¹⁾ mit Ausnahme der genannten Bezirke, deren Kerngebiete und der Fußnote ²⁾ immer die Bereiche der Ortsämter. — ²⁾ Bereich der Ortsdienststelle.

Wohnungswechsel der Mietzuschuß nur dann versagt werden, wenn die bisherige Wohnung ohne triftigen Grund aufgegeben ist und die neu bezogene Wohnung den wirtschaftlichen und persönlichen Verhältnissen der Familie offenbar nicht entspricht. Liegt jedoch ein triftiger Grund für den Wohnungswechsel vor, so ist Mietzuschuß unter den Voraussetzungen des Gesetzes zu gewähren. Als Beispiel für einen triftigen Grund führt das Gesetz ausdrücklich die Unzulänglichkeit der bisherigen Wohnverhältnisse an. Der Zweite Wohngeldbericht geht davon aus, daß im Bewußtsein der Bevölkerung das Wohngeld mit Recht als legitimes Mittel zur Erleichterung eines Wohnungswechsels zu gelten scheint, wenn die bisherige Wohnung als unzulänglich empfunden wird¹⁸⁾. Auch Bundesminister Dr. Lauritzen begründet die Wohnungspolitik der Regierung mit dem Ziel, eine Versorgung auf dem Wohnungsmarkt zu erreichen, die es jedem Bürger ermöglicht, seine Wohnung frei wählen zu können, eine Wohnung, die der Größe seiner Familie angemessen ist¹⁹⁾. Daraus ist indessen die Konsequenz zu ziehen, daß die nach dem Wohngeldgesetz anzuerkennenden Wohnflächengrenzen — das gilt besonders für die 40 qm, die es den 1-Personen-Haushalten als benötigt zugestehet — den Durchschnittsgrundrissen des modernen Wohnungsbaus nicht mehr gerecht werden²⁰⁾.

2.8 Die Anzahl der Empfänger von Wohngeld und die Höhe ihres monatlichen Anspruchs unter den Gebietseinheiten stark differierend

Mit über 1,8 Mio Einwohnern gibt es in einer Großstadt wie Hamburg, die sich zu ihrer heutigen Größe zudem erst aus ihrem ursprünglichen Kern und drei vor mehr als 30 Jahren noch selbständigen Stadtgemeinden gebildet hat, natürlicherweise regionale Unterschiede und Besonderheiten der allgemeinen Lebensverhältnisse, die in der innerstädtischen Betrachtung das Bild bestimmen und infolgedessen auch den Bürger interessieren. Davon ist das Wohngeld nicht ausgenommen. Tabelle 6 soll deshalb die Anzahl der Empfänger von Wohngeld — also von Miet- und Lastenzuschüssen zusammen — und ihren durchschnittlichen monatlichen Anspruch in der Gliederung nach Gebietseinheiten offenlegen.

Untersucht man zunächst, in welchen Bezirken die meisten Empfänger von Wohngeld zu finden sind, so stellt sich heraus, daß seit 1966 die Bezirke Hamburg-Nord, Wandsbek und Hamburg-Mitte in dieser Reihenfolge durchweg die beherrschende Stellung einnehmen; lediglich im Jahr 1968 haben Hamburg-Nord und Wandsbek die erste Position getauscht. Seit 1967 hält Altona vor Eimsbüttel den vierten Rang. In allen fünf Jahren liegen Harburg und Bergedorf am unteren Ende der Skala. Vergleicht man jeweils der Anzahl nach die Empfänger von Wohngeld mit den Bewohnern und den Wohnungen der Bezirke, so ist erklärlich, daß Hamburg-Nord und Wandsbek die überragende Rolle spielen; denn beide stehen danach unter den Bezirken weitaus an der Spitze, die Bezirke Hamburg-Mitte, Altona und Eimsbüttel hingegen hängen klar zurück, sind aber im Vergleich miteinander insoweit etwa gleich groß.

Die Bezirke Harburg und Bergedorf fallen demgegenüber stark ab.

Von Ende 1965 auf Ende 1969 hat die Anzahl der Empfänger von Wohngeld im Bezirk

Hamburg-Nord	um 125,7 % auf rd. 7 200,
Wandsbek	um 71,3 % auf rd. 7 000,
Hamburg-Mitte	um 101,3 % auf rd. 6 500,
Altona	um 159,1 % auf rd. 6 000,
Eimsbüttel	um 74,2 % auf rd. 5 400,
Harburg	um 107,7 % auf rd. 4 400,
Bergedorf	um 298,9 % auf rd. 2 200

zugenommen; das sind beträchtliche Steigerungsraten, die sich mit zwei Ausnahmen auf über 100 % belaufen. Die Steigerungsrate von Bergedorf mit fast 300 % ist dabei besonders gravierend. Auffällig ist ferner, daß der an der Gesamtzahl der Empfänger von Wohngeld in Hamburg gemessene prozentuale Anteil, der jeweils auf die Bezirke entfällt, in allen fünf Jahren ziemlich konstant geblieben ist. Er hält sich überwiegend in den folgenden Grenzen, wenn man das Eingangsjahr 1965 wegen seiner besonderen Umstände einmal außer acht läßt:

Hamburg-Nord	18 bis 20 %,
Wandsbek	18 bis 19 %,
Hamburg-Mitte	16 bis 17 %,
Altona	15 bis 16 %,
Eimsbüttel	14 bis 15 %,
Harburg	10 bis 12 %,
Bergedorf	4 bis 6 %.

In der gleichen Zeit hat sich der durchschnittliche monatliche Wohngeldanspruch im Bezirk

Hamburg-Nord	um rd. 9 auf rd. 42 DM,
Wandsbek	um rd. 8 auf rd. 47 DM,
Hamburg-Mitte	um rd. 8 auf rd. 43 DM,
Altona	um rd. 14 auf rd. 48 DM,
Eimsbüttel	um rd. 8 auf rd. 44 DM,
Harburg	um rd. 10 auf rd. 44 DM,
Bergedorf	um rd. 13 auf rd. 52 DM.

erhöht, wobei Bergedorf, der Bezirk mit der weitaus kleinsten Anzahl der Empfänger, 1969 mit dem höchsten monatlichen Wohngeldanspruch herausragt. Somit kann man vereinfacht festhalten, daß die Bezirke in zwei Gruppen zerfallen, die der Größenordnung nach jeweils etwa den gleichen Erhöhungsbetrag und den gleichen Wohngeldanspruch aufzuweisen haben. Im Durchschnitt aller Bezirke ist dagegen in Hamburg dieser Anspruch um rd. 10 auf rd. 45 DM gestiegen.

Wendet man sich nun den Bereichen der Ortsämter zu, so kann man sich auch hier mit einigen bedeutsamen Aspekten befassen. Dabei läßt die Höhe ihrer relativen Anteile direkte Schlüsse auf ihre absolute Größe zu, weil jene sich auf die Gesamtzahl der Empfänger von Hamburg (= 100) beziehen; die Anteile sind somit zugleich Maßstab für den Rang, den diese Gebietseinheiten untereinander in den einzelnen Jahren einnehmen.

Als hervorstechendes Kriterium wird zuerst offenkundig, daß kein Ortsamtsbereich die Grenze von 10 % der Empfänger überschreitet. Mit dem höchsten Anteil überhaupt sind im Vergleich der Jahre miteinander die Kerngebiete von Altona und Eimsbüttel 1966 — jeweils 9,6 % = rd. 2 400 Empfänger —, mit dem niedrigsten die Walddörfer 1966 und 1969 sowie Finkenwerder 1969 — jeweils 0,6 % = rd. 200 Emp-

¹⁸⁾ vgl. unter Anm. 1) S. 12.

¹⁹⁾ vgl. unter Anm. 9) S. 367.

²⁰⁾ vgl. unter Anm. 11) S. 117.

fänger — besetzt. Einen gleichbleibend hohen Anteil über alle Jahre hinweg haben Billstedt, Barmbek-Uhlenhorst sowie die Kerngebiete von Eimsbüttel und Altona gehalten; er schwankt zwischen rd. 8 und über 9,5% der Empfänger. Im Mittel um 6 bis 7% der Empfänger pendelt der Anteil der Kerngebiete von Hamburg-Mitte, Hamburg-Nord, Wandsbek und Harburg sowie Rahlstedt. Seit 1968 ist das Kerngebiet von Bergedorf in die Spanne von 5 bis 6% der Empfänger hineingewachsen; das bedeutet, in absoluten Zahlen ausgedrückt, daß auch hier inzwischen 1 500 bis 2 200 Berechtigte Wohngeld erhalten. Erstaunlich ist der hohe Anteil zwischen 4 und über 5% des im allgemeinen als exklusiv angesehenen Blankenese, in dem 1969 fast 2 100 Empfänger von Wohngeld wohnen. Den höchsten Stand bisher überhaupt hat das Jahr 1969 in Billstedt mit rd. 3 300, in Barmbek-Uhlenhorst mit rd. 3 200 und im Kerngebiet von Eimsbüttel mit rd. 3 100 Empfängern gebracht.

Wählt man den Anteil von 2% der Empfänger als Scheidepunkt, so hat man einerseits den unteren und andererseits bis etwa 5% den mittleren Sektor eingegrenzt. Aufgerundet streut der Anteil im unteren Sektor über alle Jahre in der Spanne von knapp unter bis eben über 1%, hinter der überwiegend nicht mehr als 200 bis 400 Empfänger stehen. Darunter fallen vor allem die Bereiche der Ortsämter Veddel-Rothenburgsort, Finkenwerder, Alstertal und Walddörfer. Lediglich der Bereich der Ortsdienststelle Farmsen-Berne bringt es in den Jahren 1967 bis 1969 auf jeweils rd. 2%, die 500 bis 700 Empfängern entsprechen. Veddel-Rothenburgsort und Finkenwerder gehören zudem zu den Gebietseinheiten, die die weitest aus geringste Anzahl der Bewohner haben und überdies bereits stark industriell orientiert sind. Alstertal und Walddörfer rechnen dagegen zu den bevorzugten Wohngebieten, in denen die Einzelhausbebauung (Ein- und Zweifamilienhäuser) vorherrscht.

Wie schon unter den Bezirken tritt unter den ihnen nachgeordneten Gebietseinheiten wiederum die Konstanz der Höhe der Anteile deutlich zutage, die, wenn einmal erreicht, sie im Ablauf der Jahre durchweg beibehalten; im großen und ganzen weichen sie in der Mehrzahl der Fälle nicht sonderlich voneinander ab.

Sucht man nun Erkenntnisse aus der Höhe und der Entwicklung des durchschnittlichen Wohngeldanspruchs in den Bereichen der Ortsämter abzuleiten, so trifft man auf einige recht bemerkenswerte Zusammenhänge. In allen Jahren sind unter diesen Gebietseinheiten sowohl innerhalb als auch außerhalb desselben Bezirks vergleichsweise recht erhebliche Unterschiede des Wohngeldanspruchs der Höhe nach feststellbar. Besonders hohe Durchschnitte zeigen sich in Billstedt, Blankenese, Lurup, Lokstedt, Fuhsbüttel, Farmsen-Berne, Alstertal, Walddörfer, Rahlstedt und Süderelbe. Diese Gebietseinheiten zeichnen sich vorwiegend dadurch aus, daß hier rege Neubautätigkeit herrscht und demzufolge die allgemeine Preis- und Kostenprogression des Bau- und Grundstücksmarkts auf die Höhe der Mieten oder Lasten durchschlägt. Soweit die Anzahl der Empfänger groß — wie in Billstedt, Lurup, Lokstedt, Rahlstedt und Süderelbe — oder gering ist — wie in Farmsen-Berne, Alstertal und Walddörfer —, läßt es darauf schließen, daß im ersten Fall die Mietzuschüsse, die

Mietern von Mietwohnungen gezahlt werden, im zweiten die Lastenzuschüsse, die Eigentümern von Eigenheimen oder Eigentumswohnungen gezahlt werden, die Höhe des Wohngeldanspruchs maßgeblich bestimmen. Eine Ausnahme machen allenfalls Fuhsbüttel und Blankenese, die beide zwar eine große Anzahl von Empfängern haben, in denen aber, wie man weiß, auch viele Eigenheime und Eigentumswohnungen gebaut sind. Hier wirken Miet- und Lastenzuschüsse also stärker zusammen, wobei die Lastenzuschüsse den Durchschnitt des Wohngeldanspruchs nach oben drücken; denn in der Regel liegen, wie Schaubild 2 schon bewiesen hat, die Lastenzuschüsse höher als die Mietzuschüsse.

Bei der Beurteilung des Wohngeldanspruchs darf man natürlich nicht vergessen, daß darauf nicht nur objektive Größen wie Höhe der Mieten oder Lasten und Fläche der Wohnungen, sondern auch subjektive Größen wie Anzahl der Familienmitglieder und Höhe der Familieneinkommen einfluß haben, zumal in dieser Hinsicht ferner von beachtlichem Gewicht ist, daß die Gebietseinheiten in ihrer sozialen, baulichen und wirtschaftlichen Struktur wesentlich voneinander differieren können. Die damit verknüpften Probleme lassen sich in diesem Zusammenhang jedoch nicht darstellen.

Aus der Tabelle kann man für 1969 hohe Wohngeldansprüche in Blankenese (rd. 59 DM), Lurup (rd. 53 DM), Kerngebiet Bergedorf, Süderelbe (jeweils rd. 52 DM), Fuhsbüttel (rd. 51 DM), Walddörfer, Alstertal (jeweils rd. 50 DM), Lokstedt, Farmsen-Berne und Rahlstedt (jeweils rd. 49 DM), demgegenüber niedrige in Finkenwerder (rd. 35 DM), Barmbek-Uhlenhorst (rd. 38 DM), Kerngebiet Hamburg-Mitte, Kerngebiet Altona (jeweils rd. 39 DM), Kerngebiet Harburg, Veddel-Rothenburgsort (jeweils rd. 40 DM), Stellingen (rd. 41 DM) und Wilhelmsburg (rd. 42 DM) ablesen und als markantes Kennzeichen anführen.

Die Steigerungsbeträge des Wohngeldanspruchs von 1965 auf 1969 bewegen sich in den Bereichen der Ortsämter etwa in den gleichen Grenzen wie in den Bezirken. Sie haben ein relativ hohes Ausmaß in Fuhsbüttel (rd. 14 DM), Kerngebiet Bergedorf (rd. 13 DM), Süderelbe (rd. 11 DM), Kerngebiet Eimsbüttel, Kerngebiet Wandsbek, Alstertal und Wilhelmsburg (jeweils rd. 10 DM), ein relativ geringes Ausmaß in Stellingen, Bramfeld (jeweils rd. 4 DM), Walddörfer (rd. 5 DM), Veddel-Rothenburgsort, Barmbek-Uhlenhorst und Rahlstedt (jeweils rd. 6 DM). Aus dem Rahmen schlägt nur Blankenese, wo sich der Wohngeldanspruch um rd. 21 DM erhöht hat; auch hierin treten, wie schon vorher erwähnt, die besonderen Verhältnisse dieser Gebietseinheit hervor.

2.9 Im interstädtischen Vergleich keine allzu große Abweichung der Wohngeldrelationen

Um die wichtigsten Größen des Wohngeldes in ihren Beziehungen zueinander beurteilen zu können, ist die Betrachtung eines mehr oder weniger zufällig oder willkürlich zustande gekommenen Stadtgebildes zu sehr eingengt. Sie lassen sich besser objektivieren, wenn sie im interstädtischen Vergleich gesehen und untersucht werden. Dazu soll abschließend Tabelle 7 dienen, in der die acht größten Städte der BRD in der Reihenfolge der Größe ihrer Wohnbevölkerung einander gegenübergestellt und überdies um den

Bund ergänzt sind. Die Zahlen verschaffen dem Leser einen abgerundeten Überblick über die Situation des heute sehr aktuell gewordenen Wohngeldes und geben ihm einen Anhalt dafür, die Verhältnisse der Großstädte insoweit schlechthin würdigen zu können.

Tabelle 7

Wohngeld in den acht größten Städten der BRD 1965, 1967 und 1969 nach Höhe der Auszahlung, Zahl und Nichterwerbstätigkeit der Empfänger

Großstädte nach der Größe der Wohnbevölkerung	Jahre	Wohngeld im Rechnungsjahr		Empfänger ¹⁾ (Stichtag jeweils 31.12.)			darunter	
		Mio DM	Zunahme gegenüber dem Vorjahr in %	Anzahl ¹⁾	Zunahme gegenüber dem Vorjahr in %	in % der Wohnbevölkerung ²⁾	Nichterwerbstätige	Rentner, Pensionäre
							%	%
		1	2	3	4	5	6	7
BRD	1965	160,2	—	394,9	—	7	59,5	93,6
	1966	388,3	142,4	606,4	53,6	10	62,2	93,8
	1967	430,2	10,8	691,3	14,0	12	60,8	92,2
	1968	511,5	18,9	810,9	17,3	13	61,0	92,2
	1969	571,6	11,7	850,8	4,9	14	63,6	92,6
Berlin (West) ..	1965	4,2	—	24 401	—	11	91,9	98,3
	1967	16,7	297,6	42 078	72,4	19	90,7	97,6
	1969	20,8	24,6	49 171	16,9	23	89,3	96,4
Hamburg	1965	6,9	—	18 539	—	10	73,8	95,5
	1967	12,9	87,0	28 605	54,3	16	78,0	94,9
	1969	20,6	59,7	38 581	34,9	21	75,7	93,7
München.	1965	—	—	—	—	—	—	—
	1967	—	—	18 125	—	15	61,4	92,1
	1969	—	—	18 501	2,1	14	61,1	90,8
Köln	1965	1,3	—	—	—	—	—	—
	1967	4,3	230,8	—	—	—	—	—
	1969	7,4	72,1	12 417	—	14	75,0	91,7
Essen ...	1965	0,9	—	—	—	—	—	—
	1967	3,8	322,2	—	—	—	—	—
	1969	6,3	65,8	13 955	—	20	—	—
Düsseldorf	1965	1,4	—	3 549	—	5	—	—
	1967	3,8	171,4	6 220	75,3	9	—	—
	1969	6,4	68,4	9 832	58,1	15	—	—
Frankfurt a. M.	1965	2,3	—	4 267	—	6	65,0	—
	1967	6,1	165,2	9 414	120,6	14	65,0	—
	1969	7,0	14,8	11 238	19,4	17	65,0	—
Dortmund	1965	1,8	—	3 860	—	6	68,0	95,6
	1967	4,4	144,4	6 241	61,7	10	68,0	95,6
	1969	8,3	88,6	13 369	114,2	21	67,1	91,2

¹⁾ BRD in 1000. — ²⁾ Empfänger = Haushalte, Wohnbevölkerung = Personen; zur Berechnung der Maßzahl dient mangels Vorliegen aktueller Haushaltszahlen die Wohnbevölkerung als Bezugsgröße.

Das im Rechnungsjahr ausgezahlte Wohngeld hat im Bund von rd. 160 Mio DM in 1965 um rd. 411 auf rd. 572 Mio DM in 1969 zugenommen; das ist eine enorme Zunahme. Diese Steigerung spiegelt sich auch in den Großstädten wider. Weit an der Spitze stehen 1969 Berlin (West) und Hamburg als größte Großstädte mit jeweils fast 21 Mio DM. Alle anderen Großstädte sind mit Beträgen zwischen 6 und 8 Mio DM vertreten, wobei sich ihre Höhe nicht nach der Größe der Großstädte richtet; denn Dortmund als kleinste der ausgewählten Großstädte folgt mit rd. 8 Mio DM auf dem nächsten Rang, und Frankfurt a.M. liegt mit 7 Mio DM noch vor Düsseldorf und Essen. Die Steigerungsraten von 1965 auf 1967 betragen in den Großstädten zwischen rd. 150 und über 300 %; davon weicht lediglich

Hamburg mit rd. 87 % ab. Hierin kommen die besonderen Umstände des Ausgangsjahrs 1965 sicherlich gleichfalls zum Ausdruck. Die Steigerungsraten von 1967 auf 1969 bewegen sich dagegen auf einem zwar geringeren, aber immer noch recht beachtlichen Niveau von über 60 %. Nur Berlin (West) mit rd. 25 % und Frankfurt a. M. mit rd. 15 % bleiben darunter.

Von 1965 auf 1969 ist im Bund die Anzahl der Empfänger von Wohngeld von rd. 395 000 um rd. 456 000 auf rd. 851 000 angestiegen. Die meisten Empfänger mit rd. 49 200 haben 1969 in Berlin (West), der größten Großstadt der BRD, gelebt; sie stufen sich über Hamburg mit rd. 38 600 bis auf rd. 9 800 in Düsseldorf jedoch nicht in der Größenfolge der Großstädte nach unten ab; denn Essen mit rd. 14 000 und Dortmund mit rd. 13 400 rangieren noch vor dem größeren Köln mit rd. 12 400 Empfängern, und auch Frankfurt a. M. mit rd. 11 200 Empfängern übertrifft noch Düsseldorf. Daraus wird deutlich, daß Düsseldorf als Landeshauptstadt mit Sitz der Verwaltung und als Wirtschaftsmetropole insoweit bessergestellt ist als die Industriezentren Essen und Dortmund, aber auch noch als das sonst als so bevorzugt angesehene Frankfurt a. M., dessen Wohnbevölkerung von derjenigen Düsseldorfs nicht allzu stark differiert. Die Steigerungsraten der Empfänger von Wohngeld sind in den miteinander verglichenen Jahren mit Ausnahme von München überwiegend sehr ansehnlich und geben zu erkennen, welche Bedeutung für die wirtschaftlich schlechtergestellte Bevölkerung der Großstädte das Wohngeld inzwischen erlangt hat.

In der interstädtischen Gegenüberstellung lassen sich die Empfänger von Wohngeld am klarsten an der Wohnbevölkerung messen. Auf 1 000 Bewohner bezogen, erhält man so eine Maßzahl, die den direkten Vergleich am anschaulichsten macht. Im Bundesdurchschnitt kommen 1969 auf je 1 000 Bewohner 14 Empfänger; diese Zahl hat sich, ausgehend von 7 Empfängern 1965, fortlaufend erhöht. Unter den Großstädten liegt die Maßzahl in den meisten Fällen über 10 Empfänger, nur in wenigen darunter; doch sind diese auf die ersten beiden der ausgewiesenen Jahre beschränkt. Den höchsten Stand überhaupt hat die Maßzahl 1969 in Berlin (West) mit 23, in Hamburg und Dortmund mit jeweils 21 und in Essen mit 20 Empfängern erreicht, während es im anderen Extrem München und Köln nur auf jeweils 14 und Düsseldorf auf 15 Empfänger gebracht haben.

Ein bemerkenswertes, wenn auch im Hinblick auf das Ziel des Wohngeldgesetzes nicht erstaunliches Gewicht kommt dem Kriterium der Nichterwerbstätigkeit zu. Der Anteil der Nichterwerbstätigen an den Empfängern von Wohngeld ist über die angezogenen Jahre hinweg relativ konstant. So macht er im Bund durchschnittlich rd. 61 %, in Berlin (West) rd. 91 % und in Hamburg sowie Köln rd. 75 % aus. Unter den Großstädten, die diesen Anteil noch nachgewiesen haben, verzeichnet er in München ein Ausmaß von rd. 61 %, in Frankfurt a. M. von 65 % und in Dortmund von rd. 68 %.

Unter den Nichterwerbstätigen spielen, wie schon am Beispiel von Hamburg in allen Einzelheiten dargestellt, die Rentner und Pensionäre die dominierende Rolle. Deren Anteil liegt sowohl im Bund als auch in den ausgewählten Großstädten immer über 90 % und ragt in Berlin (West) fast an 100 % heran.

3. Zusammenfassung

Auch in der liberalisierten Wohnungswirtschaft schützt der soziale Rechtsstaat im Rahmen seiner Sozialpolitik die Wohnung als ein für die Existenz jeden Bürgers wichtiges Gut.

Eine der Grundlagen, die diesen Schutz gewährleisten sollen, ist das Wohngeldgesetz. Wohngeld dient dem Zweck, einem Inhaber von Wohnraum ein Mindestmaß daran wirtschaftlich zu sichern unter der Zielsetzung, soziale Härten zu vermeiden. Es ist ein beanspruchbarer verlorener Zuschuß zum Haushaltseinkommen aus öffentlichen Mitteln, um die Aufwendungen für Wohnraum zu mindern, und wird als bedeutendes Instrument fortschrittlicher Wohnungspolitik betrachtet.

Der Vollzug des Gesetzes ist sehr kompliziert. Sowohl das materielle als auch das formelle Recht ist deshalb in der Öffentlichkeit heftig kritisiert worden und bedarf dringend der Reform, die jedoch die Bundesregierung im Rahmen ihrer sozialpolitischen Maßnahmen bereits eingeleitet hat.

Trotz einer breitgestreuten Aktion zur Aufklärung der Bevölkerung über die ihr vom Gesetzgeber zugedachten materiellen Vergünstigungen hat es einige Zeit gedauert, bis sie ihre zunächst vorhandenen psychologischen Hemmungen, Wohngeld zu beantragen, hat überwinden und sich davon überzeugen lassen können, darauf einen Rechtsanspruch zu haben. Im Weg gestanden hat dem vor allem die — unrichtige — Vorstellung, Wohngeld wäre eine Leistung der Sozialhilfe, gegen die auch heute noch im allgemeinen Vorbehalte bestehen. Diese haben sich inzwischen aber im Bewußtsein der Bevölkerung abbauen lassen, soweit das Wohngeld in Betracht kommt.

Die seit dem Inkrafttreten des Gesetzes inzwischen vergangenen fünf Jahre geben die Möglichkeit, hinreichend Aufschluß über die Entwicklung des Wohngeldes in Hamburg zu erhalten.

Die Anzahl der Empfänger von Wohngeld hat sich von rd. 18 500 in 1965 auf rd. 38 600 in 1969 mehr als verdoppelt.

Im gleichen Zeitraum sind die Aufwendungen für Wohngeld von 6,9 Mio DM um fast das Dreifache auf 20,6 Mio DM gestiegen.

Der sozialen Stellung nach liegen die Rentner und Pensionäre unter den Empfängern von Wohngeld mit über 70 % weitaus an der Spitze. Unter den Empfängern von Mietzuschüssen dominieren eindeutig die Nichterwerbstätigen, unter den Empfängern von Lastenzuschüssen ebenso klar die Erwerbstätigen mit jeweils rd. 75 %. Unter den Haushalten, die Mietzuschüsse erhalten, sind die 1-Personen-Haushalte, hinter denen sich überwiegend alleinstehende Rentner und Pensionäre verbergen, mit fast 60 % am stärksten vertreten. Die Haushalte mit 3 und mehr Personen, zu denen vor allem die Familien mit Kindern gehören, erreichen knapp 25 %. Auch die 2-Personen-Haushalte, unter denen sich auch zum großen Teil Rentner- und Pensionärsehepaare befinden, stellen mit eben unter 20 % eine beachtliche Gruppe.

Die Lastenzuschüsse kommen dagegen vornehmlich den Familien zugute, die Kinder haben, also solchen Haushalten, die aus 3 und mehr Personen bestehen; diese überragen mit mehr als 75 % die 1- und 2-Personen-Haushalte ganz erheblich.

Zwischen 60 und 73 % der Empfänger von Mietzuschüssen verfügen über ein geringeres Monatseinkommen bis 400 DM. Umgekehrt fließen die Lastenzuschüsse zu rd. 84 % den Beziehern mittlerer und höherer Monatseinkommen von 401 bis über 1 000 DM zu.

Im großen Durchschnitt betrachtet, erhalten jeweils über 40 % der Empfänger monatliche Mietzuschüsse im unteren Stufenbereich von unter 40 DM und im mittleren Stufenbereich von 40 bis unter 70 DM; doch der höhere Stufenbereich von 70 und mehr DM gewinnt durch die Zunahme der Anzahl der Empfänger auf über 10 % hier stetig an Bedeutung.

Die Empfänger von Lastenzuschüssen verteilen sich zu über 70 % ihrer Anzahl gleichmäßig mit jeweils rd. 10 % auf die 8 einzelnen Stufen von 10 bis unter 90 DM. Zum überwiegenden Teil mit rd. 20 % fließen ihnen jedoch Zuschüsse der höchsten Stufe von 100 und mehr DM monatlich zu.

Gemessen an den in Betracht kommenden Wohnungen insgesamt, entfallen 70 bis 75 % der Empfänger von Mietzuschüssen auf solche, die in Neubauwohnungen wohnen, und nur 25 bis 30 % auf solche, die in Altbauwohnungen wohnen. Von den in Neubauwohnungen wohnenden Empfängern leben die meisten, nämlich 80 %, in solchen, die mit öffentlichen Mitteln des sozialen Wohnungsbaus gefördert sind. Aus diesen Relationen kann man somit ersehen, welche überragende Rolle der Neubau einerseits und die öffentliche Förderung andererseits im Rahmen des Wohngeldes spielen.

Die Empfänger von Lastenzuschüssen dagegen bewohnen Neubauwohnungen zu 98 %, von denen in den drei Jahren 1965, 1967 und 1969 zwischen 93 und 97 % in Objekten wohnen, die mit öffentlichen Mitteln gefördert sind. Dem Vermieter haben als Quadratmeter-Miete jeweils zahlen müssen von den Empfängern von Mietzuschüssen, die

a) im Altbau wohnen:

1965 rd. 87 %	1,00 bis unter 2,00 DM,
1967 rd. 91 %	1,00 bis unter 2,50 DM,
1969 rd. 86 %	1,50 bis unter 3,00 DM;

b) im Neubau wohnen:

1965 rd. 81 %	1,00 bis unter 2,50 DM,
1967 rd. 81 %	1,50 bis unter 3,00 DM,
1969 rd. 80 %	2,00 bis unter 3,50 DM.

Im Neubau ist überdies der Anteil der Empfänger an den beiden höchsten Mietenstufen zusammen (3,50 bis unter 4,00 DM plus 4,00 und mehr DM) von rd. 7 % in 1965 über rd. 10 % in 1967 auf 16,5 % in 1969 angestiegen.

Im Bereich der Lastenzuschüsse, in dem das Übergewicht des öffentlich geförderten Neubaus so groß ist, daß dieser praktisch allein deren spezifische Verhältnisse widerspiegelt, ist der Trend der Erhöhung der Anteile zu den beiden höchsten Belastungsstufen hin charakteristisches Merkmal. Hier haben die Empfänger jeweils eine Quadratmeter-Belastung von 3,50 bis über 4,00 DM auf sich nehmen müssen:

1965 zu 36 %,
1967 zu 52 %,
1969 zu 58 %.

Rd. 78 % der Empfänger von Mietzuschüssen haben 1969 jeweils eine Wohnfläche bis 65 qm genutzt, so daß nur rd. 22 % von ihnen größere Wohnungen innehaben. Somit nehmen Mietzuschüsse vorwiegend Inhaber kleinerer Wohnungen in Anspruch.

Die Empfänger von Lastenzuschüssen dagegen bewohnen zu fast 70 % Eigenheime oder Eigentumswohnungen über 65 qm, d. h.: diese sind im allgemeinen größer als die Wohnungen der Empfänger von Mietzuschüssen.

Nur ein Teil der genutzten Wohnungen, Eigenheime und Eigentumswohnungen ist „wohngeldgerecht“. Unter den Empfängern von Lastenzuschüssen gibt es im Vergleich mit den Empfängern von Mietzuschüssen relativ sehr viel mehr Haushalte, die zu große Wohneinheiten bewohnen, als daß sie voll zuschußfähig wären.

Unter den Bezirken befinden sich 1969 in Hamburg-Nord mit rd. 7 200, Wandsbek mit rd. 7 000 und Hamburg-Mitte mit rd. 6 500 die meisten Empfänger von Wohngeld; diese Bezirke haben schon seit 1966 an der Spitze gestanden. Die Steigerungsraten von 1965 auf 1969 sind sehr hoch und liegen in fünf Bezirken über 100 %, in zwei über 70 %. In den Bezirken ist der prozentuale Anteil der Empfänger von Wohngeld, gemessen an ihrer Gesamtzahl in Hamburg, über alle fünf Jahre hinweg ziemlich konstant und bewegt sich überwiegend zwischen rd. 10 und 20 %. Der durchschnittliche monatliche Wohngeldanspruch ist 1969 in Bergedorf mit rd. 52 DM am höchsten, in Hamburg-Nord mit rd. 42 DM am niedrigsten. Die Beträge, um die er sich von 1965 auf 1969 erhöht hat, haben eine Spanne von 8 bis 13 DM.

Unter den Gebietseinheiten der Ortsämter überschreitet in den fünf miteinander verglichenen Jahren keine die Grenze von 10 % der Empfänger. Einen gleichbleibend hohen Anteil haben Billstedt, Barmbek-Uhlenhorst sowie die Kerngebiete von Eimsbüttel und Altona gehalten; er schwankt zwischen rd. 8 und über 9,5 % der Empfänger. Den unteren Sektor von 1 bis 2 %, die je nach Jahr nicht mehr als 200 bis 700 Empfängern entsprechen, haben vor allem Veddel-Rothenburgsort, Finkenwerder, Alstertal, Walddörfer und Farmsen-Berne belegt. Den höchsten Stand bisher überhaupt hat das Jahr 1969 in Billstedt mit rd. 3 300, in Barmbek-Uhlenhorst mit rd. 3 200 und im Kerngebiet von Eimsbüttel mit rd. 3 100 Empfängern gebracht. Wie schon unter den Bezirken tritt unter den Gebietseinheiten der Ortsämter wiederum die Konstanz der Anteile der Empfänger deutlich zutage.

Besonders hohe Durchschnitte des monatlichen Wohngeldanspruchs zeigen sich in den Gebietseinheiten, in denen wie in Billstedt, Blankenese, Lurup, Lokstedt, Fuhlsbüttel, Farmsen-Berne, Alstertal, Walddörfer, Rahlstedt und Süderelbe meist auch rege Neubautätigkeit herrscht und demzufolge die allgemeine Preis- und Kostenprogression des Bau- und Grundstücksmarkts auf die Höhe der Mieten oder Lasten durchschlägt. Der monatliche Wohngeldanspruch differiert 1969 im Durchschnitt zwischen rd. 59 DM in Blankenese und rd. 35 DM in Finkenwerder. Die Steigerungsraten des Wohngeldanspruchs von 1965 auf 1969 halten sich in den Bereichen der Ortsämter etwa in den gleichen Grenzen wie in den Bezirken.

Das im Rechnungsjahr ausgezahlte Wohngeld hat im Bund von rd. 160 Mio DM in 1965 um rd. 411 auf rd. 572 Mio DM in 1969 zugenommen. Diese enorme Zunahme spiegelt sich im interstädtischen Vergleich auch in den Großstädten wider. Weit an der Spitze stehen 1969 Berlin (West) und Hamburg als größte Großstädte mit jeweils fast 21 Mio DM. Alle anderen aufgeführten Großstädte sind mit Beträgen zwischen 6 und 8 Mio DM vertreten, wobei sich ihre Höhe nicht nach der Größe der Großstädte richtet.

Von 1965 auf 1969 ist im Bund die Anzahl der Empfänger von Wohngeld von rd. 395 000 um rd. 456 000 auf rd. 851 000 angestiegen. Unter den ausgewählten Großstädten haben 1969 in Berlin (West) mit rd. 49 200 die meisten, in Düsseldorf mit rd. 9 800 die wenigsten Empfänger gelebt. Die Steigerungsraten der Empfänger sind in den Großstädten überwiegend sehr beachtlich und lassen erkennen, welche Bedeutung für die wirtschaftlich schlechtergestellte Bevölkerung hier das Wohngeld inzwischen erlangt hat.

Im Bund kommen 1969 durchschnittlich 14 Empfänger auf je 1 000 Bewohner; in den Großstädten liegt diese Maßzahl in den meisten Fällen über 10 Empfänger. Den höchsten Stand überhaupt hat sie 1969 in Berlin (West) mit 23, in Hamburg und Dortmund mit jeweils 21 Empfängern erreicht, während es im anderen Extrem München und Köln jeweils nur auf 14 Empfänger gebracht haben.

Der Anteil der Nichterwerbstätigen an den Empfängern von Wohngeld ist über die betrachteten Jahre hinweg relativ konstant; er macht im Bund durchschnittlich rd. 61 %, in Berlin (West) rd. 91 %, in Hamburg sowie Köln rd. 75 % aus und schwankt in den übrigen Großstädten zwischen 60 und 70 %.

Unter den Nichterwerbstätigen spielen die Rentner und Pensionäre die dominierende Rolle. Ihr Anteil liegt sowohl im Bund als auch in den ausgewählten Großstädten immer über 90 %.

Otto Rieck

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juni 1970	Juli 1970	August 1970	August 1969
		1965	1969				
Meteorologische Beobachtungen							
Mittelwerte ¹⁾							
Luftdruck	mm ²⁾	759,7	761,2	763,8	759,4	762,1	760,9
Lufttemperatur	°C	8,6	9,2	18,5	16,8	18,1	18,8
Relative Luftfeuchtigkeit	%	79	77	61	73	70	68
Windstärke	Meßzahl ³⁾	3	3	3	3	3	3
Bewölkung	" ⁴⁾	7	7	4	7	5	5
Summenwerte ⁵⁾							
Niederschlagshöhe	mm	981	751	49	123	90	45
Sonnenscheindauer	Std.	1 471	1 482	319	173	236	202
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	90	95	1	2	4	2
Tage mit Niederschlägen	"	256	226	10	25	10	16
Bevölkerung							
1. Bevölkerungsstand (Monatsende)							
Bezirk Hamburg-Mitte	1000	287,6	265,1	284,7
Altona	"	264,3	261,1	261,0
Eimsbüttel	"	264,6	260,4	260,5
Hamburg-Nord	"	401,3	368,2	364,9
Wandsbek	"	357,5	368,3	368,4
Bergedorf	"	82,6	91,6	92,0
Harburg	"	199,0	207,2	207,2
Hamburg insgesamt	"	1 856,9	1 819,9	1 813,1 p	1 814,7 p	1 814,4 p	1 818,6
dav. männlich	"	861,9	844,1	843,7
weiblich	"	995,0	975,8	974,9
dar. Ausländer ⁶⁾	"	59,8	70,4	84,7	85,6	88,2	71,6
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung							
Eheschließungen ⁷⁾	Anzahl	1 510	1 208	1 335 ¹²⁾	1 436	1 404 p	1 705 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,8	8,0	7,7	9,3	9,1 p	11,0 r
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	2 235	1 753	1 774 ¹²⁾	1 572 r	1 475 p	1 692 r
dar. unehelich	"	143	129	131 ¹²⁾	114 r	110 p	122 r
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	14,4	11,6	10,2	10,2	9,6 p	11,0 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	6,4	7,4	7,4	7,3	7,4 p	7,1 r
Unehelich Geborene in % der Geborenen	%	2 112	2 268	2 151 ¹²⁾	1 856 r	2 290 p	2 111 r
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	Anzahl	39	37	30 ¹²⁾	34 r	35 p	34 r
dar. im ersten Lebensjahr	"	13,6	15,0	12,3	12,0	14,9 p	13,7 r
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	"	17,2	20,7	18,3	20,6 r	23,7 p	19,4 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	123	515	377 ¹²⁾	284 r	815 p	419 r
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-)	"	0,8	3,4	2,5	1,8	5,3 p	2,7 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"						
3. Wanderungen							
Zugezogene Personen	Anzahl	6 174	6 818	7 000 p	7 000 p	7 100 p	6 845
über die Landesgrenze Hamburgs	"	6 553	6 784	5 400 p	5 150 p	6 600 p	6 266
Fortgezogene Personen	"	379	34	+ 1 600 p	+ 1 850 p	+ 500 p	+ 579
über die Landesgrenze Hamburgs	"	37	+ 155	+ 524
Wanderungsgewinn (+) -verlust (-)	"	342	- 121	+ 55
dav. männlich	"						
weiblich	"						
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs (Binnenwanderung)	"	14 729	14 909	11 329	12 700 p	12 000 p	12 544
Nach Gebieten							
a) Zugezogene aus							
Schleswig-Holstein	"	1 542	1 687	1 550 p	1 450 p	1 550 p	1 625
dar. angrenzende Kreise ⁹⁾	"	835	1 003	950 p	880 p	900 p	963
Niedersachsen	"	1 091	1 114	1 100 p	850 p	850 p	973
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	272	315	380 p	280 p	300 p	301
Obrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 008	1 922	1 800 p	2 100 p	2 000 p	1 894
Ausland und Sonstige ¹¹⁾	"	1 535	2 095	2 550 p	2 600 p	2 700 p	2 353
b) Fortgezogene nach							
Schleswig-Holstein	"	2 351	2 554	2 100 p	1 600 p	2 200 p	2 264
dar. angrenzende Kreise ⁹⁾	"	1 620	1 825	1 500 p	700 p	1 400 p	1 571
Niedersachsen	"	1 268	1 241	1 100 p	1 030 p	1 200 p	1 147
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	525	548	500 p	420 p	700 p	476
Obrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 167	1 976	2 450 p	1 700 p	2 150 p	1 786
Ausland und Sonstige ¹¹⁾	"	767	1 013	750 p	820 p	1 050 p	1 069

¹⁾ errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. — ²⁾ reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. — ³⁾ Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. — ⁴⁾ Bewölkungsgrade: 0 bis 10 (0 = wolkenlos, 10 = ganz bedeckt). — ⁵⁾ an Stelle der Monatsdurchschnitte Jahreswerte. — ⁶⁾ nach den Angaben des Amtes für innere Verwaltung — Melde-, Paß- und Ausländerangelegenheiten. — ⁷⁾ nach dem Ereignisort. — ⁸⁾ unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. — ⁹⁾ Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. — ¹⁰⁾ Landkreise Harburg und Stade. — ¹¹⁾ Hierzu gehören: DDR, Berlin (Ost) und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung, Ausland und unbekannt. — ¹²⁾ vom 27. 5. bis 30. 6. 1970.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juni 1970	Juli 1970	August 1970	August 1969
		1965	1969				
Gesundheitswesen							
1. Krankenanstalten in Hamburg							
a) Öffentliche Krankenanstalten							
Bettenbestand ^{1) 2)}	Anzahl	11 749	11 193	11 236	11 236	11 236	11 171
Pflegtage		273 169	266 678	260 983	255 320	252 745	258 772
Bettenausnutzung ³⁾	%	81,8	81,8	81,5	78,3	78,2	78,9
b) Gemeinnützige Krankenanstalten							
Bettenbestand ^{1) 2)}	Anzahl	4 573	4 557	4 612	4 612	4 617	4 559
Pflegtage		123 729	123 153	121 518	123 664	120 187	122 745
Bettenausnutzung ³⁾	%	89,1	88,3	87,4	86,2	83,6	86,6
c) Private Krankenanstalten							
Bettenbestand ^{1) 2)}	Anzahl	745	763	665	665	692	753
Pflegtage		19 012	19 323	17 280	16 674	16 625	16 823
Bettenausnutzung ³⁾	%	81,8	79,8	81,6	77,9	77,5	70,4
2. Hamburgische Krankenanstalten außerhalb Hamburgs							
a) Öffentliche Krankenanstalten							
Bettenbestand ^{1) 2)}	Anzahl	885	856	856	856	856	856
Pflegtage		21 274	19 141	19 984	20 777	20 650	18 964
Bettenausnutzung ³⁾	%	81,7	75,2	78,7	80,3	79,8	74,0
b) Tbc-Heilstätten							
Bettenbestand ^{1) 2)}	Anzahl	1 084	997	813	813	813	998
Pflegtage		25 626	23 821	18 527	18 333	18 065	24 097
Bettenausnutzung ³⁾	%	85,0	80,2	71,6	79,5	83,1	80,0
3. Anstalten für Geisteskrankhe							
a) Öffentliche Krankenanstalten in Hamburg							
Bettenbestand ¹⁾	Anzahl	1 743	1 743	1 743	1 743	1 743	1 743
Pflegtage		48 245	47 809	45 591	46 783	46 542	47 906
Bettenausnutzung ³⁾	%	91,4	92,0	90,6	90,0	89,6	90,8
b) Gemeinnützige Krankenanstalten in Hamburg							
Bettenbestand ¹⁾	Anzahl	1 275	1 292	1 292	1 292	1 292	1 292
Pflegtage		38 084	38 394	37 867	39 270	39 319	39 123
Bettenausnutzung ³⁾	%	98,2	97,7	97,7	98,0	98,2	97,7
c) Krankenanstalten außerhalb Hamburgs							
Bettenbestand ¹⁾	Anzahl	1 476	1 415	1 407	1 407	1 397	1 417
Pflegtage		43 630	42 737	41 770	42 784	43 092	43 665
Bettenausnutzung ³⁾	%	97,1	98,8	97,7	96,8	98,4	98,3
Kulturpflege							
1. Rundfunk und Fernsehen							
Tonrundfunkteilnehmer ¹⁾	1 000	667,8	709,2	720,5	717,7	717,7	709,1
Fernsehrundfunkteilnehmer ¹⁾		455,8	600,0	625,9	623,2	624,6	600,0
2. Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei)							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	348 686	386 303	379 130	373 341	367 414	377 460
Ausgeliehene Noten		3 241	4 445	4 556	3 518	3 499	3 623
3. Wissenschaftliche Büchereien ¹⁾							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	26 113	33 862	40 836	35 078	30 520	33 036
Benutzer der Lesesäle		10 485	15 286	14 267	14 889	10 880	12 228
4. Besucher der Museen und Schausamm- lungen							
	Anzahl	43 961	51 057	49 604	72 760	63 099	51 352
Öffentliche Sozialleistungen							
Soziale Krankenversicherung ¹⁾							
Mitglieder	1 000	677,8	681,4	689,8	691,1	690,4	684,4
dav. Pflichtmitglieder		431,4	400,5	410,4	411,2	409,7	402,2
Rentner		175,5	224,5	228,1	228,4	226,6	224,3
Freiwillige Mitglieder		70,9	56,4	51,3	51,5	52,1	57,9
Krankenstand der Pflichtmitglieder		26,7	26,6	24,7	21,2	18,5	19,9
dav. männlich		17,9	17,8	16,7	14,5	12,7	13,6
weiblich		8,8	8,8	8,0	6,7	5,8	6,3

¹⁾ am Monatsende. — ²⁾ ohne Säuglingsbetten. — ³⁾ ohne gesperrte Betten. — ⁴⁾ Staats- und Universitäts-Bibliothek, Commerzbibliothek und HWWA — Institut für Wirtschaftsforschung — Hamburg (HWWA ohne Ausleihe). — ⁵⁾ nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juni 1970	Juli 1970	August 1970	August 1969
		1965	1969				
Erwerbstätigkeit							
1. Arbeitslose							
Arbeitslose	Anzahl	3 410	3 366	2 202	2 358	2 308	2 568
dav. männlich	"	2 318	1 955	1 207	1 263	1 288	1 362
weiblich	"	1 092	1 411	995	1 095	1 020	1 206
nach ausgewählten Berufsgruppen							
Bauberufe	"	95	98	8	7	7	8
Metallerzeuger und -verarbeiter	"	51	45	26	24	34	43
Schmiede, Schlosser, Mechaniker	"	95	65	23	31	27	39
Elektriker	"	24	12	7	8	7	7
Chemiewerker	"	55	25	17	12	15	22
Holzverarbeiter u. zugehörige Berufe	"	24	11	3	7	22	10
Graphische Berufe	"	44	47	32	32	40	45
Lederhersteller, Leder- u. Fellverarb.	"	7	12	15	10	5	8
Nahrungs- und Genussmittelhersteller	"	75	66	22	22	33	48
Warennachseher, Versandarbeiter und Lagerverwalter	"	132	161	70	86	63	139
Ingenieure, Techniker u. verwandte Berufe	"	81	93	71	116	119	74
Kaufmännische Berufe	"	368	424	391	370	346	372
Verkehrsberufe	"	313	287	111	125	136	199
Verwaltungs- und Büroberufe	"	849	692	457	487	471	608
Künstlerische Berufe	"	177	181	156	170	155	175
2. Offene Stellen und Vermittlungen							
Offene Stellen	Anzahl	25 827	27 151	35 230	34 399	33 665	31 927
dav. männlich	"	13 014	14 530	20 748	20 160	19 975	18 176
weiblich	"	12 813	12 621	14 482	14 239	13 690	13 751
Stellenvermittlung in Beschäftigung über 7 Tage ¹⁾	"	5 841	5 942	7 055	8 142	7 015	5 903
dav. männlich	"	4 134	4 106	5 416	6 036	5 273	4 169
weiblich	"	1 707	1 836	1 639	2 106	1 742	1 734
Stellenvermittlung in Beschäftigung bis zu 7 Tagen	"	10 527	8 744	10 154	9 524	7 940	8 076
dav. männlich	"	9 955	8 038	8 995	8 453	7 059	7 445
weiblich	"	572	706	1 159	1 071	881	631
Arbeitsuchende am Monatsende ²⁾	"	8 299	7 745	7 436	7 281	6 942	6 639
dav. männlich	"	5 512	3 946	3 435	3 405	3 360	3 379
weiblich	"	2 787	3 799	4 001	3 876	3 582	3 260
Landwirtschaft und Fischerei							
1. Milcherzeugung							
Kuhmilcherzeugung	t	2 104	2 008	2 265	1 956	1 621	1 682
dar. an Molkereien geliefert	%	86,0	87,7	89,9	91,0	90,3	88,1
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,5	11,9	15,1	12,6	10,5	9,8
2. Trinkmilchabsatz an Verbraucher durch Molkereien							
Vollmilch	t	10 011	11 179	13 160	11 368	11 063	12 766
dav. lose	"	3 529	2 526	2 472	2 075	1 990	2 814
in Flaschen	"	6 482	8 653	10 688	9 293	9 073	9 952
Mager- und Buttermilch	"	382	509	1 219	620	577	913
3. Zufuhr an Lebendvieh zum Viehmarkt (Inlandtiere)							
Rinder	1 000 St.	7,8	9,5	8,9	9,0	9,5	9,9
Kälber	"	2,6	1,7	2,1	1,8	2,2	1,7
Schweine	"	47,0	37,4	41,6	30,7	37,2	31,4
Schafe	"	2,7	1,1	0,8	1,1	1,4	1,0
4. Schlachtungen von Inlandtieren							
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	6,4	8,5	6,6	9,1	7,9	8,5
Kälber	"	2,5	1,7	2,0	1,8	2,0	1,6
Schweine ³⁾	"	49,6	39,0	40,8	34,3	37,3	33,1
Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen ⁴⁾	t	6 229	6 034	5 675	5 728	5 773	5 427
dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 595	2 128	1 660	2 205	1 960	2 064
Kälber	"	187	139	167	161	194	134
Schweine	"	4 318	3 723	3 813	3 321	3 570	3 191

¹⁾ durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte. — ²⁾ Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — ³⁾ gewerbliche und Hausschlachtungen. — ⁴⁾ einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juni 1970	Juli 1970	August 1970	August 1969
		1965	1969				
Industrie, Handwerk und Öffentliche Energieversorgung							
1. Industrie ¹⁾							
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)	Anzahl	1 704	1 530	1 499	1 493	1 492	1 525
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	219	209	212	213	212	210
dar. Arbeiter ²⁾	"	152	138	138	138	137	138
Geleistete Arbeitsstunden ³⁾	24 859	21 987	21 545	21 545	20 455	20 197	20 763
Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	119	144	169	179	166	146
Gehälter (Bruttosumme)	"	75	105	124	128	120	103
Kohleverbrauch	1 000 t SKE ⁴⁾	14	10	9	8	8	9
Gasverbrauch ohne Erdgas	1 000 Nm ³	6 418	2 076	1 424	1 375	1 218	1 346
Erdgasverbrauch (Ho = 43 000 kcal/m ³ n ⁵⁾	1 000 Nm ³	"	8 365	16 743	15 418	16 491	"
Heizölverbrauch	1 000 t	69	70	56	54	60	55
Stromverbrauch	Mio kWh	112	138	139	135	132	130
Stromerzeugung (gesamte Industrielle Erzeugung)	"	16	13	10	8	9	10
Umsatz ⁶⁾	Mio DM	1 304	1 476	1 608	1 566	1 336	1 358
dar. Auslandsumsatz ⁷⁾	"	155	223	258	284	197	181
Index der Industriellen Nettoproduktion (arbeitstäglich)							
Industrie (einschl. Bau- und Energiewirtschaft)	1962 = 100	108,1	122,1	134,2	116,6 r	119,0	118,6
Verarbeitende Industrie	"	109,0	121,0	133,1	115,1	117,6	115,9
Grundstoff- u. Produktionsgüterindustrie	"	108,9	128,4	144,4	130,0	131,5	127,0
Investitionsgüterindustrie	"	110,0	123,8	148,9	113,2	120,2	109,5
Verbrauchsgüterindustrie	"	111,3	118,7	114,3	99,4	105,9	113,0
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	"	107,3	110,0	111,6	104,4	102,3	109,1
Bauindustrie	"	103,7	107,3	150,3	123,9 r	129,4	117,1
Umsatz ⁸⁾ nach Industriegruppen insgesamt							
dar. Mineralölverarbeitung	Mio DM	1 304	1 476	1 608	1 566	1 336	1 358
Chemische Industrie	"	215	262	265	253	251	261
Elektroindustrie	"	101	130	145	146	128	122
Maschinenbau	"	143	184	215	158	159	141
	"	83	110	128	121	103	106
2. Öffentliche Energieversorgung							
Wasserförderung	Mio cbm	11	13	15	13	13	15
Stromerzeugung (brutto)	Mio kWh	451	589	517	528	525	498
Gasförderung (brutto)	Mio Nm ³	59	102	74	75	73	66
Vj.-Durchschnitt ⁹⁾				4. Vj. 1969	1. Vj. 1970	2. Vj. 1970	2. Vj. 1969
		1965	1969				
3. Handwerk (Meßziffern)							
Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962 = 100	96,5	84,3	86,8	85,4	86,2	83,8
Umsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	238,8	126,9	171,3	111,5	142,6	116,1
dar. Handwerksumsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	218,5	125,0	173,3	106,8	137,7	111,7
Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
Monatsdurchschnitt				Juni 1970	Juli 1970	August 1970	August 1969
		1965	1969				
1. Bauhauptgewerbe ¹⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	49 151	44 443	46 749	47 227	47 352	45 751
dar. Inhaber	"	1 365	1 294	1 256	1 273	1 256	1 303
Angestellte	"	4 684	5 167	5 548	5 621	5 540	5 236
Arbeiter ²⁾	"	43 102	37 982	39 945	40 333	40 556	39 212
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 828	5 879	7 680	6 891	6 592	6 500
dav. für Wohnungsbauten	"	2 216	1 711	2 068	1 632	1 516	1 904
gewerbli. und Industr. Bauten	"	1 673	1 511	1 768	1 724	1 655	1 499
öffentliche und Verkehrsbaute	"	2 839	2 657	3 846	3 535	3 421	3 097
Löhne (Bruttosumme) ³⁾	Mio DM	46,3	48,3	78,8	71 077	68,4	55,0
Gehälter (Bruttosumme) ⁴⁾	"	5,9	8,4	10,4	10 654	9,5	8,2
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	126,2	138,0	152,7	172,0	178,0	127,7
dav. im Wohnungsbau	"	42,2	37,6	34,0	32,4	36,2	42,9
gewerbli. und Industr. Bau	"	31,0	34,9	43,2	64,8	54,5	27,7
öffentlichen und Verkehrsba	"	53,0	65,5	75,5	74,8	87,3	57,1
2. Baugenehmigungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- u. Wiederaufbau)	Anzahl	269	169	170	155	189	219
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	"	101	113	115	94	148
Umbauter Raum	1 000 cbm	440	350	315	276	463	360
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	46,0	42,8	40,4	64,3	49,7
Wohnfläche	1 000 qm	95	72	65	54	98	72
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	94	67	79	81	80	111
Umbauter Raum	1 000 cbm	359	444	510	445	457	450
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	34,5	34,0	58,5	50,3	77,4	26,4
Nutzfläche	1 000 qm	73	82	96	81	97	85
Wohnungen							
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 388	1 049	837	688	1 334	996

¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ²⁾ einschließlich gewerblicher Lehrlinge. — ³⁾ einschließlich Lehrlingsstunden. — ⁴⁾ eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle. — ⁵⁾ einschließlich Verbrauchssteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren, ab Januar 1969 ohne Umsatzsteuer; mit den entsprechenden Angaben im Zahlenspiegel bis einschließlich August-Heft 1969 nicht vergleichbar. — ⁶⁾ bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. — ⁷⁾ nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. — ⁸⁾ einschließlich Umschüler und Lehrlinge. — ⁹⁾ ab Januar einschließlich Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungstarifverträgen. — ¹⁰⁾ bis Dezember 1969 Effektivmengen, d. h. ohne Umrechnung; ab Januar 1970 umgerechnet auf Ho = 4 300 kcal/m³_n.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juni 1970	Juli 1970	August 1970	August 1969
		1965	1969				
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
3. Baubeginne							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	261	164	200	151	262	281
Umbauter Raum	1 000 cbm	388	338	377	215	502	444
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	45,4	42,7	49,4	32,7	66,4	55,8
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	82	80	85	54	62	142
Umbauter Raum	1 000 cbm	340	440	435	547	355	657
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,7	32,3	61,9	40,4	74,1	44,5
Wohnungen							
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 140	1 000	1 032	447	1 424	1 254
4. Baufertigstellungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	318	199	117	79	73	109
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser		197	116	58	46	48	65
Umbauter Raum	1 000 cbm	458	415	295	128	134	210
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	51,1	38,5	18,3	16,1	25,9
Wohnfläche	1 000 qm	96	86	63	26	24	42
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	86	83	53	47	42	85
Umbauter Raum	1 000 cbm	338	400	173	219	275	295
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,9	38,8	15,3	15,8	26,8	19,8
Nutzfläche	1 000 qm	69	79	36	41	52	69
Wohnungen							
Wohnungen insges. *) (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 438	1 243	965	379	354	561
dar. mit öffentlichen Mitteln gefördert	"	968	600	337	121	95	175
5. Bauüberhang							
(am Ende des Berichtszeitraumes) *)							
Im Bau befindliche Wohnungen	Anzahl	17 696	14 592	15 600	15 700	16 800	15 000
Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen	"	7 136	3 731	4 800	5 200	5 100	5 800
6. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen *)							
Bestand an Wohngebäuden	1 000	172	182	182	182	182	181
Wohnungen	"	636	688	690	691	691	680
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)	"	2 322	2 572	2 581	2 581	2 582	2 540
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr							
1. Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels							
Einzelhandel	1962 = 100	119	156	157	161	150	135
dar. Warenhäuser	"	130	210	206	244	207	181
Facheinzelhandel	"	120	133	139	143	130	119
2. Umsatz-Meßzahlen des Groß- und Außenhandels *)							
Groß- und Außenhandel	1962 = 100		148	165	151	148	138
dav. Unternehmen des Außenhandels	"		150	170	147	145	136
Unternehmen des Binnengroßhandels	"		145	155	158	154	142
3. Handel mit Berlin (West) *)							
• Bezüge Hamburgs	1 000 DM	111 990	137 586	139 813	145 717	144 183	130 888
• Lieferungen Hamburgs	"	140 188	208 354	186 131	189 447	171 092	194 363
4. * Die Ausfuhr des Landes Hamburg *) *)							
Mio DM		212	283	298	335	305	264
dav. Waren der							
• Ernährungswirtschaft	"	17	23	25	28	26	24
• Gewerblichen Wirtschaft	"	195	280	273	307	274	240
dav. Rohstoffe	"	2	2	3	2	4	3
• Halbwaren	"	50	65	67	65	72	54
• Fertigwaren	"	143	193	203	240	198	183
dav. Vorerzeugnisse	"	9	16	19	18	17	13
• Enderzeugnisse	"	134	177	184	222	180	170
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchs-							
• ländern							
• Europa	"	152	208	190	233	205	197
• dar. EWG-Länder	"	65	91	80	106	90	101
• EFTA-Länder	"	67	91	83	94	77	67

*) ab Januar 1968 ohne Wohnungen, die durch Erweiterungsmaßnahmen o. ä. in der Raumzahl verändert sind. — *) An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben. — *) Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1961 bzw. 1968 ermittelten Gebäude und Wohnungen (Begriffserläuterungen siehe März-Heft 1963, S. 58/59). An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben. — *) Werte ohne jeweilige Umsatzsteuer. — *) Quelle: Statistisches Bundesamt. — *) Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juni 1970	Juli 1970	August 1970	August 1969
		1965	1969				
Noch: Handel, Gastgewerbe u. Fremdenverkehr							
5. Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes							
* Gastgewerbe	1962 = 100	111	122	137	136	141	131
dav. Beherbergungsgewerbe	"	125	151	161	169	169	163
Gaststättengewerbe	"	108	114	134	127	133	122
6. Fremdenverkehr ¹⁾							
* Fremdenmeldungen	1 000	120	123	136	163	159	167
dar. von Auslandsgästen	"	42	41	49	69	63	66
* Fremdenübernachtungen	"	232	238	272 r	305	308	304
dar. von Auslandsgästen	"	90	78	94 r	124	114	115
Verkehr							
1. Seeschifffahrt							
Schiffsverkehr über See	Anzahl	1 638	1 621	1 680 r	1 736 p	1 709 p	1 843
Angekommene Schiffe	"	1 739	1 675	1 780 r	1 833 p	1 750 p	1 862
Abgegangene Schiffe	"	"	"	"	"	"	"
Güterverkehr über See	1 000 t	2 942	3 409	4 102 r	4 051 p	3 809 p	3 318
dav. Empfang	"	2 229	2 533	3 249 r	3 225 p	2 908 p	2 386
dav. Massengut	"	1 634	1 933	2 509 r	2 494 p	2 299 p	1 801
dar. Mineralöle	"	968	1 248	1 436 r	1 447 p	1 526 p	1 220
Kohle	"	192	167	292 r	219 p	148 p	95
Getreide	"	180	116	194 r	188 p	102 p	59
Sack- und Stückgut	"	595	600	650 r	731 p	609 p	585
Versand	"	713	876	853 r	826 p	901 p	932
dav. Massengut	"	292	365	339 r	328 p	393 p	401
Sack- und Stückgut	"	421	511	514 r	498 p	508 p	531
2. Binnenschifffahrt							
* Gütereingang	1 000 t	340	399	480	435	463	540
* Güterversand	"	309	426	594	510	453	329
3. Luftverkehr (gewerblicher Verkehr)							
Gelandete Flugzeuge	Anzahl	2 041	2 403	3 055 r	3 195 r	3 331 p	3 074
Gestartete Flugzeuge	"	2 047	2 398	3 090 r	3 213 r	3 330 p	3 084
Angekommene Fluggäste	1 000	70,5	105,7	144,8 r	149,5 r	153,4 p	125,2
Abgereiste Fluggäste	"	71,0	105,7	140,1 r	150,6 r	152,7 p	129,4
Angekommene Fracht	t	578	965	1 108 r	1 215 r	1 029 p	893
Abgegangene Fracht	"	587	1 148	1 247 r	1 424 r	1 158 p	1 033
Angekommene Post	"	185	256	250	280 r	251 p	237
Abgegangene Post	"	229	323	291 r	310 r	291 p	290
4. Personenbeförderung im Stadtverkehr ²⁾ (Ausgewählte Verkehrsmittel)							
Beförderte Personen							
Stadtbahn (S-Bahn)	1 000	9 505	11 211	11 079	11 104	10 088	10 785
Hoch- u. Untergrundbahn	"	13 705	15 047	15 454	15 388	14 108	14 384
Straßenbahn	"	9 436	5 501	5 085	5 142	4 668	5 185
Kraftomnibusse der HHA	"	9 695	12 123	12 234	12 370	11 544	11 765
Kraftomnibusse der VHH	"	1 873	2 114	2 119	2 158	1 966	2 019
Private Kraftomnibusse	"	301	239	410	313	293	391
5. Kraftfahrzeuge							
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung ³⁾ (im Verkehr befindlich)	1 000	352,2	424,5	446,3	450,5	451,8	420,4
dar. Personenkraftwagen ⁴⁾ ^{*)}	"	310,8	384,2	403,8	407,8	408,7	360,0
b) Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge dar. Personenkraftwagen ⁴⁾	Anzahl	5 071	5 488	7 437	7 175	3 833	3 431
Lastkraftwagen	"	4 632	4 943	6 757	6 593	3 375	3 032
	"	362	463	551	488	365	324
6. Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden ⁵⁾	Anzahl	859	959	1 064	1 054	1 023 p	1 084
Getötete Personen	"	26	27	23	28	25 p	22
Verletzte Personen	"	1 106	1 260	1 502	1 434	1 423 p	1 465

¹⁾ ohne Heime, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere. — ²⁾ Ab Januar 1968 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der Linienverkehr soweit er im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde. — ³⁾ Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — ⁴⁾ einschließlich Kombinationskraftwagen. — ⁵⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juni 1970	Juli 1970	August 1970	August 1969
		1965	1969				
Geld und Kredit							
1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)							
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)							
• Kredite an Nichtbanken	Mio DM		22 034,9	24 862,6	25 008,8	25 182,4	22 053,8
• dav. Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	"		6 696,7	7 615,0	7 580,5	7 621,1	6 367,6
• an Unternehmen und Privat- personen	"		6 655,0	7 610,8	7 577,8	7 614,4	6 287,7
• Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre) ²⁾	"		2 961,2	3 657,3	3 708,7	3 807,3	2 992,9
• an Unternehmen und Privat- personen	"		2 621,7	3 297,8	3 326,2	3 414,8	2 659,4
• Langfristige Kredite ³⁾	"		12 377,0	13 590,3	13 719,6	13 754,0	12 693,3
• an Unternehmen und Privat- personen	"		10 848,6	12 049,4	12 145,5	12 175,2	11 129,5
• dar. Durchlaufende Kredite	"		638,0	658,2	652,6	655,3	635,4
• Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	"		15 342,2	16 246,3	16 513,5	16 483,8	15 759,4
• dav. Sicht- und Termingelder von Unternehmen und Privat- personen	"		8 460,7	9 011,0	9 298,3	9 245,5	8 826,5
• Spareinlagen	"	4 069,9	7 442,7	7 810,2	8 092,0	7 913,1	7 806,5
• bei Sparkassen	"	2 792,9	6 881,5	7 235,3	7 215,2	7 238,3	6 932,9
• Gutschriften auf Sparkonten (ohne Zinsen)	"	244,3	4 607,3	4 904,8	4 892,0	4 905,9	4 618,6
• Lastschriften auf Sparkonten	"	203,9	407,2	379,0	592,0	370,3	370,8
• Zinsgutschriften	"	12,9	375,0	380,4	616,6	348,3	329,6
			24,1	0,9	4,5	1,1	0,9
2. Konkurse und Vergleichsverfahren							
	Anzahl	17	15	31	23	14	18
3. Wechselproteste							
Betrag	1 000 DM	1 044	979	1 027	971	936	871
		1 314	1 863	9 722	2 513	2 671	1 612
4. Mahn- und Offenbarungseidverfahren							
Anträge auf Erlass eines Zahlungsbefehls	Anzahl	20 563	23 244	24 810	26 084	22 194	26 406
Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides	"	3 058	3 431	3 546	3 496	2 791	3 011
Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides	"	1 196	1 488	1 188	1 423	1 621	1 397
Abgeleistete Offenbarungseide	"	353	462	407	546	393	423
5. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg							
Aktiengesellschaften	Anzahl	162	152	151	152	154	150
Grundkapital	Mio DM	3 975	4 787	4 742	4 884	4 956	4 623
Gesellschaften m.b.H.	Anzahl	3 877	4 729	4 996	5 018	5 038	4 767
Stammkapital	Mio DM	2 962	3 865	4 161	4 224	4 282	3 885
Steuern							
1.* Gemeinschaftssteuern							
	1 000 DM			733 224	513 611	516 951	
• dav. Steuern vom Einkommen	"	200 385	299 705	468 875	236 944	247 165	201 121
• dav. Lohnsteuer	"	89 007	144 429	178 507	191 738	209 197	147 887
• Veranlagte Einkommensteuer	"	64 393	75 939	162 442	21 784	6 906	24 806
• Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	10 279	13 484	14 599	15 055	27 129	22 034
• Körperschaftsteuer	"	36 706	65 853	111 326	8 367	3 932	6 395
• Steuern vom Umsatz	"		271 059	268 350	276 667	269 786	264 361
• dav. Umsatzsteuer	"	82 827	124 606	134 597	124 325	119 823	122 645
• Einfuhrumsatzsteuer	"		146 454	131 752	152 342	149 963	141 716
2.* Bundessteuern							
	1 000 DM	523 065	818 450	639 551	622 196	628 343	549 018
• dar. Zölle	"	45 076	50 217	56 767	44 236	47 650	34 190
• Verbrauchssteuern	"	358 150	492 114	560 125	564 019	565 584	500 303
• dar. Mineralölsteuer	"	261 342	392 884	487 630	445 869	474 041	401 728
3.* Landessteuern							
	1 000 DM	35 517	47 161	22 744	30 717	60 319	56 870
• dar. Vermögensteuer	"	11 355	14 318	930	8 664	42 843	34 576
• Kraftfahrzeugsteuer	"	7 992	9 754	9 921	10 799	6 841	9 130
• Biersteuer	"	2 430	2 894	3 133	3 870	3 422	3 383
4.* Gemeindesteuern							
	1 000 DM	46 355	62 376	14 657	45 933	132 883	133 592
• dar. Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	"	34 784	47 423	8 885	11 840	115 060	115 844
• Grundsteuer A	"	73	84	34	44	165	181
• Grundsteuer B	"	5 134	6 769	4 903	7 925	16 030	16 053
5.* Einnahmen des Bundes							
	1 000 DM	601 215	923 346	1 035 567	919 388	957 755	872 035
6. Einnahmen des Landes (ohne Einnahmen aus Gemeindesteuern)							
	1 000 DM	157 752	241 969	240 285	141 626	211 599	199 334
• dar. Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	122 235	194 808	209 571	103 525	108 455	130 729
• Anteil an den Steuern vom Umsatz	"			7 970	7 384	10 718	
• Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"			—	—	32 106	
Außerdem:							
• Einnahmen aus Gemeindesteuern	"	46 355	62 376	14 657	45 933	68 670	133 592
• Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer	"			47 733	29 893	30 254	
• Einnahmen des Landes insgesamt	"			302 675	217 453	310 524	332 927

Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben.

¹⁾ ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1967 unter 5 Mio DM lag; einschließlich aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute. Infolge Umgestaltung mit Angaben bis 1968 nicht voll vergleichbar. — ²⁾ einschließlich durchlaufender Kredite.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Februar 1970	Mai 1970	August 1970	August 1969
		1965	1969				
Preisindizes für Bauwerke							
Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten)							
Wohngebäude A ¹⁾	1962 = 100	113,1	127,7	141,5	148,6	151,3	128,3
Einfamiliengebäude A ¹⁾	"	113,3	128,1	141,5	148,3	151,0	128,6
Mehrfamiliengebäude A ¹⁾	"	113,0	127,4	141,5	148,9	151,7	128,0
Gemischt genutzte Gebäude A ¹⁾	"	112,8	127,5	141,8	148,8	151,6	128,2
Bürogebäude A ¹⁾	"	112,2	126,9	147,7	148,8	151,8	127,8
Bürogebäude B ¹⁾	"	"	113,9	127,6	134,1	136,7	115,1
Gewerbliche Betriebsgebäude A ¹⁾	"	112,4	125,8	142,1	150,6	153,8	127,6
Gewerbliche Betriebsgebäude B ¹⁾	"	"	113,4	128,0	135,7	138,5	115,0
Löhne und Gehälter²⁾				Januar 1970	April 1970	Juli 1970	Juli 1969
1. Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Bruttowochenverdienste							
männliche Arbeiter	DM	232	291	308	317	327	289
weibliche Arbeiter	"	140	180	191	195	204	180
Bruttostundenverdienste							
männliche Arbeiter	"	5,10	6,39	6,78	6,94	7,27	6,33
weibliche Arbeiter	"	3,32	4,32	4,57	4,71	4,96	4,33
Bezahlte Wochenarbeitszeit							
männliche Arbeiter	Std.	45,5	45,4	45,5	45,6	45,0	45,7
weibliche Arbeiter	"	42,2	41,7	41,7	41,4	41,1	41,6
Geleistete Wochenarbeitszeit							
männliche Arbeiter	"	41,4	41,0	41,7	42,8	35,5	36,5
weibliche Arbeiter	"	37,2	36,5	37,7	38,5	30,7	29,6
2. Angestellte, Bruttomonatsverdienste							
In Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Kaufmännische Angestellte							
männlich	DM	1 098	1 405	1 497	1 523	1 564	1 401
weiblich	"	747	983	1 049	1 068	1 113	983
Technische Angestellte							
männlich	"	1 182	1 494	1 587	1 620	1 671	1 492
weiblich	"	748	988	1 063	1 072	1 127	993
In Handel, Kredit und Versicherungen							
Kaufmännische Angestellte							
männlich	"	1 043	1 332	1 403	1 449	1 498	1 331
weiblich	"	668	899	962	998	1 030	899
In Industrie und Handel *) zusammen							
Kaufmännische Angestellte							
männlich	"	1 058	1 351	1 427	1 468	1 515	1 349
weiblich	"	688	921	984	1 016	1 051	921
Technische Angestellte							
männlich	"	1 176	1 496	1 587	1 618	1 671	1 495
weiblich	"	838	1 147	1 240	1 263	1 296	1 157
Öffentliche Ordnung und Sicherheit				Juni 1970	Juli 1970	August 1970	August 1969
1. Feuerlösch- und Rettungsdienst							
Feueralarme	Anzahl	288	392	625	405	398	448
dav. falsche Alarme und Unfugmeldungen	"	67	90	101	103	107	85
bekämpfte Brände	"	221	302	524	302	291	363
dav. Großbrände	"	9	14	20	15	21	24
Mittelbrände	"	28	43	93	44	26	61
Kleinbrände	"	98	130	260	130	147	157
Entstehungsbrände	"	80	105	149	107	95	119
Schornsteinbrände	"	6	10	2	6	2	2
Hilfeleistungen aller Art	"	"	"	827	795	761	"
Rettungswageneinsätze	"	"	"	10 147	9 865	9 772	"
dar. Straßen- und Verkehrsunfälle	"	1 156	1 364	1 770	1 703	1 740	1 498
Betriebsunfälle	"	544	416	585	551	504	453
Krankenbeförderungen	"	"	"	3 354	3 472	3 154	"
Anzahl der beförderten Personen	"	"	"	9 949	9 709	9 372	"
Gesamtzahl der Alarmierungen	"	"	"	11 599	11 065	10 931	"
Außerdem:	"	"	"	"	"	"	"
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehr	"	"	"	166	92	63	"
2. Feststellungen der Polizei							
Straftaten	Anzahl	8 102	10 403	11 739	12 981	9 510	9 340
dar. Sittlichkeitsdelikte	"	214	265	217	284	192	212
Mord und Totschlag	"	4	6	11	6	4	5
Körperverletzung *)	"	91	124	127	136	122	106
Einfacher Diebstahl	"	3 413	4 368	4 896	5 160	3 818	4 050
Schwerer Diebstahl	"	1 822	2 255	3 256	3 522	2 553	1 842
Diebstähle zusammen	"	5 235	6 623	8 152	8 682	6 371	5 892
dar. Kraftwagen- und -gebrauchs-	"	"	"	"	"	"	"
diebstahl	"	180	256	370	345	288	285
Unterschlagung	"	203	229	174	199	172	199
Raub und Erpressung	"	41	67	78	64	85	75
Begünstigung und Hehlerei	"	85	130	113	211	61	77
Betrug und Untreue	"	722	973	754	1 008	781	981
Brandstiftung	"	33	47	41	38	32	26
Außerdem:	"	"	"	"	"	"	"
Verkehrsvergehen *)	"	778	1 234	1 213	1 555	1 549	1 232
Verkehrsordnungswidrigkeitenanzeigen *)	"	8 929	16 625	14 973	18 506	16 426	15 408
Ordnungswidrigkeitenberichte	"	423	600	404	347	451	575
Verwarnungen mit Verwarnungsgeld *)	"	31 317	29 706	25 674	27 953	24 010	28 174

¹⁾ A = mit Umsatz-(Mehrwert-)steuer, B = ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. - ²⁾ Effektivverdienste; ab 1964 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. - ³⁾ Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe. - ⁴⁾ ohne §§ 223 und 230. - ⁵⁾ vor dem 1. 1. 1969 Verkehrsvergehensanzeigen. - ⁶⁾ vor dem 1. 1. 1969 Übertretungsanzeigen. - ⁷⁾ vor dem 1. 1. 1969 Gebührenpflichtige Verwarnungen.

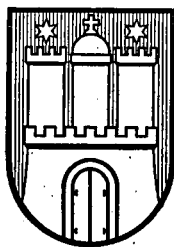
AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN FÜR DAS BUNDESGBIET

Gegenstand	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Mai 1970	Juni 1970	Juli 1970	Juli 1969
		1965	1969				
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT							
Bevölkerung am Monatsende	1 000	59 011,7	60 842,4	61 040 p
Eheschließungen	auf 1 000	8,3	7,3	8,4
Lebendgeborene	Einw. und	17,7	14,8	15,1
Gestorbene		11,5	12,2	11,4
Arbeitslose	1 000	146	176	103	95	99	108
INDUSTRIE ¹⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	8 460	8 308	8 568	8 314
Geleistete Arbeitsstunden ²⁾	Mio Std.	1 055	995	975	990
Umsatz ³⁾ ohne Umsatzsteuer	Mio DM	31 218	39 537	40 700	39 819
dar. Auslandsumsatz	"	4 903	7 747	7 845	8 060
Index der industriellen Nettoproduktion (arbeitsmäßig)							
Industrie (einschl. Bau- u. Energiew.)	1962=100	118,2	148,2	173,0 r	162,0 p	...	136,5
Verarbeitende Industrie	"	119,1	151,5	177,3 r	166,3 p	...	139,0
Grundst.- u. Produktionsgüterind.	"	124,8	170,0	193,0	185,1 p	...	167,4
Investitionsgüterindustrie	"	117,8	146,5	181,6 r	167,1 p	...	128,4
Verbrauchsgüterindustrie	"	115,6	144,2	163,6 r	152,7 p	...	123,6
Nahrungs- und Genußmittelind.	"	115,2	134,4	149,0 r	141,2 p	...	127,5
Bauindustrie	"	118,9	127,5	176,5 r	162,6 p	...	142,2
BAUWIRTSCHAFT							
Bauhauptgewerbe ⁴⁾	1 000	1 642,6	1 504,7	1 543,8	1 558,1
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Mio Std.	233,3	203,3	224,0	248,6
Geleistete Arbeitsstunden							
Umsatz ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer	Mio DM	3 698,0	3 968,6	3 402,7	3 693,0
Baugenehmigungen für Wohnungen	Anzahl	51 898	46 653	48 929	54 689	61 434	54 384
Baufertigstellungen für Wohnungen	"	49 326	41 660	17 150	30 476	26 628	32 550
HANDEL							
Index der Einzelhandelsumsätze	1962=100	124	152	162	162	...	153
Index der Groß- und Außenhandelsumsätze	"		148	158	165	151	140
VERKEHR							
Seeschifffahrt							
Güterumschlag ⁵⁾	1 000 t	8 835	10 581	12 099	10 651
dav. Empfang	"	6 950	8 252	9 663	8 334
Versand	"	1 885	2 329	2 436	2 317
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	144 927	171 971	213 470	236 257	228 648	187 146
Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden	"	26 364	28 178 p	33 806 p	34 201 p	35 214 p	32 492
Getötete Personen	"	1 313	1 382 p	1 692 p	1 629 p	1 693 p	1 536
Verletzte Personen	"	36 124	39 268 p	48 658 p	47 936 p	50 350 p	46 159
STEUERN							
Lohnsteuer	Mio DM	1 395	2 255	2 375	2 567	3 060	2 057
Veranlagte Einkommensteuer	"	1 233	1 416	131	3 458	235	523
Körperschaftsteuer	"	681	908	106	2 113 r	170	225
Steuern vom Umsatz	"	2 018	3 063	3 088	2 996 r	3 061	2 805
PREISE							
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte ⁶⁾	1962=100	104,0	101,5	106,8	107,4	107,6	101,1
Index der Einfuhrpreise	"	106,3	108,0	107,8	106,7	106,9	109,5
Index der Ausführpreise	"	104,8	111,3	116,1	116,3	117,0	111,5
Preisindex für Wohngebäude	"	112,6	124,5	142,8			
Preisindex für die Lebenshaltung ⁷⁾	"	109,0	119,3	123,5	124,1	124,1	119,5
Nahrungs- und Genußmittel	"	109,0	114,2	118,0	118,8	118,4	114,9
Wohnungsmieten	"	118,5	161,9	167,5	167,8	168,4	162,8
				Oktober 1969	Januar 1970	April 1970	April 1969
LÖHNE IN DER INDUSTRIE							
Bruttostundenverdienste der Männer	DM	4,54	5,71	5,97	6,15	6,25	5,56
Bezahlte Wochenarbeitszeit der Männer	Std.	45,1	44,8	45,2	44,4	45,1	44,8

Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ²⁾ einschließlich Lehrlingsstunden. — ³⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. — ⁴⁾ hochgerechnete Totalergebnisse. — ⁵⁾ Verkehr zwischen deutschen Seehäfen ist doppelt gezählt. — ⁶⁾ ab 1968 ohne Mehrwertsteuer. — ⁷⁾ 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen.

HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1970

November-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Kurzinformationen

Ehebruch ist nur selten Scheidungsgrund

Unter den rd. 4 900 Scheidungsurteilen, die vom Hamburger Landgericht im Laufe des Jahres 1969 ausgesprochen wurden, war nur elfmal Ehebruch als Scheidungsgrund genannt. 10 Jahre früher waren es noch 41 Fälle unter 3 400 Scheidungen. Ehebruch als alleiniger Scheidungsgrund tritt immer mehr in den Hintergrund. Gründe, die heute zur Ehescheidung führen, sind zu 97 % die sog. „anderen“ Eheverfehlungen: d. h. die Ehe muß so tief zerrüttet sein, daß die Wiederherstellung der ehelichen Lebensgemeinschaft nicht mehr erwartet werden kann (4 750 Fälle). Als wesentlich zu erwähnen ist, daß hiervon in 3 500 Fällen die Ehefrau die Klage angestrengt hat.

Bei der Ermittlung der Schuldfrage stellte das Gericht fest, daß in rd. 48 von 100 Fällen der Mann der Alléinschuldige war, bei nur gut 11 % war die Alleinschuld der Frau angelastet worden. Bei 38 % wurden beide Partner als schuldig erklärt. In 3 % der Scheidungsfälle wurde die Schuldfrage nicht gerichtlich festgestellt, nämlich bei den 115 Scheidungsklagen wegen Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft.

Die meisten geschiedenen Ehen – gut zwei Drittel – überdauerten nur eine Zeit von weniger als 10 Jahren (40 % unter 5 Jahre, 28 % 5 bis unter 10 Jahre).

Bemerkenswert ist, daß Scheidungen am häufigsten ausgesprochen werden, wenn die Männer zwischen 25 und 40 Jahre alt sind (62 %), die Frauen im Alter von 20 bis 35 Jahren stehen (64 %).

Mehr Erbschaften

In der Vorwegaufbereitung der Erbschaftsteuerstatistik für das Veranlagungsjahr 1969 sind in Hamburg insgesamt 4 395 Steuerfälle ermittelt worden. Der Wert der Erwerbe von Todes wegen und durch Schenkung unter Lebenden betrug 252,1 Mio DM; davon waren 203,8 Mio (= 80,8 %) steuerpflichtig. Je Steuerfall ergab das einen Betrag in Höhe von 57 361 DM. An Erbschaftssteuer waren 21,7 Mio DM zu zahlen; das entspricht einer Erbschaftssteuerbelastung von durchschnittlich 10,6 %.

Im Vergleich zu der zuletzt für das Veranlagungsjahr 1962 durchgeführten Statistik hat sich die Zahl der Steuerfälle um 74,0 % erhöht. Noch stärker wuchsen der Erwerb im ganzen (+ 123 %), der steuerpflichtige Erwerb (+ 137 %) und der Betrag der festgesetzten Steuer (+ 155 %).

Wie schon in früheren Jahren zeigt auch das Veranlagungsjahr 1969, daß ganz überwiegend Erwerbe von Todes

wegen vorkommen. Auf sie entfielen 85,0 % der Erwerbsanfälle, 78,8 % des steuerpflichtigen Erwerbswerts und 81,1 % der festgesetzten Steuer.

Verdoppelung des Güterdurchgangsverkehrs mit der DDR

In den ersten acht Monaten dieses Jahres wurden im Hamburger Hafen insgesamt 2,1 Mio t Güter im Durchgangsverkehr mit der DDR umgeschlagen. Das entspricht einem Zuwachs von rd. 1 Mio t oder fast 100 % gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum. An dieser Zunahme ist vor allem der Durchgang in die DDR mit 1,6 Mio t (149 %) beteiligt, während der Durchgang aus der DDR mit einem Mehr von 18,3 % nur eine verhältnismäßig geringe Zuwachsrate erzielte.

Der Anstieg des Umschlagvolumens ist überwiegend auf eine starke Steigerung des Massengutverkehrs zurückzuführen. Die bedeutendsten Zunahmen betrafen Kohle, Weizen, Rohphosphate, Kalidüngemittel, Ölkuchen und Fischmehl. Bei den Stückgütern stieg besonders der Durchgang von Fleisch und Fleischwaren, Eisenhalbzug sowie Chemikalien.

Fast 30 % aller Wohnparteien sind Einpersonenhaushalte

Die bei der letzten Wohnungszählung ermittelten rd. 745 000 Hamburger Wohnparteien (Haushalte) in Wohnungen und Wohngelegenheiten (Behelfswohnungen) gliederten sich der Personenzahl nach wie folgt:

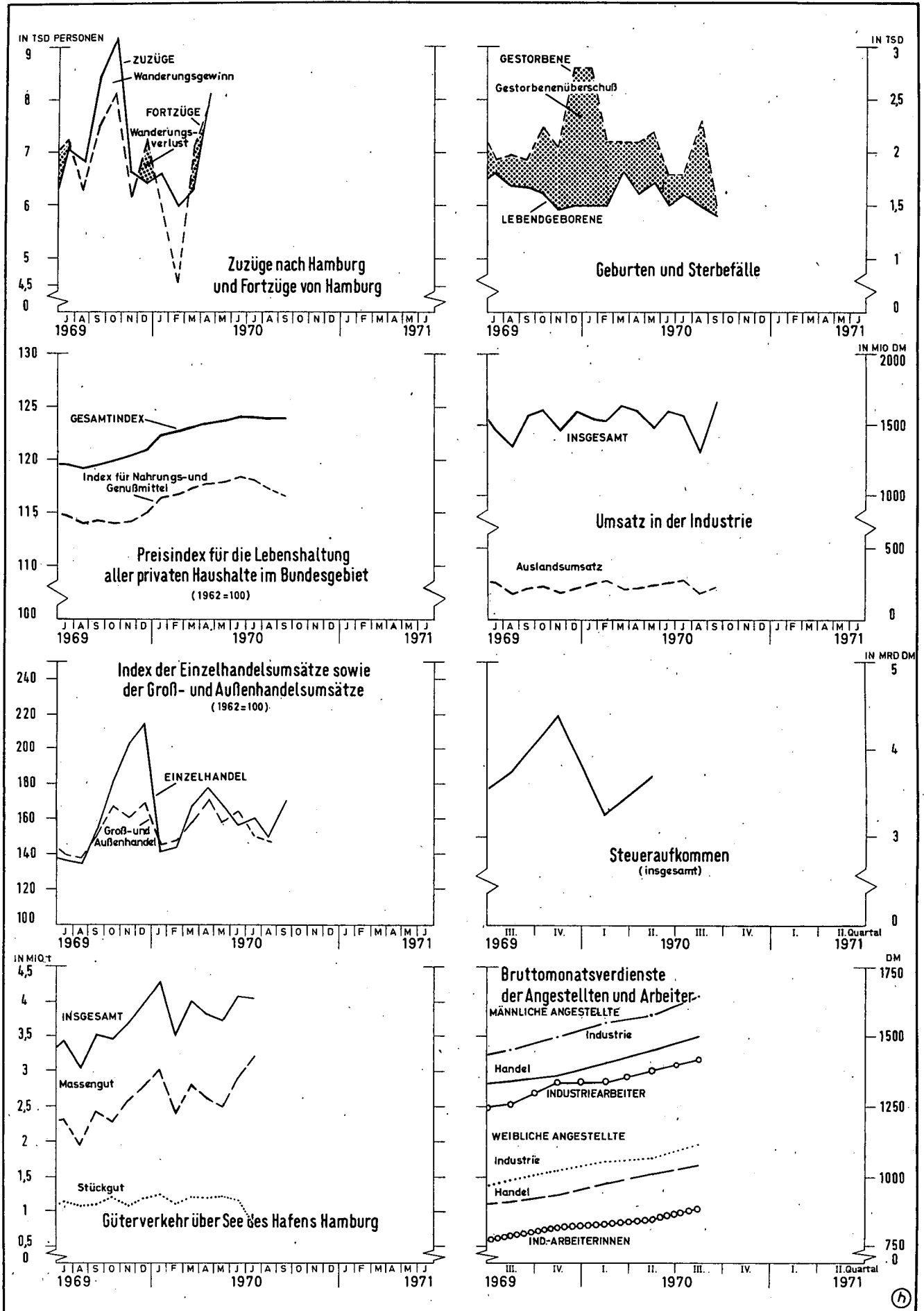
Einpersonenhaushalte:	29 %
Zweipersonenhaushalte:	32 %
Dreipersonenhaushalte:	20 %
Vier- oder Mehrpersonenhaushalte:	19 %

Diese durchschnittliche Aufteilung nach der Haushaltsgröße wurde naturgemäß von den rd. 563 000 Hauptmieterwohnparteien geprägt.

Bei den rd. 59 000 Untermieterwohnparteien standen demgegenüber die Einpersonenhaushalte mit 72 % eindeutig im Vordergrund.

Für die rd. 123 000 Eigentümerwohnparteien waren die Drei-, Vier- und Mehrpersonenhaushalte charakteristisch, auf die ein Anteil von nicht weniger als 49 % entfiel – im Gegensatz zu 14 % bei den Untermieterwohnparteien und 39 % bei den Hauptmieterwohnparteien.

Ausgewählte Diagramme zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung



Der Einfluß regionaler Wanderungsströme auf Wanderungsgewinn und -verlust Hamburgs seit 1960

1. Vorbemerkung

Die größten laufenden Bevölkerungsverlagerungen und -umschichtungen erfolgen über Zu- und Fortzüge. Dies gilt in ganz besonderem Maße für die großen Städte; für die Jahre 1954 bis 1963 ergab eine Untersuchung¹⁾ folgendes Verhältnis für die Salden der biologischen Entwicklung und der Wanderungen:

Gebiete	Von der Veränderung der Gesamtbevölkerung entfielen	
	auf Wanderungen %	auf natürliche Bevölkerungsbewegung %
Bundesgebiet	49	51
16 Großstädte	85	15

Eine Erfassung und Analyse dieser Wanderungsbewegungen ist deshalb entscheidend für alle planerischen Verwaltungsmaßnahmen. Der Ausbau der Infrastruktur, Verkehrs- und Siedlungsentwicklung, Wohnungsbau, Finanzplanung und Steuerpolitik sind nur dann in bedarfsgerechter Form möglich, wenn genügend Informationen über die Entwicklung und Verteilung der Bevölkerung im jeweiligen Planungsraum vorliegen.

Auf die Fragen, die an eine solche Statistik der Wanderungen gerichtet werden:

1. Wer wandert? (Die demographische Struktur der Wanderer)
2. Warum wird gewandert? (Anlässe und Motive für die Wanderungen)
3. Wohin wird gewandert? (Richtung und Verflechtung der Wanderungsströme)

kann die derzeitige amtliche Wanderungsstatistik, die auf der Auswertung der Meldebelege beruht, lediglich die Fragen 1 und 3 beantworten²⁾.

Die folgende Untersuchung beschränkt sich darauf, eine Antwort auf die Frage 3 zu suchen. Dabei wird nicht die gesamte Mobilität einbezogen. Auf die innerstädtischen Umzüge und damit die kleinräumigen Verflechtungserscheinungen und die Verteilung der Bevölkerung innerhalb der Hamburger Landesgrenzen wird verzichtet³⁾; es werden lediglich die Wanderungsströme über die Hamburger Landesgrenze, zwischen Hamburg und dem übrigen Bundesgebiet bzw. dem Ausland, betrachtet, also diejenigen Zu- und Fortzüge, die einen Einfluß auf den Bevölkerungsbestand Hamburgs als Ganzes haben. Gerade hier haben sich in den letzten 10 Jahren erhebliche Veränderungen gezeigt.

¹⁾ Vgl., auch zum folgenden, Bousiedt, Olaf: Zum Programm für den Aufbau einer laufenden Wanderungsstatistik für die Städte. — In: Beiträge zur Frage der räumlichen Bevölkerungsbewegung, Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. 55, Hannover 1970.

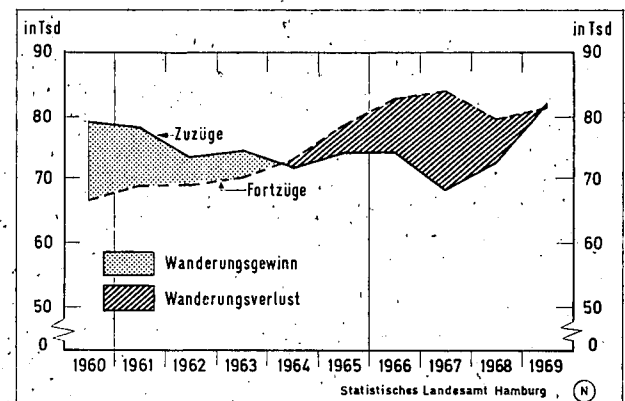
²⁾ Zum Problem der Wanderungsmotive, vgl.: „Wanderungsmotive und innerstädtische Mobilitätsvorgänge“. — In: Hamburg in Zahlen, Jg. 1970, September-Heft.

³⁾ Vgl. hierzu: „Die innerstädtischen Umzüge in Hamburg“. — In: Hamburg in Zahlen, Jg. 1967, August-Heft und „Veränderungen im regionalen Bevölkerungsbestand Hamburgs in den letzten Jahren“. — In: Hamburg in Zahlen, Jg. 1968, September-Heft.

2. Starkes Auf und Ab in der Wanderungsbilanz der letzten 10 Jahre

Tabelle 1 zeigt die Zu- und Fortzüge nach und von Hamburg sowie den daraus resultierenden Wanderungsgewinn bzw. -verlust für den 10-Jahres-Zeitraum seit 1960. Das Gesamtvolumen der Wanderungen (Zuzüge + Fortzüge) schwankt in der Beobachtungszeit

Schaubild 1
Die Wanderungsbewegung in Hamburg 1960 bis 1969
— Wanderungen insgesamt —



nur geringfügig, und zwar um weniger als 10% um den Durchschnitt von rd. 150 000 Zu- und Fortzügen im Jahr. Ohne die innerstädtischen Umzüge, die diese Zahl noch einmal mehr als verdoppeln würden, bewegt sich also eine Bevölkerungsgruppe in der

Schaubild 2
Wanderungen über die Landesgrenzen innerhalb der Bundesrepublik 1960 bis 1969
— Binnenwanderung —

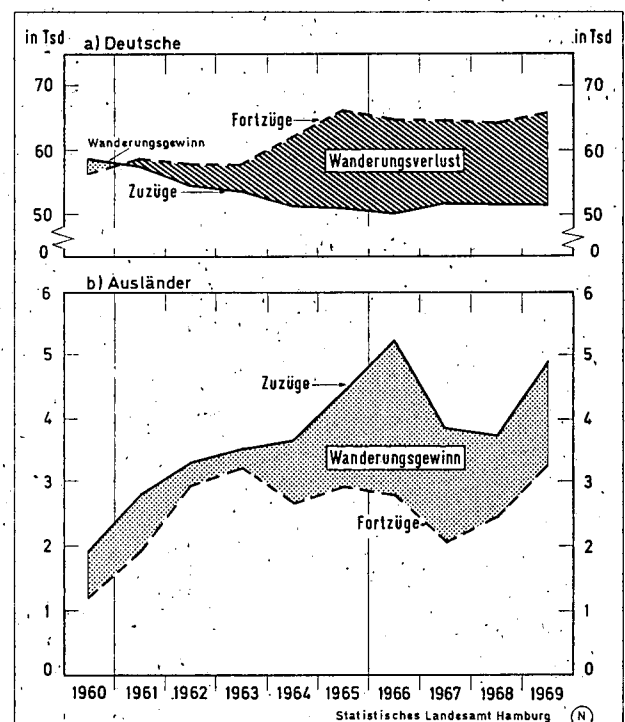


Tabelle 1

Die Hamburger Wanderungsbewegung 1960 bis 1969

Wanderungsarten	Jahre									
	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Wanderungen über die Ländergrenzen innerhalb der BRD ¹⁾ (Binnenwanderung)										
Zuzüge	60 917	60 622	58 033	57 534	54 904	55 670	55 623	56 002	55 649	56 679
Fortzüge	57 719	60 722	61 295	61 409	65 036	69 433	68 037	67 076	67 080	69 255
Saldo	+ 3 198	— 100	— 3 262	— 3 875	— 10 132	— 13 763	— 12 414	— 11 074	— 11 431	— 12 576
davon Deutsche										
Zuzüge	58 965	57 797	54 693	53 944	51 280	51 214	50 381	52 141	51 886	51 763
Fortzüge	56 491	58 787	58 337	58 196	62 362	66 496	65 239	64 995	64 598	65 975
Saldo	+ 2 474	— 990	— 3 644	— 4 252	— 11 082	— 15 282	— 14 858	— 12 854	— 12 712	— 14 212
Ausländer										
Zuzüge	1 952	2 825	3 340	3 590	3 624	4 456	5 242	3 861	3 763	4 916
Fortzüge	1 228	1 935	2 958	3 213	2 674	2 937	2 798	2 081	2 482	3 280
Saldo	+ 724	+ 890	+ 382	+ 377	+ 950	+ 1 519	+ 2 444	+ 1 780	+ 1 281	+ 1 636
Wanderungen über die Bundesgrenzen ^{2) 3)} (Außenwanderung)										
Zuzüge	18 303	17 800	16 248	17 066	16 964	18 422	18 513	12 492	16 925	25 140
Fortzüge	8 989	8 025	7 831	8 781	7 937	9 204	14 433	16 655	12 897	12 154
Saldo	+ 9 314	+ 9 775	+ 8 417	+ 8 285	+ 9 027	+ 9 218	+ 4 080	— 4 163	+ 4 028	+ 12 986
davon Deutsche										
Zuzüge	8 911	8 652	5 382	6 772	5 538	5 314	4 889	4 381	4 172	4 605
Fortzüge	5 677	4 720	4 317	4 340	4 043	3 770	3 965	4 134	3 566	3 214
Saldo	+ 3 234	+ 3 932	+ 1 065	+ 2 432	+ 1 495	+ 1 544	+ 924	+ 247	+ 606	+ 1 391
Ausländer										
Zuzüge	9 392	9 148	10 866	10 294	11 426	13 108	13 624	8 111	12 753	20 535
Fortzüge	3 312	3 305	3 514	4 441	3 894	5 434	10 468	12 521	9 331	8 940
Saldo	+ 6 080	+ 5 843	+ 7 352	+ 5 853	+ 7 532	+ 7 674	+ 3 156	— 4 410	+ 3 422	+ 11 595
Wanderungen insgesamt										
Zuzüge	79 220	78 422	74 281	74 600	71 868	74 092	74 136	68 494	72 574	81 819
Fortzüge	66 708	68 747	69 126	70 190	72 973	78 637	82 470	83 731	79 977	81 409
Saldo	+ 12 512	+ 9 675	+ 5 155	+ 4 410	— 1 105	— 4 545	— 8 334	— 15 237	— 7 403	+ 410
davon Deutsche										
Zuzüge	67 876	66 449	60 075	60 716	56 818	56 528	55 270	56 522	56 058	56 368
Fortzüge	62 168	63 507	62 654	62 536	66 405	70 266	69 204	69 129	68 164	69 189
Saldo	+ 5 708	+ 2 942	— 2 579	— 1 820	— 9 587	— 13 738	— 13 934	— 12 607	— 12 106	— 12 821
Ausländer										
Zuzüge	11 344	11 973	14 206	13 884	15 050	17 564	18 866	11 972	16 516	25 451
Fortzüge	4 540	5 240	6 472	7 654	6 568	8 371	13 266	14 602	11 813	12 220
Saldo	+ 6 804	+ 6 733	+ 7 734	+ 6 230	+ 8 482	+ 9 193	+ 5 600	— 2 630	+ 4 703	+ 13 231

¹⁾ bis 1964 einschl. Land Berlin, ab 1965 einschl. Berlin (West). — ²⁾ ab 1965 einschl. Berlin (Ost). — ³⁾ einschl. Fälle ohne Angabe des Herkunfts- bzw. Ziellandes.

Größenordnung einer Stadt wie etwa Bremerhaven jährlich über die Hamburger Landesgrenze. Diese Zahl ist dreimal so hoch wie die Gesamtzahl der natürlichen Bevölkerungsvorgänge (1969: 21 039 Geburten und 27 213 Sterbefälle).

Im Gegensatz zu der Konstanz des gesamten Wanderungsvolumens weist der Wanderungssaldo erhebliche Veränderungen auf; so steht z. B. einem Wanderungsgewinn von 12 512 Personen (1960) ein Wanderungsverlust von 15 237 Personen (1967) gegenüber. Betrachtet man die Entwicklung des Wanderungssaldos in den letzten 10 Jahren näher, so zeigt sich, daß der zunächst — wie in den 50er Jahren — bestehende Wanderungsgewinn Hamburgs allmählich abgebaut wird, bis er 1964 erstmalig zum Wanderungsverlust wird. Eine weitere Verschlechterung in der Wanderungsbilanz führt dann zu einem Anstieg des Wanderungsverlustes bis zum Höchstwert von über 15 000 (1967). Auf diese Phase folgt

wiederum eine Verbesserung in der Relation von Zu- und Fortzügen: der Wanderungsverlust sinkt, bis der Saldo von 1969 zum ersten Mal seit 1964 wieder einen positiven Wert erreicht (+410). Die Frage ist, ob diese neueste Entwicklung zu entsprechenden Erwartungen hinsichtlich der zukünftigen Wanderungsergebnisse berechtigt. Für die Beantwortung dieser Frage muß die vorliegende Reihe tiefer gegliedert werden, denn der Gesamtsaldo der Wanderungen ist der Nettoeffekt ganz verschieden gerichteter und determinierter Vorgänge: die Wanderungen von Ausländern einerseits und Deutschen andererseits, die Wanderungen über die Bundesgrenzen bzw. zwischen den Bundesländern haben sich sehr unterschiedlich entwickelt. Die erforderliche Aufgliederung in Wanderungen von Deutschen und Ausländern sowie in Binnenwanderung (zwischen Hamburg und den übrigen Bundesländern) und Außenwanderung (über die Grenzen des Bundesgebietes) wurde ebenfalls in Tabelle 1 vorgenommen.

3. Wanderungsgewinne bei den Ausländern, Verluste bei der deutschen Bevölkerung

Unterscheidet man die Zu- und Fortzüge zunächst einmal nach Inländern und Ausländern, so ergibt sich für die Entwicklung bereits ein geändertes Bild. Werden die im allgemeinen ganz erheblichen Zuzugsüberschüsse der Ausländer eliminiert, so setzt der Wanderungsverlust der einheimischen Hamburger Bevölkerung bereits früher ein und bekommt ein größeres Gewicht.

Bei den zu- und fortziehenden Ausländern dürfte es sich zu einem überwiegenden Teil um ausländische Arbeitskräfte handeln, die bekanntlich einen besonders mobilen Bevölkerungsteil darstellen und deren Wanderungen fast ausschließlich ökonomisch motiviert sind. Dadurch wird die Entwicklung ihrer Zu- und Fortzüge in den letzten 10 Jahren erklärbar: bis 1963 bestand ein verhältnismäßig konstanter Wanderungsgewinn von rd. 7 000 Ausländern jährlich; ein Anstieg auf über 9 000 Personen erfolgte bis 1965. Mit der Rezession fiel der Wanderungsgewinn 1966 jedoch wieder auf 5 600 zurück und 1967, im Jahr des wirtschaftlichen Tiefpunktes, wanderten sogar mehr Ausländer aus Hamburg ab als zu: der Saldo ergab einen Wanderungsverlust von 2 600 Personen. Mit beginnender wirtschaftlicher Wiederbelebung wurde allerdings bereits 1968 wieder ein Wanderungsgewinn (4 703) erreicht, der 1969 — im Zeichen der Hochkonjunktur — den bislang noch nicht beobachteten Wert von 13 231 erreichte.

Der Wanderungssaldo der Deutschen gerät in der isolierten Betrachtung bereits 1962 in den negativen Bereich (–2 579) und liegt seit 1965 unverändert bei einem jährlichen Wanderungsverlust von rd. 13 000 Personen. Die beim Gesamtsaldo — einschließlich Ausländer — seit 1968 beobachtete Tendenz zu einer ausgeglichenen Wanderungsbilanz fällt hier fort.

Es wird deutlich, daß das im allgemeinen ausgewiesene Gesamtergebnis aller Wanderungen das Bild des eigentlichen Wanderungsgeschehens verschleiert. Die Mobilität der Ausländer hat in den letzten Jahren ein Volumen solcher Größenordnung erreicht (1969 zogen 37 671 Ausländer zu oder fort, gegenüber nur 15 884 im Jahre 1960), daß eine Zusammenfassung mit den Inländern angesichts der so unterschiedlichen Struktur und Motivation beider Gruppen nicht mehr vertretbar ist. Während sich die Wanderungsgewinne von In- und Ausländern bis 1964 zu einem um so höheren Gesamtwanderungsgewinn addierten — ebenso wie 1967 die negativen Salden bei Deutschen und Ausländern den negativen Gesamteffekt verstärkten — hat in den übrigen Jahren der einseitige Wanderungsgewinn an Ausländern die starke Abwanderung von Deutschen überdeckt. Dies gilt ganz besonders für das Jahr 1969. Die ausgeglichene Wanderungsbilanz Hamburgs in diesem Jahr ist das Ergebnis von etwa gleich starken, aber entgegengesetzten Wanderungsströmen: 12 821 Deutsche zogen (per Saldo) fort, aber 13 231 Ausländer zogen (per Saldo) zu.

4. Großer Gastarbeiter-Anteil macht Ausländerwanderungen konjunkturabhängig

Eine Weiteraufschlüsselung der zu- und fortgezogenen Ausländer danach, ob die Wanderung innerhalb des Bundesgebietes oder über die Bundesgrenzen

hinweg erfolgt ist, zeigt zunächst, daß der Großteil der Ausländer erwartungsgemäß direkt zwischen Hamburg und dem Ausland wandert: 1969 waren dies 29 475 der insgesamt 37 671 zu- oder fortgezogenen Ausländer (78 %). Entsprechend zeigt die Entwicklung der Außenwanderung der Ausländer etwa das gleiche Bild wie die Gesamtwanderung der Ausländer: ein seit 1960 steigendes Volumen an Wandernden (1960: 12 700, 1969: 29 500), verbunden mit einer Erhöhung des Wanderungsgewinns bis 1965, dem Absinken bis zum Wanderungsverlust von 1967 und dem enormen Wiederanstieg des Wanderungsgewinns bis 1969. In einer viel geringeren Größenordnung spielten sich die Zu- und Fortzüge von Ausländern aus und nach anderen Bundesländern ab. Für 1969 ergaben sich aber immerhin 4 916 Zuzüge und 3 280 Fortzüge und somit ein zusätzlicher Wanderungsgewinn für Hamburg von 1 636 Personen. Gerade im Zusammenhang mit der starken konjunkturellen Bewegung in den letzten Jahren fällt auf, daß Hamburg gegenüber den anderen Bundesländern in keinem Jahr, auch nicht in der Zeit der Rezession, einen Wanderungsverlust an Ausländern verzeichnen mußte; im Gegenteil war der Wanderungsgewinn gerade 1966 und 1967 mit 2 444 bzw. 1 780 Personen größer als in anderen Jahren. Es ist anzunehmen, daß es sich hier um Zuwanderungen von Gastarbeitern aus Bundesländern handelte, die vom wirtschaftlichen Rückgang stärker betroffen waren als Hamburg. Durch diesen Wanderungsgewinn wurde (bei einem reinen Außenwanderungsverlust von 4 461 Personen) der insgesamt relativ geringe Wanderungsverlust der Ausländer im Jahre 1967 erreicht (–2 630).

In Tabelle 2 wird Herkunft und Ziel der nach Hamburg zu- bzw. von Hamburg fortziehenden Ausländer näher dargestellt. Der größte Teil der Zu- und Fortzüge beschränkt sich naturgemäß auf den europäischen Raum (1969 waren dies rd. 87 % der Zuzüge und rd. 78 % der Fortzüge). Unter den von und nach dem europäischen Ausland zu- bzw. fortziehenden Ausländern dominierten die südeuropäischen Nationen; hierdurch wird bestätigt, daß es sich bei den Ausländern ganz überwiegend um Gastarbeiter handeln dürfte. Die Zuzüge allein aus Griechenland, Italien, Jugoslawien, Spanien und der Türkei machten 1969 rd. 68 % aller Zuzüge aus Europa aus. 1961 hatte dieser Anteil noch bei nur 56 % gelegen, war dann bis 1966 auf 59 % gestiegen und im Rezessionsjahr 1967 auf einen Wert von nur 50 % gefallen. Aus dem Verlauf dieser Reihe wie aus den entsprechenden Anteilswerten bei den Fortzügen — 1966 und 1967 erreichte der Anteil der Gastarbeiter an den Fortzügen mit 64 % bzw. 63 % die bisher höchsten Werte — ist die Konjunkturreaktibilität der Gastarbeiter-Außenwanderung deutlich abzulesen. Das gleiche Bild vermittelt die Aufgliederung in die einzelnen Nationen: nur in den Jahren 1966 bis 1968 sind Wanderungsverluste erfolgt, dabei 1967 bei allen aufgeführten Staaten. Dagegen wurden 1969 die bisher höchsten Zuzugsüberschüsse verzeichnet. An der Spitze lag — wie bereits 1968 — Jugoslawien: bei 5 067 Zuzügen und 1 209 Fortzügen erreichten die Jugoslawen einen Wanderungsgewinn von 3 858 Personen. An zweiter Stelle lagen die Zuzüge von Türken (Wanderungsgewinn +2 182), während die zu Beginn der 60er Jahre vorherrschenden Zuwanderun-

Tabelle 2

Die Wanderungen der Ausländer zwischen Hamburg und dem Ausland sowie den Bundesländern
1961, 1963 und 1965 bis 1969 nach Herkunfts- und Zielländern

Herkunft Ziel	Jahre						
	1961	1963	1965	1966	1967	1968	1969
	1	2	3	4	5	6	7

Ausland							
Europa	6 889	7 775	10 338	11 172	6 178	10 842	17 708
dar. Grie- chenland ..	558	862	1 046	933	530	895	1 500
Italien	1 340	1 373	2 060	1 760	833	1 268	1 620
Jugo- slawien ..	212	219	463	1 864	670	2 226	5 067
Spanien ..	887	683	911	853	337	531	746
Türkel	856	1 043	1 271	1 163	679	1 883	3 104
Afrika	365	305	598	293	182	203	495
Amerika	832	1 001	1 020	948	809	796	997
dar. USA	434	554	549	527	502	481	550
Asien	853	951	908	934	743	697	998
Australien u. Neusee- land	81	100	115	145	111	106	130
Ohne Angabe	128	162	129	132	88	109	205
Ausland	9 020	10 132	12 979	13 492	8 023	12 644	20 328

Zuzüge							
Schleswig- Holstein ..	515	883	1 115	1 386	1 265	1 278	1 487
Nieder- sachsen ..	566	758	915	983	741	729	948
Bremen	93	98	120	154	113	103	83
Nordrhein- Westfalen ..	468	624	773	1 019	625	541	647
Hessen	218	225	322	335	208	205	328
Rheinland- Pfalz	76	49	83	101	49	76	73
Baden- Württem- berg	438	356	441	513	303	363	457
Bayern	288	414	482	502	364	309	504
Saarland	45	34	31	32	18	23	30
Berlin (West) ¹⁾ ..	118	149	174	217	175	136	359
Bundes- republik ..	2 825	3 590	4 456	5 242	3 861	3 763	4 916

Fortzüge							
Europa	2 612	3 460	4 331	8 167	9 873	6 904	6 894
dar. Grie- chenland ..	79	220	567	889	1 239	586	429
Italien	425	757	869	1 663	1 755	1 328	1 191
Jugo- slawien ..	104	102	147	470	697	561	1 209
Spanien ..	452	485	492	1 262	1 122	559	426
Türkel	75	325	318	950	1 407	886	922
Afrika	105	154	164	399	434	319	244
Amerika	335	468	526	873	1 049	1 048	871
dar. USA	210	249	279	466	516	563	528
Asien	175	268	325	872	1 008	886	711
Australien u. Neusee- land	35	40	41	91	120	133	98
Ohne Angabe	43	51	47	66	37	41	120
Ausland	3 262	4 390	5 387	10 402	12 484	9 290	8 818

Saldo							
Europa	+ 4 277	+ 4 315	+ 6 007	+ 3 005	- 3 695	+ 3 938	+ 10 814
dar. Grie- chenland ..	+ 479	+ 642	+ 479	+ 44	- 709	+ 309	+ 1 071
Italien	+ 915	+ 616	+ 1 191	+ 97	- 922	- 60	+ 429
Jugo- slawien ..	+ 108	+ 117	+ 316	+ 1 394	- 27	+ 1 665	+ 3 858
Spanien ..	+ 435	+ 198	+ 419	- 409	- 785	- 28	+ 320
Türkel	+ 781	+ 718	+ 953	- 213	- 728	+ 1 017	+ 2 182
Afrika	+ 260	+ 151	+ 434	- 106	- 252	- 116	+ 251
Amerika	+ 497	+ 533	+ 494	+ 75	- 240	+ 252	+ 126
dar. USA	+ 224	+ 305	+ 270	+ 61	- 14	- 82	+ 22
Asien							
Australien u. Neusee- land	+ 678	+ 683	+ 583	+ 62	- 265	- 189	+ 287
Ohne Angabe	+ 46	+ 60	+ 74	+ 54	- 9	- 27	+ 32
Ausland	+ 5 758	+ 5 742	+ 7 592	+ 3 090	- 4 461	+ 3 354	+ 11 510

Zuzüge							
Schleswig- Holstein ..	+ 204	+ 74	+ 1 101	+ 1 350	+ 1 226	+ 1 235	+ 1 429
Nieder- sachsen ..	+ 150	+ 188	+ 134	+ 284	+ 218	+ 165	+ 215
Bremen	+ 3	-	- 6	+ 49	+ 19	- 16	- 62
Nordrhein- Westfalen ..	- 38	+ 23	+ 65	+ 362	+ 176	+ 49	+ 22
Hessen	+ 46	+ 12	+ 40	+ 72	+ 28	- 38	+ 54
Rheinland- Pfalz	+ 60	- 10	- 16	+ 16	- 10	+ 12	+ 3
Baden- Württem- berg	+ 171	+ 4	+ 123	+ 173	+ 53	+ 69	+ 2
Bayern	+ 224	+ 143	+ 135	+ 162	+ 112	+ 2	+ 133
Saarland	+ 41	+ 13	+ 16	+ 4	+ 2	+ 12	+ 8
Berlin (West) ¹⁾ ..	+ 29	- 70	- 73	- 28	- 44	- 209	- 168
Bundes- republik ..	+ 890	+ 377	+ 1 519	+ 2 444	+ 1 780	+ 1 281	+ 1 636

¹⁾ bis 1964 einschl. Berlin (Ost).

gen aus Italien in den letzten Jahren zurückgegan- gen sind.

Interessant ist, daß auch bei der Saldenentwicklung der Wanderungsverflechtung mit den außereuro- päischen Ländern um das Jahr 1967 herum eine Zäsur erfolgte. Da sowohl bis 1965 wie auch wieder 1969 aus allen Gebieten ein Wanderungsgewinn an Ausländern registriert wurde, dürfte es sich selbst hier um wirtschaftliche Einflüsse handeln. Im übrigen spielen aber die Zu- und Fortzüge von Auslän- dern nach Übersee größtmäßig nur eine geringe Rolle.

5. Hoher Wanderungsgewinn an Ausländern aus Schleswig-Holstein

Beachtenswert ist dagegen noch die weitere Aufglie- derung der Ausländer- B i n n e n w a n d e r u n g , die

als Ganzes, wie bereits erwähnt, für Hamburg bisher einen ständigen Wanderungsgewinn erbracht hat. Der bei weitem stärkste Zustrom aus anderen Bundes- ländern nach Hamburg, erfolgte aus Schleswig-Hol- stein. Allein gegenüber diesem Bundesland erzielte Hamburg 1969 einen Wanderungsgewinn an Auslän- dern von 1 429 Personen. Erheblich geringer, aber immer noch überdurchschnittlich ist die Anziehungs- kraft Hamburgs auf Ausländer, die sich zunächst im Nachbarland Niedersachsen niedergelassen haben. Der Wanderungsgewinn betrug 1969 215 Personen. In beiden Fällen dürfte es sich wiederum überwie- gend um Gastarbeiter handeln, die nach Hamburg übersiedeln. Ob mit dem Wechsel des Wohnortes ein Arbeitsplatzwechsel verbunden ist, läßt sich aller- dings nicht sagen. Die Wanderungsverflechtung mit den übrigen Bundesländern zeigt dagegen vergleichs- weise weniger ausgeprägte Tendenzen in Richtung

und Größenordnung und gleicht sich für die restlichen 8 Bundesländer in etwa aus. Der Wanderungsgewinn Hamburgs aus der Binnenwanderung der Ausländer als Ganzes entspricht deshalb im wesentlichen dem Wanderungsgewinn gegenüber Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Eine Ausnahme machte nur das Jahr 1966 mit einem Wanderungsgewinn aus den Nachbarländern von 1 634 Ausländern und einem zusätzlichen Wanderungsgewinn aus den übrigen Bundesländern von weiteren 810 Ausländern. Hierfür war insbesondere ein starker Anstieg der Zuzüge aus Nordrhein-Westfalen von 773 Personen (1965) auf 1 019 Personen (1966) verantwortlich. In diesem Bundesland wirkte sich bekanntermaßen das konjunkturelle Tief besonders stark aus, was zur verstärkten Abwanderung von Gastarbeitern geführt haben dürfte. Aber auch die Zuzüge aus allen übrigen Bundesländern nahmen vorübergehend zu; allerdings hat sich diese Bewegung bereits 1967 wieder auf das alte Maß eingependelt.

6. Wanderungsgewinn aus deutschen Ostgebieten führt zur positiven Außenwanderungsbilanz der Deutschen

Entsprechend plausible Erklärungen wie für die Ausländer liegen für die Wanderungsbewegung der Deutschen nicht auf der Hand. Ihre Zu- und Fortzüge stehen nicht in so engem Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung. Mit einer weiteren regionalen Aufgliederung der Außen- und Binnenwanderung soll jedoch versucht werden, charakteristische Wanderungsströme auch für die deutsche Be-

völkerung aus dem Wanderungsgeschehen zu isolieren.

Die Zu- und Fortzüge von Deutschen nach und von Hamburg direkt über die Grenzen des Bundesgebietes haben für Hamburg im gesamten Berichtszeitraum einen Wanderungsgewinn erbracht. Tabelle 3 zeigt diese Außenwanderungsströme genauer; die Zu- und Fortzüge über die Bundesgrenzen umfassen auch die Verflechtung mit der DDR, Berlin (Ost) und den ehemals deutschen Ostgebieten. Während die jeweils rd. 3 000 Zu- und Fortzüge von und nach dem europäischen und außereuropäischen Ausland zu einem in der Regel negativen Wanderungssaldo führen – vor allem war dies 1967 der Fall – erbringen die Zuzüge aus den Gebieten des ehemaligen Deutschen Reiches einen stetigen Wanderungsgewinn. Der insgesamt positive Außenwanderungssaldo der Deutschen beruht also einzig und allein auf dem noch immer vorhandenen Zustrom von Aussiedlern und Flüchtlingen aus dem Osten, der die Abwanderungen in alle anderen Gebiete überwiegt. Dadurch wird auch erklärt, daß zu Beginn der 60er Jahre der Wanderungsgewinn aus der Außenwanderung erheblich höher lag als in den letzten Jahren (1960 noch 3 234 Personen, dagegen 1969 nur 1 391 Personen): Von 1961 auf 1962 sank, ganz sicher infolge des Baues der Berliner Mauer, der Zustrom aus Berlin und der DDR von 4 147 Personen auf 656 Personen. Seit etwa 1966 hat sich der jährliche Wanderungsgewinn aus diesem Gebiet auf rd. 500–700 Personen eingependelt, hier wird es sich vorwiegend um zugezogene Rentner mit Ausreisegenehmigung handeln.

Tabelle 3

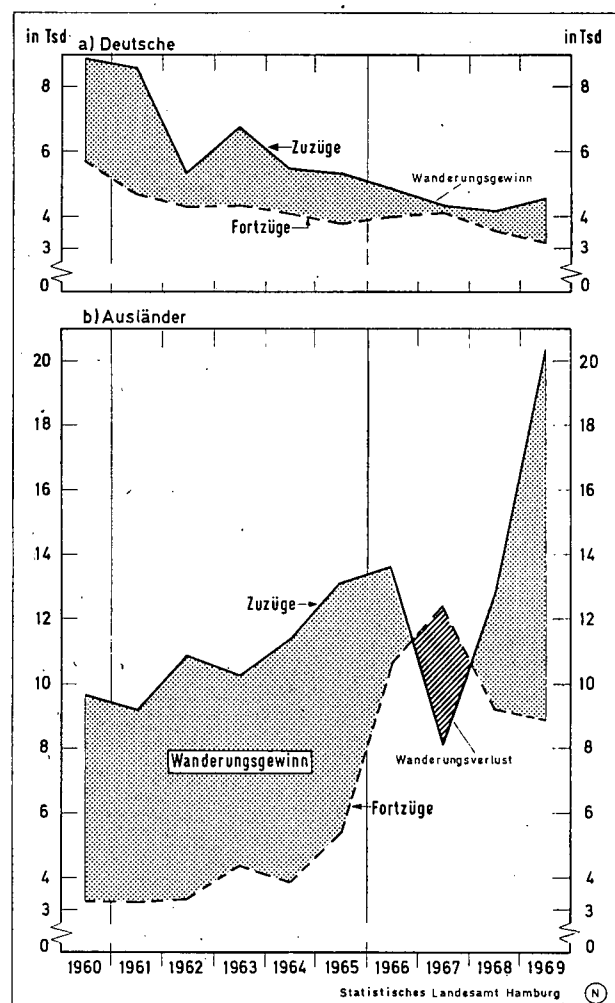
Die Wanderungen der Deutschen zwischen Hamburg und Gebieten außerhalb der Bundesgrenzen 1960 bis 1969

Herkunft Ziel	Jahre									
	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
DDR, Berlin (Ost) ¹⁾										
Zuzüge	4 619	4 147	656	1 609	1 043	846	744	638	587	742
Fortzüge	677	435	227	171	87	76	88	92	59	34
Saldo	+ 3 942	+ 3 712	+ 429	+ 1 438	+ 956	+ 770	+ 656	+ 546	+ 528	+ 708
Ehemalige deutsche Ostgebiete										
Zuzüge	185	132	184	198	215	307	289	257	165	197
Fortzüge	11	3	5	2	2	1	3	—	1	1
Saldo	+ 174	+ 129	+ 179	+ 196	+ 213	+ 306	+ 286	+ 257	+ 164	+ 196
Europäisches Ausland										
Zuzüge	1 689	1 763	1 610	1 687	1 583	1 602	1 430	1 281	1 186	1 212
Fortzüge	1 938	1 899	2 018	1 968	1 783	1 502	1 669	1 649	1 450	1 301
Saldo	— 249	— 136	— 408	— 281	— 200	+ 100	— 239	— 368	— 264	— 89
Außereuropäisches Ausland										
Zuzüge	1 718	1 919	1 876	1 830	1 739	1 696	1 661	1 442	1 515	1 443
Fortzüge	2 529	1 938	1 684	1 799	1 859	1 942	1 845	2 073	1 718	1 570
Saldo	— 811	— 19	+ 192	+ 31	— 120	— 246	— 184	— 631	— 203	— 127
Unbekanntes Ausland										
Zuzüge	700	691	1 056	1 448	958	863	765	763	719	1 012
Fortzüge	522	445	383	400	312	249	360	320	338	308
Saldo	+ 178	+ 246	+ 673	+ 1 048	+ 646	+ 614	+ 405	+ 443	+ 381	+ 704
Gebiete außerhalb der BRD insgesamt										
Zuzüge	8 911	8 652	5 382	6 772	5 538	5 314	4 889	4 381	4 172	4 605
Fortzüge	5 677	4 720	4 317	4 340	4 043	3 770	3 965	4 134	3 566	3 214
Saldo	+ 3 234	+ 3 932	+ 1 065	+ 2 432	+ 1 495	+ 1 544	+ 924	+ 247	+ 606	+ 1 391

¹⁾ bis 1964 einschl. Berlin (West).

Schaubild 3

Wanderungen über die Grenzen der Bundesrepublik 1960 bis 1969
— Außenwanderung —



Auch die Zuzüge aus den ehemaligen Ostgebieten zeigen z. Z. keine wesentlichen Änderungstendenzen: rd. 200 Aussiedler kommen jährlich nach Hamburg.

Läßt man nun die Außenwanderung außer Betracht und berücksichtigt nur die Ergebnisse der Binnenwanderung der Deutschen, so verschlechtert sich die Wanderungsbilanz Hamburgs um ein weiteres; ihr Saldo ist für Hamburg bereits seit 1961 negativ und erbrachte allein 1969 einen Wanderungsverlust von 14 212 Personen!

7. Unverändert starke Abwanderung nach Schleswig-Holstein

Die deutsche Bevölkerung, die zwischen Hamburg und anderen Bundesländern wandert, ist nicht nur die einzige bisher aufgeführte Komponente der Hamburger Wanderungsbilanz mit einem negativen Ergebnis, sie umfaßt auch rein volumenmäßig den größten Teil der Wanderungsbewegung. Das Gesamtvolumen der Inländer-Binnenwanderung, die Hamburg betrifft, liegt seit 1960 relativ konstant zwischen 110 000 und 120 000 Zu- und Fortzügen je Jahr. Allerdings ist dabei der Anteil der Fortzüge aus Hamburg allmählich gestiegen, der der Zuzüge gesunken. Der Saldo, der 1960 noch einen Wanderungsgewinn von 2 474 Personen erbrachte, ist seither stetig ge-

sunken und liegt seit 1964 bei einem Wanderungsverlust von mehr als 10 000 Personen je Jahr. Der Wanderungsverlust in den fünf Jahren seit 1965 beträgt mit 70 018 Personen rd. das Vierfache des Wanderungsgewinns in den ersten fünf Jahren seit 1960. Wo liegen nun die Ursachen für diesen beträchtlichen Bevölkerungsverlust Hamburgs, bei dem z. Z. noch keine Anzeichen für eine Umkehrung erkennbar sind?

In Tabelle 4 ist die Wanderungsverflechtung Hamburgs mit den einzelnen Bundesländern dargestellt. Vergleiche zwischen Stadtstaaten und Flächenländern sind allerdings insbesondere auch bei der Analyse der Wanderungsströme problematisch, denn Verdichtungsgebiete einerseits, Landgebiete andererseits sind zu verschieden hinsichtlich des rein quantitativen Bevölkerungsbestandes, aber auch ihrer demographischen, sozialen und ökonomischen Struktur. Eine Orientierung an den Verwaltungsgrenzen der Länder muß für eine Analyse der Wanderungsströme aber als Notlösung gewählt werden, solange die Wanderungstatistik keine eigentlichen „Wanderungsverflechtungsräume“ ausweist. Betrachtet man zunächst nicht den Wanderungssaldo, sondern das Gesamtvolumen, so zeigt sich, daß allein 42 % aller Zu- und Fortzüge den Bevölkerungsaustausch zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein betreffen und fast zwei Drittel (65 %) aller Binnenwanderungen sich zwischen Hamburg einerseits, Schleswig-Holstein und Niedersachsen andererseits abspielen. D. h. der größte Teil aller Wanderungen umfaßt nur den norddeutschen Nahbereich der unmittelbaren Nachbarländer. Dieser Anteil ist auch in den letzten 10 Jahren leicht angestiegen, 1960 fanden nur rd. 35 % der Binnenwanderungen zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein statt (59 % einschließlich Niedersachsen), 1965 waren es immerhin schon 39 % (bzw. 62 %). Das bedeutet, daß — unabhängig von der Richtung der Wanderung — die Mobilität im Hamburger Nahbereich in den letzten 10 Jahren zugenommen hat, und zwar absolut und relativ.

Rein vom Volumen her steht an nächster Stelle Nordrhein-Westfalen (rd. 13 000 Zu- und Fortzüge jährlich). Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Berlin folgen mit rd. 5 000–6 000 Wanderungsfällen, während die Länder Saarland, Rheinland-Pfalz, Bremen nur eine kleine Rolle spielen.

Bei allen diesen Ländern zeigen allerdings weder die Volumina von Zu- und Fortzügen, noch die Salden systematische Veränderungen irgendeiner Art. Gegenüber Hessen, Baden-Württemberg und Bayern hat Hamburg in allen Jahren einen Wanderungsverlust, gegenüber Nordrhein-Westfalen — bis auf 1966 — einen Wanderungsgewinn, wie auch im wesentlichen gegenüber Berlin. Die geschilderten ganz erheblichen Änderungen im Binnenwanderungssaldo können also nur auf Veränderungen in der Wanderungsbeziehung zu Schleswig-Holstein und Niedersachsen beruhen. So ist der Wanderungsverlust Hamburgs gegenüber Schleswig-Holstein — der bereits 1960 bestand — ständig gestiegen und hatte 1969 den bisherigen Höchststand von 11 834 Personen. Der eigentliche Umbruch erfolgte 1965, als der Verlust erstmalig die 10 000er-Grenze überschritt. Der Wanderungsverlust in den Jahren 1965 bis 1969 hat sich mit 54 485 gegenüber 20 765 in den Jahren 1960 bis 1964 um das Zweieinhalbfache erhöht. 1964 erreichte auch der

Tabelle 4

Die Wanderungen der Deutschen zwischen Hamburg und den übrigen Bundesländern 1960 bis 1969

Herkunft — Ziel		Jahre											
		1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1960 bis 1964	1965 bis 1969
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	12	11	10
Schleswig-Holstein	Zuzüge Fortzüge Saldo	18 733 21 186 - 2 453	18 214 22 059 - 3 845	17 774 21 183 - 3 409	17 777 21 048 - 3 271	17 449 25 236 - 7 787	17 388 28 201 - 10 813	17 430 28 659 - 11 229	18 432 28 331 - 9 899	19 039 29 749 - 10 710	18 759 30 593 - 11 834	89 947 110 712 - 20 765	91 048 145 533 - 54 485
Niedersachsen	Zuzüge Fortzüge Saldo	15 196 12 657 + 2 539	13 880 13 218 + 662	13 835 13 665 + 170	13 467 13 183 + 284	12 525 13 528 - 1 003	12 180 14 434 - 2 254	12 267 14 065 - 1 798	12 842 15 058 - 2 216	12 486 13 639 - 1 153	12 423 14 161 - 1 738	68 903 66 251 + 2 652	62 198 71 357 - 9 159
Bremen	Zuzüge Fortzüge Saldo	1 553 1 498 + 55	1 588 1 494 + 94	1 469 1 425 + 44	1 389 1 370 + 19	1 411 1 391 + 20	1 264 1 403 - 139	1 221 1 397 - 176	1 459 1 377 + 82	1 430 1 231 + 199	1 350 1 214 + 136	7 410 7 178 + 232	6 724 6 622 + 102
Nordrhein-Westfalen	Zuzüge Fortzüge Saldo	8 604 7 164 + 1 440	8 002 7 210 + 792	7 789 6 815 + 974	7 373 6 508 + 865	7 131 6 717 + 414	6 943 6 769 + 174	6 656 6 679 - 23	6 942 6 184 + 758	6 495 6 008 + 487	6 522 6 229 + 293	38 899 34 414 + 4 485	33 558 31 869 + 1 689
Hessen	Zuzüge Fortzüge Saldo	2 452 3 681 - 1 229	2 635 3 681 - 1 046	2 551 3 281 - 730	2 600 3 166 - 566	2 520 3 194 - 674	2 548 3 281 - 733	2 365 3 116 - 751	2 423 3 047 - 624	2 389 3 015 - 626	3 076 2 906 + 170	12 758 17 003 - 4 245	12 801 15 365 - 2 564
Rheinland-Pfalz	Zuzüge Fortzüge Saldo	1 184 1 038 + 146	1 065 1 202 - 137	1 061 1 156 - 95	1 081 1 126 - 45	1 062 1 108 - 46	1 037 1 050 - 13	990 1 003 - 13	934 919 + 15	882 890 - 8	966 933 + 33	5 453 5 630 - 177	4 809 4 795 + 14
Baden-Württemberg	Zuzüge Fortzüge Saldo	3 810 3 931 - 121	3 737 4 175 - 438	3 647 4 266 - 619	3 569 4 030 - 461	3 542 4 063 - 521	3 338 4 064 - 726	3 223 3 655 - 432	3 044 3 566 - 522	3 040 3 564 - 524	3 068 3 458 - 390	18 305 20 465 - 2 160	15 713 18 307 - 2 594
Bayern	Zuzüge Fortzüge Saldo	3 029 3 624 - 595	3 143 3 846 - 703	2 975 4 053 - 1 078	3 255 4 023 - 768	2 903 3 848 - 945	2 933 3 833 - 900	2 740 3 789 - 1 049	2 704 3 802 - 1 098	2 552 3 468 - 916	2 604 3 583 - 979	15 305 19 394 - 4 089	13 533 18 475 - 4 942
Saarland	Zuzüge Fortzüge Saldo	149 264 - 115	250 299 - 49	222 200 + 22	222 214 + 8	185 161 + 24	179 208 - 29	178 152 + 26	184 162 + 22	227 170 + 57	211 142 + 69	1 028 1 138 - 110	979 834 + 145
Berlin (West) ¹⁾	Zuzüge Fortzüge Saldo	4 255 1 448 + 2 807	5 283 1 603 + 3 680	3 370 2 293 + 1 077	3 211 3 528 - 317	2 552 3 116 - 564	3 404 3 253 + 151	3 311 2 824 + 487	3 177 2 549 + 628	3 346 2 864 + 482	2 784 2 756 + 28	18 671 11 988 + 6 683	16 022 14 246 + 1 776
Insgesamt	Zuzüge Fortzüge Saldo	58 965 56 491 + 2 474	57 797 58 787 - 990	54 693 58 337 - 3 644	53 944 58 196 - 4 252	51 280 62 362 - 11 082	51 214 66 496 - 15 282	50 381 65 339 - 14 958	52 141 64 995 - 12 854	51 886 64 598 - 12 712	51 763 65 975 - 14 212	276 679 294 173 - 17 494	257 385 327 403 - 70 018

¹⁾ bis 1964 einschl. Berlin (Ost).

Saldo gegenüber Niedersachsen erstmalig einen negativen Wert, der seither zwischen 1 000 und 2 000 Personen schwankte. Die Jahre 1964/1965 waren es folglich auch, in denen bei der Binnenwanderung insgesamt der entscheidende Umbruch geschah. Die Abwanderung in die Nachbarländer seit 1965 wird als die wesentliche Erscheinung der Wanderungsbewegung näher zu untersuchen sein. Zuvor soll allerdings neben den — problematischen — Ländervergleich noch die Wanderungsverflechtung Hamburgs mit den übrigen Großstädten über 400 000 Einwohner gestellt werden.

8. Leichtes Nord-Süd-Gefälle in der Wanderungsverflechtung mit den Großstädten über 400 000 Einwohner

Von 1965 bis 1969 vollzog sich mit rd. 60 000 Zu- und Fortzügen etwa ein Zehntel des gesamten Binnenwanderungsgeschehens zwischen Hamburg und den übrigen 12 Großstädten der Bundesrepublik mit mehr als 400 000 Einwohnern. Angesichts dieser Größenordnung und der so unterschiedlichen regionalen und wirtschaftlichen Beziehungen ist der resultierende Saldo erstaunlich gering: für die fünf Jahre seit 1965 erreicht er nur eine Höhe von -925. Man kann also wohl sagen, daß die Wanderungsbilanz Hamburgs in dieser Hinsicht ausgeglichen ist. Etwas differenzier-

ter ist das Ergebnis für die einzelnen Städte, wobei allerdings München mit einem Wanderungsgewinn gegenüber Hamburg von 2 295 Personen schon wegen der Größenordnung des Saldos eine Sonderrolle spielt. Vom Gesamtvolumen der Zu- und Fortzüge steht München mit fast 10 000 Personen in fünf Jahren auch gleich hinter Bremen (11 000) an zweiter Stelle, gefolgt von Hannover (7 500) und Frankfurt (6 400). Frankfurt ist neben München auch die einzige Stadt, die gegenüber Hamburg einen nennenswerten Wanderungsgewinn erzielen konnte (220 Personen), während bei Bremen, Stuttgart und Düsseldorf der Wanderungsgewinn schon weniger als 100 Personen beträgt, so daß hier fast wieder ein ausgeglichenes Verhältnis wie etwa auch zwischen Hamburg und Köln oder Nürnberg (Salden von -34 bzw. -2 Personen in fünf Jahren!) besteht. Ein leichter Wanderungsgewinn Hamburgs ist gegenüber der Nachbarstadt Hannover (957 Personen) und den Ruhr-Städten Dortmund (317), Duisburg (275), Essen (175) und Wuppertal (103) zu verzeichnen.

Mittels der Berechnung eines Quotienten aus Zu- und Fortzügen für die einzelnen Städte können die sich aus der unterschiedlichen Bevölkerungszahl ergebenden Differenzen der absoluten Höhe von Wanderungsgewinn und -verlust objektiviert werden⁴⁾. Je nachdem ob und wie weit das Ergebnis über 1 liegt, hat Hamburg einen mehr oder weniger großen Wanderungsgewinn. In der Rangfolge, die sich dann als eine Art „Attraktivitätsmaßstab“ Hamburgs ergibt, führen Duisburg, Hannover und Dortmund. Bei

⁴⁾ Vgl. Schwarz, Karl: Neuere Erscheinungen der Binnenwanderung mit Beispielen. — In: Beiträge zur Frage der räumlichen Bevölkerungsbewegung, a. a. O.

Tabelle 5

Die Wanderungsbewegung zwischen Hamburg und den Großstädten über 400 000 Einwohnern 1965 bis 1969
— Deutsche —

Städte	1965			1966			1967			1968		
	Zuzüge	Fortzüge	Saldo	Zuzüge	Fortzüge	Saldo	Zuzüge	Fortzüge	Saldo	Zuzüge	Fortzüge	Saldo
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
München	824	1 176	— 352	682	1 169	— 487	716	1 132	— 416	628	1 160	— 532
Köln	575	617	— 42	483	523	— 40	534	475	+ 59	419	506	— 87
Essen	317	332	— 15	378	273	+ 105	348	284	+ 64	280	276	+ 4
Düsseldorf	531	560	— 29	499	508	— 09	482	517	— 35	468	456	+ 12
Frankfurt a. M.	630	731	— 101	616	686	— 70	568	617	— 49	589	615	— 26
Dortmund	256	172	+ 84	294	259	+ 35	338	212	+ 126	254	174	+ 80
Stuttgart	469	496	— 27	401	388	+ 13	418	418	—	421	437	— 16
Bremen	948	1 155	— 207	987	1 062	— 75	1 213	1 159	+ 54	1 181	1 061	+ 120
Hannover	884	664	+ 220	799	639	+ 160	909	671	+ 238	831	631	+ 200
Duisburg	211	142	+ 69	180	131	+ 49	169	126	+ 43	185	113	+ 72
Nürnberg	195	195	—	162	230	— 68	186	186	—	199	113	+ 86
Wuppertal	193	187	+ 6	186	161	+ 25	217	149	+ 68	144	131	+ 13
Insgesamt	6 033	6 427	— 394	5 667	6 029	— 362	6 098	5 946	+ 152	5 599	5 673	— 74

Fortsetzung

Städte	1969			1965 bis 1969 insgesamt			Attraktivitäts- koeffizient ($\frac{\text{Zuzüge}}{\text{Fortzüge}} \cdot 100$)
	Zuzüge	Fortzüge	Saldo	Zuzüge	Fortzüge	Saldo	
	13	14	15	16	17	18	
München	817	1 325	— 508	3 667	5 962	— 2 295	0,62
Köln	599	523	+ 76	2 610	2 644	— 34	0,99
Essen	284	267	+ 17	1 607	1 432	+ 175	1,12
Düsseldorf	574	563	+ 11	2 554	2 604	— 50	0,98
Frankfurt a. M.	717	701	+ 16	3 130	3 350	— 220	0,93
Dortmund	247	255	— 8	1 389	1 072	+ 317	1,30
Stuttgart	432	468	— 36	2 141	2 207	— 66	0,97
Bremen	1 149	1 126	+ 23	5 478	5 563	— 85	0,98
Hannover	825	686	+ 139	4 248	3 291	+ 957	1,29
Duisburg	173	131	+ 42	918	643	+ 275	1,43
Nürnberg	188	208	— 20	930	932	— 2	1,00
Wuppertal	167	176	— 9	907	804	+ 103	1,13
Insgesamt	6 182	6 429	— 247	29 579	30 504	— 925	0,97

weitem an letzter Stelle liegt (mit 0,62) München, d. h. die Attraktivität Hamburgs ist gegenüber dieser Stadt relativ am geringsten gewesen. Das Material reicht für tiefergehende Analysen nicht aus, es scheint sich aber auch in diesen Ergebnissen ein gewisses „Nord-Süd-Gefälle“ niederzuschlagen. Neben München liegen auch Frankfurt und Stuttgart am unteren Ende der Rangfolge, gefolgt von Düsseldorf und Köln, wohingegen die Städte im norddeutschen Raum bis einschließlich der des Ruhrgebiets am Anfang stehen. Ohne Zweifel ist allerdings die Beschränkung auf die Verwaltungsgrenzen der Städte ebensowenig befriedigend wie die Orientierung an den Ländergrenzen. Eine Einbeziehung der jeweiligen Stadtumlandgebiete wäre für eine entsprechende Untersuchung von großem Wert.

9. Wanderungsgewinne aus den kreisfreien Städten Norddeutschlands

Aus allem bisher Gesagten hat sich ganz eindeutig der Raum Niedersachsen und Schleswig-Holstein als eigentlicher Schwerpunkt im Wanderungsgeschehen lokalisieren lassen. Um die Frage zu beantworten, wo in diesem Gebiet sich die Mobilität ganz besonders äußert, wurden zunächst in Tabelle 6 die Zu- und Fortzüge zwischen Hamburg und den Städten

Tabelle 6

Die Wanderungen zwischen Hamburg und den kreisfreien Städten der norddeutschen Bundesländer 1969
— Deutsche —

Herkunft — Ziel	Zuzüge	Fortzüge	Saldo	Attraktivitäts- koeffizient ($\frac{\text{Zuzüge}}{\text{Fortzüge}} \cdot 100$)
	1	2	3	
Flensburg	425	338	+ 87	1,3
Kiel	923	705	+ 218	1,3
Lübeck	1 140	982	+ 158	1,2
Neumünster	350	219	+ 131	1,6
Hamein	58	42	+ 16	1,4
Hannover	751	616	+ 135	1,2
Göttingen	165	202	— 63	0,8
Hildesheim	126	85	+ 41	1,5
Celle	130	92	+ 38	1,4
Lüneburg	414	331	+ 83	1,3
Wolfsburg	91	100	— 9	0,9
Cuxhaven	320	231	+ 89	1,4
Osnabrück	131	101	+ 30	1,3
Braunschw.	91	65	+ 26	1,4
Emden	322	242	+ 80	1,3
Goslar	65	86	— 21	0,8
Salzgitter	85	65	+ 20	1,3
Delmenhorst	45	63	— 18	0,7
Oldenburg	288	232	+ 56	1,2
Wilhelmshaven	199	131	+ 68	1,5
Bremerhaven	270	200	+ 70	1,4
Insgesamt	1 080	1 014	+ 66	1,1

der drei norddeutschen Nachbarländer zusammenge- stellt. Dabei wurde nur das Jahr 1969 als das der bis- her stärksten Abwanderungen aus Hamburg in den norddeutschen Raum herangezogen. Schon der Um- fang dieser Wanderungen ist mit 13 611 von den ins- gesamt 78 500 für diese drei Bundesländer ausge- wiesenen Zu- und Fortzügen mit rd. 17 % geringer, als es der Anteil der Bevölkerung (3,2 Mio Einwohner von insgesamt 10,4 Mio, das sind 31 %) hätte erwar- ten lassen. Und was das Ergebnis für das Jahr 1969 betrifft, so ist nicht nur der Gesamtsaldo für Ham- burg (1 327) positiv, sondern auch die Wanderungs- verbindungen mit den einzelnen Städten brachten bis auf ganz wenige Ausnahmen für Hamburg Wande- rungsgewinne. Das drückt der Saldo und auch der wie oben berechnete „Attraktivitätskoeffizient“ aus, der im Durchschnitt bei 1,2, für Städte wie beispie- lsweise Flensburg, Kiel, Neumünster oder Celle und Bremerhaven aber sogar höher liegt. Damit fallen die kreisfreien Städte als Ziel der vom Volumen her beachtlichen und vom Ergebnis für Hamburg her ne- gativen Wanderung zwischen Hamburg und den nord-

deutschen Ländern weg. Als um so größer dürfte sich damit die Bedeutung des unmittelbaren Hamburger Umlandes erweisen.

10. Abwanderungen in die Hamburger Randkreise seit 1965 stark gestiegen

Starke Abwanderungen erfolgten in alle Hamburg unmittelbar benachbarten Landkreise von Schleswig- Holstein und Niedersachsen. In Tabelle 7 sind die entsprechenden Daten für die 10 Jahre seit 1960 dar- gestellt. Von den 18 759 nach Hamburg aus Schles- wig-Holstein zugezogenen Personen kamen 11 737 Personen aus den 5 benachbarten Kreisen (rd. 63 %), von den 30 593 Fortzügen erfolgten sogar 22 761 in dieses Gebiet, das sind 74 %. Für Niedersachsen lagen dieselben Werte bei 28 % und 44 %. Aus die- sen Relationen wird gleichermaßen deutlich, wie stark die Verflechtung zwischen diesen Gebieten ist, daß der Zusammenhang bei Schleswig-Holstein, also im nördlichen Hamburger Umland, erheblich enger ist als im südlichen, an Niedersachsen grenzenden

Tabelle 7

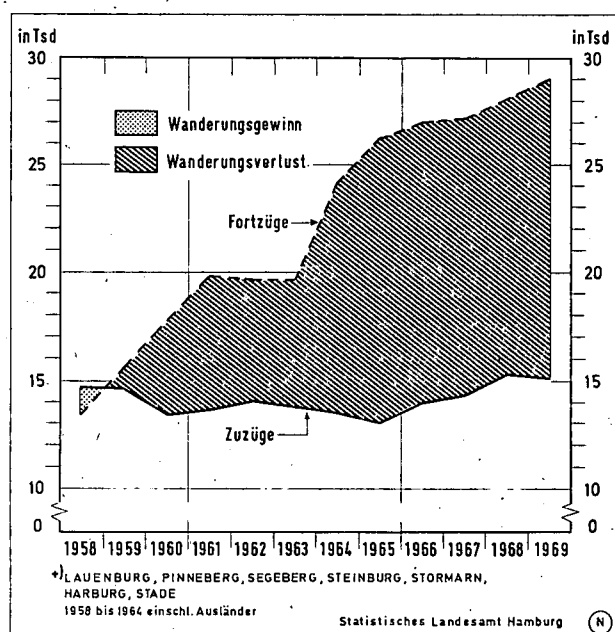
Die Wanderungen zwischen Hamburg und den Nachbarkreisen in Schleswig-Holstein und Niedersachsen von 1960 bis 1969¹⁾
— Deutsche —

Herkunft Ziel	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10.
Schleswig-Holstein										
Zuzüge	18 733	18 214	17 774	17 777	17 449	17 388	17 430	18 432	19 039	18 759
Fortzüge	21 186	22 059	21 183	21 048	25 236	28 201	28 659	28 331	29 749	30 593
Saldo	— 2 453	— 3 845	— 3 409	— 3 251	— 7 787	— 10 813	— 11 229	— 9 899	— 10 710	— 11 834
dar. Landkreise										
Hzgt. Lauenburg										
Zuzüge	1 924	1 800	1 716	1 569	1 666	1 525	1 616	1 589	1 652	1 758
Fortzüge	1 543	1 801	1 754	1 776	2 086	2 240	2 242	2 388	2 496	2 478
Saldo	+ 381	— 1	— 38	— 207	— 420	— 715	— 626	— 799	— 844	— 720
Pinneberg										
Zuzüge	3 147	3 472	3 616	3 785	3 750	3 658	3 902	4 144	4 328	4 329
Fortzüge	5 491	5 932	6 227	6 186	7 606	8 832	8 380	7 849	8 678	8 418
Saldo	— 2 344	— 2 460	— 2 611	— 2 401	— 3 856	— 5 174	— 4 478	— 3 705	— 4 350	— 4 089
Segeberg										
Zuzüge	973	951	936	964	901	865	941	925	1 050	993
Fortzüge	1 137	1 468	1 268	1 163	1 605	1 725	1 709	2 244	1 895	2 287
Saldo	— 164	— 517	— 332	— 199	— 704	— 860	— 768	— 1 319	— 845	— 1 294
Steinburg										
Zuzüge	1 057	931	957	860	857	833	740	811	879	769
Fortzüge	849	948	786	732	750	900	860	829	793	900
Saldo	+ 208	— 17	+ 171	+ 128	+ 107	— 67	— 120	— 18	+ 86	— 131
Stormarn										
Zuzüge	3 190	3 329	3 547	3 345	3 261	3 269	3 495	3 614	3 929	3 888
Fortzüge	5 080	5 230	4 647	4 893	6 108	6 630	7 925	7 528	8 675	8 678
Saldo	— 1 890	— 1 901	— 1 100	— 1 548	— 2 847	— 3 361	— 4 430	— 3 914	— 4 746	— 4 790
Niedersachsen										
Zuzüge	15 196	13 880	13 835	13 467	12 525	12 180	12 267	12 842	12 486	12 423
Fortzüge	12 657	13 218	13 665	13 183	13 528	14 434	14 065	15 058	13 639	14 161
Saldo	+ 2 439	+ 662	+ 170	+ 284	— 1 003	— 2 254	— 1 798	— 2 216	— 1 153	— 1 738
dar. Landkreise										
Harburg										
Zuzüge	2 080	2 129	2 203	2 209	2 203	2 010	2 249	2 305	2 339	2 387
Fortzüge	2 934	3 568	3 771	3 906	4 968	4 245	4 353	4 786	4 126	4 668
Saldo	— 854	— 1 439	— 1 568	— 1 697	— 2 765	— 2 235	— 2 104	— 2 481	— 1 787	— 2 281
Stade										
Zuzüge	1 114	1 110	1 148	1 136	911	955	1 094	1 002	1 156	1 047
Fortzüge	791	1 001	1 304	1 133	1 171	1 745	1 592	1 699	1 487	1 615
Saldo	+ 323	+ 109	— 156	+ 3	— 260	— 790	— 498	— 697	— 331	— 568

¹⁾ 1960 bis 1964 einschl. Ausländer.

Schaubild 4

Die Zu- und Fortzüge von/nach den Randkreisen *)
1958 bis 1969



Raum und daß das Umland für die Fortzüge aus Hamburg ein noch stärkeres Gewicht hat als als Einzugsgebiet für Hamburger Zuwanderer. Außerdem zeigt sich, daß sich der Anteil, den die Randwanderung ausmacht, in den letzten Jahren stetig erhöht hat: während 1960 rd. 67 % der Fortzüge aus Hamburg nach Schleswig-Holstein in einen der fünf Randkreise gingen, waren es 1963 bereits 70 % und 1965 sogar schon 72 %. Entsprechend ist dieser Wert auch für die niedersächsischen Randkreise von 30 % (1960) auf über 40 % gestiegen. Es läßt sich ferner noch feststellen, daß die 45 %ige Steigerung der Fortzüge in das Nachbarland Schleswig-Holstein von 21 186 (1960) auf 30 593 (1969) so gut wie völlig auf das Konto der von 14 100 (1960) auf 22 761 (1969) gestiegenen Fortzüge in die fünf Randkreise geht, während die Restsumme der Fortzüge — in die übrigen Kreise Schleswig-Holsteins — in den Jahren der Berichtszeit etwa konstant bei ca. 7 000 Personen gelegen hat.

Die Zu- und Fortzüge von/nach den Randkreisen *)
1958 bis 1969

Jahre	Zuzüge	Fortzüge	Saldo
	1	2	3
1958	14 762	13 409	+ 1 353
1959	14 696	15 738	— 1 042
1960	13 485	17 825	— 4 340
1961	13 722	19 948	— 6 226
1962	14 123	19 757	— 5 634
1963	13 868	19 789	— 5 921
1964	13 549	24 294	— 10 745
1965	13 115	26 317	— 13 202
1966	14 037	27 061	— 13 024
1967	14 390	27 323	— 12 933
1968	15 333	28 150	— 12 817
1969	15 171	29 044	— 13 873

*) Hzgl. Lauenburg, Pinneberg, Segeberg, Steinburg, Stormarn, Harburg und Stade; 1958 bis 1964 einschl. Ausländer.

Nun haben allerdings nicht alle Randkreise für die Wanderungsverflechtung Hamburgs mit dem Umland dasselbe Gewicht. Vom Volumen der Wanderungen wie auch vom Saldo her liegen in Schleswig-Holstein die Landkreise Pinneberg und Stormarn, für Niedersachsen der Landkreis Harburg an erster Stelle: 1969 hatte Hamburg allein gegenüber diesen drei Landkreisen Wanderungsverluste von 4 089, 4 790 und 2 281, insgesamt also 11 160 Personen, 1960 hatte diese Zahl noch bei 5 088 Personen gelegen. Besonders groß war die Veränderung von 1963 auf 1964 bzw. 1965; für Pinneberg stieg der Wanderungssaldo in dieser Zeit von 2 401 auf 3 856 bzw. 5 174 Personen (115 %), für Stormarn sogar von 1 548 auf 2 847 und 3 361 Personen (117 %). Für Harburg waren die Steigerungen nicht in dem Maße steil und stetig; da außerdem die Abwanderung in die nördlichen Randkreise von der Größenordnung her ein beträchtlich stärkeres Gewicht hat, sollen im folgenden nur noch Pinneberg und Stormarn berücksichtigt werden. Auf diese beiden Kreise entfielen 1969 allein 75 % des Hamburger Wanderungsverlustes gegenüber Schleswig-Holstein bzw. 65 % gegenüber den Nachbarländern zusammen und ganze 64 %, wenn man nur die sieben Randkreise einbezieht. Zu diesem Ergebnis führten 8 418 Fortzüge nach Pinneberg und 8 678 Fortzüge nach Stormarn, denen 4 329 bzw. 3 888 Zuzüge entgegenstanden. Es bleibt zu klären, wo in diesen Kreisen wiederum, die im wesentlichen den Bereich der nördlichen Aufbauachsen abdecken, die Schwerpunkte für Zuzüge aus Hamburg liegen.

11. Starker Zustrom in Gemeinden auf den Aufbauachsen nach Elmshorn und Kaltenkirchen

11 814 Fortzüge und 6 047 Zuzüge erfolgten 1969 allein zwischen Hamburg und 15 Gemeinden in den Kreisen Pinneberg und Stormarn. Mit einem Wanderungssaldo von 5 767 decken diese 15 Gemeinden zugleich rd. zwei Drittel der Abwanderung in diese zwei Kreise ab. Die Gemeinden, die nach der Höhe des Wanderungssaldos in den Jahren 1965 bis 1969 ausgewählt wurden, sind in Tabelle 8 einzeln mit den jährlichen Salden aufgeführt. Die Gemeinden mit den höchsten Wanderungsgewinnen stehen überwiegend in Verbindung mit den Aufbauachsen der gemeinsamen Landesplanung. Den höchsten Wanderungsgewinn gegenüber Hamburg verzeichnet für die letzten 5 Jahre Garstedt (3 691) vor Harksheide (3 466). Zusammen mit Friedrichsgabe (964) und Glashütte (2 115) erreichten diese vier, jetzt zu Norderstedt zusammengeschlossenen Gemeinden einen Wanderungsgewinn an zugezogenen Hamburgern von 10 236 Personen in fünf Jahren.

Auch die auf der Aufbauachse Elmshorn gelegenen Gemeinden Halstenbek, Rellingen, Schenefeld, Pinneberg und Elmshorn erreichten in fünf Jahren einen Wanderungsgewinn an Hamburgern von 9 183 Personen.

Was die Entwicklung in den letzten Jahren betrifft, so sind für die einzelnen Gemeinden, schon wegen der Größenordnung und der Abhängigkeit von einzelnen Bauvorhaben, die Jahresergebnisse relativ starken Schwankungen unterworfen. Die höchsten Wanderungsgewinne in den letzten zwei Jahren erzielte mit jeweils über 900 Personen Harksheide, während

Tabelle 8

Die Wanderungen zwischen Hamburg und ausgewählten Gemeinden der Nachbarkreise
Pinneberg und Stormarn¹⁾ 1961, 1963 und 1965 bis 1969

Gemeinden	1961	1963	1965	1966	1967	1968	1969	1965 bis 1969
	1	2	3	4	5	6	7	8
Elmshorn	+ 88	— 74	— 357	— 185	— 148	— 254	— 320	— 1 264
Friedrichsgabe	— 214	— 61	— 176	— 138	— 124	— 275	— 251	— 964
Garstedt	— 763	— 662	— 1 206	— 896	— 521	— 497	— 571	— 3 691
Halstenbek	— 36	— 130	— 132	— 181	— 290	— 372	— 610	— 1 585
Pinneberg	— 204	— 164	— 649	— 383	— 278	— 881	— 314	— 2 505
Quickborn	— 208	— 192	— 421	— 185	— 307	— 331	— 367	— 1 611
Rellingen	— 85	— 95	— 156	— 144	— 420	— 275	— 200	— 1 195
Schenefeld	— 265	— 418	— 704	— 829	— 485	— 374	— 242	— 2 634
Wedel	— 593	— 460	— 401	— 557	— 286	— 252	— 150	— 1 646
Ahrensburg	— 441	— 324	— 241	— 398	— 376	— 304	— 406	— 1 725
Glashütte	— 31	— 72	— 337	— 799	— 297	— 223	— 459	— 2 115
Glinde	— 36	— 71	— 200	— 129	— 131	— 281	— 258	— 999
Harksheide	— 481	— 409	— 484	— 630	— 462	— 928	— 962	— 3 466
Hoisdüttel	+ 34	+ 11	— 444	— 695	— 226	— 224	— 119	— 1 708
Reinbek	— 156	— 178	— 337	— 452	— 499	— 497	— 538	— 2 323
Insgesamt	— 3 391	— 3 299	— 6 245	— 6 601	— 4 850	— 5 968	— 5 767	— 29 431

¹⁾ Deutsche und Ausländer.

der Wanderungsgewinn von z. B. Garstedt 1969 mit 571 Personen nur halb so groß war wie 1965. Insgesamt ist aber ein Rückgang der Wanderungsgewinne aus dem Zahlenmaterial nicht zu erkennen,

wie er auch angesichts der Planungsvorhaben, der zunehmenden Verstädterung der Randgebiete und der verbesserten Verkehrserschließung nicht zu begründen wäre.

12. Zusammenfassung

Die Zu- und Fortzüge über die Hamburger Landesgrenzen haben einen erheblichen Einfluß auf den Bevölkerungsbestand Hamburgs. Dieser Einfluß äußerste sich in den vergangenen 10 Jahren in wechselnder Richtung: Wanderungsgewinnen von mehr als 10 000 Personen je Jahr stehen Wanderungsverluste derselben Größenordnung gegenüber, 1969 war die Wanderungsbilanz dagegen wiederum nahezu ausgeglichen. Die Frage nach der Weiterentwicklung der Zu- und Fortzüge in der Zukunft hat große Bedeutung gerade im Rahmen von Bevölkerungsvorausschätzungen²⁾ und ist nur durch eine weitergehende Aufgliederung der in der Vergangenheit registrierten Wanderungsströme zu beantworten.

Die Gesamtwanderung, die im allgemeinen für Aussagen über die Bevölkerungsbewegung herangezogen wird, ist das saldierte Ergebnis von ganz unterschiedlich determinierten Wanderungsströmen: der Wanderung von Inländern wie Ausländern, und zwar zwischen Hamburg und übrigen Gebieten des Bundesgebietes wie zwischen Hamburg und Gebieten außerhalb der Bundesgrenzen. Die Aufschlüsselung allein nach diesen vier Komponenten hat für Hamburg die allgemeine Aussage über Wanderungsverlust und -gewinn (Tendenz zum Ausgleich) erheblich differenziert.

- Die Ausländer-Außenwanderung beruht im wesentlichen auf den Zu- und Fortzügen ausländischer Arbeitnehmer und ist stark konjunkturabhängig. Dem Wanderungsverlust im Zeichen der Rezession (—4 410) steht 1969 der bisher höchste Wanderungsgewinn (+11 595) gegenüber.
- Die Ausländer-Binnenwanderung zeigt in allen Jahren einen Zustrom aus den übrigen Bundesländern nach Hamburg, der sich ebenfalls als — in begrenztem Maße — konjunkturabhängig erwiesen hat. Besonders hoch ist der Zuzugsüberschuß aus Schleswig-Holstein.
- Die Außenwanderung der Deutschen erbringt für Hamburg ebenfalls Zuzugsüberschüsse, die im wesentlichen auf der Zuwanderung aus der DDR und den Ostgebieten beruhen und infolgedessen in den letzten Jahren abgenommen haben.
- Ein Überwiegen der Fortzüge erlebt Hamburg einzig und allein — und das bereits seit 1961 und in steigendem Maße — in der Inländer-Binnenwanderung. Eine weitere regionale Aufgliederung zeigt, daß hier die Abwanderung in die Nachbarländer Schleswig-Holstein und Niedersachsen, genauer in die unmittelbar an Hamburg grenzenden Kreise, die entscheidende Rolle spielt. Der Schwerpunkt liegt dabei wieder im Bereich der nördlichen Aufbauachsen.

²⁾ Vgl.: „Die Berücksichtigung der Wanderungsbewegung in einem Modell der Bevölkerungsvorausschätzung“. — In: Hamburg in Zahlen, Jg. 1970, Oktober-Heft.

Der in den letzten Jahren für Hamburg ermittelte Wanderungsverlust ist also kein generelles Übergewicht der Fort- über die Zuzüge gewesen, genausowenig wie im Jahre 1969 ein genereller Ausgleich erzielt wurde, der für die nähere Zukunft wieder auf nennenswerte Wanderungsgewinne schließen läßt. Der Saldo der Gesamtwanderung hat sich in der Vergangenheit vielmehr als Ergebnis ganz unterschiedlich gerichteter Wanderungsströme ergeben, die sich im Effekt teilweise verstärkt (1966/67), teilweise kompensiert (1969) haben. So ist der Ausgleich des letzten Jahres im wesentlichen das Ergebnis eines Inländer-Binnenwanderungsverlustes (-14 212) bei gleichzeitigem Ausländer-Außenwanderungsgewinn (+11 595).

Während die Binnenwanderung der Ausländer und die Außenwanderung der Deutschen in der Größenordnung nur eine untergeordnete Rolle spielen und in Richtung und Ergebnis in den nächsten Jahren kaum einen großen Entwicklungsspielraum haben dürften, ist die Beurteilung der beiden übrigen Komponenten, der Außenwanderung der Ausländer und Binnenwanderung der Deutschen, sehr viel problematischer hinsichtlich ihrer Weiterentwicklung. Die Ausländer-Außenwanderung dürfte wegen ihrer Abhängigkeit von der gesamtwirtschaftlichen Situation auch in Zukunft auf konjunkturelle Schwankungen reagieren. Ein Anhalten des starken Zustroms von 1969 ist fraglich. Die Entwicklung der Binnenwanderung der Deutschen dürfte, da sie so überwiegend auf das Hamburger Umland zielt, stark abhängig sein von der weiteren Umlanderschließung, dem Wohnungsbau und anderen Entscheidungen der Regionalplanung.

Das gesamte Wanderungsergebnis für Hamburg in den nächsten Jahren hängt somit davon ab, inwieweit die Abwanderung in das Umland – zahlenmäßig – von der Zuwanderung von Ausländern ausgeglichen wird. Von einer Umbruchsituation in der Wanderungsbilanz Hamburgs kann zunächst angesichts des Ergebnisses von 1969 noch nicht gesprochen werden.

Deutlich wird angesichts dieser starken Abwanderung aus der Kernstadt in die Außenzonen der Stadtregion, die das entscheidende Kennzeichen der Wanderungsbewegung der letzten Jahre, auch in anderen Städten, war und vermutlich in den nächsten Jahren sein wird⁴⁾, daß eine Analyse von Wanderungsbewegungen und darüber hinaus der Bevölkerungsvorgänge generell sich weniger denn je an den Verwaltungsgrenzen von Städten und Ländern orientieren kann. Die Gliederung nach Wanderungsverflechtungs- und Planungsräumen als regionale Einheiten in der Aufbereitung der Wanderungsstatistik ist deshalb in Hamburg in Vorbereitung.

Elke Heide

⁴⁾ Vgl. Boustedt, Olaf, a. a. O.

Zum Schuldverhalten der Fußgänger bei Straßenverkehrsunfällen mit Personenschaden in Hamburg 1964 bis 1968

1. Vorbemerkungen

Im Juni-Heft wurde in dieser Zeitschrift bereits ausführlich über das Schuldverhalten der wichtigsten Verkehrsteilnehmergruppen bei Straßenverkehrsunfällen mit Personenschaden in Hamburg in den Jahren 1964 bis 1968 berichtet.¹⁾ In diesem Aufsatz wurde für die einzelnen Gruppen untersucht, in welchem Ausmaß die Unfallbeteiligten selbst Schuld am Zustandekommen des Unfalls trugen bzw. inwieweit sie schuldlos in den Unfall verwickelt worden sind. Das läßt sich erreichen, indem man die Zahl der Hauptverursacher von Straßenverkehrsunfällen auf jeweils 100 nichtschuldige Unfallbeteiligte berechnet. Auf diese Weise ergaben sich sogenannte „Schuldquoten“, die gute Einblicke in das Schuldverhalten der Verkehrsteilnehmer zulassen. Nähere Einzelheiten zur Methode mögen dem angegebenen Aufsatz entnommen werden. Der Schwerpunkt der damaligen Arbeit lag bei der Untersuchung der Kraftfahrer, wobei vor allem die Unterschiede in den spezifischen Schuldquoten nach der Art der Verkehrsbeteiligung, nach dem Geschlecht, nach dem Lebensalter und nach der Dauer der Fahrpraxis behandelt worden sind.

Bereits damals wurde deutlich, daß die unfallbeteiligten Fußgänger viel häufiger als alle anderen Verkehrsteilnehmerarten die Schuld am jeweiligen Unfall trugen. Daher soll in diesem Aufsatz das Schuldverhalten der Fußgänger etwas näher unter die Lupe genommen werden. Darüber hinaus bietet es sich an, eine Beziehung zur Hamburger Wohnbevölkerung herzustellen. Wenn man beispielsweise die Zahl der unfallbeteiligten Fußgänger in der jeweiligen Geschlechts- und Altersgliederung auf je 100 000 der Wohnbevölkerung bezieht, so gewinnt man eine Kennziffer, die die Unfallhäufigkeit der Hamburger Fußgänger charakterisiert. Da hier von den Unfallbeteiligten ausgegangen wird, kann man noch präziser von einer Unfallbeteiligungshäufigkeit sprechen. Setzt man dagegen nur die Fußgänger, die einen Unfall schuldhaft verursacht haben, in Beziehung zur Wohnbevölkerung, so ergibt sich eine Kennziffer, die die Unfallverursachungshäufigkeit widerspiegelt.

Allerdings muß man sich bei der Interpretation dieser Unfallhäufigkeitsziffern einiger Einschränkungen in der Aussagefähigkeit bewußt sein. So sind unter den Unfallbeteiligten auch auswärts Wohnende enthalten, die in der Bezugsgrundlage „Wohnbevölkerung Hamburgs“ kein Äquivalent finden, während umgekehrt Fußgängerunfälle Hamburger Einwohner außerhalb der Stadtgrenzen nicht berücksichtigt wer-

den konnten. Vor allem aber kann durch die Beziehung auf die Hamburger Wohnbevölkerung nicht die unterschiedliche Intensität, mit der die einzelnen Geschlechts- oder Altersgruppen als Fußgänger am Straßenverkehr teilnehmen, abgedeckt werden. Letztlich ist natürlich das Risiko nicht allein von der Zahl der Personen abhängig, sondern ebenso auch von der Zeit, die diese Personen im Straßenverkehr verbringen. Dabei wird es sicherlich erhebliche Unterschiede geben; es steht jedoch keinerlei statistisches Material zur Verfügung, das hierüber Auskunft geben könnte.

2. Schuldquoten

Das hier vorgelegte Zahlenmaterial beruht auf Sonderuntersuchungen in den Jahren zwischen 1964 und 1968. In den fünf Jahren des Untersuchungszeitraumes wurden rd. 18 000 unfallbeteiligte Fußgänger registriert, von denen 11 500, das sind knapp zwei Drittel, als Hauptverursacher des jeweiligen Unfalls anzusehen waren. Die bereits erwähnte Untersuchung im Juni-Heft dieser Zeitschrift zeigte, daß die daraus resultierende Schuldquote von 178 Hauptverursachern²⁾ auf 100 nichtschuldige Unfallbeteiligte mehr als doppelt so hoch lag als die der Kraftfahrer (83). Bedenklich erschien auch, daß im Gegensatz zu den anderen Verkehrsbeteiligten die Schuldquote der Fußgänger zwischen 1964 (159) und 1968 (198) erheblich angestiegen ist, während im gleichen Zeitraum die Schuldquote der Kraftfahrer von 87 auf 79 zurückging. Ergänzend zu unserer damaligen Veröffentlichung soll in diesem Beitrag analysiert werden, welche Unterschiede zwischen den einzelnen Geschlechts- bzw. Altersgruppen bestehen.

Weitaus geringere Schuldquoten der weiblichen Fußgänger

Betrachtet man zunächst in Tabelle 1 das Verhältnis von männlichen und weiblichen Fußgängern bei den Unfallbeteiligten, so zeigt sich, daß hier die Männer mit 56 % deutlich überwiegen. Das aber ist der Gliederung der Hamburger Wohnbevölkerung, bei der die Frauen einen Anteil von knapp 54 % haben, diametral entgegengesetzt. Sicherlich wird man hier zur Erklärung anführen können, daß im Regelfall Männer sehr viel häufiger als Fußgänger auf der Straße anzutreffen sind als Frauen (vor allem durch die größere Erwerbstätigenquote der Männer bedingt). Es muß allerdings bezweifelt werden, daß dieses Argument das Ausmaß der aufgezeigten Unterschiede hinreichend erklären kann.

Vollends zu Ungunsten der männlichen Fußgänger verschiebt sich die Relation jedoch bei Betrachtung der Hauptverursacher, von denen nicht weniger als 61 % Männer waren. Dadurch ergeben sich frappierende Unterschiede bei den errechneten Schuldquoten. Während bei den Männern auf 100 Nichtschuldige im Durchschnitt der fünf Jahre des Berichtszeitraums 229 Hauptverursacher von Unfällen entfielen,

¹⁾ „Unfallbeteiligte und Verursacher bei Straßenverkehrsunfällen in Hamburg 1964 bis 1968“. — In: Hamburg in Zahlen, Jg. 1970, Juni-Heft.

²⁾ In den Tabellen dieses Aufsatzes wurden nur diejenigen unfallbeteiligten Fußgänger berücksichtigt, bei denen Angaben über Geschlecht und Lebensalter zur Verfügung standen. Daraus resultieren geringfügige Abweichungen zu der damaligen Veröffentlichung. So wird die Schuldquote für alle Fußgänger insgesamt nach Tabelle 1 „nur“ mit 177 ausgewiesen, gegenüber 178 bei Zugrundelegung auch der Fußgänger ohne Geschlechts- und Altersangaben.

Tabelle 1

**Unfallbeteiligte und -verursachende Fußgänger bei Straßenverkehrsunfällen mit Personenschaden in Hamburg
1964 bis 1968 nach Geschlecht und Lebensalter**

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	Unfallbeteiligte			Von den Unfallbeteiligten waren						Auf 100 Nichtschuldige entfielen ... Haupt- verursacher		
	insgesamt	davon		Hauptverursacher			Nichtschuldige					
		männl.	weiblich	zusammen	davon		zusammen	davon		insgesamt	davon	
					männl.	weiblich		männl.	weiblich		männl.	weiblich
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
unter 18	6 727	4 109	2 618	5 027	3 215	1 812	1 700	894	806	296	360	225
18-25.....	1 249	702	547	647	413	234	602	289	313	107	143	75
25-35.....	1 665	1 111	554	968	724	244	697	387	310	139	187	79
35-45.....	1 148	643	505	664	438	226	484	205	279	137	214	81
45-55.....	1 297	692	605	719	426	293	578	266	312	124	160	94
55-65.....	2 299	1 242	1 057	1 284	787	497	1 015	455	560	127	173	89
65 und älter.....	3 656	1 604	2 052	2 224	1 029	1 195	1 432	575	857	155	179	139
Insgesamt.....	18 041	10 103	7 938	11 533	7 032	4 501	6 508	3 071	3 437	177	229	131

waren es bei den Frauen nur 131. Die Schuldquote der Männer liegt damit beinahe doppelt so hoch wie die der weiblichen Fußgänger. Wie später noch gezeigt wird, gilt das praktisch für alle Altersstufen. Man wird daraus folgern dürfen, daß Unvorsichtigkeit, Unüberlegtheit und eine gewisse Bereitschaft, sich eher über die bestehenden Verkehrsvorschriften hinwegzusetzen, bei den männlichen Fußgängern häufiger anzutreffen sind als bei den Frauen, die sich offenbar wesentlich disziplinierter im Straßenverkehr verhalten.

Hohe Schuldquote der Fußgänger weitgehend durch Kinderunfälle beeinflußt

Gliedert man die Unfallbeteiligten und die Hauptverursacher nach dem Lebensalter, so wird deutlich, in welch starkem Ausmaß die Schuldquote der Fußgänger durch die unter 18jährigen beeinflußt ist. Wie aus anderen Untersuchungen bekannt ist, handelt es sich innerhalb dieser Altersgruppe etwa zu einem Viertel um Kinder unter 6 Jahren und zu zwei Drittel um Kinder im schulpflichtigen Alter.³⁾ Die Gruppe der unter 18jährigen besteht also zu mehr als 90% aus Jünglingen, die noch nicht in der Lage sind, die Gefahren des heutigen Straßenverkehrs voll zu übersehen. So ist es nicht weiter verwunderlich, daß diese Kinder und Jugendlichen sowohl bei den Unfallbeteiligten als, auch vor allem bei den Hauptverursachern mit großem Abstand die zahlenmäßig am stärksten vertretene Altersgruppe bilden. Die für sie errechnete Schuldquote von 296 bedeutet, daß ziemlich genau drei Viertel aller unfallbeteiligten Kinder und Jugendlichen den Unfall selbst herbeigeführt hatten. Dieses Ergebnis beeinflußt den Gesamtdurchschnitt für alle Fußgänger außergewöhnlich stark, was auch darin zum Ausdruck kommt, daß die Schuldquoten für alle anderen Altersjahrgänge erheblich unter dem allgemeinen Durchschnitt liegen.

Man würde es sich jedoch zu leicht machen, die hohe Schuldquote der Fußgänger allein auf die unter 18jährigen zurückzuführen. Tabelle 1 zeigt sehr deutlich, daß alle anderen Altersjahrgänge zwar wesent-

lich niedrigere Schuldquoten aufweisen, daß die Höhe der Schuldquoten aber immer noch ein Niveau hat, das einheitlich weit über dem der Kraftfahrer liegt.

Die Gründe hierfür sind bereits in der früheren Arbeit erwähnt worden und brauchen an dieser Stelle nicht wiederholt zu werden. Relativ am günstigsten schneiden noch die 18- bis unter 25jährigen Fußgänger mit einer Schuldquote von „nur“ 107 ab, während das Schuldkonto der alten Leute über 65 Jahre mit 155 doch bereits wieder erheblich stärker belastet ist als das der jüngeren Fußgänger.

Differenziert man die altersspezifischen Schuldquoten zusätzlich nach dem Geschlecht, so sind zwei Tatbestände besonders hervorzuheben. Zunächst einmal zeigt sich erstaunlicherweise, daß in sämtlichen Altersklassen ohne Ausnahme die Schuldquote der männlichen Fußgänger beträchtlich über der der weiblichen Altersgenossen liegt, und zwar in einem Ausmaß, das teilweise das Doppelte erreicht. Interessant ist aber auch, daß die weiblichen Fußgänger zwischen 18 und 65 Jahren verhältnismäßig niedrige Schuldquoten aufweisen. Abgesehen von Kindern und den ganz alten Leuten, scheinen sich Frauen im Straßenverkehr durchaus der gebotenen Vorsicht zu befleißigen. Bei den männlichen Fußgängern dagegen kann man für alle Altersgruppen nur wiederholen, daß Leichtsinns und Unüberlegtheit geradezu ein Kriterium für sie zu sein scheinen.

3. Unfallhäufigkeit

Wie in den Vorbemerkungen bereits erläutert, ist es trotz einiger methodischer Bedenken durchaus sinnvoll, die Zahl der unfallbeteiligten und die der unfallverursachenden Fußgänger auf die Wohnbevölkerung Hamburgs zu beziehen. Auf diese Weise kann das zahlenmäßige Gewicht der einzelnen Alters- und Geschlechtsgruppen Berücksichtigung finden. In Tabelle 2 wurde zunächst ein Bezug zwischen den unfallbeteiligten Fußgängern und der Wohnbevölkerung hergestellt. Das Ergebnis dieser Rechnung gibt die Beteiligungshäufigkeit der Fußgänger wieder, also eine Kennziffer, die geeignet ist, die Gefährdung der Fußgänger im modernen Straßenverkehr zu umreißen. Setzt man dagegen nur die Hauptverursacher in Beziehung zur Wohnbevölkerung, so gewinnt man als Kennziffer die Verursachungshäufigkeit, die angibt, in welchem

³⁾ Da mehr als 97% aller unfallbeteiligten Fußgänger auch Personenschaden erleiden, ist es legitim, hierzu auf die Altersgliederung der verunglückten Fußgänger zurückzugreifen. Im Mittel der Jahre 1966 bis 1968 entfielen in Hamburg knapp 28% aller unter 18jährigen Fußgänger auf die noch nicht schulpflichtigen Kinder (0 bis unter 6 Jahren). Etwas mehr als 65% bildeten das Gros der schulpflichtigen Kinder zwischen 6 und 15 Jahren, während nur 7% auf 16-, 17- und 18jährige entfielen.

Ausmaß die einzelnen Altersgruppen schuldig am Zustandekommen von Straßenverkehrsunfällen sind. Sieht man einmal davon ab, daß die Verursachungshäufigkeit zwangsläufig auf einem zahlenmäßig niedrigerem Niveau liegen muß, so weisen beide Kennziffern doch in ihrer Gliederung nach Alter und Geschlecht sehr ähnliche Verteilungen auf. Die auftretenden Unterschiede sind dabei auf die Abstufungen innerhalb der Schuldquoten für die einzelnen Fußgängergruppen zurückzuführen.

Tabelle 2

Unfallhäufigkeit der Fußgänger bei Straßenverkehrsunfällen mit Personenschaden in Hamburg 1964 bis 1968

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	Auf je 100 000 der Wohnbevölkerung entfielen. ... Fußgänger als					
	Unfallbeteiligte (Unfallbeteiligungshäufigkeit)			Hauptverursacher (Unfallverursachungshäufigkeit)		
	insgesamt	davon		insgesamt	davon	
		männl.	weiblich		männl.	weiblich
	1	2	3	4	5	6
unter 18.....	357	427	284	267	334	197
18-25.....	139	154	124	72	91	53
25-35.....	116	149	80	68	97	35
35-45.....	98	121	80	57	82	36
45-55.....	120	151	97	67	93	47
55-65.....	172	211	141	96	134	66
65 und älter.....	255	296	231	155	190	134
Insgesamt.....	195	236	160	125	164	91

Extreme Unfallhäufigkeitsziffern für Kinder und alte Leute

Aus Tabelle 2 ist ersichtlich, daß im Mittel der Jahre 1964 bis 1968 auf jeweils 100 000 Einwohner 195 unfallbeteiligte Fußgänger entfielen. Auch hier stößt man wieder auf das Phänomen, daß die Unfallhäufigkeit der Männer (236) erheblich höher ist als die der Frauen (160).

Erhebliche Unterschiede zeigen sich jedoch auch in der Altersgliederung. Hier wird noch einmal die extrem hohe Gefährdung der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren deutlich, deren Unfallhäufigkeitsziffer von 357 knapp doppelt so hoch ist wie der allgemeine Durchschnitt und nahezu viermal so hoch wie die der 35- bis unter 45jährigen. Schon bei der nächsten Altersgruppe (18 bis unter 25 Jahren) sinkt die Unfallhäufigkeit auf weit weniger als die Hälfte ab und wird auch in den folgenden Altersjahrgängen immer geringer, bis sie ihr Minimum bei den 35- bis 45jährigen mit 98 Unfallbeteiligten auf 100 000 der Wohnbevölkerung erreicht. Mit weiter zunehmendem Lebensalter wird die Unfallhäufigkeit jedoch wieder höher und steigt bei den über 65jährigen mit 255 auf weit überdurchschnittliche Werte an. Eine verglei-

chende Betrachtung der Unfallhäufigkeit für männliche und weibliche Fußgänger in bezug auf das Lebensalter zeigt eine sehr ähnliche Abstufung, für die Frauen jedoch auf einem wesentlich niedrigeren Niveau.

Daß vor allem die Kinder und die alten Leute über 65 Jahre besonders häufig in Unfälle verwickelt sind, ist nicht überraschend, sondern entspricht durchaus den Erfahrungen. Interessant ist jedoch das Ausmaß der quantitativen Abstufung zwischen den einzelnen Altersklassen. Es mag noch ergänzend darauf hingewiesen werden, daß knapp 60 % aller Unfallbeteiligten auf die unter 18jährigen sowie auf die alten Leute über 65 Jahre entfielen. Unter dem Einfluß dieser beiden Altersklassen mit der höchsten spezifischen Unfallhäufigkeit wird der allgemeine Durchschnitt so stark beeinflußt, daß alle anderen Altersklassen unterproportionale Unfallhäufigkeitsziffern aufweisen.

Man muß sich jedoch auch über einen anderen Aspekt im klaren sein. Bei den hier untersuchten Straßenverkehrsunfällen mit Personenschaden werden fast alle unfallbeteiligten Fußgänger mehr oder weniger stark verletzt oder gar getötet⁴⁾. So gesehen spiegelt die Unfallbeteiligungshäufigkeit gleichzeitig auch das Verletzungsrisiko wider, mit dem die Hamburger Bevölkerung als Fußgänger im Straßenverkehr zu rechnen hat. Auch hier sind es also wieder die Kinder und die alten Leute, die in starkem Ausmaß Opfer des heutigen Straßenverkehrs werden. Gerade diese beiden Altersgruppen sind aber mit Aufklärungsarbeiten über die Gefahren des Straßenverkehrs besonders schwer zu erreichen. Trotzdem wird die Unfallverhütung gerade hier ansetzen müssen, wenn ein wesentlicher Beitrag zur Verkehrssicherheit geleistet werden soll.

Da die Beteiligungshäufigkeit ebenso wie die im vorigen Abschnitt behandelten Schuldquoten in der altersmäßigen Abstufung gleichen Tendenzen unterlagen, müssen die genannten Unterschiede zwangsläufig auch bei der Unfallverursachungshäufigkeit zutage treten. Allerdings wird hier die altersmäßige Differenzierung noch schärfer sichtbar. Während im Durchschnitt auf 100 000 Einwohner 125 Fußgänger einen Unfall verursacht hatten, waren es bei den Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren nicht weniger als 267. Im Vergleich zu der am geringsten belasteten Altersgruppe — den 35- bis unter 45jährigen — liegt die Schuldquote für Kinder und Jugendliche fünfmal so hoch. Ähnliches gilt — wenn auch in etwas schwächerem Ausmaß — für die über 65jährigen Fußgänger, deren Unfallhäufigkeitsziffer mit 155 ebenfalls weit über dem Durchschnitt liegt. In den übrigen Altersklassen sind die Abstufungen zwar wesentlich geringer jedoch noch immer deutlich sichtbar. Hinsichtlich der Altersgliederung für Männer und Frauen, getrennt, gilt das in den vorigen Abschnitten Gesagte. Einzelheiten mögen der Tabelle entnommen werden.

⁴⁾ Von 1 000 unfallbeteiligten Fußgängern wurden in Hamburg 1968 nicht weniger als 974 getötet oder verletzt.

4. Zusammenfassung

Nach den Ergebnissen einer Sonderuntersuchung für die Jahre 1964 bis 1968 waren in diesem Zeitraum mehr als 18 000 Fußgänger an Straßenverkehrsunfällen mit Personenschaden in Hamburg beteiligt. Rund 10 000 hatten dabei den Unfall selbst verschuldet. Setzt man die Zahl der Verursacher in Beziehung zu den ohne eigenes Verschulden an Personenschadensunfällen Beteiligten, so läßt sich daraus als Kennziffer die „Schuldquote“ errechnen. Unter allen Verkehrsteilnehmergruppen ist die Schuldbilanz der Fußgänger mit einer Schuldquote von 178 weitaus am höchsten. Sie ist mehr als doppelt so hoch wie die der Kraftfahrer (83).

Differenziert man nach dem Geschlecht, so ergibt sich für die männlichen Fußgänger eine nahezu doppelt so hohe Schuldquote (229) wie für die weiblichen (131). Selbstüberschätzung, Unvorsichtigkeit und die Bereitschaft, sich aus Leichtsinn über bestehende Verkehrsvorschriften hinwegzusetzen, treten bei den Männern offensichtlich viel häufiger zutage. Frauen verhalten sich dagegen als Fußgänger weitaus disziplinierter.

Bei einer Gliederung nach dem Lebensalter ergibt sich die höchste Schuldquote mit 296 für die Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren. Das bedeutet, daß drei Viertel aller Unfallbeteiligten dieser Altersgruppe den Unfall selbst verschuldet haben. Auch für die alten Leute über 65 Jahre wird mit 155 eine sehr hohe Schuldquote nachgewiesen.

Setzt man die unfallbeteiligten Fußgänger zur Wohnbevölkerung in Beziehung, so ergibt sich eine Unfallhäufigkeitsziffer von 195 auf je 100 000 Einwohner. Diese Kennziffer charakterisiert die Gefährdung des Fußgängers im modernen Straßenverkehr unserer Stadt. Da bei der Struktur des heutigen Verkehrs nahezu alle unfallbeteiligten Fußgänger auch verletzt oder gar getötet werden, spiegelt diese Kennziffer gleichzeitig das Verletzungsrisiko wider. Auch bei dieser Betrachtungsweise fallen die extrem hohen Unfallhäufigkeitsziffern für Kinder und alte Leute auf. So ist beispielsweise das Unfallrisiko für Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren (357) knapp viermal so hoch wie das der am wenigsten belasteten Altersgruppe der 35- bis unter 45jährigen (98).

Hans-Eckhard Stegen

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juli 1970	August 1970	September 1970	September 1969
		1965	1969				
Meteorologische Beobachtungen							
Mittelwerte ¹⁾							
Luftdruck	mm ²⁾	759,7	761,2	759,4	762,1	762,6	763,5
Lufttemperatur	°C	8,6	9,2	16,8	18,1	14,0	15,6
Relative Luftfeuchtigkeit	%	79	77	73	70	75	72
Windstärke	Meßzahl ³⁾	3	3	3	3	3	3
Bewölkung	" ⁴⁾	7	7	7	5	6	5
Summenwerte ⁵⁾							
Niederschlagshöhe	mm	981	751	123	90	97	15
Sonnenscheindauer	Std.	1 471	1 482	173	236	153	191
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	90	95	2	4	2	1
Tage mit Niederschlägen	"	256	226	25	10	21	14
Bevölkerung							
1. Bevölkerungsstand (Monatsende)							
Bezirk Hamburg-Mitte	1000	287,6	265,1	264,4 r
Altona	"	264,3	261,1	260,9 r
Eimsbüttel	"	264,6	260,4	260,5 r
Hamburg-Nord	"	401,3	366,2	364,4 r
Wandsbek	"	357,5	368,3	368,8 r
Bergedorf	"	82,6	91,6	92,7 r
Harburg	"	199,0	207,2	207,5 r
Hamburg insgesamt	"	1 856,9	1 819,9	1 814,7 p	1 814,4 p	1 815,0 p	1 819,2 r
dav. männlich	"	861,9	844,1	844,3 r
weiblich	"	995,0	975,8	974,9 r
dar. Ausländer ⁶⁾	"	59,8	70,4	85,6	88,2	90,3	72,9
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung							
Eheschließungen ⁷⁾	Anzahl	1 510	1 208	1 436	1 404 p	1 040 p	1 050 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,8	8,0	9,3	9,1 p	7,0 p	7,0 r
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	2 235	1 753	1 572	1 475 p	1 370 p	1 663 r
dar. unehelich	"	143	129	114	110 p	106 p	109 r
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	14,4	11,6	10,2	9,6 p	9,2 p	11,1 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	6,4	7,4	7,3	7,4 p	7,8 p	6,6 r
Unehelich Geborene in % der Geborenen	%	6,4	7,4	7,3	7,4 p	7,8 p	6,6 r
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 112	2 268	1 856	2 290 p	1 785 p	1 962 r
dar. im ersten Lebensjahr	"	39	37	34	35 p	23 p	44 r
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	"	13,6	15,0	12,0	14,9 p	12,0 p	13,1 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	17,2	20,7	20,6	23,7 p	16,8 p	26,6 r
Gestorb. im ersten Lebensjahr je 1000 Lebendgeborene ⁸⁾	"	123	515	284	815 p	415 p	299 r
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (—)	"	0,8	3,4	1,8	5,3 p	2,8 p	2,0 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	0,8	3,4	1,8	5,3 p	2,8 p	2,0 r
3. Wanderungen							
Zugezogene Personen	Anzahl	6 174	6 818	7 000 p	7 100 p	7 500 p	8 422 r
über die Landesgrenze Hamburgs	"	6 553	6 784	5 150 p	6 600 p	6 100 p	7 497 r
Fortgezogene Personen	"	379	34	+ 1 850 p	+ 500 p	+ 1 400 p	+ 925 r
über die Landesgrenze Hamburgs	"	37	+ 155	+ 715 r
Wanderungsgewinn (+) -verlust (—)	"	— 342	— 121	+ 210 r
dav. männlich	"	— 342	— 121	+ 210 r
weiblich	"	— 342	— 121	+ 210 r
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs (Binnenwanderung)	"	14 729	14 909	12 700 p	12 000 p	11 500 p	15 320 r
Nach Gebieten							
a) Zugezogene aus							
Schleswig-Holstein	"	1 542	1 687	1 450 p	1 550 p	1 550 p	1 993 r
dar. angrenzende Kreise ⁹⁾	"	835	1 003	880 p	900 p	800 p	1 181 r
Niedersachsen	"	1 091	1 114	850 p	850 p	1 150 p	1 152 r
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	272	315	280 p	300 p	400 p	331 r
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 006	1 922	2 100 p	2 000 p	1 950 p	2 247 r
Ausland und Sonstige ¹¹⁾	"	1 535	2 095	2 600 p	2 700 p	2 850 p	3 030 r
b) Fortgezogene nach							
Schleswig-Holstein	"	2 351	2 554	1 600 p	2 200 p	1 800 p	2 579 r
dar. angrenzende Kreise ⁹⁾	"	1 620	1 825	700 p	1 400 p	1 300 p	1 884 r
Niedersachsen	"	1 268	1 241	1 030 p	1 200 p	1 250 p	1 212 r
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	525	548	420 p	700 p	650 p	453 r
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 167	1 976	1 700 p	2 150 p	2 000 p	2 371 r
Ausland und Sonstige ¹¹⁾	"	767	1 013	820 p	1 050 p	1 050 p	1 335 r

¹⁾ errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. — ²⁾ reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. — ³⁾ Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. — ⁴⁾ Bewölkungsgrade: 0 bis 10 (0 = wolkenlos, 10 = ganz bedeckt). — ⁵⁾ an Stelle der Monatsdurchschnitte Jahreswerte. — ⁶⁾ nach den Angaben des Amts für innere Verwaltung — Melde-, Paß- und Ausländerangelegenheiten. — ⁷⁾ nach dem Ereignisort. — ⁸⁾ unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. — ⁹⁾ Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. — ¹⁰⁾ Landkreise Harburg und Stade. — ¹¹⁾ Hierzu gehören: DDR, Berlin (Ost) und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung, Ausland und unbekannt.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juli 1970	August 1970	September 1970	September 1969
		1965	1969				
Gesundheitswesen							
1. Krankenanstalten in Hamburg							
a) Öffentliche Krankenanstalten Bettenbestand ¹⁾ ²⁾	Anzahl	11 749	11 193	11 236	11 236	11 236	11 171
Pflege tage		273 189	266 678	255 320	252 745	255 063	259 456
Bettenausnutzung ³⁾	%	81,8	81,8	78,3	78,2	81,5	81,6
b) Gemeinnützige Krankenanstalten Bettenbestand ¹⁾ ²⁾	Anzahl	4 573	4 557	4 612	4 617	4 617	4 558
Pflege tage		123 729	123 153	123 664	120 187	121 468	123 637
Bettenausnutzung ³⁾	%	89,1	88,3	86,2	83,6	87,2	90,0
c) Private Krankenanstalten Bettenbestand ¹⁾ ²⁾	Anzahl	745	763	665	692	692	753
Pflege tage		19 012	19 323	16 674	16 625	18 209	19 334
Bettenausnutzung ³⁾	%	81,8	79,8	77,9	77,5	83,4	83,2
2. Hamburgische Krankenanstalten außerhalb Hamburgs							
a) Öffentliche Krankenanstalten Bettenbestand ¹⁾ ²⁾	Anzahl	885	856	856	856	856	856
Pflege tage		21 274	19 141	20 777	20 650	19 971	18 338
Bettenausnutzung ³⁾	%	81,7	75,2	80,3	79,8	79,7	75,7
b) Tbc-Heilstätten Bettenbestand ¹⁾ ²⁾	Anzahl	1 084	997	813	813	783	998
Pflege tage		25 626	23 821	18 333	18 065	17 404	22 090
Bettenausnutzung ³⁾	%	85,0	80,2	79,5	83,1	82,2	75,8
3. Anstalten für Geistesranke							
a) Öffentliche Krankenänstalten in Hamburg Bettenbestand ¹⁾	Anzahl	1 743	1 743	1 743	1 743	1 743	1 734
Pflege tage		48 245	47 809	46 783	46 542	45 114	46 958
Bettenausnutzung ³⁾	%	91,4	92,0	90,0	89,6	89,8	92,6
b) Gemeinnützige Krankenanstalten in Ham- burg Bettenbestand ¹⁾	Anzahl	1 275	1 292	1 292	1 292	1 292	1 292
Pflege tage		38 084	38 394	39 270	39 319	39 760	37 762
Bettenausnutzung ³⁾	%	98,2	97,7	98,0	98,2	97,5	97,4
c) Krankenanstalten außerhalb Hamburgs Bettenbestand ¹⁾	Anzahl	1 476	1 415	1 407	1 397	1 397	1 417
Pflege tage		43 630	42 737	42 784	43 092	41 576	42 442
Bettenausnutzung ³⁾	%	97,1	98,8	96,8	98,4	98,1	98,9
Kulturpflege							
1. Rundfunk und Fernsehen							
Tonrundfunkteilnehmer ¹⁾	1 000	667,8	709,2	717,7	717,7	718,0	709,7
Fernsehrundfunkteilnehmer ¹⁾	"	455,8	600,0	623,2	624,6	625,2	603,0
2. Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei)							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	348 686	386 303	373 341	367 414	396 376	402 665
Ausgeliehene Noten	"	3 241	4 445	3 518	3 499	3 487	4 075
3. Wissenschaftliche Büchereien ¹⁾							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	26 113	33 862	35 078	30 520	33 033	23 569
Benutzer der Lesesäle	"	10 485	15 286	14 889	10 880	11 334	10 938
4. Besucher der Museen und Schausamm- lungen							
	Anzahl	43 961	51 057	72 760	63 099	60 075	61 906
Öffentliche Sozialleistungen							
Soziale Krankenversicherung ¹⁾							
Mitglieder	1 000	677,8	681,4	691,1	690,4	690,3	684,7
dav. Pflichtmitglieder	"	431,4	400,5	411,2	409,7	408,9	403,9
Rentner	"	175,5	224,5	228,4	228,6	229,0	224,6
Freiwillige Mitglieder	"	70,9	56,4	51,5	52,1	52,4	56,2
Krankenstand der Pflichtmitglieder	"	26,7	26,6	21,2	18,5	20,1	23,4
dav. männlich	"	17,9	17,8	14,5	12,7	13,7	15,6
weiblich	"	8,8	8,8	6,7	5,8	6,4	7,8

¹⁾ am Monatsende. — ²⁾ ohne Säuglingsbetten. — ³⁾ ohne gesperrte Betten. — ⁴⁾ Staats- und Universitäts-Bibliothek, Commerzbibliothek und HWWA — Institut für Wirtschaftsforschung — Hamburg (HWWA ohne Ausleihe). — ⁵⁾ nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juli 1970	August 1970	September 1970	September 1969
		1965	1969				
Erwerbstätigkeit							
1. Arbeitslose							
Arbeitslose	Anzahl	3 410	3 366	2 358	2 308	2 319	2 671
dav. männlich	"	2 318	1 955	1 263	1 288	1 275	1 374
weiblich	"	1 092	1 411	1 095	1 020	1 044	1 297
nach ausgewählten Berufsgruppen							
Bauberufe	"	95	98	7	7	11	14
Metallerzeuger und -verarbeiter	"	51	45	24	34	39	42
Schmiede, Schlosser, Mechaniker	"	95	65	31	27	35	40
Elektriker	"	24	12	8	7	14	9
Chemiewerker	"	55	25	12	15	14	21
Holzverarbeiter u. zugehörige Berufe	"	24	11	7	22	32	8
Graphische Berufe	"	44	47	32	40	52	34
Lederhersteller, Leder- u. Fellverarb.	"	7	12	10	5	8	7
Nahrungs- und Genußmittelhersteller	"	75	66	22	33	41	53
Warennachseher, Versandarbeiter und Lagerverwalter	"	132	161	86	63	87	122
Ingenieure, Techniker u. verwandte Berufe	"	81	93	116	119	110	67
Kaufmännische Berufe	"	368	424	370	346	305	390
Verkehrsberufe	"	313	287	125	136	153	206
Verwaltungs- und Büroberufe	"	849	692	487	471	447	654
Künstlerische Berufe	"	177	181	170	155	129	167
2. Offene Stellen und Vermittlungen							
Offene Stellen	Anzahl	25 827	27 151	34 399	33 665	32 284	30 744
dav. männlich	"	13 014	14 530	20 160	19 975	18 781	17 551
weiblich	"	12 813	12 621	14 239	13 690	13 503	13 193
Stellenvermittlung in Beschäftigung über 7 Tage ¹⁾	"	5 841	5 942	8 142	7 015	6 516	6 622
dav. männlich	"	4 134	4 106	6 036	5 273	4 833	4 459
weiblich	"	1 707	1 836	2 106	1 742	1 683	2 163
Stellenvermittlung in Beschäftigung bis zu 7 Tagen	"	10 527	8 744	9 524	7 940	7 923	8 520
dav. männlich	"	9 955	8 038	8 453	7 059	6 790	7 755
weiblich	"	572	706	1 071	881	1 133	765
Arbeitsuchende am Monatsende ²⁾	"	8 299	7 745	7 281	6 942	7 601	7 060
dav. männlich	"	5 512	3 946	3 405	3 360	3 652	3 426
weiblich	"	2 787	3 799	3 876	3 582	3 949	3 634
3. Beschäftigte nichtdeutsche Arbeitnehmer							
Weiblich	"	36 214	27 578
Männlich	"	14 180	11 882
Landwirtschaft und Fischerei							
1. Milcherzeugung							
Kuhmilcherzeugung	t	2 104	2 008	1 956	1 621	1 139	1 463
dar. an Molkereien geliefert	%	86,0	87,7	91,0	90,3	89,4	88,3
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,5	11,9	12,6	10,5	7,6	8,8
2. Trinkmilchabsatz an Verbraucher durch Molkereien							
Vollmilch	t	10 011	11 179	11 368	11 063	10 759	11 355
dav. lose	"	3 529	2 526	2 075	1 990	1 940	2 503
in Flaschen	"	6 482	8 653	9 293	9 073	8 819	8 852
Mager- und Buttermilch	"	382	509	620	577	341	398
3. Zufuhr an Lebendvieh zum Viehmarkt (Inlandtiere)							
Rinder	1 000 St.	7,8	9,5	9,0	9,5	11,7	12,6
Kälber	"	2,6	1,7	1,8	2,2	2,0	1,7
Schweine	"	47,0	37,4	30,7	37,2	37,1	40,8
Schafe	"	2,7	1,1	1,1	1,4	1,4	1,6
4. Schlachtungen von Inlandtieren							
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	6,4	8,5	9,1	7,9	9,6	9,9
Kälber	"	2,5	1,7	1,8	2,0	1,8	1,6
Schweine ³⁾	"	49,6	39,0	34,3	37,3	40,3	42,4
Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen ⁴⁾	t	6 229	6 034	5 728	5 773	6 581	6 780
dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 595	2 128	2 205	1 960	2 389	2 479
Kälber	"	187	139	161	194	169	143
Schweine	"	4 318	3 723	3 321	3 570	3 963	4 106

¹⁾ durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte. — ²⁾ Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — ³⁾ gewerbliche und Hausschlachtungen. — ⁴⁾ einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juli 1970	August 1970	September 1970	September 1969
		1965	1969				
Industrie, Handwerk und öffentliche Energieversorgung							
1. Industrie ¹⁾							
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)	Anzahl	1 704	1 530	1 493	1 492	1 486	1 523
• Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	219	209	213	212	211	210
• dar. Arbeiter ²⁾	"	152	138	138	137	136	138
• Geleistete Arbeitsstunden ³⁾	24 859	21 987	20 455	20 197	21 795	21 795	22 339
• Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	119	144	179	166	164	144
• Gehälter (Bruttosumme)	"	75	105	128	120	120	104
• Kohleverbrauch	1 000 t SKE ⁴⁾	14	10	8	8	8	9
• Gasverbrauch ohne Erdgas	1 000 Nm ³	6 418	2 076	1 375	1 218	1 501	1 482
• Erdgasverbrauch (Ho = 43 000 kcal/m ³ ¹⁰⁾	1 000 Nm ³	"	8 365	15 418	16 491	15 563	7 293
• Heizölverbrauch	1 000 t	69	70	54	50	59	61
• Stromverbrauch	Mio kWh	112	138	135	132	141	137
• Stromerzeugung (gesamte industrielle Erzeugung)	"	16	13	8	9	9	12
• Umsatz ⁵⁾	Mio DM	1 304	1 476	1 566	1 336	1 669	1 571
• dar. Auslandsumsatz ⁶⁾	"	155	223	284	197	231	221
Index der industriellen Nettoproduktion (arbeitsmäßig)							
Industrie (einschl. Bau- und Energiewirtschaft)	1962 = 100	109,1	122,1	116,6	119,0	129,6 p	122,1
Verarbeitende Industrie	"	109,0	121,0	115,1	117,6	126,6 p	121,0
Grundstoff- u. Produktionsgüterindustrie	"	108,9	128,4	130,0	131,5	139,8 p	131,6
Investitionsgüterindustrie	"	110,0	123,8	113,2	120,2	133,3 p	123,5
Verbrauchsgüterindustrie	"	111,3	118,7	99,4	105,9	124,0 p	126,1
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	"	107,3	110,0	104,4	102,3	105,2 p	103,8
Bauindustrie	"	103,7	107,3	123,9	129,4	152,5 p	125,5
Umsatz ⁷⁾ nach Industriegruppen insgesamt	Mio DM	1 304	1 476	1 566	1 336	1 669	1 571
dar. Mineralölverarbeitung	"	215	262	253	251	253	261
Chemische Industrie	"	101	130	146	126	156	149
Elektroindustrie	"	143	164	158	159	246	205
Maschinenbau	"	83	110	121	103	120	116
2. Öffentliche Energieversorgung							
Wasserförderung	Mio cbm	11	13	13	13	13	13
• Stromerzeugung (brutto)	Mio kWh	451	589	528	525	592	527
• Gaserzeugung (brutto)	Mio Nm ³	59	102	75	73	89	74
Vj.-Durchschnitt ⁸⁾				4. Vj. 1969	1. Vj. 1970	2. Vj. 1970	2. Vj. 1969
				1965	1969		
3. Handwerk (Meßziffern)							
• Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962 = 100	96,5	84,3	86,8	85,4	86,2	83,8
• Umsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	238,8	126,9	171,3	111,5	142,6	116,1
• dar. Handwerksumsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	218,5	125,0	173,3	106,8	137,7	111,7
Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
Monatsdurchschnitt				Juli 1970	August 1970	September 1970	September 1969
				1965	1969		
1. Bauhauptgewerbe ¹⁾							
• Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	49 151	44 443	47 227	47 352	47 859	46 047
• dar. Inhaber	"	1 365	1 294	1 273	1 256	1 263	1 293
• Angestellte	"	4 684	5 167	5 621	5 540	5 605	5 230
• Arbeiter ²⁾	"	43 102	37 982	40 333	40 556	40 991	39 524
• Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 828	5 879	6 891	6 592	7 582	7 207
• dav. für Wohnungsbauten	"	2 216	1 711	1 632	1 516	1 914	2 090
• gewerbl. und industr. Bauten	"	1 673	1 511	1 724	1 655	1 913	1 758
• öffentlichen und Verkehrsbauten	"	2 939	2 657	3 535	3 421	3 755	3 359
• Löhne (Bruttosumme) ³⁾	Mio DM	46,3	48,3	71 077	68,4	76,3	59,7
• Gehälter (Bruttosumme) ⁴⁾	"	5,9	8,4	10 654	9,5	10,3	8,5
• Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	126,2	138,0	172,0	178,0	216,7	136,7
• dav. im Wohnungsbau	"	42,2	37,6	32,4	36,2	49,4	29,5
• gewerbl. und industr. Bau	"	31,0	34,9	64,8	54,5	43,7	47,4
• öffentlichen und Verkehrsbau	"	53,0	65,5	74,8	87,3	123,6	59,8
2. Baugenehmigungen							
Wohnbauten							
• Wohngebäude (nur Neu- u. Wiederaufbau)	Anzahl	269	169	155	189	205	177
• dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	"	101	115	94	102	94
• Umbauter Raum	1 000 cbm	440	350	276	463	464	472
• Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	46,0	40,4	64,3	66,9	55,7
• Wohnfläche	1 000 qm	95	72	54	98	99	97
Nichtwohnbauten							
• Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	94	87	81	80	83	82
• Umbauter Raum	1 000 cbm	359	444	445	457	318	410
• Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	34,5	34,0	50,3	77,4	31,9	37,6
• Nutzfläche	1 000 qm	73	82	81	97	62	78
Wohnungen							
• Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 388	1 049	688	1 334	1 387	1 510

¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ²⁾ einschließlich gewerblicher Lehrlinge. — ³⁾ einschließlich Lehrlingsstunden. — ⁴⁾ eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle. — ⁵⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren, ab Januar 1969 ohne Umsatzsteuer; mit den entsprechenden Angaben im Zahlenspiegel bis einschließlich August-Heft 1969 nicht vergleichbar. — ⁶⁾ bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. — ⁷⁾ nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. — ⁸⁾ einschließlich Umschüler und Lehrlinge. — ⁹⁾ ab Januar einschließlich Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungstarifverträgen. — ¹⁰⁾ bis Dezember 1969 Effektivmengen, d. h. ohne Umrechnung; ab Januar 1970 umgerechnet auf Ho = 4 300 kcal/m³ ¹¹⁾

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juli 1970	August 1970	September 1970	September 1969
		1965	1969				
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
3. Baubeginne							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	261	164	151	262	155	242
Umbauter Raum	1 000 cbm	388	336	215	502	279	505
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	45,4	42,7	32,7	66,4	39,9	61,6
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	82	80	54	52	80	144
Umbauter Raum	1 000 cbm	340	440	547	355	388	514
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,7	32,3	40,4	74,1	30,0	30,7
Wohnungen							
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 140	1 000	447	1 424	717	1 540
4. Baufertigstellungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	318	199	79	73	105	136
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser		197	116	46	46	76	63
Umbauter Raum	1 000 cbm	458	415	128	134	157	366
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	51,1	18,3	16,1	19,9	45,7
Wohnfläche	1 000 qm	96	86	26	24	31	78
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	86	83	47	42	50	96
Umbauter Raum	1 000 cbm	338	400	219	275	298	191
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,9	38,8	15,8	26,8	20,6	9,9
Nutzfläche	1 000 qm	69	79	41	52	50	50
Wohnungen							
Wohnungen insges. *) (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 438	1 243	379	354	450	1 130
dar. mit öffentlichen Mitteln gefördert	"	968	600	121	95	90	582
5. Bauüberhang							
(am Ende des Berichtszeitraumes) *)							
Im Bau befindliche Wohnungen	Anzahl	17 696	14 592	15 700	16 800	17 000	15 400
Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen	"	7 136	3 731	5 200	5 100	5 700	5 700
6. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen *)							
Bestand an Wohngebäuden	1 000	172	182	182	182	183	181
Wohnungen	"	636	688	691	691	691	681
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)	"	2 322	2 572	2 581	2 582	2 584	2 544
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr							
1. Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels							
Einzelhandel	1962 = 100	119	156	161	150	171	155
dar. Warenhäuser	"	130	210	244	207	219	186
Facheinzelhandel	"	120	133	143	130	142	129
2. Umsatz-Meßzahlen des Groß- und Außenhandels *)							
Groß- und Außenhandel	1962 = 100		148	151	148	161	151
dav. Unternehmen des Außenhandels	"		150	147	145	157	151
Unternehmen des Binnengroßhandels	"		145	158	154	168	152
3. Handel mit Berlin (West) *)							
Bezüge Hamburgs	1 000 DM	111 990	137 586	145 717	144 183	158 130	152 190
Lieferungen Hamburgs	"	140 188	208 354	189 447	171 092	200 256	218 332
4. * Die Ausfuhr des Landes Hamburg *) *)							
Mio DM		212	283	335	300	307	263
dav. Waren der							
Ernährungswirtschaft	"	17	23	28	26	27	27
Gewerblichen Wirtschaft	"	195	260	307	274	280	236
dav. Rohstoffe	"	2	2	2	4	8	2
Halbwaren	"	50	65	65	72	59	70
Fertigwaren	"	143	193	240	198	213	164
dav. Vorerzeugnisse	"	9	16	18	17	17	15
Enderzeugnisse	"	134	177	222	181	196	149
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchs-							
ländern							
Europa	"	152	208	233	205	226	197
dar. EWG-Länder	"	65	91	106	90	107	103
EFTA-Länder	"	67	91	94	77	92	70

*) ab Januar 1968 ohne Wohnungen, die durch Erweiterungsmaßnahmen o. ä. in der Raumzahl verändert sind. — *) An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben. — *) Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1961 bzw. 1968 ermittelten Gebäude und Wohnungen (Begriffserläuterungen siehe März-Heft 1963, S. 58/59). An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben. — *) Werte ohne jeweilige Umsatzsteuer. — *) Quelle: Statistisches Bundesamt. — *) Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juli 1970	August 1970	September 1970	September 1969
		1965	1969				
Noch: Handel, Gastgewerbe u. Fremdenverkehr							
5. Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes							
* Gastgewerbe	1962 = 100	111	122	136	141	143	130
dav. Beherbergungsgewerbe	"	125	151	169	169	176	172
Gaststättengewerbe	"	108	114	127	133	134	119
6. Fremdenverkehr ¹⁾							
* Fremdenmeldungen	1 000	120	123	163	159	144	142
dar. von Auslandsgästen	"	42	41	69	63	52	48
* Fremdenübernachtungen	"	232	238	305	308	283	277
dar. von Auslandsgästen	"	90	78	124	114	98	96
Verkehr							
1. Seeschifffahrt							
Schiffsverkehr über See	Anzahl	1 638	1 621	1 608 r	1 709 p	1 604 p	1 701
Angekommene Schiffe	"	1 739	1 675	1 723 r	1 750 p	1 723 p	1 760
Abgegangene Schiffe	"	"	"	"	"	"	"
Güterverkehr über See	1 000 t	2 942	3 409	4 028 r	3 809 p	3 473 p	3 211
dav. Empfang	"	2 229	2 533	3 215 r	2 908 p	2 657 p	2 351
dav. Massengut	"	1 634	1 933	2 498 r	2 299 p	2 023 p	1 806
dar. Mineralöle	"	968	1 248	1 483 r	1 526 p	1 019 p	1 194
Kohle	"	192	167	227 r	148 p	286 p	189
Getreide	"	180	118	186 r	102 p	124 p	92
Sack- und Stückgut	"	595	600	717 r	609 p	634 p	545
Versand	"	713	876	813 r	901 p	816 p	860
dav. Massengut	"	292	365	287 r	393 p	332 p	385
Sack- und Stückgut	"	421	511	526 r	508 p	484 p	475
2. Binnenschifffahrt							
* Gütereingang	1 000 t	340	399	435	457 r	...	437
* Güterversand	"	309	426	510	453	...	371
3. Luftverkehr (gewerblicher Verkehr)							
Gelandete Flugzeuge	Anzahl	2 041	2 403	3 195	3 329 r	3 056 p	2 752
Gestartete Flugzeuge	"	2 047	2 398	3 213	3 306 r	3 057 p	2 756
Angekommene Fluggäste	1 000	70,5	105,7	149,5	153,1 r	151,9 p	129,1
Abgereiste Fluggäste	"	71,0	105,7	150,6	151,7 r	156,4 p	134,8
Angekommene Fracht	t	578	965	1 215	1 030 r	1 072 p	996
Abgegangene Fracht	"	587	1 148	1 424	1 145 r	1 318 p	1 191
Angekommene Post	"	185	256	280	249 r	272 p	244
Abgegangene Post	"	229	323	310	304 r	316 p	301
4. Personenbeförderung im Stadtverkehr ²⁾ (Ausgewählte Verkehrsmittel)							
Beförderte Personen							
Stadtbahn (S-Bahn)	1 000	9 505	11 211	11 104	10 088	11 236	11 134
Hoch- u. U-Bahn	"	13 705	15 047	15 388	14 108	15 752	15 064
Straßenbahn	"	9 436	5 501	5 142	4 668	5 115	5 350
Kraftomnibusse der HHA	"	9 695	12 123	12 370	11 544	12 534	12 272
Kraftomnibusse der VHH	"	1 873	2 114	2 158	1 966	2 229	2 146
Private Kraftomnibusse	"	301	239	313	293	352	320
5. Kraftfahrzeuge							
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrerlaubnis ³⁾ (im Verkehr befindlich)	1 000	352,2	424,5	450,5	451,8	453,1	422,2
dar. Personenkraftwagen ⁴⁾ *)	"	310,8	384,2	407,8	408,7	409,7	381,6
b) Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	5 071	5 488	7 175	3 833	...	5 110
dar. Personenkraftwagen ⁴⁾	"	4 632	4 943	6 593	3 375	...	4 509
Lastkraftwagen	"	362	463	488	365	...	521
6. Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden ⁵⁾	Anzahl	859	959	1 054	1 023	1 164 p	1 042
* Getötete Personen	"	26	27	28	25	30 p	28
* Verletzte Personen	"	1 106	1 260	1 434	1 423	1 609 p	1 343

¹⁾ ohne Helme, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere. — ²⁾ Ab Januar 1968 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der Linienverkehr soweit er im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde. — ³⁾ Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — ⁴⁾ einschließlich Kombinationskraftwagen. — ⁵⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juli 1970	August 1970	September 1970	September 1969
		1965	1969				
Geld und Kredit							
1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)							
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)							
• Kredite an Nichtbanken	Mio DM	.	22 034,9	25 008,8	25 182,4	25 292,2	22 378,1
• dav. Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	"	.	6 696,7	7 580,5	7 621,1	7 632,9	6 640,8
• an Unternehmen und Privat- personen	"	.	6 655,0	7 577,8	7 614,4	7 631,2	6 561,6
• Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre) ²⁾	"	.	2 961,2	3 708,7	3 807,3	3 897,7	3 070,3
• an Unternehmen und Privat- personen	"	.	2 621,7	3 326,2	3 414,8	3 538,4	2 731,5
• Langfristige Kredite ³⁾	"	.	12 377,0	13 719,6	13 754,0	13 761,6	12 667,0
• an Unternehmen und Privat- personen	"	.	10 846,6	12 145,5	12 175,2	12 164,3	11 087,1
• dar. Durchlaufende Kredite	"	.	636,0	652,6	655,3	658,7	651,4
• Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	"	.	15 342,2	16 513,5	16 483,8	16 403,8	16 020,6
• dav. Sicht- und Termingelder	"	.	8 460,7	9 298,3	9 245,5	9 153,1	9 073,5
• von Unternehmen und Privat- personen	"	.	7 442,7	8 092,0	7 913,1	7 843,8	8 017,0
• Spareinlagen	"	4 069,9	6 881,5	7 215,2	7 238,3	7 250,7	6 947,1
• bei Sparkassen	"	2 792,9	4 607,3	4 892,0	4 905,9	4 907,0	4 626,0
• Gutschriften auf Sparkonten (ohne Zinsen)	"	244,3	407,2	592,0	370,3	386,5	369,6
• Lastschriften auf Sparkonten	"	203,9	375,0	616,6	348,3	380,3	356,1
• Zinsgutschriften	"	12,9	24,1	4,5	1,1	1,3	0,7
2. Konkurse und Vergleichsverfahren							
	Anzahl	17	15	23	14	12	15
3. Wechselproteste							
	Anzahl	1 044	979	971	936	869	871
Betrag	1 000 DM	1 314	1 863	2 513	2 671	2 009	1 582
Mahn- und Offenbarungseidverfahren							
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls	Anzahl	20 563	23 244	26 084	22 194	23 605	24 786
Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides	"	3 058	3 431	3 496	2 791	3 126	3 545
Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides	"	1 196	1 488	1 423	1 621	1 327	1 305
Abgeleistete Offenbarungseide	"	353	462	546	393	373	468
5. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg							
Aktiengesellschaften	Anzahl	162	152	152	154	153	150
Grundkapital	Mio DM	3 975	4 787	4 884	4 956	4 953	4 628
Gesellschaften m.b.H.	Anzahl	3 877	4 729	5 018	5 038	5 061	4 780
Stammkapital	Mio DM	2 962	3 865	4 224	4 282	4 334	3 913
Steuern							
1.* Gemeinschaftsteuern							
	1 000 DM	.	.	513 611	516 951	732 307	.
• dav. Steuern vom Einkommen	"	200 385	299 705	236 944	247 165	465 125	475 882
• dav. Lohnsteuer	"	89 007	144 429	191 738	209 197	180 972	147 981
• Veranlagte Einkommensteuer	"	64 393	75 939	21 784	6 906	165 679	175 471
• Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	10 279	13 484	15 055	27 129	2 323	3 161
• Körperschaftsteuer	"	36 706	65 853	8 367	3 932	116 151	149 269
• Steuern vom Umsatz	"	.	271 059	278 667	269 786	267 182	260 788
• dav. Umsatzsteuer	"	82 827	124 606	124 325	119 823	126 934	124 608
• Einfuhrumsatzsteuer	"	.	146 454	152 342	149 963	140 248	136 180
2.* Bundessteuern							
	1 000 DM	523 065	818 450	622 196	628 343	658 047	617 561
• dar. Zölle	"	45 076	50 217	44 236	47 650	50 415	77 717
• Verbrauchsteuern	"	358 150	492 114	564 019	565 584	587 498	517 711
• dar. Mineralölsteuer	"	261 342	392 884	445 869	474 041	497 196	434 693
3.* Landessteuern							
	1 000 DM	35 517	47 161	30 717	60 319	34 277	20 993
• dar. Vermögensteuer	"	11 355	14 318	8 664	42 843	5 901	1 666
• Kraftfahrzeugsteuer	"	7 992	9 754	10 799	6 841	9 550	8 734
• Biersteuer	"	2 430	2 894	3 870	3 422	3 484	3 313
4.* Gemeindesteuern							
	1 000 DM	46 355	62 376	45 933	132 883	8 154	21 628
• dar. Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	"	34 764	47 423	11 840	115 060	6 293	19 624
• Grundsteuer A	"	73	84	44	165	31	24
• Grundsteuer B	"	5 134	6 769	7 925	16 030	1 223	1 017
5.* Einnahmen des Bundes							
	1 000 DM	601 215	923 346	919 388	957 755	1 053 606	1 035 302
6. Einnahmen des Landes (ohne Einnahmen aus Gemeindesteuern)							
	1 000 DM	157 752	241 969	141 626	211 599	249 352	339 922
• dar. Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	122 235	194 808	103 525	108 455	208 062	309 323
• Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	.	.	7 384	10 718	7 013	.
• Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	.	.	—	32 106	—	.
Außerdem:							
• Einnahmen aus Gemeindesteuern	"	46 355	62 376	45 933	68 670	8 154	21 628
• Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer	"	.	.	29 893	30 254	48 531	.
Einnahmen des Landes insgesamt	"	.	.	217 453	310 524	306 038	361 550

Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben.

¹⁾ ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1967 unter 5 Mio DM lag; einschließlich aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute. Infolge Umgestaltung mit Angaben bis 1968 nicht voll vergleichbar. — ²⁾ einschließlich durchlaufender Kredite. — ³⁾ Ab 1. Juli 1970 ist an Stelle des Offenbarungseides die eidesstattliche Versicherung getreten.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Februar 1970	Mai 1970	August. 1970	August 1969
		1965	1969				
Preisindizes für Bauwerke							
Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten)							
Wohngebäude A ¹⁾	1962 = 100	113,1	127,7	141,5	148,6	151,3	128,3
Einfamiliengebäude A ¹⁾	"	113,3	128,1	141,5	148,3	151,0	128,6
Mehrfamiliengebäude A ¹⁾	"	113,0	127,4	141,5	148,9	151,7	128,0
Gemischt genutzte Gebäude A ¹⁾	"	112,8	127,5	141,8	148,8	151,6	128,2
Bürogebäude A ¹⁾	"	112,2	126,9	147,7	148,8	151,8	127,8
Bürogebäude B ¹⁾	"	"	113,9	127,6	134,1	136,7	115,1
Gewerbliche Betriebsgebäude A ¹⁾	"	112,4	125,8	142,1	150,6	153,8	127,6
Gewerbliche Betriebsgebäude B ¹⁾	"	"	113,4	128,0	135,7	138,5	115,0
Löhne und Gehälter²⁾				Januar 1970	April 1970	Juli 1970	Juli 1969
1. Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Bruttowochenverdienste							
männliche Arbeiter	DM	232	291	308	317	327	289
weibliche Arbeiter	"	140	180	191	195	204	180
Bruttostundenverdienste							
männliche Arbeiter	"	5,10	6,39	6,78	6,94	7,27	6,33
weibliche Arbeiter	"	3,32	4,32	4,57	4,71	4,96	4,33
Bezahlte Wochenarbeitszeit							
männliche Arbeiter	Std.	45,5	45,4	45,5	45,6	45,0	45,7
weibliche Arbeiter	"	42,2	41,7	41,7	41,4	41,1	41,6
Geleistete Wochenarbeitszeit							
männliche Arbeiter	"	41,4	41,0	41,7	42,8	35,5	36,5
weibliche Arbeiter	"	37,2	36,5	37,7	38,5	30,7	29,6
2. Angestellte, Bruttomonatsverdienste							
In Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Kaufmännische Angestellte							
männlich	DM	1 098	1 405	1 497	1 523	1 564	1 401
weiblich	"	747	983	1 049	1 068	1 113	983
Technische Angestellte							
männlich	"	1 182	1 494	1 587	1 620	1 671	1 492
weiblich	"	748	988	1 063	1 072	1 127	993
In Handel, Kredit und Versicherungen							
Kaufmännische Angestellte							
männlich	"	1 043	1 332	1 403	1 449	1 498	1 331
weiblich	"	668	899	962	998	1 030	899
In Industrie und Handel³⁾ zusammen							
Kaufmännische Angestellte							
männlich	"	1 058	1 351	1 427	1 468	1 515	1 349
weiblich	"	688	921	984	1 016	1 051	921
Technische Angestellte							
männlich	"	1 176	1 496	1 587	1 618	1 671	1 495
weiblich	"	838	1 147	1 240	1 263	1 296	1 157
Öffentliche Ordnung und Sicherheit				Juli 1970	August 1970	September 1970	September 1969
1. Feuerlösch- und Rettungsdienst							
Feueralarme	Anzahl	288	392	405	398	380	368
dav. falsche Alarme und Unfugmeldungen	"	67	90	103	107	105	79
bekämpfte Brände	"	221	302	302	291	275	289
dav. Großbrände	"	9	14	15	21	14	19
Mittelbrände	"	28	43	44	26	34	35
Kleinbrände	"	98	130	130	147	111	135
Entstehungsbrände	"	80	105	107	95	114	97
Schornsteinbrände	"	6	10	6	2	2	3
Hilfeleistungen aller Art	"	"	"	795	761	837	"
Rettungswageneinsätze	"	"	"	9 865	9 772	10 469	"
dar. Straßen- und Verkehrsunfälle	"	1 156	1 364	1 703	1 740	1 777	1 425
Betriebsunfälle	"	544	416	551	504	580	450
Krankenbeförderungen	"	"	"	3 472	3 154	3 476	"
Anzahl der beförderten Personen	"	"	"	9 709	9 372	10 208	"
Gesamtzahl der Alarmierungen	"	"	"	11 065	10 931	11 686	"
Außerdem:	"	"	"	"	"	"	"
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehr	"	"	"	92	63	79	51
2. Feststellungen der Polizei							
Straftaten	Anzahl	8 102	10 403	12 981	9 510	10 955	11 102
dar. Sittlichkeitsdelikte	"	214	265	284	192	243	262
Mord und Totschlag	"	4	6	6	4	9	5
Körperverletzung ⁴⁾	"	91	124	136	122	107	144
Einfacher Diebstahl	"	3 413	4 368	5 160	3 818	4 177	4 834
Schwerer Diebstahl	"	1 822	2 255	3 522	2 553	3 355	2 654
Diebstähle zusammen	"	5 235	6 623	8 682	6 371	7 532	7 488
dar. Kraftwagen- und -gebrauchs-	"	"	"	"	"	"	"
diebstahl	"	180	256	345	288	297	335
Unterschlagung	"	203	229	199	172	200	171
Raub und Erpressung	"	41	67	64	85	68	69
Begünstigung und Hehlerei	"	85	130	211	61	113	58
Betrug und Untreue	"	722	973	1 008	781	724	724
Brandstiftung	"	33	47	38	32	28	40
Außerdem:	"	"	"	"	"	"	"
Verkehrsvergehen ⁵⁾	"	778	1 234	1 555	1 549	1 410	1 350
Verkehrsordnungswidrigkeitenanzeigen ⁶⁾	"	8 929	16 625	18 506	16 426	16 863	18 281
Ordnungswidrigkeitenberichte	"	423	600	347	451	437	524
Verwarnungen mit Verwarnungsgeld ⁷⁾	"	31 317	29 706	27 953	24 010	25 682	31 828

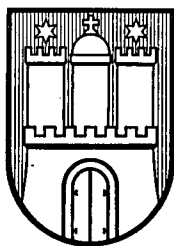
¹⁾ A = mit Umsatz-(Mehrwert-)steuer, B = ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. — ²⁾ Effektivverdienste; ab 1964 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. — ³⁾ Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe. — ⁴⁾ ohne §§ 223 und 230. — ⁵⁾ vor dem 1. 1. 1969 Verkehrsvergehenanzeigen. — ⁶⁾ vor dem 1. 1. 1969 Übertretungenanzeigen. — ⁷⁾ vor dem 1. 1. 1969 Gebührenpflichtige Verwarnungen.

AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN FÜR DAS BUNDESGBEIT

Gegenstand	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juni 1970	Juli 1970	August 1970	August 1969
		1965	1969				
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT							
Bevölkerung am Monatsende	1 000	59 011,7	60 842,4	61 000 p
Eheschließungen	auf 1 000	8,3	7,3	10,8
Lebendgeborene	Einw. und	17,7	14,8	13,9
Gestorbene	1 Jahr	11,5	12,2	10,6
Arbeitslose	1 000	146	176	95	99	89	104
INDUSTRIE ¹⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	8 460	8 308	8 364
Geleistete Arbeitsstunden ²⁾	Mio Std.	1 055	995	930
Umsatz ³⁾ ohne Umsatzsteuer	Mio DM	31 218	39 537	36 368
dar. Auslandsumsatz	"	4 903	7 747	6 799
Index der industriellen Nettoproduktion (arbeitsmäßig)							
Industrie (einschl. Bau- u. Energiew.)	1962=100	118,2	148,2	160,0 r	146,0 p	...	136,2
Verarbeitende Industrie	"	119,1	151,5	164,1 r	148,5 p	...	138,3
Grundst.- u. Produktionsgüterind.	"	124,8	170,0	185,1	179,1 p	...	167,8
Investitionsgüterindustrie	"	117,8	146,5	166,5 r	141,7 p	...	123,1
Verbrauchsgüterindustrie	"	115,6	144,2	143,5 r	127,3 p	...	128,7
Nahrungs- und Genußmittelind.	"	115,2	134,4	139,1 r	129,9 p	...	129,9
Bauindustrie	"	118,9	127,5	162,4 r	152,8 p	...	144,3
BAUWIRTSCHAFT							
Bauhauptgewerbe ⁴⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	1 642,6	1 504,7	1 563,7	1 581,4	...	1 557,7
Geleistete Arbeitsstunden	Mio Std.	233,3	203,3	248,3	251,5	...	227,1
Umsatz ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer	Mio DM	3 698,0	3 968,6	4 313,1	4 766,8	...	3 662,6
Baugenehmigungen für Wohnungen	Anzahl	51 898	46 653	54 689	61 434	58 701	49 654
Baufertigstellungen für Wohnungen	"	49 326	41 660	30 476	26 628	25 673	28 845
HANDEL							
Index der Einzelhandelsumsätze	1962=100	124	152	162	173	151	140
Index der Groß- und Außenhandelsumsätze	"		148	165	151	148	138
VERKEHR							
Seeschifffahrt							
Güterumschlag ⁵⁾	1 000 t	8 835	10 581	11 753	11 093
dav. Empfang	"	6 950	8 252	9 409	8 606
Versand	"	1 885	2 329	2 344	2 487
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	144 927	171 971	236 257	228 648	119 758	108 247
Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden	"	26 364	28 178 p	34 201 p	35 214 p	33 148 p	33 040 p
Getötete Personen	"	1 313	1 382 p	1 629 p	1 693 p	1 804 p	1 591 p
Verletzte Personen	"	36 124	39 268 p	47 936 p	50 350 p	48 177 p	48 117 p
STEUERN							
Lohnsteuer	Mio DM	1 395	2 255	2 567	3 060	3 368	2 296
Veranlagte Einkommensteuer	"	1 233	1 416	3 458	235	172	290
Körperschaftsteuer	"	681	908	2 113	170	76	123
Steuern vom Umsatz	"	2 018	3 063	2 996	3 061	3 223	2 966
PREISE							
Index der Erzeugerpreise Industrieller Produkte ⁶⁾	1962=100	104,0	101,5	107,4	107,6	107,8	101,5
Index der Einfuhrpreise	"	106,3	108,0	106,7	106,9	106,2	109,7
Index der Ausfuhrpreise	"	104,8	111,3	116,3	117,0	116,9	112,3
Preisindex für Wohngebäude	"	112,6	124,5			145,0	125,0
Preisindex für die Lebenshaltung ⁷⁾	"	109,0	119,3	124,1	124,1	124,0	119,5
Nahrungs- und Genußmittel	"	109,0	114,2	118,8	118,4	117,7	114,4
Wohnungsmieten	"	118,5	161,9	167,8	168,4	169,0	163,0
				Januar 1970	April 1970	Juli 1970	Juli 1969
LÖHNE IN DER INDUSTRIE							
Bruttostundenverdienste der Männer	DM	4,54	5,71	6,15	6,25	6,53	5,65
Bezahlte Wochenarbeitszeit der Männer	Std.	45,1	44,8	44,4	45,1	44,9	45,1

Quelle: Statistisches Bundesamt.
¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ²⁾ einschließlich Lehrlingsstunden. — ³⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. — ⁴⁾ hochgerechnete Totalergebnisse. — ⁵⁾ Verkehr zwischen deutschen Seehäfen ist doppelt gezählt. — ⁶⁾ ab 1968 ohne Mehrwertsteuer. — ⁷⁾ 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen.

HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1970

Dezember-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Hamburg im Jahre 1970

1. Gesamtüberblick

Steigerung des Sozialprodukts um 11%

2. Bevölkerung

Weiterer Rückgang der Einwohnerzahl — Ausgleich von Zu- und Fortzügen — Unverminderte Abwanderung in das Umland — Zunahme der Sterbefälle bei gleichzeitiger Abnahme der Geburtenzahlen — 44 % starben an Herz- und Kreislaufkrankheiten — Weniger Eheschließungen — Mehr Ehescheidungen

3. Beschäftigung und Lebenshaltung

Leichte Entspannungstendenz auf dem Arbeitsmarkt — Starke Zunahme der Zahl der ausländischen Arbeitskräfte — Rückläufige Arbeitszeiten — Kräftiger Anstieg der Bruttostunden- und -wochenverdienste der Industriearbeiter — Ähnlich hohe Zunahmen auch bei den Angestelltegehältern in Industrie und Handel — Preisindex für die Lebenshaltung kräftig gestiegen — Höhere Auszahlungen an Wohngeld

4. Bildung und Kultur

25 % mehr Abiturienten als 1960 — Weiter zunehmende Studentenzahlen — Unterschiedliche Inanspruchnahme kultureller Einrichtungen

5. Industrie und Handwerk

Beträchtliche Produktionsfortschritte bei abgeschwächtem Umsatzwachstum in der Industrie — Unterschiedliche Produktionsergebnisse in den einzelnen Industrie-Hauptgruppen — Uneinheitliche Umsatzentwicklung in den Industrie-Hauptgruppen — Wachsende wirtschaftliche Aktivität im Handwerk

6. Baugewerbe und Wohnungsbau

Unterschiedliches Produktionswachstum in den Bereichen des Bauhauptgewerbes — Abschwächung des Wohnungsbaus erheblich zugenommen — Beträchtlicher Anstieg der im Tiefbau vergebenen Mittel

7. Handel und Verkehr

Umsatzsteigerung im Einzelhandel um fast 13 % — Günstigere Entwicklung im Binnengroßhandel als im Außenhandel — Neuer Höchststand im Fremdenverkehr — Erneuter Umschlagrekord im Hamburger Hafen — Binnenschiffsverkehr im wesentlichen unverändert — Starker Anstieg im Luftverkehr — Günstige Entwicklung im öffentlichen Personennahverkehr — Kraftfahrzeugbestand weiter gewachsen — Immer mehr Straßenverkehrsunfälle

8. Öffentliche Ordnung

Zunahme der Kriminalität — Jeden Monat 100mal blinder Alarm bei der Feuerwehr

9. Geld und Staatsfinanzen

Spareinlagen stagnieren — Unbefriedigende Steuererträge — Schleppende Steuereingänge zwingen zu verstärkter Kreditaufnahme

1. Gesamtüberblick

Aufgrund der bis jetzt über die Wirtschaftsentwicklung vorliegenden Daten ist in Hamburg im Jahre 1970 mit einer Zunahme des Bruttoinlandsprodukts um gut 11 % zu rechnen, während die reale Zuwachsrate knapp 5 % betragen dürfte. Damit bleibt Hamburg trotz seines hohen Leistungsniveaus gegenüber der Gesamtentwicklung in der Bundesrepublik voraussichtlich geringfügig zurück. Sie wird z. T. von den wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstituten auf 13 % nominal und 5,5 % real geschätzt. Es wird erwartet, daß die großen Wirtschaftsbereiche in ihrer Zunahme nicht allzustark divergieren. In der nominalen Entwicklung dürfte das Wachstum im Baugewerbe sowie in den Bereichen Kreditinstitute und Versicherungen, Energiewirtschaft und Einzelhandel an der Spitze stehen.

Die Einwohnerzahl Hamburgs ist im Jahre 1970 weiter zurückgegangen. Der Verlust von rd. 8 000 Personen rührt überwiegend aus dem Sterbeüberschuß infolge des anhaltenden Geburtenrückgangs und der Zunahme der Sterbefälle her. Der Wanderungssaldo war durch den starken Zuzug von Gastarbeitern ausgeglichen; gegenüber dem Umland blieb der Wanderungsverlust von 12 000 Einwohnern etwa auf der Höhe der letzten Jahre.

Die Lage am Arbeitsmarkt entwickelte sich weiter günstig. Die Zahl der offenen Stellen je Arbeitslosen betrug Ende Oktober 9. Dem Rückgang der durchschnittlichen Wochenarbeitszeiten in der Industrie um 0,4 % standen Erhöhungen der Bruttowochenverdienste um 12,5 % gegenüber (jeweils Januar bis Juli). Gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres (Januar bis September) stieg der Preisindex für die Lebenshaltung um 3,8 %.

Die industrielle Produktion erhöhte sich mit Zuwachsraten von 19,0 und 13,8 % in der Elektrotechnik und in der Mineralölverarbeitung am stärksten, während in der NE-Metallindustrie Produktionsrückgänge zu erwarten sind. Mit rückläufigen Zahlen ist ebenfalls im Wohnungsbau zu rechnen. Die vergebenen Mittel und Leistungen im Tiefbau sowie die Leistungen im öffentlichen Hochbau sind dagegen — vor allem infolge der Großbauvorhaben — erheblich gestiegen. Auch das Handwerk verzeichnet starke Umsatzzunahmen.

Der Außenhandel blieb 1970 hinter der Umsatzzunahme des Binnengroßhandels und Einzelhandels erheblich zurück (vgl. hierzu auch die abgeschwächte Zuwachsrate für die Auslandsumsätze der Industrie).

Im Hamburger Hafen wird für 1970 ein Umschlag von rd. 47 Mio Tonnen erwartet, der das Vorjahresergebnis um rd. 15 % übertrifft. Der Binnenschiffsverkehr wird mit einem Umschlag von rd. 10 Mio Tonnen trotz ungünstiger Witterung am Jahresanfang das Vorjahresergebnis halten können.

Der Luftverkehr entwickelte sich hinsichtlich der Personen- und Güterbeförderung weiterhin positiv. Es wird erwartet, daß ein Jahresergebnis von 3 Millionen Fluggästen in diesem Jahr erstmals überschritten wird. Eine positive Entwicklung haben auch die öffentlichen Nahverkehrsmittel mit einer Zunahme in der Zahl der Fahrgäste aufzuweisen. Sorgen macht — nach dem inzwischen weiter erhöhten Kraftfahrzeugbestand — die steigende Zahl der Verkehrsunfälle.

Die Zahl der strafbaren Handlungen erhöhte sich 1970 um rd. 6 000 und erreichte damit 97 000; die Zahl der in den ersten drei Quartalen 1970 festgestellten Rauschgiftdelikte übertraf die des gleichen Vorjahreszeitraums etwa um das Fünffache. Der durchschnittliche Bestand an Spareinlagen nahm gegenüber 1969 um 6,3 % zu, das Steueraufkommen um 6,0 %.

2. Bevölkerung

Weiterer Rückgang der Einwohnerzahl

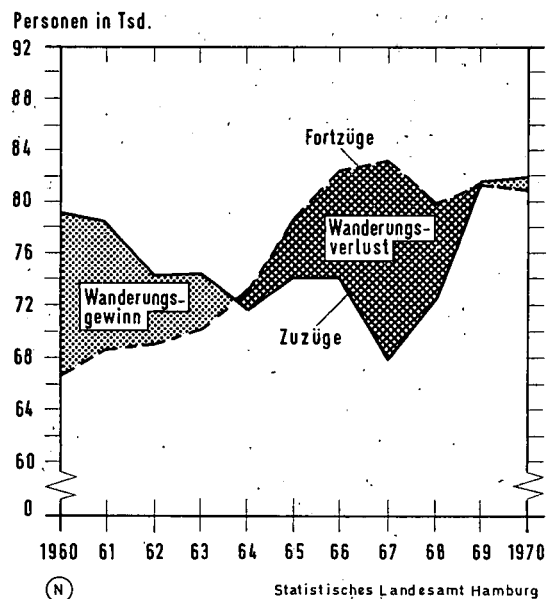
Nach der Bevölkerungsfortschreibung hatte Hamburg am 1. Januar 1970 rd. 1 817 000 Einwohner. 12 Monate danach wird diese Einwohnerzahl voraussichtlich unter Berücksichtigung der vorläufigen monatlichen Ergebnisse der Bevölkerungsentwicklung unter Hinzuschätzung der letzten Monate des Jahres wesentlich niedriger, nämlich bei etwa 1 810 000, liegen. Die Basis der oben angesprochenen Bevölkerungsfortschreibung — die Volkszählung vom 6. Juni 1961 — wird im Laufe des kommenden Jahres durch die Ergebnisse der am 27. Mai 1970 durchgeführten Volkszählung ersetzt werden und hierdurch zweifellos eine Korrektur erfahren.

Ausgleich von Zu- und Fortzügen

Die starken Wanderungsverluste der früheren Jahre, die den Bevölkerungsrückgang Hamburgs überwiegend verursachten, nahmen bereits im Jahre 1969 ab. 1970 werden sich — soweit sich dies aufgrund der für die ersten 9 Monate dieses Jahres ermittelten Daten überblicken läßt — die Zu- und Fortzüge nahezu ausgleichen. Bedingt wird dieser Ausgleich — bei unverminderter Abwanderung in die Umlandkreise — durch den verhältnismäßig großen Zustrom von Ausländern innerhalb des 2. Halbjahres 1970 (vgl. auch den Abschnitt über ausländische Arbeitskräfte).

Schaubild 1

Zuzüge nach Hamburg und Fortzüge aus Hamburg
1960 bis 1970



Die Gesamtzahl der Zuzüge nach Hamburg wird wahrscheinlich die Höhe des Vorjahres von 81 000

Tabelle 1

Veränderungskomponenten der Bevölkerung in Hamburg 1968 bis 1970

Art der Angaben	1968	1969	1970 ¹⁾	Veränderung gegenüber Vorjahr		
				absolut	in %	
				1970	1969	1970
	1	2	3	4	5	6
Natürliche Bevölkerungsbewegung						
Lebendgeborene	24 277	21 039	18 000	— 3 000	— 13,3	— 14,4
Gestorbene	26 597	27 213	27 000	— 200	— 2,3	— 0,8
Gestorbenenüberschuß	2 320	6 174	9 000
Eheschließungen	15 841	14 494	14 000	— 500	— 8,5	— 3,4
Wanderungsbewegung insgesamt						
Zuzüge	72 574	81 819	83 000	+ 1 200	+ 11,3	+ 1,4
Fortzüge	79 977	81 409	82 000	+ 600	+ 1,8	+ 0,7
Wanderungsgewinn (+) -verlust (—)	— 7 403	+ 410	+ 1 000
Bevölkerungsverlust	9 723	5 764	8 000
Wanderungsbewegung zwischen Hamburg und dem Umland ²⁾						
Zuzüge	17 575	17 688	18 000	+ 300	+ 0,6	+ 1,7
Fortzüge	29 357	30 364	30 000	— 400	+ 3,3	— 1,2
Wanderungsverlust	11 782	12 676	12 000

¹⁾ Jahreszahlen 1970 = Jahresschätzung nach der Entwicklung in den Monaten Januar bis September. — ²⁾ Kreise: Hzt. Lauenburg, Pinneberg, Segeberg, Stormarn, Steinburg, Stadtkreis Lüneburg, Landkreis Lüneburg, Harburg, Stade, Land Hadeln.

um ca. 2 000 Fälle überschreiten. Auf der Fortzugsseite dürfte sich ebenfalls ein größeres Volumen von insgesamt 82 000 Fortzügen ergeben. Obgleich damit rechnerisch ein Wanderungssaldo von + 1 000 Personen entsteht, kann in diesem Zusammenhang von einem etwa ausgeglichenen Saldo mit der Tendenz zum Wanderungsgewinn gesprochen werden, weil der Ausgleich — wie oben bereits gesagt — durch den verstärkten Zuzug von Ausländern — insbesondere Gastarbeitern — bedingt ist.

In der Wanderungsbewegung der deutschen Bevölkerung wird die bisherige große Diskrepanz zwischen Zu- und Fortzügen bestehen bleiben. Ergab sich im Vorjahr ein Wanderungsverlust der deutschen Bevölkerung von nahezu 13 000 Personen, so ist für das Jahr 1970 zu erwarten, daß sich dieser sogar noch vergrößert.

Schaubild 2

Zu und fortgezogene Deutsche sowie Wanderungsgewinn und -verlust in Hamburg 1960 bis 1970

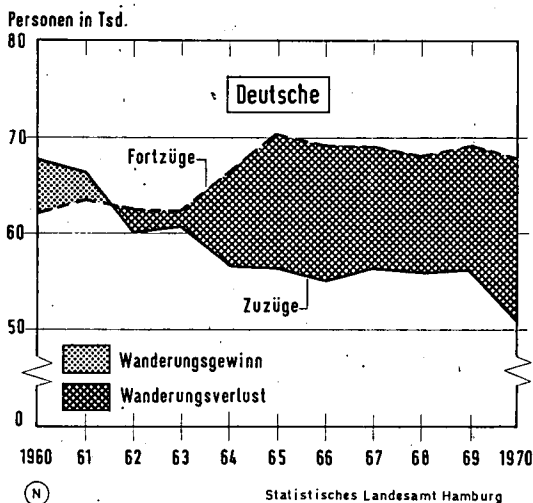
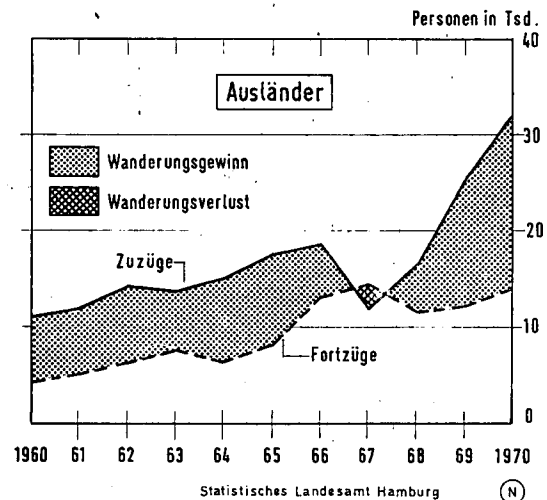


Schaubild 3

Zu- und fortgezogene Ausländer sowie Wanderungsgewinn und -verlust in Hamburg 1960 bis 1970



Unverminderte Abwanderung in das Umland

Die Wanderungsbewegung zwischen Hamburg und seinen Nachbargebieten zeigt ein grundsätzlich anderes Bild als die Gesamt-Mobilität.

Die Bilanz der Zu- und Fortzüge mit den Umlandkreisen in Schleswig-Holstein (Pinneberg, Segeberg, Stormarn und Hzt. Lauenburg) und Niedersachsen (Lüneburg, Harburg, Stade) hat in den letzten Jahren jeweils einen Bevölkerungsverlust von etwa 10 000 bis 12 000 Personen erbracht. Die zunehmende Aufwärtsentwicklung der Randgebiete sowohl im Hinblick auf den Wohnungsbau als auch bezüglich der Ansiedlung von Gewerbebetrieben ließ diese Außenbezirke attraktiver werden. Wenn gegenwärtig auch noch keine exakten Daten über Hamburgs Zu- und Fortzüge in bzw. aus den Randkreisen zur Verfügung

Tabelle 2

Der Bevölkerungsbestand in Hamburg 1961 bis 1969 nach Altersgruppen

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	Geschlecht	Bevölkerung am Stichtag				Veränderung gegenüber 1961	
		6. 6. 1961 ¹⁾		31. 12. 1969		absolut	in %
		absolut	in %	absolut	in %		
		1	2	3	4	5	6
Unter 15	männlich	151 962	18,0	170 061	20,2	+ 18 099	+ 11,9
	weiblich	144 431	14,6	162 187	16,7	+ 17 756	+ 12,3
	zusammen	296 393	16,2	332 248	18,3	+ 35 855	+ 11,2
15—45	männlich	352 659	41,8	371 713	44,1	+ 19 054	+ 5,1
	weiblich	389 163	39,4	360 290	37,0	— 28 873	— 8,0
	zusammen	741 822	40,5	732 003	40,3	— 9 819	— 1,3
darunter 20—30	männlich	140 101	16,6	138 202	16,4	— 1 899	— 1,4
	weiblich	139 660	14,1	128 608	13,2	— 11 052	— 8,6
	zusammen	279 761	15,3	266 810	14,7	— 12 591	— 4,9
45—65	männlich	237 057	28,1	190 006	22,5	— 47 051	— 24,8
	weiblich	298 926	30,3	263 054	27,0	— 35 872	— 13,6
	zusammen	535 983	29,2	453 060	24,9	— 82 923	— 18,3
65 und älter	männlich	102 654	12,1	111 846	13,3	+ 9 192	+ 8,2
	weiblich	155 494	15,7	187 965	19,3	+ 32 471	+ 17,3
	zusammen	258 148	14,1	299 811	16,5	+ 41 663	+ 13,9
Insgesamt	männlich	844 332	100	843 626	100	— 706	— 0,1
	weiblich	988 014	100	973 496	100	— 14 518	— 1,5
	zusammen	1 832 346	100	1 817 122	100	— 15 224	— 0,8

¹⁾ Volkszählung.

stehen, so kann aus der Bevölkerungsfluktuation der Monate Januar bis September geschlossen werden, daß hier keine wesentliche Änderung eingetreten ist. Der Wanderungsverlust Hamburgs mit seinem unmittelbaren Umland wird im Jahre 1970 bei 11 000 bis 12 000 Personen liegen. Dieses Umland hat in den letzten 5 Jahren einen Bevölkerungszuwachs von fast 100 000 Einwohnern zu verzeichnen gehabt, Hamburg ist daran mit rd. 60 % beteiligt. Die Bevölkerung Hamburgs einschließlich der Umlandkreise beträgt heute fast 3 Millionen.

Zunahme der Sterbefälle bei gleichzeitiger Abnahme der Geburtenzahlen

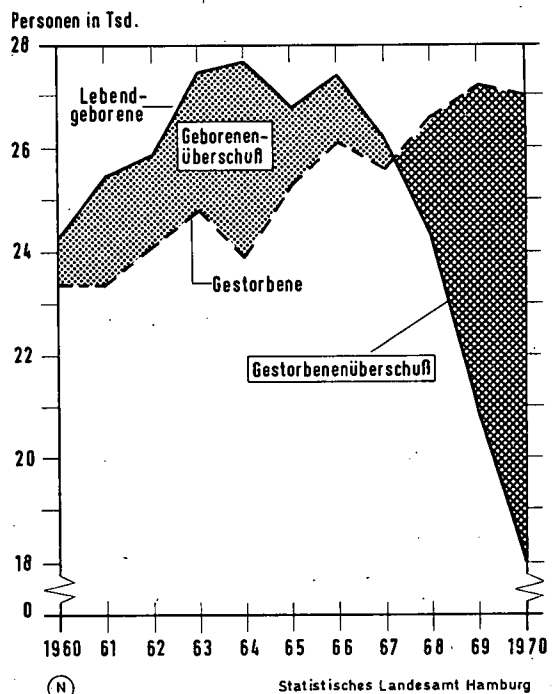
Die Veränderung der Einwohnerzahl Hamburgs wird gegenwärtig weniger durch den Wanderungssaldo als durch den Sterbeüberschuß beeinflusst; er wird bestimmt durch eine anhaltend hohe Sterberate und einen stetigen Geburtenrückgang. Maßgeblich für diese Entwicklung ist der ungünstige Altersaufbau der Hamburger Bevölkerung: 16,5 % der gesamten Wohnbevölkerung sind 65 und mehr Jahre alt. Lag 1961 die Sterbequote noch bei 12,8 (Gestorbene auf 1 000 Einwohner), so hat sie heute die Höhe von 15,0 erreicht. Absolut bedeutet dies, daß Hamburg im Jahre 1961 bei einer Bevölkerung von 1,83 Mio rd. 23 400 Sterbefälle registrierte, wogegen im Jahr 1970 bei einer verminderten Bevölkerungszahl rd. 27 000 Sterbefälle erwartet werden. 75 % der Gestorbenen sind 65 Jahre und älter.

Der sich bereits seit 1969 stark abzeichnende Geburtenrückgang ist zum Teil ebenfalls durch die Altersstruktur der Hamburger Bevölkerung bedingt. Die Gesamtzahl der Frauen im gebärfähigen Alter ist gegenüber 1961 um rd. 29 000 Personen geringer, ihr Anteilsatz an der Bevölkerung ist von rd. 40 % auf 37 % gefallen. Die Zahl der Lebend-

geborenen war im Vorjahr auf 21 000 gesunken, für 1970 werden kaum mehr als 18 000 Lebendgeborene erwartet.

Schaubild 4

Geburten und Sterbefälle in Hamburg 1960 bis 1970



Neben der Abnahme der Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter spielt das veränderte generative Verhalten eine entscheidende Rolle. Bei einer Berechnung der altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern läßt sich sehr deutlich die veränderte Entwicklung fest-

stellen. Die Tabelle 3 zeigt, daß in allen Altersgruppen der Mütter über 20 Jahre — besonders in den Altersgruppen 20 bis unter 25 und 25 bis unter 30 Jahren — ein erheblicher relativer Geburtenrückgang eingetreten ist.

Tabelle 3

**Altersspezifische Fruchtbarkeitsziffern in Hamburg
1967 bis 1969**

Altersgruppen der Mütter von ... bis unter ... Jahren	Auf 1000 Frauen neben- stehenden Alters kamen ... lebend- und totgeborene Kinder			Verände- rung der Frucht- barkeits- ziffern 1969 gegen- über 1967
	1967	1968	1969	Punkte
	1	2	3	4
Unter 20	31,1	32,0	32,0	+ 0,9
20-25	120,8	112,2	94,9	— 25,9
25-30	126,0	114,7	100,0	— 26,0
30-35	83,4	80,9	70,1	— 13,3
35-40	32,9	31,8	29,9	— 3,0
40 und älter	7,6	7,9	7,3	— 0,3
Insgesamt	70,8 ¹⁾	66,9 ¹⁾	58,7 ¹⁾	— 12,1

¹⁾ berechnet auf die Altersjahre 15 bis 45.

Ein Ausgleich des Saldos von Geburten und Sterbefällen ist also aus den genannten Gründen nicht möglich. Für 1970 muß mit einem Sterbeüberschuß von 9 000 Personen gerechnet werden. Auch in den kommenden Jahren werden sich weiterhin Sterbeüberschüsse — und zwar in noch höherem Maße als 1970 — ergeben, da mit einer einschneidenden Verjüngung des Bevölkerungsbestandes von außen her durch Zuwanderung nicht gerechnet werden kann.

44 % starben an Herz- und Kreislaufkrankheiten

Häufigste Todesursache waren wie in den vergangenen Jahren die Herz- und Kreislaufkrankheiten, unter ihnen dominiert der Herzinfarkt (39 %). Die bösartigen Neubildungen (Krebs) folgen mit Abstand und machen rd. 19 % der Todesfälle aus.

Weniger Eheschließungen

Das durchschnittliche Heiratsalter der Frauen (27,2 Jahre) und der Männer (30,3 Jahre) ist recht konstant; es ist nicht nur durch die Zahl der jüngeren, im heiratsfähigen Alter befindlichen Personen bestimmt, sondern wird von denjenigen mit beeinflußt, die im vorangeschrittenen Alter (noch einmal) heiraten. Da die Gesamtzahl der Eheschließungen von der Altersstruktur der Bevölkerung abhängig ist und die Zahl der Männer und Frauen im Alter zwischen 20 und 30 Jahren — dem hauptsächlichen Heiratsalter — in den letzten 10 Jahren um 13 000 Personen abgenommen hat, sank die Eheschließungszahl von 19 000 auf 14 000. Dieser Rückgang wirkt sich naturgemäß auch auf die Geborenenzahl aus, denn die meisten Kinder werden in den ersten Ehejahren geboren.

Mehr Ehescheidungen

Die bisher für das Jahr 1970 vorliegenden Zahlen über die gerichtlichen Ehelösungen lassen einen

Höchststand erwarten, der bei rd. 5 000 Fällen liegen dürfte. Bei gleichzeitig abnehmender Bevölkerung erhöht sich damit die Scheidungsziffer (Scheidungen auf 1 000 Einwohner) auf 2,8. Vor 10 Jahren lag diese Ziffer noch bei 1,9.

3. Beschäftigung und Lebenshaltung

Leichte Entspannungstendenz auf dem Arbeitsmarkt

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat in Hamburg im Herbst 1970 eine leichte Entspannung erfahren. Den 32 300 offenen Stellen standen Ende Oktober 1970 etwa 8 000 Arbeitsuchende gegenüber; 2 700 waren davon echt als arbeitslos zu bezeichnen. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Lage auf dem Hamburger Arbeitsmarkt trotz des Zustroms ausländischer Arbeitnehmer jedoch — wie aus der nachstehenden Übersicht hervorgeht — kaum verändert. Auf einen Arbeitslosen entfielen 1969 9,6 und 1970 9,2 offene Stellen:

	1969 (31. 10.)	1970 (31. 10.)
Arbeitslose	2 973	2 714
Offene Stellen	28 640	29 290

Die Entwicklung des Jahres 1970 — soweit dies aufgrund der Ergebnisse bis Oktober beobachtet werden konnte — verlief folgendermaßen:

War der Arbeitskräftebedarf mit 25 400 offenen Stellen und 8 400 Arbeitsuchenden bereits zu Beginn des Jahres schon nicht zu decken, so verschlechterte sich die Arbeitsmarktlage bis Juni weiter. 35 200 offenen Stellen standen nur noch 7 400 Arbeitsuchende gegenüber. Eine leichte Entspannung trat erstmalig im Juli ein: während der Arbeitskräftebedarf seitdem monatlich um rd. 1 000 zu besetzende Stellen zurückging, stieg gleichzeitig die Zahl der Arbeitsuchenden.

Wie stark der Hamburger Arbeitsmarkt sich in Bewegung befindet, zeigen die Zahlen der monatlichen Stellenvermittlungen: Durchschnittlich wurden 1970 jeden Monat rd. 27 000 Arbeitsuchende in freie Arbeitsplätze eingewiesen.

Starke Zunahme der Zahl der ausländischen Arbeitskräfte

Die Hochkonjunktur und der anhaltende Arbeitskräftemangel zwangen dazu, die Arbeitskräftenachfrage zu einem großen Teil durch Gastarbeiter zu decken. Besonders das letzte Jahr brachte einen außergewöhnlichen Zustrom ausländischer Arbeitskräfte, so daß Ende September in Hamburg ein Stand von 50 400 Gastarbeitern erreicht wurde. Zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres lag diese Zahl noch um 11 000 Personen niedriger. Ein besonders starker Zugang von 5 200 Arbeitskräften trat im 3. Quartal ein.

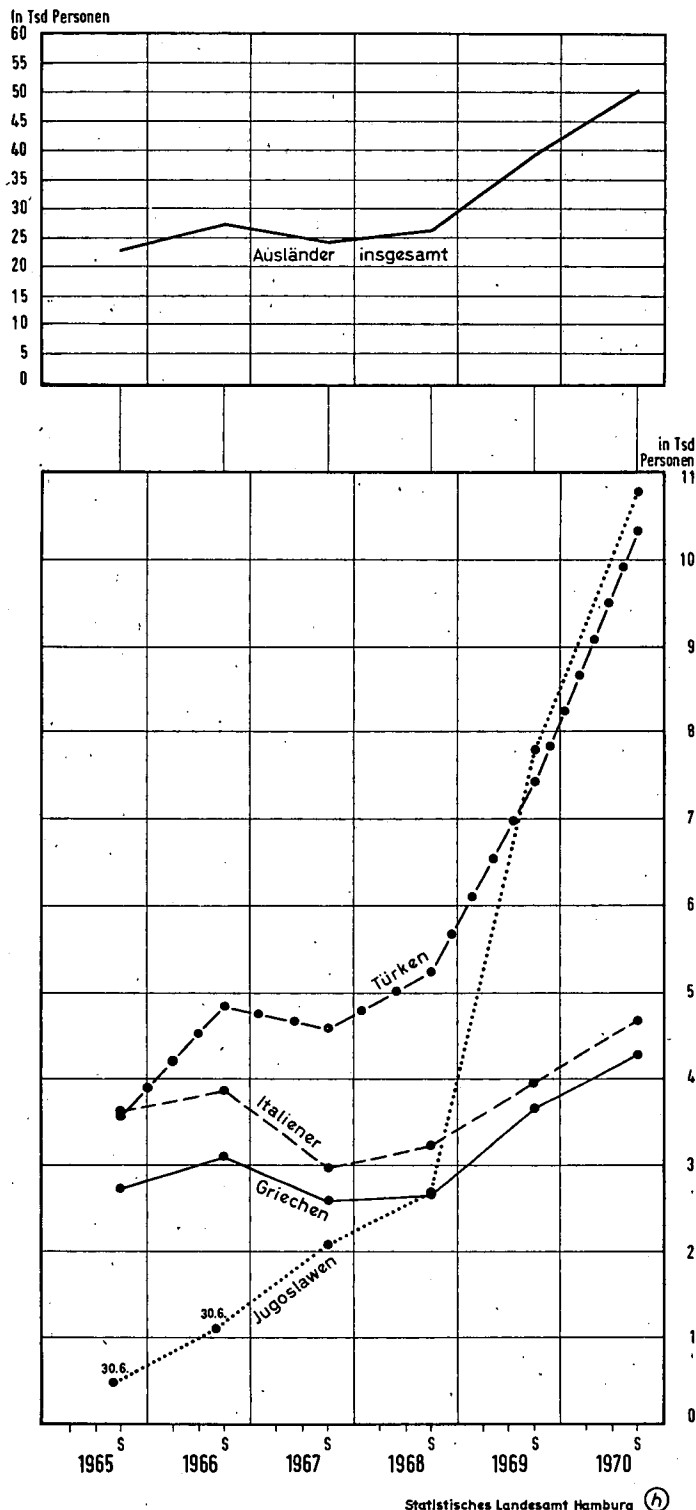
Unter den ausländischen Arbeitnehmern ist die Gruppe der Jugoslawen mit 10 800 Arbeitern am stärksten vertreten; fast gleich stark sind mit 10 300 Arbeitern die Türken. Die Italiener, aus denen sich in früheren Jahren hauptsächlich die Gastarbeiter rekrutierten, stehen heute mit 4 700 Arbeitskräften erst an dritter Stelle. Diese drei Nationalitäten stellen etwa

die Hälfte aller in Hamburg im abhängigen Arbeitsverhältnis stehenden Ausländer.

Etwas mehr als ein Viertel der ausländischen Arbeitnehmer sind Frauen.

Schaubild 5

Die beschäftigten nichtdeutschen Arbeitnehmer in Hamburg 1965 bis 1970 insgesamt und nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten
— Stand jeweils Ende September —



Rückläufige Arbeitszeiten

Der in den letzten Jahren beobachtete Anstieg der bezahlten Wochenstunden hat sich nicht fortgesetzt. Im Durchschnitt der Erhebungen der ersten drei Quartale wurde 1970 gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang der bezahlten Wochenarbeitszeiten von 0,4 % bei den Männern und 0,7 % bei den Frauen festgestellt. Dieser Rückgang spiegelt u. a. die Arbeitszeitverkürzungen in der Chemischen Industrie, der Mineralölverarbeitung und im Hoch- und Tiefbau wider (Einführung der 40-Stunden-Woche). Infolge der im Durchschnitt gut 5 Mehrarbeitsstunden in der Woche ergibt sich bei den Männern die noch verhältnismäßig hohe Zahl von durchschnittlich 45,3 Arbeitsstunden in der Woche.

Tabelle 4

Durchschnittliche Wochenarbeitszeiten und Bruttoverdienste der Industriearbeiter in Hamburg 1968 bis 1970

Arbeiter	1968	1969	Januar bis Juli		Veränderung gegenüber Vorjahr in %	
			1969	1970	1969	1970 ¹⁾
	1	2	3	4	5	6
Bezahlte Wochenstunden						
Männlich ...	45,0	45,4	45,5	45,3	+ 0,9	— 0,4
Weiblich ...	41,5	41,7	41,6	41,3	+ 0,5	— 0,7
Insgesamt ..	44,3	44,8	44,8	44,6	+ 1,1	— 0,4
Bruttostundenverdienste in DM						
Männlich ...	5,86	6,39	6,22	7,05	+ 9,0	+ 13,3
Weiblich ...	4,01	4,32	4,23	4,79	+ 7,7	+ 13,2
Insgesamt ..	5,56	6,05	5,90	6,66	+ 8,8	+ 12,9
Bruttowochenverdienste in DM						
Männlich ...	264	291	283	319	+ 10,2	+ 12,7
Weiblich ...	167	180	176	198	+ 7,8	+ 12,5
Insgesamt ..	247	272	264	297	+ 10,1	+ 12,5

¹⁾ Januar bis Juli.

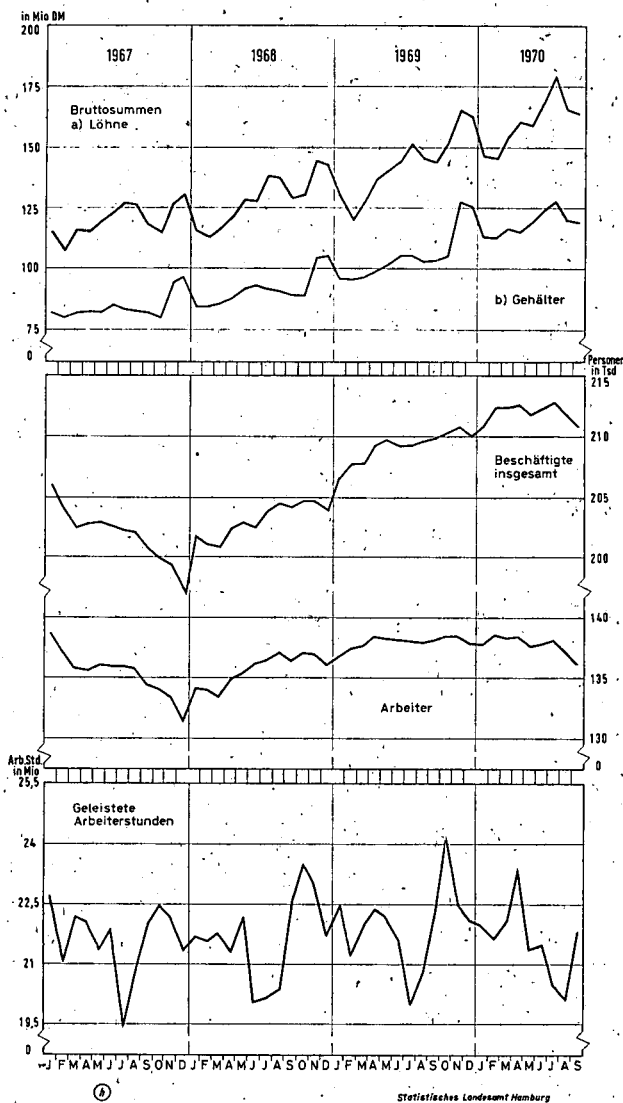
Kräftiger Anstieg der Bruttostunden- und -wochenverdienste der Industriearbeiter

Die Bruttostundenverdienste erhöhten sich von 1969 auf 1970 (im Durchschnitt der ersten drei Quartale) für die männlichen Industriearbeiter von 6,22 DM auf 7,05 DM und für die weiblichen von 4,23 DM auf 4,79 DM; das entspricht einer prozentualen Steigerung von 13,3 % bzw. 13,2 %. Besonders stark war die Verdienstzunahme mit 4,8 % für die Männer bzw. 5,3 % für die Frauen von April auf Juli 1970. In diesem Quartal wurden für Männer in vier und für Frauen in fünf Wirtschaftszweigen Erhöhungen von 10 und mehr Prozent festgestellt.

Die durchschnittlichen Bruttowochenverdienste lagen bei den Männern um 12,7 %, bei den Frauen um 12,5 % höher als 1969. Der Grund für die geringere Zunahme der Bruttowochenverdienste im genannten geringfügigen Rückgang der Wochenarbeitszeiten.

Schaubild 6

Entwicklung der Beschäftigung und Verdienste in der Hamburger Industrie 1967 bis 1970



Ähnlich hohe Zunahmen auch bei den Angestelltengehältern in Industrie und Handel

Von 1969 auf 1970 (jeweils erste drei Quartale) erhöhten sich die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Industrie und Handel für die männlichen Angestellten um 149 DM oder 10,9 %, für die weiblichen Angestellten um 120 DM oder 13,1 %. Im kaufmännischen Bereich betrugen die Verdienstzunahmen 144 DM oder 10,8 % für die männlichen und 118 DM oder 13,0 % für die weiblichen Angestellten; sie waren nicht so stark wie bei den technischen Angestellten, wo für die männlichen 164 DM oder 11,2 % und für die weiblichen 162 DM oder 14,6 % errechnet wurden. In der Industrie betrugen die Zuwachsraten 11,2 % für die männlichen, 12,6 % für die weiblichen Angestellten, in der Gruppe Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe 10,6 % bzw. 13,4 %.

Tabelle 5

Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Industrie und Handel in Hamburg 1968 bis 1970 — in DM —

Angestellte	1968	1969	Januar bis Juli		Veränderung gegenüber Vorjahr in %	
			1969	1970	1969	1970 ¹⁾
	1	2	3	4	5	6
Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau)						
Männlich	1 342	1 453	1 428	1 588	+ 8,3	+ 11,2
Weiblich	899	984	964	1 085	+ 9,5	+ 12,6
Insgesamt	1 181	1 284	1 261	1 410	+ 8,7	+ 11,8
Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe						
Männlich	1 253	1 337	1 324	1 465	+ 6,7	+ 10,6
Weiblich	836	912	898	1 018	+ 9,1	+ 13,4
Insgesamt	1 041	1 125	1 111	1 243	+ 8,1	+ 11,9
Industrie und Handel						
Männlich	1 290	1 385	1 367	1 516	+ 7,4	+ 10,9
Weiblich	853	933	917	1 037	+ 9,4	+ 13,1
Insgesamt	1 090	1 182	1 164	1 302	+ 8,4	+ 11,9

¹⁾ Januar bis Juli.

Preisindex für die Lebenshaltung kräftig gestiegen

Der Preisindex für die Lebenshaltung von mittleren 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten lag im Durchschnitt der Monate Januar bis September 1970 im Bundesgebiet um 3,6 % höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres; für den Preisindex für alle privaten Haushalte wurde sogar eine Erhöhung von 3,8 % errechnet. Ein ähnlich hoher Anstieg wurde in den letzten 10 Jahren nur von 1965 auf 1966 festgestellt. Innerhalb der Gliederung nach Hauptgruppen war die Indexentwicklung unterschiedlich. Die geringste Steigerung wurde für Waren und Dienstleistungen für Verkehrszwecke und Nachrichtenübermittlung errechnet (2,1 % bzw. 1,8 %). Erheblich über dem Durchschnitt lagen die Zunahmen für „Elektrizität, Gas, Brennstoffe“ (6,1 % bzw. 7,8 %), Waren und Dienstleistungen für Bildungs- und Unterhaltungszwecke (5,6 % bzw. 4,9 %) und Waren und Dienstleistungen für die Körper- und Gesundheitspflege (4,4 % bzw. 5,5 %). Hierbei gilt die erste Ver-

Tabelle 6

Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet 1968 bis 1970 — 1962 = 100 —

Art der Angaben	1968	1969	Januar bis September		Veränderung gegenüber Vorjahr in %	
			1969	1970	1969	1970 ¹⁾
	1	2	3	4	5	6
Mittlere 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte	116,1	119,3	119,1	123,4	+ 2,8	+ 3,6
Alle privaten Haushalte	116,4	119,5	119,1	123,6	+ 2,7	+ 3,8

¹⁾ Januar bis September.

änderungszahl jeweils für den Index der mittleren 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte, während die zweite sich auf den Index für alle privaten Haushalte bezieht.

Höhere Auszahlungen an Wohngeld

Die aus der Wohngeldstatistik vorliegenden Ergebnisse lassen erkennen, daß sich die in Hamburg bisher schon steigende Tendenz weiterhin fortgesetzt hat. Das ausgezahlte Wohngeld hat sich innerhalb eines Jahres von rd. 18,6 auf rd. 20,8 Mio DM — Stichtag jeweils der 30. 6. 1969 und 1970 — erhöht; das entspricht einer Zunahme von 11,7 %. Am 30. 6. 1970 hat der durchschnittliche monatliche Wohngeldanspruch 44,— DM betragen. Zu diesem Zeitpunkt haben 38 302 Berechtigte Wohngeld bezogen, von denen 98,2 % Mietzuschüsse und 1,8 % Lastenzuschüsse erhalten haben. Damit hat die Anzahl der Wohngeldempfänger gegenüber dem entsprechenden Stichtag 1969 um rd. 3,7 % zugenommen. 79,6 % der Mietzuschußempfänger gehören zur Gruppe der Rentner, Pensionäre und sonstigen Nichterwerbstätigen, 19,4 % zur Gruppe der Arbeiter, Angestellten und Beamten und nur 1 % zu den Selbständigen. Diese Relationen haben sich im Vergleich mit dem 30. 6. 1969 vor allem zugunsten der erstgenannten und zu Lasten der zweitgenannten Gruppe um jeweils rd. 4 Punkte verschoben, während die Selbständigen ihren Anteil gehalten haben.

4. Bildung und Kultur

25 % mehr Abiturienten als 1960

Nahezu 206 000 Schüler und Schülerinnen besuchten im Mai 1970 eine öffentliche allgemeinbildende Schule in Hamburg; das waren rund 9 700 oder 5 % mehr als im Mai 1969. In den Volksschulen erhöhte sich die Schülerzahl um 2 % auf annähernd 147 300, in den Realschulen um 12 % auf knapp 17 600 und in den Gymnasien um 15 % auf rund 41 100. Zu Ostern 1970 bestanden 1 151 Jungen und 785 Mädchen das Abitur, etwa ebenso viele wie 1969; im Vergleich zum Jahr 1960 machten jedoch 1970 gut 25 % mehr Schüler in Hamburg das Abitur. Der Anteil der Abiturienten am Jahrgang der 19-jährigen hat sich damit in diesem Zeitraum mehr als verdoppelt; zur Zeit beträgt die Abiturientenquote 11,4 % bei den Jungen und 7,6 % bei den Mädchen.

Weiter zunehmende Studentenzahlen

Im Sommersemester 1970 waren an der Universität Hamburg 19 225 ordentliche Studierende eingeschrieben (darunter 1 020 Ausländer). Diese Zahl bedeutet eine Zunahme um 846 Studierende oder 4,6 % gegenüber dem Sommersemester 1969. Zahlenmäßig vergrößert haben sich vor allem die Fachbereiche Philosophie / Psychologie / Sozialwissenschaften und Erziehungswissenschaft, aber auch Mathematik und Chemie; zurückgegangen ist die Zahl der Studenten dagegen vornehmlich in den Fachbereichen Theologie, Wirtschaftswissenschaften, Physik und Biologie.

Unterschiedliche Inanspruchnahme kultureller Einrichtungen

In der Spielzeit 1969/70 hatten die Hamburger Theater insgesamt etwas weniger Zuschauer als in der vorangegangenen Saison. Mit rund 2,23 Mio Be-

suchern (ohne Operettenhaus) betrug der Rückgang gegenüber der Spielzeit 1968/69 nicht ganz 3 %. Bei den einzelnen Theatern verlief die Entwicklung jedoch unterschiedlich. Das Thalia-Theater, das Altonaer Theater, das Junge Theater, die Kammerspiele, das Theater für Kinder und das Ohnsorg-Theater konnten im Vergleich zur Saison 1968/69 mehr Zuschauer für ihre Aufführungen gewinnen, die übrigen Theater mußten dagegen eine leichte — vereinzelt auch größere — Verminderung ihrer Zuschauerzahlen hinnehmen.

Die Kunsthalle, die fünf Museen und das Planetarium im Stadtpark hatten von Januar bis September über eine halbe Million Besucher, etwa 16 % mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Über 3,5 Millionen Bücher — d. h. annähernd zwei Bände je Einwohner — wurden in den ersten drei Quartalen von den Hamburger öffentlichen Bibliotheken ausgeliehen. Bis zum 30. September 1969 waren es rund 125 000 Bände weniger.

Doch wurde 1970 nicht nur mehr gelesen, sondern vermutlich auch mehr ferngesehen. Die Anzahl der erteilten Fernsehgenehmigungen war am Stichtag 30. September auf fast 625 200 gestiegen. Nach dieser erneuten Zunahme (+ 3,7 % gegenüber dem Vorjahr) steht jetzt in 8 von 10 Hamburger Haushalten ein Fernsehgerät. Noch 1960 besaßen kaum 3 von 10 Haushalten einen Fernseher. Die Zahl der erteilten Rundfunkgenehmigungen betrug Ende September 1970 rd. 718 000.

5. Industrie und Handwerk

Beträchtliche Produktionsfortschritte bei abgeschwächtem Umsatzwachstum in der Industrie

Der Wachstumstrend in der Hamburger Industrie hält — gemessen am Produktionsergebnis der verarbeitenden Industrie der ersten 9 Monate des lfd. Jahres auch 1970 unverändert an. Der Index der industriellen Nettoproduktion (1962 = 100) ist für diesen Zeitraum im Vergleich zu 1969 (+ 3,7 % gegenüber 1968) um weitere 6 % gestiegen, obgleich die Zuwachsrate am Ende des 3. Quartals 1970 nicht ganz das saisonübliche Ausmaß erreicht hat.

Der Industrieumsatz hat bis zum September 1970 mit + 7,4 % eine geringfügig höhere Wachstumsrate aufzuweisen als die Produktion, zeigt aber abnehmende Tendenz gegenüber dem Vorjahr. Die Abschwächung kommt besonders deutlich in der fallenden Zuwachsrate der Auslandsumsätze von + 17,4 % (1969 gegenüber 1968) auf + 4,6 % für Januar bis September 1970 im Vergleich zum Vorjahr zum Ausdruck. Der Anteil des Auslandsumsatzes am gesamten Industrieumsatz ging von 18,4 % auf 17,8 % (Januar/September 1969 auf Januar/September 1970) zurück. Dagegen entwickelten sich die mit dem Inland getätigten Umsätze mit einer Steigerungsrate von + 7,9 % weiterhin positiv.

Allerdings sind die Veränderungen der Produktions- und Umsatzzahlen in den einzelnen Industriehauptgruppen sehr unterschiedlich ausgeprägt, so daß ohne weiteres weder auf eine allgemeine konjunkturelle Überhitzung noch auf einheitliche Entspannungstendenzen geschlossen werden kann. Auch die leicht rückläufige Wachstumsrate der Zahl der Beschäftigten (+ 1,5 % gegenüber 1969) — im Vergleich zu + 3,0 % für 1969 gegenüber 1968 — sowie die

Tabelle 7

Daten zur Entwicklung der Industrie¹⁾ in Hamburg 1968 bis 1970
(Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten)

Art der Angaben	Einheit	Januar bis September				
		1968	1969	1970	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	
		1	2	3	1969	1970
					4	5
Beschäftigte	Anzahl MD	202 773	208 856	211 994	+ 3,0	+ 1,5
Geleistete Arbeitsstunden	1000 Std.	192 001	195 125	194 522	+ 1,6	— 0,3
Bruttosumme der Löhne und Gehälter ..	Mio DM	1 930,6	2 154,1	2 514,6	+ 11,6	+ 16,7
Index der industriellen Produktion	1962 = 100	114,8	119,1	126,2	+ 3,7	+ 6,0
davon						
Grundstoff- und Produktionsgüter- industrie	1962 = 100	127,1	126,0	137,3	— 0,9	+ 9,0
Investitionsgüterindustrie	1962 = 100	106,1	120,1	131,9	+ 13,2	+ 9,8
Verbrauchsgüterindustrie	1962 = 100	110,2	117,5	118,3	+ 6,6	+ 0,7
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	1962 = 100	109,4	110,1	109,4	+ 0,6	— 0,6
Mineralölverarbeitung	1962 = 100	127,9	121,2	137,9	— 5,2	+ 13,8
NE-Metallindustrie	1962 = 100	129,0	135,4	127,0	+ 5,0	— 6,2
Maschinenbau	1962 = 100	100,9	113,3	125,2	+ 12,3	+ 10,5
Schiffbau	1962 = 100	104,9	113,5	107,2	+ 8,2	— 5,6
Elektrotechnik	1962 = 100	113,4	128,9	153,4	+ 13,7	+ 19,0
Chemische Industrie	1962 = 100	127,9	138,2	143,3	+ 8,1	+ 3,7
Gummi- und asbestverarbeitende Industrie	1962 = 100	125,3	129,9	135,7	+ 3,7	+ 4,5

¹⁾ ohne Bauindustrie und Energieversorgung.

von + 1,6 % auf — 0,3 % umgeschlagene Veränderungsquote der geleisteten Arbeitsstunden geben keine zusätzlichen Hinweise, zumal die Arbeitsproduktivität um + 6,0 %, also weiterhin sehr kräftig gestiegen ist.

Unterschiedliche Produktionsergebnisse in den einzelnen Industriehauptgruppen

Die vier Hauptgruppen der verarbeitenden Industrie haben in sehr unterschiedlichem Maße zu dem Produktionsergebnis der ersten 9 Monate des Jahres beigetragen. Neben der Investitionsgüterindustrie mit einer Expansionsrate von fast 10 % liegt in diesem Jahr auch der Ausstoß der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie mit einem Anstieg von + 9,0 % über dem Durchschnitt der Gesamtentwicklung. Während diese Hauptgruppe nach einer 1969 im Vergleich zu 1968 noch negativen Entwicklung damit einen erheblichen Aufschwung verzeichnen konnte, weist die Investitionsgüterindustrie einen um 3,4 Punkte niedrigeren Zuwachs auf als 1969 im Vergleich zu 1968. Dies ist insofern bemerkenswert, als die hierin erfaßte Produktion der Elektroindustrie um mehr als das Dreifache des Gesamtindex expandiert hat.

Relativ unbeeinflusst von der allgemeinen konjunkturellen Wirtschaftslage ist die Hamburger Nahrungs- und Genußmittelindustrie, deren Erzeugung um 0,6 % zurückgegangen ist. Auch die Verbrauchsgüterindustrie liegt mit einem Anstieg von + 0,7 % erheblich unter der Rate des Jahres 1969 (+ 6,6 % gegenüber 1968).

Die aufgezeigte Entwicklung ist durch äußerst uneinheitliche Veränderungen der Erzeugung in den wichtigsten Industriegruppen bzw. -zweigen gekennzeichnet. Den weitaus größten Anteil am überdurchschnittlichen Anstieg der Produktion in der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie hat die in Hamburg bedeutsame Mineralölverarbeitung mit einer Zunahme

von fast 14 %, nachdem von 1968 auf 1969 noch ein Rückgang um etwa 5 % gemeldet wurde. Die NE-Metallindustrie, der wichtigste Industriezweig dieser Hauptgruppe, zeigt dagegen eine für den allgemeinen konjunkturellen Trend atypischen Verlauf. Hier ist die Veränderungsrate der Erzeugung von rd. + 19 % im Jahr nach der Rezession und + 5 % für 1969 gegenüber 1968 auf — 6,2 % gefallen. Das Produktionsergebnis liegt damit aber noch um etwa 17 % über dem Niveau von 1967. Auch die chemische Industrie weist eine im Vergleich zum Vorjahr, abnehmende Wachstumsrate auf.

Der leichte Rückgang der Expansion in der Investitionsgüterindustrie erklärt sich in erster Linie aus dem 1970 mit einer Veränderungsrate von — 5,6 % stark gesunkenen Produktionsergebnis im Schiffbau.

Uneinheitliche Umsatzentwicklung in den Industriehauptgruppen

Wie die Produktionsergebnisse, so liefern auch die Umsatzziffern das für die Struktur der Hamburger Industrie typische uneinheitliche Bild. Während die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie mit einem Umsatzgewinn von + 3,9 % für Januar bis September 1970 die bis dahin negative Tendenz überwunden hat, sind für die Investitionsgüterindustrie und auch die Verbrauchsgüterindustrie entsprechend dem abgeschwächten Produktionswachstum starke Abnahmen in den Wachstumsraten zu erkennen.

Der auffallend hohe Umsatzanstieg in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie von + 6,5 % (nach 1969 noch fallender Rate) weist bei gleichzeitigem Produktionsrückgang auf die Preissteigerungen in diesem Bereich hin. Den Ausschlag für die durchschnittliche Umsatzsteigerung um etwa 7,5 % gab wie auch auf dem Produktionssektor wiederum die Investitionsgüterindustrie.

Tabelle 8

Umsätze der Industrie¹⁾ in Hamburg 1969 und 1970
(Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten)
— in Mio DM —

Art der Angaben	Januar bis September			
	1969	1970	Veränderung gegenüber Vorjahr	
			absolut	in %
	1	2	3	4
Umsatz ²⁾	13 019,6	13 982,5	+ 962,9	+ 7,4
davon				
Inlandsumsatz	10 996,7	11 866,4	+ 869,7	+ 7,9
Auslandsumsatz	2 022,9	2 116,1	+ 93,2	+ 4,6
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	4 694,4	4 877,6	+ 183,2	+ 3,9
Investitionsgüterindustrie	3 922,2	4 442,9	+ 520,7	+ 13,3
Verbrauchsgüterindustrie	896,9	926,7	+ 29,8	+ 3,3
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	3 506,0	3 735,3	+ 229,3	+ 6,5

¹⁾ ohne Bauindustrie und Energieversorgung. — ²⁾ ohne Mehrwertsteuer.

Wachsende wirtschaftliche Aktivität im Handwerk

Im Handwerk ist für das Jahr 1970 eine gewisse wirtschaftliche Erholung zu beobachten, was sich bereits in der 2. Jahreshälfte 1969 abzeichnete. Diese Entwicklung wird sichtbar in der seither anhaltenden Tendenz zu wachsenden Umsatzzahlen bei geringfügigem durchschnittlichen Anstieg der Beschäftigung.

und wird sich voraussichtlich auch bis zur Jahreswende fortsetzen.

Der Gesamtumsatz im Handwerk wie auch der Handwerksumsatz sind im 1. Halbjahr 1970 im Vergleich zur ersten Jahreshälfte 1969 um durchschnittlich 19,1 % gestiegen, wobei die Expansion im 2. Vierteljahr 1970 gegenüber dem 2. Vierteljahr 1969 mit + 22,8 % wesentlich stärker war als im 1. Vierteljahr (+ 14,7 % gegenüber 1969), was u. a. saisonal bedingt ist.

Auf die einzelnen Handwerksgruppen entfallen dabei unterschiedliche, jedoch erstmals wieder allgemein positive Anteile. Im Bau- und Ausbauhandwerk mit + 40,3 % sowie im Metallverarbeitenden Handwerk mit + 23,4 % liegt der Anstieg des Gesamtumsatzes noch über dem durchschnittlichen Wachstum insgesamt. Allerdings ist die höhere Wachstumsrate im Bau- und Ausbauhandwerk im Vergleich zu der des Metallverarbeitenden Handwerks vor allem auf den erheblichen Nachholbedarf gegenüber dem von 1967 auf 1968 noch rückläufigen Umsatz zurückzuführen. Andererseits konnten das Bekleidungs-, Textil- und lederverarbeitende Handwerk und die Nahrungsmittelgruppe mit + 4,6 % bzw. + 4,4 % nur relativ geringe Umsatzgewinne erzielen. Unter Berücksichtigung von Preissteigerungen in diesen Bereichen dürfte der deflationierte Umsatz demnach etwa unverändert geblieben sein.

Diese Aufwärtsentwicklung war begleitet von einer im Durchschnitt leicht gestiegenen Gesamtbeschäftigung, die jedoch starke strukturelle Ausschläge auf-

Tabelle 9

Beschäftigte und Umsätze des Handwerks in Hamburg
im 1. bis 4. Vierteljahr 1969 und im 1. und 2. Vierteljahr 1970 nach Handwerksgruppen¹⁾

Handwerksgruppen	1. Vierteljahr	2. Vierteljahr	3. Vierteljahr	4. Vierteljahr	1. Vierteljahr	2. Vierteljahr	Veränderung	
	1969				1970		1. Vj. 1970 gegenüber 1. Vj. 1969	2. Vj. 1970 gegenüber 2. Vj. 1969
							in %	
	1	2	3	4	5	6	7	8
Beschäftigte²⁾								
Bau- und Ausbauhandwerke	26 911	28 356	29 013	32 496	32 057	33 073	+ 19,1	+ 16,6
Metallverarbeitende Handwerke	25 503	25 379	25 522	25 509	25 430	26 004	— 0,3	+ 2,5
Holzverarbeitende Handwerke	4 724	4 852	4 817	4 691	4 449	4 440	— 5,8	— 8,5
Bekleidungs-, Textil- und lederverarbeitende Handwerke	4 838	4 822	4 812	4 678	4 430	4 370	— 8,4	— 9,4
Nahrungsmittelhandwerke	10 999	10 953	10 719	10 408	10 061	9 857	— 8,5	— 10,0
Handwerke für Gesundheits- und Körperpflege sowie chemische und Reinigungs-Handwerke	13 003	13 195	12 859	12 946	12 723	12 295	— 2,2	— 6,8
Glas-, Papier-, keramische und sonstige Handwerke	3 102	2 926	3 069	3 084	3 076	3 121	— 0,9	+ 6,7
Insgesamt	89 080	90 483	90 811	93 812	92 226	93 160	+ 3,5	+ 3,0
Gesamtumsatz in 1000 DM								
Bau- und Ausbauhandwerke	112 245	167 803	206 748	375 535	147 602	245 184	+ 31,5	+ 46,1
Metallverarbeitende Handwerke	218 391	272 843	284 627	373 047	257 101	348 902	+ 17,7	+ 27,9
Holzverarbeitende Handwerke	32 798	45 328	41 127	57 215	39 140	51 829	+ 19,3	+ 14,3
Bekleidungs-, Textil- und lederverarbeitende Handwerke	26 377	29 007	28 461	43 802	26 561	31 366	+ 0,7	+ 8,1
Nahrungsmittelhandwerke	184 243	181 095	178 557	201 318	193 754	187 477	+ 5,1	+ 3,5
Handwerke für Gesundheits- und Körperpflege sowie chemische und Reinigungs-Handwerke	49 935	52 971	51 764	56 239	54 326	58 899	+ 8,8	+ 11,2
Glas-, Papier-, keramische und sonstige Handwerke	29 873	32 422	35 161	45 689	31 673	35 746	+ 6,0	+ 10,3
Insgesamt	653 862	781 469	826 445	1 152 845	750 157	959 403	+ 14,7	+ 22,8

¹⁾ Hochgerechnet aus der vierteljährlichen Erhebung, die auf einer repräsentativen Auswahl beruht. — ²⁾ Stand jeweils am Ende des Vierteljahres.

weist. In beiden Vierteljahre 1970 lag die Gesamtzahl der Beschäftigten wie schon im 4. Quartal 1969 über den Jahresdurchschnittswerten von 1968 und 1969. Das entspricht einem Anstieg um 3,2 % im Halbjahresvergleich zu 1969. Auch hier fällt der Hauptanteil auf das Bau- und Ausbauhandwerk mit einer Steigerungsrate von 17,9 % für das 1. Halbjahr 1970. Eine stark rückläufige Tendenz weist hingegen nach wie vor das Nahrungsmittelhandwerk mit -8,5 % im 1. und -10,0 % im 2. Quartal 1970 auf. Auch im Bekleidungs-, Textil- und lederverarbeitenden Handwerk ist der Beschäftigungsrückgang mit -8,4 % bzw. -9,4 % weiterhin beträchtlich. Wenn auch die zuletzt genannte Gruppe innerhalb des gesamten Handwerks in Hamburg in bezug auf die Umsatz- und Beschäftigtenanteile ein relativ geringeres Gewicht hat, so zeigt deren negative Entwicklung doch, daß sie wie auch das Nahrungsmittelhandwerk mit der Hochkonjunktur nicht Schritt halten konnte. Mit Sicherheit ist hierauf u. a. die relativ geringe Umsatzsteigerung zurückzuführen.

Bei aller Vorsicht in der Interpretation der Ergebnisse aus der vierteljährlichen Repräsentativerhebung kann doch angenommen werden, daß die bisherige leichte Aufwärtsbewegung auch bis zum Jahresende anhalten wird, wenngleich die Beschäftigtenzahlen angesichts der angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt kaum noch steigen können. Mittelfristig dürften vor allem das Bau- und Ausbauhandwerk sowie das Metallverarbeitende Handwerk ihre Kapazitäten bei gleichbleibender Endnachfrage noch geringfügig ausdehnen können, zumal, wenn Arbeitskräfte durch Rationalisierungsfreisetzen im Bereich der Industrie übernommen werden können.

6. Baugewerbe und Wohnungsbau

Unterschiedliches Produktionswachstum in den Bereichen des Bauhauptgewerbes

Ein nur oberflächliches Bild über die Entwicklung im

Bauhauptgewerbe läßt sich aus der monatlichen Statistik über Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten gewinnen, deren Angaben über Beschäftigte und geleistete Arbeitsstunden außerdem von etlichen, z. T. nicht transparenten konjunktur- und saisonbedingten Einflußfaktoren abhängig sind. Die z. Z. noch fehlenden monatlichen Auftragseingangszahlen erschweren die Interpretation erheblich.

Dennoch sind im 8-Monatsvergleich und bei längerfristiger Betrachtung gewisse Anzeichen für eine im Durchschnitt anhaltende Expansion erkennbar, die sich jedoch im wesentlichen auf den Bereich Öffentliche und Verkehrsbauten konzentriert. Die schon 1969 zu beobachtenden strukturellen Unterschiede haben sich dabei bis zum August 1970 eher noch verstärkt und zu Ungunsten der gewerblichen und industriellen Bautätigkeit sowie insbesondere des privaten Wohnungsbaus verschoben.

Der Produktionsindex für das gesamte Bauhauptgewerbe in Hamburg ist in den ersten 8 Monaten des laufenden Jahres im Vergleich zum selben Zeitraum des Vorjahres um 12,3 % gestiegen und liegt damit trotz der ungünstigen Witterungsbedingungen am Jahresanfang erstmals wieder um 8,9 % über dem Niveau des Jahres 1966. Dieses kräftige Wachstum wird einerseits bestimmt von gleichbleibend hoher Produktion im Tiefbau mit einem Index von 141,7 Punkten (1962 = 100), dessen Wachstumsrate von +19,9 % gegenüber denen der Vorjahre weiterhin expandiert. Andererseits hat zum Anstieg der Wachstumsrate für die Gesamtproduktion vor allem die merkliche Aufwärtsentwicklung im Hochbau beigetragen, wo mit 7,7 % Zunahme im Vergleich zu 1969 in etwa wieder der Stand von 1966 – vor der Rezession – erreicht werden konnte.

Der Ausweis der geleisteten Arbeitsstunden zeigt einen nur noch leichten durchschnittlichen Aufwärtstrend von +3,9 % gegenüber 1969, der sich allerdings aus sehr unterschiedlichen Quoten in den ein-

Tabelle 10

Daten zur Entwicklung des Bauhauptgewerbes in Hamburg 1966, 1969 und 1970
(Alle Betriebe)

Art der Angaben	Einheit	Januar bis August					
		1966	1969 ¹⁾	1970 ²⁾	Veränderung 1970 gegenüber		
					1969		1966
					absolut	in %	in %
		1	2	3	4	5	6
Beschäftigte	MD	48 787	43 945	45 569	+ 1 624	+ 3,7	— 6,6
Geleistete Arbeitsstunden							
insgesamt	in 1000	53 683	45 199	46 940	+ 1 741	+ 3,9	— 12,6
davon für							
Wohnbauten	in 1000	17 195	13 270	11 841	— 1 429	— 10,8	— 31,1
gewerbliche u. industrielle							
Bauten	in 1000	13 584	11 766	12 325	+ 559	+ 4,8	— 9,3
Öffentliche und							
Verkehrsbauten	in 1000	22 904	20 163	22 774	+ 2 611	+ 12,9	— 0,6
davon im							
Hochbau	in 1000	4 785	4 512	5 852	+ 1 340	+ 29,7	+ 22,3
Straßenbau	in 1000	4 692	3 436	3 552	+ 116	+ 3,4	— 24,3
sonst. Tiefbau	in 1000	13 427	12 215	13 370	+ 1 155	+ 9,5	— 0,4
Produktions-Index Bau insges.	1962 = 100	106,3	103,1	115,8		+ 12,3	+ 8,9
davon							
Hochbau	1962 = 100	103,2	95,6	103,0		+ 7,7	— 0,2
Tiefbau	1962 = 100	112,5	118,2	141,7		+ 19,9	+ 26,0

¹⁾ berichtigte Zahlen. — ²⁾ vorläufige Zahlen.

zelen Bereichen des Bauhauptgewerbes zusammensetzt. So weist der Wohnungsbau ähnlich wie 1969 auch in diesem Jahr eine negative Veränderungsrate von 10,8 % auf und bleibt damit weiterhin von der allgemeinen Konjunkturlage unbeeinflusst. Im gewerblichen und industriellen Hochbau ist die Zuwachsrate der Arbeitsstunden von + 8,2 % (1968 auf 1969) auf + 4,8 % im August 1970 gesunken. Somit kann im gesamten privaten Hochbau von einer fühlbaren Abschwächung der Bautätigkeit gesprochen werden, die — soweit sie nicht durch die angespannte Arbeitsmarktlage und steigende Lieferfristen im Hinblick auf die Vorleistungen gebremst wird — auf ein deutliches Nachlassen in der Investitionsbereitschaft und eine vermutlich vorübergehend abnehmende Bedeutung des Wohnungsbaus im Verhältnis zur gesamten Bauproduktion zurückzuführen ist.

Zu einem in gewissem Sinne dominierenden Faktor entwickelte sich hingegen der Bereich der Öffentlichen und Verkehrsbauten, gemessen an der z. T. überdurchschnittlichen Zunahme der geleisteten Arbeitsstunden. Einen sprunghaften Anstieg verzeichnet der öffentliche Hochbau mit + 29,7 %, nachdem die Rate von 1968 auf 1969 nur + 5,6 % betrug. Auch der Vergleich mit 1966 zeigt deutlich die Nachfrageverlagerung vom privaten auf den öffentlichen Hochbau, der damit zwar prozyklische aber andererseits auch kompensierende Wirkung hatte. Zu beachten ist, auch die recht erhebliche Zunahme der Wachstumsrate im Straßenbau, die von — 12,3 % (1969 gegenüber 1968) auf + 3,4 % (1970 gegenüber 1969) gestiegen ist, während der sonstige Tiefbau mit + 8,4 % weniger stark expandiert hat.

Erwähnt werden sollte, daß die aufgezeigte augenblickliche Tendenz nur wenig Aufschlüsse über das künftige Niveau der Gesamtproduktion im Bauhauptgewerbe zuläßt. Die Veränderungsraten der geleisteten Arbeitsstunden stellen nur ein unzureichendes Indiz für die tatsächliche Leistung dar und sind wegen der sehr unterschiedlichen Entwicklung der Arbeitsproduktivität in den einzelnen Sparten strenggenommen nicht vergleichbar. Die starke strukturelle Unausgewogenheit innerhalb des Bauhauptgewerbes wird sich vermutlich jedoch noch ausdehnen, da im Bereich der öffentlichen Aufträge angesichts des großen Nachholbedarfs im Schul-, Straßen- und Wasserbau mit anhaltender Nachfragesteigerung gerechnet werden kann, während sich die Abschwächungstendenzen im privaten Hochbau fortsetzen.

Abschwächung des Wohnungsbaus erheblich zugenommen

Wie schon im Vorjahr haben sich die Baugenehmigungen und die Baufertigstellungen auch in dem hier betrachteten Zeitraum von 12 Monaten (September 1969 bis August 1970) wiederum unterschiedlich entwickelt; die allgemeine Grundtendenz ist allerdings weiterhin nach unten gerichtet.

Im Wohnungsbau sind 171 Gebäude weniger genehmigt worden; die Verminderung von 7,2 % hat sich etwa in den Grenzen des Vorjahrszeitraums gehalten. Dagegen hat sich die Zahl der genehmigten Wohnungen auf einen Stand eingependelt, der mit rd. 12 600 Einheiten etwa dem des Vorjahrs entspricht. Im Nichtwohnungsbau hat die Anzahl der genehmigten Gebäude um 38 oder 3,7 % abgenommen,

das Volumen (der umbaute Raum) jedoch um rd. 500 000 cbm oder rd. 10 % zugenommen. Das bedeutet, daß 1969/70 im Durchschnitt sowohl größere Wohngebäude als auch größere Nichtwohngebäude genehmigt worden sind als in den vorangegangenen 12 Monaten.

Tabelle 11

Baugenehmigungen und Baufertigstellungen in Hamburg 1968/1969 und 1969/1970

Art der Angaben	September 1968 bis August 1969	September 1969 bis August 1970	Veränderung gegenüber Vorjahr	
			absolut	in %
	1	2	3	4
Baugenehmigungen				
Wohngebäude	2 364	2 193	— 171	— 7,2
Nichtwohngebäude....	1 036	998	— 38	— 3,7
Umbauter Raum der Nichtwohngebäude (1000 cbm)	5 139	5 647	+ 508	+ 9,9
Wohnungen ¹⁾	12 613	12 607	— 6	0,0
Baufertigstellungen				
Wohngebäude	2 673	2 198	— 475	— 17,8
Nichtwohngebäude....	1 061	962	— 99	— 9,3
Umbauter Raum der Nichtwohngebäude (1000 cbm)	4 738	4 823	+ 85	+ 1,8
Wohnungen ¹⁾	16 833	12 622	— 4 211	— 25,0

¹⁾ in Wohn- und Nichtwohnbauten.

Um die effektive Bauleistung beurteilen zu können, muß man von den Baufertigstellungen ausgehen. Die Anzahl der errichteten Wohngebäude hat sich um 475 oder 17,8 % vermindert, d. h. sie ist auf 2198 Einheiten gesunken; die Anzahl der fertiggestellten Wohnungen ist sogar um 4211 oder 25,0 % auf 12 622 Einheiten zurückgegangen. Daraus folgt, daß die häufig genannte Richtgröße von rd. 15 000 Wohnungen jährlicher Bauleistung beträchtlich unterschritten worden ist. Im Nichtwohnungsbau steht der Verringerung der Gebäude um 99 Einheiten oder 9,3 % die Vergrößerung des Volumens um 85 000 cbm oder 1,8 % gegenüber. Aus dem Vergleich der Baufertigstellungen mit den Baugenehmigungen ergibt sich somit, daß man im Wohnungsbau die umgekehrte Tendenz, im Nichtwohnungsbau dagegen die gleiche Tendenz beobachten kann; denn im Zeitraum 1969/70 sind durchschnittlich kleinere Wohngebäude und größere Nichtwohngebäude fertiggestellt worden als 1968/69.

Die Entwicklung des Hochbaus (Wohnungs- und Nichtwohnungsbau) läßt den Schluß zu, daß die von der Bundesregierung und der Bundesbank eingeleiteten Maßnahmen zur Drosselung der Konjunktur in Hamburg anscheinend sofort gewirkt haben. Ob darauf auch der Anstieg der Bau- und der Baulandpreise Einfluß gehabt hat, ist statistisch nicht belegbar. Der Preisindex für Wohngebäude — Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten) — (1962 = 100) hat sich jedenfalls von 128,3 — Stand August 1969 — um 17,9 % auf 151,3 — Stand August 1970 — erhöht; innerhalb eines Jahres ist das eine beträchtliche Zunahme. Es liegt aber im allgemeinen Interesse, den öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau auf einem hohen Stand zu halten. Deshalb wird er auch in Hamburg seit Juli 1970 verstärkt subventioniert.

Beträchtlicher Anstieg der im Tiefbau vergebenen Mittel

Die Auftragsvergaben der öffentlichen Hand im Tiefbau (mit einem Einzelauftragswert von mindestens 25 000 DM) haben im Zeitraum Oktober 1969/September 1970 den vergleichbaren Stand von 1968/69 erheblich überschritten. Sie sind von 432,9 um 106,3 auf 539,2 Mio DM gestiegen; das bedeutet eine Zunahme um 24,6 %. Die Tiefbautätigkeit in Hamburg ist somit nach wie vor sehr rege. Das ist vor allem auf die großen Verkehrsprojekte, die in Hamburg verwirklicht werden, zurückzuführen. Von den großen Projekten im Wert von jeweils über 1 Mio DM sind aufgewendet worden für:

Straßenbauten	rd. 61 Mio DM
Straßenbrückenbauten	rd. 111 Mio DM
Tiefbauten an Bundeswasserstraßen und Häfen	rd. 23 Mio DM
Wasserwirtschaftliche Tiefbauten	rd. 29 Mio DM
Sonstige Tiefbauten (Nahverkehrsnetz der S- und U-Bahn)	rd. 82 Mio DM.

Diese Tiefbauvergaben zusammen erfordern einen Mittelaufwand in Höhe von rd. 306 Mio DM. Von den Straßenbrückenbauten sind 75,5 Mio DM allein auf den Bau der Hochbrücke von Waltershof über den Köhlbrand nach Steinwerder entfallen.

7. Handel und Verkehr

Umsatzsteigerung im Einzelhandel um fast 13 %

Im Handelsbereich — im Einzelhandel und ebenso im Groß- und Außenhandel — erreichten die Umsätze neue Höchstwerte. Für die Zeit vom Januar bis September 1970 wurde für den Einzelhandel eine Steigerungsrate von 12,9 % errechnet (1969 + 10,4 %). Ebenso wie im Vorjahr wiesen die Warengruppen Sonstige Waren — vor allem Einzelhandel mit Elektroerzeugnissen, Fahrzeugen, Papier, pharmazeutischen Artikeln — (+ 19,6 %), Hausrat und Wohnbedarf (+ 16,4 %) sowie Bekleidung, Wäsche und Schuhe (+ 12,9 %) beachtliche Steigerungen aus. Die Zuwachsrate bei Nahrungs- und Genußmitteln blieb dagegen mit + 7,2 % weit zurück.

War die Steigerungsquote im Facheinzelhandel, der mehr als zwei Drittel der Gesamtumsätze stellt, mit + 12,4 % auch nicht so hoch wie die in den Warenhäusern und im Versandhandel (+ 15,2 %), so unterscheidet sie sich doch — ebenso wie schon im Jahre 1969 — erheblich von der Tendenz des Jahres 1968, als der Umsatz des Facheinzelhandels den Stand des Vorjahres im Durchschnitt nicht überschritt.

Den Gesamtumsatz des Einzelhandels für das Jahr 1970 kann man auf etwa 8,4 Mrd DM schätzen: 1 Mrd DM mehr als 1969.

Günstigere Entwicklung im Binnengroßhandel als im Außenhandel

Die Umsatzzunahme für den Groß- und Außenhandel insgesamt betrug 10 % (1969 + 13,3 %). Die gegenüber der Zuwachsrate des Einzelhandels geringere Steigerungsquote hängt vornehmlich mit der Entwicklung im Außenhandel zusammen. Sein etwa zwei Drittel der Gesamtumsätze umfassender Umsatz stieg um 8,3 %, während im Binnengroßhandel ein Zuwachs von 13,3 % erzielt wurde — eine Entwicklung,

wie sie ähnlich auch im Jahre zuvor beobachtet wurde.

Tabelle 12

Umsätze im Groß- und Einzelhandel in Hamburg 1969 und 1970 — in Mio DM —

Wirtschaftsgliederungen	Januar bis September			
	1969	1970	Veränderung gegenüber Vorjahr	
			absolut	in %
	1	2	3	4
Groß- und Außenhandel	22 445	24 665	+ 2 200	+ 10,0
davon				
Außenhandel	15 122	16 370	+ 1 248	+ 8,3
Binnengroßhandel	7 323	8 295	+ 972	+ 13,3
Einzelhandel	5 020	5 670	+ 650	+ 12,9
davon				
Nahrungs- und Genußmittel	1 810	1 940	+ 130	+ 7,2
Bekleidung, Wäsche, Schuhe	1 380	1 560	+ 180	+ 12,9
Hausrat und Wohnbedarf	450	520	+ 70	+ 16,4
Sonstige Waren	1 380	1 650	+ 270	+ 19,6

Der Gesamtumsatz des Groß- und Außenhandels dürfte im Jahre 1970 auf etwa 34 Mrd DM kommen — eine Schätzung, die — wegen der Umstellung der Großhandelsstatistik — mit mehr Unsicherheitsfaktoren belastet ist als im Einzelhandel.

Neuer Höchststand im Fremdenverkehr

Mit 1,5 Mio Gästen und mehr als 3 Mio Übernachtungen hat der hamburgische Fremdenverkehr im Jahre 1970 einen bisher noch nicht verzeichneten Höchststand erreicht. Rund ein Drittel der Gäste waren Ausländer; ihre Zahl stieg stärker an als die der Besucher aus dem Inland. Besonders nahmen die Besucherzahlen aus den EWG-Ländern zu, während Besucher aus den EFTA-Ländern zum Teil ausblieben. Deutlich zeigte sich eine Zunahme der Gästezahlen aus den Herkunftsländern der Gastarbeiter. Höhere Besucherzahlen aus außereuropäischen Ländern wurden insbesondere für Gäste aus USA und Japan festgestellt.

Die Zahl der Übernachtungen stieg im Vergleich zum Vorjahr um 5,2 %. Bei einer durchschnittlichen Aufenthaltsdauer von 2 Tagen pro Gast betrug die Bettenausnutzung rd. 53 %, wobei die Hotels, insbesondere die mit mehr als 100 Betten, die höchste Kapazitätsausnutzung (68 %), aufwiesen.

Der stärkere Fremdenverkehr wirkte sich auch auf die Umsätze des Gastgewerbes positiv aus, insbesondere stiegen in den Beherbergungsbetrieben die Umsätze für die Übernachtungen an. Zuverlässige Angaben lassen sich für das Jahr 1970 allerdings nicht ermitteln, weil die Umsatzstatistik im Gastgewerbe im Jahre 1970 wegen Umstellungsarbeiten einen um 40 % verringerten Firmenkreis zur Berichterstattung heranzieht, so daß die Ergebnisse nicht repräsentativ für das gesamte Gastgewerbe Hamburgs sind.

Erneuter Umschlagrekord im Hamburger Hafen

In den ersten zehn Monaten dieses Jahres wurden im Hamburger Hafen insgesamt 39,0 Mio t Güter geladen oder gelöscht. Das entspricht einem Zuwachs

von nicht weniger als 5,7 Mio t oder 17,1 %. Diese Zunahme verdient um so mehr Beachtung, als sie gegenüber dem bereits sehr hohen Vorjahresergebnis erzielt wurde. Zu diesem neuen Höchststand hat vor allem der Empfang mit 30,1 Mio t (+ 21,8 %) beigetragen, während der Versand mit einem Plus von 3,4 % nur eine verhältnismäßig geringe Zuwachsrate erzielte.

Zwar wurde der Umschlag im Hamburger Hafen durch den zeitweiligen Hafenarbeiterstreik in London begünstigt, zu dem neuen Rekordergebnis haben jedoch im wesentlichen Ausmaß der allgemeine wirtschaftliche Aufschwung in der Bundesrepublik sowie eine starke Ausweitung des Transits der Ostblockländer über Hamburg beigetragen. So entfiel in den ersten acht Monaten dieses Jahres knapp ein Viertel der gesamten Steigerung im Hafenumschlag Hamburgs auf Zunahmen im Transitverkehr mit den Ländern des COMECON. Besonders zu erwähnen ist dabei der Durchgangsverkehr mit der DDR, der sich gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum mehr als verdoppelt hat und zwischen Januar und August 1970 rund 2,1 Mio t betrug. Ein ähnlich großes Wachstum war auch für die Durchfuhren von und nach Ungarn zu verzeichnen, wenn auch die absoluten Mengen wesentlich niedriger lagen.

Der Anstieg des Umschlagvolumens im Hamburger Hafen ist überwiegend auf eine starke Zunahme des Massengutverkehrs um mehr als 22 % auf 27,2 Mio t zurückzuführen. Bei dem für einen Hafen besonders interessanten Sack- und Stückgut konnte dagegen mit gut 11,7 Mio t „nur“ ein Plus von 6,4 % erreicht

werden. Hierbei ist erwähnenswert, daß in dem seit Jahren rückläufigen Südfachumschlag auch in den ersten zehn Monaten dieses Jahres geringfügige Einbußen hingenommen werden mußten (– 1 %). Innerhalb der Massengutpositionen waren die relativ höchsten Zunahmen bei Kohle und Koks (+ 59 %), bei Erzen (+ 44 %) und bei Ölfrüchten (+ 28 %) zu verzeichnen. Vom absoluten Gewicht her muß jedoch auch noch die Umschlagsteigerung bei Rohöl (+ 1,5 Mio t, + 17 %) und bei Mineralölprodukten (+ 1,2 Mio t, + 23 %) erwähnt werden.

Tabelle 13

Güterverkehr über See in Hamburg 1969 und 1970
— in 1000 t —

Art der Angaben	Januar bis Oktober			
	1969	1970	Veränderung gegenüber Vorjahr	
			absolut	in %
	1	2	3	4
Gesamtumschlag	33 299	38 980	+ 5 681	+ 17,1
davon Stückgut	11 041	11 743	+ 702	+ 6,4
Massengut	22 258	27 237	+ 4 979	+ 22,4
Empfang	24 716	30 106	+ 5 390	+ 21,8
davon Stückgut ..	5 952	6 544	+ 592	+ 9,9
Massengut	18 764	23 562	+ 4 798	+ 25,6
Versand	8 583	8 874	+ 291	+ 3,4
davon Stückgut ...	5 089	5 199	+ 110	+ 2,2
Massengut	3 494	3 675	+ 181	+ 5,2

Bei einer Vorausschätzung für das Gesamtergebnis des Jahres 1970 wird man berücksichtigen müssen, daß der Güterumschlag im Hamburger Hafen in den letzten Monaten des Jahres 1969 ungewöhnlich stark angestiegen war, so daß die bisher erreichten Zuwachsraten in den letzten Monaten vermutlich nicht erzielt werden können. Der geschätzte Gesamtumschlag für 1970 wird daher bei etwa 47 Mio t liegen, was einer Zuwachsrate von rund 15 % entspricht. Etwa 32,9 Mio t dürften dabei auf Massengut und etwa 14,1 Mio t auf Sack- und Stückgut entfallen.

Binnenschiffsverkehr im wesentlichen unverändert

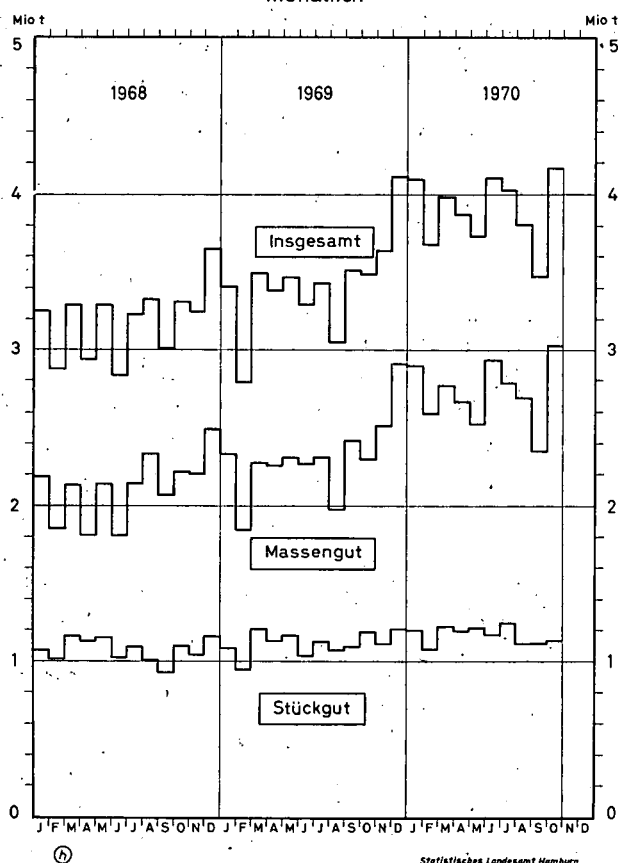
Die Binnenschifffahrt beförderte zwischen Januar und September dieses Jahres etwa 7,4 Mio t Güter im Verkehr mit Hamburg. Damit ergibt sich gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum ein geringfügiger Rückgang von 1 %. Hierzu hat vor allem der strenge Winter zu Beginn dieses Jahres beigetragen, der die Schifffahrt auf der Oberelbe zum Erliegen brachte und den Unterelbeverkehr stark behinderte. Der dadurch entstandene starke Rückgang konnte in den folgenden Monaten langsam abgebaut werden, so daß vermutlich das Vorjahresergebnis von 9,9 Mio t auch in diesem Jahr wieder erreicht, vielleicht sogar geringfügig überboten werden kann. Voraussetzung wird allerdings sein, daß der diesjährige Winter nicht allzufrüh einsetzt.

Starker Anstieg im Luftverkehr

Auch in diesem Jahr setzte sich der kontinuierliche Anstieg im Luftverkehr des Flughafens Hamburg-Fuhlsbüttel ungebrochen fort. In den Monaten Januar bis Oktober wurden knapp 2,6 Mio Fluggäste (ohne Transit) gezählt. Das entspricht einer Zunahme von 18,5 % gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeit-

Schaubild 7

Der Güterverkehr über See in Hamburg 1968 bis 1970
— monatlich —



raum. Die Zahl der Starts und Landungen hat dagegen nur um 12,6 % zugenommen, ein Indiz für den Trend zu immer größeren Flugzeugen. Die stärkste Zuwachsrate war mit 20,4 % für den Luftfrachtverkehr zu verzeichnen, der damit auf 24 500 t angewachsen ist. Das Luftpostaufkommen ist dagegen verhältnismäßig wenig gestiegen (+ 6,1 %, 5 900 t).

Falls nicht infolge extremer Wetterbedingungen ein Tendenzumschwung in den letzten Monaten eintritt, wird die Zahl der beförderten Fluggäste in diesem Jahr erstmalig die 3-Millionen-Grenze knapp überschreiten. Auch im Luftfrachtverkehr wird mit voraussichtlich 30 000 t eine neue Höchstleistung erreicht.

Günstige Entwicklung im öffentlichen Personenverkehr

In den ersten neun Monaten dieses Jahres wurden im öffentlichen Nahverkehr insgesamt 440 Mio Fahrgäste befördert. Das entspricht einer Steigerungsrate von 3,7 % gegenüber dem Vorjahr (+ 15,7 Mio Personenbeförderungsfälle). Damit hat sich die günstige Entwicklung seit Schaffung des Hamburger Verkehrsverbundes fortgesetzt. Die Ergebnisse dieser Statistik deuten darauf hin, daß der öffentliche Nahverkehr gegenüber früheren Jahren als wesentlich attraktiver empfunden wird.

Tabelle 14

Mit Hamburger Verkehrsmitteln beförderte Personen 1969 und 1970

— Betriebszweig-Beförderungsfälle in 1000 —

Verkehrsmittel	Januar bis September			
	1969	1970	Veränderung gegenüber Vorjahr	
			absolut	in %
	1	2	3	4
Schnell- u. Vorortsbahnen ¹⁾	234 311	244 342	+ 10 031	+ 4,3
Kraftomnibusse	131 248	137 932	+ 6 684	+ 5,1
Straßenbahn	48 754	47 511	— 1 242	— 2,5
Schiffahrt ²⁾	9 984	10 190	+ 206	+ 2,1
Insgesamt	424 297	439 975	+ 15 678	+ 3,7

¹⁾ S- und U-Bahnen, nichtbundeseigene Eisenbahnen. — ²⁾ Hafen- und Alsterschiffahrt.

Besonders zu erwähnen sind dabei die Schnell- und Vorortbahnen, bei denen in den ersten neun Monaten insgesamt mehr als 244 Mio Beförderungsfälle registriert wurden, was einer Zunahme gegenüber dem Vorjahr von 4,3 % gleichkommt. Noch stärker hat der Kraftomnibusverkehr zugenommen (+ 5,1 %). Auch das Ergebnis der Schiffahrt war trotz des strengen Winters Anfang 1970 mit einer Steigerung von 2,1 % positiv. Lediglich bei der Straßenbahn waren Einbußen zu verzeichnen, was auf Verkehrsverlagerungen — insbesondere zum Kraftomnibus — zurückzuführen ist.

Da in den letzten Monaten dieses Jahres mit einem besonderen Strukturwandel nicht zu rechnen ist, wird vermutlich auch das Jahresergebnis eine Zuwachsrate von etwa 3,5 % aufweisen. Danach würde sich die Gesamtzahl der beförderten Personen in Hamburg auf knapp 600 Mio belaufen, von denen etwa 55 % auf die Schnell- und Vorortbahnen entfallen.

Kraftfahrzeugbestand weiter gewachsen

Im Rahmen der jährlichen Bestandsstatistik wurden am 1. Juli 1970 insgesamt knapp 480 000 Kraftfahrzeuge in Hamburg gezählt, davon allein 433 000 (90 %) Personen- und Kombinationskraftwagen. Im Durchschnitt entfielen damit auf je 1000 Hamburger Einwohner 264 Kraftfahrzeuge.

Gegenüber 1969 hat sich der Fahrzeugbestand um 8,0 % erhöht. Diese Zuwachsrate liegt erheblich über denjenigen der Vorjahre. Hierin drückt sich sicherlich aus, daß ein in den Rezessionsjahren aufgestauter Nachholbedarf mittlerweile realisiert wurde. Es ist daher zu vermuten, daß sich das Wachstum des Kraftfahrzeugbestands in nächster Zukunft wieder etwas verlangsamen wird. Darauf deutet auch hin, daß die Zahl der Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge in den ersten sieben Monaten von 1969 gegenüber 1968 um 25 %, von 1970 gegenüber 1969 dagegen nur um 15 % angestiegen ist.

Immer mehr Straßenverkehrsunfälle

Bis Ende Oktober ereigneten sich in Hamburg rund 10 500 Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden mit insgesamt 14 200 Verunglückten. Gegenüber den ersten zehn Monaten des Vorjahres ist damit die Zahl der Personenschadensunfälle um 13,4 %, die Zahl der Verunglückten sogar um 16,5 % gestiegen. Während die Zuwachsraten bei den Personenschadensunfällen in der Vergangenheit immer wesentlich unter derjenigen des Kraftfahrzeugbestandes lagen (8,0 %), überstieg in diesem Jahr erstmalig die Unfallrate die Steigerung des Kraftfahrzeugbestandes um fast das Doppelte. Allerdings wird man berücksichtigen müssen, daß im Vorjahr die Einführung des Bußgeldkataloges die Unfallzahlen im ersten Halbjahr stark gedrückt hatte, was sich in diesem Jahr in verhältnismäßig hohen Zuwachsraten niederschlägt. Selbst bei angemessener Berücksichtigung dieses Umstandes, kann man jedoch die Zunahme der Straßenverkehrsunfälle in diesem Jahr nur als erschreckend bezeichnen. Dabei ist noch zusätzlich zu berücksichtigen, daß auch die Schwere der Unfälle, ausgedrückt durch die Zahl der Verunglückten je Unfall, weiter zugenommen hat. Es ist zu befürchten, daß bei Fortsetzung der ungünstigen Tendenz sich die Unfallbilanz Hamburgs in diesem Jahr auf rund 13 000 Personenschadensunfälle und 18 000 verunglückte Personen beziffern wird.

8. Öffentliche Ordnung

Zunahme der Kriminalität

Steigerungen sind leider auch aus einem Bereich zu berichten, in dem ein Anwachsen der Zahlen stets Betroffenheit auslöst. In den ersten neun Monaten des Jahres 1970 wurden nach den Feststellungen der Polizei in Hamburg rund 6 000 strafbare Handlungen mehr begangen als in den ersten drei Quartalen des Vorjahres. Von den etwa 97 000 festgestellten Delikthandlungen betrafen über 64 000 einfache oder schwere Diebstähle; dabei wurden mehr als 3200mal Kraftfahrzeuge gestohlen. Den rapidesten Anstieg verzeichneten die Rauschgiftdelikte, die sich gegenüber den ersten drei Quartalen von 1969 etwa um das Fünffache erhöht haben. 1372 Fälle wurden festgestellt, in denen Rauschgift eine Rolle spielte;

zumeist gehörten Jugendliche oder Heranwachsende zu den Tätern.

Jeden Monat 100mal blinder Alarm bei der Feuerwehr

Die Dienste von Polizei und Feuerwehr wurden im Verlauf des Jahres 1970 ebenfalls wieder stark in Anspruch genommen. Von Januar bis September führten die Funkstreifen der Hamburger Polizei rund 267 000 Einsätze. Über 101 000mal gab es Alarm bei der Feuerwehr. Mehr als 3 100 Brände mußten gelöscht werden, in knapp 15 000 Fällen leistete die Feuerwehr Hilfe bei Straßen- und Verkehrsunfällen. Zugenommen hat auch die Zahl der falschen Alarme und Unfugmeldungen. Im Durchschnitt der ersten neun Monate hieß es 1970 jeden Monat über 100mal „blinder Alarm“ bei der Hamburger Feuerwehr.

9. Geld und Staatsfinanzen

Spareinlagen stagnieren

Der durchschnittliche Bestand an Sparguthaben bei den Hamburger Kreditinstituten in den Monaten Januar bis September 1970 lag um 432 Mio DM oder 6,3 % über dem des vergleichbaren Vorjahreszeitabschnittes und belief sich auf 7,25 Milliarden DM. Die Entfaltung bis zu diesem Niveau hin war allerdings schon Ende Dezember 1969 nahezu erreicht. Im Januar und Februar 1970 nahm das Sparvolumen noch einmal geringfügig zu, um dann bis Juli 1970 wieder leicht abzufallen; im August 1970 hat es erneut etwa den Stand von Ende Dezember 1969 erreicht und im September zog es leicht an. Die Veränderung von Januar bis September 1969 machte noch + 4,4 % aus, die des gleichen Zeitraums 1970 jedoch – 0,2 %. Es ist demnach in diesem Jahr eine gewisse Stockung in der Entwicklung der Sparguthaben festzustellen. Im Lichte einer expandierenden Wirtschaft mit beschleunigt wachsenden Masseneinkommen ein etwas para-

Veränderungen durchzusetzen, und zwar in Richtung auf eine weitgehende Differenzierung. Wenn auch das Kontensparen gegenwärtig noch dominiert, erringt das dynamische, zinsträchtigeres Sparen mittels Wertpapieren (u. a. Investmentzertifikate), Sparkassenbriefe oder auf dem Umweg über Lebensversicherungen einen immer größeren Anteil. Eine Statistik des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes¹⁾ weist für das erste Halbjahr 1970 folgende Quoten privater Ersparnisse bei den Sparkassen in der Bundesrepublik aus: Kontensparen 60,1 %, Wertpapiersparen 28,3 %, Sparkassenbriefe 11,6 %.

Der Spareinlagenbestand bei den Kreditinstituten im Bundesgebiet entwickelte sich in den ersten neun Monaten 1970 günstiger als in Hamburg; er nahm von Ende Dezember 1969 bis Ende September 1970 um 6,6 Milliarden DM oder 3,6 % zu. In der zurückliegenden Vergleichsperiode war der Wachstumskoeffizient allerdings noch fast doppelt so groß (7,0 %).

Unbefriedigende Steuererträge

Das Wachstumstempo des Steueraufkommens vor der Verteilung hat in Hamburg merklich nachgelassen: In den ersten zehn Monaten des Jahres 1970 war die Veränderungsrate mit 6,0 % um die Hälfte kleiner als im korrespondierenden Zeitabschnitt 1969. Insgesamt wurden 12,1 Milliarden DM an Steuern aufgebracht. Bis zum Jahresschluß dürfte sich dieser Betrag schätzungsweise auf 15,5 Milliarden DM erhöhen. Nach Verteilung verbleibt Hamburg von diesem Aufkommen nur ein Bruchteil, nämlich etwa jede fünfte Mark. Denn die Verbundsteuern fließen ex definitione nur teilweise in die hamburgischen Kassen, die reinen Bundessteuern stehen ganz dem Bund zu, und außerdem sind Zahlungen im Zuge des horizontalen Finanzausgleichs und an den Lastenausgleichsfonds zu leisten. In den ersten zehn Monaten 1970 beliefen sich die haushaltswirksamen Steuereinnahmen auf 2,2 Milliarden DM. Gegenüber dem Vergleichszeitraum 1969 sind das nur 5,5 Mio DM bzw. 0,2 % mehr. Die außerordentlich niedrige Zuwachsrate hat verschiedene besondere Gründe, die bei der Beschreibung des Aufkommens nach einzelnen Steuerarten kurz erwähnt werden sollen. Ein allgemeiner Grund ist hingegen die Tatsache, daß 1970 das erste Jahr ist, in dem die Steuereinnahmen Hamburgs von den Änderungen in der Steuerverteilung im Rahmen der Finanzreform beeinflusst werden. Nicht zu verkennen ist ferner, daß die ungünstige Personalsituation der Finanzämter, die sich im Arbeitsablauf immer stärker bemerkbar macht, Auswirkungen auf das Steueraufkommen hat, auch wenn diese sich nicht quantifizieren lassen.

Die bisherigen Steuererträge wären noch ungünstiger ausgefallen, wenn nicht durch eine sehr kräftige Steigerung des Lohnsteueraufkommens (+ 26,9 %) empfindliche Aufkommensrückgänge bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer wenigstens teilweise hätten kompensiert werden können. Die rapide Zunahme der konjunkturreagiblen Lohnsteuer dürfte das Resultat einer nach wie vor guten Lohn- und Gehaltsentwicklung (höhere Effektivverdienste, Leistung von Überstunden) sowie der steigenden Zahl von Gastarbeitern sein.

Seit Anfang dieses Jahres ist eine rückläufige Ten-

Tabelle 15

Spareinlagen bei Kreditinstituten in Hamburg und im Bundesgebiet 1969 und 1970

Stand am Monatsende	Hamburg ¹⁾	Bundesgebiet ²⁾
	Mio DM	
	1	2
1969 Dezember	7 240	186 017
1970 Januar	7 268	187 472
Februar	7 285	188 816
März	7 261	189 038
April	7 241	189 508
Mai	7 236	189 935
Juni	7 235	190 585
Juli	7 215	190 498
August	7 238	191 730
September	7 251	192 655 p

¹⁾ Quelle: Landeszentralbank Hamburg. — ²⁾ Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht November 1970, S. 36*.

doxer Tatbestand! Verkehrt wäre es aber, dies ohne weiteres mit einem Nachlassen der allgemeinen Sparneigung zu motivieren. Denn das traditionelle Kontensparen, von dem hier mangels anderweitiger regionaler Ergebnisse allein berichtet wird, ist nicht mehr die einzige Sparform. Beim privaten Sparprozeß beginnen sich vielmehr bemerkenswerte strukturelle

¹⁾ Deutscher Sparkassen- und Giroverband, Jahresbericht 1969, S. 7.

Tabelle 16

Steueraufkommen in Hamburg 1969 und 1970

Steuerarten	Januar bis Oktober		
	1970	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mio DM	in 1 000 DM	in %
	1	2	3
Gemeinschaftliche Steuern	5 533	+ 206 960	+ 3,9
darunter			
Lohnsteuer	1 684	+ 357 128	+ 26,9
Veranlagte Einkommensteuer ...	609	+ 95 036	+ 13,5
Körperschaftsteuer ..	361	+ 142 032	+ 28,2
Steuern vom Umsatz ..	2 711	+ 56 505	+ 2,1
Bundessteuern	5 627	+ 434 176	+ 8,4
darunter			
Zölle	446	+ 21 226	+ 4,5
Mineralölsteuer	4 105	+ 466 662	+ 12,8
Tabaksteuer	605	+ 22 113	+ 3,5
Kaffeesteuer	234	+ 3 550	+ 1,5
Landessteuern	390	+ 44 517	+ 12,9
darunter			
Vermögensteuer	152	+ 24 284	+ 19,0
Erbschaftsteuer	41	+ 13 930	+ 50,5
Kraftfahrzeugsteuer ..	101	+ 3 787	+ 3,9
Gemeindesteuern	570	+ 3 071	+ 0,5
darunter			
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital ...	397	+ 13 063	+ 3,2
Gewerbsteuer nach der Lohnsumme	103	+ 14 176	+ 15,9
Gemeinschafts-, Bundes-, Landes- und Gemeindesteuern insgesamt	12 120	+ 688 723	+ 6,0
darunter			
Haushaltswirksame Steuereinnahmen	2 228	+ 5 528	+ 0,2

denz der Gewinnsteuern zu beobachten. Die veranlagte Einkommensteuer hatte bis Oktober 1970 eine Einbuße von 13,5 % zu verzeichnen, die Körperschaftsteuer sogar eine von 28,2 %. Das läßt sich vor allem mit der zeitlichen Verzögerung der Veranlagungsarbeiten für 1968 sowie mit geringeren Abschlußzahlungen als Folge der im Jahre 1969 durchgeführten rückwirkenden Sonderanpassung der Vorauszahlungen erklären. In manchen Branchen mußten wegen verkleinerter Gewinnspanne die Vorauszahlungen 1970 herabgesetzt werden. Hinzu kommt bei der Einkommensteuer, daß durch Steuererstattungen bei der Veranlagung von Arbeitnehmern das Aufkommen dieser Abgabe in einem ständig wachsenden Ausmaß beeinträchtigt wird, weil die Zahl der Arbeitnehmer, welche 7b-Abschreibungen in Anspruch nehmen oder wegen Überschreitung gewisser Einkunftsgrenzen zu veranlagten sind, weiterhin zunimmt. Diese Arbeitnehmer gehen mehr und mehr dazu über, ihre Steuervergünstigungen erst bei der Veranlagung geltend zu machen. Zu einem Sinken der Körperschaftsteuer hat auch geführt, daß 1970 höhere Gewinnausschüttungen für 1969 vorgenommen worden sind. Ausgeschüttete Gewinne unterliegen einem Steuersatz von 15 %, während der Normalsteuersatz 51 % beträgt.

Unter den reinen Bundessteuern erzielte insbesondere die Mineralölsteuer mit + 12,8 % ein starkes Aufkommenplus.

Erbschaftsteuer und Vermögensteuer waren die Lan-

dessteuern mit den höchsten Zuwachsraten (+ 50,5 % bzw. + 19,0 %).

Die Gemeindesteuern haben sich in Hamburg von Januar bis Oktober 1970 ebenfalls nicht dem Wirtschaftsverlauf entsprechend entwickelt. Gegenüber dem gleichen Zeitabschnitt 1969 stagniert ihr Aufkommen. Verantwortlich dafür ist das Zurückbleiben der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital mit einem Defizit von 3,2 %. Netto, d. h. nach Abzug des Bundesanteils an der neu eingeführten Gewerbesteuerumlage vergrößert sich das Einnahmedefizit aus der Gewerbesteuer auf rd. 18 %. Die zur Aufkommensentwicklung der beiden anderen Gewinnsteuern gemeinsam gegebenen Erläuterungen treffen auch für die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital zu.

Die Entwicklung des Steueraufkommens im Bundesgebiet zeigt parallele Züge zu der jedoch noch unbefriedigenderen Entwicklung in Hamburg. Bei den Bundessteuern wurde in den ersten zehn Monaten eine Zunahme um 6,4 % (Hamburg 8,4 %) registriert. Unter den gemeinschaftlichen Steuern stand ebenfalls die Lohnsteuer mit 32,5 % (Hamburg 26,9 %) an der Spitze, während die veranlagte Einkommensteuer um 7,8 % (Hamburg 13,5 %) und die Körperschaftsteuer um 14,0 % (Hamburg 28,2 %) abgenommen hat. Die Steuern vom Umsatz verbesserten sich um 3,8 % (Hamburg 2,1 %).

Schleppende Steuereingänge zwingen zu verstärkter Kreditaufnahme

Die bereits im vergangenen Jahr konstatierte rückläufige Bewegung des Schuldenstatus der Freien und Hansestadt Hamburg hat sich 1970 zunächst fortgesetzt. Die öffentliche Hand hielt sich bewußt schuldenpolitisch zurück, um der anhaltenden Hochkonjunktur in der Wirtschaft nicht noch zusätzliche Impulse durch prozyklisches Verhalten zu geben. So verringerte sich das Schuldenvolumen von 3 289 Mio DM Ende 1968 auf 3 171 Mio DM Ende 1969 und dann noch einmal auf 3 151 Mio DM im ersten Vierteljahr 1970; im ganzen war also eine Abnahme um 4,2 % zu registrieren. Von dem im Haushaltsplan 1969 veranschlagten allgemeinen Kreditbedarf in Höhe von 330 Mio DM wurden nur 5 Mio DM am Kapitalmarkt realisiert und von der Kreditermächtigung über 450 Mio DM im Etat 1970 wurde im ersten Quartal 1970 noch kaum Gebrauch gemacht.

Schleppende Steuereingänge auf der einen Seite und nicht aufschiebbare Sozialinvestitionen auf der anderen Seite zwangen aber schon im zweiten Vierteljahr 1970 die öffentliche Haushaltswirtschaft, ihre restriktive Schuldenpolitik wieder aufzugeben und in verstärktem Maße auf Fremdfinanzierungsmittel zurückzugreifen. Dementsprechend stieg der Schuldenstand bis zum 30. 6. 1970 auf 3 178 Mio DM und bis Ende September d. J. auf 3 309 Mio DM an, insgesamt betrachtet, also um 5 %. Die reinen Kreditmarktschulden hatten in diesem Zeitraum sogar eine mehr als doppelt so hohe Zuwachsrate.

Die Intentionen der Finanzverwaltung sehen bis zum Jahresende 1970 noch eine weitere Schuldenaufnahme in Höhe von rd. 150 Mio DM vor, so daß von den veranschlagten 450 Mio DM im Endeffekt 400 Mio DM ausgeschöpft sein werden. Unter Berücksichtigung von noch rd. 15 Mio DM zu leistenden

Tilgungen wird der Gesamtschuldenstand der Freien und Hansestadt Hamburg am Schluß des Jahres 1970 voraussichtlich gut 3,4 Milliarden DM betragen und der Stand der reinen Kreditmarktschulden die 2-Milliarden-Grenze überschreiten. Die neuerdings stärkere Kreditfinanzierung von Staatsausgaben in Ham-

burg ist kein isolierter Vorgang. Auch die öffentlichen Haushalte als Gesamtheit in der Bundesrepublik Deutschland haben in den ersten sechs Monaten 1970 ihre Verschuldung wieder leicht ausgedehnt, während sie noch in der ersten Jahreshälfte 1969 per Saldo mehr getilgt hatten.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		August 1970	September 1970	Oktober 1970	Oktober 1969
		1965	1969				
Meteorologische Beobachtungen							
Mittelwerte ¹⁾							
Luftdruck	mm ²⁾	759,7	761,2	762,1	762,6	761,8	765,9
Lufttemperatur	°C	8,6	9,2	18,1	14,0	10,5	11,4
Relative Luftfeuchtigkeit	%	79	77	70	75	83	87
Windstärke	Meßzahl ³⁾	3	3	3	3	3	3
Bewölkung	" ⁴⁾	7	7	5	6	8	7
Summenwerte ⁵⁾							
Niederschlagshöhe	mm	981	751	90	97	148	44
Sonnenscheindauer	Std.	1 471	1 482	236	153	70	61
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	90	95	4	2	12	12
Tage mit Niederschlägen		256	226	10	21	21	15
Bevölkerung							
1. Bevölkerungsstand (Monatsende)							
Bezirk Hamburg-Mitte	·1000	287,6	265,1				264,3 r
" Altona	"	264,3	261,1				261,0 r
" Eimsbüttel	"	264,6	260,4				260,4 r
" Hamburg-Nord	"	401,3	366,2				364,5 r
" Wandsbek	"	357,5	368,3				368,7 r
" Bergedorf	"	82,6	91,6				93,2 r
" Harburg	"	199,0	207,2				207,7 r
Hamburg insgesamt	"	1 856,9	1 819,9	1 813,6 p	1 814,6 p	1 815 p	1 819,8 r
dav. männlich	"	861,9	844,1				844,9 r
weiblich	"	995,0	975,8				974,9 r
dar. Ausländer ⁶⁾	"	59,8	70,4	88,2	90,3	94,2	74,9
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung							
Eheschließungen ⁷⁾	Anzahl	1 510	1 208	1 403 r	1 040 p	1 160 p	1 183 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,8	8,0	9,1 r	7,0 p	7,5 p	7,7 r
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	2 235	1 753	1 471 r	1 370 p	1 410 p	1 637 r
dar. unehelich	"	143	129	113 r	106 p	100 p	132 r
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	14,4	11,6	9,5 r	9,2 p	9,1 p	10,6 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	6,4	7,4	7,6 r	7,8 p	7,0 p	8,0 r
Unehelich Geborene in % der Geborenen	%	6,4	7,4	7,6 r	7,8 p	7,0 p	8,0 r
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 112	2 268	2 283 r	1 785 p	2 340 p	2 208 r
dar. im ersten Lebensjahr	"	39	37	34 r	23 p	40 p	27 r
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	"	13,6	15,0	14,8 r	12,0 p	15,2 p	14,3 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	13,6	15,0	14,8 r	12,0 p	15,2 p	14,3 r
dar. im ersten Lebensjahr je 1000 Lebendgeborene ⁸⁾	"	17,2	20,7	22,2 r	16,8 p	28,4 p	15,6 r
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (—)	"	+ 123	— 515	— 812 r	— 415 p	— 930 p	— 571 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	+ 0,8	— 3,4	— 5,3 r	— 2,8 p	— 6,0 p	— 3,7 r
3. Wanderungen							
Zugezogene Personen	Anzahl	6 174	6 818	7 100 p	7 500 p	9 300 p	9 188 r
über die Landesgrenze Hamburgs	"	6 553	6 784	6 600 p	6 100 p	8 100 p	8 102 r
Fortgezogene Personen	"	— 379	+ 34	+ 500 p	+ 1 400 p	+ 1 200 p	+ 1 086 r
über die Landesgrenze Hamburgs	"	— 37	+ 155				+ 786 r
Wanderungsgewinn (+) -verlust (—)	"	— 342	— 121				+ 300 r
dav. männlich	"						
weiblich	"						
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs (Binnenwanderung)	"	14 729	14 909	12 027 r	11 546 r	14 065	14 802
Nach Gebieten							
a) Zugezogene aus:							
Schleswig-Holstein	"	1 542	1 687	1 550 p	1 550 p	2 000 p	2 198 r
dar. angrenzende Kreise ⁹⁾	"	835	1 003	900 p	800 p	1 050 p	1 180 r
Niedersachsen	"	1 091	1 114	850 p	1 150 p	1 700 p	1 624 r
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	272	315	300 p	400 p	550 p	400 r
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 006	1 922	2 000 p	1 950 p	2 500 p	2 548 r
Ausland und Sonstige ¹¹⁾	"	1 535	2 095	2 700 p	2 850 p	3 100 p	2 818 r
b) Fortgezogene nach:							
Schleswig-Holstein	"	2 351	2 554	2 200 p	1 800 p	2 800 p	2 939 r
dar. angrenzende Kreise ⁹⁾	"	1 620	1 825	1 400 p	1 300 p	1 500 p	2 119 r
Niedersachsen	"	1 268	1 241	1 200 p	1 250 p	1 700 p	1 497 r
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	525	548	700 p	650 p	600 p	619 r
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 167	1 976	2 150 p	2 000 p	2 600 p	2 517 r
Ausland und Sonstige ¹¹⁾	"	767	1 013	1 050 p	1 050 p	1 000 p	1 149 r

¹⁾ errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. — ²⁾ reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. — ³⁾ Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. — ⁴⁾ Bewölkungsgrade: 0 bis 10 (0 = wolkenlos, 10 = ganz bedeckt). — ⁵⁾ an Stelle der Monatsdurchschnitte Jahreswerte. — ⁶⁾ nach den Angaben des Amts für Innere Verwaltung — Melde-, Paß- und Ausländerangelegenheiten. — ⁷⁾ nach dem Ereignisort. — ⁸⁾ unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. — ⁹⁾ Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. — ¹⁰⁾ Landkreise Harburg und Stade. — ¹¹⁾ Hierzu gehören: DDR, Berlin (Ost) und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung, Ausland und unbekannt.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		August 1970	September 1970	Oktober 1970	Oktober 1969
		1965	1969				
Gesundheitswesen							
1. Krankenanstalten in Hamburg							
a) Öffentliche Krankenanstalten	Anzahl	11 749	11 193	11 236	11 236	11 236	11 171
Bettenbestand ^{1) 2)}		273 169	266 678	252 745	255 063	273 432	274 003
Pflege tage	%	81,8	81,8	78,2	81,5	84,3	83,0
Bettenausnutzung ³⁾							
b) Gemeinnützige Krankenanstalten	Anzahl	4 573	4 557	4 617	4 617	4 810	4 558
Bettenbestand ^{1) 2)}		123 729	123 153	120 187	121 468	131 741	128 704
Pflege tage	%	89,1	88,3	83,6	87,2	90,5	90,5
Bettenausnutzung ³⁾							
c) Private Krankenanstalten	Anzahl	745	763	692	692	685	753
Bettenbestand ^{1) 2)}		19 012	19 323	16 625	18 209	20 467	20 621
Pflege tage	%	81,8	79,8	77,5	83,4	88,1	84,0
Bettenausnutzung ³⁾							
2. Hamburgische Krankenanstalten außerhalb Hamburgs							
a) Öffentliche Krankenanstalten	Anzahl	885	856	856	856	856	856
Bettenbestand ^{1) 2)}		21 274	19 141	20 650	19 971	21 397	18 446
Pflege tage	%	81,7	75,2	79,8	79,7	81,6	73,7
Bettenausnutzung ³⁾							
b) Tbc-Heilstätten	Anzahl	1 084	997	813	783	783	998
Bettenbestand ^{1) 2)}		25 626	23 621	18 065	17 404	18 378	23 190
Pflege tage	%	85,0	80,2	83,1	82,2	83,4	76,2
Bettenausnutzung ³⁾							
3. Anstalten für Geisteskrankhe							
a) Öffentliche Krankenanstalten in Hamburg	Anzahl	1 743	1 743	1 743	1 743	1 743	1 743
Bettenbestand ¹⁾		48 245	47 809	46 542	45 114	47 047	48 458
Pflege tage	%	91,4	92,0	89,6	89,8	90,7	92,4
Bettenausnutzung ³⁾							
b) Gemeinnützige Krankenanstalten in Hamburg	Anzahl	1 275	1 292	1 292	1 292	1 292	1 292
Bettenbestand ¹⁾		38 084	38 394	39 319	39 760	39 128	39 020
Pflege tage	%	98,2	97,7	98,2	97,5	97,7	97,4
Bettenausnutzung ³⁾							
c) Krankenanstalten außerhalb Hamburgs	Anzahl	1 476	1 415	1 397	1 397	1 397	1 417
Bettenbestand ¹⁾		43 630	42 737	43 092	41 576	43 012	43 700
Pflege tage	%	97,1	98,8	98,4	98,1	98,2	98,6
Bettenausnutzung ³⁾							
Kulturpflege							
1. Rundfunk und Fernsehen							
Tonrundfunkteilnehmer ¹⁾	1 000	667,8	709,2	717,7	718,0	718,2	711,4
Fernsehrundfunkteilnehmer ¹⁾	"	455,8	600,0	624,6	625,2	626,4	606,6
2. Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei)							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	348 686	386 303	367 414	396 376	470 796	429 785
Ausgeliehene Noten	"	3 241	4 445	3 499	3 487	4 859	5 301
3. Wissenschaftliche Büchereien ⁴⁾							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	26 113	33 862	30 520	33 033	32 878	37 993
Benutzer der Lesesäle	"	10 485	15 286	10 880	11 334	13 596	16 881
4. Besucher der Museen und Schausamm- lungen							
	Anzahl	43 961	51 057	63 099	60 075	65 721	66 828
Öffentliche Sozialleistungen							
Soziale Krankenversicherung ⁵⁾							
Mitglieder	1 000	677,8	681,4	690,4	690,3	693,3	684,2
dav. Pflichtmitglieder	"	431,4	400,5	409,7	408,9	411,4	402,7
Rentner	"	175,5	224,5	228,6	229,0	229,4	225,4
Freiwillige Mitglieder	"	70,9	56,4	52,1	52,4	52,5	56,1
Krankenstand der Pflichtmitglieder	"	26,7	26,6	18,5	20,1	23,3	25,4
dav. männlich	"	17,9	17,8	12,7	13,7	15,6	16,9
weiblich	"	8,8	8,8	5,8	6,4	7,7	8,5

¹⁾ am Monatsende. — ²⁾ ohne Säuglingsbetten. — ³⁾ ohne gesperrte Betten. — ⁴⁾ Staats- und Universitäts-Bibliothek, Commerzbibliothek und HWWA — Institut für Wirtschaftsforschung — Hamburg (HWWA ohne Ausleihe). — ⁵⁾ nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		August 1970	September 1970	Oktober 1970	Oktober 1969
		1965	1969				
Erwerbstätigkeit							
1. Arbeitslose							
• Arbeitslose	Anzahl	3 410	3 366	2 308	2 319	2 714	2 973
• dav. männlich	"	2 318	1 955	1 288	1 275	1 383	1 608
• weiblich	"	1 092	1 411	1 020	1 044	1 331	1 365
nach ausgewählten Berufsgruppen							
Bauberufe	"	95	98	7	11	7	15
Metallerzeuger und -verarbeiter	"	51	45	34	39	34	39
Schmiede, Schlosser, Mechaniker	"	95	65	27	35	37	48
Elektriker	"	24	12	7	14	11	8
Chemiewerker	"	55	25	15	14	24	27
Holzverarbeiter u. zugehörige Berufe	"	24	11	22	32	26	6
Graphische Berufe	"	44	47	40	52	44	42
Lederhersteller, Leder- u. Fellverarb.	"	7	12	5	8	8	6
Nahrungs- und Genußmittelhersteller	"	75	66	33	41	48	62
Warennachseher, Versandarbeiter und Lagerverwalter	"	132	161	63	87	74	137
Ingenieure, Techniker u. verwandte Berufe	"	81	93	119	110	120	83
Kaufmännische Berufe	"	368	424	346	305	389	412
Verkehrsberufe	"	313	287	136	153	193	207
Verwaltungs- und Büroberufe	"	849	692	471	447	627	779
Künstlerische Berufe	"	177	181	155	129	139	167
2. Offene Stellen und Vermittlungen							
Offene Stellen	Anzahl	25 827	27 151	33 665	32 284	29 290	28 640
dav. männlich	"	13 014	14 530	19 975	18 781	17 345	16 167
weiblich	"	12 813	12 621	13 690	13 503	11 945	12 473
Stellenvermittlung in Beschäftigung über 7 Tage ¹⁾	"	5 841	5 942	7 015	6 516	7 184	6 699
dav. männlich	"	4 134	4 106	5 273	4 833	5 227	4 505
weiblich	"	1 707	1 836	1 742	1 683	1 957	2 194
Stellenvermittlung in Beschäftigung bis zu 7 Tagen	"	10 527	8 744	7 940	7 923	7 027	8 288
dav. männlich	"	9 955	8 038	7 059	6 790	6 078	7 549
weiblich	"	572	706	881	1 133	949	739
Arbeitsuchende am Monatsende ²⁾	"	8 299	7 745	6 942	7 601	8 004	7 501
dav. männlich	"	5 512	3 946	3 360	3 652	3 777	3 571
weiblich	"	2 787	3 799	3 582	3 949	4 227	3 930
3. Beschäftigte nichtdeutsche Arbeitnehmer							
Männlich	"	36 214
Weiblich	"	14 180
Landwirtschaft und Fischerei							
1. Milcherzeugung							
• Kuhmilcherzeugung	t	2 104	2 008	1 621	1 139	1 109	1 547
• dar. an Molkereien geliefert	%	86,0	87,7	90,3	89,4	90,3	87,6
• Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,5	11,9	10,5	7,6	7,2	9,0
2. Trinkmilchabsatz an Verbraucher durch Molkereien							
Vollmilch	t	10 011	11 179	11 063	10 759	...	11 542
dav. lose	"	3 529	2 526	1 990	1 940	...	2 349
in Flaschen	"	6 482	8 653	9 073	8 819	...	9 193
Mager- und Buttermilch	"	382	509	577	341	...	303
3. Zufuhr an Lebendvieh zum Viehmarkt (Inlandtiere)							
Rinder	1 000 St.	7,8	9,5	9,5	11,7	12,8	14,4
Kälber	"	2,6	1,7	2,2	2,0	1,8	1,4
Schweine	"	47,0	37,4	37,2	37,1	39,3	38,1
Schafe	"	2,7	1,1	1,4	1,4	1,2	1,2
4. Schlachtungen von Inlandtieren							
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	6,4	8,5	7,9	9,6	12,5	13,1
Kälber	"	2,5	1,7	2,0	1,8	1,6	1,3
Schweine ³⁾	"	49,6	39,0	37,3	40,3	41,4	40,8
Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen ⁴⁾	t	6 229	6 034	5 773	6 581	7 413	7 740
dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 595	2 128	1 960	2 389	3 132	3 323
Kälber	"	187	139	194	169	144	118
Schweine	"	4 318	3 723	3 570	3 963	4 093	3 974

¹⁾ durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte. — ²⁾ Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — ³⁾ gewerbliche und Hausschlachtungen. — ⁴⁾ einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		August 1970	September 1970	Oktober 1970	Oktober 1969
		1965	1969				
Industrie, Handwerk und öffentliche Energieversorgung							
1. Industrie¹⁾							
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)	Anzahl	1 704	1 530	1 492	1 486	...	1 522
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	219	209	212	211	...	210
dar. Arbeiter ²⁾	"	152	138	137	136	...	138
Geleistete Arbeiterstunden ³⁾	"	24 859	21 987	20 197	21 795	...	24 182
Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	119	144	166	164	...	152
Gehälter (Bruttosumme)	"	75	105	120	120	...	105
Kohleverbrauch	1 000 t SKE ⁴⁾	14	10	8	8	...	10
Gasverbrauch ohne Erdgas	1 000 Nm ³	6 418	2 076	1 218	1 501	...	1 910
Erdgasverbrauch (Ho = 43 000 kcal/m ³ _n ¹⁰⁾	1 000 Nm ³	"	8 365	16 491	15 563	...	"
Heizölverbrauch	1 000 t	69	70	50	59	...	67
Stromverbrauch	Mio kWh	112	138	132	141	...	148
Stromerzeugung (gesamte industrielle Erzeugung)	"	18	13	9	9	...	15
Umsatz ⁵⁾	Mio DM	1 304	1 476	1 336	1 669	...	1 604
dar. Auslandsumsatz ⁶⁾	"	155	223	197	231	...	235
Index der Industriellen Nettoproduktion (arbeitstäglich)							
Industrie (einschl. Bau- und Energiewirtschaft)	1962 = 100	109,1	122,1	119,0	129,6 p	132,0 p	122,1
Verarbeitende Industrie	"	109,0	121,0	117,6	126,6 p	128,9 p	119,4
Grundstoff- u. Produktionsgüterindustrie	"	108,9	128,4	131,5	139,8 p	142,2 p	128,0
Investitionsgüterindustrie	"	110,0	123,8	120,2	133,3 p	142,7 p	126,8
Verbrauchsgüterindustrie	"	111,3	118,7	105,9	124,0 p	117,6 p	123,4
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	"	107,3	110,0	102,3	105,2 p	103,8 p	104,1
Bauindustrie	"	103,7	107,3	129,4	152,5 p	141,6 p	128,4
Umsatz⁵⁾ nach Industriegruppen insgesamt							
dar. Mineralölverarbeitung	Mio DM	1 304	1 476	1 336	1 669	...	1 604
Chemische Industrie	"	215	262	251	253	...	278
Elektroindustrie	"	101	130	126	156	...	145
Maschinenbau	"	143	164	159	246	...	185
	"	83	110	103	120	...	124
2. Öffentliche Energieversorgung							
Wasserförderung	Mio cbm	11	13	13	13	...	13
Stromerzeugung (brutto)	Mio kWh	451	589	525	592	...	627
Gaserzeugung (brutto)	Mio Nm ³	59	102	73	89	...	97
Vj.-Durchschnitt ⁴⁾				1. Vj. 1970	2. Vj. 1970	3. Vj. 1970	3. Vj. 1969
		1965	1969				
3. Handwerk (Meßziffern)							
Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962 = 100	96,5	84,3	85,4	86,2	85,9	84,1
Umsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	238,8	126,9	111,5	142,6	154,8	122,8
dar. Handwerksumsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	218,5	125,0	106,8	137,7	155,3	121,2
Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
		Monatsdurchschnitt		August 1970	September 1970	Oktober 1970	Oktober 1969
		1965	1969				
1. Bauhauptgewerbe⁷⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	49 151	44 443	47 352	47 859	...	45 778
dar. Inhaber	"	1 365	1 294	1 256	1 263	...	1 279
Angestellte	"	4 684	5 167	5 540	5 605	...	5 305
Arbeiter ⁸⁾	"	43 102	37 982	40 556	40 991	...	39 194
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 828	5 879	6 592	7 582	...	7 756
dav. für Wohnungsbauten	"	2 216	1 711	1 516	1 814	...	2 276
gewerblich und industr. Bauten	"	1 673	1 511	1 655	1 913	...	1 910
öffentliche und Verkehrsbauten	"	2 939	2 657	3 421	3 755	...	3 570
Löhne (Bruttosumme) ⁹⁾	Mio DM	46,3	48,3	68,4	76,3	...	63,0
Gehälter (Bruttosumme) ⁹⁾	"	5,9	8,4	9,5	10,3	...	8,4
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	126,2	138,0	178,0	216,7	...	186,3
dav. im Wohnungsbau	"	42,2	37,6	36,2	49,4	...	39,2
gewerblich und industr. Bau.	"	31,0	34,9	54,5	43,7	...	39,6
öffentlichen und Verkehrsbau	"	53,0	65,5	87,3	123,6	...	107,5
2. Baugenehmigungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- u. Wiederaufbau)	Anzahl	269	169	189	205	176	249
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	"	101	94	102	54	160
Umbauter Raum	1 000 cbm	440	350	463	464	657	457
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	46,0	64,3	66,9	94,9	63,2
Wohnfläche	1 000 qm	95	72	98	99	143	95
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	94	87	80	83	89	111
Umbauter Raum	1 000 cbm	359	444	457	318	801	485
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	34,5	34,0	77,4	31,9	67,6	30,2
Nutzfläche	1 000 qm	73	82	97	62	135	91
Wohnungen							
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 388	1 049	1 334	1 387	2 037	1 275

¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ²⁾ einschließlich gewerblicher Lehrlinge. — ³⁾ einschließlich Lehrlingsstunden. — ⁴⁾ eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle. — ⁵⁾ einschließlich Verbrauchssteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren, ab Januar 1968 ohne Umsatzsteuer; mit den entsprechenden Angaben im Zahlenspiegel bis einschließlich August-Heft 1969 nicht vergleichbar. — ⁶⁾ bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. — ⁷⁾ nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. — ⁸⁾ einschließlich Umschüler und Lehrlinge. — ⁹⁾ ab Januar einschließlich Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungstarifverträgen. — ¹⁰⁾ bis Dezember 1969 Effektivmengen, d. h. ohne Umrechnung; ab Januar 1970 umgerechnet auf Ho = 4 300 kcal/m³_n.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		August 1970	September 1970	Oktober 1970	Oktober 1969
		1965	1969				
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
3. Baubeginne							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	261	164	262	155	181	155
Umbauter Raum	1 000 cbm	386	336	502	279	459	293
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	45,4	42,7	66,4	39,9	61,1	31,0
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	82	80	52	80	89	105
Umbauter Raum	1 000 cbm	340	440	355	388	701	392
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,7	32,3	74,1	30,0	57,1	24,5
Wohnungen							
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 140	1 000	1 424	717	1 283	764
4. Baufertigstellungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	318	199	73	105	109	237
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	197	116	46	76	64	173
Umbauter Raum	1 000 cbm	458	415	134	157	257	357
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	51,1	16,1	19,9	31,0	44,4
Wohnfläche	1 000 qm	96	86	24	31	54	74
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	86	83	42	50	75	101
Umbauter Raum	1 000 cbm	338	400	275	298	258	631
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,9	38,8	26,8	20,6	21,1	40,8
Nutzfläche	1 000 qm	69	79	52	50	51	104
Wohnungen							
Wohnungen insges. *) (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 438	1 243	354	450	760	1 028
dar. mit öffentlichen Mitteln gefördert	"	968	600	95	90	420	450
5. Bauüberhang (am Ende des Berichtszeitraumes) *)							
Im Bau befindliche Wohnungen	Anzahl	17 696	14 592	16 800	17 000	17 600	15 200
Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen	"	7 138	3 731	5 100	5 700	6 500	6 200
6. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen *)							
Bestand an Wohngebäuden	1 000	172	182	182	183	183	181
Wohnungen	"	636	688	691	691	692	682
Wohnräumen über 6 qm (einschl. Küchen)	"	2 322	2 572	2 582	2 584	2 586	2 547
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr							
1. Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels							
Einzelhandel	1962 = 100	119	156	150	171	206	182
dar. Warenhäuser	"	130	210	207	219	226	225
Facheinzelhandel	"	120	133	130	142	164	147
2. Umsatz-Meßzahlen des Groß- und Außenhandels *)							
Groß- und Außenhandel	1962 = 100		148	148	161	...	167
dav. Unternehmen des Außenhandels	"		150	145	157	...	164
Unternehmen des Binnengroßhandels	"		145	154	168	...	173
3. Handel mit Berlin (West) *)							
* Bezüge Hamburgs	1 000 DM	111 990	137 586	144 183	158 130	...	153 655
* Lieferungen Hamburgs	"	140 188	208 354	171 092	200 256	...	204 363
4. * Die Ausfuhr des Landes Hamburg *) *)							
Mio DM		212	283	300	307	...	317
dav. Waren der							
Ernährungswirtschaft	"	17	23	26	27	...	28
Gewerblichen Wirtschaft	"	195	260	274	280	...	289
dav. Rohstoffe	"	2	2	4	8	...	3
Halbwaren	"	50	65	72	59	...	75
Fertigwaren	"	143	193	198	213	...	211
dav. Vorerzeugnisse	"	9	16	17	17	...	19
Enderzeugnisse	"	134	177	181	196	...	192
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchs-							
ländern							
Europa	"	152	208	205	226	...	219
dar. EWG-Länder	"	65	91	90	107	...	113
EFTA-Länder	"	67	91	77	92	...	76

*) ab Januar 1968 ohne Wohnungen, die durch Erweiterungsmaßnahmen o. ä. in der Raumzahl verändert sind. — *) An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben. — *) Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1961 bzw. 1968 ermittelten Gebäude und Wohnungen (Begriffserläuterungen siehe März-Heft 1963, S. 58/59). An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben. — *) Werte ohne jeweilige Umsatzsteuer. — *) Quelle: Statistisches Bundesamt. — *) Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		August 1970	September 1970	Oktober 1970	Oktober 1969
		1965	1969				
Noch: Handel, Gastgewerbe u. Fremdenverkehr							
5. Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes							
* Gastgewerbe	1962 = 100	111	122	141	143	148	131
dav. Beherbergungsgewerbe	"	125	151	169	176	174	173
Gaststättengewerbe	"	108	114	133	134	141	120
6. Fremdenverkehr ¹⁾							
* Fremdenmeldungen	1 000	120	123	159	144	...	135
* dar. von Auslandsgästen	"	42	41	63	52	...	42
* Fremdenübernachtungen	"	232	238	308	283	...	275
* dar. von Auslandsgästen	"	90	78	114	98	...	87
Verkehr							
1. Seeschifffahrt							
Schiffsverkehr über See	Anzahl	1 638	1 621	1 836 r	1 604 p	1 658 p	1 685
Angekommene Schiffe	"	1 739	1 675	1 857 r	1 723 p	1 760 p	1 776
Abgegangene Schiffe	"	"	"	"	"	"	"
Güterverkehr über See	1 000 t	2 942	3 409	3 765 r	3 473 p	4 167 p	3 484
dav. Empfang	"	2 229	2 533	2 820 r	2 657 p	3 147 p	2 540
dav. Massengut	"	1 634	1 933	2 216 r	2 023 p	2 541 p	1 921
dar. Mineralöle	"	968	1 248	1 664 r	1 019 p	1 588 p	1 004
Kohle	"	192	167	210 r	286 p	236 p	276
Getreide	"	180	116	80 r	124 p	164 p	152
Sack- und Stückgut	"	595	600	604 r	634 p	606 p	619
Versand	"	713	876	945 r	816 p	1 020 p	944
dav. Massengut	"	292	365	437 r	332 p	488 p	376
Sack- und Stückgut	"	421	511	508 r	484 p	532 p	568
2. Binnenschifffahrt							
* Güterempfang	1 000 t	340	399	457	481	...	474
* Güterversand	"	309	426	453	482	...	425
3. Luftverkehr (gewerblicher Verkehr)							
Gelandete Flugzeuge	Anzahl	2 041	2 403	3 329	3 056 p	2 745 p	2 371
Gestartete Flugzeuge	"	2 047	2 398	3 306	3 057 p	2 744 p	2 372
Angekommene Fluggäste	1 000	70,5	105,7	153,1	151,9 p	143,2 p	122,6
Abgereiste Fluggäste	"	71,0	105,7	151,7	156,4 p	134,8 p	117,8
Angekommene Fracht	t	578	965	1 030	1 072 p	1 416 p	1 224
Abgegangene Fracht	"	587	1 148	1 145	1 318 p	1 429 p	1 253
Angekommene Post	"	185	256	249	272 p	317 p	230
Abgegangene Post	"	229	323	304	316 p	402 p	316
4. Personenbeförderung im Stadtverkehr ²⁾ (Ausgewählte Verkehrsmittel)							
Beförderte Personen	1 000	9 505	11 211	10 088	11 236	...	12 307
Stadtbahn (S-Bahn)	"	13 705	15 047	14 108	15 752	16 240	16 392
Hoch- u. Untergrundbahn	"	9 438	5 501	4 668	5 115	5 144	5 891
Straßenbahn	"	9 695	12 123	11 544	12 534	13 502	13 240
Kraftomnibusse der HHA	"	1 873	2 114	1 966	2 229	...	2 358
Kraftomnibusse der VHH	"	301	239	293	352	...	255
Private Kraftomnibusse	"	"	"	"	"	"	"
5. Kraftfahrzeuge							
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung ³⁾ (im Verkehr befindlich)	1 000	352,2	424,5	451,8	453,1	454,3	423,6
dar. Personenkraftwagen ⁴⁾	"	310,8	384,2	408,7	409,7	410,7	382,9
b) Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	5 071	5 488	3 833	5 692	...	6 096
dar. Personenkraftwagen ⁴⁾	"	4 632	4 943	3 375	5 039	...	5 387
Lastkraftwagen	"	362	463	365	541	...	553
6. Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden ⁵⁾	Anzahl	859	959	1 023	1 164	1 272 p	1 225
* Getötete Personen	"	28	27	25	30	49 p	34
* Verletzte Personen	"	1 106	1 260	1 423	1 609	1 697 p	1 569

¹⁾ ohne Heime, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere. — ²⁾ Ab Januar 1968 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der Linienverkehr soweit er im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde. — ³⁾ Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — ⁴⁾ einschließlich Kombinationskraftwagen. — ⁵⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		August 1970	September 1970	Oktober 1970	Oktober 1969
		1965	1969				
Geld und Kredit							
1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)							
Kredite und Einlagen *) (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)							
• Kredite an Nichtbanken	Mio DM	.	22 034,9	25 182,4	25 292,2	25 613,0	22 539,5
• dav. Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	"	.	6 696,7	7 621,1	7 632,9	7 757,8	6 560,9
• an Unternehmen und Privat- personen	"	.	6 655,0	7 614,4	7 631,2	7 755,2	6 484,6
• Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre) *)	"	.	2 961,2	3 807,3	3 897,7	3 935,2	3 091,6
• an Unternehmen und Privat- personen	"	.	2 621,7	3 414,8	3 538,4	3 574,7	2 751,3
• Langfristige Kredite *)	"	.	12 377,0	13 754,0	13 761,6	13 920,0	12 887,0
• an Unternehmen und Privat- personen	"	.	10 846,6	12 175,2	12 164,3	12 318,5	11 288,6
• dar. Durchlaufende Kredite	"	.	636,0	655,3	658,7	677,3	638,9
• Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	"	.	15 342,2	16 483,8	16 403,8	16 608,7	16 244,6
• dav. Sicht- und Termingelder	"	.	8 460,7	9 245,5	9 153,1	9 286,8	9 229,7
• von Unternehmen und Privat- personen	"	.	7 442,7	7 913,1	7 843,8	7 938,6	8 087,1
• Spareinlagen	"	4 069,9	6 881,5	7 238,3	7 250,7	7 321,9	7 014,9
• bei Sparkassen	"	2 792,9	4 607,3	4 905,9	4 907,0	4 948,8	4 677,1
• Gutschriften auf Sparkonten (ohne Zinsen)	"	244,3	407,2	370,3	386,5	431,8	448,5
• Lastschriften auf Sparkonten	"	203,9	375,0	348,3	380,3	361,8	381,6
• Zinsgutschriften	"	12,9	24,1	1,1	1,3	1,1	0,9
2. Konkurse und Vergleichsverfahren							
Anzahl	Anzahl	17	15	14	12	22	13
3. Wechselproteste							
Betrag	1 000 DM	1 044	979	936	869	778	1 010
4. Mahn- und Offenbarungseidverfahren eidesstattliche Versicherungen*)							
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls	Anzahl	20 563	23 244	22 194	23 605	28 775	23 398
Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides/ der eidesstattlichen Versicherung	"	3 058	3 431	2 791	3 126	3 316	3 777
Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides/der eidesstattlichen Versicherung	"	1 196	1 488	1 621	1 327	1 526	1 809
Abgeleitete Offenbarungseide/ der eidesstattlichen Versicherung	"	353	462	393	373	487	459
5. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg							
Aktiengesellschaften	Anzahl	162	152	154	153	151	148
Grundkapital	Mio DM	3 975	4 787	4 956	4 953	4 951	4 630
Gesellschaften m.b.H.	Anzahl	3 877	4 729	5 038	5 061	5 088	4 810
Stammkapital	Mio DM	2 962	3 865	4 282	4 334	4 332	3 925
Steuern							
1.* Gemeinschaftssteuern							
1 000 DM				516 951	732 307	507 308	
• dav. Steuern vom Einkommen	"	200 385	299 705	247 165	465 125	217 272	187 665
• dav. Lohnsteuer	"	89 007	144 429	209 197	180 972	186 608	149 659
• Veranlagte Einkommensteuer	"	64 393	75 939	6 906	165 679	29 661	19 275
• Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	10 279	13 484	27 129	2 323	1 579	11 935
• Körperschaftsteuer	"	36 706	65 853	3 932	116 151	576	6 797
• Steuern vom Umsatz	"		271 059	269 786	267 182	290 036	284 267
• dav. Umsatzsteuer	"	82 827	124 606	119 823	126 934	138 117	133 040
• Einfuhrumsatzsteuer	"		146 454	149 963	140 248	151 919	151 227
2.* Bundessteuern							
1 000 DM		523 065	818 450	628 343	658 047	608 521	570 416
• dar. Zölle	"	45 076	50 217	47 650	50 415	51 652	39 727
• Verbrauchsteuern	"	358 150	492 114	565 584	587 498	542 981	518 823
• dar. Mineralölsteuer	"	261 342	392 884	474 041	497 196	443 948	409 254
3.* Landessteuern							
1 000 DM		35 517	47 161	60 319	34 277	26 238	24 030
• dar. Vermögensteuer	"	11 355	14 318	42 843	5 901	2 369	1 845
• Kraftfahrzeugsteuer	"	7 992	9 754	6 841	9 550	10 785	10 766
• Biersteuer	"	2 430	2 894	3 422	3 484	3 309	3 076
4.* Gemeindesteuern							
1 000 DM		46 355	62 376	132 883	8 154	32 648	30 241
• dar. Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	"	34 764	47 423	115 060	6 293	4 798	6 642
• Grundsteuer A	"	73	84	165	31	25	18
• Grundsteuer B	"	5 134	6 769	16 030	1 223	916	925
5.* Einnahmen des Bundes							
1 000 DM		601 215	923 346	957 755	1 053 606	904 808	908 275
6. Einnahmen des Landes (ohne Einnahmen aus Gemeindesteuern)							
1 000 DM		157 752	241 969	211 599	249 352	126 720	158 104
• dar. Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	122 235	194 808	108 455	208 062	93 732	121 982
• Anteil an den Steuern vom Umsatz	"			10 718	7 013	6 749	
• Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"			32 106			
Außerdem:							
• Einnahmen aus Gemeindesteuern	"	46 355	62 376	68 670	8 154	32 648	26 741
• Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer	"			30 254	48 531	30 278	
Einnahmen des Landes insgesamt	"			310 524	306 038	189 645	184 845

Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben.

*) ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1967 unter 5 Mio. DM lag; einschließlich aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute. Infolge Umgestaltung mit Angaben bis 1968 nicht voll vergleichbar. — *) einschließlich durchlaufender Kredite. — *) Ab 1. Juli 1970 ist an Stelle des Offenbarungseides die eidesstattliche Versicherung getreten.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Februar 1970	Mai 1970	August 1970	August 1969
		1965	1969				
Preisindizes für Bauwerke							
Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten)							
Wohngebäude A ¹⁾	1962 = 100	113,1	127,7	141,5	148,6	151,3	128,3
Einfamiliengebäude A ¹⁾	"	113,3	128,1	141,5	148,3	151,0	128,6
Mehrfamiliengebäude A ¹⁾	"	113,0	127,4	141,5	148,9	151,7	128,0
Gemischt genutzte Gebäude A ¹⁾	"	112,8	127,5	141,8	148,8	151,6	128,2
Bürogebäude A ¹⁾	"	112,2	126,9	147,7	148,8	151,8	127,8
Bürogebäude B ¹⁾	"	"	113,9	127,6	134,1	136,7	115,1
Gewerbliche Betriebsgebäude A ¹⁾	"	112,4	125,8	142,1	150,6	153,8	127,6
Gewerbliche Betriebsgebäude B ¹⁾	"	"	113,4	128,0	135,7	138,5	115,0
Löhne und Gehälter²⁾				Januar 1970	April 1970	Juli 1970	Juli 1969
1. Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Bruttowochenverdienste							
• männliche Arbeiter	DM	232	291	308	317	327	289
• weibliche Arbeiter	"	140	180	191	195	204	180
Bruttostundenverdienste							
• männliche Arbeiter	"	5,10	6,39	6,78	6,94	7,27	6,33
• weibliche Arbeiter	"	3,32	4,32	4,57	4,71	4,96	4,33
Bezahlte Wochenarbeitszeit							
• männliche Arbeiter	Std.	45,5	45,4	45,5	45,6	45,0	45,7
• weibliche Arbeiter	"	42,2	41,7	41,7	41,4	41,1	41,6
Geleistete Wochenarbeitszeit							
• männliche Arbeiter	"	41,4	41,0	41,7	42,8	35,5	36,5
• weibliche Arbeiter	"	37,2	36,5	37,7	38,5	30,7	29,6
2. Angestellte, Bruttomonatsverdienste							
In Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Kaufmännische Angestellte							
• männlich	DM	1 098	1 405	1 497	1 523	1 564	1 401
• weiblich	"	747	983	1 049	1 068	1 113	983
Technische Angestellte							
• männlich	"	1 182	1 494	1 587	1 620	1 671	1 492
• weiblich	"	748	988	1 063	1 072	1 127	993
In Handel, Kredit und Versicherungen							
Kaufmännische Angestellte							
• männlich	"	1 043	1 332	1 403	1 449	1 498	1 331
• weiblich	"	668	899	962	998	1 030	899
In Industrie und Handel³⁾ zusammen							
Kaufmännische Angestellte							
• männlich	"	1 058	1 351	1 427	1 468	1 515	1 349
• weiblich	"	688	921	984	1 016	1 051	921
Technische Angestellte							
• männlich	"	1 176	1 496	1 587	1 618	1 671	1 495
• weiblich	"	838	1 147	1 240	1 263	1 296	1 157
Öffentliche Ordnung und Sicherheit				August 1970	September 1970	Oktober 1970	Oktober 1969
1. Feuerlösch- und Rettungsdienst							
Feueralarme	Anzahl	288	392	398	380	391	356
dav. falsche Alarme und Unfugmeldungen	"	67	90	107	105	99	105
bekämpfte Brände	"	221	302	291	275	292	251
dav. Großbrände	"	9	14	21	14	11	11
Mittelbrände	"	28	43	26	34	32	26
Kleinbrände	"	98	130	147	111	122	117
Entstehungsbrände	"	80	105	95	114	121	91
Schornsteinbrände	"	6	10	2	2	6	6
Hilfeleistungen aller Art	"	"	"	761	837	785	"
Rettungswageneinsätze	"	"	"	9 772	10 469	10 891	"
dar. Straßen- und Verkehrsunfälle	"	1 156	1 364	1 740	1 777	1 767	1 579
Betriebsunfälle	"	544	416	504	580	560	487
Krankentransporte	"	"	"	3 154	3 476	3 843	"
Anzahl der beförderten Personen	"	"	"	9 372	10 208	10 500	"
Gesamtzahl der Alarmierungen	"	"	"	10 931	11 686	12 067	"
Außerdem:	"	"	"	"	"	"	"
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehr	"	"	"	63	79	82	65
2. Feststellungen der Polizei							
Straftaten	Anzahl	8 102	10 403	9 510	10 955	11 716	12 071
dar. Sittlichkeitsdelikte	"	214	265	192	243	215	264
Mord und Totschlag	"	4	6	4	9	6	9
Körperverletzung ⁴⁾	"	91	124	122	107	140	138
Einfacher Diebstahl	"	3 413	4 368	3 818	4 177	4 293	5 108
Schwerer Diebstahl	"	1 822	2 255	2 553	3 355	3 692	2 592
Diebstähle zusammen	"	5 235	6 623	6 371	7 532	7 985	7 700
dar. Kraftwagen- und -gebrauchs-	"	"	"	"	"	"	"
diebstahl	"	180	256	288	297	288	296
Unterschlagung	"	203	229	172	200	184	361
Raub und Erpressung	"	41	67	85	68	61	76
Begünstigung und Hehlerei	"	85	130	61	113	76	138
Betrug und Untreue	"	722	973	781	724	979	854
Brandstiftung	"	33	47	32	28	25	64
Außerdem:	"	"	"	"	"	"	"
Verkehrsvergehen ⁵⁾	"	778	1 234	1 549	1 410	1 693	1 518
Verkehrsordnungswidrigkeitenanzeigen ⁶⁾	"	8 929	16 625	16 426	16 863	12 788	21 477
Ordnungswidrigkeitenberichte	"	423	600	451	437	423	515
Verwarnungen mit Verwarnungsgeld ⁷⁾	"	31 317	29 706	24 010	25 682	28 957	34 309

¹⁾ A = mit Umsatz-(Mehrwert-)steuer, B = ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. — ²⁾ Effektivverdienste; ab 1964 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. — ³⁾ Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe. — ⁴⁾ ohne §§ 223 und 230. — ⁵⁾ vor dem 1. 1. 1969 Verkehrsvergehenanzeigen. — ⁶⁾ vor dem 1. 1. 1969 Ordnungswidrigkeitenanzeigen. — ⁷⁾ vor dem 1. 1. 1969 Gebührenpflichtige Verwarnungen.

AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN FÜR DAS BUNDESGBIET

Gegenstand	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juli 1970	August 1970	September 1970	September 1969
		1965	1969				
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT							
Bevölkerung am Monatsende	1 000	59 011,7	60 842,4	61 068,6
Eheschließungen	auf 1 000	8,3	7,3	6,5
Lebendgeborene	Einw. und	17,7	14,8	14,7
Gestorbene	1 Jahr	11,5	12,2	11,3
Arbeitslose	1 000	146	176	99	99	97	100
INDUSTRIE ¹⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	8 460	8 308	8 621	8 649	...	8 429
Geleistete Arbeitsstunden ²⁾	Mio Std.	1 055	995	1 025	940	...	1 031
Umsatz ³⁾ ohne Umsatzsteuer	Mio DM	31 218	39 537	45 074	40 009	...	43 210
dar. Auslandsumsatz	"	4 903	7 747	8 575	7 271	...	8 360
Index der industriellen Nettoproduktion (arbeitsmäßig)							
Industrie (einschl. Bau- u. Energiew.)	1962=100	118,2	148,2	145,7 r	141,9	156,7 p	151,3
Verarbeitende Industrie	"	119,1	151,5	148,3 r	143,9	159,9 p	154,9
Grundst.- u. Produktionsgüterind.	"	124,8	170,0	178,7 r	175,8	180,3 p	176,1
Investitionsgüterindustrie	"	117,8	146,5	141,2 r	131,2	158,1 p	149,4
Verbrauchsgüterindustrie	"	115,6	144,2	128,1 r	127,2	148,2 p	148,0
Nahrungs- und Genußmittellind.	"	115,2	134,4	129,3 r	133,3	136,1 p	131,4
Bauindustrie	"	118,9	127,5	151,2 r	151,7	161,2 p	149,0
BAUWIRTSCHAFT							
Bauhauptgewerbe ⁴⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	1 642,8	1 504,7	1 581,4	1 583	...	1 551,2
Geleistete Arbeitsstunden	Mio Std.	233,3	203,3	251,5	228,9	...	247,5
Umsatz ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer	Mio DM	3 698,0	3 968,6	4 766,8	4 645,3	...	4 330,6
Baugenehmigungen für Wohnungen	Anzahl	51 898	46 653	61 434	58 701	58 408	50 716
Baufertigstellungen für Wohnungen	"	49 326	41 660	26 628	25 673	36 769	40 764
HANDEL							
Index der Einzelhandelsumsätze	1962=100	124	152	173	151	163	147
Index der Groß- und Außenhandelsumsätze	"		148	151	148	161	151
VERKEHR							
Seeschifffahrt							
Güterumschlag ⁵⁾	1 000 t	8 835	10 581	12 541	10 366
dav. Empfang	"	6 950	8 252	10 177	7 962
Versand	"	1 885	2 329	2 364	2 404
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	144 927	171 971	228 648	119 758	179 604	169 803
Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden	"	26 364	28 178 p	35 214 p	33 148 p	...	31 895
Getötete Personen	"	1 313	1 382 p	1 693 p	1 804 p	...	1 695
Verletzte Personen	"	38 124	39 268 p	50 350 p	48 177 p	...	44 109
STEUERN							
Lohnsteuer	Mio DM	1 395	2 255	3 060	3 368	3 196	2 416
Veranlagte Einkommensteuer	"	1 233	1 416	235	172	3 587	3 527
Körperschaftsteuer	"	681	908	170	76	1 847	2 263
Steuern vom Umsatz ⁶⁾	"	2 018	3 063	3 061	3 223	3 943	2 775
PREISE							
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte ⁷⁾	1962=100	104,0	101,5	107,6	107,8	108,0	102,1
Index der Einfuhrpreise	"	106,3	108,0	106,9	106,2	106,5	109,3
Index der Ausfuhrpreise	"	104,8	111,3	117,0	116,9	116,8	113,2
Preisindex für Wohngebäude	"	112,6	124,5		145,0		
Preisindex für die Lebenshaltung ⁸⁾	"	109,0	119,3	124,1	124,0	123,8	119,6
Nahrungs- und Genußmittel	"	109,0	114,2	118,4	117,7	116,4	114,1
Wohnungsmieten	"	118,5	161,9	168,4	169,0	169,8	163,3
				Januar 1970	April 1970	Juli 1970	Juli 1969
LÖHNE IN DER INDUSTRIE							
Bruttostundenverdienste der Männer	DM	4,54	5,71	6,15	6,25	6,53	5,65
Bezahlte Wochenarbeitszeit der Männer	Std.	45,1	44,8	44,4	45,1	44,9	45,1

Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ²⁾ einschließlich Lehrlingsstunden. — ³⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. — ⁴⁾ hochgerechnete Totalergebnisse. — ⁵⁾ Verkehr zwischen deutschen Seehäfen ist doppelt gezählt. — ⁶⁾ ab 1968 ohne Mehrwertsteuer. — ⁷⁾ 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen. — ⁸⁾ bereits gekürzt und durchlaufende Posten.

Zentrale Standorte zur Versorgung der Bevölkerung in Hamburg 1961

Bestimmung und Analyse zentralörtlicher Erscheinungen in einer Großstadt

INHALT

	Seite
1. Die Aufgabe der vorliegenden Untersuchung	1
1.1 Analyse zentralörtlicher Erscheinungen innerhalb eines Großstadtgebietes	2
1.2 Die Ermittlung von Versorgungszentren mit Hilfe kleinräumiger Aufbereitungseinheiten und dem Einsatz elektronischer Datenverarbeitungsanlagen	2
2. Das Problem der Bestimmung zentraler Einrichtungen und ihrer quantitativen Erfassung	3
2.1 Überlegungen zur Begriffsbestimmung der „Zentralität“	3
2.1.1 Wechselbeziehungen innerhalb der Bevölkerung	4
2.1.2 Zentralörtliche Verflechtungsbeziehungen im Bereich der Wirtschaft	4
2.1.3 Verflechtungsbeziehungen im Bereich der Verwaltung	5
2.2 Die Auswahl der zentralen Einrichtungen	5
2.3 Quantitative Maßstäbe für die Ermittlung der Zentralität bestimmter Einrichtungen	5
2.3.1 Der Umsatz als Maßzahl?	6
2.3.2 Die betriebliche Konzentration als Indikator?	6
2.3.3 Beschäftigtenzahlen als Maßstab?	7
3. Die Ermittlung von zentralen Orten bzw. Versorgungszentren	8
3.1 Konzentration und Differenzierung zentraler Einrichtungen	8
3.1.1 Zahl der Betriebe als ein Kennzeichen der Konzentration und damit der Zentralität des betreffenden Standortes	8
3.1.2 Zahl der in der Konzentration vertretenen Arten zentraler Einrichtungen	8
3.1.3 Betriebsdifferenzierung mit Hilfe der Sortimentsanalyse	8
3.2 Beschäftigtenzahlen als Maßstab der Zentralität	8
3.3 Der Umsatz als Maßstab der Zentralität	9
3.3.1 Schwierigkeit bei der Feststellung der Zentralität der lokalisierten Umsätze	9
3.3.2 Diskrepanzen zwischen Umsatzhöhe und Kundenfrequenz	10
3.3.3 Vernachlässigung nichtkommerzieller zentraler Dienste	10

1. Die Aufgabe der vorliegenden Untersuchung

Die vorliegende Studie sollte zwei Aufgaben erfüllen. Sie sollte einerseits einen Beitrag zur empirischen Analyse zentralörtlicher Erscheinungen innerhalb des Gebietes einer Großstadt liefern. Dabei wurde dieses Vorhaben nicht nur von rein wissenschaftlichem Interesse bestimmt, sondern es sollte in Anlehnung an einige Großzählungen — vor allem die Arbeitsstättenzählung von 1961 und die Handels- und Gaststättenzählung von 1960 — Material für die damals sehr aktuelle Diskussion über den Hamburger Aufbauplan liefern. Diese praktische Aufgabe konnte aus einer Reihe von Gründen — vor allem infolge von Personalmangel und Schwierigkeiten bei der Umstellung in der EDV — nicht in der erforderlich kurzen Zeit bewältigt werden, um so mehr, als eine stürmische Entwicklung in der Schaffung neuer Einkaufszentren

einsetzte: Große Bergstraße in Altona, Lübecker Straße, Elbe-Einkaufszentrum in Ottensen, Hamburger Straße, City-Nord usw. So kann sie heute im wesentlichen nur noch grundsätzlichen Charakter haben als Modell und Erfahrungsbericht für künftige Studien gleicher Art; für die Darstellung der bereits seit längerem gewachsenen Zentren bietet sie darüber hinaus wichtiges Vergleichsmaterial.

Die andere Aufgabe bestand in der Entwicklung und Erprobung einer Methode zur Ermittlung von Versorgungszentren mit Hilfe kleinräumiger Aufbereitungseinheiten — Planquadraten — und dem Einsatz moderner elektronischer Datenverarbeitungsanlagen. Diese Aufgabe konnte — wenn auch mit zeitlicher Verzögerung — in vollbefriedigender Weise gelöst werden und stellt in ihrer Arbeit eine echte Pilot-Studie in der Bundesrepublik dar; es ist die erste Auswertung auf der

Basis von Planquadraten für ein ganzes Stadtgebiet, bei dem zugleich zwei völlig getrennt voneinander durchgeführte Erhebungen sachlich und regional miteinander zusammengeführt wurden. Sie hat wesentliche Erkenntnisse für den Aufbau des regionalen Informationsbandes und das regionale Bezugssystem bei der Wohnungszählung von 1968 und der kommenden Volkszählung von 1970 gebracht, die es ermöglichen, alle diese Zählungen nach den verschiedensten Prinzipien kleinräumiger Gliederungen: Bau-blocks — Straßenzüge — Straßenabschnitte — Block-seiten — Planquadrate usw. aufzubereiten und auszuwerten, wodurch eine neue Ära der innerstädtischen Regionalforschung beginnt.

1.1 Analyse zentralörtlicher Erscheinungen innerhalb eines Großstadtgebietes

Den Ausgangspunkt für die hauptsächlichen Aspekte dieser Studie bildet die Frage nach der zentralörtlichen Gliederung eines großstädtischen Raumes. Seit Christallers bahnbrechender Studie über die zentralen Orte in Süddeutschland sind von verschiedener Seite zahlreiche Beiträge zu diesem Thema erschienen, die sowohl aus methodischer Sicht das Problem der zentralen Orte und ihrer hierarchischen Ordnung zu vertiefen und zu verfeinern suchten, als auch an verschiedenen Beispielsräumen in Form von monographischen empirischen Studien die Bedeutung der zentralräumlichen Gliederung für die Regionalforschung darzustellen versuchten; die eingehende Bibliographie von Brian J. L. Berry und Allan Pred¹⁾ umfaßt insgesamt 665 Titel und konnte trotzdem bei weitem nicht die ganze Fülle dieser Literatur wiedergeben.

Fast alle diese Studien befassen sich aber mit größeren Räumen, bei denen nach den Gravitationskernen, ihrer Interdependenz, ihrer Hierarchie und auch nach ihren Einzugs- und Verflechtungsbereichen gefragt wurde. Sie bezogen sich dabei vornehmlich auf mehr oder weniger ländliche Räume, bei denen eine weitmaschige Siedlungsstruktur vorherrschte, die Gravitationskerne noch weitgehend Solitärstandorte darstellten und dementsprechend leicht zu ermitteln und zu differenzieren waren.

Zwei Fragenkreise blieben jedoch meistens ausgeklammert, die genaugenommen beide dem gleichen umfassenden Problemkomplex angehörten.

Der eine bezieht sich auf die zentralörtlichen Erscheinungen in Verdichtungsräumen. Ein Beispiel dafür ist das Problem der zentralörtlichen Gliederung eines großflächigen und mehrkernigen Agglomerationsraumes wie etwa des Ruhrgebietes, wo sich zahlreiche Zentralortsbereiche überschneiden und überlagern. Zum gleichen Komplex gehört auch die Frage der Besonderheiten zentralörtlicher Erscheinungen in suburbanen Räumen, d. h. im Vorfeld größerer, solitärer Gravitationskerne, wie etwa im Falle des Umlandes von München oder

Hamburg. Eine eingehende Studie für solche vielkernigen Agglomerationsräume ist vom Ruhrsiedlungsverband erst im Jahre 1967 abgeschlossen worden²⁾.

Der Komplex der suburbanen Zentralitätsprobleme ist erst vor einem Jahr von der Akademie für Raumforschung und Landesplanung Hannover von einem besonderen Arbeitskreis, sowohl durch modelltheoretische Untersuchungen als auch durch empirische Studien in Angriff genommen worden³⁾.

Der andere Teilaspekt dieses Fragenkomplexes bildet die zentralräumliche Gliederung des Stadtgebietes größerer Städte. Gerade Hamburg, das durch das Groß-Hamburg-Gesetz im Jahre 1937 weitgehend seinem damaligen Siedlungsraum angepaßt wurde, bildet ein Beispiel dafür, daß hier nicht die traditionelle zentralörtliche Orientierung auf nur einen Kern — die City — typenbestimmend ist, sondern daß sich hier — in Anlehnung an die früheren Nachbarstädte und Vororte — Subzentren bilden, die ebenfalls ihre schon früher entstandenen zentralörtlichen Funktionen weiterführen und u. U. in besonderer Form weiterentwickeln. Es lag daher nahe, den Versuch zu unternehmen, diesem Fragenkomplex nachzugehen und zu untersuchen, in welcher Weise die zentralörtliche Gliederung eines Großstadtgebietes erfaßt und analysiert werden kann. Eine Frage, die für die Stadtplanung zweifellos von erheblicher Bedeutung ist, wie das z. B. auf dem Plan 2000 für Hamburg deutlich wird. Die Informationsquelle hierfür bot die Arbeitsstättenzählung von 1961, die in Verbindung mit der Handels- und Gaststättenzählung von 1960 reichhaltiges Datenmaterial für eine solche Untersuchung bot.

1.2 Die Ermittlung von Versorgungszentren mit Hilfe kleinräumiger Aufbereitungseinheiten und dem Einsatz elektronischer Datenverarbeitungsanlagen

Etwa zur gleichen Zeit begann in der Datenaufbereitung ein neues technisches Zeitalter, und zwar durch die Einführung der schnellen hochentwickelten elektronischen Datenverarbeitungsanlagen. Ihre unvergleichlich vergrößerte Speicherkapazität, ihre hohen Arbeitsgeschwindigkeiten und die besonderen Programmiermöglichkeiten lassen es zu, das Material in seiner ganzen sachlichen Breite und einer beliebig kleinen räumlichen Gliederung zu durchforschen, wie das mit den bisherigen technischen Mitteln arbeits- und kostenmäßig praktisch nicht zu bewältigen gewesen wäre. Der entscheidende Vorteil des Einsatzes der elektronischen Datenverarbeitung bot sich besonders dadurch an, daß nunmehr keine Prämissen gesetzt und keine Vorauswahlen getroffen werden mußten, bei denen ja stets die Gefahr besteht, daß durch deren Postulierung und Fixierung das Untersuchungsergebnis bereits weitgehend vorbeeinflußt wird. Sehr deutlich können wir dieses bei zahlreichen zentralörtlichen Untersuchungen beobachten, bei denen fast immer ein umfangreicher Katalog, vor allem von Verwaltungseinrichtungen, für die Bestimmung der zentralörtlichen Erscheinungen herangezogen wird.

¹⁾ Berry, Brian J. L., Allan Pred: Central Place Studies. A bibliography of theory and applications. Hrsg.: Regional Science Research Institute, Philadelphia, Pa 1961. (Bibliography Series. Nr. 1.)

²⁾ Gebietentwicklungsplan. Gemeinden mit zentralörtlicher Bedeutung. Referentenentwurf. Unveröffentlichtes Manuskript.

³⁾ Arbeitskreis „Zentralörtliche Erscheinungen in Verdichtungsräumen“. Akademie für Raumforschung und Landesplanung. Arbeitsmaterial für die Sitzung am 26. und 27. 6. 1969 in Steinhude.

Diese Auswahl beruht aber meist nicht auf grundsätzlichen methodischen Überlegungen, sondern sie ist vornehmlich dadurch bestimmt, daß die Angaben für diese Institutionen am leichtesten und auch fast jederzeit zu beschaffen sind, im Gegensatz zu den Daten über die zentralen Einrichtungen im wirtschaftlichen Bereich, die überwiegend nur im Rahmen von Großzählungen in etwa 10jährigen Abständen anfallen. Abgesehen von der mangelhaften Aktualität richtet sich die Kritik an den Studien mit Hilfe der Verwaltungseinrichtungen auf die Tatsache, daß hierdurch meist nur die „Verwaltungszentralitäten“ hinreichend oder sogar einseitig überbetont erfaßt werden, während die kommerzielle und sonstige wirtschaftliche Zentralität, der an sich ja das besondere Interesse aller dieser Studien gilt, zu kurz kommt. So wurde denn bei dieser Studie darauf verzichtet, deduktive Modelle für die Auswahl von Merkmalen von zentralen Einrichtungen oder auch von zentralen Standorten zu entwickeln, sondern die gesamte Studie sollte auf einer rein empirischen Datenanalyse aufgebaut werden.

Dieses galt schon für die Anwendung einer nicht präjudizierten räumlichen Bezugsbasis. Sie wurde völlig unabhängig von jeder administrativen Gebietseinteilung und auch unabhängig von jeder natürlich oder städtebaulich vorgegebenen Topographie gewählt, und das wurde durch die Anwendung des abstrakten Planquadrates im Gaus-Krügerschen Gitternetz erreicht. Über die Vor- und Nachteile dieses Verfahrens gibt es bereits eine Anzahl von Abhandlungen, so unter anderem von Werner Matti: „Das Planquadrat als Hilfsmittel für städtische Strukturanalysen“⁴⁾ und Gunnar Staack: „Das Koordinatennetz als flexibles Bezugssystem für regionale Daten“⁵⁾; auch im vorliegenden Artikel wird auf die praktisch aufgetretenen Probleme noch näher eingegangen werden.

Der entscheidende Vorteil der Planquadrate besteht darin, daß sie infolge der absolut gleichen und lediglich trigonometrisch (abstrakt) bestimmten Flächengrößen alle Raumeinheiten unbedingt mit allen anderen vergleichbar machen, und zwar auch über jeden Raum hinweg, also auch von Stadt zu Stadt und von Land zu Land. Des weiteren ergeben sich ohne jede Umrechnung vergleichbare Dichteziffern.

Für die maschinelle Aufbereitung und Darbietung des Datenmaterials haben die Planquadrate den großen Vorteil, daß sie die Daten gleich im entsprechenden räumlichen Zusammenhang darstellen können (vgl. die Schaubilder auf Seite 18, 20 und 21 des Beitrages).

Ihr Nachteil besteht allerdings in der oft sehr rigiden Vernachlässigung der städtebaulichen Topographie durch die Zusammenfassung von Baugebieten, die durch unüberwindbare Grenzen — Gewässer, Bahnkörper usw. — voneinander getrennt sind, wie das im Beitrag an einzelnen Beispielen darge-

legt wird. Des weiteren bereitet auch die Zuordnung größerer wirtschaftlicher oder auch baulicher Komplexe zu einem einzelnen von mehreren mit betroffenen Planquadraten erhebliche Schwierigkeiten und erfordert zuletzt doch, wenn auch wohlerwogene, Ermessensentscheidungen. Dieses Problem wird wohl auch dann nicht zu beheben sein, wenn man zur Anwendung von Koordinaten, etwa für die Eckpunkte der Bauwerke usw., übergeht, wozu gegenwärtig — wie schon erwähnt — nahezu alle Voraussetzungen fehlen.

2. Das Problem der Bestimmung zentraler Einrichtungen und ihrer quantitativen Erfassung

2.1 Überlegungen zur Begriffsbestimmung der „Zentralität“

Ausgangspunkt aller empirischen und modelltheoretischen Untersuchungen zum Problem der Zentralität ist die offenkundige Tatsache, daß die Phänomene des menschlichen und sozialen Daseins sich nicht gleichmäßig über den Raum verteilen, sondern mehr oder weniger stark verdichtet, geklumpt, örtlich massiert, also schwerpunktmäßig oder zentralorientiert auftreten; genaugenommen bildet schon das Dorf einen Verdichtungskern, zweifellos gilt das besonders für eine Stadt. Im Bereich der Soziographie und der Siedlungsgeographie spricht man im Zusammenhang mit dieser Erscheinung von „Agglomerationen“, „Ballungen“, „Stadtregionen“ usw.

Vor allem der Forschung von Walter Christaller ist die Erkenntnis zu verdanken, daß entsprechende Konzentrations- bzw. Zentralitätserscheinungen im ökonomischen Bereich noch weit stärker ausgebildet sind als bei der räumlichen Verteilung der Bevölkerung und Siedlung: Arbeitsstätten und Versorgungseinrichtungen der verschiedensten Art konzentrieren sich auf verhältnismäßig wenige, standorts- (meist verkehrs-) begünstigte Siedlungsschwerpunkte „zentrale Orte“, von denen aus die Bevölkerung und die Wirtschaft eines mehr oder weniger großen Umlandes — des „Zentralortsbereichs“ — bei der Befriedigung ihrer Bedürfnisse und der Deckung ihres Bedarfes bedient werden.

Als Folge dieser räumlichen Arbeitsteilung zwischen Versorgungszentren und Versorgungsbereichen ergeben sich vielfältige Wechselbeziehungen. Zwecks Inanspruchnahme eines zentral angebotenen Gutes oder einer Dienstleistung oder zur Herantragung eines Angebotes an einen potentiellen Bedarfsträger müssen Wege zurückgelegt, Waren transportiert, Nachrichten befördert, Dienstleistungen vermittelt werden usw. In jedem Falle muß die räumliche Trennung von Angebot und Nachfrage überwunden werden, und wir können daher zunächst folgern, daß unter „Zentralität“ ganz allgemein die Tatsache zu verstehen ist, daß die Bedarfsdeckung mit Gütern oder Dienstleistungen nicht ubiquitär, sondern nur in oder von gewissen Schwerpunkten, Konzentrationspunkten aus erfolgen kann. Für die praktische Erforschung der Zentralitätserscheinungen ist eine solche Definition aber zweifellos zu weit gefaßt, denn es gibt wohl überhaupt keine völlig ubiquitären Güter oder Dienste.

⁴⁾ Matti, Werner: Das Planquadrat als Hilfsmittel für städtische Strukturanalysen. Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung. Band 42, Raum und Bevölkerung 7, Hannover, 1968.

⁵⁾ Staack, Gunnar: Das Koordinatennetz als flexibles Bezugssystem für regionale Daten. Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung. Band 42, Raum und Bevölkerung 7, Hannover 1968.

Um zu einer praktikablen Begrenzung des Zentralitätsbegriffes zu gelangen, empfiehlt es sich, die möglichen Zentralitätsbeziehungen zu systematisieren. Dabei stellen wir bald fest, daß für die Träger räumlicher Wechselbeziehungen zwischen Angebot und Nachfrage drei Sektoren in Betracht kommen, und zwar:

- die Bevölkerung,
- die Wirtschaft,
- die öffentliche Verwaltung im weitesten Sinne.

Als Nächstes gilt es, die möglichen Wechselbeziehungen zwischen diesen drei Sektoren systematisch zu ordnen, wobei wir zu folgenden denkbaren Möglichkeiten gelangen.

2.1.1 Wechselbeziehungen innerhalb der Bevölkerung

Der Verkehr in diesem Bereich untergliedert sich in 4 Hauptbeziehungen

a) Der gesellschaftliche Verkehr im weitesten Sinne:

Diesen, für das menschliche und gesellschaftliche Leben sicher sehr wichtigen Faktor können wir bei der Betrachtung des zentralörtlichen Verkehrsgeschehens mit einigem Recht vernachlässigen. Letzten Endes wird sich auch bei einer dispers siedelnden Bevölkerung gesellschaftlicher Verkehr ergeben, so daß er nicht unbedingt von den zentralörtlichen Erscheinungen abhängig sein muß, wenn auch etwa Gesellschaftshäuser, Vereinslokale, Klubs usw. eine wesentliche Mittlerrolle in diesem Bereich übernehmen.

b) Verkehrsbeziehungen zwischen der Wohnung und der Arbeits- bzw. Ausbildungsstätte:

Hierbei handelt es sich um den großen Bereich des Pendelverkehrs, der das schwierigste Problem der gesamten Verkehrsplanung darstellt und ohne Zweifel auch im Zusammenhang mit der Betrachtung zentralörtlicher Erscheinungen gesehen werden muß; das bekannteste Phänomen auf diesem Gebiet ist die außergewöhnliche Konzentration von Beschäftigten, insbesondere des tertiären Sektors — also vor allem der zentralen Einrichtungen — im sog. City-Bereich.

c) Verkehr zum Zwecke der Bedarfsdeckung und der Bedürfnisbefriedigung:

Hierbei ist zu unterscheiden zwischen:

- Beziehungen zu den Einrichtungen der kommerziellen Versorgungswirtschaft und den Dienstleistungsbetrieben der privaten Wirtschaft,
- Beziehungen zwecks Inanspruchnahme von Versorgungseinrichtungen der öffentlichen Hand (Bibliotheken, Sportstätten, kulturelle Einrichtungen u.a.m.),

d) Verkehr mit Behörden und Verwaltungseinrichtungen.

Für die Darstellung der Verkehrsbeziehungen seitens der Bevölkerung eignet sich folgendes Verflechtungsschema, das für eine Untersuchung des Personenverkehrs in Toronto, Kanada, entwickelt wurde; recht aufschlußreich sind dabei die Daten in den einzelnen

Tabellenfeldern, die das Gewicht der verschiedenen Verkehrsbeziehungen in 1000 Fahrten je Werktag veranschaulichen:

**Verflechtungsschema des Personenverkehrs 1964
im Großraum von Toronto/Kanada
— 1000 Fahrten je Werktag —**

Ziel Herkunft	Arbeit	Wohnung	Einkauf, Schule, geschäftliche Erledigungen	Gesellschaft, Erholung	Sämtliche Abfahrten
	1	2	3	4	5
1. Wohnung absolut	924,9	—	625,5	257,5	1 808,1
in %	51,2	—	34,6	14,2	100
2. Arbeit absolut	—	885,9	37,0	13,7	936,6
in %	—	94,6	3,9	1,5	100
3. Einkauf, Schule, geschäftliche Erledigungen absolut	19,1	544,7	200,5	34,4	798,7
in %	2,4	68,2	25,1	4,3	100
4. Gesellschaft, Erholung absolut	4,0	279,4	23,5	30,8	337,7
in %	1,2	82,7	7,0	9,1	100
Sämtliche Ankünfte absolut	948,0	1 710,0	886,5	336,6	3 881,1
in %	24,2	44,1	22,8	8,7	100

Für die Beurteilung des zentralörtlichen Verkehrs kommen vor allem die Daten in Zeilengruppe 3 bzw. der Spalte 3 in Betracht; störend ist hier nur der Schulverkehr (Ausbildungspendler) — sie sind deswegen mitenthaltend, weil in den amerikanischen Großstädten die Schulkinder häufig von den Eltern mit dem Auto zur Schule gebracht werden. Bemerkenswert ist, daß von sämtlichen Abfahrten von der Wohnung nur rd. 51 % auf den reinen Berufsverkehr entfielen und nicht weniger als fast 35 % auf den zentralörtlichen Verkehr der Privatpersonen.

2.1.2 Zentralörtliche Verflechtungsbeziehungen im Bereich der Wirtschaft

a) Austauschbeziehungen zwischen den Wirtschaftsunternehmen untereinander:

Rohstofflieferungen, Transporte zur Weiterverarbeitung, Verflechtung von Zulieferbetrieben, Filialbetrieben usw.

b) Beziehungen zu Einrichtungen im intermediären Bereich, d. h. den Vermittlern und Agenten, die sowohl den Bedürfnissen der Bevölkerung und der Endverbraucher dienen können als auch Vermittlungsfunktionen zwischen Wirtschaftsunternehmen, z. B. Banken, Rechtsanwälte, Notare, Transportunternehmen usw.

c) Beziehungen zum Endverbraucher:

Sie gleichen im Effekt weitgehend den Beziehungen, die wir bei der Bevölkerung unter c) aufgeführt haben, doch haben sie in der Form ihrer Abwicklung und in der Richtung eine andere Orientierung als die erstgenannten, denn sie führen nicht von der dispers wohnenden Bevölkerung zur zentralen Einrichtung, sondern umgekehrt von der zentralen Einrichtung zur dispers wohnenden Bevölkerung, als Beispiel etwa das reine

Versandhaus, im Gegensatz zur Verkaufsfiliale eines Versandhauses, also etwa im Verhältnis zwischen dem dörflichen Katalogkäufer bei einem Großversandhaus mit beliebigem Standort, oder dem städtischen Käufer im Kaufhaus des gleichen Versandhauses in der City einer Großstadt.

d) Verflechtungsbeziehungen zur Verwaltung:

Sie entsprechen im Prinzip den gleichen Verflechtungsbeziehungen, wie wir sie bereits bei der Bevölkerung ebenfalls unter d) genannt haben.

2.1.3 Verflechtungsbeziehungen im Bereich der Verwaltung

Außer den im Zusammenhang mit der Bevölkerung und der Wirtschaft bereits genannten Verflechtungsbeziehungen zu den Einrichtungen der Verwaltung sind noch als besondere Verflechtungserscheinungen zu nennen:

- a) der innerbehördliche Verkehr, d. h. sowohl der Verkehr zwischen den verschiedenen Dienststellen der gleichen Verwaltung wie auch
- b) der interbehördliche Verkehr zwischen verschiedenen Verwaltungszweigen und -stufen, die sich ja vielseitig ergänzen und daher auch die Tendenz haben, sich an bestimmten Verwaltungssitzen zu konzentrieren. Als Musterbeispiel für den ländlichen Raum: der Sitz der Kreisverwaltung und die Konzentration der übrigen auf Kreisebene oder auf mittlerer Verwaltungsebene tätigen Instanzen.

2.2 Die Auswahl der zentralen Einrichtungen

Nach der Klärung dieser unterschiedlichen Verflechtungsbeziehungen sind die Voraussetzungen gegeben, die für die konkrete Bestimmung zentraler Orte erforderlichen zentralen Einrichtungen oder Dienste auszuwählen.

Zunächst hängt es von der Fragestellung ab, die man mit der Untersuchung zentralörtlicher Erscheinungen verbindet, ob und welche zentralörtlichen Beziehungen und damit auch Einrichtungen einbezogen werden sollen oder nicht. Es wurde schon früher erwähnt, daß im Prinzip alle Austauschbeziehungen zu berücksichtigen wären, bei denen nichtubiquitäre Güter und Dienstleistungen ausgetauscht werden. Im Sinne der von uns angestrebten Einschränkung des Zentralitätsbegriffes erscheint es aber sowohl zweckmäßig als auch gerechtfertigt, alle rein internen Beziehungen, also den Gesellschaftsverkehr oder auch den Verkehr zwischen den Wirtschaftsunternehmen und auch den zwischen den Behörden, also des innersektoralen Bereiches, auszuschließen — es sollten also nur die Beziehungen zwischen den von uns genannten drei Hauptbereichen überhaupt betrachtet werden.

Als eine weitere Einschränkung sollten die Beziehungen zwischen der Wohnung und der Arbeitsstätte, also der Erwerbspendelverkehr, ausgeschlossen werden. Hierfür wird vor allem geltend gemacht, daß für die Ansiedlung der Produktionsstätten andere Faktoren standortsbestimmend sind als für die

Ansiedlung der Wohnstätten der Bevölkerung. Bei einer gleichzeitigen Betrachtung produktionswirtschaftlicher und versorgungswirtschaftlicher Verflechtungsbeziehungen würden die für beide Bereiche völlig unterschiedlich geltenden Standortsbedingungen eine klare Abgrenzung des Zentralortsbegriffes und auch eine entsprechend deutliche Untersuchung der zentralörtlichen Verflechtungsbeziehungen erschweren, wenn nicht gar ganz verwischen. Konzentrationen von Arbeitsstätten des produzierenden Gewerbes können die Entwicklung zentralörtlicher Versorgungsbetriebe und Einrichtungen induzieren, und zwar als Quelle der Konsumkraft einer mehr oder weniger großen Einwohnerzahl. Es ist aber keineswegs erforderlich, daß die Arbeitnehmer dieser Produktionsstätten ihre Wohnplätze, und damit die zentralörtlichen Einrichtungen, unmittelbar in Anlehnung an die Produktionsstätten einrichten — als Beispiel sei etwa an das Gebiet von Steinwerder, den Hauptsitz der hamburgischen Werftindustrie, erinnert, in dem 1961 rd. 27 200 Beschäftigte im güterproduzierenden Gewerbe tätig waren (allein 22 400 Personen bei den Werften) sowie außerdem etwa 4 500 Personen in Hafenbetrieben bzw. bei Zoll, Hafenverwaltung u. dgl., gegenüber einer Zahl von nur knapp 1 300 Einwohnern und praktisch keinem Beschäftigten für die Versorgung dieser Einwohner.

Auch am Beispiel Wolfsburg kann man beobachten, daß ein großes Industriewerk auf die Dauer eine gewisse Bevölkerungsagglomeration bewirkt und innerhalb dieser Ansiedlung sich die entsprechenden Versorgungsfunktionen entwickeln, z. T. — infolge der verhältnismäßig hohen Kaufkraft der Bevölkerung — mit einem relativ hohen Niveau, jedoch andererseits bei einer geringen Differenzierung des Angebotes: qualitativ höherwertigere Angebote, insbesondere des kulturellen und sonstigen nicht unmittelbar verbrauchsbestimmten Bedarfes, werden nach wie vor in den entwickelteren und differenzierteren zentralen Orten, wie etwa der Stadt Braunschweig oder gar Hannover, bezogen. In der nachfolgenden Untersuchung wird daher, in konsequenter Fortführung der Überlegungen von Christaller, die arbeitsplatzorientierte Zentralität der Industrie aus der Betrachtung ausgeschlossen, und nur diejenigen Bereiche der gewerblichen Arbeitsstätten werden einbezogen, die primär oder zumindest in etwa gleichermaßen für die Versorgung der Bevölkerung bestimmend sind. Wie schon vorher erwähnt, muß hier gerade in einem bestimmten intermediären Bereich eine Unschärfe der Grenzziehung in Kauf genommen werden, da es eine Reihe von Dienstleistungsbetrieben und Einrichtungen gibt, die gleichermaßen die Bevölkerung und auch die Wirtschaft bedienen; das gilt in etwa für die ganzen Bereiche des Großhandels, des Vermittlungsgewerbes, ja z. T. auch verschiedener Dienstleistungsunternehmen und -betriebe, wie Rechtsanwälte, Notare, Banken, Versicherungen, Makler usw.

2.3 Quantitative Maßstäbe für die Ermittlung der Zentralität bestimmter Einrichtungen

Es gibt eine Reihe von Möglichkeiten, das Gewicht bzw. die Bedeutung einer zentralen Einrichtung quantitativ zu bestimmen. Wenn wir bei unserer Definition generell feststellten, daß die Verkehrsbeziehungen zwischen der zentralen Institution und den versorg-

ten Bevölkerungskreisen das Grundmerkmal für die Zentralität ist, so sollte man eigentlich auch als Maßstab die Intensität der Kontaktaufnahmen zwischen den Versorgten und den zentralen Einrichtungen verwenden. Selbst wenn die Ermittlung dieser Zahl möglich wäre, etwa durch die Beobachtung der Besucherzahlen von bestimmten Kaufhäusern, Geschäften, Rechtsanwaltsbüros, Arztpraxen, verschiedenen Verwaltungsdienststellen, Sportanstalten usw., so ergibt sich gleich schon die Frage der Gewichtung. Soll etwa

die Zahl der Besucher maßgeblich sein oder etwa das wirtschaftliche Gewicht der Einrichtung oder aber

die geographische Weite des Einzugsbereiches?

Im ersteren Falle würden vermutlich die Einzelhandelsgeschäfte, die den täglichen Bedarf versorgen, die höchste Zentralität erreichen. Nach dem wirtschaftlichen Gewicht hätte vielleicht die Bundesbank mit die größte Zentralität und nach der Reichweite evtl. das Hofbräuhaus in München!

Eine Reihe von größeren Unternehmungen des Einzelhandels, insbesondere Warenhäuser und ähnliche Einrichtungen, haben verschiedentlich auf Stichprobenbasis Ermittlungen über die Zahl der Besucher und z. T. auch sogar über deren Wohn- bzw. Herkunftsorte angestellt. Auf diese Weise konnten sie sowohl die Frequenz als auch den Einzugsbereich ihres Betriebes recht deutlich bestimmen. Auch für größere Einkaufszentren, insbesondere außerhalb der städtischen Gemarkungsgrenzen, sind ähnliche Untersuchungen durchgeführt worden, indem an ausgewählten Tagen die Nummern der auf den Parkplätzen des Einkaufszentrums parkenden privaten Kraftwagen registriert wurden, um so Intensität und Einflußraum der Kundenbeziehungen zu ermitteln. Insgesamt erweist es sich aber zweifellos als zu aufwendig und auch nicht als praktikabel, für die Vielzahl der denkbaren zentralen Einrichtungen die Häufigkeit und die Intensität, erst recht aber die Verflechtung des Publikumsverkehrs quantitativ zu erfassen.

Der Versuch von Christaller, diese Verflechtungsbeziehungen mit Hilfe seiner Telefonmethode zu ermitteln, ist im Prinzip nach wie vor die geniale Lösung, weil hierdurch schlechthin alle zentralörtlichen Kommunikationsbeziehungen repräsentiert werden. Zu seiner Zeit war allerdings das Telefon noch eine ausgesprochen zentrale Einrichtung, so daß einfach das Vorhandensein eines Fernsprechanchlusses bereits als Indikator für eine überdurchschnittliche Zentralität der betreffenden Einrichtung angenommen werden konnte. Heute ist in modernen Ländern der Fernsprechananschluß als solcher schon fast zu einer ubiquitären Einrichtung geworden, so daß über die Zahl der Fernsprechanchlüsse die Zentralität kaum noch sinnvoll erfaßt und gemessen werden kann.

Anstelle der Zahl der Anschlüsse hat man verschiedentlich den Versuch unternommen, die Zahl der Ferngespräche als Maßstab der Verflechtungsintensität zu ermitteln, so sind z. B. in Holland auf diese Weise Verflechtungsbereiche ermittelt worden, und auch in den Vereinigten Staaten wurden bei der Abgrenzung der Metropolitan Areas u. a. auch die Zahl der Ferngespräche zwischen den Umlandgemeinden und der Kernstadt als Indikator berücksichtigt. In

Ländern jedoch, wo die Fernsprechgebühren auch für Auswärtsgespräche niedrig sind und ein hohes allgemeines Kommunikationsbedürfnis besteht, ist auch diese Maßzahl nicht mehr völlig ausreichend, denn gerade in Schweden und in der Schweiz hat man feststellen können, daß die Zahl der privaten Gespräche hinter denen der kommerziellen, also z. B. Lieferanten/Kunden-Gespräche, kaum nachsteht, ja diese z. T. sogar übersteigt. Aus diesem Grunde laufen verschiedene Versuche, bei der Abrechnung der Gebühren zwischen Privatgesprächen und kommerziellen Gesprächen zu unterscheiden. In den USA sollen auf diesem Wege bereits beachtliche Fortschritte erzielt worden sein. Sollte hier eine wirklich brauchbare Trennung erreicht werden können, so würde mit einiger Wahrscheinlichkeit die ursprüngliche Christallersche Telefonmethode in einer etwas modifizierten Form einen großen Teil ihrer ursprünglichen Bedeutung wiedergewinnen können. Die Möglichkeit, durch Sondererhebung erforderliche Informationen für spezielle Untersuchungen zu gewinnen, besteht ganz generell, und so können natürlich noch verschiedene andere Methoden für die Untersuchung spezieller Zentralitätszusammenhänge entwickelt werden.

Unsere Aufgabe ist es jedoch, mit Hilfe von Daten, die im Rahmen der amtlichen Statistik sowieso anfallen, d. h. also im Prinzip jederzeit greifbar sind, für die Untersuchung zentralörtlicher Zusammenhänge nutzbar zu machen, und damit ist der Rahmen der Untersuchungsmethode und -möglichkeiten weitgehend abgegrenzt und orientiert. Die statistischen Erhebungen über Arbeitsstätten, Versorgungseinrichtungen, Dienstleistungsbetriebe und sonstige Institutionen, die der Beschäftigung und der Versorgung der Bevölkerung dienen, registrieren in der Regel die Zahl der Betriebe, die Zahl der in ihnen beschäftigten Personen, z. T. auch den dort getätigten Umsatz. Nach welchen dieser drei Kriterien soll nun die Auswahl derjenigen Institutionen erfolgen, die für die Untersuchung zentralörtlicher Funktionen und Erscheinungen, für die Bestimmung zentraler Orte und ggf. auch ihrer Einzugsbereiche ausschlaggebend ist?

2.3.1 Der Umsatz als Maßzahl?

Der Umsatz erweist sich in diesem Zusammenhang als eine wenig geeignete Größe. Sie sagt zwar vieles über die wirtschaftliche Leistungskraft eines Unternehmens aus, doch ist der Umsatz eine rein rechnerische Größe, die weder nach Herkunft noch nach Bestimmungsgebiet eindeutig lokalisierbar ist. Der Umsatz eines Konzerns kann außerordentlich groß sein, ohne daß diese wirtschaftliche Größe mit dem Sitz des Unternehmens einen irgendwie besonders engen räumlichen Kontakt hat — er kann sich vielmehr aus den Salden vielfältiger Wirtschaftsvorgänge ergeben, die sich aus der Bilanz zahlreicher weitgestreuter Unternehmensteile und unterschiedlicher Wirtschaftsvorgänge zusammensetzen.

2.3.2 Die betriebliche Konzentration als Indikator?

Als ein weit besserer Indikator für die Ermittlung und Bestimmung der Zentralität erweisen sich Angaben über die Betriebe, und zwar über ihre Zahl und ihre

räumliche Verteilung. Ganz generell kann davon ausgegangen werden, daß

die Zentralität eines Ortes um so höher ist, je mehr Betriebe in ihm anzutreffen sind,
und

die Zentralität einer Branche um so größer ist, je stärker sie räumlich konzentriert, d. h. umgekehrt, je seltener sie bei einer kleinräumlichen Betrachtung in den einzelnen Teilgebieten anzutreffen ist.

Praktisch kann diese Untersuchung in der Weise erfolgen, daß man etwa für ein Stadtgebiet für die einzelnen Branchen feststellt:

- a) Wieviel Betriebe dieser Branche es in dem gesamten Stadtgebiet gibt und
- b) in wie vielen der kleineren räumlichen Einheiten (Blocks, Planquadraten, Ortsteilen oder Stadtbezirken) Betriebe der betreffenden Branche vorkommen.

Sind sämtliche Betriebe dieser Branche in einer der kleineren Raumeinheiten konzentriert, so handelt es sich um eine Einrichtung höchster Zentralität; sind die Betriebe alle oder zumindest zum größten Teil über eine große Vielzahl von Raumeinheiten verteilt, so ist die Zentralität schwach ausgeprägt oder sogar ubiquitär.

Diese Untersuchung kann natürlich für ein Land durchgeführt werden, in dem man etwa für die einzelnen Branchen feststellt, in wie vielen Gemeinden die betreffende Einrichtung vertreten ist, und aus dieser reinen regionalen Häufigkeitsverteilung kann man dann entsprechende Zentralitätsstufen herausbilden; nach diesem Verfahren hat u. a. Boustedt für Bayern die zentralen Einrichtungen bestimmt⁶⁾.

Diese räumliche Streuungsweite kann selbstverständlich auch mathematisch in einen Konzentrationsfaktor bzw. Dispersionsfaktor gefaßt werden, wie das u. a. von Klaassen für Amersfoort durchgeführt worden ist⁷⁾.

Dieses Verfahren ist verhältnismäßig einfach zu handhaben, und daher wird es gern und oft praktiziert. Es hat allerdings den großen Nachteil, daß das unterschiedliche Gewicht dieser zentralen Einrichtung praktisch gar nicht berücksichtigt wird: je nach Gliederung der Arbeitsstättensystematik gerät ein Warenhaus mit einigen Hundert Beschäftigten und der Gemischtwarenladen des Einzelkaufmannes mit dem gleichen Gewicht in die Untersuchung; auch ein großes Herrenbekleidungsspezialhaus würde nicht anders in die Untersuchung eingehen als der Einmann-Betrieb der gleichen Branche. Es würde auch die Bankzentrale in der Innenstadt die gleiche Bedeutung erhalten wie die ganz kleine Bankfiliale an der Peripherie der Stadt. Und es wäre andererseits auch durchaus denkbar, daß bei einer kleinräumlichen Betrachtung in der City in einem Baublock nur eine Bank vorkommt, während in einem Subzentrum in dem gleichen Bereich drei oder gar vier verschiedene Bankfilialen sich niedergelassen haben, um hier eine Versorgung des örtlichen Bedarfes bedienen zu können.

In diesem Falle wiederum würde dann dieses Subzentrum eine höhere Zentralität erhalten als der entsprechende Baublock im City-Bereich.

2.3.3 Beschäftigtenzahlen als Maßstab?

Angaben über die Beschäftigten würden dieses Gewichtungsproblem zweifellos weitgehend eingrenzen oder gar aufheben. Die Branche mit der höchsten Beschäftigtenzahl würde prima vista auch die höchste Zentralitätsstufe bekommen, während die Branche mit der geringsten Beschäftigtenzahl an letzter Stelle rangiert. Aber auch die Beschäftigtenzahl kann bei einer einseitigen Betrachtung zu falschen Schlüssen führen: die besagte Bankzentrale in der City mit einer hohen Beschäftigtenzahl hat vielfach weitgehende Verwaltungsfunktionen, die entweder gar nicht oder nur sehr bedingt unmittelbar an der Versorgung der Bevölkerung beteiligt sind, wogegen die Bankfilialen ganz ausgesprochen kundenorientiert und publikumsintensiv sind. Man wird letzteren daher zweifellos das größere Gewicht beimessen müssen, obwohl sie rein nach der Beschäftigtenzahl nicht die gleiche Bedeutung haben wie die Zentrale. Darüber hinaus ist zu bedenken, daß auch die betriebliche Organisation der Branchen unterschiedlich ist. Manche neigen zu einer stärkeren Konzentration der Beschäftigten in wenigen Zentralverwaltungen, andere hingegen basieren auf einem weitgespannten Netz von Filialen bei einer nur kleinen Zentrale (etwa Gegensatz zwischen Kaufhäusern und Kettenläden).

Die Folgerung aus dieser Überlegung ist, daß man kombinatorisch vorgehen müßte, und zwar wird es sich als zweckmäßig erweisen, für die einzelnen Branchen eine Auszählung der Betriebe nach der Zahl der Beschäftigten vorzunehmen. Aus dieser Übersicht lassen sich dann am ehesten Einblicke in die Struktur der einzelnen Branchen gewinnen, und zwar sowohl unter Berücksichtigung der betrieblichen Organisation als auch unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Beschäftigtenzahlen.

Nach wie vor bleibt jedoch die Tatsache bestehen, daß aus diesen beiden Indikatoren noch nicht auf die Häufigkeit des Besuches, d. h. die Intensität der Versorgungsfunktionen, geschlossen werden kann. Gerade die Geschäfte des sog. täglichen Bedarfs, wie Bäcker, Fleischer, Milchgeschäfte, Obst- und Gemüsegeschäfte, also Nahrungsmittel, Kleintextilien, gewisse Handwerkerbranchen usw., haben zwar eine sehr weite Verbreitung und damit eine geringe Zentralität, sie haben auch meist nur sehr niedrige Beschäftigtenzahlen, und daher wird man sie auch unter diesem Gesichtspunkt nicht als zentral bezeichnen. Geht man jedoch von der Häufigkeit der Besuche aus, die sie von ihrer Kundschaft erhalten, so dürften sie zweifellos mit die höchste Zentralität erreichen, denn sie werden eben täglich oder zumindest mehrmals wöchentlich aufgesucht, während die Geschäfte des gehobenen oder gar des Luxusbedarfs zwar eine hohe Zentralität im Hinblick auf Konzentration und Beschäftigtenzahl haben, jedoch andererseits eine geringere Frequenz der Besuche je Kopf der Bevölkerung. Das wiederum wirkt sich auf die unterschiedliche Weite des Einzugsbereiches aus; die Geschäfte des täglichen Bedarfs versorgen einen Kundenkreis mit hoher Besucherfrequenz in einem verhältnismäßig

⁶⁾ Boustedt, Olaf: Zentrale Orte in Bayern. — In: Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamtes, Jg. 84/1952, H. 1/2, S. 1 ff.

⁷⁾ Klaassen, L. H.: Hoofddlijnen van de Sociaaleconomische Ontwikkeling der Gemeente Amersfoort van 1900—1970; Leiden 1949.

Big kleineren Einzugsbereich, wogegen die Branchen des höheren Bedarfs vom einzelnen Bewohner wesentlich seltener aufgesucht werden und daher sowohl auf einen weiteren Kundenkreis als auch auf einen entsprechend weiteren Einzugsbereich angewiesen sind. Es wäre im Prinzip durchaus denkbar, etwa durch die Anschreibungen aus den Wirtschaftsrechnungen privater Haushaltungen festzustellen, wie häufig ein bestimmter Artikel von den einzelnen Haushalten eingekauft wird, und hieraus könnte dann auch auf die Zentralität der Geschäfte geschlossen werden, die die betreffenden Artikel oder Dienste anbieten. Diese Überlegungen führen zur Einsicht, daß genauegenommen nicht von der branchenmäßigen Betrachtung ausgegangen werden dürfte, sondern vom Sortiment der jeweiligen Geschäfte, und zwar sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht. Hierin versagt allerdings die Möglichkeit der amtlichen Statistik, und die Ermittlung solcher differenzierter regionaler Angebotsanalysen kann nur mit Hilfe von Sondererhebungen, etwa seitens der betriebswirtschaftlichen Marktforschung gewonnen werden, genauso wie man auch über die Kundenfrequenz nur auf ähnlichem Wege die gewünschten Auskünfte erhalten könnte. Im übrigen zeigt es sich, daß die Auswahl der zentralen Einrichtungen nicht ausschließlich nach quantitativen Merkmalen erfolgen kann, sondern daß auf der einen Seite gewisse Sach- und Fachkenntnisse und auf der anderen Seite logische Bezüge aus der jeweiligen Fragestellung der Untersuchung herangezogen werden müssen.

3. Die Ermittlung von zentralen Orten bzw. Versorgungszentren

Auch bei der Bestimmung zentraler Standorte bieten sich verschiedene Möglichkeiten an.

3.1 Konzentration und Differenzierung zentraler Einrichtungen

Geht man von der Analyse zentraler Einrichtungen aus, so kommt hierfür zunächst in Betracht:

3.1.1 Zahl der Betriebe als ein Kennzeichen der Konzentration und damit der Zentralität des betreffenden Standortes

Gegen diese rein quantitative Berücksichtigung der örtlichen Anhäufung zentraler Einrichtungen sind gewichtige Einwendungen zu machen. Es kann sich um die Anhäufung einer mehr oder weniger großen Zahl von Kleinstbetrieben handeln, die nur einen sehr engen Einzugsbereich versorgen und auch ein dementsprechend undifferenziertes Warenangebot darbieten, das weder quantitativ noch qualitativ mit dem eines bedeutenden Warenhauses zu vergleichen ist — trotzdem würde aber letzteres nur mit einem Bruchteil seines Gewichtes in der Wertung des zentralen Ortes eingehen.

^{*)} Schlier, Otto: Die zentralen Orte des Deutschen Reichs. Ein statistischer Beitrag zum Städteproblem. — In: Zeitschrift der Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin. Jg. 1937, H. 5/6, S. 161—170.

^{*)} Bobek, Hans: Über einige Funktionen der Stadttypen und ihre Beziehungen zum Lande. — In: Comptes rendus du Congrès International de Géographie, Amsterdam 1938. Sektion IIIa, Bd. 2, Leiden 1938, S. 88—102.

3.1.2 Zahl der in der Konzentration vertretenen Arten zentraler Einrichtungen

Einen ähnlichen Mangel der zentralörtlichen Ortsbestimmung würde sich in den Fällen ergeben, wo man etwa auf Anhäufungen einer größeren Zahl gleicher oder ähnlicher Betriebe stößt, wie sie gerade in Städten häufig anzutreffen sind: Antiquitätszentren, Möbelhäuserstraßen, Konfektionsstraßen, Ärztehäuser usw. Nicht allein die Größe des Angebotes bestimmt die Zentralität, sondern vielleicht noch stärker seine Vielfalt; diese Erkenntnis wird heute ganz systematisch bei der Entwicklung von Einkaufszentren verwendet, für die bereits Richtlinien für die branchenmäßige Differenzierung der zu schaffenden Geschäfte entwickelt worden sind. Was das zuvor erwähnte Warenhaus anbelangt, so könnte man den Mangel in der Weise mindern, daß man es nicht als Einheit, sondern nach seinen großen Abteilungen differenziert, wofür es heute auch schon feststehende Regeln gibt (Vollkaufhäuser, Teilkaufhäuser usw.); eine so abgestufte Erfassung ist allerdings im Rahmen von statistischen Großzählungen nicht möglich. Bei der branchenmäßigen Differenzierung der zentralen Einrichtungen ergeben sich aber noch weitere Schwierigkeiten. Die Systematik der amtlichen Statistik ist in diesem Zusammenhang denkbar wenig geeignet, sie beachtet weder die Vertriebsformen noch vor allem die Vielfalt des Warensortiments. Das ausgesprochen anspruchsvolle Fachgeschäft, das überhaupt nur im Zentrum eines bedeutenden zentralen Ortes anzutreffen ist — etwa Uhren, Schmuck und Juwelen, Fotoartikel, Modeartikel usw. — unterscheidet sich nach der Systematik nicht vom Gemischtwarengeschäft des gleichen Branchenbereiches im Vorort einer Großstadt oder in einer Mittel- oder Kleinstadt. Auch hier wird man einen Fotoapparat und eine Uhr kaufen können, aber kaum Spitzenqualitäten dieser Artikel!

3.1.3 Betriebsdifferenzierung mit Hilfe der Sortimentsanalyse

Es zeigt sich also, daß man eigentlich sehr tief in die Analyse des Angebotssortiments eindringen müßte, um zu einer sinnvollen Differenzierung und qualitativen Abstufung der Zentren zu gelangen. Die amtliche Statistik bietet keine Möglichkeiten hierfür, wohl aber die betriebliche Marktforschung. Mit ihrer Hilfe könnten sog. „Zeigerwaren“ entwickelt werden, die durch einfache Besichtigung des Sortiments die qualitative Einstufung des Betriebes und damit auch des Zentrums ermöglichen. Der bereits mehrfach erwähnte Arbeitskreis der Akademie für Raumforschung und Landesplanung will sich mit diesen Aspekten besonders befassen. Solange wir jedoch nur die grobgegliederten Angaben der amtlichen Statistik zur Verfügung haben, ist die Bestimmung und Abstufung zentraler Orte mit Hilfe von Betriebsdaten nur sehr behelfsmäßig möglich.

3.2 Beschäftigtenzahlen als Maßstab der Zentralität

Verhältnismäßig früh wurden Methoden entwickelt, bei denen die Beschäftigtenzahlen zentraler Einrichtungen für die Messung der Zentralität verwendet werden. So benutzten Schlier^{*)} und Bobek^{*)} den Be-

griff der „zentralen Schicht“ — also die Zahl der Beschäftigten im Handel, im Verkehrs- und Dienstleistungsbereich in bezug auf die Bevölkerung; später Neef¹⁰⁾ und Linde¹¹⁾ den „Besatz“ an Beschäftigten im Einzelhandel zu diesem Zweck. Allen diesen Studien lag die gemeinsame Überlegung zugrunde, daß zur Versorgung einer bestimmten Einwohnerzahl eine entsprechende Mindestzahl von Beschäftigten in den zentralen Einrichtungen benötigt würde. Ging die örtliche Beschäftigtenzahl über die Maßzahl des „Mindestbesatzes“ hinaus, so könnte dieser „Überbesatz“ wohl nur getragen werden von zusätzlichen Versorgungsaufgaben gegenüber einem mehr oder weniger weiten, externen Versorgungsbereich im Umland bzw. im Nahbereich — demgegenüber der Zentrale Ort einen „Bedeutungsüberschuß“ erlangte, gemessen eben am Überbesatz an Beschäftigten in zentralen Einrichtungen!

Nach diesem Prinzip wurde auch in der vorliegenden Studie verfahren, indem für alle Planquadrate die Zahl der in den ausgewählten zentralen Betriebsstätten ermittelt wurde; bei einer Mindestzahl von Beschäftigten je Planquadrat und einem hinreichend großen räumlichen Komplex solcher stark besetzter Planquadrate wurde das betreffende Gebiet zu einem Versorgungszentrum zusammengefaßt: starker Verdichtungsgrad auf einem größeren Areal waren die entscheidenden Kriterien.

Kritisch ist zu diesem Verfahren wieder zu bemerken, daß hierbei jede qualitative Differenzierung, jede Beachtung struktureller Zusammenhänge und jede Gewichtung fehlt. Die Beschäftigten eines Krankenhauses werden mit denen eines Warenhauses vermischt, wie die eines Luxusrestaurants mit denen einer Stehbierhalle. Selbstverständlich sind sie alle nach Art und Intensität ihrer Zentralität völlig unterschiedlich, wie wir das schon bei der Betrachtung der betrieblichen Zentralität feststellten. Aber die Studie hatte auch gar nicht die Aufgabe, von Anfang an die hierarchische Ordnung der zentralen Orte festzustellen. Zu diesem Zweck wäre es sinnvoller gewesen, für jede zentrale Institution bereits im voraus seine Zentralität festzulegen und dann seine räumliche Verbreitung und örtliche Vergesellschaftung zu studieren. Hierbei wäre aber das Ergebnis der Untersuchung bereits durch die Auswahl weitgehend präjudiziert worden, und wer sich je mit Gewichtungsproblemen, insbesondere qualitativer Natur, befaßt hat, weiß, daß man hierbei um subjektive Entscheidungen nicht herumkommt und auch hierdurch das Ergebnis vorbeeinflusst — all das sollte vermieden werden. Es kam lediglich darauf an, örtliche Konzentrationen von Beschäftigten in Einrichtungen mit Publikumsverkehr — also funktionale Verdichtungscentren — ganz allgemein festzustellen. Erst in den folgenden Schritten sollte dann untersucht werden, ob sich bestimmte strukturelle Zusammenhänge allgemeiner Art, — also für alle Zentren — gewissermaßen als eine Art von „Grundausstattung“, feststellen lassen, oder ob sich bestimmte Typen von Zentren herausbilden mit spezifischem Struktur-

gefüge, und es sollte ferner auch ermittelt werden, ob sich solche Zentren in einer bestimmten räumlichen Ordnung und Form entwickeln. All diese und ähnliche Fragen sollten aus einem unvorbeeinflußt ausgewählten Material herausgearbeitet werden. Hierbei muß allerdings zugegeben werden, daß auch bei dem verwendeten Auswahlverfahren Ermessensentscheidungen nicht zu vermeiden waren. Wenn ein Produktionsbetrieb zugleich auch eine Versorgungseinrichtung umfaßte, so hätte man den Betrieb nur nach dem Umsatz schwergewichtsmäßig zuordnen, oder die Beschäftigten nach dem gleichen Maßstab aufteilen müssen. Hier waren aber ganz bewußt Grenzen gesetzt worden, die sich aus dem Charakter einer Großzählung eigentlich von selbst ergeben: die Fragen konnten nur nach einem Schema gestellt und das Material nur nach einem Schema im Zuge einer Massenaufbereitung verarbeitet werden. Zweifellos wird man aus den hierbei gewonnenen Erfahrungen Konsequenzen für eine Wiederholung der gleichen Vorhaben ziehen. Insbesondere wird man solche Arbeitsgänge, bei denen keine individuellen Entscheidungen erforderlich sind, mehr als bisher maschinell durchführen, nicht nur, weil das schneller geht, sondern vor allem, weil ein Maschinenprogramm in dem ihm vorgegebenen Rahmen mit unbeeinträchtigt konsequenter „Maschinenlogik“ gleiche Entscheidungen trifft und subjektives Ermessen ausschließt.

Für die gestellte Aufgabe, die örtlichen Konzentrationen von Beschäftigten zentraler Einrichtungen festzustellen, dürften allerdings diese Unschärfen bei der Auswahl der einzelnen Betriebe von nicht allzu großer Bedeutung sein. Für die Bestimmung der Zentren sind ja nur Gebiete mit erheblichen Beschäftigtenzahlen berücksichtigt worden, wodurch sich die Abweichungen weitgehend ausgleichen; ausgesprochene Extremfälle konnten nachträglich ausgeschlossen werden — bei einer tieferen nachträglichen Aufgliederung dürften allerdings solche Zuordnungsfehler gelegentlich stärker ins Gewicht fallen.

3.3 Der Umsatz als Maßstab der Zentralität

Der Umsatz erscheint als Ausdruck der effektiven wirtschaftlichen Leistung zunächst als ein besonders geeigneter Maßstab zur Messung der Zentralität, denn er gibt zugleich ein Maß für die Gewichtung — ein Geschäftsviertel mit einem Umsatz von 100 oder mehr Millionen dürfte sicher eine größere Attraktivkraft repräsentieren als eines mit nur einigen 10 Millionen.

Gegen die Verwendung des Umsatzes sprechen aber u. a. folgende Überlegungen:

3.3.1 Schwierigkeit bei der Feststellung der Zentralität der lokalisierten Umsätze

Die Umsätze müssen durchaus nicht am Standort des berichtenden Unternehmens — selbst bei einer präzisen regionalen Zuordnung — getätigt werden. Die Umsätze eines Versandhauses haben eine ganz andere Standortbedeutung als die eines Warenhauses. Beim Ersteren kann sich die gesamte Kundschaft außerhalb der Stadt im weiten Um- oder Hinterland befinden, zum Warenhaus dagegen kommt die Kund-

¹⁰⁾ Neef, E.: Problem der Zentralen Orte. — In: Petermanns Geographische Mitteilungen. Jg. 1950, S. 6 ff.

¹¹⁾ Linde, H.: Grundfragen der Gemeindetypisierung. — In: Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd III, 1952, „Raum und Wirtschaft“, S. 58—121.

schaft zur Tätigkeit ihrer Einkäufe — das Versandhaus sucht gewissermaßen den Kunden in seiner Wohnung auf — bezüglich des Besucherverkehrs ist also seine Zentralität gleich Null.

3.3.2 Diskrepanzen zwischen Umsatzhöhe und Kundenfrequenz

Bei verschiedenen Branchen ist die Umsatzhöhe und die Intensität des Kundenverkehrs sehr unterschiedlich. Der typische Kleinpreisladen basiert auf hoher Kundenfrequenz bei kleinen Umsätzen je Kunde; exklusive Juweliere haben hohe Umsätze bei einer relativ kleinen Kundschaft, die zudem aus einem sehr viel weiteren Einzugsbereich stammt, häufig sogar nur Durchreisende. Für die Beurteilung der Zentralitätsfunktionen bei der Planung ist aber zweifellos die Kundenfrequenz der wesentliche Faktor, denn er beeinflusst den Verkehrsbedarf — der exklusive Juwelier interessiert dagegen weit mehr den Wirtschaftsplaner und den Stadtkämmerer, weil er durch seine Steuerkraft und auch durch sein „Image“ die ökonomischen Entwicklungskräfte der Stadt als ganzes beeinflusst, er wird daher sicher auch den Rang des Zentrums, in dem er sich befindet, entsprechend heben, aber nicht primär infolge seiner Kundenfrequenz.

3.3.3 Vernachlässigung nichtkommerzieller zentraler Dienste

Betrachten wir als ein wesentliches Indiz zentraler Funktionen eine hohe „Kundenfrequenz“, so dürfen wir als Maßstab nicht die Umsatzhöhe verwenden. Wir würden dabei alle nicht rein bzw. primär kommerziellen Versorgungs- und Dienstleistungen außer

acht lassen, so z. B. sämtliche Verwaltungseinrichtungen, kulturelle Einrichtungen, Krankenhäuser, Bildungsanstalten usw., aber gerade diese bilden oft den wesentlichen Bestandteil eines zentralen Ortes. Abgesehen von diesen Bedenken gegen die Verwendung des Umsatzes und seiner Höhe für die Bestimmung von zentralen Einrichtungen und Versorgungszentren, ist es ja eigentlich die Aufgabe der Studie, die Besonderheiten der Wirtschaftsstruktur und des Wirtschaftsgeschehens innerhalb der Versorgungszentren zu ermitteln. Ebenso wie wir vorher feststellten, daß es wesentlich darum ging, typische Branchenstrukturen in den zentralen Orten zu ermitteln, soll es auch untersucht werden, inwieweit Besonderheiten der Umsätze — in quantitativer bzw. qualitativer Hinsicht — in den Zentren zu beobachten sind; ist etwa der Durchschnittsumsatz eines Friseurs, eines bestimmten Fachgeschäftes, einer sonstigen Einrichtung in einem Zentrum höher als in den übrigen Gebieten, oder sind die Gesamtumsätze aller Geschäfte in den Zentren je Beschäftigten höher als in den übrigen Gebieten. Das würde die These von der besonderen Funktion des „down town districts“ erhärten, nach der dort zu den Kunden des Cityverkehrs auch noch die Einkäufe der in diesem Bezirk Beschäftigten kommen, die eben neben der Berufstätigkeit getätigt werden, und die auf Grund verschiedener Studien auf bis zu 40 % der Umsätze der Warenhäuser in der City veranschlagt werden.

Alle diese Überlegungen sprechen dafür, den Umsatz nicht als Bestimmungsgröße eines Zentrums zu verwenden, sondern als eine abhängige Variable zu untersuchen.

Olaf Boustedt

Eine Studie zur empirischen Bestimmung zentraler Standorte mit Hilfe der Statistik

INHALT

	Seite
1. Das Planquadratverfahren als Instrument der Erfassung zentralörtlicher Erscheinungen	11
2. Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr	12
2.1 Die Auswahl und ihre Problematik	12
2.2 Die Zahl der Beschäftigten	14
2.3 Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr nach Wirtschaftszweigen	14
2.4 Verteilung der Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr nach Planquadraten	16
2.4.1 Verteilung nach der Zahl der Betriebe	16
2.4.2 Verteilung nach der Zahl der Beschäftigten	17
3. Auswahl und Abgrenzung der zentralen Standorte	18
3.1 Vorbereitung der Auswahl	18
3.2 Auswahl der zentralen Standorte	19
3.3 Abgrenzung der zentralen Standorte	23
4. Größe und Struktur der zentralen Standorte	24
4.1 Gesamtüberblick	24
4.2 Zentrale Standorte insgesamt	24
4.2.1 Die Innenstadt als Hauptzentrum	25
4.2.2 Die Groß- und Mittelzentren	26
4.2.3 Die Bedeutung der Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr für die Struktur der Zentren	26
4.2.4 Die zentralen Standorte nach der Größe der Fläche	27
4.3 Die Branchenstruktur der zentralen Standorte	27
4.4 Arbeitsstätten des Einzelhandels und ihr Umsatz	28
5. Schlußbemerkungen	29
6. Zusammenfassung	30

1. Das Planquadratverfahren als Instrument der Erfassung zentralörtlicher Erscheinungen

Ein wesentliches Anliegen der Stadtforschung besteht in der Erfassung der Struktur und der Analyse der Verteilung zentraler Standorte innerhalb eines Stadtgebietes.

Der Einsatz moderner elektronischer Datenverarbeitungsanlagen und die Entwicklung neuer Verfahren der Raumgliederung gestatten der Statistik die Aufbereitung des Materials nach kleinsten Raumeinheiten in einer Feingliederung, wie sie bisher, zumindest im Rahmen der Großzählungen, praktisch nicht zu bewältigen war. Damit ergeben sich auch völlig neuartige Möglichkeiten für die Untersuchung zentralörtlicher Erscheinungen innerhalb eines Stadtgebietes.

Eines der neuen Verfahren der Regionalanalyse ist die Verwendung sog. „Planquadrate“ als kleinste Aufbereitungseinheit von Erhebungsergebnissen. Hamburg hat als eine der ersten Großstädte in der

Bundesrepublik schon bei der Zählung des Jahres 1961 begonnen, mit diesem neuen Verfahren zu arbeiten; Matti hat hierüber in dieser Zeitschrift berichtet¹⁾. Die Grundlage für das in Hamburg angewendete Planquadratverfahren bildet ein Gitternetz mit gleich großen geometrischen Flächeneinheiten von 200 x 200 m Größe im Rahmen des Gaus-Krüger-Netzes. Nach diesem Verfahren ist das Gesamtgebiet Hamburgs in insgesamt 18 680 solcher Planquadrate eingeteilt worden. Mit Hilfe eines Systembandes lassen sich aus den einzelnen Zählungsteilen alle erfaßten Angaben über Gebäude, Personen, Arbeitsstätten usw. entsprechend ihrem Standort über Straße und Hausnummer dem Bereich des jeweiligen Planquadrates zuordnen. Auf diese Weise entsteht ein minuziöses Abbild der räumlichen Verteilung von Einwohnern, Beschäftigten, Arbeitsstätten usw. über das Gesamtgebiet der Stadt. In der erwähnten Arbeit von Matti wurden aus dem Zählungswerk 1961 vornehmlich Daten aus dem Bereich der Volkszählung und Gebäudezählung sowie auch einige Daten aus der Arbeitsstättenzählung für die einzelnen Planquadrate zusammengeführt. Die vorliegende Untersuchung beruht vornehmlich auf der Arbeitsstättenzählung 1961, zu der jedoch für die entsprechenden Bereiche auch Angaben aus der Handels-

¹⁾ Matti, Werner: Raumanalyse des Hamburger Stadtgebietes mit Hilfe von Planquadraten. — In: Hamburg in Zahlen, Sonderschrift „100 Jahre Statistisches Amt“, September 1966, S. 149 ff. Vergl. auch: Regionalstatistischer Zahlenspiegel für Hamburg. — In: Hamburg in Zahlen, Jg. 1966, Sonderh. 1, S. 5 ff.

und Gaststättenzählung vom Jahre 1960 zugeordnet wurden. Mit Hilfe eines solchen Zahlenmosaiks, das für die regionale Verteilung von Einkaufs- und anderen Versorgungsbetrieben und ihren Beschäftigten aufgestellt wurde, sollten zunächst diejenigen Stellen ermittelt werden, an denen sich die Betriebe häufen, und damit die gesuchten zentralen Standorte bilden, die sich durch entsprechend hohe Besatzzahlen von den übrigen, schwächer besetzten Planquadraten deutlich abzeichnen.

Der Begriff der zentralen Standorte und der zentralen Versorgungseinrichtungen wurde bei dieser Studie weitergefaßt als üblich, worauf im Abschnitt über die Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr noch näher eingegangen wird. Die hier gewählte Definition der zentralen Standorte zur Versorgung der Bevölkerung umfaßt mehr als nur die reinen Einkaufszentren. Sie umschließt alle Einrichtungen, die im weitesten Sinne zur Versorgung des Menschen als Bedarfsträger zur Befriedigung seiner verschiedenartigen Bedürfnisse, wie Einkauf, Verwaltung, Kultur, Erholung usw. dienen. Überall dort, wo diese Einrichtungen sich auf relativ engem Raum konzentrieren, versorgen sie offensichtlich nicht allein die Bevölkerung des von ihnen eingenommenen Gebietes, sondern darüber hinaus auch die Bevölkerung eines größeren Bereiches. Das gemeinsame Kennzeichen all dieser Gebiete ist in jedem Falle ein überdurchschnittlich starker Publikumsverkehr. Eine Stadt von der Größe Hamburgs besitzt verständlicherweise eine große Anzahl solcher Standorte mit zentralen Funktionen, die in allen möglichen Abstufungen über das gesamte Gebiet der Stadt verstreut sind. Die Skala reicht von den Hauptzentren der City über etliche Zentren relativ universalen Charakters weiter über Nebenzentren unterschiedlicher Zentralität — wie etwa Standorte von Warenhäusern oder großen Kaufhäusern, Gruppierungen um andere „Magneten“, wie Bahnhöfe, Vergnügungsviertel, Fremdenverkehrsplätze u. dgl. mehr — hinunter bis zu kleineren Gebilden mit ebenfalls noch zentralen Eigenschaften, wenn auch niederen Ranges und jeweils für begrenzte Einzugsbereiche.

Der Abstand zwischen diesen Zentren von einem Ende der Skala der Funktionen zum anderen ist ungeheuer groß. Die amtliche Statistik, in ihrer räumlichen Gliederung bisher vorwiegend auf Verwaltungseinheiten abgestellt, konnte nur wenig an Informationen für eine Darstellung dieser Vielfalt beisteuern. Die auf andere Zwecke zugeschnittene Einteilung nach Ortsteilen, Stadtteilen usw. nahm auf wirtschaftliche, soziale oder kulturelle Zusammenhänge zumeist nicht gebührend Rücksicht; diese Einheiten waren zudem häufig viel zu weit bemessen, in dem für sie nachgewiesenen Zahlenwerk ging daher ihr Integrationskern, auf den es jedoch für eine Beobachtung der zentralen Standorte ankam, in der Regel unter.

In diese Lücke kann nun die Arbeitsstättenzählung mit ihrem nach Planquadraten aufbereiteten Material einspringen. In ihm findet der Stadtforscher, der bislang viele verstreute, unterschiedlich zubereitete Einzeluntersuchungen, im einzelnen zwar wertvolle, insgesamt aber wenig aufeinander bezogene Bruchstücke vor sich hatte, ein nach einem einheitlichen Schema aufbereitetes umfassendes und in seiner

ganzen Anlage spezifisch auf den Versorgungssektor zugeschnittenes Zahlenwerk. In seiner tiefen regionalen Gliederung nach kleinsten Flächeneinheiten enthält es eine Vielzahl von Bausteinen, von denen jeder einzelne in sich wieder zusammengesetzt ist aus einer ganzen Anzahl von Elementen, die das gesamte Material nochmals — Flächeneinheit für Flächeneinheit — nach Wirtschaftszweigen unterteilt. Das Material ist insgesamt so fein gegliedert und läßt sich so beliebig gruppieren, daß es sehr vielfältigen Anforderungen nach Informationen gerecht zu werden vermag.

Diese Arbeit ist, ebenso wie die von Matti, primär als eine Modellstudie angelegt. Ihr Hauptgewicht liegt daher auf Fragen der Methode, des praktischen Vorgehens, der Leistungsfähigkeit und der Grenzen dieses Verfahrens.

Sie bietet auch eine Reihe von Ergebnissen. Aber diese Daten sollen vor allem Beispiele sein. Sie sollen das Verfahren veranschaulichen; ihre andere Aufgabe über zentrale Standorte in Hamburg selber zu informieren, muß dagegen zurückstehen. Das Material stammt aus dem Zählungswerk des Jahres 1961 und erscheint daher zunächst nicht sonderlich aktuell. Aber selbst wenn diese Resultate auch nicht den allerneuesten Stand wiedergeben, so besitzen sie doch insgesamt als eine z. Z. einzige Information dieser Art aus der Statistik immer noch einen erheblichen Wert, der durch die Veränderungen in der Zwischenzeit keineswegs gänzlich aufgehoben worden ist. Zunächst werden die bereits bestehenden Zentren in jedem Fall festgehalten; vor allem aber ist die Darstellung auch geeignet als Ausgangsbasis für entsprechende Untersuchungen auf der Grundlage der neuen Ergebnisse, die aus dem Zählungswerk 1970 zu erwarten sind und auch in der gleichen Weise wieder aufbereitet werden sollen, zu dienen, so daß mit Hilfe dieser beiden Analysen nicht nur die Wandlungen in der räumlichen Verteilung der zentralen Standorte beobachtet, sondern auch Einblicke in ihre inneren Strukturwandlungen gewonnen werden können. So zeigen denn die in diesem Beitrag vorgelegten Ergebnisse die ganze Vielzahl von Informationen, die sich mit Hilfe dieses Verfahrens für entsprechende Untersuchungen gewinnen lassen und unter diesem Gesichtspunkt sind auch die ausgewählten Beispiele vor allem zur Illustration der Informationsmöglichkeiten solcher Untersuchungen ausgewählt worden. Ganz abgesehen davon könnten im Rahmen einer solchen Studie angesichts der Fülle des Materials ohnehin nur einige Ausschnitte dargeboten werden; sie sollen auch dazu dienen, ähnliche Untersuchungen in anderen Städten durchzuführen und Anregungen zur Vertiefung der zentralörtlichen Studien bieten.

2. Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr

2.1 Die Auswahl und ihre Problematik

Ausgangspunkt dieser Untersuchung ist das Material der Arbeitsstättenzählung 1961. Aus der Gesamtmasse der Arbeitsstätten dieser Zählung waren zunächst in einem besonderen Arbeitsgang alle die

Einheiten auszuwählen und zu einer eigenen Grundgesamtheit zusammenzufassen, deren Tätigkeit dazu dient, die Bevölkerung unmittelbar mit den Gütern und Dienstleistungen zu versorgen, die sie zur Befriedigung ihrer vielfältigen Bedürfnisse — Einkauf, Verwaltung, Kultur, Erholung usw. — braucht. Das sind also alle die Arbeitsstätten, an die der Verbraucher unmittelbar als Käufer oder Gast herantritt, als Kunde, Patient oder Klient, als Besucher, Hörer, Schüler, Zuschauer, Kirchgänger, Antragsteller, Rat- oder Auskunftsuchender oder was der Verbraucherbedürfnisse mehr sind. Unmittelbarer Verkehr mit dem Publikum ist das, was all diese sonst so unterschiedlichen Einrichtungen miteinander gemein haben.

„Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr“ ist daher der Begriff, mit dem hier die Gesamtheit der für diese Untersuchung ausgewählten Arbeitsstätten bezeichnet wird.²⁾

Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr kommen in den verschiedensten Bereichen vor. Der Bogen spannt sich sehr weit über einen breiten Fächer der unterschiedlichsten Einrichtungen und Leistungen. Es kam darauf an, sie möglichst alle aufzuspüren und in die Untersuchung einzubeziehen. Die Auswahl hatte daher beweglich zu sein und durfte sich nicht an irgendein vorgegebenes starres mehr oder weniger abstrakt konstruiertes Schema binden. Aus diesem Grunde konnte auch die den Arbeitsanweisungen für die Aufbereitung der Arbeitsstättenzählung beigegebene Liste kein verbindliches Verzeichnis aller in Betracht kommenden Wirtschaftszweige sein; sie war lediglich als eine Sammlung von Musterbeispielen gedacht — immerhin enthielt sie vorwiegend solche Positionen, auf die es vor allem ankommt.

Über die Zuordnung einer Einheit zu der Kategorie der Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr sollten jeweils die gesamten relevanten Umstände des einzelnen Falles entscheiden — soweit man ihrer habhaft werden konnte. Es war nicht ganz leicht, dieses Ziel mit einem einigermaßen befriedigenden Erfolg zu erreichen. Die Bedingungen, unter denen die Erhebungspapiere der Arbeitsstättenzählung auf diese Sonderauswertung vorzubereiten waren, machten das ganze Vorhaben zu einer reichlich heiklen Aufgabe. Probleme gab nicht allein die Materie als solche in reicher Fülle auf. Hinzu kamen weitere, die sich aus den zumeist relativ dürrtigen Angaben in den Erhebungsunterlagen ergaben, aus dem Leistungsvermögen des Bearbeiterstabes sowie schließlich aus den Besonderheiten des Verfahrens, nach dem diese Sonderauswertung abgewickelt werden mußte.

Was Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr sind, scheint zunächst ohne weiteres auf der Hand zu liegen. Daß Warenhäuser, Kaufhäuser, Zigarrenläden, Apotheken, Sparkassen, Restaurants, Reisebüros, Kinos, Ärzte und manche andere mit Publikum verkehren, begegnet keinem Zweifel. Aber selbst all diese so ein-

deutig erscheinenden Bereiche strotzen von Ausnahmefällen: im Einzelhandel waren die Arbeitsstätten des ambulanten Handels und des Versandhandels beiseite zu lassen; nicht alle Arbeitsstätten des Nahrungsmittel- oder des Reparaturhandwerks sind Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr u. dgl. mehr. Kaum eine Position der für die Arbeitsstättenzählung verwendeten Systematik konnte daher ohne weiteres als eine geschlossene Gruppe von Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr angesehen und mit all ihren Mitgliedern in die Auswahl übernommen werden.

Von den Bearbeitern verlangte diese Situation einiges an Aufmerksamkeit, Einfühlungsvermögen und Mitdenken. Solchen Anforderungen ist jedoch nur ein besonders qualifiziertes Bearbeiterteam gewachsen. Überall dort, wo die Bearbeiter überfordert waren — und das dürfte bei einer Zählung wie der Arbeitsstättenzählung, die zur Hauptsache auf vorübergehend beschäftigte Hilfskräfte angewiesen ist, nicht gerade selten gewesen sein —, dürfte daher mancher Fall nicht richtig erkannt und, möchte der Zusammenhang übersehen worden sein. Damit ist um so mehr zu rechnen, als es sich bei der Arbeitsstättenzählung um eine Massenarbeit handelt: das vorwiegend Mechanische der meisten ihrer Arbeitsgänge und die bei dieser Sonderauswertung an sich notwendige individuelle Behandlung einer Unzahl von Einzelbelegen vertragen sich nicht sonderlich miteinander. Hinzu kommt, daß das Material dieser Untersuchung aus technischen und zeitlichen Gründen völlig getrennt von dem der allgemeinen Arbeitsstättenzählung aufbereitet werden mußte. Das erschwerte eine gegenseitige Kontrolle erheblich und verhinderte, daß manche nachträgliche Korrektur an dem Material der allgemeinen Zählung auch auf die an sich davon mitbetroffene Sonderauswertung übertragen wurde.

Unter diesen Umständen konnte es nicht ausbleiben, daß sich in den Angaben für die einzelnen Wirtschaftszweige, wie sie die Tabelle 1 des Anhangs zeigt, bisweilen Ergebnisse finden, die nicht immer ohne weiteres einleuchten. Insbesondere fällt bei einer Reihe von Wirtschaftszweigen — um nur diese vermutlich bedeutsamste Erscheinung zu nennen — auf, daß die Zahl der als Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr ausgewiesenen Einheiten (Spalte 3) nicht mit der Zahl der insgesamt für diese Sparten angegebenen Einheiten (Spalte 1) übereinstimmt, wie man es nach der Natur dieser Wirtschaftszweige eigentlich zumeist hätte erwarten sollen, z. B. bei Friseurern, Ärzten, Krankenhäusern usw.

Als diese und einige andere unwahrscheinlich anmutenden — vielleicht jedoch auch nur extreme Sonderfälle darstellenden — Erscheinungen zutage traten³⁾, wurde darauf verzichtet, sie zu untersuchen und unter Umständen auch zu korrigieren. Sie auszumerzen hätte einen nicht vertretbaren Aufwand zeitraubender und kostspieliger Ermittlungen verlangt, ohne daß deshalb sonderlich viel an Zuverlässigkeit der Aussage hinzugewonnen worden wäre.

Trotz aller Problematik dürften die Ergebnisse der Auswahl auch so, wie sie sich schließlich darbieten, die relevanten Tätigkeiten und ihre Proportionen alles in allem in ihren Grundzügen ohne Zweifel hinreichend exakt wiedergeben. Zwar mag manche Einzelheit in dem einen oder anderen schwach besetz-

²⁾ Zuweilen wird dort, wo ein Irrtum ausgeschlossen ist und Daten über Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr nicht mit Gesamtzahlen für alle Arbeitsstätten verwechselt werden können, auch einfach von Arbeitsstätten gesprochen.

³⁾ In einem relativ späten Stadium, als nachträglich die getrennt aufbereiteten Ergebnisse für die allgemeine Arbeitsstättenzählung und der Sonderuntersuchung über die zentralen Standorte zusammengeführt wurden.

ten Planquadrat ein wenig fragwürdig erscheinen. Bei den meisten zentralen Standorten jedoch, zumal bei den größeren sind die Ergebnisse in der Regel groß genug, etwaige Unebenheiten bei einzelnen Positionen zu überdecken. Außerdem dürfte bei Arbeitsstätten an solchen Plätzen die Tatsache des Publikumsverkehrs auch eher zu erkennen gewesen sein; die eigentlichen Differenzen dürften daher vorwiegend an den hier nur am Rande beobachteten Gebieten außerhalb der zentralen Standorte auftreten.

Im übrigen wird man sich, soweit es sich um Ergebnisse aus einer Arbeitsstättenzählung handelt, stets mit Annäherungswerten begnügen müssen — hier und da ein wenig zuverlässigeren vielleicht, als sie hier zur Verfügung standen. Aber eine Arbeitsstättenzählung ist keine Enquete; sie kann daher ihr Material auch nicht so Fall für Fall unter die Lupe nehmen wie diese. Sie muß ihre Unterlagen, die sie nicht wie eine Enquete mit allzuviel komplizierten Fragen belasten darf, mehr oder weniger so hinnehmen, wie sie hereinkommen, ohne der Richtigkeit der einzelnen Angaben bis zum äußersten nachgehen zu können. Im Rahmen einer solchen Zählung läßt sich daher auch bei noch so großer Sorgfalt für verwickeltere Untersuchungen wie die der zentralen Standorte schwerlich ein Grad letzter Exaktheit erreichen, auch nicht bei dem Einsatz inzwischen hinzugekommener leistungsfähigerer Maschinen.

2.2 Die Zahl der Beschäftigten

Als Ausdruck der Kapazität hält die Arbeitsstättenzählung zwei quantitative Merkmale bereit: die Zahl der Arbeitsstätten und die Zahl der in ihnen Beschäftigten. Umsätze oder gar Angaben über die Nettoleistung, die sonst etwa bei der Industrie und anderen Sektoren als Kennzeichen für die Größe von Unternehmen oder Betrieben benutzt werden, liegen für den gesamten Bereich der Arbeitsstättenzählung nicht vor.

Unter den beiden verfügbaren Kriterien wurde hier der Zahl der Beschäftigten der Vorzug gegeben: die Kapazität der einzelnen Bereiche kommt in dieser Zahl klarer heraus als in der Zahl der Arbeitsstätten, die keinen Unterschied macht zwischen einem Warenhaus mit seinen Hunderten von Beschäftigten und etwa dem kleinen Zigarrenladen mit dem Inhaber als einzigem Beschäftigten.

Aber auch die Zahl der Beschäftigten enthält ihre Probleme. Hier ist allerdings nicht so sehr der von Matti angeführte Umstand gemeint, daß größere Firmen Beschäftigte mit wechselndem Arbeitsplatz an ihrem Sitz melden⁴⁾. Die von Matti angeführte Aufzählung solcher Fälle — Montagearbeiter, Bauarbeiter, Reisevertreter, Außendienstpersonal öffentlicher Betriebe — zeigt schon, daß sie zwar auch im Bereich der hier zu beobachtenden Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr vorkommen, hier jedoch insgesamt relativ selten auftreten und nur in einer begrenzten Zahl von Ausnahmefällen Gewicht besitzen dürften, das dann allerdings für die Plätze, an denen sich diese Arbeitsstätten befinden, erheblich sein kann.

Für das Thema der zentralen Standorte ist dagegen mehr an einen anderen Fall zu denken: es gibt eine

große Zahl von Arbeitsstätten, die Publikumsverkehr haben, aber gar nicht allein für diesen Publikumsverkehr da sind, sondern auch andere Bereiche, insbesondere die hamburgische Industrie, Außenhandels- und Verkehrsbetriebe zu betreuen haben: Banken, Versicherungen, Rechtsanwaltsbüros, Behörden usw. Strenggenommen dürften nur die Beschäftigten in dieser Untersuchung erscheinen, die „jedermann“ dienen. Das ist praktisch jedoch gar nicht möglich. Die Arbeitsstättenzählung verlangt eine solche Trennung nicht und könnte sie außerdem in der Regel nicht durchsetzen, denn in solchen „Mischbetrieben“ wird häufig am gleichen Ladentisch oder Schreibtisch für verschiedene Bereiche gearbeitet, ohne daß sich sagen läßt, wie sich diese Tätigkeit auf die einzelnen Bereiche verteilt. Hohen Beschäftigtenzahlen bei Banken usw. steht daher nicht überall ein entsprechend hoher Versorgungsgrad für den Verbraucher gegenüber. In der Altstadt etwa, die das Gros der Banken und Versicherungen beherbergt, ist die Zahl der Beschäftigten dieses Sektors nicht viel kleiner als die bei Warenhäusern, Kaufhäusern und Ladengeschäften zusammengenommen, ohne daß man deshalb auch auf eine gleich hohe Versorgungskapazität für die Bevölkerung schließen könnte.

2.3 Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr nach Wirtschaftszweigen

Was alles an Gewerben und Tätigkeiten zu den Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr gezählt wurde und zu welchen Wirtschaftszweigen — in der Gliederung der Systematik der Wirtschaftszweige für die Arbeitsstättenzählung 1961 — diese Einheiten gehörten, zeigt Tabelle 1 des Anhangs in den Spalten 3 und 4. Die Liste dieser Wirtschaftszweige enthält 429 Positionen: etwas mehr als drei Viertel der insgesamt in Hamburg gezählten 558 Wirtschaftszweige. Das ist eine überraschend hohe Zahl. Darunter sind jedoch viele Sparten von ganz untergeordnetem Rang — gemessen an der Zahl der Beschäftigten. Die meisten von ihnen wurden ob ihrer geringen Besetzung in der Tabelle nicht gesondert ausgewiesen, sondern je Wirtschaftsabteilung oder Wirtschaftsgruppe zu einer Sammelposition zusammengefaßt. Die Tabelle enthält insgesamt 13 solcher Sammelpositionen mit zusammen 210 Wirtschaftszweigen: Zahl der Beschäftigten 13 300. Zu dieser Kategorie gesellen sich noch 36 einzeln angeführte Wirtschaftszweige mit jeweils weniger als 100 Beschäftigten; insgesamt verfügten sie über 1 900 Beschäftigte. Beide Kategorien zusammen vereinigten zwar weit mehr als die Hälfte aller beteiligten Wirtschaftszweige auf sich, kamen aber mit 15 200 Beschäftigten nur auf gerade 5 % aller Beschäftigten in Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr (Tabelle 1).

Das Hauptkontingent an Beschäftigten stellte dagegen eine Kategorie von 37 Wirtschaftszweigen mit jeweils mehr als 2 000 Beschäftigten. Allein 4 von ihnen stellten 59 100 Beschäftigte (20 %); fast noch einmal die gleiche Summe (51 400 Beschäftigte) steuerten 7 weitere Sparten bei. Die 87 200 Beschäftigten der übrigen 26 Wirtschaftszweige brachten die Zahl der Beschäftigten dieser Kategorie auf insgesamt nahezu 200 000 Personen oder auf einen Anteil von 67 % (Anteil an der Zahl der beteiligten Wirtschaftszweige knapp 9 %).

⁴⁾ Matti, Werner, a.a.O. S. 154.

Tabelle 1

**Beschäftigte in Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr
in Hamburg 1961**

— Wirtschaftszweige nach Beschäftigtengrößenklassen —

Wirtschaftszweige mit Beschäftigten	Wirtschafts- zweige	Beschäftigte	
	Anzahl	Anzahl	Anteil in %
10 001 und mehr	4	59 100	20
5 001 — 10 000	7	51 400	17
2 001 — 5 000	26	87 200	30
1 001 — 2 000	24	34 900	12
501 — 1 000	33	22 800	8
101 — 500	89	22 800	8
Zusammengefaßte Wirt- schaftszweige mit zumeist geringer Besetzung	246	15 200	5
Insgesamt	429	293 400	100

Der aus der Gesamtübersicht über alle beteiligten Wirtschaftszweige (Anhangtabelle 1) gewonnene Eindruck der Vielfalt wiederholt sich, wie Tabelle 2 zeigt, bei den 40 größten Wirtschaftszweigen. Auch hier streut die Beteiligung über nahezu die ganze Skala der verschiedenen Bereiche.

Angeführt wird die Reihe der 40 Hauptzweige von den Dienststellen der öffentlichen Verwaltung. Ihnen folgen auf nahezu jeder der nächsten Rangstufen die Vertreter eines anderen Bereichs. Dieser ständige Wechsel von Bereich zu Bereich setzt sich in bunter Folge durch die gesamte Stufenreihe fort.

Dieser Wechsel setzt an die zweite Stelle der Reihe die Restaurants. Erst an dritter Stelle erscheint ein Vertreter des Einzelhandels: der Einzelhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln. Die nächsten beiden Plätze halten Krankenhäuser (in öffentlicher Hand) und Banken. Danach werden Einzelhandels- und Dienstleistungszweige häufiger. Von den nächsten 15 Rangstufen nehmen sie beide je vier ein, zusammen mehr als die Hälfte. Obenan unter ihnen stehen als zweitgrößter Zweig des Einzelhandels die Warenhäuser und als größter des Dienstleistungsbereichs die Wäschereien. Zu ihnen gehören weiter der Einzelhandel mit Oberbekleidung, mit Textilwaren und mit Tabakwaren. Ärzte und Friseure halten die weiteren oberen Rangstufen im Dienstleistungsbereich. Eingestreut in diese Rangfolge sind Kraftfahrzeugreparaturwerkstätten, Fleischer, Hotels, Sparkassen und Bäcker.

Auch die zweite Hälfte der Reihe zeigt ein vielfältiges Bild. Insgesamt wird dieses Bild jedoch stärker als in der ersten Hälfte durch Zweige des Einzelhandels bestimmt. Er stellt allein 10 der insgesamt 20 Positionen dieses Reihenteils. Zweige des Dienstleistungsbereichs treten dagegen nur zweimal auf: mit Rechtsanwälten und Zahnärzten; diese allerdings obenan an erster und dritter Stelle in diesem Teil der Reihe. Von den übrigen Bereichen wären hier noch die Taxen zu erwähnen, ferner Schuhmacher, Konditoreien und Tankstellen.

Unter den 40 Wirtschaftszweigen nehmen die des Einzelhandels eine besonders hervorragende Stellung ein (Tabelle 3). Einzelhandelszweige erscheinen insgesamt nicht allein 15 mal in dieser Tabelle — wesentlich häufiger als jeder andere Bereich —, auch

Tabelle 2

**Beschäftigte in Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr
in ausgewählten Wirtschaftszweigen in Hamburg 1961**

— Rangfolge nach der Zahl der Beschäftigten —

Wirtschaftszweige	Rangstufen	Beschäftigte
Öffentliche Verwaltung	1	17 243
Restaurants	2	14 569
Einzelhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln	3	14 323
Krankenhäuser	4	12 943
Banken	5	9 828
Warenhäuser	6	9 250
Wäschereien	7	7 867
Kraftfahrzeugreparaturwerkstätten	8	6 931
Schaden- und Unfallversicherung	9	6 300
Ärzte	10	6 240
Einzelhandel mit Oberbekleidung	11	5 009
Fleischerei	12	4 968
Luftfahrtunternehmen	13	4 845
Damenfriseure	14	4 819
Hotels	15	4 619
Sparkassen	16	4 197
Bäckerei	17	4 193
Einzelhandel mit Textilwaren	18	3 936
Damen- und Herrenfriseure	19	3 826
Einzelhandel mit Tabakwaren	20	3 807
Rechtsanwälte	21	3 776
Krankenhäuser (privat)	22	3 590
Zahnärzte	23	3 498
Einzelhandel mit Gemüse, Obst und Südfrüchten	24	3 464
Einzelhandel mit Kraftwagen	25	3 291
Soziale Krankenversicherung	26	3 250
Taxibetriebe	27	3 069
Elektroinstallation	28	2 838
Einzelhandel mit Schuhen	29	2 822
Einzelhandel mit Chemikalien	30	2 675
Einzelhandel mit Brennstoffen	31	2 471
Cafés, Bars, Tanzlokale	32	2 429
Schuhmacherei	33	2 251
Einzelhandel mit Möbeln	34	2 202
Einzelhandel mit Blumen und Pflanzen	35	2 183
Apotheken	36	2 144
Konditoreien	37	2 024
Tankstellen	38	1 984
Einzelhandel mit Rundfunk- geräten usw.	39	1 919
Einzelhandel mit sonstigen Nahrungs- und Genußmitteln	40	1 899
Insgesamt		203 492

die für sie nachgewiesene Zahl an Beschäftigten in Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr übertrifft mit 61 400 Personen die der anderen Bereiche erheblich. Die beiden in der Tabelle aufgeführten Zweige der Gebietskörperschaften (öffentliche Verwaltung und Krankenhäuser) treten zusammen mit einer halb so großen Belegschaft in ihren Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr auf (30 186 Personen); noch ein wenig darunter liegt mit 30 026 Personen die Summe bei den 6 Zweigen des Dienstleistungsbereichs (ohne Gastgewerbe). Um einiges über 20 000 Personen kommen noch die Summen für den Bereich der 6 Zweige des Verarbeitenden Gewerbes und für den der 3 Zweige des Gastgewerbes hinaus. Diese fünf Bereiche stellen zusammen eine Beschäftigtenzahl von rund 166 400 Personen = 81 % der insgesamt ca. 203 500 Beschäftigten in allen 40 Wirtschaftszweigen.

In der Übersicht der Tabelle 2 erscheinen nur 2 Wirtschaftszweige des Verkehrssektors — Luftfahrt und Taxen. Bundesbahn und Bundespost fehlen; sie

Tabelle 3

**Beschäftigte in Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr
in ausgewählten Wirtschaftszweigen in Hamburg 1961
nach Wirtschaftsbereichen**

Bereiche	Beteiligte Wirtschafts- zweige	Beschäftigte	
	Anzahl	Anzahl	Anteil der Bereiche in %
Einzelhandel	15	61 395	30
Gebietskörperschaften ...	2	30 186	15
Dienstleistungen	6	30 026	15
Verarbeitendes Gewerbe ..	6	23 205	11
Gastgewerbe	3	21 617	10
Kreditinstitute	2	14 025	7
Verkehr	2	7 914	4
Versicherungen	1	6 300	3
Organisationen ohne Erwerbscharakter	1	3 590	2
Sozialversicherung	1	3 250	2
Handelsvermittlung	1	1 984	1
Insgesamt	40	203 492	100

fehlen auch in der Liste der erfaßten Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr in Tabelle 1 des Anhangs. Daß sie in dieser Untersuchung überhaupt nicht erscheinen, hängt mit der besonderen Erhebungsweise für diesen Sektor zusammen, die eine Aufbereitung nach Planquadraten verhinderte.

Unabhängig davon, daß die Daten über die Bundesbahn fehlen⁵⁾, kommt dem Verkehrssektor in einer Untersuchung über zentrale Standorte eine besondere Problematik zu. Sie liegt in einigen Eigenheiten dieses Sektors. Ein wesentlicher Faktor für ein Zentrum ist seine Verkehrslage, insbesondere seine Bedienung durch S-Bahn, U-Bahn, Fernbahnen, Omnibusse, Straßenbahnen, Taxen usw. Bahnhöfe, Hauptverkehrsstraßen, Parkplätze bestimmen mit über seine Besucherströme. Aber all diese Elemente kann eine Arbeitsstättenzählung entweder überhaupt nicht oder doch nur reichlich unvollkommen nachweisen. Insbesondere kann sie aber ihre eigenen Merkmale (Arbeitsstätten, Beschäftigte) in diesem Sektor vielfach — und darauf kommt es hier an — örtlich nicht exakt zuordnen. Fahrer von Omnibussen, Straßenbahnen, Taxen erscheinen daher in den regionalen Ergebnissen der Arbeitsstättenzählung nicht dort, wo sie tätig sind (was immer das sein mag bei einer Arbeitsstätte, die sich von Haltestelle zu Haltestelle bewegt), sondern an anderen Stellen (Zentralen, Depots, bei Taxiunternehmen auch an ihren Wohnungen). Es geht in diesem Zusammenhang nicht um das in Abschnitt 2.2 behandelte Problem von Arbeitsstätten mit einer zu hoch ausgewiesenen Zahl an Beschäftigten, sondern umgekehrt darum, daß an Stätten bestimmter Leistungen, für die an sich Beschäftigte hätten ausgewiesen werden müssen, keine erscheinen und darüber hinaus sogar unter Umständen nicht einmal Arbeitsstätten. Für die Taxen sieht das z. B. dann so aus:

Gebiet	Arbeitsstätten	Beschäftigte
Altstadt	—	—
Neustadt	11	17
St. Pauli	33	218
Altona	13	24
Eimsbüttel	31	52
Schulterblatt	35	81

⁵⁾ Die Post sei hier beiseite gelassen, bei ihr liegen die Dinge, um die es in diesem Zusammenhang geht, zum Teil ein wenig anders als bei der Bahn.

Da sich das Problem offenbar nicht im Rahmen der Arbeitsstättenzählung befriedigend lösen läßt, sollte hier auf einen Nachweis der betreffenden Verkehrszweige verzichtet werden. An ihre Stelle könnte bei der Wiederholung einer solchen Untersuchung aus anderen Quellen gewonnenes Material treten, das einen Überblick über die Verkehrslage der einzelnen Zentren gewährt.

2.4 Verteilung der Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr nach Planquadraten

2.4.1 Verteilung nach der Zahl der Betriebe

Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr kamen im Jahre 1961 in 5 723 Planquadraten vor (Tabelle 4). Rund gerechnet war das etwa jedes dritte der insgesamt 18 680 Planquadrate in Hamburg. 958 Planquadrate oder fast genau ein Sechstel dieser 5 723 Planquadrate lagen innerhalb der von dieser Untersuchung ermittelten zentralen Standorte, 4 765 oder fünf Sechstel außerhalb von ihnen.

Tabelle 4

**Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr in Planquadraten
und ihre Beschäftigten in Hamburg 1961**
— Größenklassen nach der Zahl der Arbeitsstätten
je Planquadrat —

Größen- klassen	Zahl der Arbeitsstätten je Planquadrat	Plan- qua- drate	Arbeits- stätten mit Publi- kums- verkehr	Beschäftigte		
				insgesamt	im Planquadrat mit	
					niedrig- ster	höch- ster
Anzahl				Besetzung		
—	—	1	2	3	4	5
1	1	1 940	1 940	9 119	1	584
2	2	933	1 866	6 961	2	193
3	3	529	1 587	10 216	3	695
4	4	307	1 228	10 829	4	1 369
5	5	253	1 265	6 089	6	346
6	6	188	1 128	5 362	8	399
7	7	131	917	5 645	8	615
8	8	114	912	3 930	12	810
9	9	111	999	4 518	15	465
10	10	85	850	6 751	15	2 961
11	11— 15 ..	305	3 869	20 332	15	1 489
12	16— 20 ..	219	3 915	19 998	30	1 037
13	21— 25 ..	129	2 958	14 933	37	970
14	26— 30 ..	96	2 671	13 204	47	1 367
15	31— 40 ..	135	4 779	28 154	63	4 793
16	41— 50 ..	77	3 475	18 096	89	1 303
17	51— 60 ..	50	2 766	13 022	129	1 368
18	61— 70 ..	36	2 361	14 489	154	3 256
19	71— 80 ..	25	1 878	12 597	187	2 234
20	81— 90 ..	20	1 723	9 182	236	1 107
21	91—100 ..	5	480	5 608	264	4 381
22	101—150 ..	27	3 215	33 131	268	5 025
23	151—200 ..	7	1 174	18 833	897	4 170
24	201 u. mehr	1	302	2 357	2 357	
1—24	Insgesamt	5 723	48 258	293 356	—	—

Die weit überwiegende Zahl der 5 723 Planquadrate war mit einigen wenigen Arbeitsstätten besetzt. In 4 591 Planquadraten, d. h. in je vier von fünf kamen nicht mehr als höchstens 10 Arbeitsstätten vor; in den meisten von ihnen, und zwar in insgesamt 3 402 Planquadraten (75 %) waren es sogar nur 1 bis 3 Arbeitsstätten.

Auch die Zahl der Planquadrate etwa mittlerer Besetzung mit 11 bis 30 Arbeitsstätten je Planquadrat war relativ hoch. Mit insgesamt 749 vereinigte sie noch 13 % der insgesamt 5 723 Planquadrate auf sich (Klassen Nr. 11—14).

Nur eine kleine Gruppe von insgesamt 383 Planquadraten wiesen eine stärkere Besetzung mit Arbeitsstätten (31 und mehr) aus. Von ihnen hatte wiederum mehr als die Hälfte (212) nur bis zu 50 Arbeitsstätten (Klassen Nr. 15 und 16). Über 100 Arbeitsstätten kam nur eine ganz verschwindend kleine Zahl von Planquadraten hinaus, mit 35 (Klassen Nr. 22—24) waren es nicht einmal 1 % der Gesamtzahl.

Bei der Zahl der Planquadrate (Tabelle 4, Spalte 1) ist also durchweg ein gleichgerichteter Grundzug zu erkennen: mit aufsteigender Zahl der Arbeitsstätten je Planquadrat werden die Zahlen der der jeweiligen Größenklasse zugeordneten Planquadrate von Position zu Position ständig geringer. Dieser Zug tritt allerdings nicht an jeder Stelle auf den ersten Blick hervor, er stellt sich als überall verbindlich erst bei näherem Zusehen heraus. Das hängt mit den jeweils für bestimmte Gruppen von Größenklassen gewählten unterschiedlichen Klassenbreiten zusammen. Diese Klassenbreiten wechseln bei den Größenklassen 11, 15 und 22. An diesen drei Stellen springen stets auch die in Spalte 1 ausgewiesenen Werte für die zugeordneten Planquadrate dem breiteren Klassenintervall folgend auf höhere Werte und schwenken danach wieder auf die abnehmende Tendenz ein.

Diese Linie wiederholt sich im wesentlichen auch bei der Zahl der Arbeitsstätten in der Spalte 2.

Die Reihe der Beschäftigten in der Spalte 3 zeigt in ihrem Verlauf dagegen ein wechselhafteres Bild. Es sind nicht etwa alle mit relativ wenigen Arbeitsstätten besetzten Planquadrate zugleich Standorte allein von Kleinbetrieben. Etliche dieser Planquadrate verfügen vielmehr über eine beachtliche Zahl von Beschäftigten. Je nach der Zahl solcher in den einzelnen Klassen auftretenden Planquadrate und nach der Höhe der von diesen gestellten Beschäftigten war die Gesamtzahl der Beschäftigten in der jeweiligen Klasse von zuweilen sehr wenigen Planquadraten entscheidend mitbestimmt. Eine gewisse Vorstellung von dieser Erscheinung geben die in Spalte 5 aufgeführten Angaben über die höchste Zahl an Beschäftigten, die ein Planquadrat jeweils in den einzelnen Größenklassen erreicht hatte. Einige besonders markante Fälle seien hier herausgegriffen.

In den Klassen Nr. 1—9 sind die Werte der Spalte 5 durchweg um vieles niedriger als die meisten in den folgenden stärker mit Arbeitsstätten besetzten Klassen. Ihr Einfluß auf das Gesamtbeschäftigungsvolumen ihrer Klassen ist daher zumeist auch nicht sonderlich hoch bei vielerlei Schwankungen von Klasse zu Klasse. Relativ beachtlich ist er immerhin in der Klasse Nr. 4, der Klasse mit der höchsten Zahl an Beschäftigten in dieser ganzen Gruppe. Hier stellt ein einziges von insgesamt 307 Planquadraten mit 4 Arbeitsstätten, einem winzigen Bruchteil aller dort auftretenden 1 228 Arbeitsstätten und mit 1 369 Beschäftigten rund 13 % der insgesamt 10 829 Beschäftigten dieser Klasse.

Noch eindringlicher ist das Beispiel der Klasse Nr. 10. Hier stellt ein einziges Planquadrat — etwa die Umgebung des Eppendorfer Krankenhauses — einen

noch weit höheren Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten seiner Klasse. Mit nur 10 der in dieser Klasse insgesamt gezählten 850 Arbeitsstätten verfügte dieses Quadrat über 2 961 Beschäftigte: nur um einiges weniger als die Hälfte aller 6 751 Beschäftigten in dieser Klasse von Planquadratgrößen.

Einen nicht voll so gravierenden aber immer noch relativ beachtlichen Einfluß eines Planquadrats zeigt Klasse Nr. 15. Mit 4 793 Personen war eines der 135 Planquadrate dieser Klasse zu 16 % an der Gesamtzahl von 28 154 Beschäftigten beteiligt.

Ein noch krasserer, wenn auch ein wenig anders gelagertes Beispiel hoher Beteiligung eines einzigen Planquadrats zeigt die Klasse Nr. 21. Von den nur 5 Planquadraten mit insgesamt 480 Arbeitsstätten dieser Klasse vereinigte ein — in der Altstadt liegendes — Planquadrat mit 100 Arbeitsstätten 4 381 Beschäftigte auf sich: 78 % der insgesamt in dieser Klasse aufgeführten 5 608 Beschäftigten.

2.4.2 Verteilung nach der Zahl der Beschäftigten

Aus anderer Sicht behandelt Tabelle 5 das Thema der Verteilung der Planquadrate. Die Tabelle gruppiert das Material nach der Zahl der Beschäftigten je Planquadrat.

Tabelle 5

**Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr
in Planquadraten und ihre Beschäftigten
in Hamburg 1961**
— Größenklassen nach der Zahl der Beschäftigten
je Planquadrat —

Größenklassen	Planquadrate mit ... Beschäftigten	Planquadrate	Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr	Beschäftigte insgesamt
		Anzahl		
		1	2	3
1	1	812	812	812
2	2	690	864	1 380
3	3 bis 4	772	1 294	2 644
4	5 " 10	875	2 270	5 862
5	11 " 20	756	3 316	10 314
6	21 " 50	734	6 262	23 205
7	51 " 100	497	8 133	35 096
8	101 " 200	328	10 418	47 768
9	201 " 500	173	8 283	54 353
10	501 " 1000	49	3 251	34 074
11	1001 " 2000	21	1 378	27 004
12	2001 " 5000	14	1 828	45 819
13	5000 und mehr	1	149	5 025
1—13	Insgesamt ...	5 723	48 258	293 356

Die Masse der Planquadrate verfügte über nur einige wenige Beschäftigte. Die 3 905 Planquadrate in den ersten 5 Klassen mit bis zu 20 Beschäftigten je Planquadrat — etwas mehr als zwei Drittel aller Planquadrate — kamen auf 8 556 Arbeitsstätten mit zusammen 21 012 Beschäftigten: 7 % der Gesamtzahl von 293 356 Beschäftigten. Einen etwas höheren Anteil erreichte die nächste Klasse — Nr. 6 mit 21—50 Beschäftigten je Planquadrat: 23 205 Beschäftigte = 8 % der Gesamtzahl.

85 % aller in Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr Beschäftigten — 249 139 Personen — waren in 1 083 Planquadraten (Klassen Nr. 7—13) tätig, von ihnen fast 112 000 Personen = 39 % in zusammen 85 Planquadraten mit 6 600 Arbeitsstätten.

Diese sehr viel eindeutigeren Konzentrationstendenzen waren schließlich dafür maßgebend, die Analyse der zentralen Standorte auf den Beschäftigtenzahlen zu basieren.

3. Auswahl und Abgrenzung der zentralen Standorte

3.1 Vorbereitung der Auswahl

Wie Tabelle 4 gezeigt hat, waren die 293 400 Beschäftigten der Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr auf insgesamt 5 723 Planquadrate verteilt. Bei fast allen weiteren Überlegungen und Vorkehrungen zur Auswahl und Abgrenzung der zentralen Standorte wurde vorwiegend mit diesen je Planquadrat ermittelten Werten gearbeitet. Sie wurden als hinreichend zuverlässiger Gesamtausdruck der in den einzelnen Planquadraten vereinigten Kapazitäten an Leistungsträgern für das Publikum genommen.

An diesen Summen wurde daher zumeist allein unmittelbar abgelesen, welche Stellung dem einzelnen Planquadrat in der Hierarchie der übrigen Flächen ihres Umkreises zukam. Andere, kompliziertere Elemente, die diese Stellung ebenfalls hätten kennzeichnen können — wie etwa Zahl und Art der jeweils angesiedelten Kategorien von Wirtschaftszweigen, Beschäftigungsquoten (das Verhältnis der Beschäftigten

zu den Einwohnern) oder dergleichen mehr — erschienen in diesem Vorbereitungsstadium nicht als erforderlich.

Lediglich das Gebiet der weiteren Innenstadt mit ihren den Stadtkern — die City — rings umschließenden dichtbesiedelten Zonen mußte anders behandelt werden. Läden und andere Einrichtungen waren so unübersichtlich über dieses Gebiet verteilt, daß allein mit der Zahl der Beschäftigten insgesamt kein klares Bild darüber zu gewinnen war, wo sich hier zentrale Standorte gebildet hatten. Für diesen Bereich wurden daher Angaben über eine Reihe ausgewählter Wirtschaftszweige zu Hilfe genommen (über die Einzelheiten mehr in Abschnitt 3.2, Seite 19).

Technisch wurden für die Vorbereitung von Auswahl und Abgrenzung der zentralen Standorte zwei Unterlagen erarbeitet:

die eine lieferte die Datenverarbeitungsanlage, die zweite ein Zeichner.

Die maschinell erstellten Unterlagen bestanden aus mehr als 200 Karten; jede angelegt für eine Fläche von 2 x 2 km. Jede von ihnen wies 100 Planquadrate nach und enthielt numerische Angaben über die Lage dieser Quadrate im Koordinatennetz des Planquadratsystems sowie je Planquadrat die Zahl der dort liegenden Arbeitsstätten und der in diesen beschäftigten Personen (Schaubild 1). Diese Angaben waren Quadrat für Quadrat wie auf einem Schachbrett an-

Schaubild 1

Lage der Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr nach Planquadraten

Muster einer maschinell erstellten Nachweiskarte mit 100 Planquadraten											
Ordnungsnummern der Planquadrate = sechsstellig,											
darunter links = Zahl der Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr,											
rechts = Zahl der Beschäftigten											
660378	662378	664378				672378	674378	676378	678378		
58 341	1 2	1 1				1 1	60 252	29 73	44 179		
660376	662376	664376					674376	676376	678376		
36 190	9 70	1 2					39 159	61 183	9 29		
660374	662374						674374	676374	678374		
22 120	1 5						17 106	15 49	47 209		
660372							674372	676372	678372		
5 83							17 51	15 69	33 326		
660370						670370	672370	674370	676370	678370	
19 301						3 51	15 147	23 46	18 92	2 8	
660368						668368	670368	672368	674368		678368
9 89						9 42	67 265	53 312	4 1284		6 128
	664366	666366	668366	670366	672366	674366	676366	678366			
	16 43	32 855	30 108	123 512	27 126	24 85	6 24	1 10			
	662364	664364	666364	668364	670364	672364	674364	676364	678364		
	6 179	15 68	61 491	122 635	62 240	38 182	22 566	2 9	1 2		
660362	662362	664362	666362	668362	670362	672362	674362	676362	678362		
9 221	89 1107	106 1632	66 1010	74 2234	194 897	90 397	54 192	6 53	40 145		
660360	662360	664360	666360	668360	670360	672360	674360	676360	678360		
134 3684	56 1368	161 3669	43 1303	30 266	89 865	29 557	12 259	18 379	8 24		

geordnet: eine Anordnung, die es gestattete, auch rein visuell jede einzelne Position dieser Übersicht exakt zu lokalisieren und das Verhältnis der ihr zugeordneten quantitativen Angaben zu denen der Nachbarbereiche abzulesen. Alle Karten zusammen enthielten damit eine sehr detaillierte Generalübersicht darüber, wie die Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr über das gesamte Stadtgebiet verteilt waren.

An sich hätte eine Übersicht in dieser Form schon ohne weiteres als Auswahlgrundlage für die Bestimmung der Zentren gereicht; rein zahlenmäßig erfüllte sie die Voraussetzungen dafür. Was ihr in ihrer vorliegenden abstrakten schematischen Form und ihren anonymen Ordnungsnummern jedoch fehlte, war jegliche unmittelbare Anschauung über die topographischen Verhältnisse der jeweiligen Häufungsstellen. Für die quantitative Auswahl der Zentren allein wäre das zumeist noch nicht einmal so sehr ins Gewicht gefallen, aber für die Abgrenzung der einzelnen Zentren gegen ihre Umgebung war eine solche Anschauung doch unerlässlich.

Daß die abstrakten Ordnungsnummern je nach Bedarf jedesmal erst ein wenig mühselig in eine konkrete Lage übersetzt werden mußten, hätte sich noch einigermaßen überwinden lassen. Es wäre jedoch viel zu umständlich, ja kaum durchführbar gewesen, bei den zumeist recht diffizilen Überlegungen, wie ein Zentrum abzugrenzen ist, jedesmal die Ordnungsnummern einer bestimmten Stelle mit all jenen topographischen Eigenschaften zu kombinieren, die den überörtlichen oder nur lokalen Charakter dieser Stelle entscheidend mitbestimmen: Verlauf von Straßenzügen, verkehrsreiche Plätze, Bahnhöfe, begrenzende Gleisanlagen und sonstige lagebestimmenden Kriterien.

Daher erschien es als wesentlich rationeller, die Angaben aus den maschinellen Unterlagen in das Gitternetz eines Stadtplans übertragen zu lassen. Numerische und topographische Informationen, auf diese Weise Planquadrat für Planquadrat in einer einzigen Übersicht gekoppelt, konnten eine optimale Arbeitsgrundlage abgeben. Technisch vereinfachte, erleichterte und verkürzte ein solches Papier die Bearbeitung ungemein. Noch mehr aber erhöhte es sachlich die Präzision der Ergebnisse: Zusammenhänge, aus dem reinen Zahlenbild allein nur schwer herauszulesen, wurden durchsichtiger; zunächst nur vage Gebilde erhielten jetzt mehr Farbe und Gestalt (siehe dazu die Schaubilder 2 und 3).

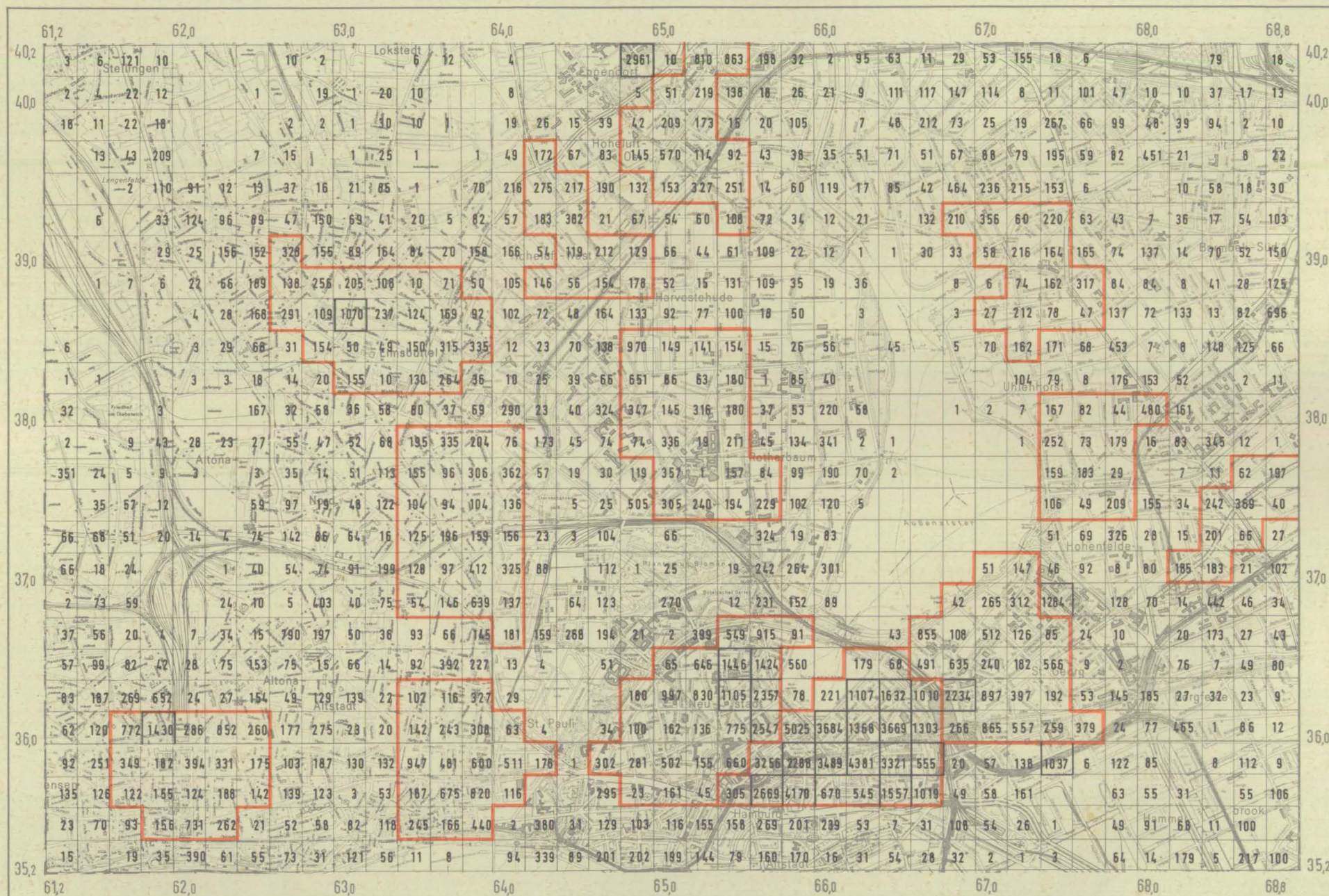
3.2 Auswahl der zentralen Standorte

Diese Arbeit war darauf ausgerichtet, nicht allein die Handvoll Haupt- und Großzentren der Stadt herauszustellen — sie wären durchweg relativ einfach ohne große Vorbereitung zu finden gewesen. Gezeigt werden sollten daneben aber auch die kleineren und mittleren Unter- und Nebenzentren: alle die Stellen, denen nach Auskunft der miteinander gekoppelten und auf der Karte verzeichneten numerischen und topographischen Informationen mehr als lokale Funktionen beizulegen waren. Zentren — gleichgültig welcher Dimension — waren überall dort anzunehmen, wo „markante“ Punkte im Stadtbild und relativ hohe Beschäftigtenzahlen miteinander zusammen-

treffen. Die Auswahl war daher ein häufig in mehreren Phasen ablaufender Prozeß gegenseitiger Beeinflussung zwischen numerischen und topographischen Fakten. In etlichen Fällen war das ein verwickelter Prozeß. Unter dem Einfluß der Wechselwirkung zwischen den beteiligten Faktoren verwandelte sich im Verlauf der Arbeiten manche vorläufige Interpretation der Zusammenhänge und mit ihr die darauf gründende Auswahl, ohne daß deshalb die ursprüngliche Interpretation unbedingt hätte verworfen werden müssen. Die schließlich gefundene und hier vorgestellte Auswahl von insgesamt 40 zentralen Standorten ist daher kein festgefügt System, sondern ein offenes, dem z. B. auch noch andere Ansammlungen von Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr hätten angefügt werden können. Eine großzügigere Auslegung des topographischen Bildes etwa hätte noch manche kleinere Ansammlung von Arbeitsstätten in die Liste der Zentren einbezogen. Immerhin ist die Auswahl von 40 Zentren zwar eine unter einer Reihe beliebiger anderer, dennoch dürfte sie eine relativ ausgewogene Mitte halten zwischen einer zu dürftigen und einer zu weit ausgreifenden Auswahl.

Um eine Anhäufung von Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr als einen „Zentralen Standort“ auszuweisen, müßte noch eine weitere Voraussetzung erfüllt werden. Zwar wird von einem Zentrum schon dann gesprochen, wenn es sich um Ansammlungen von Arbeitsstätten auf engem Raum handelt. Aber mit einem engen Raum sind nicht einige ganz wenige Planquadrate gemeint: ein oder ein paar Planquadrate reichen dazu nicht aus! Eine hohe Beschäftigtenzahl einer solchen kleinen Anzahl von Planquadraten — und sei sie, wie es verschiedentlich vorkommt, noch so hoch — ist daher noch kein Indiz für ein Zentrum. Dafür ist ein Planquadrat eine viel zu kleine Einheit; mit seinen 200 x 200 m Fläche kann es zusammen mit ein, zwei oder drei anderen ebenfalls nicht größeren Einheiten noch kein Zentrum von auch nur einiger Bedeutung beherbergen, ein solches beansprucht mehr Platz. Von einer größeren Ansammlung von Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr — einem „Zentralen Ort“ — kann immer nur dann gesprochen werden, wenn jeweils in einer zusammenhängenden Gruppe etlicher einander benachbarter Planquadrate die Zahl der Beschäftigten durchgehend ein Niveau ausweist, das sich deutlich sichtbar über das der umgebenden Flächen hinaushebt. Daher umfassen selbst die kleinsten in dieser Arbeit noch behandelten Zentren mindestens 10 Planquadrate, also 40 ha. Kleine und kleinste Zentren stehen neben großen und größten — ein Zentrum mit über 47 000 Beschäftigten neben einem solchen mit knapp 500 Personen. Hohe Besetzungsziffern in einer Gruppe von Planquadraten — die zahlenmäßige Voraussetzung für ein Zentrum — hieß daher nicht so sehr eine bestimmte absolute Höhe der Beschäftigtenzahl als solche, sondern hoch im Verhältnis dieser Besetzungsziffern zu denen der die jeweiligen Gruppen von Planquadraten umgebenden übrigen Gebiete. Das Gefälle zwischen beiden Datengruppen mußte augenfällig sein, aber deshalb noch nicht einen steilen Abfall darstellen. Im übrigen kam es auf die jeweilige Situation an — zumal auch auf die jeweils gegebenen topographischen Verhältnisse —, ob ein vorliegendes Spannungsverhältnis zwischen einem Gipfelplateau und umgebendem Feld als signifikant gelten

Stadtkern und weitere Innenstadt in Hamburg 1961
 – Beschäftigte in Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr –



N

Zentraler Standort

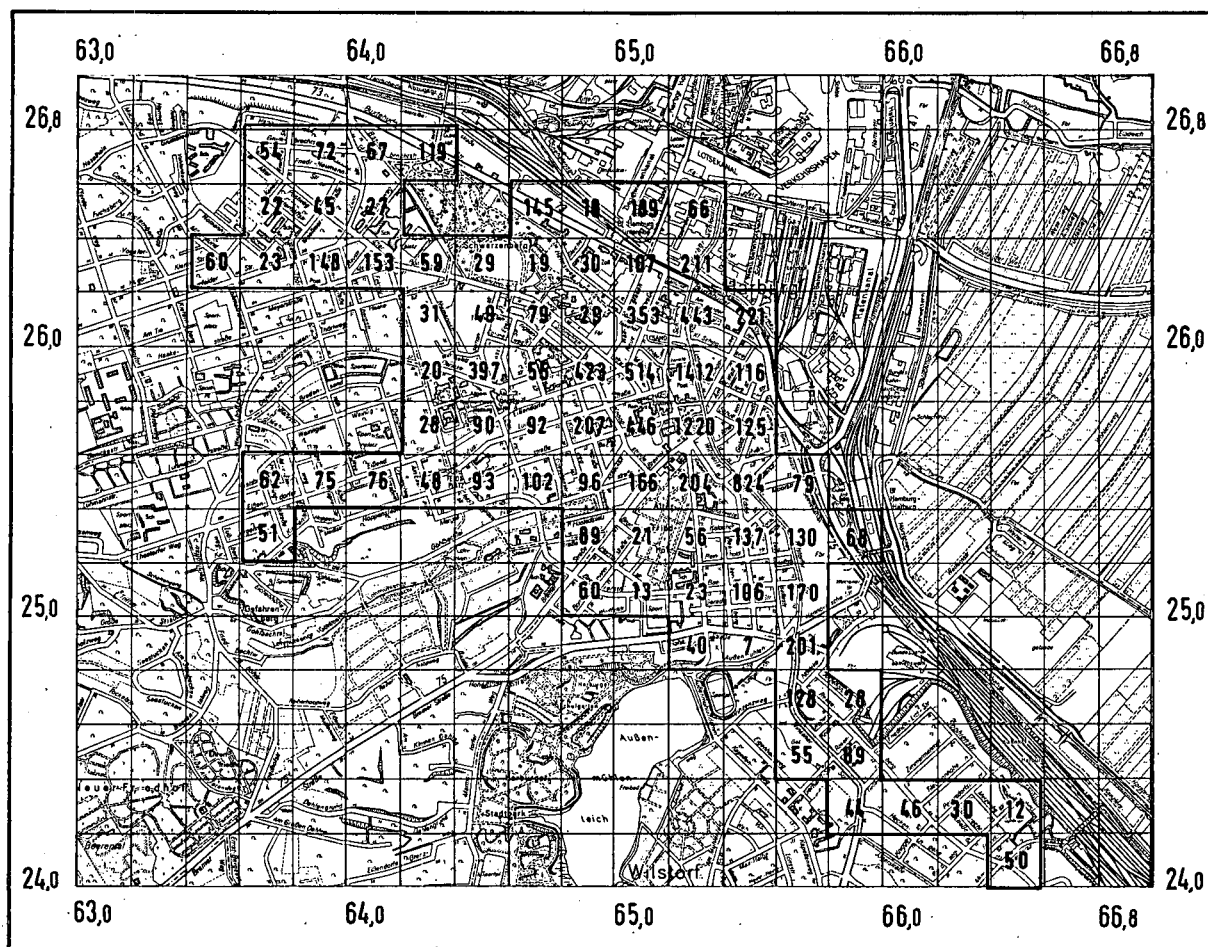
1000 und mehr Beschäftigte

STATISTISCHES LANDESAMT HAMBURG

Schaubild 3

Zentraler Standort Harburg

— Beschäftigte in Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr —



(N)

STATISTISCHES LANDESAMT HAMBURG

konnte oder nicht. Dies abzuschätzen war zuweilen mehr ein Problem des Sachverständes, der Ortskenntnis und des Fingerspitzengefühls als das bestimmter Normensätze.

In den folgenden 27 Fällen wurde eine so einleuchtende Übereinstimmung bei dem zahlenmäßigen Spannungsverhältnis zwischen hohem Niveau und umgebendem Feld und bei den topographischen Gegebenheiten gefunden, daß es gerechtfertigt erschien, hier jeweils von einem Zentrum — gleichgültig welcher Stufe — zu sprechen.

Das einzelne dieser 27 Zentren wurde bezeichnet nach dem Gebiet in dem es lag. Es waren:

Harburg	Rissen
Wandsbek	Lokstedt
Winterhude	Veddel
Dulsberg	Neugraben-Fischbek
Groß Flottbek	Barmbek-Nord
Volkssdorf	Horn, Horner Landstr.
Finkenwerder	Blankenese
Niendorf	Bramfeld
Groß Borstel	Eilbek, Wandsbeker Ch.
Bergedorf-Lohbrügge	Bahrenfeld
Fuhlsbüttel-Ohlsdorf	Eidelstedt
Wilhelmsburg	Langenhorn-Mitte
Hamm-Nord	Schnelsen
Rahlstedt	

Die Liste dieser 27 Zentren ließe sich um eine ganze Reihe anderer kleinerer Anhäufungen mit auch einigermaßen hinreichendem Spannungsverhältnis zu dem umgebenden Gebiet auf 35 oder auch mehr erhöhen. Aber in all diesen Fällen schien weder der Umfang dieser Anhäufungen als groß genug für ein Zentrum noch so bescheidenen Ausmaßes in dem hier beschriebenen Sinne, noch schienen die topographischen Verhältnisse überzeugend dafür zu sprechen.

Bereits oben war darauf hingewiesen worden, daß für das Gebiet der weiteren Innenstadt auf kompliziertere Weise ermittelt werden mußte, welche Stellen hier als Zentren zu gelten hätten, sowie vor allem, wie sie gegen ihre Umgebung abzugrenzen seien.

In diesem dicht besiedelten und entsprechend dicht mit Arbeitsstätten vieler Art durchsetzten Gebiet können Besetzungsziffern, die in einem dünner besiedelten weitflächigeren Gebiet den Charakter eines echten Zentrums — gleichgültig welcher Art — anzeigen, unter Umständen nichts weiter bedeuten als die Versorgung des eigenen engen Kreises: ausschließlich begrenzte Nahversorgung, aber keine Fernversorgung. Für eine ganze Anzahl der in dieses Gewebe zahlreicher Betriebe eingesprengten Zentren lassen sich daher auch keine so einleuchtenden Kennzeichen — weder numerischer noch topogra-

phischer Natur — ableiten wie für die bisher ermittelten 27 Zentren. Außerdem erscheinen die Übergänge zwischen den hier liegenden Zentren zum Teil als so fließend, daß häufig kaum auszumachen war, wo ein Zentrum aufhört und das andere beginnt.

Das Problem wurde auf folgende Weise gelöst. Aus der Gesamtmasse der Planquadrate für das Gebiet der Stadt wurde ein Geviert, das der weiteren Innenstadt entspricht, mit insgesamt 1 014 Planquadraten (= ca. 40 qkm) herausgeschnitten (Schaubild 2). Als Eckpunkte dieses Gevierts gelten die Planquadrate mit den Kennzeichen

612 402 — 688 402

612 352 — 688 352;

mit diesen Nummern war der Rahmen für die maschinelle Bearbeitung abgesteckt. Konkret läßt sich dieses Geviert beschreiben als ein Gebiet, das eingeschlossen ist von einer Linie, die verläuft von Övel-

gönne über Ottensen, Langenfelde nach Stellingen-Eidelstedt hinein, Lokstedt, Eppendorf und Winterhude schneidet, vom Habichtsblick über Barmbek-Markt, Landwehr bis Grüne Brücke läuft und von dort bis Övelgönne durch die Elbe begrenzt ist.

Aus maschinentechnischen Gründen konnten aus diesem Geviert auch nicht die Gebiete ausgespart werden, an deren Zuordnung keine Zweifel bestanden: Altstadt und Neustadt (City). Daß St. Georg, St. Pauli, Altona und Eppendorf zentrale Standorte beherbergten, war ebenfalls sicher, unsicher war dagegen, wie diese Zentren gegen ihre Umgebung abzugrenzen waren. Überhaupt keine Klarheit bestand für alle übrigen Bereiche des Gevierts. Durch die besondere Bearbeitung wurden hier noch 7 weitere Zentren herausgeschält: Rotherbaum, Schulterblatt, Eimsbüttel, Hoheluft, Hofweg, Uhlenhorst und Hohenfelde. Bei dieser Bearbeitung wurde in folgender Weise vorgegangen. Für das gesamte Geviert wurde ma-

Tabelle 6

Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr und ihre Beschäftigten in ausgewählten Wirtschaftszweigen im Stadtkern und in der weiteren Innenstadt in Hamburg 1961

Nummern der Grundsystematik	Wirtschaftszweige	Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr					
		in Hamburg		im Stadtkern und in der weiteren Innenstadt			
		überhaupt	mit Beschäftigten	überhaupt	in % v. Sp. 1	mit Beschäftigten	in % v. Sp. 2
		1	2	3	4	5	6
4300	Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (Bekleidung, Hausrat usw.)	51	9 250	25	49,0	7 236	78,2
4304	Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (Nahrungs- und Genußmittel)	99	758	16	16,2	162	21,4
43105	Einzelhandel mit Reformwaren	94	292	38	40,4	112	38,4
43143	Einzelhandel mit Wild und Geflügel	30	139	20	66,7	102	73,4
43363/6	Einzelhandel mit Antiquitäten, Kunstgegenständen, Bildern	87	202	74	85,1	171	84,7
43430	Einzelhandel mit Foto- und Kinoapparaten, -bedarf	85	561	61	71,8	446	79,5
43490/4	Einzelhandel mit Galanterie- und Spielwaren	109	541	62	56,9	385	71,2
43600	Apotheken	286	2 144	113	39,5	904	42,2
5096	Reiseveranstaltungen und Reisevermittlung (Reisebüros)	75	688	57	76,0	620	90,1
601	Kreditbanken	208	9 828	150	72,1	8 807	89,6
602	Institute des Sparkassenwesens (ohne Post-, Bausparkassen)	175	4 197	56	32,0	3 071	73,2
6034	Volksbanken, gewerbliche Kreditgenossenschaften	44	525	13	29,5	279	53,1
7000	Hotels und Gasthöfe	233	4 619	131	56,2	3 408	73,8
70010/4	Fremdenheime, Pensionen, Erholungs- und Ferienheime	380	969	328	86,3	782	80,7
70050/2	Cafés, Bars, Tanz-Vergnügungsorte	177	2 429	129	72,9	2 121	87,3
7071	Filmtheater	175	1 470	68	38,9	773	52,6
71000	Arztpraxis (ohne Zahn- und Tierarztpraxis)	2 150	6 240	941	43,8	2 782	44,6
71200/6	Rechts- und Patentanwaltspraxis, Notariat	1 082	3 776	825	76,2	3 104	82,2
71820	Wett- und Lotteriewesen	69	501	49	71,0	396	79,0
71863	Dolmetscher-, Schreib- und Übersetzungsbüros	201	276	110	54,7	167	60,5
7187	Fotografisches Gewerbe	197	625	109	55,3	389	62,2
800	Christliche Kirchen, Orden, religiöse Vereinigungen	265	1 489	88	33,2	576	38,7
	Insgesamt	6 272	51 519	3 463	55,2	36 793	71,4

schinell eine Gruppe ausgesuchter Wirtschaftszweige nach den hier liegenden 1014 Planquadraten aufgelistet. Ausgesucht wurden 22 Wirtschaftszweige, von denen anzunehmen war, daß sie jeweils vorwiegend an zentralen Stellen auftreten, also einen hohen Konzentrationsgrad aufweisen und nicht als „Ubiquitäten“ überall im ganzen Gebiet der Stadt verbreitet sind. Vorwiegend wurden solche Zweige gewählt, die nur in einer relativ kleinen Zahl von Arbeitsstätten in Hamburg vorkommen und möglichst über eine namhafte Zahl von Beschäftigten verfügen. Hinzu kamen noch einige andere, bei denen ebenfalls ein relativ hoher Zentralitätsgrad unterstellt wurde. Um welche Wirtschaftszweige es sich handelte, zeigt Tabelle 6. Bei diesen Zweigen wurde festgestellt, in welchen Planquadraten sie jeweils vorkommen und wieviele Arbeitsstätten mit Beschäftigten dort je Zweig vorhanden waren.

Gruppen von Planquadraten, in denen sich zusätzlich zu hohen Gesamtzahlen an Beschäftigten eine größere Zahl von Zweigen dieser Art zusammenfand, wurden als zentrale Standorte behandelt. Auch die Abgrenzung dieser Zentren richtete sich vornehmlich nach diesem Indiz aus.

3.3 Abgrenzung der zentralen Standorte

Zentren bilden keinen homogenen Block; sie sind in sich wieder gegliedert.

Unter anderem lassen sich etwa nach ihrer räumlichen und funktionellen Beziehung untereinander drei Zonen in einem Zentrum unterscheiden:

- eine innere Zone: sie enthält den Kern des Zentrums mit dem jeweils stärksten Zentralisationsgrad;
- eine mittlere Zone: sie umschließt den Kern und besitzt meist schwächer ausgebildete überörtliche Funktionen als er;
- eine Randzone: in ihr gehen überörtliche und örtliche Funktionen ineinander über.

Wie bereits oben kurz angedeutet wurde, treten die Fälle, in denen sich die einzelnen Zentren am Rande ohne deutlich erkennbaren Übergang in ihrer Umgebung verlieren, besonders häufig in den dichtbesiedelten Teilen der Stadt auf. An der Peripherie der hier liegenden Zentren ist das Gefälle von dem zentralen zu dem lokalen, nachbarschaftsorientierten Bereich mit seinen vielen auf die örtlichen Bedürfnisse abgestellten Ladengeschäften, Reparaturwerkstätten und Dienstleistungsbetrieben selbst mit differenzierter aufgemachten Informationen als den in dieser Arbeit benutzten kaum klar auszumachen. Obendrein sind die in einem solchen Gebiet aus einem Zentrum hinausführenden und eventuell zu einem benachbarten überleitenden, zumeist von besonders bevorzugten Straßen durchquerten Streifen so stark mit Arbeitsstätten besetzt, daß ungewiß bleibt, wie weit es sich bei ihnen um rein dem örtlichen Bedarf dienende Einrichtungen handelt oder um weiter ausgreifende Ausläufer der jeweiligen Zentren mit entsprechendem überörtlichen Charakter. Zonen, in denen relativ viele Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr liegen, finden sich vor allem in dem Gebiet um und zwischen den Zentren Eimsbüttel, Schulterblatt,

Rotherbaum, Hoheluft (Schaubild 2). An besonders hervortretenden Straßen oder Teilen von ihnen wären zu nennen: Mittelweg, Grindelberg, Rentzelstraße, Beim Schlump, Hoheluftchaussee, Eppendorfer Weg, Lappenbergsallee, Langenfelder Damm, Langenfelder Straße, Stresemannstraße, Kieler Straße.

Auswahl und Abgrenzung eines Zentrums stehen zuweilen auch in einem Wechselspiel miteinander. Es blieb manchmal eine Frage des Gefühls, ob man in solchen Fällen ein Zentrum mit zwei ein wenig voneinander abgesonderten Häufungsstellen annehmen wollte oder zwei einander eng benachbarte, aber ansonsten voneinander unabhängige Zentren (Blankenese, Fuhlsbüttel-Ohlsdorf).

Die Abgrenzung der zentralen Standorte wurde in dieser Untersuchung mit Bedacht so angelegt, daß auch noch relativ weit außen liegende Bereiche mit in das Zentrum hineingenommen wurden. Das Phänomen solcher Rand- und Übergangszonen erschien als bedeutungsvoll genug, in dem für die Zentren zusammengestellten Material mit berücksichtigt zu werden. Sollen etwa einzelne Zentren auf ihr inneres Gefüge untersucht werden, können dank einer solchen weiter ausgreifenden Abgrenzung der Zentren Unterlagen — nach Planquadraten — geboten werden, die außer über die Hauptstraßen und -plätze der Zentren auch etwas darüber auszusagen vermögen, wie es in Parallel- und Nebenstraßen im weiteren Umkreis aussieht. Daher wurden auch alle die Planquadrate mit erfaßt, deren Einrichtungen noch in irgendeinem, wenn auch noch so losem Zusammenhang mit dem Zentrum zu stehen und noch eine gewisse Fernwirkung — wenn auch in erheblich abgeschwächtem Maße — auszustrahlen schienen. Auf diese Weise sind zum Teil relativ ausgedehnte Zentren entstanden.

Diese relativ weitgezogenen Grenzen machen sich am ehesten äußerlich in den Angaben über die von den betreffenden Zentren eingenommenen Flächen bemerkbar (Spalte 1 der Tabelle 2 im Anhang, Schaubild 4). Besonders weite Flächen wiesen vor allem die Zentren Harburg, Fuhlsbüttel-Ohlsdorf und Barmbek-Nord sowie ferner Blankenese, Horn, Wilhelmsburg, Bergedorf, Groß Flottbek, Finkenwerder, Eppendorf, Rahlstedt — also vorwiegend weiträumig besiedelte Gebiete — auf.

Bei den Randzonen handelt es sich in der Regel um Komplexe mit Planquadraten, die zumeist um etliches schwächer besetzt sind als die des Kerns. Die Hauptzonen der meisten Zentren — zumal der bedeutenderen — dürften daher durchweg stark genug sein, dem Gesamtbild jeweils ihren Stempel aufzudrücken und Einflüssen aus ihren Randzonen kein übermäßiges Gewicht zu lassen. Selbst in Zentren, deren Randzonen besonders breit ausgezogen sind, besitzt stets der Kern das Übergewicht. So vereinigen in dem Zentrum mit der größten Ausdehnung in der Fläche — Harburg mit 77 Planquadraten — allein 7 einander benachbarte Planquadrate der Kernzone mit etwa 5300 Beschäftigten bereits nahezu die Hälfte aller rund 11400 Beschäftigten dieses Zentrums auf sich. Auf einer etwas größeren Fläche von zusammen 19 Planquadraten — einem Viertel der Gesamtfläche des Zentrums Harburg — sind mit 7340 Personen etwa zwei Drittel der harburgischen

Kapazität konzentriert. Das restliche Drittel verteilt sich auf 58 Planquadrate, von denen 10 dem Kern unmittelbar benachbarte bzw. ihm noch zuzurechnende Planquadrate noch durchweg relativ hohe Besetzungsziffern aufweisen. Zusammen kommen die 29 Planquadrate des Hauptgeschäftsbereiches Harburg auf ca. 8 900 Personen oder rund vier Fünftel aller Beschäftigten in Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr in diesem Zentrum.

4. Größe und Struktur der zentralen Standorte

4.1 Gesamtüberblick

Die hier vorgestellte Auswahl zentraler Standorte enthält insgesamt 40 Positionen. Wie sich diese 40 Zentren innerhalb ganz Hamburgs verteilen, zeigt Schaubild 4. In Tabelle 2 des Anhangs und in Tabelle 7 kann nachgelesen werden, wie sich diese 40 Zentren gegenüber der Summe aller Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr ausnehmen und zu welchen Wirtschaftsbereichen ihre Tätigkeitsgebiete gehören. Mehr als ein Viertel aller Beschäftigten in Hamburg arbeitete 1961 in Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr: 293 400 oder 29 % von insgesamt 1 005 500 Personen.

Innerhalb des Bereichs der Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr hatten zentrale Standorte deutlich das Übergewicht. In Zentren waren 62 % dieser Arbeitsstätten konzentriert: 180 900 oder rd. 61 % von 293 400 Beschäftigten.

Der Einzelhandel führte quantitativ die Reihe der Wirtschaftszweige an. Er stellte die mit Abstand stärkste Gruppe von Beschäftigten; er dominierte damit jedoch nicht (30 %; Spalte 8). Innerhalb von zentralen Standorten war sein Gewicht allerdings um einiges größer und kam um ein erhebliches Stück über den Anteil hinaus, den er außerhalb von Zentren besaß: 33 gegen 25 % (Spalten 11 und 14). Etwa sieben von zehn der in Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr des

Einzelhandelsbereichs beschäftigten Personen waren in zentralen Standorten tätig (68 %; Spalte 10); hier zeigt sich das Gewicht der Waren- und Kaufhäuser sowie anderer Großbetriebe in den Zentren. Bäcker, Konditoren und Schlachter, Maßschneider und die übrigen hier aus dem Produktionsbereich ausgewählten Arbeitsstätten haben mit denen des Handels — aus der Sicht dieser Untersuchung — das entscheidende Kriterium gemein: hier wie da wickelt sich der Verkehr mit dem Publikum in der Regel in einem Verkaufsraum über den Ladentisch ab. Man könnte daher beide Sektoren als einen einheitlichen Komplex, den engeren Bereich des Angebots und Verkaufs von Gütern an jedermann, auffassen. Werden danach die Werte des „Produktions“-sektors zu denen des Handelssektors hinzugeschlagen, so stellte dieser Komplex etwa die Hälfte der Kapazität an Versorgungseinrichtungen: innerhalb von zentralen Standorten waren es gerade die Hälfte, außerhalb von ihnen etwas weniger.

In die andere Hälfte teilten sich Banken und Versicherungen, Gastgewerbe und die übrigen Bereiche wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und Verwaltungstätigkeit. Auffallend ist der starke Zentralisierungsgrad des Bank- und Versicherungswesens in zentralen Standorten; er erreichte mit 76 % aller Beschäftigten dieses Sektors (Spalte 6) einen sonst von keiner anderen Sparte erzielten Höchstsatz.

4.2 Zentrale Standorte insgesamt

Einen Gesamtüberblick über die 40 Zentren als ganze bietet Tabelle 2 des Anhangs. Die Tabelle beschränkt sich nicht auf Daten über die Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr allein, sondern bringt außerdem noch eine Reihe zusätzlicher Angaben, die das Gesamtbild dieser Zentren abrunden: die jeweils eingenommene Fläche, die Zahl der dort vorhandenen Wohnbevölkerung und der dort insgesamt arbeitenden Personen sowie einige mit diesen Merkmalen gebildete Kennziffern.

Tabelle 7

Beschäftigte in Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr in Hamburg 1961 nach Tätigkeitsbereichen sowie nach ihrer Lage innerhalb oder außerhalb von zentralen Standorten

Bereiche	Beschäftigte in													
	allen Arbeits- stätten		in Wirtschaftszweigen mit Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr		in Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr									
					insgesamt			davon						
								innerhalb von			außerhalb von			
								zentralen Standorten						
Anzahl	Anteil der Be- reiche in %	Anzahl	Anteil in % v. Sp. 1	Anteil der Be- reiche in %	Anzahl	Anteil in % v. Sp. 1	Anteil der Be- reiche in %	Anzahl	Anteil in % v. Sp. 6	Anteil der Be- reiche in %	Anzahl	Anteil in % v. Sp. 6	Anteil der Be- reiche in %	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
Einzelhandel	95 927	10	95 927	100	13	87 121	91	30	59 159	68	33	27 962	32	28
Großhandel, Handelsvermittlung Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	102 697	10	93 397	9	12	9 273	9	3	5 352	58	3	3 921	42	3
Verkehr	396 331	39	335 401	64	44	45 602	12	16	24 887	55	14	20 715	45	18
Kreditinstitute	137 993	14	63 093	46	8	11 142	8	4	3 380	30	2	7 762	70	7
Versicherungen	17 595	2	17 595	100	2	17 046	98	6	15 083	88	8	1 963	12	2
Gastgewerbe, Beherbergung ..	16 985	2	16 985	100	2	11 328	66	4	9 936	88	5	1 392	12	1
Dienstleistungen (ohne Gastgewerbe)	26 353	3	26 353	100	4	24 470	92	8	15 732	64	9	8 738	36	8
Organisationen ohne Erwerbscharakter	92 395	9	85 040	92	11	42 132	46	14	25 372	60	14	16 760	40	15
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	14 196	1	14 196	100	2	6 389	45	2	1 968	31	1	4 421	69	4
Land- und Forstwirtschaft	91 833	9	17 261	19	2	38 571	42	13	19 940	52	11	18 631	48	17
Insgesamt	13 225	1	1 872	14	0	282	2	0	103	37	0	179	63	0
Insgesamt	1 005 530	100	767 120	76	100	293 356	29	100	180 912	62	100	112 444	38	100

Schaubild 4

**Zentrale Standorte zur Versorgung der Bevölkerung
in Hamburg 1961**

Bezirk Hamburg-Mitte:

- 101 Hamburg-Altstadt
- 102 Neustadt
- 103 St. Pauli
- 104 St. Georg
- 105 Hamm-Nord
- 106 Horn
- 107 Horn Landstr.
- 108 Veddel
- 108 Finkenwerder

Bezirk Altona:

- 201 Altona
- 202 Bahrenfeld
- 203 Bahrenf. Chaussee
- 204 Blankenese
- 205 Rissen

Bezirk Eimsbüttel:

- 301 Eimsbüttel
- 302 Schulterblatt, Bhf. Sternschanze
- 303 Hoheluft
- 304 Rotherbaum
- 305 Lokstedt
- 306 Niendorf
- 307 Schnelsen
- 308 Eidelstedt

Bezirk Hamburg-Nord:

- 401 Eppendorf
- 402 Groß Borstel
- 403 Winterhude, Winterh. Marktplatz
- 404 Uhlenhorst
- 405 Hofweg, Mühlenkamp, Winterh. Weg
- 406 Hohenfelde, Lübecker Straße, Wartenau
- 407 Dulsberg
- 408 Barmbek-Nord
- 409 Fuhsbüttel-Ohlsdorf
- 410 Langenhorn-Mitte, Langenh. Chaussee

Bezirk Wandsbek:

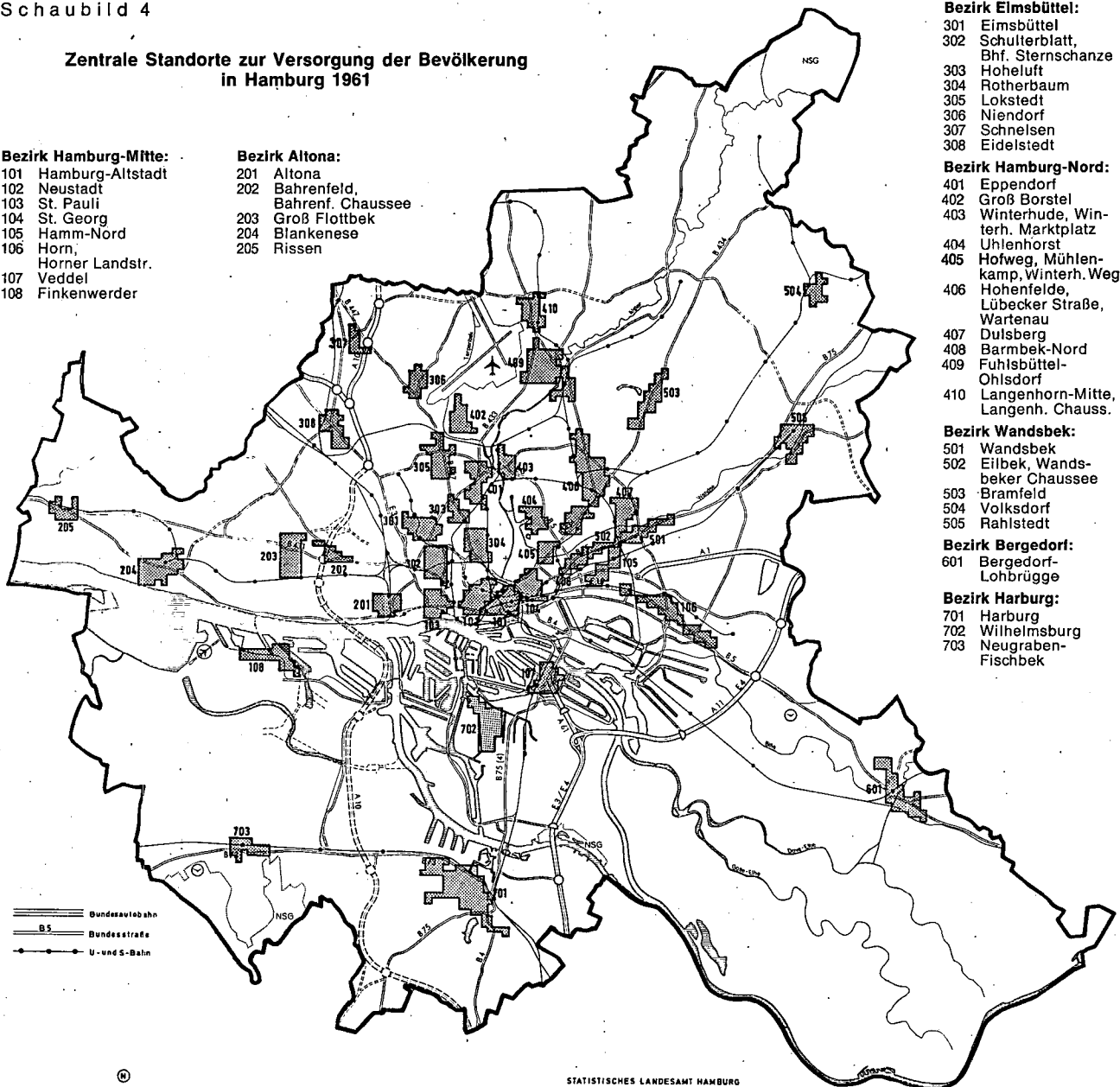
- 501 Wandsbek
- 502 Eilbek, Wandsbeker Chaussee
- 503 Bramfeld
- 504 Volksdorf
- 505 Rahlstedt

Bezirk Bergedorf:

- 601 Bergedorf-Lohbrügge

Bezirk Harburg:

- 701 Harburg
- 702 Wilhelmsburg
- 703 Neugraben-Fischbek



Unter den verschiedenen Möglichkeiten, das in der Tabelle vorgelegte Material zu gruppieren, ist hier die gewählt worden, die Zentren nach der Zahl der in den Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr arbeitenden Personen als dem für die Bedeutung des einzelnen Zentrums entscheidenden unter den verfügbaren Merkmalen zu ordnen (Spalte 11). Von einigen anderen Gruppierungen soll später noch die Rede sein.

4.2.1 Die Innenstadt als Hauptzentrum

Diese Reihenfolge hebt die überragende Stellung der Zentren Altstadt und Neustadt besonders deutlich hervor. Beide Standorte bilden in der Innenstadt Hamburgs einen eng miteinander zusammenhängenden durch keinerlei besondere Grenzen oder Zwischenräume voneinander getrennten Komplex. Obwohl sie daher nahtlos ineinander übergehen, wurden sie in dem hier vorgelegten Untersuchungsmaterial doch wie zwei getrennte Zentren behandelt. Auf diese Weise sollte das be-

sondere Gewicht und die eigene Struktur herausgestellt werden, die dem von der Transversalen Hauptbahnhof-Mönckebergstraße-Jungfernstieg durchlaufenen Teil dieses an sich relativ geschlossenen Gebietes „City“ zukommt, der vorwiegend in dem Stadtteil Altstadt liegt — bei der Abgrenzung dieses Zentrums Altstadt wurde im übrigen den ökonomischen und räumlichen Gegebenheiten zuliebe nicht die offizielle Verwaltungsgrenze zwischen beiden Stadtteilen eingehalten, sondern an ihrer Stelle eine etwas weiter in das Gebiet des Stadtteils Neustadt hinein verschobene gewählt. Für die an dieser Stelle anzustellenden Betrachtungen empfiehlt es sich, Altstadt und Neustadt zunächst als eine Einheit zu behandeln.

In den Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr der Zentren in Altstadt und Neustadt arbeiteten zusammen rd. 63 800 Personen (Spalte 11). Alle übrigen 38 Zentren zusammen brachten es dagegen mit 117 100 nicht einmal ganz auf das Doppelte dieser Zahl (127 600). 63 800 Beschäftigte der Innenstadt waren etwas mehr als ein Fünftel aller Beschäftigten in den Arbeitsstät-

ten mit Publikumsverkehr von ganz Hamburg (293 400). Den Hauptanteil an dieser beträchtlichen Konzentration in der Innenstadt hat das Zentrum Altstadt mit seinen 47 400 Personen — nicht viel weniger als das Dreifache der Besetzung in der Neustadt und rund ein Sechstel der Beschäftigten in allen Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr Hamburgs:

Keines der übrigen 38 Zentren ist so groß, daß es auch nur annähernd an das Niveau von Altstadt und Neustadt zusammen herankommt. Die allermeisten von ihnen nehmen sich neben diesem „Giganten“ sogar als winzig aus. 27 Zentren (mit weniger als 4 000 Beschäftigten), also etwa rund zwei Drittel aller Zentren stellen weniger als ein Viertel (23 %) der Gesamtkapazität von 180 900 Beschäftigten. Auch von den übrigen 11 größeren Zentren (mit mehr als 4 000 Beschäftigten) reicht kein einziges voll an den Umfang selbst des kleineren Oberzentrums Neustadt heran; wenn auch Harburg und St. Georg der Neustadt an dritter und vierter Stelle relativ dicht auf folgen. In etwa mit dem Niveau der Neustadt vergleichbare Größenordnungen bekäme man allenfalls noch, wenn man einander relativ dicht benachbarte und zum Teil an ihren Rändern auch ineinander übergehende Zentren zu einem Komplex zusammenfassen und ihre Kapazitäten zu einer Summe zusammenziehen würde: bei Altona und St. Pauli zusammen wären das 13 600 Personen; oder noch um ein gutes Stück weitergegriffen: Rotherbaum, Schulterblatt, Eimsbüttel, Hoheluft, dann hätte man mit 17 500 Personen sogar etwas mehr als das Zentrum Neustadt (Schaubild 2). Das Niveau des Zentrums Altstadt bliebe auch dann immer noch weit darüber, vermutlich sogar dann noch, wenn in den Summen der beiden genannten Komplexe auch die Kapazitäten miteingerechnet würden, die in den hier nicht mitgezählten Räumen stehen, die die einzelnen Zentren jeweils miteinander verbinden. Dominierende Stellung des Komplexes Altstadt und Neustadt sowie die weite Spanne, die diese beiden Zentren von der Mehrzahl der übrigen relativ kleinen Zentren trennt, sind die hervorstechendsten der aus der Reihung nach der Größe der Kapazitäten abzulesenden Auskünfte.

4.2.2 Die Groß- und Mittelzentren

Als drittes Element wäre die Stellung der 11 auf Altstadt und Neustadt folgenden Zentren hervorzuheben. Lassen sich Altstadt und Neustadt als Hauptzentrum ansprechen, und die 27 kleineren als Neben- oder Unterzentren, so käme ihnen in einer Klassifizierung nach Stufen etwa das Prädikat **Groß- oder Mittelzentrum** zu. Zusammen stellen diese 11 etwa zwei Fünftel der Gesamtkapazität aller 40 Zentren, also erheblich mehr als ihrem Anteil an der Gesamtzahl der Zentren (ein Viertel) entspricht. Von der Gesamtkapazität der 38 Zentren ohne das Hauptzentrum Altstadt-Neustadt (117 100 Personen) vereinigen sie mit 74 700 Personen rund zwei Drittel (64 %) auf sich.

Bei diesen 11 Zentren lassen sich zwei Kategorien besonderen Ursprungs unterscheiden:

Harburg, Bergedorf sowie Altona und Wandsbek sind Zentren in Stadtteilen, welche die Kerne früher selbständiger Gemeinden umfassen; St. Georg, St. Pauli, Schulterblatt, Rotherbaum, Eims-

büttel, Eppendorf, Barmbek-Nord gehören zu Stadtteilen, die in der erweiterten Innenstadt oder wie Eppendorf und Barmbek-Nord an ihrem Rande gelegen, Zonen mit dichter Besiedlung und eingestreuten Stellen lebhaften Verkehrs (Mischgebiete) bilden, die Geschäfts- und Wohngegend zugleich sind.

Bei Harburg und Bergedorf tritt dieser Ursprung — durch die topographische Situation vorgezeichnet — noch immer deutlich hervor. Vor allem Altona aber auch Wandsbek gehören dagegen inzwischen längst entsprechend ihrer Lage zu der Kategorie der innerstädtischen Mischgebiete, ohne jedoch ihren ursprünglichen Charakter ganz zu verleugnen.

Das Zentrum Harburg steht mit einer Kapazität von 11 400 Beschäftigten in der Rangfolge der Zentren an dritter Stelle; Bergedorf hält immerhin mit fast 5 200 Personen die zehnte.

Die Anhangtabelle 2 enthält noch eine Fülle von Informationen. Sie sollen dem Benutzer Anregungen geben und bei eigenen Arbeiten weiterhelfen.

Lediglich auf 2 Punkte sei hier noch eingegangen:

- a) die Bedeutung der Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr für das einzelne Zentrum insgesamt;
- b) die Größe der von den einzelnen Zentren eingenommenen Fläche.

4.2.3 Die Bedeutung der Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr für die Struktur der einzelnen Zentren.

In einem wie starken Maße die Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr die Struktur der zentralen Standorte bestimmen, wäre abzulesen an dem %-Anteil, den die in ihnen beschäftigten Personen an der Gesamtzahl der in diesem Gebiet beschäftigten Arbeitskräfte haben (Spalte 16). Es gibt einige, allerdings nicht sonderlich viele Zentren, in denen die Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr das eigentliche Potential bestimmen. Zu diesen Zentren gehören in der Reihenfolge des Anteils dieser Einrichtungen:

Rissen	79,4	Eppendorf	61,8
Volksdorf	72,9	Horn	61,0
Neugraben	71,1	Blankenese	60,1
St. Pauli	70,6	Barmbek-N	58,2
Bramfeld	69,5	Rahlstedt	58,0
Eimsbüttel	62,7	Dulsberg	56,7

Die Zahl der Zentren, bei denen es umgekehrt ist, deren Gesamthabitus also so gut wie gar nicht von Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr bestimmt wird, ist noch geringer:

Finkenwerder	10,1	Hamm-Nord	15,5
Bahrenfeld	12,3	Lokstedt	23,7

In allen übrigen Fällen teilen sich die Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr das Zentrum mit anderen Funktionen des hamburgischen Wirtschaftslebens. Relativ hohe Anteile können die Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr noch in einer ganzen Reihe von Zentren für sich buchen, insbesondere in: Altstadt, St. Georg, Barmbek-Nord, Bergedorf, Wandsbek, Winterhude sowie noch in 7 oder 8 kleineren Zentren. Unter den Zentren mit relativ schwachem Anteil dieser Arbeitsstätten stehen: Neustadt, Harburg, Altona, Rotherbaum und Schulterblatt.

4.2.4 Die zentralen Standorte nach der Größe der Fläche

Wie bereits oben erwähnt wurde, sind die zentralen Standorte mit Bedacht so angelegt worden, daß auch noch relativ weit außenliegende Bereiche mit in das Zentrum hineingenommen wurden. Auf diese Weise sind relativ ausgedehnte Zentren entstanden.

Ordnet man die Zentren nach der Größe der von ihnen eingenommenen Fläche, so erscheinen Altstadt und Neustadt, der Größe ihrer Versorgungskapazität nach an erster und zweiter Stelle, erst an zwölfter (Neustadt 100 ha) oder sechzehnter Stelle (Altstadt 96 ha). Die Gruppe, der vor ihnen beiden rangierenden 14 Zentren und der die gleiche Fläche wie die Altstadt einnehmenden 3 Zentren ist sehr heterogen zusammengesetzt. Außer Altona, St. Pauli und Wandsbek befinden sich alle 13 Zentren hoher Kapazität darunter — allerdings in wesentlich anderer Reihenfolge, als sie sich aus der nach Anhangtabelle 1 bekannten ergibt. Neben diesen immerhin auch sonst zur Spitzengruppe zählenden Zentren stehen aber mit ihrer Fläche in sogar sehr weit vorn liegenden Positionen auch solche Zentren, die ihrer Versorgungskapazität nach wesentlich weiter hinten rangieren wie: Fuhlsbüttel-Ohlsdorf mit 200 ha (wie Altstadt und Neustadt zusammen) an zweiter Stelle (14. Stelle in Anhangtabelle 2); Blankenese mit 148 ha an vierter Stelle (18. Stelle); Horn = 140 ha, 5:15; ähnlich weiter Wilhelmsburg, Groß Flottbek, Finkenwerder, Rahlstedt, Bramfeld, Lokstedt. Diese Unterschiede in den für die einzelnen Zentren ausgewählten Flächen sind zu beachten, sollen Schlüsse gezogen werden aus den verschiedenen in der Tabelle aufgeführten und auf die Fläche oder auch auf die — allerdings wiederum nicht immer mit der Fläche korrespondierenden — Bevölkerung bezogenen Kennziffern.

4.3 Die Branchenstruktur der zentralen Standorte

Auswahl und Abgrenzung der zentralen Standorte hatten sich zur Hauptsache gestützt auf Angaben über die Zahl der Beschäftigten in Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr. Art und Umfang der beteiligten Gewerbe- und Tätigkeiten hatten dagegen völlig hintangestanden; lediglich in einigen Ausnahmefällen waren sie für diese Aufgabe mit herangezogen worden.

Als zentrale Standorte im Sinne dieser Untersuchung sollten, wie erwähnt, solche Stellen in der Stadt gelten, an denen sich Einrichtungen häufen, die den verschiedenen Bedürfnissen der Bevölkerung — Einkauf, Kultur, Verwaltung, Erholung usw. — dienen. Als zentrale Standorte waren daher nur solche Häufungsstellen anzusprechen, die außer einem gewissen Umfang auch noch eine gewisse Breite und Mannigfaltigkeit in ihrem Leistungsspektrum auswiesen.

Wie es damit steht und ob die Auswahl solche Stellen getroffen hat, zeigen die Tabellen 3 und 4 des Anhangs. Das Grundmaterial für diese beiden Tabellen umfaßt insgesamt 416 Blatt Maschinentabellen. In diesem Material erscheinen gesondert für jedes der

40 Zentren alle an der Versorgung der Bevölkerung beteiligten Gewerbe und Tätigkeiten in der Gliederung nach der Systematik der Wirtschaftszweige für die Arbeitsstättenzählung 1961, und zwar in der vollen Tiefe dieser Gliederung. Schon allein an der Zahl der in den einzelnen Zentren auftretenden Wirtschaftszweige läßt sich durchweg ein relativ hoher Differenzierungsgrad ablesen (Spalte 13 der Tabelle 3 des Anhangs). Je kleiner die Zentren werden — gemessen an der Zahl der dort in Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr Beschäftigten (Spalte 1) —, um so geringer wird alles in allem auch die Zahl der beteiligten Wirtschaftszweige. Aber selbst die nur 60 bis 80 Wirtschaftszweige in den kleinsten Zentren nehmen sich neben den 100 bis 200 Wirtschaftszweigen der um vieles größeren Zentren immer noch keineswegs gering aus.

Diese tiefe Gliederung nach Wirtschaftszweigen kann hier nicht im entferntesten in allen Einzelheiten vorgestellt werden. Für die Anhangtabelle 3 wurde das gesamte Bündel an Daten daher zu einigen wenigen Angaben je Zentrum zusammengepreßt. Dazu wurden 5 Tätigkeitsbereiche unterschieden. Unter der Bezeichnung „Gütersektor“ wurden alle Einrichtungen des Angebots und Verkaufs von Gütern an jedermann — der Abteilungen 2, 3 und 4 der Systematik = Verarbeitendes Gewerbe und Handel — zusammengefaßt. Unter der Bezeichnung „Dienstleistungen“ sind alle in Betracht kommenden Tätigkeiten der Abteilung 7 = Dienstleistungen der Systematik (ohne Gastgewerbe) zu verstehen. Die letzte Rubrik „übrige Tätigkeiten“ hat alle Tätigkeiten aus den Abteilungen 5 (Verkehr), 8 (Organisationen ohne Erwerbscharakter) und 9 (Gebietskörperschaften) aufgenommen.

In dem so entstandenen groben Schema geht zwar die Vielfalt dessen verloren, was den besonderen Charakter des einzelnen Zentrums ausmacht, aber auch so bleibt das sich in dieser Übersicht abzeichnende Bild noch recht instruktiv. Selbst in diesen groben Zügen spiegelt sich bei jedem Zentrum immer noch eine beachtliche Vielfalt; sie ist durchweg auch bei den kleineren Zentren vorhanden, wenn es hier bei dem geringeren Volumen auch nur ein Mindestmaß an Mannigfaltigkeit sein kann.

Unter allen 40 Zentren zeigt sich nicht ein einziges, das als wirklich einseitig ausgerichtet angesprochen werden könnte, das daher nicht auch an jedem der 5 Tätigkeitsbereiche beteiligt wäre. Diese Beteiligung kann gelegentlich in dem einen oder anderen Bereich auf ein Minimum sinken. Am ehesten zeigt sich das für den Banksektor. Aber selbst dort sind es nur relativ wenige und dann vornehmlich auch kleinere Zentren mit nur einigen hundert Beschäftigten, die weniger als 30 im Bank- und Versicherungswesen beschäftigte Personen ausweisen.

Insbesondere ist nahezu jedes Zentrum in erheblichem Maße ausgestattet mit Dienstleistungsbetrieben mannigfacher Art (Spalten 9 und 10 der Tabelle 3 des Anhangs); das gilt selbst für die Zentren geringeren Ranges. Der Anteil der Beschäftigten in diesem Sektor an der Gesamtzahl der in allen 5 Tätigkeitsbereichen Beschäftigten bewegt sich zumeist auf einem Niveau zwischen 15 und 25 % und sinkt nur zweimal aus besonderen Gründen unter 10 %. Auch in den kleineren Zentren werden vorwie-

gend noch Beschäftigtenzahlen zwischen 100 und 200 Personen in Dienstleistungsbetrieben gezählt.

Relativ bunt ist das Bild, das die Beteiligung von Einrichtungen aus dem Sektor der „übrigen Tätigkeiten“ (Spalten 11 und 12) zeigt. Die Zahl der jeweils hier Beschäftigten schwankt erheblich, und die Skala der Anteilssätze reicht von 1,5% bis 58,5% im anderen Extrem. Wesentlich weniger als mindestens 100 Beschäftigte sind aber auch hier ganz selten.

Der Gütersektor (Spalten 3 und 4) hat zwar so gut wie ausnahmslos den ersten Platz unter den Tätigkeitsbereichen — nur in St. Pauli überwiegt natürlich das Gastgewerbe, aber auch nur um einige 100 Personen gegenüber dem Gütersektor; auch in Rissen hat ein anderer Bereich, der der „übrigen Tätigkeiten“ (Krankenhaus) das Übergewicht; schließlich werden in St. Georg und in Fuhlsbüttel-Ohlsdorf die Werte des Gütersektors von denen anderer Tätigkeitsbereiche nahezu erreicht. Aber nur in 11 Fällen geht sein Anteil über zwei Drittel hinaus, und dann in der Regel auch nur geringfügig: der höchste Satz beträgt 73,3% in dem Zentrum Eilbek, Wandsbeker Chaussee, wo vor allem nur einige wenige Beschäftigte im Sektor der „übrigen Tätigkeiten“ zu finden sind — eine Zahl von 39 Beschäftigten ist eine der niedrigsten in diesem Sektor überhaupt.

Mit Eilbek, Wandsbeker Chaussee haben die übrigen 10 Zentren — Schulterblatt, Eimsbüttel, Horn, Hofweg, Hohenfelde, Dulsberg, Hamm-Nord, Groß Flottbek, Bahrenfeld und Schnelsen — durchweg gemeinsam, von Gebieten mit ausgeprägtem Wohncharakter umgeben zu sein. Aber auch sie alle sind, wie die Zahlen zeigen, bei allem Gewicht, das hier dem Gütersektor und insbesondere dem Einzelhandel zukommt, noch etwas mehr als allein ein Einkaufszentrum.

Die relativ globalen Angaben der Anhangtabelle 3 werden ergänzt durch die Tabelle 4 des Anhangs. Sie beschäftigt sich noch einmal besonders mit den Verhältnissen bei den 13 größten Zentren⁴⁾. Mit ihren differenzierteren Angaben — sie unterscheidet nach 26 Wirtschaftszweigen und je einer Sammelposition für die drei Tätigkeitsbereiche Gütersektor, Dienstleistungen und übrige Tätigkeiten — führt sie weit in die Einzelheiten der 13 Zentren hinein und offenbart eine Fülle charakteristischer Besonderheiten, die die einzelnen Zentren voneinander unterscheiden. Insgesamt verstärken diese Einzeldaten den bereits aus der Anhangtabelle 3 gewonnenen Eindruck großer Mannigfaltigkeit. Diesen Eindruck bestätigen insbesondere auch die drei Sammelpositionen der Tabelle 4. Hinter ihren Summen steht zwar nicht überall, aber doch in der Mehrzahl der Fälle eine ganze Skala verschiedenster Tätigkeiten, die hier nur nicht alle einzeln aufgeführt werden konnten.

Diese Vielfalt kann hier nur ganz cursorisch behandelt werden — für mehr fehlt der Platz. Nur einige wenige besonders hervorstechende Punkte seien kurz genannt.

Für die Altstadt ist zu bemerken der ungemein hohe Anteil des Einzelhandels mit Waren verschiede-

ner Art (insbesondere Warenhäuser) an der Gesamtzahl dieser Branche in allen 13 Zentren; mit 5 137 Beschäftigten mehr als die Hälfte von insgesamt 9 443 Personen. Der Einzelhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln tritt in der Altstadt dagegen nur relativ schwach auf (836 von insgesamt 8 211 Personen). Dafür ist der Einzelhandel mit Bekleidung usw. wieder besonders stark vertreten. Ungemein groß ist auch der Anteil der Altstadt an der Kapazität des Bank- und Versicherungswesens sowie bei den Rechtsanwälten.

Im Gastgewerbe haben dagegen St. Georg und St. Pauli mehr Gewicht. Das Gewicht dieses Gewerbebezuges ist auch in der Neustadt relativ hoch; ebenso steht es hier bei dem Einzelhandel mit Bekleidung usw. sowie bei den Maßschneidern.

Harburg und Barmbek-Nord sind vor allem die beiden größten Standorte für den Einzelhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln.

Im Zentrum Rotherbaum haben die Versicherungen einen besonderen Platz.

Als Gesamteindruck ist dieser Tabelle zu entnehmen, daß sich die Tätigkeit in allen 13 Zentren auf so gut wie alle aufgeführten Wirtschaftszweige erstreckt. Die Anteile der einzelnen Zweige mögen hier und da verschwindend gering sein, vertreten sind sie überall nahezu ausnahmslos. Reisebüros und Versicherungen sind die einzigen Zweige, die gelegentlich nicht vorkommen — Versicherungen auf St. Pauli (im Jahre 1961); Reisebüros ebenfalls auf St. Pauli, Barmbek-Nord und Eimsbüttel.

4.4 Arbeitsstätten des Einzelhandels und ihr Umsatz

Das Planquadratverfahren gestattet es, verschiedene aus voneinander unabhängigen Quellen stammende Angaben miteinander zu verbinden. Die Brücke zwischen diesen Angaben ist die Nummer des Planquadrats; jegliche Art Unterlagen lassen sich, sind sie mit der gleichen Nummer ausgezeichnet, zu einer Einheit zusammenführen. Die in der Anhangtabelle 2 aufgeführten Daten sind, obwohl zum Teil aus verschiedenen Erhebungspapieren stammend, so zusammengekommen. Auf diese Weise ließen sich noch manche Daten aus anderen Erhebungen an das Gerüst der Arbeitsstättenzählung anhängen.

Ein Beispiel für eine solche Zusammenführung kann auch hier noch gegeben werden. Für einen Tätigkeitsbereich konnten über die Daten der Arbeitsstättenzählung hinaus Angaben aus einer anderen Quelle geschöpft werden: für den Einzelhandel. Im Zuge der Aufbereitung waren damals Unterlagen der Arbeitsstättenzählung und der Handels- und Gaststättenzählung 1960 aneinander vorbeizuführen gewesen. Bei dieser Gelegenheit wurden für den Einzelhandel einige Angaben aus dem Handelszensus in die der Arbeitsstättenzählung übernommen. Das waren insbesondere die Umsätze.

Die Angaben für die 40 zentralen Standorte enthalten daher für den Bereich des Einzelhandels auch Werte über die Umsätze. Allerdings war es nicht möglich für alle in der Arbeitsstättenzählung erfaßten Einheiten Umsatzangaben zu erhalten (starke Fluktuation zwi-

⁴⁾ Die Tabelle mußte aus Platzgründen auf diesen Umfang beschränkt werden.

schen den beiden Erhebungsterminen u. dgl.). Immerhin kamen Werte für insgesamt 8 450 Arbeitsstätten zusammen; das waren rund 80% der insgesamt in den 40 Zentren ausgewiesenen Arbeitsstätten des Einzelhandels. Bei den Beschäftigten war ihr Anteil sogar noch um einiges höher: 51 625 von insgesamt 59 189 Personen. Die Ergebnisse für die einzelnen Zentren zeigt Tabelle 8.

Tabelle 8

**Zentrale Standorte in Hamburg,
Beschäftigte und Umsätze in ausgewählten Arbeitsstätten
des Einzelhandels
nach der Handels- und Gaststättenzählung 1960**

Lage des Zentrums	Arbeits- stätten insgesamt	Zahl der Beschäf- tigten	Gesamt- umsätze in 1000 DM	Umsätze je Be- schäftigten
	1	2	3	4
Altstadt	564	13 988	789 850	56 466
Neustadt	541	3 587	173 317	48 318
Harburg	618	3 781	162 184	42 894
Barmbek-Nord ..	435	2 176	106 239	48 823
Eppendorf	459	2 252	96 127	42 685
Altona	244	1 977	90 702	45 879
St. Georg	305	1 730	82 039	47 421
Bergedorf- Lohbrügge ..	288	1 942	79 584	40 980
Eimsbüttel	370	1 837	77 747	42 323
Wandsbek	140	1 587	71 454	45 025
Schulterblatt, Sternschanze	461	1 593	63 508	39 887
St. Pauli	413	1 342	60 021	44 725
Horn, Horner Landstraße ..	288	1 283	53 309	41 550
Rotherbaum	287	966	41 569	43 032
Wilhelmsburg ..	220	853	37 902	44 434
Hofweg, Mühlen- kamp, Winter- huder Weg ..	213	761	32 878	43 204
Fuhlsbüttel- Ohlsdorf	221	827	33 424	40 416
Winterhude, Winterhuder Marktplatz	207	740	31 467	42 523
Hoheluft	189	723	28 567	39 512
Blankenese	173	612	25 688	41 974
Hamm-Nord	128	499	25 148	50 397
Dulsberg	155	549	23 471	42 752
Bramfeld	164	615	23 067	37 507
Groß Flottbek ..	130	539	22 268	41 314
Uhlenhorst	138	525	20 937	39 880
Rahlstedt	112	475	20 867	43 931
Hohenfelde, Lübecker Straße, Wartenau	129	431	18 600	43 155
Eilbek, Wandsbeker Chaussee	104	506	16 819	33 239
Finkenwerder ..	91	316	15 027	47 554
Volksdorf	56	321	12 935	40 296
Veddel	54	211	12 169	57 673
Bahrenfeld, Bahrenfelder Chaussee	75	250	12 194	48 776
Langenhorn- Mitte, Langenhorn Chaussee	82	309	11 511	37 252
Niendorf	61	263	10 768	40 943
Rissen	56	210	9 321	44 386
Lokstedt	67	206	9 168	44 505
Eidelstedt	54	279	8 781	31 473
Groß Borstel ...	62	190	8 974	47 232
Schnelsen	61	190	7 911	41 637
Neugraben- Fischbek	35	184	6 872	37 348
Insgesamt	8 450	51 625	2 434 384	47 155

Der Repräsentationsgrad dieser auswertbaren Unterlagen ist in den einzelnen Zentren und Wirtschaftszweigen verschieden. Es wurde daher darauf verzichtet, Beziehungen zwischen den Umsätzen und den anderen bisher bekanntgegebenen Daten herzustellen. Immerhin spiegeln auch die Umsätze in etwa den aus der Anhangtabelle 1 gewonnenen Eindruck von dem Verhältnis der einzelnen Zentren untereinander.

Einige relativ hohe Umsätze je Beschäftigten einer Anzahl kleinerer Zentren — der krasseste Fall zeigt sich bei der Veddel mit einem höheren Umsatz je Beschäftigten als selbst in der Altstadt — beruhen auf gewissen Besonderheiten in diesen Zentren, auf die hier aus Gründen der Geheimhaltung nicht näher eingegangen werden kann.

5. Schlußbemerkungen

Dieser Beitrag war angelegt als Einführung. Er konnte und wollte keine umfassende statistische Analyse zentraler Standorte in Hamburg sein. Seine Aufgabe war, an die Daten heranzuführen, insbesondere zu zeigen, wie das Material gewonnen wurde, und so dem Benutzer die Hinweise zu geben, die er braucht, um das angewendete Verfahren richtig bewerten und ihm vorgelegte Daten sachgerecht verwerten zu können.

Es hätte an sich nahegelegen, noch auf eine Reihe anderer Beispiele einzugehen. Das hätte aber den Rahmen dieser Einführung gesprengt. Außerdem reichte auch die Kapazität der Programmierer nicht dazu aus, zu ihrer bereits bestehenden Belastung auch noch die Aufgabe zu übernehmen, die zum Teil recht komplizierten Anweisungen für den Ablauf der maschinellen Bearbeitung eines solchen ausgedehnten anspruchsvollen Programms aufzustellen.

Immerhin seien hier einige der am ehesten in Betracht kommenden Punkte angedeutet:

- Darstellung des inneren Gefüges der einzelnen Zentren, die etwa zeigt, wie sich der Kern eines Zentrums und die ihn umgebenden Zonen in ihrem Gewicht gegeneinander absetzen und was die spezifischen Züge sind, die die einzelnen Zonen voneinander unterscheiden; ferner Unterscheidungen nach Besonderheiten der Geschäftslage (bevorzugt — ruhig), Standorte von Großbetrieben (Waren- und Kaufhäusern insbesondere), Standorte bestimmter Branchen u. dgl.;
- Klassifizierungen und Gruppierungen der Zentren, die über die bloße Reihung nach der Gesamtzahl der Beschäftigten in Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr hinauskommen und sich ausrichten an der „Qualität“ der Zentren, an ihrem „Sortiment“, der Art, Zahl und Größe der jeweils angesiedelten Einrichtungen u. dgl. im Sinne einer Typisierung;
- Zentralitätsgrad einzelner Branchen, ihre Verteilung über das Stadtgebiet, Anteile der Zentren und der außerhalb von Zentren liegenden Teile der Stadt;
- Verhältnis der Zentren zu den Abgrenzungen nach der offiziellen Verwaltungsgliederung;

- e) Nachweisungen für den Einzelhandel in der Gliederung nach der Art des Unternehmens (Anschlußkunde einer freiwilligen Kette oder Gruppe, Mitglied einer Einkaufsgenossenschaft, Gesellschafter oder Anschlußkunde einer sonstigen Einkaufsvereinigung, Konsumgenossenschaften, Sonstige Verbraucherorganisationen usw.) oder der Bedienungsform (Herkömmliche Bedienung, Selbstbedienung, Teilselbstbedienung).

Das Verfahren mit Planquadraten ist bisher in einem Stadium der Erprobung gewesen. Die weitere Entwicklung bleibt abzuwarten. Insgesamt ist vieles an

den verschiedenen Möglichkeiten zur regionalen Gliederung eines Stadtgebietes noch allzusehr im Fluß, noch manches ist umstritten; es steht daher noch keineswegs fest, welches Verfahren eines Tages den Vorzug erhält. Matti hat in seiner Arbeit mehrfach auf diese Problematik hingewiesen. Auf sie wird hier daher nicht nochmals eingegangen. Immerhin sei soviel erwähnt: Matti meint, eine befriedigende Lösung sei in einer optimalen Kombination von Elementen mehrerer regionaler Gliederungssysteme zu suchen; die Erfahrungen mit dem hier vorgelegten Material deuten in die gleiche Richtung.

6. Zusammenfassung

Die Kapazität moderner Datenverarbeitungsanlagen gestattet es der Statistik unter anderem, ihr Material in sehr tiefreichender regionaler Gliederung nach kleinsten Flächeneinheiten vorzulegen.

Bei der Aufbereitung des Materials der Arbeitsstättenzählung 1961 wurde diese Möglichkeit dazu genutzt herauszufinden, was eine solche kleinräumige Gliederung an statistischen Informationen über zentrale Ständorte in Hamburg herzugeben vermag.

Verwendet wurde dabei das Verfahren mit sogenannten „Planquadraten“. Dieses Verfahren arbeitet mit einem Gitternetz gleich großer geometrischer Flächeneinheiten von 200 x 200 m Größe (Planquadrate). Das gesamte Stadtgebiet Hamburgs ist in insgesamt 18 680 Planquadrate eingeteilt.

Als zentrale Standorte gelten die Stellen in der Stadt, an denen sich auf relativ engem Raum Einrichtungen konzentrieren, die den verschiedenen Bedürfnissen der Bevölkerung — Einkauf, Kultur, Verwaltung, Erholung usw. — dienen.

Eine Eigenschaft haben all diese Einrichtungen miteinander gemein: unmittelbaren Verkehr mit dem Publikum. Als „Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr“ wurden daher auch die für diese Untersuchung ausgewählten Arbeitsstätten bezeichnet.

Die Untersuchung ging rein empirisch vor. Sie beschränkte sich nicht darauf, einfach irgendein vorgegebenes Schema anzuwenden: einen vorweg festgelegten Katalog bestimmter Wirtschaftszweige etwa für die Auswahl der Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr oder irgendeine Liste vorweg als zentrale Standorte ausgesuchter Stellen in der Stadt. Sie sollte vielmehr gerade im Gegenteil möglichst unabhängig von jeglichem Schema arbeiten. Allein die jeweiligen Gegebenheiten des konkreten Falles sollten bestimmen: die gesamten verwertbaren Angaben im einzelnen Fragebogen und eventuelle ergänzende Auskünfte darüber, welche der Arbeitsstätten als Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr anzusprechen sind; die Lage im Gitternetz der Planquadrate darüber, welche Standorte den Charakter zentraler Standorte besitzen.

Aufgabe dieses Beitrags war es weniger, gewonnene Ergebnisse darzustellen, als vor allem zu zeigen, wie bei der Aufbereitung des Materials vorgegangen wurde. Dabei wurden nicht allein die beträchtlichen Möglichkeiten des Verfahrens herausgehoben, sondern ebenso sehr seine kritischen Punkte, seine erheblichen tatsächlichen Schwierigkeiten und seine mannigfachen Unsicherheiten.

Insgesamt wird man sich bei Ergebnissen allein aus einer Arbeitsstättenzählung mit ihren relativ dürftigen Angaben stets mit Annäherungswerten bescheiden müssen. Die relevanten Tatbestände und ihre Proportionen dürften dennoch trotz aller Problematik hinreichend exakt herauskommen.

Die räumliche Verteilung der als Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr ermittelten Einheiten und der in ihnen beschäftigten Personen über das Gebiet der Stadt wurde maschinell Planquadrat für Planquadrat in dem Gitternetz des Planquadratsystems wie auf einem Schachbrett aufgezeichnet.

Die so geordneten Angaben wurden in das korrespondierende Netz eines Stadtplans übertragen. Auf diese Weise wurden numerische und topographische Informationen miteinander kombiniert. Überall dort, wo „markante“ Punkte im Stadtbild und relativ hohe Beschäftigtenzahlen in einer größeren Gruppe von Planquadraten

zusammentrafen, wurden zentrale Standorte angenommen. Für das Gebiet der weiteren Innenstadt mit ihren besonders komplexen Verhältnissen reichten diese Informationen nicht. Für diesen Bereich wurden daher Angaben über eine Reihe ausgewählter besonders „zentralitätsverdächtiger“ Versorgungszweige zu Hilfe genommen.

Die Abgrenzung der zentralen Standorte gegen ihre Umgebung wurde mit Bedacht so angelegt, daß auch noch relativ weit außenliegende Bereiche mit in das Zentrum hineingenommen wurden. Auf diese Weise sind zum Teil relativ ausgedehnte Zentren entstanden.

Insgesamt 40 der in dem Gitternetz des Stadtplanes hervorgetretenen Häufungsstellen von Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr wurden näher untersucht.

In diesen Zentren waren 61 % der Versorgungskapazität konzentriert: 180 900 von 293 400 Beschäftigten. Die einzelnen Zentren wurden benannt nach den Gebieten, in denen sie lagen.

Eine überragende Stellung unter den Zentren hatten die in Altstadt und Neustadt liegenden. Zusammen brachten sie es auf eine Versorgungskapazität — gemessen an der Zahl der Beschäftigten — von rd. 63 800 Personen = 35 % der gesamten Kapazität in allen 40 Zentren. Den Hauptanteil an dieser Konzentration in der Innenstadt hatte das Zentrum Altstadt mit seinen 47 400 Personen.

Neben Altstadt und Neustadt standen 11 weitere Zentren, denen ein gewisses Gewicht zukam. Mit zusammen 74 700 Personen stellten sie etwa zwei Fünftel der Gesamtkapazität aller 40 Zentren. Zu ihnen gehören Harburg (an der Spitze), Bergedorf, Altona und Wandsbek sowie aus dem Bereich der erweiterten Innenstadt St. Georg, St. Pauli, Schulterblatt, Rotherbaum, Eimsbüttel, Eppendorf und Barmbek-Nord.

Die übrigen 27 Zentren stellten weniger als ein Viertel (23 %) der Gesamtkapazität von 180 900 Beschäftigten.

Bei jedem der 40 Zentren zeigte sich alles in allem eine beachtliche Vielfalt der vorhandenen Branchen, besonders hoch war sie außer in Altstadt und Neustadt auch noch in den 11 anderen Großzentren. Sie war auch noch bei der Masse der kleineren Zentren vorhanden, wenn es sich hier bei dem geringeren Volumen nur um ein Mindestmaß an Mannigfaltigkeit handeln konnte: sie waren vor allem mit Dienstleistungsbetrieben mannigfacher Art (vorwiegend zwischen 100 und 200 beschäftigten Personen in diesem Sektor) ausgestattet.

Willi Lellau

Anhangtabelle 1

**Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr und ihre Beschäftigten in Hamburg 1961
nach Wirtschaftszweigen**

Nummern der Grund- systematik	Wirtschaftszweige	Arbeitsstätten		darunter			
				mit Publikumsverkehr		darunter in zentralen Standorten	
		Anzahl	Beschäftigte	Anzahl	Beschäftigte	Anzahl	Beschäftigte
		1	2	3	4	5	6
4300	Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (Bekleidung, Hausrat usw.)	84	9 306	51	9 250	36	9 221
4304	Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (Nahrungs- und Genußmittel)	108	777	99	758	27	325
4307	Einzelhandel mit Gebrauchsgütern	118	180	116	177	77	125
43100	Einzelhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln verschiedener Art	4 753	15 413	4 629	14 323	1 725	6 224
43105	Einzelhandel mit Reformwaren	94	292	94	292	72	245
43140	Einzelhandel mit Kartoffeln, Gemüse, Obst, Südfrüchten	1 840	4 313	1 330	3 464	642	1 786
43141	Einzelhandel mit Milch, Milcherzeugnissen, Fettwaren, Eiern	749	2 005	636	1 800	270	784
43142	Einzelhandel mit Fischen, Fischerzeugnissen	397	1 064	308	911	167	576
43143	Einzelhandel mit Wild und Geflügel	39	152	30	139	23	125
43144	Einzelhandel mit Süßwaren	355	704	266	553	184	407
43145	Einzelhandel mit Kaffee, Tee und Kakao	491	1 278	420	1 158	267	793
43149	Einzelhandel mit sonstigen Nahrungs- und Genußmitteln	806	2 175	664	1 899	357	1 014
43160	Einzelhandel mit Wein und Spirituosen	203	403	197	390	121	223
43165	Einzelhandel mit Bier u. alkoholfreien Getränken	117	143	106	131	14	19
4319	Einzelhandel mit Tabakwaren	2 035	3 915	1 997	3 807	993	2 003
4320	Einzelhandel mit Textilwaren verschiedener Art	1 039	5 797	706	3 936	409	3 048
4321	Einzelhandel mit Tuchen, Futterstoffen und Meterware	38	299	23	273	18	266
4322	Einzelhandel mit Oberbekleidung	380	5 080	342	5 009	275	4 682
43230	Einzelhandel mit Leibwäsche, Wirk-, Strickwaren, Strümpfen usw.	384	1 322	319	1 196	226	966
43232	Einzelhandel mit Aussteuer-, Haus-, Bett-, Tischwäsche	37	120	25	102	19	90
43234	Einzelhandel mit Mieder- und Korsettwaren	57	250	53	244	47	217
43236	Einzelhandel mit Textilkurzwaren, Schneiderei- bedarf	124	178	31	60	16	37
43238	Einzelhandel mit Handarbeiten, Handarbeitsbedarf	41	88	32	74	27	67
43240/4	Einzelhandel mit Hüten, Mützen und Schirmen	78	317	72	301	59	278
43247	Einzelhandel mit Oberhemden, Blusen, Schals usw.	76	299	50	252	48	249
4325	Einzelhandel mit Kürtischnen	46	175	43	163	38	155
4326	Einzelhandel mit Heimtextilien u. Bettwaren	240	1 519	163	1 370	122	1 215
4327	Einzelhandel mit Sport- u. Campingartikeln	39	142	36	133	23	103
4328	Einzelhandel mit Schuhen und Schuhwaren	268	2 916	254	2 822	192	2 487
43300	Einzelhandel mit Eisen-, Metall-, Kunststoffwaren verschiedener Art	192	863	179	823	109	615
43302	Einzelhandel mit Hausrat aus Eisen, Metall, Kunststoffen	146	489	104	443	61	345
43304	Einzelhandel mit Öfen, Herden, Kühlschränken, Waschmaschinen	56	647	50	223	26	114
43306	Einzelhandel mit Schneidwaren, Bestecken, ähnlichen Stahlwaren	26	77	17	67	15	62
43308	Einzelhandel mit Waffen, Munition, Jagdartikeln	16	51	15	50	11	43
4333	Einzelhandel mit feinkeramischen Erzeugnissen, Haushaltsglaswaren	122	612	116	605	81	522
43360	Einzelhandel mit Möbeln, Einrichtungs- gegenständen	392	2 245	372	2 202	248	1 484
43363/6	Einzelhandel mit Antiquitäten, Kunstgegenständen, Bildern	100	219	87	202	70	164
43369	Einzelhandel mit kunstgewerblichen Erzeugnissen	45	136	40	131	31	111
4339	Einzelhandel mit sonstigen Holz-, Korb-, Kork-, Flechtwaren usw.	36	119	31	111	18	78
43400	Einzelhandel mit elektrotechnischen Erzeugnissen	127	950	102	560	64	456
43404	Einzelhandel mit Rundfunk-, Fernseh-, Phonogeräten, Schallplatten	405	1 989	388	1 919	259	1 529
43407	Einzelhandel mit Leuchten	40	211	40	211	33	201
43430	Einzelhandel mit Foto- u. Kinoapparaten, -bedarf	88	565	85	561	67	483
43435	Einzelhandel mit sonstigen feinmechanischen und optischen Erzeugnissen	61	308	57	297	40	252
4346	Einzelhandel mit Uhren, Edelmetall- und Schmuckwaren	380	1 636	346	1 556	269	1 374
4348	Einzelhandel mit Leder- u. Täschnerwaren (ohne Schuhe)	126	698	119	657	99	566
43490/4	Einzelhandel mit Galanterie u. Spielwaren	167	620	109	541	79	470
43497	Einzelhandel mit Musikinstrumenten	34	74	34	74	30	70
4350	Einzelhandel mit Schreib- u. Papierwaren, Büroartikeln, Briefmarken	460	1 515	393	1 405	250	1 047

Noch: Anhangtabelle 1

Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr und ihre Beschäftigten in Hamburg 1961
nach Wirtschaftszweigen

Nummern der Grund- systematik	Wirtschaftszweige	Arbeitsstätten		darunter			
		Anzahl	Beschäftigte	mit Publikumsverkehr		darunter in zentralen Standorten	
				Anzahl	Beschäftigte	Anzahl	Beschäftigte
		1	2	3	4	5	6
43540	Einzelhandel mit Büchern, wissenschaftlichen und Fachzeitschriften	262	1 384	213	1 137	160	948
43545	Einzelhandel mit Unterhaltungszeitschriften, Zeitungen	435	1 006	221	584	116	357
4357	Einzelhandel mit Musikalien	4	7	4	7	2	4
43600	Apotheken	286	2 144	286	2 144	179	1 453
43604/7	Sonstiger Einzelhandel mit pharmazeutischen Erzeugnissen, Chemikalien	773	2 715	757	2 675	379	1 514
4364	Einzelhandel mit orthopäd. medizinischen Artikeln	39	134	31	111	28	106
4367	Einzelhandel mit Körperpflege-, Wasch-, Reinigungsmitteln	492	1 531	406	1 383	244	971
4370	Einzelhandel mit Brennstoffen	593	2 471	591	2 471	196	840
4375	Einzelhandel mit Mineralölerzeugnissen (Tankstellen-Absatz)	105	701	102	668	42	290
43800	Einzelhandel mit Kraftwagen und Krafträdern	317	3 625	301	3 291	168	1 752
43804	Einzelhandel mit Kraftfahrzeugteilen, -zubehör, -reifen	50	224	44	209	24	99
43807	Einzelhandel mit Fahrrädern, Teilen u. Zubehör, Mopeds	141	448	138	431	63	264
4383	Einzelhandel mit Büromaschinen, -möbeln usw. ..	90	557	84	508	53	363
4386	Einzelhandel mit Nähmaschinen	33	240	29	161	24	137
4389	Einzelhandel mit Landmaschinen u. landwirt- schaftlichen Geräten	3	14	2	11	—	—
43900	Einzelhandel mit Sämereien, Futter-, Düngemitteln	135	379	121	324	57	184
43905	Einzelhandel mit Blumen und Pflanzen	1 091	2 483	820	2 183	428	1 322
4391	Einzelhandel mit lebenden Tieren, zoologischem Bedarf	93	212	86	202	58	146
4393	Einzelhandel mit Lacken, Farben, Tapeten, Linoleum u.ä.	186	720	185	716	106	535
4395	Einzelhandel mit Leder- u. Schuhmacherbedarf ...	37	86	32	78	20	58
4397	Einzelhandel mit Installationsbedarf für Gas, Wasser, Heizung	12	58	11	57	7	40
4399	Einzelhandel mit technischem Bedarf	50	142	47	138	16	60
	Einzelhandel insgesamt	23 282	95 927	20 287	87 121	10 724	59 159
4010	Großhandel mit Getreide, Saaten, Futter-, Düngemitteln	223	2 143	19	205	8	123
4054	Großhandel mit Kohle und sonstigen festen Brennstoffen	91	1 240	24	379	13	167
4057	Großhandel mit Mineralölerzeugnissen	169	2 347	12	201	4	53
4072	Großhandel mit Holzhalbwaren u. Kunst- stoffplatten	173	1 344	36	278	16	113
4074	Großhandel mit Baustoffen	207	1 650	27	229	17	169
4078	Großhandel mit Installationsbedarf für Gas, Wasser, Heizung	86	1 225	6	54	2	37
41127	Großhandel mit Süßwaren	202	777	15	73	8	28
4113	Großhandel mit Milcherzeugnissen, Fettwaren, Eiern, Geflügel	198	1 384	20	98	8	47
4117	Großhandel mit Kaffee, Tee und Rohkakao	258	1 882	28	102	17	74
4118	Großhandel mit Getränken	274	1 958	55	390	31	299
41195	Großhandel mit Tabakwaren	117	765	32	263	21	181
4126	Großhandel mit Heimtextilien, Polsterer-, Sattler- bedarf, Bettwaren	176	885	21	153	19	143
41302/4	Großhandel mit Schrauben, Norm- und Fassondrehtteilen usw.	80	774	11	207	5	71
41305/9	Großhandel mit sonstigen Eisen-, Metall- und Kunststoffwaren	253	1 902	16	199	11	183
4136	Großhandel mit Möbeln, kunstgewerblichen Erzeugnissen	103	716	18	157	9	111
4140	Großhandel mit Rundfunk-, Fernseh-, Phonogeräten, Schallplatten	327	3 681	16	158	12	147
4143	Großhandel mit feinmechanischen und optischen Erzeugnissen	80	607	10	127	6	74
4146	Großhandel mit Uhren, Edelmetall-, Schmuck- waren, Edelsteinen	132	788	9	15	5	10
41600	Großhandel mit Kraftwagen und Krafträdern	89	1 115	29	746	12	439
41603	Großhandel mit Kraftfahrzeugteilen, -zubehör und -reifen	178	2 339	20	359	5	52

Noch: Anhangtabelle 1

Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr und ihre Beschäftigten in Hamburg 1961
nach Wirtschaftszweigen

Nummern der Grund- systematik	Wirtschaftszweige	Arbeitsstätten		darunter			
		Anzahl	Beschäftigte	mit Publikumsverkehr		darunter in zentralen Standorten	
				Anzahl	Beschäftigte	Anzahl	Beschäftigte
		1	2	3	4	5	6
41644	Großhandel mit Büromaschinen	76	975	30	420	23	336
4172/4	Großhandel mit Hanf- u. Hartfasererzeugnissen ..	214	1 320	10	159	4	92
4178	Großhandel mit Lacken, Farben usw., Tapeten, Linoleum u.ä.	91	572	16	156	9	132
4193	Großhandel mit Schreib- u. Papierwaren, Schul-, Büroartikeln	263	1 327	48	345	28	212
4196	Großhandel mit Büchern, Zeitschriften u. Zeitungen	89	1 432	18	262	9	120
42249	Vermittlung von Mineralölerzeugnissen (Tankstellen-Absatz)	429	2 072	409	1 984	164	934
	Sonstige Wirtschaftszweige mit Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr (65 Positionen)	11 704	56 177	263	1 554	119	1 014
	Wirtschaftszweige ohne Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr (37 Positionen)	3 248	9 300	—	—	—	—
	Großhandel und Handelsvermittlung insgesamt ..	19 530	102 697	1 218	9 273	585	5 352
2154	Regenerierung, Vulkanisierung, Reparatur v. Gummiwaren	42	590	31	169	15	107
22005	Steinbildhauerei u. Steinmetzerei	85	402	49	211	26	135
2390	Schlosserei und Schweißerei	365	3 822	28	125	20	97
2394	Schleiferei	43	125	13	42	7	31
2397	Beschlag-, Kunst- u. Reparaturschmieden	79	327	19	74	4	29
2429	Montage und Reparatur	258	2 306	81	593	39	392
2443	Herstellung von Kraftfahrzeugteilen u. -zubehör ..	29	1 351	9	89	7	80
2444	Herstellung von Karosserien u. Anhängern für Kfz.	43	1 358	10	382	5	39
2445	Herstellung u. Reparatur von Gespannfahrzeugen.	16	35	8	26	2	2
2448	Reparatur von Kraftfahrzeugen und Fahrrädern ..	554	8 258	466	6 931	190	2 410
2449	Lackierung von Straßenfahrzeugen	52	377	41	302	18	181
2465	Boots- und Jachtbau	43	193	8	37	3	10
2508	Montage und Reparatur von Erzeugnissen der Elektrotechnik	263	4 865	162	813	81	402
2520	Herstellung von optischen Erzeugnissen	82	566	67	354	51	304
2527	Herstellung von medizinischen u. orthopädie- mechanischen Erzeugnissen	146	1 577	22	257	18	235
2545	Reparatur von Uhren	159	292	155	271	85	260
25895	Herstellung von Schmuckwaren u. ähnlichen Erzeugnissen	141	430	80	232	55	155
26100	Bau- u. Möbeltischlerei	600	2 890	251	1 063	116	479
26102/4	Herstellung u. Reparatur von Bauten aus Holz	273	2 619	45	231	17	72
26106/9	Herstellung u. Reparatur von Möbeln u. sonstigen Tischlereierzeugnissen	243	2 092	95	612	43	165
2614	Herstellung von sonstigen Holzwaren	99	465	20	103	10	61
2680	Druckerei	477	15 306	22	690	16	603
2684	Chemigraphisches Gewerbe	64	1 067	11	72	10	70
2687	Licht- und Fotopauserei	65	509	38	170	22	116
271	Lederverarbeitung (ohne Herstellung von Schuhen)	113	534	56	127	33	73
2725	Herstellung von Maßschuhen u. Reparatur	1 035	2 297	1 020	2 251	481	1 244
2754	Wirkerei und Strickerei	87	698	20	52	9	25
2755	Sonstige Spinnstoffverarbeitung	111	1 288	18	73	6	19
27602	Herrenmaßschneiderei	725	1 629	698	1 569	393	1 085
27606	Damenmaßschneiderei	873	2 084	802	1 845	359	936
2762	Herstellung von Wäsche, Korsett- u. Miederwaren	56	722	17	47	9	35
2764	Herstellung von Hüten, Mützen usw., Zubehör	154	1 129	115	317	84	251
2766	Verarbeitung von Fellen u. Pelzen	159	1 002	126	689	95	584
2769	Sonstiges Bekleidungsgewerbe	345	707	195	352	97	223
279	Polsterei und Dekorateurgewerbe	377	1 315	290	973	148	508
28400/50	Herstellung von Brot u. sonstigen Backwaren	443	6 071	420	4 193	209	2 498
28455	Herstellung von Konditorwaren	300	2 187	289	2 024	146	1 277
2914	Fleischwarenindustrie, Talgsmelzen, Schmelzsiedereien	76	2 008	28	435	16	235
29170	Fleischerei (ohne Pferdefleischerei)	1 100	5 768	927	4 968	431	2 629
29175	Pferdefleischerei	51	145	41	124	30	90
292	Fischverarbeitung	67	2 833	10	63	7	51
2940/4	Alkoholbrennerei, Herstellung von Spirituosen ...	145	1 898	56	424	34	257
2980	Verarbeitung von Kaffee, Tee usw.	133	3 375	64	781	37	475
3100	Klempnerei, Gas- und Wasserinstallation	833	6 983	184	1 604	92	804
3105	Elektroinstallation	553	4 335	379	2 838	200	1 720
3120	Glasergerber	267	1 153	78	355	52	235
3124/7	Maler- u. Lackierergewerbe, Tapetenkleberei	1 227	8 586	48	300	23	102
3150	Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei	195	2 287	32	763	15	525

Noch: Anhangtabelle 1

Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr und ihre Beschäftigten in Hamburg 1961
nach Wirtschaftszweigen

Nummern der Grund- systematik	Wirtschaftszweige	Arbeitsstätten		darunter			
				mit Publikumsverkehr		darunter in zentralen Standorten	
		Anzahl	Beschäftigte	Anzahl	Beschäftigte	Anzahl	Beschäftigte
		1	2	3	4	5	6
3155	Ofen- und Herdsetzerei	141	505	76	313	45	199
	Sonstige Wirtschaftszweige mit Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr (70 Positionen)	5 005	222 040	332	4 273	193	2 372
	Wirtschaftszweige ohne Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr (53 Positionen)	530	60 930	—	—	—	—
	Verarbeitendes Gewerbe einschl. Baugewerbe insgesamt	19 322	396 331	8 052	45 602	4 104	24 887
50110	Straßenbahn-, Untergrundbahn-, Obusverkehr ...	64	5 024	54	1 516	23	1 017
5012/3	Personenbeförderung mit Omnibussen	57	1 122	46	403	17	107
5014	Personenbeförderung mit PKW	1 307	3 146	1 282	3 069	411	1 182
5017	Güterbeförderung mit Kraftfahrzeugen	1 872	8 998	55	283	16	69
5040	Luftfahrt	39	5 015	33	4 845	16	379
5096	Reiseveranstaltungen u. -vermittlung (Reisebüro). Sonstige Wirtschaftszweige mit Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr (8 Positionen)	83	707	75	688	56	599
	Wirtschaftszweige ohne Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr (10 Positionen)	2 493	39 081	29	338	9	27
	Verkehr und Nachrichtenübermittlung insgesamt .	2 241	74 900	—	—	—	—
600	Deutsche Bundesbank	4	482	4	482	4	482
601	Kreditbanken	210	9 891	208	9 828	155	8 755
602	Institute des Sparkassenwesens (ohne Post-, Bau- sparkassen)	177	4 226	175	4 197	111	3 798
6030/2	Deutsche Genossenschaftskasse und Zentralkassen	2	146	2	146	1	28
6034	Volksbanken, gewerbliche Kreditgenossenschaften	46	577	44	525	33	453
6036	Ländliche Kreditgenossenschaften	8	105	8	105	2	91
604	Hypothekenbanken, öffentl.-rechtl. Grundkredit- anstalten	6	283	6	283	5	280
605	Kreditinstitute mit Sonderaufgaben	4	84	3	78	3	78
607	Sonstige Kreditinstitute	41	1 036	33	974	27	733
608	Bausparkassen	15	405	9	386	6	345
	Sonstige Wirtschaftszweige mit Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr (2 Positionen)	163	360	12	42	10	40
	Wirtschaftszweige ohne Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr	—	—	—	—	—	—
	Kreditinstitute insgesamt	676	17 595	504	17 046	357	15 083
610	Lebensversicherung, Pensions- u. Sterbekassen :	84	3 880	67	1 325	56	1 116
612	Krankenversicherung	36	1 762	30	869	26	744
614	Schaden- und Unfallversicherung	141	7 118	117	6 300	90	5 826
616	Rückversicherung	2	48	2	48	—	—
61900	Versicherungsvertreter	844	2 533	185	1 426	141	1 149
61905	Versicherungsmakler	245	1 644	134	1 360	102	1 101
	Wirtschaftszweige ohne Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr	—	—	—	—	—	—
	Versicherungsgewerbe insgesamt	1 352	16 985	535	11 328	415	9 936
7000	Hotels und Gasthöfe	233	4 619	233	4 619	145	3 550
70010/4	Fremdenheime, Pensionen, Erholungs- und Ferienheime	390	1 008	380	969	275	654
70017	Campingplätze	6	18	4	13	—	—
7004	Gast- und Speisewirtschaften	3 204	14 735	3 173	14 588	1 576	8 647
70050/2	Cafés, Bars, Tanz- u. Vergnügungslokale	177	2 429	177	2 429	128	2 087
70054	Kantinen	240	1 565	27	136	6	19
70056/8	Eisdielen, Trink- und Imbißhallen	404	1 145	367	1 034	288	687
7008	Schlaf- und Speisewagenbetriebe	5	616	2	528	—	—
7009	Heime (ohne Fremden-, Erholungs- u. Ferienheime)	47	218	18	154	9	88
	Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe insgesamt	4 706	26 353	4 381	24 470	2 437	15 732

Noch: Anhangtabelle 1

Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr und ihre Beschäftigten in Hamburg 1961
nach Wirtschaftszweigen

Nummern der Grund- systematik	Wirtschaftszweige	Arbeitsstätten		darunter			
				mit Publikumsverkehr		darunter in zentralen Standorten	
		Anzahl	Beschäftigte	Anzahl	Beschäftigte	Anzahl	Beschäftigte
		1	2	3	4	5	6
7010/2	Wäscherei, Chemische Reinigung, Bekleidungs- färberei	1 191	8 670	1 143	7 867	632	3 620
7014	Heißmanglelei und Bügelei	284	543	278	514	131	273
7016	Reinigung von Gebäuden, Räumen und Inventar	382	4 326	46	186	20	80
70200	Damen- und Herrenfriseurgewerbe	602	3 867	597	3 826	321	2 319
70204	Damenfriseurgewerbe	1 029	4 901	1 005	4 819	524	2 862
70207	Herrenfriseurgewerbe	460	961	457	957	214	524
7025	Sonstige Körperpflegegewerbe	337	507	311	487	149	300
706	Wissenschaft, Bildung, Erziehung, Sport (7 Positionen)	1 006	2 355	68	347	32	87
707	Kunst, Theater, Film, Rundfunk, Fernsehen (7 Positionen)	1 624	6 613	269	2 784	136	2 328
708	Verlags-, Literatur- und Pressewesen (6 Positionen)	1 319	6 489	168	588	90	366
71000	Arztpraxis (ohne Zahn- und Tierarztpraxis)	2 179	6 292	2 150	6 240	1 247	3 844
71003	Zahnarztpraxis	1 266	3 547	1 255	3 498	748	2 172
71006	Heilkundigenpraxis	81	130	81	130	51	78
71009	Sonstiges freiberufliches Gesundheitswesen	354	415	217	270	87	116
71050	Krankenhäuser, Kliniken und Sanatorien	27	441	23	310	10	112
71055	Sonstige Anstalten und Einrichtungen	71	411	64	393	45	264
711	Veterinärwesen (2 Positionen)	52	103	52	103	29	71
71200/6	Rechts- und Patentanwaltspraxis, Notariat	1 122	3 949	1 082	3 776	811	3 110
71208	Sonstige Rechtsberatung	39	65	30	48	14	29
	Steuerberater, Architekten, Wohnungsunter- nehmen, Vermögensverwaltung (8 Positionen) ..	5 857	20 621	156	889	94	464
71820	Wett- und Lotteriewesen	79	1 184	69	501	54	391
71824	Spielbanken und -Clubs	9	41	9	41	9	41
71827	Betrieb von Spielautomaten	22	44	14	31	12	27
71830	Leihhäuser	46	178	45	171	36	145
71841	Vermietung von PKW an Selbstfahrer	129	508	117	492	52	154
71843	Vermietung von sonstigen Fahrzeugen	128	432	22	34	11	19
71849	Vermietung sonstiger beweglicher Sachen	108	255	13	51	8	34
71855	Bewachung, Aufbewahrung, Boten-, ähnliche Dienste	170	263	47	72	28	47
71860	Auskunftsbüros	57	435	9	18	3	11
71863	Dolmetscher-, Schreib- u. Übersetzungsbüros	295	417	201	276	98	152
71866	Private Stellenvermittlung	24	102	7	59	1	3
71869	Ehevermittlung	12	68	11	67	9	65
7187	Fotografisches Gewerbe	262	963	197	625	116	364
71890	Wannen- u. Brausebäder (ohne mediz. Bäder) ..	16	486	16	486	9	243
71894	Straßenreinigung, Müllabfuhr, Abwasserbeseitig. usw.	262	454	262	454	97	161
71897	Bestattungswesen	127	504	127	504	67	301
	Dienstleistungen verschiedener Art (6 Positionen). Wirtschaftszweige ohne Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr (9 Positionen)	211	3 500	39	218	28	195
		544	7 355	—	—	—	—
	Dienstleistungen ohne Gastgewerbe insgesamt ..	21 783	92 395	10 657	42 132	6 023	25 372
800	Christliche Kirchen, Orden, religiöse Vereinigungen	306	1 781	265	1 489	111	659
	Verschiedene Organisationen ohne Erwerbs- charakter (5 Positionen)	460	3 709	22	92	13	64
	Verschiedene Anstalten und Einrichtungen von Organisationen ohne Erwerbscharakter (8 Positionen)	308	2 914	139	1 218	63	467
8090	Krankenhäuser, Kliniken und Sanatorien	34	3 731	26	3 590	7	778
	Übrige Anstalten und Einrichtungen (8 Positionen)	148	2 061	—	—	—	—
	Organisationen ohne Erwerbscharakter insgesamt	1 256	14 196	452	6 389	194	1 968
900/7	Gebietskörperschaften	815	47 572	325	17 243	159	12 607
90.54	Kinder-, Ledigen-, Alters- u. ähnliche Heime	159	3 267	101	1 424	28	373
90.78	Kindergärten und -horte	46	522	41	461	8	129
90.90	Krankenhäuser, Kliniken und Sanatorien	17	12 943	17	12 943	4	2 569
90827	Bestattungswesen	16	1 296	15	1 272	1	995
	Verschiedene Anstalten und Einrichtungen in öffentlicher Hand (5 Positionen)	124	3 984	18	699	8	362
962	Soziale Krankenversicherung	127	3 655	122	3 250	90	2 793
969	Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung	16	1 333	14	1 121	2	55

Schluß: Anhangtabelle 1

Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr und ihre Beschäftigten in Hamburg 1961
nach Wirtschaftszweigen

Nummern der Grund- systematik	Wirtschaftszweige	Arbeitsstätten		darunter			
				mit Publikumsverkehr		darunter in zentralen Standorten	
		Anzahl	Beschäftigte	Anzahl	Beschäftigte	Anzahl	Beschäftigte
		1	2	3	4	5	6
	Übrige Sozialversicherung mit ihren Anstalten und Einrichtungen (10 Positionen)	557	17 261	8	158	6	57
	Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen insgesamt	1 877	91 833	661	38 571	306	19 940
0550	Gewerbliche Gärtnerei	280	1 755	31	218	9	67
0555	Gewerbliche Tierhaltung, -zucht und -pflege	53	109	26	60	14	36
	Wirtschaftszweige ohne Arbeitsstätte mit Publikumsverkehr (4 Positionen)	173	954	—	—	—	—
	Land- und Forstwirtschaft insgesamt	506	2 818	57	278	23	103
1185	Gewinnung, Aufbereitung, Verschmelzung von Torf. Wirtschaftszweige ohne Arbeitsstätte mit Publikumsverkehr (8 Positionen)	3	8	1	4	—	—
	Energie, Wasserversorgung, Bergbau insgesamt	89	10 407	1	4	—	—

Anhangtabelle 2

Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr in Hamburg 1961 nach der Zahl der Beschäftigten

Lage des Zentrums	Fläche		Wohnbevölkerung			Beschäftigte insgesamt			Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr							
									Arbeits- stätten		Beschäftigte					
											Anzahl		je Arbeits- stätte		je ha	
	ha	%	Anzahl	%	je ha	Anzahl	%	je ha	Anzahl	%	Anzahl	%	je Arbeits- stätte	je ha	je 1000 Ein- wohner	in % der Be- schäftig- ten ins- gesamt
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
Altstadt	96	2,5	3 617	0,7	38	102 899	23,8	1 072	2 207	8,7	47 402	26,2	21	494	13 105	46,1
Neustadt	100	2,6	14 326	2,6	143	53 153	12,4	532	1 900	7,4	16 396	9,1	9	164	1 144	30,8
Harburg	308	8,0	55 552	10,2	180	32 029	7,4	104	1 808	7,2	11 389	6,3	6	37	205	35,6
St. Georg	96	2,5	13 487	2,5	140	25 017	5,8	261	1 271	5,0	10 625	5,9	8	111	788	42,5
Barmbek-Nord	196	5,0	41 490	7,6	212	12 998	3,0	66	1 118	4,4	7 564	4,2	7	39	182	58,2
Altona	72	1,9	12 437	2,3	173	18 906	4,4	263	828	3,2	6 905	3,8	8	96	555	37,0
St. Pauli	76	2,0	25 233	4,6	332	9 422	2,2	124	1 342	5,2	6 653	3,7	5	88	264	70,6
Eppendorf	112	2,9	33 775	6,2	302	10 249	2,4	92	1 291	5,0	6 329	3,5	5	57	187	61,8
Rotherbaum	96	2,5	21 869	4,0	228	15 042	3,5	157	1 057	4,1	5 568	3,1	5	58	255	37,0
Bergedorf-Lohbrügge	132	3,4	15 593	2,9	118	9 417	2,2	71	836	3,3	5 155	2,8	6	39	331	54,7
Schulterblatt, Sternschanze	100	2,6	29 052	5,3	291	13 609	3,2	136	1 255	4,9	4 890	2,7	4	49	168	35,9
Eimsbüttel	96	2,5	26 289	4,8	274	7 671	1,8	80	1 032	4,0	4 810	2,7	5	50	183	62,7
Wandsbek	72	1,9	4 734	0,9	66	9 172	2,1	127	459	1,8	4 772	2,6	10	66	1 008	52,0
Fuhlsbüttel-Ohlsdorf	200	5,1	18 706	3,4	94	9 131	2,1	46	608	2,4	3 790	2,1	6	19	203	41,5
Horn, Horner Landstr.	140	3,6	21 228	3,9	152	5 382	1,3	38	677	2,6	3 281	1,8	5	23	155	61,0
Winterhude	52	1,4	14 376	2,6	276	4 818	1,1	93	581	2,3	2 636	1,5	5	51	183	54,7
Wilhelmsburg	140	3,7	24 201	4,4	173	7 793	1,8	56	580	2,3	2 568	1,4	4	18	106	33,0
Blankenese	148	3,9	10 015	1,8	68	4 184	1,0	28	549	2,1	2 518	1,4	5	17	251	60,1
Hofweg, Mühlenkamp, Winter- huder Weg	60	1,6	13 705	2,5	228	4 702	1,1	78	593	2,3	2 354	1,3	4	39	172	50,1
Hoheluft	48	1,3	11 251	2,1	234	4 597	1,1	96	569	2,2	2 205	1,2	4	46	196	48,0
Uhlenhorst	52	1,4	10 828	2,0	208	4 976	1,2	96	477	1,9	1 995	1,1	4	38	184	40,1
Hohenfelde, Lübecker Str.	48	1,3	8 478	1,6	177	4 848	1,1	101	396	1,5	1 752	1,0	4	37	207	36,1
Wartenau	84	2,2	20 595	3,8	245	3 029	0,7	36	385	1,5	1 716	0,9	4	20	83	56,7
Dulsberg	72	1,9	15 982	2,9	222	10 762	2,5	149	370	1,4	1 666	0,9	5	23	104	15,5
Hamm-Nord	100	2,6	7 240	1,3	72	2 236	0,5	22	371	1,4	1 554	0,9	4	16	215	69,5
Bramfeld	132	3,4	10 449	1,9	79	2 942	0,7	22	394	1,5	1 527	0,8	4	12	146	51,9
Groß Flottbek	112	2,9	4 520	0,8	40	2 609	0,6	23	305	1,2	1 513	0,8	5	14	335	58,0
Rahlstedt	40	1,0	6 238	1,1	156	3 242	0,8	81	307	1,2	1 425	0,8	5	36	228	44,0
Eilbek, Wandsbeker Chaussee ..	52	1,4	1 383	0,3	27	1 740	0,4	33	175	0,7	1 269	0,7	7	24	918	72,9
Volksdorf	56	1,5	2 202	0,4	39	1 513	0,3	27	159	0,6	1 202	0,7	8	21	546	79,4
Rissen	48	1,3	5 820	1,1	121	8 085	1,9	168	217	0,8	995	0,5	5	21	171	12,3
Bahrenfeld	116	3,0	8 566	1,6	74	9 837	2,3	85	256	1,0	992	0,5	4	9	116	10,1
Finkenwerder	100	2,6	4 808	0,9	48	3 512	0,8	35	211	0,8	834	0,5	4	8	173	23,7
Lokstedt	84	2,2	3 980	0,7	47	1 702	0,4	20	174	0,7	764	0,4	4	9	192	44,9
Eidelstedt	60	1,6	2 144	0,4	36	1 700	0,4	28	139	0,5	751	0,4	5	13	350	44,2
Niendorf	72	1,9	5 567	1,0	77	2 247	0,5	31	149	0,6	745	0,4	5	10	134	33,1
Veddel	80	2,1	5 589	1,0	70	1 282	0,3	16	188	0,7	672	0,4	4	8	120	52,4
Langenhorn-Mitte	76	2,0	5 968	1,1	79	1 869	0,4	25	162	0,6	672	0,4	4	9	113	36,0
Groß Borstel	68	1,8	1 965	0,4	29	835	0,2	12	100	0,4	594	0,3	6	9	302	71,1
Neugraben-Fischbek	40	1,0	2 153	0,4	54	1 487	0,3	37	149	0,6	464	0,3	3	12	216	31,2
Schnelsen																
Insgesamt	3 832	100	545 411	100	142	430 646	100	112	25 645	100	180 912	100	7	47	332	42,0

Anhangtabelle 3

Beschäftigte in Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr in Hamburg 1961 in der Gliederung nach Tätigkeitsbereichen

Lage des Zentrums	Beschäftigte in Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr		davon in den Tätigkeitsbereichen										Betei- ligte Wirt- schafts- zweige
			Gütersektor		Banken und Versicherungen		Gastgewerbe		Dienst- leistungen		übrige Tätigkeiten		
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
Altstadt	47 402	100	18 853	39,8	18 158	38,3	2 604	5,5	3 130	6,6	4 657	9,8	215
Neustadt	16 396	100	7 803	47,6	1 978	12,1	1 697	10,3	2 645	16,1	2 273	13,9	226
Harburg	11 389	100	6 815	59,8	573	5,1	527	4,6	1 749	15,4	1 725	15,1	202
St. Georg	10 625	100	3 662	34,5	839	7,9	3 477	32,6	1 589	15,0	1 058	10,0	191
Barmbek-Nord	7 564	100	3 439	45,5	105	1,4	270	3,6	1 655	21,8	2 095	27,7	155
Altona	6 905	100	3 178	46,1	810	11,7	431	6,2	1 037	15,0	1 449	21,0	164
St. Pauli	6 653	100	2 185	32,8	44	0,7	2 789	41,9	839	12,6	796	12,0	152
Eppendorf	6 329	100	3 616	57,1	165	2,6	274	4,3	1 026	16,3	1 248	19,7	173
Rotherbaum	5 568	100	2 316	41,6	574	10,3	347	6,2	1 070	19,3	1 261	22,6	160
Bergedorf-Lohbrügge	5 155	100	3 118	60,5	202	3,9	244	4,7	859	16,7	732	14,2	161
Schulterblatt, Stern- schanze	4 890	100	3 434	70,1	96	2,0	433	8,9	659	13,5	268	5,5	174
Eimsbüttel	4 810	100	3 326	69,1	216	4,6	217	4,5	786	16,3	265	5,5	141
Wandsbek	4 772	100	2 494	52,3	240	5,0	161	3,4	520	10,9	1 357	28,4	137
Fuhlsbüttel-Ohlsdorf .	3 790	100	1 649	43,5	36	0,9	144	3,8	401	10,6	1 560	41,2	120
Horn, Horner Land- straße	3 281	100	2 160	65,8	66	2,1	155	4,7	470	14,3	430	13,1	116
Winterhude	2 636	100	1 635	62,0	57	2,2	115	4,4	738	28,0	91	3,4	117
Wilhelmsburg	2 568	100	1 486	57,8	72	2,8	167	6,5	497	19,4	346	13,5	127
Blankenese	2 518	100	1 278	50,8	91	3,6	162	6,4	489	19,4	498	19,8	122
Hofweg, Mühlenkamp, Winterhuder Weg ..	2 354	100	1 559	66,2	66	2,8	177	7,5	494	21,0	58	2,5	116
Hoheluft	2 205	100	1 397	63,3	46	2,1	180	8,2	451	20,5	131	5,9	137
Uhlenhorst	1 995	100	1 106	55,4	70	3,5	126	6,4	481	24,1	212	10,6	131
Hohenfelde, Lübecker Straße, Wartenau ..	1 752	100	1 228	70,1	61	3,5	93	5,3	344	19,6	26	1,5	116
Dulsberg	1 716	100	1 177	68,6	23	1,3	66	3,8	356	20,7	94	5,6	97
Hamm-Nord	1 666	100	1 196	71,8	34	2,0	76	4,6	292	17,5	68	4,1	94
Bramfeld	1 554	100	913	58,8	37	2,4	84	5,4	274	17,6	246	15,8	99
Groß Flottbek	1 527	100	1 004	65,7	47	3,1	67	4,4	316	20,7	93	6,1	93
Rahlstedt	1 513	100	881	58,2	40	2,6	63	4,2	372	24,6	157	10,4	102
Eilbek, Wandsbeker Chaussee	1 425	100	1 045	73,3	68	4,8	68	4,8	205	14,4	39	2,7	108
Volksdorf	1 269	100	706	55,6	37	2,9	31	2,4	205	16,2	290	22,9	80
Rissen	1 202	100	354	29,5	16	1,3	37	3,1	92	7,6	703	58,5	77
Bahrenfeld	995	100	704	70,8	10	1,0	33	3,3	149	15,0	99	9,9	76
Finkenwerder	992	100	568	57,3	20	2,0	68	6,9	177	17,8	159	16,0	79
Lokstedt	834	100	445	53,4	23	2,8	30	3,6	178	21,3	158	18,9	77
Eidelstedt	764	100	496	64,9	14	1,8	48	6,4	143	18,7	63	8,2	72
Niendorf	751	100	422	56,2	18	2,4	16	2,1	117	15,6	178	23,7	66
Veddel	745	100	388	52,1	8	1,1	82	11,0	119	16,0	148	19,8	63
Langenhorn-Mitte	672	100	409	60,8	14	2,1	33	4,9	149	22,2	67	10,0	65
Groß Borstel	672	100	318	47,3	7	1,0	86	12,8	135	20,1	126	18,8	63
Neugraben-Fischbek .	594	100	317	53,4	26	4,4	35	5,8	90	15,2	126	21,2	52
Schnelsen	464	100	318	68,5	12	2,6	19	4,2	74	15,9	41	8,8	70
Insgesamt	180 912	100	89 398	49,4	25 019	13,8	15 732	8,7	25 372	14,1	25 391	14,0	—

Anhangtabelle 4

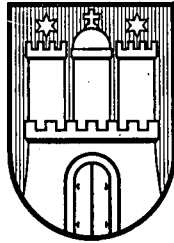
13 Großzentren und ihre Beschäftigten in Hamburg 1961 in der Gliederung nach ausgewählten Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweige	Zentrale Standorte													
	Altstadt		Neustadt		Harburg		St. Georg		Barmbek-Nord		Altona		St. Pauli	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Einzelhandel mit Waren verschiedener Art	5 137	10,8	67	0,4	756	6,5	254	2,4	154	2,0	690	10,0	128	1,8
Einzelhandel mit Nahrungs- u. Genußmitteln	836	1,8	685	4,2	1 248	11,0	429	4,0	849	11,2	509	7,4	583	8,8
Einzelhandel mit Bekleidung, Wäsche, Schuhen u. dgl.	5 564	11,7	1 286	7,7	840	7,4	361	3,4	459	6,1	575	8,3	219	3,3
Einzelhandel mit Hausrat, Möbeln u. dgl.	538	1,0	726	4,4	212	1,8	170	1,6	114	1,5	63	0,9	168	2,5
Einzelhandel mit Rundfunk-, Fotogeräten, Uhren u. dgl.	1 492	3,1	569	3,4	359	3,2	275	2,6	176	2,3	247	3,5	152	2,3
Einzelhandel mit Papierwaren und Druck-erzeugnissen	733	1,5	535	3,3	93	0,8	103	1,0	60	0,5	75	1,1	34	0,5
Einzelhandel mit Medikamenten, Körperpflegemitteln u. dgl.	340	0,7	259	1,5	321	2,8	118	1,1	232	3,2	116	1,7	139	2,1
Einzelhandel mit Kohle, Heizöl u. dgl.	53	0,1	77	0,5	52	0,5	26	0,2	46	0,6	32	0,5	39	0,6
Einzelhandel mit Fahrzeugen, Maschinen u. Büroeinrichtungen	309	0,7	130	0,8	302	2,7	308	2,9	56	0,7	41	0,6	17	0,3
Einzelhandel mit Blumen, Tieren, Farben u. dgl. .	228	0,5	109	0,7	216	1,9	93	0,9	131	1,7	89	1,3	64	1,0
Schuhmacherei	61	0,1	86	0,5	92	0,8	43	0,4	80	1,1	21	0,3	55	0,8
Schneiderei	596	1,3	665	4,1	189	1,7	106	1,0	91	1,2	70	1,0	33	0,5
Bäckerei, Konditorei	245	0,5	362	2,2	391	3,4	62	0,6	208	2,7	75	1,1	96	1,4
Fleischerei	100	0,2	93	0,6	314	2,7	70	0,7	207	2,7	69	1,0	137	2,1
Installation	449	0,9	75	0,5	258	2,3	99	0,9	134	1,8	47	0,7	39	0,6
Übrige Zweige des Gütersektors	2 172	4,8	2 079	12,8	1 172	10,3	1 145	10,7	442	6,1	459	6,7	282	4,1
Banken	10 939	23,2	1 064	6,3	434	3,9	334	3,1	96	1,3	441	6,4	44	0,7
Versicherungen	7 219	15,3	914	5,6	139	1,2	505	4,9	9	0,1	369	5,3	—	—
Gaststättengewerbe	2 604	5,5	1 697	10,4	527	4,6	3 477	32,7	270	3,6	431	6,2	2 789	41,8
Wäscherei u. Reinigung .	24	0,1	158	1,0	269	2,4	70	0,7	718	9,5	74	1,1	134	2,0
Friseur- u. Körperpflege-gewerbe	579	1,2	477	2,9	458	4,0	256	2,4	323	4,3	156	2,3	183	2,8
Theater, Kino u. dgl.	280	0,6	591	3,6	89	0,8	395	3,7	126	1,7	15	0,2	159	2,4
Ärzte u. dgl.	422	0,9	420	2,6	522	4,6	223	2,1	348	4,6	320	4,6	147	2,2
Rechtsanwälte u. dgl. ...	1 450	3,1	681	4,2	138	1,2	154	1,4	10	0,1	155	2,2	7	0,1
Wett- u. Lotteriewesen, Leihhäuser u. dgl.	227	0,5	230	1,4	184	1,6	251	2,4	77	1,0	233	3,4	153	2,3
Übrige Dienstleistungs-bereiche	148	0,2	88	0,4	89	0,8	240	2,3	53	0,6	84	1,2	56	0,8
Reisebüros	299	0,6	42	0,3	15	0,1	154	1,4	—	—	27	0,4	—	—
Ämter und Behörden	2 892	6,1	584	3,6	954	8,4	377	3,5	419	5,5	1 005	14,6	344	5,2
Übrige Bereiche	1 466	3,0	1 647	10,1	756	6,6	527	5,0	1 676	22,0	417	6,0	452	7,0
Insgesamt	47 402	100	16 396	100	11 389	100	10 625	100	7 564	100	6 905	100	6 653	100

Schluß Anhangtabelle 4

Wirtschaftszweige	Zentrale Standorte											
	Eppendorf		Rotherbaum		Bergedorf		Schulterblatt		Eimsbüttel		Wandsbek	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26
Einzelhandel mit Waren verschiedener Art	569	9,0	19	0,3	315	6,2	72	1,5	665	13,8	617	12,9
Einzelhandel mit Nahrungs- u. Genußmitteln	770	12,2	431	7,7	432	8,5	599	12,2	577	12,0	263	5,5
Einzelhandel mit Bekleidung, Wäsche, Schuhen u. dgl.	372	5,9	184	3,3	477	9,3	343	7,0	376	7,8	305	6,4
Einzelhandel mit Hausrat, Möbeln u. dgl.	66	1,0	75	1,3	126	2,4	177	3,6	81	1,7	83	1,7
Einzelhandel mit Rundfunk-, Foto-geräten, Uhren u. dgl.	153	2,4	264	4,7	136	2,6	172	3,5	143	3,0	172	3,6
Einzelhandel mit Papierwaren und Druckerzeugnissen	60	0,9	72	1,3	35	0,7	36	0,7	50	1,0	46	1,0
Einzelhandel mit Medikamenten, Körperpflegemitteln u. dgl.	208	3,4	125	2,2	152	2,9	168	3,4	185	3,8	75	1,6
Einzelhandel mit Kohle, Heizöl u. dgl.	52	0,8	19	0,3	30	0,6	57	1,2	43	0,9	9	0,2
Einzelhandel mit Fahrzeugen, Maschinen u. Büroeinrichtungen	87	1,4	100	1,8	230	4,5	143	2,9	18	0,4	47	1,0
Einzelhandel mit Blumen, Tieren, Farben u. dgl.	120	1,9	64	1,1	95	1,8	119	2,4	86	1,8	47	1,0
Schuhmacherei	81	1,3	55	1,0	55	1,1	54	1,1	49	1,0	23	0,5
Schneiderei	208	3,3	227	4,1	98	1,9	160	3,3	63	1,3	22	0,5
Bäckerei, Konditorei	136	2,1	109	2,0	196	3,8	141	2,9	165	3,4	43	0,9
Fleischerei	140	2,2	91	1,6	119	2,3	139	2,8	154	3,2	47	1,0
Installation	70	1,1	134	2,4	97	1,9	78	1,7	91	1,9	23	0,5
Übrige Zweige des Gütersektors	524	8,2	347	6,4	525	10,0	976	19,9	580	12,0	672	14,0
Banken	143	2,3	73	1,4	150	2,8	84	1,8	213	4,5	181	3,7
Versicherungen	22	0,3	501	9,0	52	1,0	12	0,2	3	0,1	59	1,3
Gaststättengewerbe	274	4,3	347	6,3	244	4,7	433	8,9	217	4,6	161	3,4
Wäscherei u. Reinigung	142	2,2	111	2,0	203	3,9	115	2,4	141	2,9	115	2,4
Friseur- u. Körperpflegegewerbe	326	5,2	251	4,5	227	4,4	206	4,2	238	4,9	73	1,5
Theater, Kino u. dgl.	38	0,6	87	1,6	35	0,7	36	0,7	48	1,0	31	0,6
Ärzte u. dgl.	365	5,8	290	5,3	247	4,8	159	3,3	232	4,8	150	3,1
Rechtsanwälte u. dgl.	57	0,9	75	1,3	40	0,8	23	0,5	12	0,2	76	1,6
Wett- und Lotteriewesen, Leihhäuser u. dgl.	47	0,7	161	2,9	87	1,7	104	2,1	52	1,1	47	1,0
Übrige Dienstleistungsbereiche	51	0,9	95	1,7	20	0,4	16	0,3	63	1,4	28	0,7
Reisebüros	2	0,0	6	0,1	7	0,1	2	0,0	—	—	14	0,3
Ämter und Behörden	853	13,5	952	17,1	547	10,6	15	0,3	38	0,8	1 109	23,2
Übrige Bereiche	393	6,2	303	5,3	178	3,6	251	5,2	227	4,7	234	4,9
Insgesamt	6 329	100	5 568	100	5 155	100	4 890	100	4 810	100	4 772	100

HAMBURG IN ZAHLEN



INHALT

Gebäude und Wohnungen

von Detlef Schmidt

Der Wohnungsbestand in Hamburg 1956, 1961 und 1968

Die Mieten in Hamburg und seinem Umland am 25. Oktober 1968

— Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 —

Wohnungsbau in den Großstädten der Bundesrepublik Deutschland 1956 bis 1968

— Ergebnisse der Bautätigkeitsstatistik —

Gebäude- und Wohnungszählung in Hamburg am 25. Oktober 1968

A. Ergebnisse aus dem Gemeindeveröffentlichungsprogramm der Länder

B. Ergebnisse aus dem Veröffentlichungsprogramm der Länder — Quellenband —

Jahrgang 1970

Sonderheft 2

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Der Wohnungsbestand in Hamburg 1956, 1961 und 1968

In zwölf Jahren Steigerung des Wohnungsbestandes um 47 %

Durch Gebäude- und Wohnungszählungen ist der Bestand an Wohnungen zwischen 1956 und 1968 an drei Stichtagen festgestellt worden, und zwar am 25. 9. 1956, am 6. 6. 1961 und am 25. 10. 1968. In diesen zwölf Jahren hat die Zahl der Wohnungen in Hamburg von 457 000 auf 670 000 — also um 213 000¹⁾ oder 47 % — zugenommen; das entspricht einer durchschnittlichen jährlichen Zuwachsrate von 17 750 Wohnungen.

Von dieser Erhöhung des Wohnungsbestandes um 213 000 entfielen auf

Hamburg-Mitte	etwa 26 000 Wohnungen,
Altona	etwa 26 000 Wohnungen,
Eimsbüttel	etwa 30 000 Wohnungen,
Hamburg-Nord	etwa 28 000 Wohnungen,
Wandsbek	etwa 68 000 Wohnungen,
Bergedorf	etwa 11 000 Wohnungen und
Harburg	etwa 24 000 Wohnungen.

Der größte Anteil des Zugangs an Wohnungen in den zwölf Jahren von 1956 bis 1968 war mit 32 % im Bezirk Wandsbek zu verzeichnen. Aber nicht nur absolut war die Erhöhung des Wohnungsbestandes in diesem Bezirk am größten; auch die relative Steigerung des Wohnungsbestandes übertraf mit 115 % bei weitem die entsprechenden Werte der anderen Bezirke und für Hamburg insgesamt (Spalte 9 der Tabelle). Überdurchschnittliche Zuwachsraten waren im gleichen Zeitraum auch in den „Außenbezirken“ Bergedorf (58 %) und Harburg (50 %) zu verzeichnen, obwohl hier die absoluten Zahlen der Wohnungszugänge von allen Bezirken am niedrigsten waren.

Wechselndes Gewicht der Wohnungszugänge in den Bezirken

In den knapp fünf Jahren zwischen den Gebäude- und Wohnungszählungen 1956 und 1961 erhöhte sich der Bestand an Wohnungen in Hamburg um 94 000 Wohnungen oder 21 %. Beachtlich ist, daß in diesem Zeitraum neben dem „Neubaubezirk“ Wandsbek (43 %) nur noch im Bezirk Hamburg-Mitte eine überdurchschnittliche Zuwachsrate (23 %), festgestellt

¹⁾ Nach der Bautätigkeitsstatistik betrug der Reinzugang in den zwölf Kalenderjahren von 1957 bis 1968 etwa 220 000 Wohnungen. Die nach den Ergebnissen der Wohnungszählungen errechnete geringere Zugangszahl beruht darauf, daß nicht alle Wohnungsabgänge — wie z. B. Umwandlung in gewerbliche Räume oder Wegfall von Einliegerwohnungen — von der Bautätigkeitsstatistik erfaßt werden können.

werden konnte, während in den anderen Bezirken — mit Ausnahme von Harburg, der mit einer relativen Veränderung von 20 % fast an den Durchschnitt für Hamburg insgesamt herankam — die Zuwachsraten erheblich unter dem Durchschnitt lagen (Spalte 7 der Tabelle).

Für die etwas mehr als sieben Jahre von der Gebäudezählung 1961 bis zur Wohnungszählung 1968, in denen eine Erhöhung des Wohnungsbestandes um 119 000 oder 22 % und damit ein etwas geringerer durchschnittlicher jährlicher Zuwachs als in der Zeit von 1956 bis 1961 (etwa 16 400 gegen 19 800 Wohnungen im Jahresdurchschnitt) zu verzeichnen war, ergab sich bei der Betrachtung der Bezirke ein anderes Bild. Neben Wandsbek, das mit einer Zuwachsrate von 50 % auch in diesem Zeitraum an der Spitze lag, gab es noch in Bergedorf (39 %) und in Harburg (25 %) überdurchschnittlich hohe relative Veränderungen im Wohnungsbestand. Stark zurückgefallen mit ihren Zuwachsraten waren dagegen von 1961 bis 1968 Hamburg-Mitte (12 %) und Hamburg-Nord; hier war nur noch eine Erhöhung des Wohnungsbestandes um 7 % zu verzeichnen; was darauf schließen läßt, daß in diesem Bezirk eine gewisse Sättigung mit Wohnungen eingetreten ist (Spalte 8 der Tabelle).

Hamburg-Nord auch 1968 mit 150 000 der Bezirk mit den meisten Wohnungen

Trotz der relativ geringsten Veränderung des Wohnungsbestandes aller Bezirke zwischen 1956 und 1968 mit nur 23 % hatte Hamburg-Nord auch 1968 mit 150 000 Wohnungen (22 % aller Wohnungen in Hamburg) noch den höchsten Bestand aller Bezirke aufzuweisen, wie auch 1956 (27 %) und 1961 (25 %). Deutlich zu erkennen ist aber der Rückgang des Anteils am gesamten Wohnungsbestand in Hamburg in den betrachteten zwölf Jahren in diesem Bezirk. Andererseits hat der Anteil des Bezirks Wandsbek von 1956 (13 %) über 1961 (15 %) auf 1968 (19 %) deutlich zugenommen, so daß Wandsbek mit 127 000 Wohnungen 1968 zum zweitstärksten Bezirk aufgerückt ist.

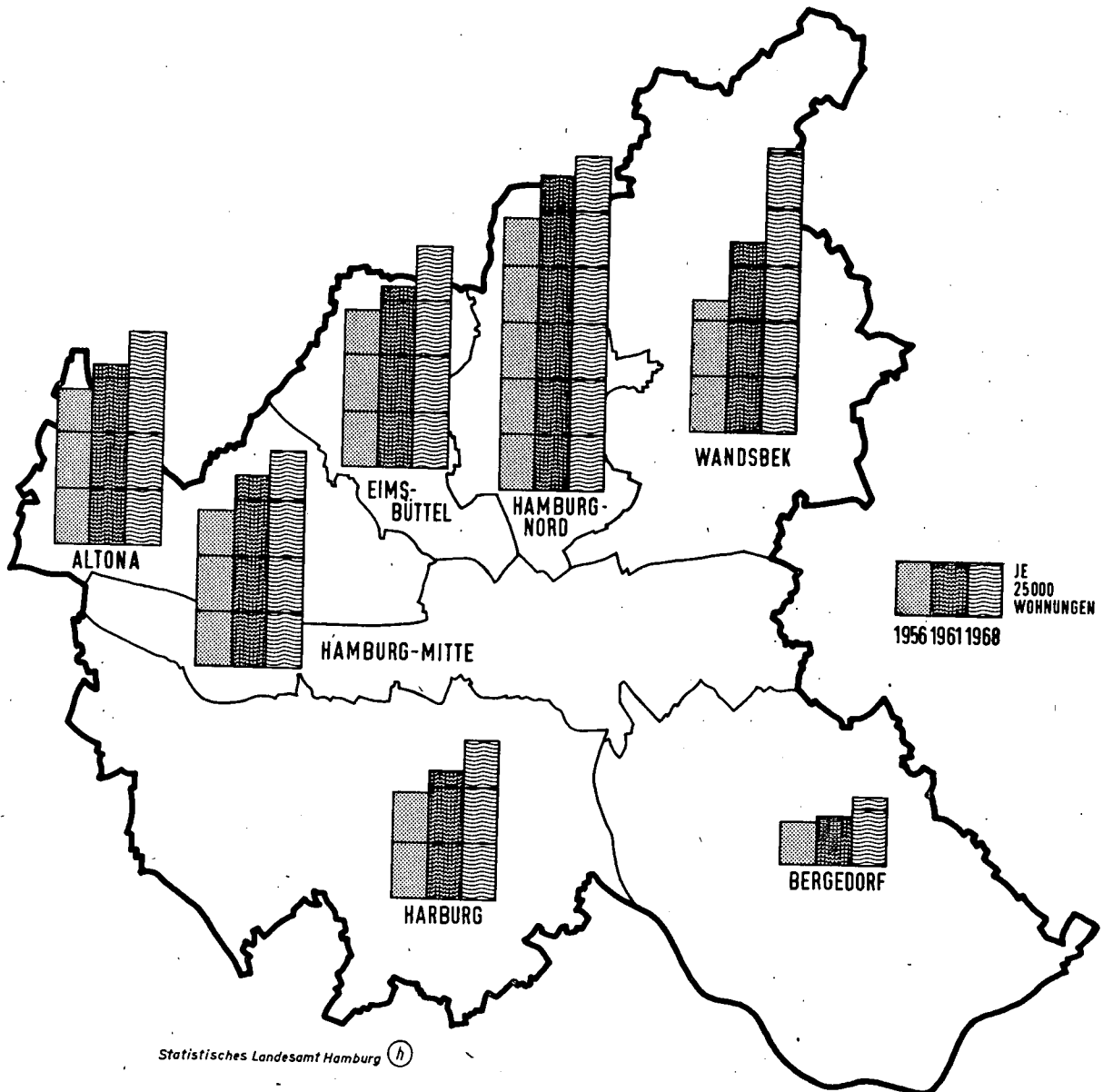
Die beiden Bezirke Hamburg-Nord und Wandsbek hatten zum Stichtag aller drei Gebäude- und Wohnungszählungen zusammen jeweils einen Anteil von etwa 40 % aller Wohnungen in Hamburg aufzuweisen, wobei die Verschiebungen zwischen den beiden

Tabelle Wohnungsbestand in Hamburg 1956, 1961 und 1968 nach Bezirken

Bezirke	Wohnungsbestand						Veränderung des Wohnungsbestandes in %		
	25. 9. 1956		6. 6. 1961		25. 10. 1968		1961 gegen 1956	1968 gegen 1961	1968 gegen 1956
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%			
	1	2	3	4	5	6			
Hamburg-Mitte	70 094	15	85 890	16	96 387	14	23	12	38
Altona	69 121	15	80 187	15	95 036	14	16	19	37
Eimsbüttel	70 027	15	80 711	15	99 510	15	15	23	42
Hamburg-Nord	121 895	27	140 526	25	149 796	22	15	7	23
Wandsbek	59 175	13	84 768	15	127 260	19	43	50	115
Bergedorf	19 175	4	21 712	4	30 272	5	13	39	58
Harburg	47 748	11	57 365	10	71 668	11	20	25	50
Hamburg insgesamt	457 235	100	551 159	100	669 929	100	21	22	47

Schaubild

Der Wohnungsbestand in Hamburg 1956, 1961 und 1968 nach Bezirken



Bezirken eben schon dargestellt wurden. Die Anteile am gesamten Wohnungsbestand in Hamburg in allen anderen Bezirken waren über die drei Zählungstichtage in den betrachteten zwölf Jahren hinweg relativ konstant: In Hamburg-Mitte, Altona und Eimsbüttel befanden sich jeweils rund 15%, in Bergedorf rund 5% und in Harburg rund 10% aller Wohnungen in Hamburg (Spalten 2, 4 und 6 der Tabelle).

Rangfolge der Bezirke erheblich verändert

Aus den vorstehenden Ausführungen wurde bereits deutlich, daß sich die Rangfolge der Bezirke nach der Höhe des Wohnungsbestandes von 1956 über 1961 bis 1968 z. T. erheblich gewandelt hat.

Den ersten Platz hatte — wie schon erwähnt — an allen drei Zählungstichtagen Hamburg-Nord inne. 1956 und 1961 behauptete Hamburg-Mitte den zweiten Platz, mußte ihn aber 1968 an Wandsbek abgeben und fiel — da der Wohnungsbestand in Eimsbüttel erheblich mehr zunahm — auf den vierten Platz zurück: Vom dritten Platz 1956 kam Eimsbüttel 1961

auf den vierten Platz — hinter Wandsbek — und konnte 1968 wieder auf den dritten Platz vorrücken. Altona, das 1956 noch an vierter Stelle stand, konnte 1961 und 1968 nur den fünften Platz behaupten. Rapide stieg Wandsbek auf: 1956 noch auf dem fünften Platz, lag dieser Bezirk 1961 nach Hamburg-Mitte bereits auf dem dritten Platz und hatte 1968 den zweiten Platz nach Hamburg-Nord inne. An vorletzter Stelle kam in allen Jahren Harburg und auf dem letzten Platz Bergedorf. Die Veränderungen in der Rangfolge berührten somit den ersten Platz (Hamburg-Nord) und die beiden letzten Plätze (Harburg und Bergedorf) nicht; sie spielten sich lediglich zwischen den restlichen Bezirken (Hamburg-Mitte, Altona, Eimsbüttel und Wandsbek) ab, wobei Hamburg-Mitte und Altona „absteigen“ mußten und Wandsbek „aufsteigen“ konnte. Eimsbüttel dagegen fiel von 1956 auf 1961 zurück und rückte von 1961 auf 1968 wieder vor. Wandsbek ist übrigens auch der einzige Bezirk, der an allen drei Stichtagen eine unterschiedliche und steigende Rangordnungsziffer hatte; alle anderen sechs Bezirke lagen — wenigstens zu zwei Terminen — auf dem gleichen Platz.

Die Mieten in Hamburg und seinem Umland am 25. Oktober 1968

— Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 —

Die Miete als Preis des Gutes „Wohnungsnutzung“ ist ein sehr komplexes Gebilde. Abgesehen davon, daß die Miete infolge der in Hamburg noch fortdauernden Mietpreisbindung nicht bzw. noch nicht die Funktionen eines echten (Markt-)Preises erfüllen kann, ist die Höhe der Miete von einer Vielzahl von Faktoren abhängig. Im Rahmen dieses Beitrages ist es allerdings nicht möglich, alle diese Faktoren und ihre Einwirkungen auf die Miethöhe zu untersuchen oder auch nur darzustellen; vor allem auch deswegen nicht, weil das aus der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 zur Verfügung stehende Material bei weitem nicht auf alle Fragen im Zusammenhang mit der Mietpreisbildung eine Antwort zu geben vermag. Einige der die Miete beeinflussenden Faktoren — und sicher nicht die unwichtigsten — können an Hand des vorliegenden Materials untersucht und dargestellt werden; dazu gehören das Baualter der Gebäude, die Ausstattung, die öffentliche Förderung und die örtliche Lage der Wohnungen.

Erhebungen über die Mieten hat es auch im Rahmen der Wohnungszählungen 1950 und 1956 gegeben. Doch sind bei beiden Erhebungen die Mieten je Wohnung und je Raum aufbereitet worden, so daß ein Vergleich der Miethöhe mit 1968 nicht möglich ist, da bei der letzten Wohnungszählung nur die Quadratmetermieten ausgewertet wurden.

Bevor die Mieten in Hamburg am 25. 10. 1968 im einzelnen untersucht werden, sollen einige Daten die Bedeutung dieses „Preises“ für die Menschen in Hamburg illustrieren.

84 % aller Wohnungen sind Mietwohnungen

In einer Großstadt wie Hamburg, wo am 25. 10. 1968 von 661 000 bewohnten Wohnungen¹⁾ 553 000 Wohnungen oder 84 % Mietwohnungen waren, spielt naturgemäß die „Miete“ im Leben vieler Menschen eine wichtige Rolle. Das wird auch dann deutlich, wenn man sieht, daß von 718 000 Wohnparteien mit 1 701 000 Personen am Stichtag der Gebäude- und Wohnungszählung 553 000 Wohnparteien (77 %) mit 1 317 000 Personen (77 %) Hauptmieter und 57 000 Wohnparteien (8 %) mit 84 000 Personen (5 %) Untermieter waren. Insgesamt bewohnten damit in Hamburg 82 % der wohnberechtigten Bevölkerung ihre Wohnung als Mieter. In der Statistik werden allerdings nur die Mieten der Hauptmieter erfaßt, weil eine Erfassung auch der Mieten der Untermieter für manche Wohnungen bzw. Teile von Wohnungen zu Doppelzählungen geführt hätte, die eine Berechnung von Relationen zur Fläche der Wohnungen (Quadratmetermiete) unmöglich gemacht hätten.

Die Hamburger zahlen etwa 1 Mrd DM für Wohnungsmieten im Jahr

Um eine Vorstellung von der Größenordnung des jährlichen Mietaufkommens in Hamburg zu gewinnen, wurde die gesamte Wohnfläche der Mietwohnungen

(32 757 800 qm) mit der durchschnittlichen Miete in DM/qm für Hamburg insgesamt (2,55 DM) multipliziert; hieraus ergibt sich ein Mietaufkommen für den Monat von etwa 83,5 Mio DM und für das Jahr von etwa 1002,4 Mio DM. Im Vergleich dazu betrug das Mietaufkommen in Hamburg für das Jahr 1950 etwa 152,3 Mio DM und 1956 rund 292,8 Mio DM. Diese beachtlichen Erhöhungen des jährlichen Mietaufkommens in Hamburg — von 1950 bis 1956 auf fast das Doppelte, von 1956 bis 1968 beinahe um das Zweieinhalbfache und von 1950 bis 1968 um mehr als das Fünfeinhalbfache — sind einmal darauf zurückzuführen, daß sich die Zahl der Mietwohnungen von 257 000 (1950) über 384 000 (1956) auf 553 000 (1968) um etwa 115 % erhöht hat, wobei die jeweils hinzugekommenen Mietwohnungen gleich von Anfang an ein höheres Mietniveau gehabt haben dürften als die schon bestehenden Mietwohnungen. In diesem Zusammenhang ist auch die Feststellung von Bedeutung, daß sich der Anteil der Mietwohnungen am Wohnungsbestand von 76 % (1950) über 78 % (1956) auf 84 % (1968) beträchtlich erhöht hat. Zum anderen haben natürlich die inzwischen eingetretenen Mieterhöhungen und die teilweise völlige Freigabe der Mieten zu einer erheblichen Steigerung des jährlichen Mietaufkommens geführt. Da ein Vergleich des Mietniveaus zwischen den einzelnen Zählungen nicht möglich ist, lassen sich leider die Gewichte, die den einzelnen Faktoren an der Mietaufkommenssteigerung zuzurechnen sind, nicht feststellen.

Die Miete — ein komplexer Preis

Es wurde oben bereits darauf hingewiesen, daß verschiedene Faktoren mit unterschiedlichem Gewicht die Miete beeinflussen; zu ihnen gehören die Ausstattung der Wohnungen, das Baualter der Gebäude und die Finanzierungsart der Wohnungen, die ab 1949 errichtet wurden. Das Schaubild 1 gibt eine Übersicht darüber, wie die genannten Faktoren in ihrer Kombination die Durchschnittsmieten für Hamburg insgesamt und die sieben Bezirke Hamburgs beeinflussen.

Am unteren Ende der Skala rangierten mit Quadratmetermieten von unter 2,— DM die Wohnungen ohne Bad und an unterster Stelle die Wohnungen auch ohne WC (Gruppen 1—3).

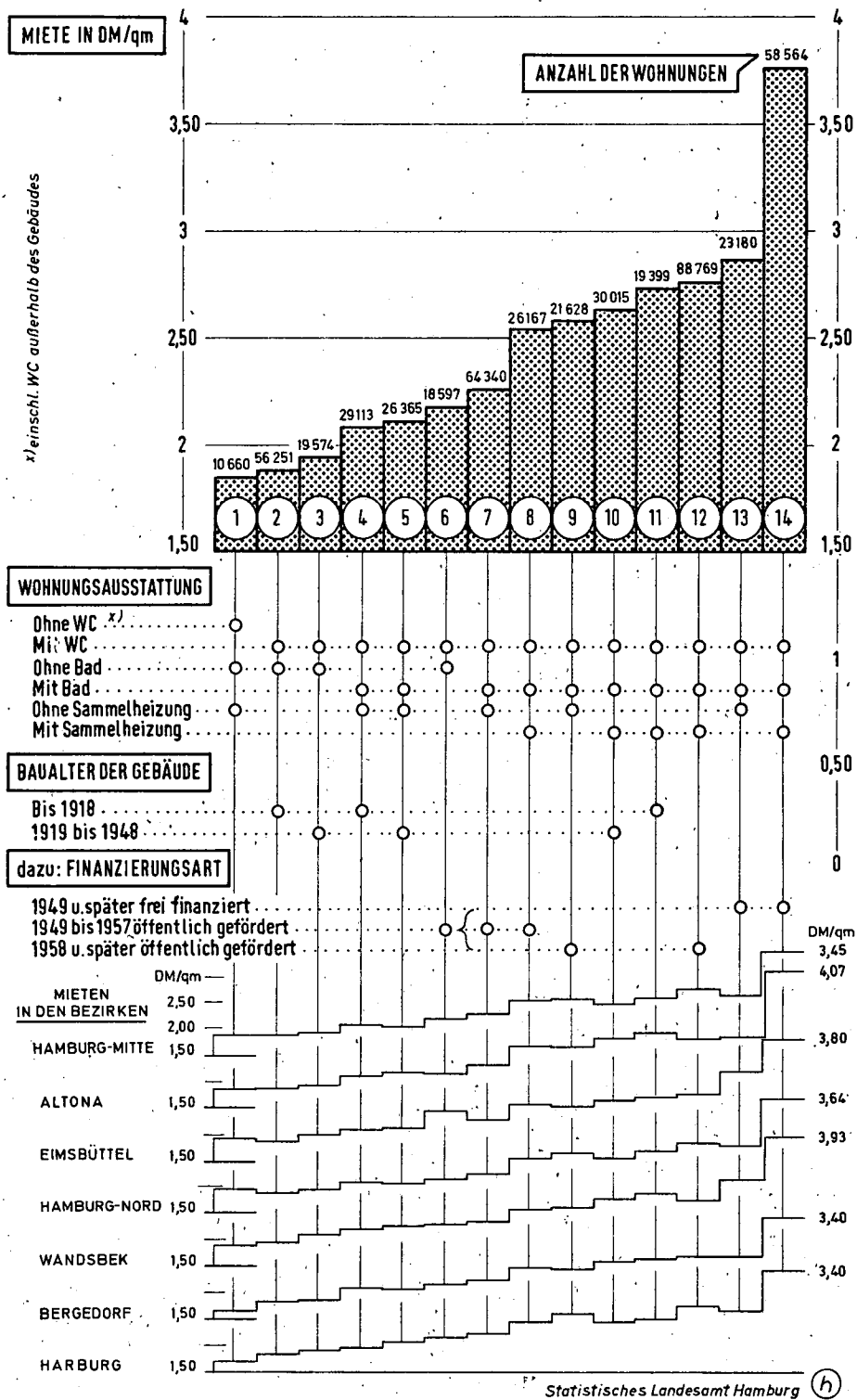
Es folgten dann die Wohnungen mit Bad aber ohne Sammelheizung. In beiden Kategorien (4 u. 5) waren — soweit Baualtersangaben vorliegen — die Mieten in neueren Wohnungen (1919 bis 1948) jeweils geringfügig höher als in den bis 1918 errichteten Wohnungen. Noch neuere Wohnungen (ab 1949) erzielten sogar auch ohne Bad eine höhere Miete als die bisher genannten Gruppen.

Alle Wohnungen mit einer Durchschnittsmiete von 2,26 DM und mehr je qm (ab Gruppe 7) waren mit Bad ausgestattet; hier differierte die Miete je nach der Ausstattung mit oder ohne Sammelheizung, nach dem Baualter und — bei Neubauwohnungen — nach der Finanzierungsart. Interessant ist, daß bei sonst gleicher

¹⁾ ohne Zweitwohnungen und von Angehörigen ausländischer Missionen gemietete Wohnungen.

Schaubild 1

Durchschnittliche Mieten in Hamburg und in den einzelnen Bezirken am 25. 10. 1968
nach Ausstattung der Wohnungen sowie Baulter der Gebäude und Finanzierungsart
— in DM/qm —



Ausstattung (mit Bad, WC und Sammelheizung) die Wohnungen, die bis 1918 erbaut wurden, mit 2,73 DM eine um 0,10 DM höhere Durchschnittsmiete erbrachten, als die von 1919 bis 1948 errichteten Wohnungen. Es ist zu vermuten, daß hier Lagevorteile eine Rolle spielen.

Die höchsten Mieten wurden für frei finanzierte Neubauwohnungen gezahlt, wobei die Wohnungen mit

Sammelheizung mit einer Durchschnittsmiete von 3,80 DM die Spitzenstellung in der Rangskala innehatten.

Die Spanne in den Mieten für Hamburg insgesamt, wie sie das Schaubild 1 zeigt, lag zwischen 1,85 DM je qm für Wohnungen ohne Bad, ohne WC und ohne Sammelheizung und 3,80 DM je qm für nach 1948 gebaute, frei finanzierte Wohnungen mit Bad, mit WC

und mit Sammelheizung und war mit 1,95 DM höher als die Miete in der erstgenannten Wohnungskategorie.

Werden die Wohnungen nach der Miethöhe gruppiert, so kristallisieren sich die folgenden vier Typen heraus:

Miethöhe DM/qm	Merkmale
1. unter 2,—	ohne Bad und ohne Sammelheizung bzw. ohne Bad im Altbau (Gruppen 1—3)
2. 2,— bis 2,26	mit Bad und ohne Sammelheizung bzw. ohne Bad und ohne Sammelheizung im Neubau (Gruppen 4—7)
3. 2,54 bis 2,76	mit Bad und mit Sammelheizung bzw. mit Bad und ohne Sammelheizung im Neubau (Gruppen 8—12)
4. 2,90 und mehr	mit Bad im frei finanzierten Neubau (Gruppen 13 und 14).

Wieweit die öffentliche Förderung des Wohnungsbaus Einfluß auf die Miethöhe ausübt, geht aus dem Schaubild 1 nicht eindeutig hervor. Bei sonst gleicher Ausstattung (mit Bad, mit WC, mit Sammelheizung) sind die Mieten lediglich bei den 1949 bis 1957 errichteten und öffentlich geförderten Wohnungen mit 2,54 DM niedriger als bei den älteren Wohnungen, die bis 1918 (2,73 DM) oder von 1919 bis 1948 (2,63 DM) gebaut wurden. In allen anderen Fällen ist bei sonst gleicher Ausstattung die Miete der öffentlich geförderten Neubauwohnungen höher als die der Altbauwohnungen.

Im unteren Teil des Schaubildes 1 sind für die sieben Hamburger Bezirke die durchschnittlichen Mieten nach den gleichen Wohnungskategorien dargestellt, wie oben für Hamburg insgesamt. Es zeigt sich hier, daß die Mietabstufungen z. T. eine andere Reihenfolge aufweisen, was im einzelnen mit bevorzugten bzw. weniger bevorzugten Wohnlagen in den einzelnen Bezirken zusammenhängen dürfte.

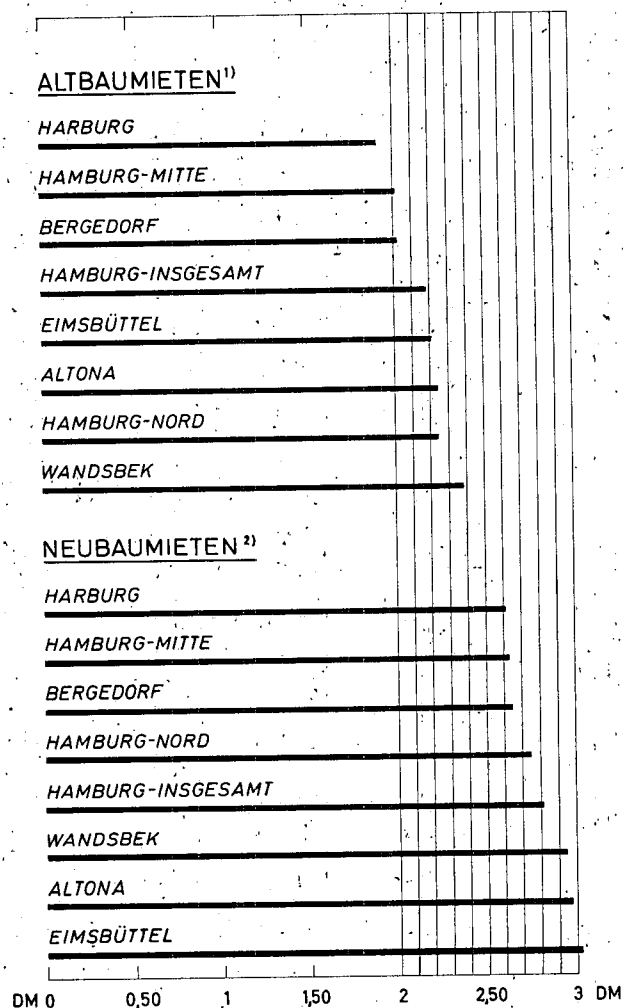
Niedrigste Altbaukosten im Bezirk Harburg und höchste Neubaukosten im Bezirk Eimsbüttel

Einen Überblick über die Höhe der durchschnittlichen Quadratmetermieten in Hamburg am 25. 10. 1968 in den sieben Bezirken und für Hamburg insgesamt in der Aufgliederung nach Altbau-²⁾ und Neubaukosten³⁾ gibt das Schaubild 2. Die Spanne zwischen den geringsten und den höchsten Altbaukosten im Bezirksdurchschnitt beträgt 0,48 DM (Harburg 1,91 DM — Wandsbek 2,39 DM) und bei den Neubaukosten 0,42 DM (Harburg 2,61 DM — Eimsbüttel 3,03 DM) und ist demnach bei den Neubaukosten überraschenderweise geringer als bei den Altbaukosten. Die Differenz zwischen den niedrigsten Altbaukosten (Bezirk Harburg 1,91 DM) und den höchsten Neubaukosten (Bezirk Eimsbüttel 3,03 DM) ist mit 1,12 DM dagegen recht beachtlich.

Sowohl bei den Altbau- als auch bei den Neubaukosten liegen die Werte in den Bezirken Harburg, Hamburg-Mitte und Bergedorf stets unter und in den Bezirken Altona, Eimsbüttel und Wandsbek stets

Schaubild 2

Durchschnittliche Altbau-¹⁾ und Neubaukosten²⁾ in Hamburg am 25. 10. 1968 nach Bezirken — in DM/qm —



1) Für Wohnungen in Gebäuden, die bis 1948 errichtet wurden,

2) " " " " " ab 1949 " " "

Statistisches Landesamt Hamburg (h)

über dem Durchschnitt für Hamburg insgesamt. Hierfür sind vor allem die bevorzugten Wohnlagen in den Elbvororten (Bezirk Altona), in Harvestehude und Rotherbaum (Bezirk Eimsbüttel) und im Alstertal sowie in den Walddörfern (Bezirk Wandsbek) ausschlaggebend, worauf bei der Betrachtung von Ortsteilergebnissen noch näher eingegangen wird. Die Rangfolge der Bezirke nach Höhe der Miete ist allerdings bei den Altbau- und bei den Neubaukosten nicht die gleiche. Zwar stehen die Bezirke Harburg, Hamburg-Mitte und Bergedorf in beiden Fällen in dieser Reihenfolge am unteren Ende der Skala, doch folgt bei den Altbaukosten dann schon Eimsbüttel vor Altona, Hamburg-Nord und Wandsbek, das an der Spitze steht, während bei den Neubaukosten Hamburg-Nord vor Wandsbek, Altona und Eimsbüttel rangiert. Die verhältnismäßig hohen Neubaukosten in Eimsbüttel und in Altona sind vor allem darauf zurückzuführen, daß hier mit rund 30 % der Anteil der öffentlich geförderten Mietwohnungen verhältnismäßig klein ist, während dieser Anteil in den Bezirken mit geringerer Miete — Harburg, Hamburg-Mitte und Bergedorf — etwa 50 % beträgt. Eine Ausnahme macht allerdings Wandsbek, wo fast 60 % aller Mietwohnungen öffentlich ge-

²⁾ Altbaukosten: Mieten für Wohnungen in Gebäuden, die bis 1948 errichtet wurden.

³⁾ Neubaukosten: Mieten für Wohnungen in Gebäuden, die ab 1949 errichtet wurden.

fördert sind und trotzdem die durchschnittliche Neu-
baumiete verhältnismäßig hoch ist. Die Ursache hier-
für dürfte darin zu finden sein, daß in Wandsbek eine
große Zahl der Mietwohnungen erst in den letzten

10 Jahren seit 1958 errichtet wurde und daher bei
entsprechender Ausstattung der Wohnungen mit Bad
und Sammelheizung das Mietniveau dort besonders
hoch ist.

Tabelle

**Bewohnte Mietwohnungen in Wohngebäuden mit Mietangaben nach Ausstattung, Baualter, Finanzierungsart und Miete in DM/qm
in Hamburg am 25. 10. 1968 nach Bezirken**

(Ohne Wohnungen in Wochenend- und Ferienhäusern sowie übrige Zweitwohnungen und Wohnungen, die von Angehörigen
ausländischer Streitkräfte privatrechtlich gemietet sind)

a = Mietwohnungen b = Durchschnittsmiete in DM je qm

Bezirke	Merk- male	Bewohnte Mietwohnungen in Wohngebäuden mit Mietangaben ¹⁾						darunter Mietwohnungen (Spalte 1) mit Bad, WC in der Wohnung, Sammelheizung					
		ins- gesamt	davon in . . . errichteten Gebäuden					ins- gesamt	davon in . . . errichteten Gebäuden				
			bis 1918	1919 bis 1948	1949 oder später				bis 1918	1919 bis 1948	1949 oder später		
					frei finan- ziert	öffentlich gefördert					frei finan- ziert	öffentlich gefördert	
						1949 bis 1957	1958 oder später					1949 bis 1957	1958 oder später
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Hamburg-Mitte	a	80 607	19 504	9 259	11 672	23 103	17 069	27 972	1 246	1 766	6 811	6 139	12 010
	b	2,41	1,98	2,10	3,12	2,34	2,69	2,84	2,58	2,49	3,48	2,51	2,76
Altona	a	71 937	25 367	13 600	10 548	9 601	12 821	28 624	3 529	5 595	7 400	1 501	10 599
	b	2,58	2,15	2,43	3,75	2,33	2,78	3,11	2,91	2,80	4,09	2,66	2,80
Eimsbüttel	a	75 975	29 781	8 348	15 649	9 242	12 955	34 583	6 220	2 935	11 031	3 741	10 656
	b	2,59	2,21	2,31	3,64	2,42	2,74	3,00	2,70	2,63	3,82	2,56	2,78
Hamburg-Nord	a	126 337	26 224	28 182	24 604	36 728	10 599	52 815	6 022	13 452	16 348	8 936	8 057
	b	2,52	2,22	2,30	3,39	2,29	2,78	2,91	2,69	2,54	3,66	2,53	2,82
Wandsbek	a	82 775	5 067	9 532	18 846	14 150	35 180	51 626	1 117	3 707	13 945	4 709	28 148
	b	2,86	2,27	2,45	3,79	2,39	2,73	3,07	2,89	2,79	3,98	2,56	2,76
Bergedorf	a	19 480	5 030	3 301	1 177	1 920	8 052	9 891	732	791	730	254	7 384
	b	2,39	1,97	2,11	3,12	2,22	2,68	2,73	2,64	2,59	3,43	2,48	2,69
Harburg	a	50 294	12 151	8 485	4 650	9 638	15 370	17 403	533	1 769	2 299	887	11 915
	b	2,34	1,79	2,07	3,02	2,20	2,71	2,78	2,50	2,46	3,46	2,46	2,73
Hamburg insg.	a	507 405	123 124	80 707	87 146	104 382	112 046	222 914	19 399	30 015	58 564	26 167	88 769
	b	2,56	2,13	2,29	3,51	2,32	2,73	2,96	2,73	2,63	3,80	2,54	2,76

Fortsetzung

Bezirke	Merk- male	darunter Mietwohnungen (Spalte 1) mit Bad, WC in der Wohnung, ohne Sammelheizung						darunter Mietwohnungen (Spalte 1) ohne Bad, mit WC in der Wohnung				darunter Miet- wohnungen (Spalte 1) ohne Bad, ohne WC ²⁾ und ohne Sammel- heizung
		insgesamt	davon in . . . errichteten Gebäuden					insgesamt	davon in . . . errichteten Gebäuden			
			bis 1918	1919 bis 1948	1949 oder später				bis 1918	1919 bis 1948	1949 oder später	
					frei finan- ziert	öffentlich gefördert						
						1949 bis 1957	1958 oder später					
13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23		
Hamburg-Mitte	a	31 913	4 880	3 676	4 057	14 814	4 486	17 211	10 822	3 309	3 080	1 857
	b	2,29	2,05	2,03	2,62	2,28	2,53	1,94	1,89	1,94	2,16	1,89
Altona	a	20 567	6 037	3 940	2 426	6 054	2 110	19 102	12 867	3 567	2 668	2 097
	b	2,31	2,11	2,19	2,84	2,31	2,64	1,92	1,88	1,92	2,16	1,85
Eimsbüttel	a	20 153	7 225	2 986	3 592	4 289	2 061	19 001	14 849	1 977	2 175	1 733
	b	2,32	2,10	2,11	3,22	2,28	2,52	1,95	1,89	2,00	2,46	1,92
Hamburg-Nord	a	47 048	6 251	8 537	6 942	22 888	2 430	24 786	13 120	5 704	5 962	2 143
	b	2,26	2,08	2,06	2,81	2,22	2,62	1,95	1,89	1,94	2,13	1,96
Wandsbek	a	24 327	1 495	3 325	4 373	8 332	6 802	4 288	1 167	1 593	1 528	577
	b	2,52	2,19	2,23	3,17	2,31	2,60	2,10	1,94	2,09	2,26	1,89
Bergedorf	a	4 127	1 049	901	263	1 338	576	2 901	1 209	1 238	454	753
	b	2,21	2,08	2,07	2,69	2,21	2,47	1,87	1,81	1,85	2,16	1,63
Harburg	a	16 491	2 176	3 000	1 527	6 625	3 163	7 133	2 217	2 186	2 730	1 500
	b	2,27	1,98	2,07	2,70	2,21	2,59	1,95	1,82	1,90	2,13	1,68
Hamburg insg.	a	164 626	29 113	26 365	23 180	64 340	21 628	94 422	56 251	19 574	18 597	10 660
	b	2,32	2,08	2,11	2,90	2,26	2,58	1,94	1,88	1,94	2,18	1,85

¹⁾ ohne Dienst-, Werkwohnungen und ohne Wohnungen von Altenteilern und sonstigen Wohnungsnutzern. — ²⁾ einschl. WC außerhalb des Gebäudes.

An diesem Beispiel wird wiederum deutlich, daß die Höhe der Miete von vielen Faktoren beeinflußt wird, so daß es nicht immer ohne weiteres möglich ist, die Ursachen unterschiedlich hoher Mieten richtig und vollständig zu interpretieren. Daher soll an dieser Stelle nur noch auf die Tabelle hingewiesen werden, in der für alle sieben Bezirke die Zahl der Mietwohnungen und deren Durchschnittsmiete in DM/qm nach Ausstattung, Baualter und Finanzierungsart der Wohnungen aufgeführt ist, ohne daß diese Zahlen im einzelnen an dieser Stelle noch näher untersucht und interpretiert werden.

Große Mietunterschiede in den Ortsteilen ...

Zwischen der niedrigsten durchschnittlichen Altbau- miete, die in einem Ortsteil (Reitbrook) mit 1,25 DM festgestellt wurde, und der höchsten durchschnittlichen Neubaumiete (Ortsteil 222, südlicher Teil von Blankenese) mit 4,37 DM liegt eine Spanne von 3,12 DM, oder — anders betrachtet — die höchste Durchschnittsmiete ist fast genau dreieinhalbmal so hoch wie die niedrigste. Bei diesem Vergleich wurden Mieten von Alt- und von Neubauwohnungen miteinander in Beziehung gesetzt, obwohl es sich bei diesen beiden Wohnungsarten um sehr unterschiedliche „Güter“ handelt, deren Preise miteinander kaum vergleichbar sind. Es bietet sich daher an, die Altbau- und die Neubaumieten bei der weiteren Darstellung getrennt zu behandeln.

... bei Altbauwohnungen ...

In sechs Hamburger Ortsteilen wurden Durchschnittsmieten für Altbauwohnungen ermittelt, die mit einem Betrag bis unter 1,50 DM je qm besonders niedrig waren; im einzelnen handelt es sich um folgende sechs Ortsteile, aus denen Mietangaben für insgesamt 435 Wohnungen im Altbau vorlagen:

609 Reitbrook	mit 1,25 DM
137 Steinwerder	mit 1,28 DM
132 Billbrook	mit 1,33 DM
610 Allermöhe	mit 1,41 DM
721 Cranz	mit 1,43 DM
613 Tatenberg	mit 1,44 DM

Eine durchschnittliche Altbau- miete bis unter 2,— DM je qm wurde festgestellt:

- in 15 von 39 Ortsteilen des Bezirks Hamburg-Mitte
- in 9 von 26 Ortsteilen des Bezirks Altona
- in 4 von 21 Ortsteilen des Bezirks Eimsbüttel
- in 5 von 32 Ortsteilen des Bezirks Hamburg-Nord
- in 3 von 26 Ortsteilen des Bezirks Wandsbek
- in 11 von 14 Ortsteilen des Bezirks Bergedorf und
- in 16 von 21 Ortsteilen des Bezirks Harburg;

also in insgesamt 63 von 179 Ortsteilen in Hamburg mit etwa 33 % des gesamten Altbauwohnungsbestandes, für den Mietangaben vorlagen.

Diejenigen Bezirke, in denen eine verhältnismäßig große Zahl von Ortsteilen eine durchschnittliche Altbau- miete bis zu 2,— DM hatte, weisen auch im Bezirksdurchschnitt entsprechend niedrige Mieten aus, und zwar Hamburg-Mitte 2,01 DM, Bergedorf 2,02 DM und Harburg 1,91 DM (siehe Schaubild 2). Der Durchschnitt für Hamburg insgesamt betrug 2,19 DM je qm.

Auf der anderen Seite der Mietenskala waren folgende sechs Ortsteile in bevorzugter Wohnlage zu finden,

von denen Mietangaben für 3147 Altbauwohnungen vorlagen, die im Durchschnitt 3,— DM und mehr je qm betrugen.

510 westlicher Teil von Marienthal	mit 3,— DM
511 östlicher Teil von Marienthal	mit 3,01 DM
122 westlicher Teil von Hamm-Nord	mit 3,05 DM
517 Wellingsbüttel	mit 3,07 DM
218 Othmarschen	mit 3,13 DM
223 nördlicher Teil von Blankenese	mit 3,17 DM

In nur insgesamt 25 der 179 hamburgischen Ortsteile betrug die Altbau- miete im Durchschnitt 2,50 DM und mehr je qm; in den Bezirken Bergedorf und Harburg gab es keine derartigen Ortsteile, und im Bezirk Wandsbek lag in 10 der 26 Ortsteile die Miete über diesem Betrag; dieser Bezirk hatte dann auch die durchschnittlich höchsten Altbau- mieten mit 2,39 DM je qm aufzuweisen (siehe Schaubild 2).

... und bei Neubaumieten

In den folgenden Ortsteilen von Hamburg waren die durchschnittlichen Neubaumieten mit einem Betrag von unter 2,25 DM je qm verhältnismäßig niedrig; diese Angaben beziehen sich auf insgesamt 12 059 Wohnungen oder rund 4 % der Neubauwohnungen mit Mietangaben:

132 Billbrook	mit 1,65 DM
127 nördlicher Teil von Hamm-Süd	mit 2,06 DM
612 Moorfleet	mit 2,15 DM
135 Veddel	mit 2,19 DM
214 östlicher Teil von Bahrenfeld	mit 2,19 DM
424 südwestlicher Teil von Dulsberg	mit 2,20 DM
411 südöstlicher Teil von Winterhude	mit 2,23 DM
425 nordöstlicher Teil von Dulsberg	mit 2,24 DM

Außer Billbrook, das sowohl bei den Altbau- als auch bei den Neubaumieten in der untersten Gruppe der Mietenskala stand, waren sonst weitere Ortsteile nicht gleichzeitig bei den beiden Bau- altersgruppen unter den „Niedrig-Mieten-Ortsteilen“ zu finden, so daß nicht anzunehmen ist, daß eine ungünstige Wohnlage zu diesen relativ geringen Mieten geführt hat, sondern andere Merkmale — wie Ausstattung, Baualter oder Finanzierungsart (öffentliche Finanzierung) — hierfür bestimmend sind.

Am anderen, oberen Ende der Mietenskala bei den Neubauwohnungen finden sich dagegen überwiegend bevorzugte Wohngegenden, wie die folgende Übersicht über die acht Ortsteile mit durchschnittlichen Mieten von 4,— DM und mehr je qm ausweist, die insgesamt 4060 Neubauwohnungen betreffen:

223 nördlicher Teil von Blankenese	mit 4,— DM
521 Lemsahl-Mellingstedt	mit 4,02 DM
517 Wellingsbüttel	mit 4,08 DM
217 Groß Flottbek	mit 4,14 DM
221 Nienstedten	mit 4,23 DM
312 östlicher Teil von Rotherbaum	mit 4,34 DM
218 Othmarschen	mit 4,36 DM
222 südlicher Teil von Blankenese	mit 4,37 DM

Hier dominieren eindeutig mit fünf der aufgeführten acht Ortsteile die Elbvororte, von denen der südliche, an der Elbe gelegene Teil von Blankenese mit einer Miete von 4,37 DM je qm den Spitzenreiter stellt. Neben den beiden Ortsteilen im Nordosten Hamburgs — Lemsahl-Mellingstedt und Wellingsbüttel —, die im Alstertal liegen, gehört nur ein einziger in der eigent-

lichen Stadt liegender Ortsteil, nämlich der an die Alster grenzende Teil von Rotherbaum (Pöseldorf), zu den Ortsteilen mit einer besonders hohen Neubaumiete. Die aufgeführten acht Ortsteile liegen in drei Bezirken, die vier anderen Bezirke — Hamburg-Mitte, Hamburg-Nord, Bergedorf und Harburg — haben keinen Ortsteil aufzuweisen, dessen durchschnittliche Neubaumiete den Betrag von 4,— DM je qm erreicht; es sind dies die vier Bezirke, die auch mit ihrem Bezirksdurchschnitt unter dem Durchschnitt für Hamburg insgesamt — 2,82 DM — liegen (siehe Schaubild 2).

Kein einheitliches Mietpreisgefälle zwischen Hamburg und dem Umland⁴⁾

Vergleicht man die Mieten in den hamburgischen Randgebieten mit denen der angrenzenden Gemeinden Schleswig-Holsteins und Niedersachsens (soweit aus der Gebäude- und Wohnungszählung am 25. 10. 1968 verwertbare Mietangaben vorliegen), so kann man zwar weder für die Altbauwohnungen (Schaubild 3) noch für die Neubauwohnungen (Schaubild 4) ein überall einheitliches Mietpreisgefälle zwischen Hamburg und seinem Umland feststellen, doch machen die beiden Schaubilder einige räumliche Zusammenhänge deutlich sichtbar.

Bei den Altbauwohnungen (Schaubild 3) erkennt man zunächst die überwiegend periphere Lage der Gemeinden mit den niedrigsten Durchschnittsmieten bis unter 1,50 DM je qm. Sie liegen fast alle am Rande des Umlandraumes, etwa in der 30–40-km-Zone; besonders stark sind sie konzentriert im östlichen Sektor zwischen Bad Oldesloe und Lüneburg. Ein näher zur Stadt gelegenes Gebiet dieser Mietpreisstufe ist der niedersächsische Teil des Alten Landes auf dem südlichen Elbufer zwischen Buxtehude und Stade.

Im übrigen Umland sind Durchschnittsmieten von 1,50 bis unter 2,— DM vorherrschend. Auch der größte Teil der Bezirke Bergedorf und Harburg ist durch diese Mietpreisstufe gekennzeichnet.

Höhere durchschnittliche Altbauwohnungen finden wir in mehreren Gebieten konzentriert; so zum Beispiel südlich von Harburg, im Raum zwischen Maschen, Handstedt, Buchholz und Neu Wulmstorf.

Ein zweites dieser Gebiete mit dem Schwerpunkt bei Ahrensburg reicht von Bargteheide und Hoisdüppel in östlicher Richtung bis Lütjensee und setzt sich schmaler nach Süden entlang der Stadtgrenze bis zu den Gemeinden am Sachsenwald fort.

Ein drittes Gebiet schließlich säumt den ganzen Nordwestrand der Stadt, von Schenefeld und Pinneberg bis Quickborn, über Garstedt entlang der Achse nach Kaltenkirchen und reicht noch weiter nordöstlich. Dieser Raum, fast ausschließlich der Mietpreisstufe von 2,— bis unter 2,50 DM zugehörend, ist somit in seinem Altbauwohnungsniveau dem gesamten Nordteil Hamburgs, von den oben erwähnten Ausnahmen abgesehen, sehr ähnlich.

Bei den Neubauwohnungen (Schaubild 4) ist das Bild weit weniger geschlossen. Auch hier finden wir die Gemeinden mit den niedrigsten Durchschnittsmie-

ten vorzugsweise an der Peripherie des Großraumes. Dabei fällt aber zugleich auf, daß sich der Mietwohnungsbau nach dem Kriege offensichtlich mehr auf die Stadt selbst, das nähere Umland und weiter draußen nur auf einige landschaftlich bevorzugte oder verkehrsgünstige Gebiete konzentriert hat, während im übrigen 30–40-km-Bereich die Zahl der Neubauwohnungen in den einzelnen Gemeinden oft so klein ist, daß für sie gar keine Durchschnittsmieten berechnet werden konnten.

Eine stark vereinfachende Zusammenfassung erlaubt die Feststellungen, daß die Durchschnittsmieten in den nördlichen Stadtgebieten und Umlandgemeinden höher sind als im südlichen Teil der Stadt und des Umlandes und daß sie mit wachsender Entfernung von Hamburg abnehmen.

Betrachtet man nach dieser ersten Übersicht auch kleinere regionale Unterschiede genauer, so fallen besonders solche Umlandgemeinden auf, in denen die Durchschnittsmieten höher lagen als in den angrenzenden Ortsteilen Hamburgs.

So hatten bei den Altbauwohnungen (Schaubild 3) Barsbüttel, Oststeinbek, Havighorst und Reinbek (Kreis Stormarn) ein höheres Mietniveau als die Ortsteile Billstedt, Lohbrügge und Bergedorf, und Börnsen (Kreis Hzt. Lauenburg) lag in einer höheren Mietpreisstufe als der Ortsteil Altengamme. Im Landkreis Harburg wurden in den Gemeinden Bullenhäusen, Meckelfeld, Fleestedt, Ehestorf und Neu Wulmstorf durchschnittlich höhere Mieten bezahlt als in den jeweils angrenzenden Ortsteilen Neuland, Rönneburg, Langenbek, Sinstorf, Heimfeld und Neugraben-Fischbek. Unter den weiter von der Hamburger Grenze entfernt bzw. durch die Elbe getrennt liegenden Gebieten mit einem verhältnismäßig hohen Mietniveau (2,50 bis unter 3,— DM je qm) bei den Altbauten heben sich noch folgende Gemeinden aus ihrer Umgebung heraus: Henstedt (Kreis Segeberg), Großhansdorf (Kreis Stormarn), Laßbrönne, Glüsing, Horst, Lindhorst und Bendestorf (Kreis Harburg).

Bei den Neubauwohnungen (Schaubild 4) war das durchschnittliche Mietniveau in den Gemeinden Schenefeld, Halstenbek, Rellingen und Garstedt (Kreis Pinneberg) höher als das der jeweils angrenzenden Ortsteile Rissen, Sülldorf, Iserbrook, Osdorf, Lurup, Eidelstedt, Niendorf, Fuhlsbüttel und Langenhorn. In Glashütte und Tangstedt sowie Hoisdüppel (Kreis Stormarn) zahlte man durchschnittlich höhere Mieten als im angrenzenden Duvendstedt bzw. Bergstedt und Volksdorf. In Ahrensburg, Stapelfeld, Barsbüttel, Oststeinbek, Havighorst und Reinbek (Kreis Stormarn) waren die durchschnittlichen Mieten ebenfalls höher als in den Ortsteilen Rahlstedt, Jenfeld, Billstedt, Lohbrügge und Bergedorf. Das gleiche gilt für Wentorf und Eschburg (Kreis Hzt. Lauenburg) im Vergleich zu Bergedorf und Altengamme. Im Kreis Harburg hatten die Gemeinden Meckelfeld, Fleestedt und Bechedorf ein höheres Mietniveau als die angrenzenden Ortsteile Rönneburg und Sinstorf und ebenso die Gemeinden Leversen, Sottorf und Ehestorf im Vergleich mit den Ortsteilen Marmstorf, Eißendorf, Heimfeld, Hausbruch und Neugraben-Fischbek.

Noch deutlicher als bei den Altbauwohnungen zeichneten sich bei den Neubauwohnungen mehrere Gemeinden ab,

⁴⁾ Umland = Umkreis von 40 km um den Hamburger Stadtkern (Rathaus).

die weiter von Hamburg entfernt liegen und ein verhältnismäßig hohes Mietniveau — 3,50 DM je qm und mehr — aufwiesen. Dazu gehörten Henstedt und Ulzburg im Kreis Segeberg und Lühmühlen, Hanstedt, Schierhorn, Lüllau, Seppensen, Buchholz, Klecken, Bendestorf, Harmstorf und Elstorf im Kreis Harburg.

Zum Schluß sollen noch die Gemeinden im Umland, die jeweils die höchsten und die niedrigsten durchschnittlichen Altbau- und Neubaumieten aufzuweisen hatten, genannt und den entsprechenden Extremwerten der Ortsteile in Hamburg gegenübergestellt werden.

Durchschnittliche Altbaumieten in DM/qm

H a m b u r g		
Niedrigste:	Reitbrook	1,25
Höchste:	nördl. Teil v. Blankenese	3,17
U m l a n d		
Niedrigste:	Sauensiek, Kr. Stade	0,93
Höchste:	Henstedt, Kr. Segeberg	2,83
	LaBrönne, Kr. Harburg	2,83

Durchschnittliche Neubaumieten in DM/qm

H a m b u r g		
Niedrigste:	Billbrook	1,65
Höchste:	südl. Teil v. Blankenese	4,37
U m l a n d		
Niedrigste:	Steinkirchen, Kr. Stade	1,21
Höchste:	Havighorst, Kr. Stormarn	4,40

Dieser Vergleich zeigt, daß die niedrigsten und die höchsten durchschnittlichen Altbaumieten und die niedrigsten durchschnittlichen Neubaumieten in einem Ortsteil in Hamburg höher waren als in einer Umlandgemeinde, daß aber die höchsten durchschnittlichen Neubaumieten einer Umlandgemeinde über denen aller Ortsteile in Hamburg lagen. Havighorst im Kreis Stormarn war das Gebiet in der gesamten Hamburger Region, in dem mit 4,40 DM je qm die absolut höchsten durchschnittlichen Mieten ermittelt wurden.

Methodische Anmerkungen

Der Wohnungs- und Haushaltsbogen der Gebäude- und Wohnungszählung vom 25. 10. 1968 enthielt unter den Ziffern 27. bis 30. folgende Fragen zur Miete:

27. Wie hoch ist die Monatsmiete? DM

28. Sind in der Monatsmiete
Umlagen für Zentralheizung,
Warmwasserversorgung, ja
Garagenmiete, Untermiet- nein
zuschlag, Zuschlag für Möblie-
rung enthalten?

Wenn ja: wieviel monatlich? DM

29. Zahlen Sie n e b e n der Miete
Beträge für Wasser, Kanalisa- ja
tion, Straßenreinigung, nein
Müllabfuhr?

Wenn ja: wieviel monatlich? DM

30. Ist der bei Frage 27 ange-
gebene Mietbetrag wegen ja
finanzieller Vorleistung (Miet- nein
vorauszahlung, Mieterdarlehen,
Baukostenzuschuß) ermäßigt?

Wenn ja: um wieviel monatlich? DM

Aus diesen Angaben wurde im Zuge der maschinellen Aufbereitung die sog. „Kalte Miete“ errechnet, indem zur eigentlichen Miete (27) die Nebenkosten (29) und der unter (30) aufgeführte Betrag addiert und hiervon die Umlagen (28) abgezogen wurden. In die Mietenberechnung gingen dann nur diejenigen Wohnungen ein, für die verwertbare Mietangaben vorlagen, d. h. Mietwohnungen o h n e Mietangaben oder mit unwahrscheinlichen Mietangaben wurden von den Durchschnittsberechnungen ausgeschlossen.

Über die Fläche der Wohnung war im Wohnungs- und Haushaltsbogen unter Ziffer 22. folgende Angabe zu machen:

22. Wie groß ist die Fläche der ge-
samten Wohnung? (einschl.
Küche, Bad, Toilette, Flur und
untervermieteter oder gewerb-
lich genutzter Räume)

.....
in ganzen qm

Die Berechnung von Durchschnittsmieten für die verschiedenen Gebietseinheiten — Hamburg insgesamt, Bezirke, Ortsteile, Umlandgemeinden — erfolgte derart, daß die verwertbaren Mieten aller Mietwohnungen in der betreffenden Gebietseinheit summiert wurden und die Summen durch die summierte Zahl der Quadratmeterfläche der gleichen Wohnungen geteilt wurden. Eine derartige Durchschnittsberechnung erfolgte nur, wenn wenigstens für 10 Wohnungen Miet- und Flächenangaben vorhanden waren, weil sonst ein aussagefähiger Durchschnittswert nicht zu erwarten gewesen wäre; hieraus erklären sich auch die meisten der grau gefärbten Ortsteile und Gemeinden auf den Schaubildern 3 und 4, in denen zwar entsprechende Mietwohnungen vorhanden waren, aber wegen ihrer zu geringen Zahl eine Mietenberechnung nicht vorgenommen wurde. Für andere Ortsteile oder Gemeinden lagen keinerlei Angaben vor, so daß aus diesem Grunde eine Durchschnittsberechnung nicht erfolgen konnte.

FREIE UND HANSESTADT HAMBURG

Die 7 Bezirke und 179 Ortsteile



FREIE UND HANSESTADT HAMBURG

Die 7 Bezirke und 104 Stadtteile





Anhangtabelle 1

Durchschnittliche Altbau- und Neubaumieten in DM/qm in Hamburg am 25. 10. 1968 nach Ortsteilen

Ortsteile Bezirke	Mietwohnungen mit Mietangaben ¹⁾ in Gebäuden, die errichtet wurden				Ortsteile Bezirke	Mietwohnungen mit Mietangaben ¹⁾ in Gebäuden, die errichtet wurden			
	bis 1948		1949 oder später			bis 1948		1949 oder später	
	Woh- nungen	durch- schnitt- liche Miete in DM/qm	Woh- nungen	durch- schnitt- liche Miete in DM/qm		Woh- nungen	durch- schnitt- liche Miete in DM/qm	Woh- nungen	durch- schnitt- liche Miete in DM/qm
	1	2	3	4		1	2	3	4
101	521	2,44	.	.	304	2 055	1,93	1 391	2,55
102	342	2,07	.	.	305	1 879	2,15	628	2,78
103	-	-	-	-	306	873	2,21	780	3,19
104	1 335	1,97	807	2,64	307	850	2,04	1 245	2,89
105	1 155	1,85	276	3,05	308	1 328	2,07	1 261	2,76
106	1 445	2,03	102	2,66	309	3 041	2,07	680	2,52
107	653	2,01	.	.	310	1 954	1,97	689	2,97
108	2 653	1,91	185	2,92	311	2 618	2,17	970	3,39
109	1 203	1,92	187	2,45	312	2 447	2,60	512	4,34
110	1 817	1,96	461	3,01	313	1 446	2,47	3 246	2,91
111	1 984	2,04	457	3,23	314	2 697	2,65	438	3,95
112	1 437	1,99	679	3,08	315	1 805	2,06	930	2,90
113	935	2,10	487	3,81	316	1 827	2,03	1 727	2,62
114	1 855	2,15	377	3,27	317	1 205	2,55	4 316	3,32
115	433	1,92	-	-	318	1 067	2,48	5 555	3,25
116	-	-	-	-	319	909	2,27	1 243	3,57
117	-	-	-	-	320	1 262	2,17	4 443	2,91
118	25	1,64	85	2,61	321	1 619	2,25	5 004	2,84
119	.	.	-	-	Eimsbüttel	38 129	2,22	37 846	3,03
120	17	2,41	762	3,16	401	2 314	2,06	720	2,88
121	155	2,67	1 763	2,72	402	1 339	2,14	593	2,91
122	65	3,05	2 920	2,77	403	3 056	2,19	540	3,29
123	73	2,51	3 493	2,44	404	2 831	2,48	191	3,69
124	282	2,19	5 744	2,30	405	3 308	2,05	270	3,09
125	16	2,04	1 947	2,68	406	1 115	2,48	1 357	2,92
126	30	1,91	2 721	2,52	407	1 664	2,54	1 693	3,29
127	103	2,17	506	2,06	408	3 446	2,18	1 271	2,94
128	.	.	744	2,35	409	3 039	2,31	974	3,66
129	1 375	2,16	5 040	2,61	410	2 063	2,34	1 985	3,29
130	1 271	2,04	8 321	2,60	411	3 193	2,22	1 785	2,23
131	1 977	1,90	9 969	2,82	412	2 649	1,86	473	2,41
132	164	1,33	466	1,65	413	2 547	2,61	1 256	3,59
133	514	2,23	1 054	2,43	414	1 353	2,47	2 289	3,24
134	353	2,08	1 060	2,58	415	1 065	2,48	2 576	3,45
135	1 880	2,02	103	2,19	416	540	2,30	1 187	3,59
136	634	1,86	-	-	417	537	2,42	1 798	3,07
137	23	1,28	.	.	418	1 333	2,06	1 110	2,83
138	11	1,59	.	.	419	784	1,95	2 038	2,33
139	1 987	1,84	1 111	2,44	420	274	1,95	1 606	2,67
Hamburg-Mitte	28 763	2,01	51 844	2,63	421	379	2,06	2 398	2,64
201	823	1,93	390	2,57	422	67	2,37	2 961	2,85
202	404	2,15	1 596	2,82	423	314	1,97	3 319	2,52
203	627	2,15	709	3,01	424	491	1,89	3 979	2,20
204	1 523	1,97	979	2,68	425	1 394	2,10	4 680	2,24
205	884	1,95	1 681	3,02	426	405	2,08	3 110	2,41
206	1 209	1,99	684	3,20	427	1 373	2,19	3 104	2,51
207	2 151	1,93	881	2,39	428	1 079	2,17	8 099	2,32
208	1 207	1,99	1 146	2,46	429	2 166	2,08	3 159	2,27
209	2 029	2,02	1 463	2,49	430	3 010	2,19	2 725	2,95
210	2 161	1,99	342	2,53	431	2 894	2,36	1 517	3,12
211	4 155	2,20	1 446	2,52	432	2 384	2,31	7 168	3,03
212	2 447	1,89	189	2,66	Hamburg-Nord	54 406	2,25	71 931	2,75
213	3 203	2,06	337	2,97	501	378	2,52	2 841	3,18
214	2 660	1,97	457	2,19	502	44	2,48	2 060	2,71
215	2 320	2,14	1 279	2,71	503	14	2,56	2 380	2,77
216	1 791	2,21	1 095	2,78	504	162	2,13	2 178	2,80
217	1 565	2,88	905	4,14	505	327	2,21	1 178	2,82
218	1 215	3,13	961	4,36	506	539	1,87	1 567	2,87
219	703	2,15	6 460	2,73	507	359	1,86	1 156	3,24
220	791	2,61	4 842	3,32	508	1 072	2,18	2 228	3,09
221	1 045	2,66	347	4,23	509	937	2,03	2 938	2,79
222	1 833	2,75	315	4,37	510	245	3,00	1 070	3,50
223	549	3,17	405	4,00	511	419	3,01	1 185	2,82
224	771	2,34	1 640	2,70	512	263	2,34	3 221	2,84
225	289	2,44	1 240	2,75	513	1 006	2,23	2 534	3,02
226	616	2,65	1 181	3,29	514	1 025	1,75	6 545	2,79
Altona	38 967	2,25	32 970	2,98	515	2 029	2,14	12 710	2,83
301	2 889	1,96	672	2,56	516	28	2,42	909	2,80
302	3 051	1,90	488	2,32	517	654	3,07	526	4,08
303	1 367	2,02	1 628	2,89	518	559	2,65	1 520	3,45

Anmerkung siehe am Schluß der Tabelle

Noch: Anhangtabelle 1

Durchschnittliche Altbau- und Neubaumieten in DM/qm in Hamburg am 25. 10. 1968 nach Ortsteilen

Ortsteile Bezirke	Mietwohnungen mit Mietangaben ¹⁾ in Gebäuden, die errichtet wurden			
	bis 1948		1949 oder später	
	Wohnungen	durchschnittliche Miete in DM/qm	Wohnungen	durchschnittliche Miete in DM/qm
	1	2	3	4
519	584	2,72	1 262	3,20
520	209	2,49	598	2,97
521	133	2,54	89	4,02
522	197	2,32	111	3,33
523	254	2,48	58	3,71
524	169	2,45	983	3,29
525	616	2,89	1 156	3,15
526	2 377	2,61	15 173	2,97
Wandsbek	14 599	2,39	68 176	2,95
601	1 675	1,91	8 758	2,66
602	2 181	2,11	921	2,71
603	3 024	2,13	969	2,60
604	146	2,02	38	2,49
605	140	1,74	40	2,63
606	131	1,71	74	2,75
607	417	1,87	99	2,53
608	182	1,53	52	3,28
609	42	1,25		
610	102	1,41	39	2,37
611	170	1,68	50	2,43
612	76	1,78	83	2,15
613	18	1,44	21	2,61
614	27	1,50		
Bergedorf	8 331	2,02	11 149	2,65

Ortsteile Bezirke	Mietwohnungen mit Mietangaben ¹⁾ in Gebäuden, die errichtet wurden			
	bis 1948		1949 oder später	
	Wohnungen	durchschnittliche Miete in DM/qm	Wohnungen	durchschnittliche Miete in DM/qm
	1	2	3	4
701	1 544	1,95	2 936	2,33
702	2 679	1,73	1 963	2,41
703	58	1,71		
704	16	2,19		
705	2 401	1,86	2 749	2,70
706	215	1,93	126	3,36
707	80	1,71	77	3,95
708	324	1,77	298	2,28
709	283	2,08	1 129	2,78
710	1 894	2,12	3 855	2,62
711	2 912	1,98	4 134	2,48
712	5 723	1,86	4 256	2,37
713	999	1,88	1 768	2,56
714	76	1,78	28	3,08
715	214	1,61	45	2,34
716	160	1,59	36	2,97
717	358	2,37	2 078	2,99
718	412	2,13	4 039	2,89
719	32	1,86	13	2,89
720	175	1,92	102	2,65
721	81	1,43	14	2,45
Harburg	20 636	1,91	29 658	2,61
Hamburg insgesamt	203 831	2,19	303 574	2,82

1) ohne Dienst-, Werkwohnungen, ohne Wohnungen von Alnteilern und sonstigen Wohnungsnutzern sowie ohne Zweitwohnungen und ohne Wohnungen, die von Angehörigen ausländischer Streitkräfte privatrechtlich gemietet sind.

Anhangtabelle 2

Durchschnittliche Altbau- und Neubaumieten in DM/qm im Hamburger Umland am 25. 10. 1968 nach Gemeinden

Kreise Gemeinden	Mietwohnungen mit Mietangaben ¹⁾ in Gebäuden, die errichtet wurden				Kreise Gemeinden	Mietwohnungen mit Mietangaben ¹⁾ in Gebäuden, die errichtet wurden			
	bis 1948		1949 oder später			bis 1948		1949 oder später	
	Wohn- nungen	durch- schnitt- liche Miete in DM/qm	Wohn- nungen	durch- schnitt- liche Miete in DM/qm		Wohn- nungen	durch- schnitt- liche Miete in DM/qm	Wohn- nungen	durch- schnitt- liche Miete in DM/qm
	1	2	3	4		1	2	3	4
Steinburg					noch: Segeberg				
Altenmoor	10	1,28	-	-	Hartenholm	35	1,75	26	1,72
Horst (Holstein)	270	1,75	131	2,26	Hasenmoor
Klein Kollmar	75	1,26	12	1,77	Heidmoor	13	1,49	.	.
Kiebitzreihe	17	1,56	12	1,85	Henstedt	153	2,83	413	4,22
Neuendorf b. Elmshorn	62	1,36	11	2,06	Hüttblek
					Itzstedt	22	1,86	11	2,23
Pinneberg					Kaltenkirchen	200	2,26	1 032	2,74
Appen	175	1,81	93	2,39	Kattendorf	32	2,30	.	.
Barmstedt, Stadt	716	1,90	573	2,81	Kayhude	27	1,73	11	3,02
Bevern	16	1,79	.	.	Kisdorf	72	1,93	53	1,90
Bilsen	19	1,50	10	1,75	Leezen	59	1,76	32	2,06
Bönningstedt	129	2,16	108	2,87	Lentförden	61	1,61	28	2,17
Bokel	14	1,58	.	.	Mönkloh
Bokelsee	Nahe	52	1,82	42	2,61
Bokholt-Hanredder	64	1,71	11	3,40	Neversdorf	20	1,12	15	2,97
Borstel-Hohenraden	67	1,88	42	2,74	Nützen	66	1,53	25	2,52
Brande-Hörnerkirchen	56	1,53	11	2,55	Oering	16	2,01	10	2,20
Bullenkuhlen	16	1,25	.	.	Oersdorf
Egenbüttel	68	2,35	93	3,74	Schmalfeld	31	2,32	27	2,66
Ellerbek	85	2,10	79	3,56	Seth	39	1,76	35	2,63
Ellerhoop	31	1,62	12	1,55	Sievershütten	26	2,10	.	.
Elmsborn, Stadt	3 434	1,93	5 405	2,90	Struvenhütten	25	2,31	12	2,06
Friedrichsgabe	122	2,31	689	3,28	Stuvenborn	23	1,63	10	2,07
Garstedt	601	2,44	3 016	3,68	Sülfeld	111	1,66	63	2,41
Groß Nordende	21	1,77	.	.	Todesfelde	31	1,69	17	1,75
Groß Offenseth-Aspern	17	1,59	.	.	Ulzburg	117	2,13	423	3,79
Halstenbek	393	2,18	437	3,56	Wakendorf II	33	2,02	22	3,33
Haselau	57	1,62	.	.	Winsen
Haseldorf	87	1,67	.	.					
Hasloh	85	2,10	89	3,53	Stormarn				
Heede	21	1,29	.	.	Ahrensburg	1 013	2,45	2 598	3,18
Heidgraben	53	1,66	23	2,77	Ahrensfelde	22	2,16	18	3,00
Heist	64	1,88	37	3,07	Bad Oldesloe, Stadt	1 153	1,97	2 304	3,23
Hemdingen	50	1,83	14	1,58	Bargfeld-Stegen	83	1,49	21	2,27
Hetlingen	55	1,82	16	2,09	Bargtheide	393	2,04	455	3,18
Holm	80	2,01	61	3,07	Barkhorst	11	1,30	12	1,94
Klein Nordende	88	1,46	52	1,78	Barsbüttel	92	2,40	321	3,42
Kl. Offenseth-Sparrieshoop	79	1,73	29	1,85	Braak	33	2,24	.	.
Kölln-Reisiek	70	1,70	28	2,14	Bünningstedt	69	2,31	71	3,36
Kummerfeld	64	1,63	29	2,55	Delingsdorf	48	1,54	48	2,81
Kurzenmoor	30	1,73	11	1,47	Eichede	49	1,28	.	.
Langeln	10	0,99	.	.	Elmenhorst	70	1,75	29	2,45
Lutzhorn	11	1,69	.	.	Fischbek	24	1,95	.	.
Moorrege	175	1,92	72	2,24	Glashütte	138	2,23	843	3,84
Neuendeich	25	1,53	.	.	Glinde	192	2,35	1 129	3,31
Osterhorn	15	1,84	.	.	Grabau	41	1,10	10	1,34
Pinneberg, Stadt	1 787	2,33	4 827	3,26	Grande	20	1,76	15	2,20
Prisdorf	54	1,82	36	2,84	Grönwohld	62	1,89	28	2,26
Quickborn	554	2,12	957	3,49	Großensee	59	2,20	36	3,07
Raa-Besenbek	25	1,63	14	1,70	Großhansdorf	231	2,78	596	3,22
Rellingen	490	2,27	722	3,47	Hamfelde	23	1,08	.	.
Schenefeld	379	2,40	2 277	4,14	Hammor	28	1,88	.	.
Seestermühe	42	1,74	18	2,14	Harksheide	361	2,36	2 229	3,20
Seeth-Ekholz	22	1,47	10	1,56	Havighorst b. Reinbek	49	2,38	39	4,40
Tangstedt	46	2,09	18	3,24	Hoisdorf	81	2,13	692	3,53
Tornesch	385	2,23	617	3,00	Hoisdorf	124	2,15	81	2,97
Uetersen, Stadt	1 088	2,02	2 051	2,80	Jersbek	38	1,31	16	2,12
Wedel, Stadt	1 035	2,13	5 519	3,28	Klein Hansdorf	.	.	10	3,14
Westerhorn	73	1,46	13	2,32	Küthel	12	0,94	.	.
					Kronshorst	22	1,49	.	.
Segeberg									
Alveslohe	80	1,51	37	2,25	Langeloh	18	1,59	.	.
Ellerau	84	1,94	180	2,80	Lasbek, Dorf	13	1,42	10	1,72
Fredeisdorf	Lasbek, Gut	15	2,15	.	.
Götzberg	10	2,16	.	.	Lütjensee	121	2,26	107	3,21
Groß Niendorf	17	1,44	.	.	Meilsdorf	15	1,44	.	.
					Mollhagen	67	1,87	22	2,24
					Neritz	11	1,37	.	.
					Nienwohld	19	1,81	.	.

Anmerkung siehe am Schluß der Tabelle

Noch: Anhangtabelle 2

Durchschnittliche Altbau- und Neubaumieten in DM/qm im Hamburger Umland am 25. 10. 1968 nach Gemeinden

Kreise Gemeinden	Mietwohnungen mit Mietangaben ¹⁾ in Gebäuden, die errichtet wurden			
	bis 1948		1949 oder später	
	Wohn- nungen	durch- schnitt- liche Miete in DM/qm	Wohn- nungen	durch- schnitt- liche Miete in DM/qm
	1	2	3	4
noch: <u>Stormarn</u>				
Oetjendorf	11	1,85	.	.
Oststeinbek	135	2,42	137	3,26
Papendorf
Pöhlitz	68	1,59	14	2,23
Rausdorf
Reinbek, Stadt	481	2,62	2 179	3,18
Rethwisch	57	1,00	14	1,38
Rethwischfeld	32	1,06	19	1,64
Rohlfshagen	13	1,19	.	.
Rümpel	37	1,30	.	.
Schlammersdorf	10	1,15	.	.
Schönningstedt	170	1,86	384	2,87
Schulenburg	13	1,10	.	.
Siek	44	1,99	34	2,85
Sprengel	18	1,14	10	2,21
Stapelhof	64	2,07	37	3,02
Stellau	12	1,63	14	2,98
Stemwarde	24	1,80	24	2,95
Tangstedt	64	2,08	89	3,53
Timmerhorn	10	1,76	.	.
Todendorf	61	1,58	.	.
Tralau	40	1,18	11	1,66
Tremsbüttel	87	1,69	49	2,39
Trittau	306	1,94	365	2,84
Willinghusen	54	1,98	31	2,94
Wilstedt	48	2,02	29	2,80
Witzhave	21	1,51	26	2,08
Wulksfelde	28	1,99	14	3,12
Hohenfelde	.	.	-	-
<u>Herzogtum Lauenburg</u>				
Aumühle	244	2,66	298	3,00
Basthorst	15	1,20	.	.
Börnsen	106	2,39	189	2,56
Borstorf	10	1,28	.	.
Brunstorf	38	1,63	17	1,54
Dahmker
Dassendorf	51	2,25	54	2,38
Elmenhorst	28	1,10	14	2,04
Escheburg	58	1,63	70	3,13
Fuhlenhagen
Geesthacht, Stadt	1 535	1,76	2 647	2,75
Grabau	20	1,33	.	.
Groß Boden
Groß Pampau
Grove
Gülzow	74	1,18	18	1,61
Hamfelde	14	1,78	.	.
Hamwarde	39	1,74	.	.
Havekost
Hohenhorn	14	1,89	.	.
Juliusburg
Kankelau
Kasseburg	18	1,23	.	.
Klein Pampau	28	1,12	.	.
Koberg	16	1,71	.	.
Köthel
Kollow	21	1,16	13	2,31
Kröppelshagen-Fahrendorf	32	1,14	.	.
Krüzen
Krukow
Kuddewörde	34	1,22	13	3,14
Labenz	41	1,33	.	.
Linau	38	1,50	.	.
Lüchow	15	1,40	.	.
Lüttau	16	1,18	19	1,72
noch: <u>Hsgt. Lauenburg</u>				
Möhnsee	20	1,37	-	-
Mühlenrade
Müssen	44	1,45	15	1,39
Poggensee	14	1,06	.	.
Ritzerau	21	1,17	.	.
Sahms
Sandesneben	42	1,62	25	1,87
Schiphorst	14	1,16	.	.
Schnakenbek	23	1,73	19	1,46
Schönberg	40	1,60	20	1,67
Schretstaken	18	1,67	11	2,31
Schürenschölen
Schulendorf	16	1,77	.	.
Schwarzenbek, Stadt	593	1,89	1 102	2,48
Sirksfelde	10	1,24	.	.
Steinhorst	33	1,21	16	1,45
Stubben	23	0,98	.	.
Talkau	18	1,22	10	1,50
Walsfelde	.	.	-	-
Wangelau
Wentorf b. Hamburg	418	2,23	547	3,11
Wentorf
(Amt Sandesneben)	22	1,59	.	.
Wiershop
Wohltorf	110	2,51	183	2,86
Worth	.	.	-	-
<u>Lüneburg</u>				
Artlenburg	71	1,49	20	2,28
Avendorf
Bardowick, Flecken	236	1,56	114	2,39
Barum
Brietlingen	38	1,81	41	2,18
Büttlingen	15	1,27	.	.
Dachmissen
Horburg
Lüdershausen
Mechtersen	15	1,35	.	.
Obermarschacht	49	1,35	.	.
Sankt Dionys
Tespe	84	1,74	.	.
Vögelsen	13	2,01	29	2,62
Westergellersen	25	1,36	15	2,20
<u>Harburg</u>				
Appel	12	1,51	21	2,92
Asendorf	27	2,35	23	3,11
Ashausen	50	1,67	31	2,91
Bahlburg
Beckedorf	24	1,76	23	2,50
Bendestorf	52	2,56	37	3,77
Bötersheim
Borstel	57	2,28	20	3,14
Brackel	19	1,23	21	2,55
Buchholz in der				
Nordheide, Stadt	432	2,26	1 285	3,60
Bullenhausen	44	2,17	18	3,02
Daensen	.	.	-	-
Daerstorf	.	.	15	2,69
Dibbersen	23	2,23	29	3,08
Dohren
Drage	20	1,66	.	.
Drennhausen	14	1,75	.	-
Drestedt	.	.	15	2,39
Eckel	41	2,20	36	2,85

Anmerkung siehe am Schluß der Tabelle

Noch: Anhangtabelle 2

Durchschnittliche Altbau- und Neubaumieten in DM/qm im Hamburger Umland am 25. 10. 1968 nach Gemeinden

Kreise Gemeinden	Mietwohnungen mit Mietangaben ¹⁾ in Gebäuden, die errichtet wurden				Kreise Gemeinden	Mietwohnungen mit Mietangaben ¹⁾ in Gebäuden, die errichtet wurden			
	bis 1948		1949 oder später			bis 1948		1949 oder später	
	Wohn- nungen	durch- schnitt- liche Miete in DM/qm	Wohn- nungen	durch- schnitt- liche Miete in DM/qm		Wohn- nungen	durch- schnitt- liche Miete in DM/qm	Wohn- nungen	durch- schnitt- liche Miete in DM/qm
	1	2	3	4		1	2	3	4
noch: <u>Harburg</u>					noch: <u>Harburg</u>				
Ehestorf	17	2,41	42	3,41	Rübke
Eichholz	Sahrendorf	17	1,59	.	.
Eilendorf	Salzhausen	84	1,92	59	2,63
Elbstorf	Sangenstedt	11	1,43	10	2,37
Emmelndorf	39	1,99	49	1,59	Scharmbeck	22	1,93	18	2,11
Emsen	12	1,16	.	.	Schierhorn	11	2,22	19	3,79
Fleestedt	84	2,26	178	3,30	Schwiederstorf	.	.	17	3,26
Fliegenberg	15	1,40	.	.	Schwinde	32	1,77	.	.
Garstedt	38	1,63	.	.	Seppensen	33	2,39	60	3,62
Garlstorf	31	1,68	14	2,62	Sottorf	.	.	14	3,35
Gehrden	Sprötze	30	1,74	49	2,54
Glüsing	51	2,52	24	2,33	Steinbeck	22	1,84	48	2,72
Gödenstorf	Stelle	179	1,95	182	2,88
Groß Moor	Stöckte	37	1,83	11	1,88
Halvesbostel	Stove	10	1,24	.	.
Handeloh	27	1,88	28	3,12	Tangendorf	20	1,35	10	3,00
Handorf	36	1,43	.	.	Thieshope
Hanstedt	85	2,33	111	3,56	Todtglüsing	75	1,95	52	2,49
Harmstorf	18	1,80	38	3,80	Todthorn
Heidenau	46	1,71	29	1,90	Tönnhausen	15	1,53	.	.
Helmstorf	15	2,33	14	2,66	Tötensen	15	1,99	54	3,86
Hittfeld	145	2,08	154	3,45	Toppenstedt	45	1,56	17	1,82
Hörsten	29	1,70	14	2,49	Tostedt	242	1,94	180	2,87
Hollenstedt	.	.	44	3,19	Trelde	12	2,10	26	2,72
Holm	Undeloh	.	.	12	2,54
Holtorfslöh	Vahrendorf	11	2,31	24	2,86
Hoopte	33	2,06	12	2,77	Vierhöfen	.	.	12	2,16
Horst	18	2,57	26	3,26	Wehlen
Hove	22	1,73	.	.	Welle	10	2,11	.	.
Hunden	17	1,44	.	.	Wenzendorf	15	1,34	.	.
Iddensen	14	1,69	.	.	Winsen (Luhe), Stadt	771	1,94	959	2,95
Immenbeck	19	1,76	17	2,82	Wistedt	39	1,91	28	2,17
Inzmühlen	Wittorf	28	1,52	14	2,30
Itzenbüttel	16	2,37	20	3,06	Wulfsen	30	1,60	35	1,84
Jesteburg	109	2,27	153	3,04	Neu Wulmstorf	57	2,51	395	2,76
Kakenstorf	21	1,44	11	3,02	Elstorf	35	1,98	70	3,64
Kampen	16	1,19	.	.	Oelstorf	16	1,98	.	.
Ketzendorf	Nindorf
Klecken	65	2,43	110	3,62					
Klein Moor					
Laßbrönne	10	2,83	.	.	<u>Bremervörde</u>				
Leversen	27	2,46	38	3,66	Wohnste
Lindhorst	24	2,77	15	3,33					
Lüllau	54	2,46	32	3,54	<u>Stade</u>				
Luhdorf	34	1,21	11	1,79	Agathenburg	18	1,80	48	2,35
Luhmühlen	.	.	10	3,92	Ahlerstedt	38	1,47	12	2,00
Marxen	28	1,46	.	.	Ahrens Moor
Maschen	140	2,16	173	3,23	Ahrenswohld
Meckelfeld	165	2,24	546	4,15	Apensen	43	1,47	47	1,84
Metzendorf	14	1,67	.	.	Assel	236	1,35	90	1,81
Moisburg	51	1,61	22	2,28	Bargstedt	14	1,40	15	1,60
Moorende	40	1,86	.	.	Beckdorf
Nennndorf	39	2,17	46	2,56	Bliedersdorf	15	2,30	25	1,78
Niedermarschacht	11	1,28	.	.	Borstel	96	1,46	49	2,18
Ohlendorf	27	1,91	20	2,74	Bützfleth	249	1,65	85	2,52
Oldershausen	12	0,96	.	.	Buxtehude, Stadt	1 087	1,95	2 568	3,47
Ollsen	Dammhausen	10	1,82	10	2,21
Otter	19	1,86	.	.	Deinste	22	1,46	13	1,58
Ovelgönne	18	1,58	.	.	Dollern	21	2,16	40	2,18
Over	46	2,10	15	2,55	Estebrügge	81	1,78	.	.
Pattensen	38	1,97	14	2,35	Goldbeck
Quarrendorf	.	.	25	2,40	Groß Fredenbeck	.	.	25	2,69
Radbruch	38	2,29	34	2,32	Grünendeich	114	1,37	10	1,24
Rade	11	1,22	.	.	Grundoldendorf
Ramelsloh	26	2,03	18	2,94	Guderhandviertel	42	1,40	16	1,67
Regebostel	Haddorf	.	.	25	2,41
Rönne	19	1,40	.	.	Hagen	10	1,58	16	2,66
Rosenweide	Harrefeld, Flecken	211	1,87	208	2,60
Rottorf	.	.	17	2,54	Hedendorf	19	1,76	45	2,98
Roydorf	21	1,72	20	2,30					

Anmerkung siehe am Schluß der Tabelle

Noch: Anhangtabelle 2

Durchschnittliche Altbau- und Neubaulieten in DM/qm im Hamburger Umland am 25. 10. 1968 nach Gemeinden

Kreise Gemeinden	Mietwohnungen mit Mietangaben ¹⁾ in Gebäuden, die errichtet wurden			
	bis 1948		1949 oder später	
	Wohnungen	durchschnittliche Miete in DM/qm	Wohnungen	durchschnittliche Miete in DM/qm
	1	2	3	4
noch: <u>Stade</u>				
Helmste
Hollenbeck	11	1,80	.	.
Hollern	145	1,68	55	2,33
Hornburg, Flecken	257	1,72	168	2,45
Issendorf	.	.	11	1,68
Jork	113	1,46	47	2,17
Kakerbeck
Klein Fredenbeck	21	1,49	15	1,44
Königreich	93	1,45	28	2,40
Ladekop	23	1,24	.	.
Mittelnkirchen	44	1,33	15	1,62
Neuenkirchen	33	1,27	.	.
Neukloster	47	1,95	34	2,81

Kreise Gemeinden	Mietwohnungen mit Mietangaben ¹⁾ in Gebäuden, die errichtet wurden			
	bis 1948		1949 oder später	
	Wohnungen	durchschnittliche Miete in DM/qm	Wohnungen	durchschnittliche Miete in DM/qm
	1	2	3	4
noch: <u>Stade</u>				
Nindorf
Nottensdorf	21	1,91	16	1,98
Ohrensen
Ottensen	.	.	23	2,46
Revenahe
Ruschwedel	12	1,08	.	.
Sauensiek	11	0,93	.	.
Schölisch	15	1,75	14	2,48
Stade, Stadt	2 612	1,82	2 609	2,66
Steinkirchen	91	1,57	20	1,21
Wedel
Wiegensen
Wiepenkathen	.	.	32	2,16

¹⁾ ohne Dienst-, Werkwohnungen, ohne Wohnungen von Altentellern und sonstigen Wohnungsnutzern sowie ohne Zweitwohnungen und ohne Wohnungen, die von Angehörigen ausländischer Streitkräfte privatrechtlich gemietet sind.

Wohnungsbau in den Großstädten der Bundesrepublik Deutschland 1956 bis 1968

— Ergebnisse der Bautätigkeitsstatistik —

Für die 14 Großstädte der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West), die Ende 1968 über 400 000 Einwohner hatten, wurden aus der Bautätigkeitsstatistik für die Jahre 1956 bis 1968 einige Daten über den Zugang an Wohnungen zusammengestellt, um die Wohnbautätigkeit dieser Städte untereinander und mit dem gesamten Bundesgebiet vergleichen zu können.

Über ein Fünftel des Reinzugangs¹⁾ aller Wohnungen im Bundesgebiet entfiel auf die Großstädte

In den 13 Jahren von 1956 bis 1968 betrug der Reinzugang an Wohnungen in der Bundesrepublik Deutschland²⁾ fast 6,9 Mio Wohnungen, davon entfielen auf die 14 Großstädte allein etwa 1,5 Mio Wohnungen oder beinahe 22 % (Tabelle 1). Ende 1968 hatten diese Großstädte einen Anteil von fast 20 % an der Gesamtbevölkerung im Bundesgebiet, so daß die Wohnungsbauleistung dieser Städte in der betrachteten Periode etwas über deren Bevölkerungsanteil Ende 1968 lag.

Der Anteil der Großstädte am Reinzugang von Wohnungen im Bundesgebiet ist von 1956 bis 1966 stetig von etwas mehr als 29 % auf fast 16 % zurückgegangen; bis 1968 stieg dieser Anteil dann wieder auf annähernd 19 % (Tabelle 1, Spalte 17). Der hohe Anteil in den ersten Jahren des betrachteten Zeitraums dürfte vor allem dadurch zu erklären sein, daß in den Großstädten infolge der noch nicht behobenen Kriegs-

zerstörungen und des erheblichen Zustroms von Menschen in die Städte der Wohnungsbedarf dort besonders dringlich war. Aber nicht nur der Anteil der Wohnungen, auch deren absolute Zahl (Tabelle 1, Spalte 15), zeigt das beachtliche Wohnbauvolumen der genannten Großstädte. Die höchste absolute Zahl wurde mit einem Reinzugang von etwa 160 000 Wohnungen im Jahre 1956 erzielt; in den folgenden Jahren wurden die Zahlen zwar geringer, doch lagen sie in allen Jahren bis 1964 jeweils über 100 000 Wohnungen. Mit etwa 89 000 Wohnungen im Reinzugang hatte das Jahr 1966 den geringsten Wert aufzuweisen; es ist das gleiche Jahr, in dem auch der Anteil der Großstädte am Wohnungsbau im Bundesgebiet seinen niedrigsten Stand hatte.

Unterschiedliche Verbesserung der Wohnungsversorgung in den einzelnen Großstädten

Um sich ein Bild davon machen zu können, welche Bedeutung der Reinzugang an Wohnungen in den Großstädten für die Wohnungsversorgung der Bevölkerung hatte, bietet es sich an, diesen Reinzugang mit der Veränderung der Zahl der Einwohner³⁾ im selben Zeitraum zu vergleichen.

Von den 14 Großstädten hatten drei — nämlich Berlin (West), Hannover und Duisburg — von 1956 bis 1968 einen Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen. Dieser war mit etwa 62 000 Einwohnern in Berlin (West) am größten; da diese Stadt andererseits von allen Großstädten das größte Bauvolumen (252 500 Wohnungen) aufzuweisen hatte, wird deutlich, daß sich in Berlin (West) die Wohnungsversorgung im Vergleich mit den anderen Großstädten am meisten verbessert hat. Auch

¹⁾ Reinzugang = Rohzugang minus Abgang. — ²⁾ hier und im folgenden Text immer einschließlich Berlin (West). — ³⁾ Es wäre aussagefähiger, wenn man die Zahl der Haushalte vergleichen würde; da aber Haushaltszahlen nicht zur Verfügung stehen, ist hilfsweise nur ein Vergleich mit Einwohnerzahlen möglich und auch üblich.

Tabelle 1

Reinzugang an Wohnungen¹⁾ in ausgewählten Großstädten und im Bundesgebiet 1956 bis 1968

Jahre	Berlin (West)	Hannover	München	Köln	Essen	Düsseldorf	Frankfurt a. M.	Dortmund	Stuttgart	Bremen	Hannover	Nürnberg	Duisburg	Wuppertal	Großstädte insgesamt	Bundesgebiet	Anteil der Großstädte am Bundesergebnis in %
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
1956	20 440	25 773	18 178	12 513	10 404	11 037	9 486	7 183	7 271	9 551	11 579	6 563	6 247	4 599	160 824	548 164	29,3
1957	20 466	22 292	12 402	13 135	9 178	11 280	8 021	7 091	6 425	9 695	7 489	5 099	6 371	4 410	143 354	513 735	27,9
1958	20 793	16 496	15 182	12 523	9 289	8 126	6 031	6 280	4 538	7 916	5 648	5 667	5 042	5 521	129 052	473 434	27,3
1959	22 974	21 053	15 606	10 651	8 640	8 078	8 320	7 786	5 002	8 101	5 378	6 324	5 652	4 687	138 252	537 356	25,7
1960	22 905	19 703	16 334	11 549	6 862	7 753	10 567	6 561	5 076	6 936	4 012	6 486	3 513	4 491	132 748	530 270	25,0
1961	22 039	20 973	15 876	9 495	6 799	5 880	6 120	7 051	5 492	6 696	3 790	5 434	3 034	3 187	121 866	523 266	23,3
1962	19 605	22 030	17 156	8 641	3 937	5 079	6 894	5 758	5 157	4 784	5 220	4 439	2 658	2 809	114 167	523 707	21,8
1963	17 437	15 903	17 127	8 438	1 937	4 718	5 890	6 524	3 415	6 423	3 261	4 367	3 062	2 130	100 632	532 019	18,9
1964	16 136	15 874	16 028	10 473	4 580	5 189	6 121	6 932	3 282	7 253	4 278	4 730	2 581	2 820	106 277	583 029	18,2
1965	17 373 ²⁾	16 225	10 419	5 702	4 740	4 949	5 372	5 536	3 535	8 097	3 653	4 008	1 503	2 984	94 096 ²⁾	550 961 ²⁾	17,1
1966	15 490	15 707	13 271	7 178	3 737	5 557	4 142	3 466	3 064	6 122	2 799	4 482	1 542	2 476	89 033	558 593	15,9
1967	16 278	16 712	14 155	6 717	4 008	4 708	3 147	4 306	2 923	5 342	2 810	5 480	720	1 990	89 296	523 843	17,0
1968	20 565	17 328	14 840	5 408	4 741	4 169	3 553	5 012	2 412	4 544	2 278	4 580	1 870	2 771	94 071	497 844	18,9
Insgesamt	252 501 ²⁾	246 069	196 574	122 423	78 852	86 523	83 664	79 486	57 592	91 460	62 195	67 659	43 795	44 875	1 513 668 ²⁾	6 896 221 ²⁾	21,9
Anteil am Bundesergebnis in %	3,7	3,6	2,8	1,8	1,1	1,3	1,2	1,1	0,8	1,3	0,9	1,0	0,6	0,7	21,9		

¹⁾ In Wohn- und Nichtwohnbauten. — ²⁾ Berlin (West) 1965 = Rohzugang.

kamen 1968 dort auf je 1000 Einwohner 454 Wohnungen; mit dieser Kennzahl lag Berlin (West) an der ersten Stelle aller Großstädte, von denen entsprechende Angaben verfügbar waren. In Hannover nahm die Bevölkerung um 8500 Personen ab und in Duisburg um 17 900 Personen; der Reinzugang an Wohnungen belief sich in Hannover auf 62 200 und in Duisburg auf 43 800, so daß sich auch in diesen beiden Städten eine beachtliche Verbesserung der Wohnungsversorgung der (geschrumpften) Bevölkerung ergab. Die Zahl der Wohnungen je 1000 Einwohner betrug Ende 1968 in Hannover 379 und in Duisburg 368. Bei den restlichen 11 Großstädten ergab sich in der Relation „Reinzugang an Wohnungen“ zu Zunahme der Zahl der Einwohner“ folgende Rangskala, der außerdem noch Angaben über den Wohnungsbestand je 1000 Einwohner Ende 1968 hinzugefügt sind:

Rangskala	Städte	Wohnungen (Reinzugang) je Einwohner (Zunahme) 1956 bis 1968	Wohnungsbestand je 1000 Einwohner Ende 1968
1	Essen	11,27	366
2	Wuppertal	6,80	381
3	Hamburg	5,96	374
4	Stuttgart	4,30	350
5	Frankfurt a. M.	3,42	
6	Köln	2,82	356
7	Dortmund	2,42	380
8	Düsseldorf	2,22	369
9	Nürnberg	1,30	390
10	Bremen	0,95	369
11	München	0,63	361

Da man etwa im Durchschnitt mit 0,4 Wohnungen je Person (d. h. 2,5 Personen je Wohnung) rechnen kann, zeigt diese Aufstellung, daß alle genannten Großstädte ihren z. T. recht beträchtlichen Bevölkerungszuwachs mit Wohnungen versorgen und darüber hinaus — wenn auch in unterschiedlichem Maße — die Wohnungsversorgung der gesamten Einwohnerzahl verbessern konnten. Dabei ist es nicht verwunderlich, daß die drei Großstädte mit der absolut höchsten Zunahme der Bevölkerung — nämlich München (312 100), Bremen (96 400) und Nürnberg (51 900) — am unteren Ende und die zwei Großstädte mit der geringsten Zunahme — nämlich Wuppertal (6600) und Essen (7000) — am oberen Ende der hier aufgeführten Rangskala stehen. Andererseits zeigt die Aufstellung, daß der Wohnungsbestand je 1000 Einwohner Ende 1968 in den Großstädten noch recht unterschiedlich war und z. B. in Essen mit einer im Vergleich zur Bevölkerungszunahme relativ hohen Bautätigkeit nur wenig über dem Wert in München lag, wo der Wohnungszugang im Vergleich mit der Zunahme der Einwohnerzahl von allen Großstädten am niedrigsten war. Hieraus zeigt sich, daß zur Beurteilung der durchschnittlichen Versorgung der Bevölkerung mit Wohnungen die Betrachtung des Reinzugangs an Wohnungen und der Vergleich mit der Bevölkerungsentwicklung in den Jahren 1956 bis 1968 allein nicht ausreicht, weil zum Ausgangszeitpunkt die Situation in den Großstädten infolge des verschiedenen großen Wohnungsbedarfs sehr unterschiedlich gewesen ist.

In Berlin (West) und Hamburg zusammen ein Reinzugang von einer halben Million Wohnungen

Unabhängig von der Bedeutung des Bauvolumens für

die Versorgung der Bevölkerung mit Wohnungen sollen die absoluten Zahlen über den Reinzugang an Wohnungen in den einzelnen Großstädten, wie sie in der Tabelle 1 aufgeführt sind, ebenfalls noch betrachtet werden. In dieser Tabelle sind die 14 Großstädte in der Rangfolge nach der Größe ihrer Einwohnerzahlen Ende 1968 geordnet.

An der Spitze der Wohnungsbautätigkeit in den Jahren von 1956 bis 1968 rangieren Berlin (West) und Hamburg, die zusammen einen Reinzugang von fast einer halben Million Wohnungen aufzuweisen hatten, wobei Berlin (West) etwas mehr und Hamburg etwas weniger als die Hälfte dieser Zahl stellte. Am Reinzugang von Wohnungen im gesamten Bundesgebiet waren beide Städte mit annähernd gleichen Anteilen — Berlin (West) 3,7 % und Hamburg 3,6 % — beteiligt. Obwohl Berlin (West) im betrachteten Zeitraum insgesamt einen etwa um 6000 Wohnungen zeitraum Reinzugang als Hamburg aufzuweisen hatte, lag Hamburg doch in verschiedenen Jahren mit seinem Wohnungsbauvolumen an der Spitze aller Großstädte. Besonders deutlich war dieser Abstand mit einem Vorsprung von 5333 Wohnungen 1956, 1862 Wohnungen 1957 und 2425 Wohnungen 1962 vor Berlin (West). Aber auch in den Jahren 1966 (217 Wohnungen) und 1967 (434 Wohnungen) war der Reinzugang in Hamburg höher als in Berlin (West). Immerhin hatte damit Hamburg in fünf der dreizehn betrachteten Jahre das größte Wohnungsbauvolumen aller Großstädte zu verzeichnen.

Die dritte Millionenstadt — München — lag mit einem Reinzugang von fast 200 000 Wohnungen und einem Anteil von 2,8 % am Bundesergebnis entsprechend der Einwohnerzahl und der Zunahme der Bevölkerung beachtlich hoch. Ein Bauvolumen von mehr als 100 000 Wohnungen in den Jahren 1956 bis 1968 verzeichnete dann nur noch Köln als viertgrößte Stadt in der Reihe der Großstädte; der Anteil am Bundesergebnis lag mit 1,8 % schon unter der 2 %-Grenze. Bis hierher entspricht die Rangfolge im Reinzugang an Wohnungen der Rangfolge der Großstädte nach der Einwohnerzahl; bei den folgenden Städten laufen beide nicht mehr parallel, wobei einer der Gründe die im vorigen Abschnitt behandelte unterschiedliche Veränderung der Bevölkerung sein dürfte. Im folgenden sind die 6 Städte genannt, bei denen beide Rangfolgen voneinander abweichen.

Rangfolge nach Reinzugang an Wohnungen	Städte	Rangfolge nach Zahl der Einwohner
5	Bremen	10
9	Essen	5
10	Nürnberg	12
12	Stuttgart	9
13	Wuppertal	14
14	Duisburg	13

Größere Abweichungen sind nur bei Bremen und Essen zu verzeichnen; die weitaus überwiegende Zahl der Großstädte liegt damit bei Einwohnerzahlen und Bauvolumen in der gleichen oder einer nur geringfügig abweichenden Rangordnung.

Überdurchschnittlich viele kleine Wohnungen in den Großstädten — insbesondere in Berlin und München —

In der Tabelle 2 ist der Rohzugang an Wohnungen nach der Raumzahl für die Jahre 1956 bis 1968 in den

Tabelle 2

Wohnbautätigkeit in ausgewählten Großstädten und im Bundesgebiet 1956 bis 1968

Großstädte Bundesgebiet	Rohzugang an Wohnungen in Wohn- und Nichtwohnbauten 1956 bis 1968									Vom Roh- zugang an Wohnungen 1959 bis ¹⁾ 1968 waren öffentlich gefördert in %
	Anzahl	davon mit . . . Wohnräumen einschließlich Küche ¹⁾								
		1 und 2		3		4		5 und mehr		
		absolut	% v. Sp. 1	absolut	% v. Sp. 1	absolut	% v. Sp. 1	absolut	% v. Sp. 1	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Berlin (West)	265 814	66 606	25,1	89 623	33,7	79 704	30,0	29 881	11,2	85,6
Hamburg	259 332	33 385	12,9	64 272	24,8	109 445	42,2	52 230	20,1	69,7
München	198 666	63 268	31,8	42 681	21,5	60 935	30,7	31 782	16,0	34,1
Köln	127 148	24 793	19,5	37 397	29,4	43 876	34,5	21 082	16,6	47,3
Essen	87 525	12 778	14,6	27 218	31,1	34 940	39,9	12 589	14,4	61,2
Düsseldorf	88 825	23 346	26,3	24 186	27,2	28 812	32,4	12 481	14,1	42,4
Frankfurt a. M.	91 454	19 368	21,2	24 061	26,3	34 159	37,3	13 866	15,2	37,5
Dortmund	83 975	7 026	8,4	18 723	22,3	43 034	51,2	15 192	18,1	76,8
Stuttgart	60 038	8 702	14,5	11 737	19,5	26 833	44,7	12 766	21,3	25,9
Bremen	95 702	9 246	9,7	19 250	20,1	44 747	46,7	22 459	23,5	67,1
Hannover	63 487	7 711	12,2	15 201	23,9	29 410	46,3	11 165	17,6	34,8
Nürnberg	70 430	10 423	14,8	18 931	26,9	29 066	41,3	12 010	17,0	50,7
Duisburg	50 027	5 961	11,9	14 531	29,0	23 554	47,1	5 981	12,0	66,4
Wuppertal	48 136	8 409	17,5	14 239	29,6	17 484	36,3	8 004	16,6	61,3
Insgesamt	1 590 559	301 022	18,9	422 050	26,5	605 999	38,2	261 488	16,4	58,6
Bundesgebiet	7 261 429	643 207	8,9	1 503 519	20,7	2 819 665	38,8	2 295 038	31,6	38,7
Anteil der Groß- städte am Bundes- ergebnis in %	21,9	46,8	.	28,1	.	21,5	.	11,4	.	.

¹⁾ Zimmer mit 6 und mehr qm und Küchen innerhalb von Wohnungen. — ²⁾ Für die Jahre bis 1958 liegen entsprechende Zahlen nicht vor.

14 Großstädten und im Bundesgebiet ausgewiesen. Während im Bundesdurchschnitt nur etwa 9 % des Rohzuganges aller Wohnungen Ein- und Zweiraumwohnungen waren, lag dieser Anteil im Durchschnitt der Großstädte bei fast 19 %. Einige der Großstädte lagen dabei mit ihrem Anteil noch weit über diesem Wert, z. B. waren in München beinahe 32 % des Rohzuganges Wohnungen mit ein und zwei Räumen; in Düsseldorf lag dieser Anteil bei rund 26 %, in Berlin (West) bei 25 % und in Frankfurt a. M. bei etwas mehr als 21 %.

Besonders niedrige Anteile an Ein- und Zweiraumwohnungen hatten dagegen Dortmund mit etwas mehr als 8 % und Bremen mit knapp 10 % aufzuweisen; auch Hamburg lag hier mit 13 % noch unter dem Durchschnitt aller Großstädte zusammen (Tabelle 2, Spalte 3).

Von allen im Bundesgebiet gebauten Ein- und Zweiraumwohnungen entfielen allein fast 47 % auf die 14 Großstädte; dieser Anteil war mehr als doppelt so hoch wie der Anteil der Großstädte am gesamten Rohzugang an Wohnungen (rd. 22 %).

Auch bei den Wohnungen mit 3 Räumen hatten die Großstädte mit rund 27 % aller Wohnungen einen höheren Durchschnitt als das gesamte Bundesgebiet mit fast 21 %. Bei den Dreiraumwohnungen lagen ebenfalls mehrere der Großstädte mit ihrem Anteil erheblich über dem für alle Großstädte zusammen ermittelten Wert: Den höchsten Anteil hatte Berlin (West) mit rd. einem Drittel. Auch Essen mit 31 %, Wuppertal mit fast 30 %, Köln und Duisburg mit etwa 29 % und Düsseldorf mit 27 % lagen über dem Durchschnitt aller Großstädte. Es fällt auf, daß es sich bei

den zuletzt genannten Städten ausschließlich um Großstädte im Rhein-Ruhr-Raum handelt; demnach sind hier die Wohnungen mit drei Räumen offensichtlich überdurchschnittlich bevorzugt (Tabelle 2, Spalte 5).

Bei den Wohnungen mit 4 Räumen, die nach ihrer absoluten Zahl sowohl im Bundesgebiet als auch bei den 14 Großstädten zusammen den höchsten Wert aller Wohnungsgrößen stellen (Tabelle 2, Spalte 6), stimmte der Anteil am Gesamt-Rohzugang an Wohnungen im Bundesgebiet und in den Großstädten zusammen in etwa mit rund 38 % fast überein. Aber auch hier gab es wiederum verschiedene Großstädte, die von diesem Anteil erheblich abwichen. Beachtlich ist vor allem, daß in Dortmund über die Hälfte des Rohzuganges an Wohnungen zu den Vierraumwohnungen zählte; es ist dieses ein Prozentsatz, der sonst von keiner Stadt bei irgendeiner Wohnungsgröße erreicht wird. Wesentlich über dem Durchschnitt aller Großstädte lagen auch die Anteile in Duisburg und Bremen mit rund 47 %, in Hannover mit 46 %, in Stuttgart mit 45 %, in Hamburg mit 42 % und in Nürnberg mit 41 %. Besonders gering war der Anteil der Wohnungen mit 4 Räumen in Berlin und München mit 30 % bzw. 31 %; es sind dieses auch die beiden Städte, die bei den Ein- und Zweiraumwohnungen (München) oder den Dreiraumwohnungen (Berlin) mit ihren Anteilen an der Spitze lagen (Tabelle 2, Spalte 7).

Die Wohnungen mit 5 und mehr Räumen, die im Bundesgebiet fast ein Drittel des gesamten Rohzuganges stellten, verzeichneten im Durchschnitt der Großstädte nur einen Anteil von etwa 16 %. Allerdings hatten in Bremen, Stuttgart und Hamburg

jeweils über ein Fünftel aller Wohnungen 5 und mehr Räume (Tabelle 2, Spalte 9). Hamburg gehört demnach — im Gegensatz zu den beiden anderen Millionenstädten Berlin (West) und München — zu den Großstädten, in denen die größeren Wohnungen ab 4 Räumen weit mehr als die Hälfte des gesamten Rohzuganges an Wohnungen in der Zeit von 1956 bis 1968 ausmachten.

**Besonders starke öffentliche Förderung
des Wohnungsbaues in den Großstädten**

Im Bundesgebiet wurden fast 39 % aller Wohnungen und im Durchschnitt der 14 Großstädte etwa 59 % öffentlich gefördert (Tabelle 2, Spalte 10). An der Spitze der Rangskala des öffentlich geförderten Woh-

nungsbaues stand — wegen seiner besonderen Lage — erwartungsgemäß Berlin (West) mit fast 86 % aller Wohnungen. Aber auch Dortmund mit 77 %, Hamburg mit fast 70 %, Bremen mit 67 % und Duisburg mit 66 % lagen mit ihren Anteilen bei der öffentlichen Förderung des Wohnungsbaues noch weit über dem Großstädte-Durchschnitt. Auffallend gering war die öffentliche Förderung des Wohnungsbaues in Stuttgart mit 26 %, München mit 34 %, Hannover mit 35 % und Frankfurt a. M. mit fast 38 % aller Wohnungen; in Hamburg war also der Anteil der öffentlich geförderten Wohnungen etwa doppelt so hoch wie in München oder in Hannover, was naturgemäß Konsequenzen für den Wohnungsmarkt haben muß.

Gebäude- und Wohnungszählung in Hamburg am 25. Oktober 1968

A. Ergebnisse aus dem Gemeindeveröffentlichungsprogramm der Länder

(Die lfd. Nr. der Zeilen entsprechen den Spaltennummern im Programm)

Lfd. Nr.	Art der Angaben	Bezirke							Hamburg insgesamt
		Hamburg-Mitte	Altona	Eimsbüttel	Hamburg-Nord	Wandsbek	Bergedorf	Harburg	
		1	2	3	4	5	6	7	
	<u>Gebäudearten</u>								
1	Wohngebäude ohne Wochenend- und Ferienhäuser	15 902	29 324	22 703	27 199	51 442	12 218	20 999	179 787
2	darin Wohnungen	93 075	94 426	98 155	147 662	125 787	29 842	70 636	659 583
3	darin Personen	231 939	244 483	243 467	344 331	342 946	85 133	191 872	1 684 171
4	Wochenend- und Ferienhäuser mit 50 oder mehr qm Wohnfläche	-	1	7	-	5	1	6	20
5	Wochenend- und Ferienhäuser unter 50 qm Wohnfläche	4	-	23	-	31	8	28	94
6	Sonstige Gebäude mit Wohnungen	1 429	310	652	497	686	225	535	4 334
7	darin Wohnungen	3 312	609	1 348	2 134	1 468	429	1 026	10 326
8	darin Personen	7 234	1 427	3 082	3 620	3 259	1 103	2 765	22 490
9	Bewohnte Unterkünfte	4 313	1 620	2 170	2 732	5 853	387	1 626	18 701
10	darin Wohngelegenheiten	4 407	1 688	2 342	2 761	6 065	437	1 684	19 384
11	darin Personen	11 678	4 487	5 673	6 858	15 013	1 173	4 451	49 333
	<u>Wohngebäude 1) nach Art der Wasserversorgung</u>								
12	Gebäude mit Anschluß an das Wassernetz	15 800	29 034	22 325	27 088	47 614	12 097	20 733	174 691
13	darin Wohnungen	92 843	94 008	97 461	147 477	120 466	29 681	70 159	652 095
14	% von lfd. Nr. 2	100	100	99	100	96	99	99	99
15	Gebäude mit eigener Wasserversorgungsanlage	42	181	215	64	3 308	49	179	4 038
16	darin Wohnungen	117	299	498	127	4 685	57	367	6 150
17	% von lfd. Nr. 2	0	0	1	0	4	0	1	1
18	Gebäude mit sonstiger oder ohne Wasserversorgung	60	109	163	47	520	72	87	1 058
19	darin Wohnungen	115	119	196	58	636	104	110	1 338
20	% von lfd. Nr. 2	0	0	0	0	1	0	0	0
	<u>Wohngebäude 1) nach Art der Fäkalien- und Schmutzwasserbeseitigung</u>								
21	Gebäude mit Anschluß an Kanalisation für Fäkalien mit oder ohne Schmutzwasser	13 320	26 555	18 875	25 912	36 683	5 962	14 620	141 927
22	darin Wohnungen	89 306	90 698	93 041	145 918	106 909	21 403	60 691	607 966
23	% von lfd. Nr. 2	96	96	95	99	85	72	86	92
24	Gebäude mit Hauskläranlage	2 052	2 311	3 097	867	12 430	4 850	5 414	31 021
25	darin Wohnungen	2 912	3 083	4 145	1 258	15 965	6 684	8 486	42 533
26	% von lfd. Nr. 2	3	3	4	1	13	22	12	6
27	Gebäude mit sonstiger Fäkalien- und Schmutzwasserbeseitigung 2)	530	458	731	420	2 329	1 406	965	6 839
28	darin Wohnungen	857	645	969	486	2 913	1 755	1 459	9 084
29	% von lfd. Nr. 2	1	1	1	0	2	6	2	1
	<u>Wohngebäude 1) nach Art der Gebäude</u>								
30	Nichtlandwirtschaftliche Wohngebäude mit einer Wohnung	4 537	15 042	10 004	10 180	33 064	5 990	9 633	88 450
31	mit zwei Wohnungen	2 023	4 759	3 197	2 626	7 496	1 838	3 830	25 769
32	mit drei oder mehr Wohnungen	9 271	9 496	9 427	14 383	10 763	2 823	7 043	63 206
33	darin Wohnungen	84 384	69 828	81 629	132 197	77 554	18 285	52 671	516 548
34	Landwirtschaftliche Wohngebäude	71	27	75	10	119	1 567	493	2 362
	<u>Wohngebäude 1) nach Baualter</u>								
35	Gebäude errichtet bis 1900	3 141	4 693	2 990	2 170	1 419	2 604	2 357	19 374
36	Gebäude errichtet 1901 bis 1948	4 043	11 416	7 579	11 394	18 096	4 637	7 684	64 849
37	Gebäude errichtet 1949 oder später	8 718	13 215	12 134	13 635	31 927	4 977	10 958	95 564
	<u>Gebäude mit Eigentumswohnungen</u>								
38	Gebäude	360	262	570	365	591	70	247	2 465
39	darin Wohnungen	3 595	1 913	4 824	3 531	4 504	524	1 945	20 836
	<u>Gesamtwohnungsbestand</u>								
40	Gesamtwohnungsbestand am 25. Sept. 1956	70 094	69 121	70 027	121 895	59 175	19 175	47 748	457 235
41	am 6. Juni 1961	85 890	80 187	80 711	140 526	84 768	21 712	57 365	551 159
42	am 25. Okt. 1968	96 387	95 036	99 510	149 796	127 260	30 272	71 668	669 929
	<u>Wohnungen ohne solche in Wochenend- und Ferienhäusern</u>								
43	Wohnungen ohne solche in Wochenend- und Ferienhäusern	96 387	95 035	99 503	149 796	127 255	30 271	71 662	669 909
44	darunter öffentlich gefördert	46 115	26 423	29 109	55 178	61 688	12 340	33 645	264 498
45	% von lfd. Nr. 43	48	28	29	37	48	41	47	39

Abweichungen in den Summen beruhen auf Rundung

Anmerkungen siehe am Schluß dieser Tabelle.

Lfd. Nr.	Art der Angaben	Bezirke							Hamburg insgesamt
		Hamburg- Mitte	Altona	Eims- büttel	Hamburg- Nord	Wandsbek	Bergedorf	Harburg	
		1	2	3	4	5	6	7	
	<u>Wohnungen 3) nach Baualter der Gebäude</u>								
46	Wohnungen in Gebäuden errichtet bis 1900	Zahl 17 728	17 942	16 452	10 426	3 218	4 942	8 077	78 785
47	% von lfd. Nr. 43	18	19	17	7	3	16	11	12
48	Wohnungen in Gebäuden errichtet 1901 bis 1918	Zahl 6 379	13 609	18 771	21 213	5 767	3 955	8 742	78 436
49	% von lfd. Nr. 43	7	14	19	14	5	13	12	12
50	Wohnungen in Gebäuden errichtet 1919 bis 1948	Zahl 12 197	19 787	12 937	34 441	23 264	6 173	14 137	122 936
51	% von lfd. Nr. 43	13	21	13	23	18	20	20	18
52	Wohnungen in Gebäuden errichtet 1949 oder später	Zahl 60 083	43 697	51 343	83 716	95 006	15 201	40 706	389 752
53	% von lfd. Nr. 43	62	46	52	56	75	50	57	58
	<u>Wohnungen 3) nach Zahl der Räume 4)</u>								
54	Wohnungen mit einem Raum	Zahl 2 468	1 455	2 215	3 108	1 795	148	1 010	12 199
55	% von lfd. Nr. 43	3	2	2	2	1	0	1	2
56	Wohnungen mit zwei Räumen	Zahl 10 472	7 165	9 227	16 795	10 510	2 004	5 638	61 811
57	% von lfd. Nr. 43	11	8	9	11	8	7	8	9
58	Wohnungen mit drei Räumen	Zahl 38 771	29 501	33 141	58 132	36 637	7 919	23 994	228 095
59	% von lfd. Nr. 43	40	31	33	39	29	26	33	34
60	Wohnungen mit vier Räumen	Zahl 32 784	33 764	34 563	49 865	47 203	12 267	28 311	238 757
61	% von lfd. Nr. 43	34	36	35	33	37	41	40	36
62	Wohnungen mit fünf Räumen	Zahl 9 027	14 060	13 196	14 186	19 241	4 539	8 772	83 021
63	% von lfd. Nr. 43	9	15	13	9	15	15	12	12
64	Wohnungen mit sechs oder mehr Räumen	Zahl 2 865	9 090	7 161	7 710	11 869	3 394	3 937	46 026
65	% von lfd. Nr. 43	3	10	7	5	9	11	5	7
66	Räume insgesamt	335 106	372 719	373 167	533 615	497 731	123 026	267 995	2 503 359
67	Gesamtwohnfläche in 1000 qm	5 337,8	6 293,3	6 412,4	8 947,8	8 452,8	2 039,1	4 308,5	41 791,9
	<u>Wohnungen 3) nach Art der Ausstattung</u>								
68	Wohnungen mit Bad, WC und Sammelheizung	34 832	42 684	48 606	65 947	80 860	15 245	26 911	315 085
69	mit Bad und WC, ohne Sammelheizung	36 155	25 324	25 205	52 390	34 219	6 443	22 478	202 214
70	ohne Bad, mit WC in der Wohnung	19 531	21 789	21 678	28 010	7 304	3 929	9 539	111 780
	<u>Wohnungen 3) nach Art der Beheizung</u>								
71	Wohnungen mit Sammelheizung	37 356	45 706	51 969	71 851	84 158	16 534	29 406	336 980
72	mit Einzel- oder Mehrraumöfen für Oel, Gas, Strom	12 126	10 625	11 499	18 999	13 821	3 443	9 310	79 823
73	für Holz, Kohle, Torf	46 905	38 704	36 035	58 946	29 276	10 294	32 946	253 106
	<u>Bewohnte Wohnungen 5)</u>								
74	Wohnungen	95 343	93 663	97 790	147 833	125 687	29 898	70 739	660 953
75	Räume 4) je Person	1,4	1,5	1,5	1,5	1,4	1,4	1,4	1,5
76	Wohnfläche je Person in qm	22,1	25,3	25,7	25,5	24,2	23,4	21,9	24,3
77	Eigentümerwohnungen	Zahl 6 768	16 226	15 219	11 792	34 817	8 512	14 336	107 670
78	% von lfd. Nr. 74	7	17	16	8	28	28	20	16
79	darunter öffentlich gefördert	2 060	2 457	4 421	3 609	10 045	1 956	4 669	29 217
80	Mietwohnungen	88 575	77 437	82 571	136 041	90 870	21 386	56 403	553 283
81	darunter öffentlich gefördert	43 837	23 718	24 458	51 216	51 396	10 321	28 759	233 705
	<u>Mietwohnungen mit Mietangaben in Wohngebäuden 6)</u>								
82	Wohnungen	80 607	71 937	75 975	126 337	82 775	19 480	50 294	507 405
83	Miete in diesen Wohnungen	DM je qm 2,41	2,57	2,58	2,51	2,85	2,39	2,34	2,55
84	Wohnungen in Gebäuden, errichtet bis 1948	28 763	38 967	38 129	54 406	14 599	8 331	20 636	203 831
85	Miete in diesen Wohnungen	DM je qm 2,01	2,25	2,22	2,25	2,39	2,02	1,91	2,19
86	Wohnungen in Gebäuden, errichtet 1949 oder später	51 844	32 970	37 846	71 931	68 176	11 149	29 658	303 574
87	Miete in diesen Wohnungen	DM je qm 2,63	2,98	3,03	2,75	2,95	2,65	2,61	2,82

Abweichungen in den Summen beruhen auf Rundung

Anmerkungen siehe am Schluß dieser Tabelle.

Lfd. Nr.	Art der Angaben	Bezirke							Hamburg insgesamt
		Hamburg- Mitte	Altona	Eims- büttel	Hamburg- Nord	Wandsbek	Bergedorf	Harburg	
		1	2	3	4	5	6	7	
	<u>Zweitwohnungen</u>								
88	Wohnungen	245	324	565	694	410	72	207	2 517
89	darunter in Wochenend- und Ferienhäusern mit 50 oder mehr qm Wohnfläche	-	1	7	-	5	1	6	20
	<u>Wohngelegenheiten</u> 7)								
90	Wohngelegenheiten insgesamt	5 286	3 334	3 812	3 879	6 766	745	2 474	26 296
91	mit Bad und WC	1 435	750	981	1 194	1 819	141	489	6 809
92	in Wohngebäuden	753	1 281	1 363	1 010	623	259	695	5 984
93	in Wohngebäuden, errichtet bis 1948	659	1 132	1 190	779	407	228	540	4 935
	<u>Wohnparteien in Wohnungen und Wohn- gelegenheiten 8)</u>								
94	Wohnparteien insgesamt	109 418	107 139	113 660	164 527	140 395	32 631	77 207	744 977
95	mit Personen	252 093	252 609	253 734	355 471	361 550	87 829	199 993	1 763 279
96	Wohnparteien mit einer Person	33 576	32 491	38 123	56 529	32 731	6 974	17 102	217 526
97	darunter allein in der Wohnung oder Wohngelegenheit	23 245	20 889	23 876	40 428	24 279	5 106	12 938	150 761
98	Wohnparteien mit zwei oder mehr Personen	75 842	74 648	75 537	107 998	107 664	25 657	60 105	527 451
99	mit Personen	218 517	220 118	215 611	298 942	328 819	80 855	182 891	1 545 753
100	Eigentümerwohnparteien	10 357	17 611	17 106	14 027	39 566	8 827	15 596	123 090
101	mit Personen	26 716	48 014	44 840	36 849	109 711	27 784	43 846	337 760
102	Mieterwohnparteien	90 059	79 197	84 146	137 491	92 693	21 780	57 478	562 844
103	mit Personen	212 294	189 150	191 935	300 711	239 133	56 462	149 143	1 338 828
104	Untermieterwohnparteien	9 002	10 331	12 408	13 009	8 136	2 024	4 133	59 043
105	darunter mit einer Person	6 581	7 309	9 575	10 008	5 572	1 205	2 486	42 736
106	Wohnparteien in Wohnungen	103 836	103 692	109 722	160 550	133 494	31 891	74 733	717 918
107	mit Personen	238 589	245 182	245 218	346 482	345 286	86 045	194 092	1 700 894

Abweichungen in den Summen beruhen auf Rundung

- 1) ohne Wochenend- und Ferienhäuser.
- 2) Anschluß nur für Schmutzwasser, Fäkalienabfuhr, Ableitung ohne Kläranlage in Graben oder Bach oder keine Fäkalienabfuhr oder -ableitung.
- 3) ohne solche in Wochenend- und Ferienhäusern.
- 4) nur Wohn- und Schlafräume mit 6 und mehr qm Fläche sowie alle Küchen und gewerblich genutzten Räume in der Wohnung.
- 5) ohne Zweitwohnungen und ohne Wohnungen, die von Angehörigen ausländischer Streitkräfte gemietet sind.
- 6) ohne Hausmeister-, Dienst-, Werks- oder Stiftswohnungen, ohne Berufs- oder Geschäftsmietwohnungen, ohne Wohnungen von Alttenteilern und sonstigen Wohnungsnutzern, ohne Zweitwohnungen sowie ohne Wohnungen, die von Angehörigen ausländischer Streitkräfte privatrechtlich gemietet sind.
- 7) einschließlich solcher in Wochenend- und Ferienhäusern.
- 8) ohne Wohnparteien von Angehörigen ausländischer Streitkräfte und ohne Wohnparteien in Zweitwohnungen bzw. Zweitwohngelegenheiten.

B. Ergebnisse aus dem Veröffentlichungsprogramm der Länder - Quellenband -

1. Gebäude mit Wohnungen nach Art und Baualter

Baualter: 1 = bis 1900; 2 = 1901 bis 1918; 3 = 1919 bis 1948; 4 = 1949 oder später; 5 = Baualtergruppen insgesamt

Bau- alter	Wohngebäude ohne Wochenend- und Ferienhäuser		davon						Wochenend- und Ferienhäuser mit 50 oder mehr qm Wohnfläche		Sonstige Gebäude mit Wohnungen	
			nichtlandwirtschaftliche Wohngebäude mit									
			einer Wohnung	zwei Wohnungen	drei oder mehr Wohnungen		landwirtschaft- liche Wohngebäude					
	Gebäude	Wohnungen			Gebäude	Wohnungen	Gebäude	Wohnungen	Gebäude	Wohnungen		
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1	19 374	76 185	5 051	3 576	9 634	62 604	1 113	1 378	-	-	1 170	2 600
2	15 776	76 720	3 933	3 423	7 987	65 346	433	595	1	1	720	1 716
3	49 073	121 536	29 636	8 616	10 339	74 029	482	639	13	13	747	1 400
4	95 564	385 142	49 830	10 154	35 246	314 569	334	435	6	6	1 697	4 610
5	179 787	659 583	88 450	25 769	63 206	516 548	2 362	3 047	20	20	4 334	10 326

2. Wohngebäude nach Art der Abwasser- und Fäkalienbeseitigung und der Wasserversorgung

a = Nichtlandwirtschaftliche Wohngebäude mit einer oder zwei Wohnungen;
b = Nichtlandwirtschaftliche Wohngebäude mit drei oder mehr Wohnungen;
Gebäudeart: c = Landwirtschaftliche Wohngebäude; d = Wohngebäude zusammen;
e = Wochenend- und Ferienhäuser mit 50 oder mehr qm Wohnfläche;
f = Wohngebäude insgesamt einschließlich Wochenend- und Ferienhäuser mit 50 oder mehr qm Wohnfläche

Ge- bäu- de- art	Wohngebäude			Art der Abwasser- und Fäkalienbeseitigung								
				Anschluß an Kanalisation für Fäkalien mit oder ohne Schmutzwasser			Hauskläranlage			Sonstige Fäkalien- und Schmutzwasserbeseitigung 1)		
				Gebäude	Wohnungen	Personen 2)	Gebäude	Wohnungen	Personen 2)	Gebäude	Wohnungen	Personen 2)
	ins- gesamt	Wohnungen	Personen 2)									
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
a	114 219	139 988	420 920	80 538	99 678	299 150	27 701	33 447	102 533	5 980	6 863	19 237
b	63 206	516 548	1 263 144	61 215	507 998	1 241 350	1 652	6 976	17 912	339	1 574	3 882
c	2 362	3 047	12 172	174	290	968	1 668	2 110	8 748	520	647	2 456
d	179 787	659 583	1 696 236	141 927	607 966	1 541 468	31 021	42 533	129 193	6 839	9 084	25 575
e	20	20	32	4	4	9	9	9	15	7	7	8
f	179 807	659 603	1 696 268	141 931	607 970	1 541 477	31 030	42 542	129 208	6 846	9 091	25 583

Fortsetzung

Ge- bäu- de- art	Art der Wasserversorgung											
	Anschluß an Wassernetz			Eigene Wasserversorgungs- anlage mit Zapfstelle			Sonstige Wasserversorgung im Gebäude (Pumpe, Brunnen)			Keine Wasserversorgung im Gebäude		
	Gebäude	Wohnungen	Personen 2)	Gebäude	Wohnungen	Personen 2)	Gebäude	Wohnungen	Personen 2)	Gebäude	Wohnungen	Personen 2)
	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24
a	109 609	134 478	405 145	3 621	4 401	13 013	389	440	1 110	600	669	1 652
b	62 851	514 753	1 258 680	316	1 614	4 064	17	92	186	22	89	214
c	2 231	2 864	11 540	101	135	488	17	28	93	13	20	51
d	174 691	652 095	1 675 365	4 038	6 150	17 565	423	560	1 389	635	778	1 917
e	12	12	19	4	4	7	1	1	-	3	3	6
f	174 703	652 107	1 675 384	4 042	6 154	17 572	424	561	1 389	638	781	1 923

1) Anschluß nur für Schmutzwasser, Fäkalienabfuhr, Ableitung ohne Kläranlage in Graben oder Bach oder keine Fäkalien-
abfuhr oder -ableitung. 2) Einschl. Personen in Wohngelegenheiten.

3. Wohnungen nach Gebäudeart, Baualter und Ausstattung

(ohne Wohnungen in Wochenend- und Ferienhäusern)

a = Nichtlandwirtschaftliche Wohngebäude mit einer oder zwei Wohnungen;
Gebäudeart: b = Nichtlandwirtschaftliche Wohngebäude mit drei oder mehr Wohnungen;
c = Landwirtschaftliche Wohngebäude

Baualter: 1 = bis 1900; 2 = 1901 bis 1918; 3 = 1919 bis 1948; 4 = 1949 oder später; 5 = Wohnungen insgesamt;
6 = dar. Zweitwohnungen

Gebäudeart Baualter		Wohnungen insgesamt	Nach der Ausstattung							Nach der Beheizung				
			mit Bad, WC		ohne Bad		Wohn- nun- gen	sonstige dar.o.Bad u.o.WC 1) u. Ausguß i.d.Küche/ Kochnische	Übrige	Fern-	Zentral-, Etagen-	Einzel-, Mehr- raumofenhei- zung mit		
			mit	ohne	mit WC in der Wohnung	mit WC im Gebäude						Öl, Gas, Strom	Kohle, Holz, Torf	
			Sammelheizung											
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
Wohngebäude	a	139 988	71 258	38 841	16 339	4 652	8 898	5 550	1 043	4 533	73 013	21 889	40 553	
	b	516 548	238 480	161 041	93 248	19 770	4 009	1 740	211	80 863	170 431	56 001	209 253	
	c	3 047	1 031	788	206	138	884	639	48	7	1 282	585	1 173	
Wohngebäude und Sonstige Gebäude (einschl. Wohn- heime)	1	78 785	12 600	17 253	32 207	12 528	4 197	2 709	349	1 912	13 601	10 906	52 366	
	2	78 436	18 778	19 752	30 865	6 984	2 057	1 012	117	2 765	19 678	9 986	46 007	
	3	122 936	50 802	36 495	25 663	4 452	5 524	3 264	614	4 967	53 898	16 207	47 864	
	4	389 752	232 905	128 714	23 045	2 825	2 263	1 021	237	77 095	163 064	42 724	106 869	
	5	669 909	315 085	202 214	111 780	26 789	14 041	8 006	1 317	86 739	250 241	79 823	253 106	
	6	2 497	1 409	521	341	150	76	36	12	244	1 308	443	502	

1) sowie WC außerhalb des Gebäudes.

4. Wohnungen nach Wohnfläche und Raumzahl

(ohne Wohnungen in Wochenend- und Ferienhäusern)

- a = Mietwohnungen in bis 1948 errichteten Gebäuden;
b = nicht öffentlich geförderte Mietwohnungen in Gebäuden 1949 oder später errichtet;
Art der Wohnung: c = öffentlich geförderte Mietwohnungen in Gebäuden 1949 oder später errichtet;
d = Eigentümerwohnungen; e = Wohnungen insgesamt;
darunter: f = Eigentumswohnungen; g = Zweitwohnungen

Art der Wohnung	Wohnungen insgesamt	Wohnungen mit einer Wohnfläche von ... qm										Gesamt-wohnfläche in 1000 qm	Wohnfläche je Wohnung
		unter 40		40 bis unter 60		60 bis unter 80		80 bis unter 100		100 oder mehr			
		Wohnungen	qm je Wohnung	Wohnungen	qm je Wohnung	Wohnungen	qm je Wohnung	Wohnungen	qm je Wohnung	Wohnungen	qm je Wohnung		
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
a	230 257	33 982	31	96 642	49	57 097	67	22 314	87	20 222	130	14 150,0	61
b	103 210	23 084	30	37 042	49	29 903	67	8 758	86	4 423	122	5 839,6	57
c	228 345	32 844	32	99 545	50	82 914	67	12 140	86	902	113	12 768,2	56
d	108 097	4 657	32	20 051	50	32 670	68	22 798	87	27 921	132	9 034,2	84
e	669 909	94 567	31	253 280	49	202 584	67	66 010	87	53 468	130	41 792,0	62
f	20 836	3 027	32	7 700	50	7 379	68	1 902	86	828	125	1 252,6	60
g	2 497	827	28	711	48	521	67	208	86	230	138	142,1	57

Fortsetzung

Art der Wohnung	Wohnungen mit ... Räumen 1) (einschl. Küche)											Räume 1) insgesamt	Wohnungen mit Koch-nischen	
	1		2		3		4		5		6 oder mehr			
	Wohnungen	% v. Sp.1	Wohnungen	% v. Sp.1	Wohnungen	% v. Sp.1	Wohnungen	% v. Sp.1	Wohnungen	% v. Sp.1	Wohnungen			% v. Sp.1
	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24			25
a	1 680	1	15 598	7	86 894	38	80 996	35	29 539	13	15 550	7	869 200	5 557
b	6 055	6	17 460	17	36 698	36	32 625	32	7 737	7	2 635	3	338 007	8 935
c	4 275	2	25 777	11	87 073	38	90 293	40	18 894	8	2 033	1	785 501	11 514
d	189	-	2 976	3	17 430	16	34 843	32	26 851	25	25 808	24	510 651	1 187
e	12 199	2	61 811	9	228 095	34	238 757	36	83 021	12	46 026	7	2 503 359	27 193
f	293	1	2 672	13	7 677	37	7 773	37	1 928	9	493	2	72 666	715
g	254	10	543	22	673	27	543	22	267	11	217	9	8 422	359

1) Nur Wohn- und Schlafräume mit 6 und mehr qm Fläche sowie alle Küchen und gewerblich genutzten Räume in der Wohnung.

5. Bewohnte Wohnungen nach Raumzahl und Belegung

(Ohne Wohnungen in Wochenend- und Ferienhäusern sowie übrige Zweitwohnungen und Wohnungen, die von Angehörigen ausländischer Streitkräfte privatrechtlich gemietet sind.)

- a = Mietwohnungen in bis 1948 errichteten Gebäuden;
b = nicht öffentlich geförderte Mietwohnungen in Gebäuden 1949 oder später errichtet;
Art der Wohnung: c = öffentlich geförderte Mietwohnungen in Gebäuden 1949 oder später errichtet;
d = Eigentümerwohnungen ohne selbstbewohnte Eigentumswohnungen; e = selbstbewohnte Eigentumswohnungen;
f = Wohnungen insgesamt (Räume einschl. Küchen); g = Wohnungen insgesamt (Räume ohne Küchen)

Art der Wohnung	Wohnungen			davon Wohnungen mit						
	insgesamt	mit Räumen 1)	mit Personen	1 oder 2 Räumen 1) und			3 Räumen 1) und			
				1 oder 2 Personen	3 oder mehr Personen		1. oder 2 Personen	3 Personen	4 oder mehr Personen	
					Wohnungen	Personen			Wohnungen	Personen
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
a	226 100	853 285	557 016	15 000	1 804	6 154	64 822	13 628	7 036	30 354
b	100 295	328 649	223 919	21 268	1 344	4 474	27 040	6 323	2 487	10 429
c	226 888	780 494	598 570	27 692	2 090	7 381	64 710	14 781	7 112	30 579
d	98 177	474 205	298 657	1 926	300	1 074	10 994	1 968	1 302	5 747
e	9 493	34 688	22 732	795	88	292	2 394	491	173	717
f	660 953	2 471 321	1 700 894	66 681	5 626	19 375	169 960	37 191	18 110	77 826
g	660 953	1 836 831	1 700 894	234 874	59 056	201 877	102 011	72 498	64 769	284 465

Fortsetzung

Art der Wohnung	noch: davon Wohnungen mit												
	4 Räumen 1) und				5 Räumen 1) und				6 oder mehr Räumen 1) und				
	1 oder 2 Personen	3 oder 4 Personen	5 oder mehr Personen		1 oder 2 Personen	3 bis 5 Personen	6 oder mehr Personen		1 oder 2 Personen	3 bis 6 Personen	7 oder mehr Personen		
			Wohnungen	Personen			Wohnungen	Personen			Wohnungen	Räume 1)	Personen
11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	
a	41 762	32 826	5 089	27 484	10 483	17 116	1 386	9 091	3 779	10 483	886	6 727	7 479
b	14 554	15 857	1 504	7 994	2 050	5 066	296	1 890	496	1 885	125	935	1 028
c	26 229	54 243	9 332	50 131	2 031	13 516	3 141	21 221	202	1 452	357	2 223	2 980
d	15 779	12 544	2 095	11 444	8 338	16 261	1 152	7 440	5 068	18 867	1 583	12 644	12 538
e	2 082	2 088	138	739	337	656	23	144	55	168	5	35	38
f	100 406	117 558	18 158	97 792	23 239	52 615	5 998	39 786	9 600	32 855	2 956	22 564	24 063
g	23 368	42 972	15 880	89 241	6 190	17 123	2 718	18 316	3 443	14 160	1 891	14 300	15 687

1) Nur Wohn- und Schlafräume mit 6 und mehr qm Fläche sowie alle Küchen und gewerblich genutzten Räume in der Wohnung.

6. Bewohnte Mietwohnungen in Wohngebäuden mit Mietangaben nach Ausstattung, Baualter, Finanzierungsart und Miete in DM/qm

(Ohne Wohnungen in Wochenend- und Ferienhäusern sowie übrige Zweitwohnungen und Wohnungen, die von Angehörigen ausländischer Streitkräfte privatrechtlich gemietet sind)

a = Mietwohnungen b = Durchschnittsmiete in DM je qm

Bezirke	Merkmal	Bewohnte Mietwohnungen in Wohngebäuden mit Mietangaben 1)						dar. Mietwohnungen (Sp.1) mit Bad, WC in der Wohnung, Sammelheizung					
		insgesamt	davon in ... errichteten Gebäuden					insgesamt	davon in ... errichteten Gebäuden				
			bis 1918	1919 bis 1948	frei finan- ziert	1949 oder später			bis 1918	1919 bis 1948	frei finan- ziert	1949 oder später	
						öffentlich gefordert						öffentlich gefordert	
						1949 bis 1957	1958 oder später					1949 bis 1957	1958 oder später
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12		
Hamburg-Mitte	a	80 607	19 504	9 259	11 672	23 103	17 069	27 972	1 246	1 766	6 811	6 139	12 010
	b	2,41	1,98	2,10	3,12	2,34	2,69	2,84	2,58	2,49	3,48	2,51	2,76
Altona	a	71 937	25 367	13 600	10 548	9 601	12 821	28 624	3 529	5 595	7 400	1 501	10 599
	b	2,58	2,15	2,43	3,75	2,33	2,78	3,11	2,91	2,80	4,09	2,66	2,80
Eimsbüttel	a	75 975	29 781	8 348	15 649	9 242	12 955	34 583	6 220	2 935	11 031	3 741	10 656
	b	2,59	2,21	2,31	3,64	2,42	2,74	3,00	2,70	2,63	3,82	2,56	2,78
Hamburg-Nord	a	126 337	26 224	28 182	24 604	36 728	10 599	52 815	6 022	13 452	16 348	8 936	8 057
	b	2,52	2,22	2,30	3,39	2,29	2,78	2,91	2,69	2,54	3,66	2,53	2,82
Wandsbek	a	82 775	5 067	9 532	18 846	14 150	35 180	51 626	1 117	3 707	13 945	4 709	28 148
	b	2,86	2,27	2,45	3,79	2,39	2,73	3,07	2,89	2,79	3,98	2,56	2,76
Bergedorf	a	19 480	5 030	3 301	1 177	1 920	8 052	9 891	732	791	730	254	7 384
	b	2,39	1,97	2,11	3,12	2,22	2,68	2,73	2,64	2,59	3,43	2,48	2,69
Harburg	a	50 294	12 151	8 485	4 650	9 638	15 370	17 403	533	1 769	2 299	887	11 915
	b	2,34	1,79	2,07	3,02	2,20	2,71	2,78	2,50	2,46	3,46	2,46	2,73
Hamburg insgesamt	a	507 405	123 124	80 707	87 146	104 382	112 046	222 914	19 399	30 015	58 564	26 167	88 769
	b	2,56	2,13	2,29	3,51	2,32	2,73	2,96	2,73	2,63	3,80	2,54	2,76

Fortsetzung

Bezirke	Merkmal	dar. Mietwohnungen (Sp.1) mit Bad, WC in der Wohnung, ohne Sammelheizung						dar. Mietwohnungen (Sp.1) ohne Bad, mit WC in der Wohnung				dar. Miet- wohnungen (Sp.1) ohne Bad, ohne WC 2) und ohne Sammel- heizung
		ins- gesamt	davon in ... errichteten Gebäuden					ins- gesamt	davon in ... errich- teten Gebäuden			
			bis 1918	1919 bis 1948	frei finan- ziert	1949 oder später						
						öffentlich gefördert	1958 oder später					
									13	14	15	
Hamburg-Mitte	a	31 913	4 880	3 676	4 057	14 814	4 486	17 211	10 822	3 309	3 080	1 857
	b	2,29	2,05	2,03	2,62	2,28	2,53	1,94	1,89	1,94	2,16	1,89
Altona	a	20 567	6 037	3 940	2 426	6 054	2 110	19 102	12 867	3 567	2 668	2 097
	b	2,31	2,11	2,19	2,84	2,31	2,64	1,92	1,88	1,92	2,16	1,85
Eimsbüttel	a	20 153	7 225	2 986	3 592	4 289	2 061	19 001	14 849	1 977	2 175	1 733
	b	2,32	2,10	2,11	3,22	2,28	2,52	1,95	1,89	2,00	2,46	1,92
Hamburg-Nord	a	47 048	6 251	8 537	6 942	22 888	2 430	24 786	13 120	5 704	5 962	2 143
	b	2,26	2,08	2,06	2,81	2,22	2,62	1,95	1,89	1,94	2,13	1,96
Wandsbek	a	24 327	1 495	3 325	4 373	8 332	6 802	4 288	1 167	1 593	1 528	577
	b	2,52	2,19	2,23	3,17	2,31	2,60	2,10	1,94	2,09	2,26	1,89
Bergedorf	a	4 127	1 049	901	263	1 338	576	2 901	1 209	1 238	454	753
	b	2,21	2,08	2,07	2,69	2,21	2,47	1,87	1,81	1,85	2,16	1,63
Harburg	a	16 491	2 176	3 000	1 527	6 625	3 163	7 133	2 217	2 186	2 730	1 500
	b	2,27	1,98	2,07	2,70	2,21	2,59	1,95	1,82	1,90	2,13	1,68
Hamburg insgesamt	a	164 626	29 113	26 365	23 180	64 340	21 628	94 422	56 251	19 574	18 597	10 660
	b	2,32	2,08	2,11	2,90	2,26	2,58	1,94	1,88	1,94	2,18	1,85

1) ohne Dienst-, Werkwohnungen und ohne Wohnungen von Altenteilern und sonstigen Wohnungsnutzern.

2) einschl. WC außerhalb des Gebäudes.

7. Ständig bewohnte Wohngelegenheiten

Bezirke	Wohngelegenheiten				Von den Wohngelegen-			Wohngelegenheiten in Wohngebäuden				Wohn- gelegen- heiten im Keller
	ins- gesamt	mit			heiten sind			und sonstigen Gebäuden				
		Räumen 1)	Wohn- parteien	Per- sonen	in Wohn- gebäuden	in sonstigen Gebäuden	in Unter- künften	ins- gesamt	davon ausgestattet			
									mit Bad und WC	ohne Bad mit WC	ohne WC 2)	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Hamburg-Mitte	5 179	17 351	5 582	13 504	707	117	4 355	824	206	423	195	520
Altona	3 201	9 227	3 447	7 427	1 197	342	1 662	1 539	333	541	665	721
Eimsbüttel	3 663	11 264	3 938	8 516	1 278	77	2 308	1 355	453	543	359	871
Hamburg-Nord	3 766	11 591	3 977	8 989	963	101	2 702	1 064	364	392	308	555
Wandsbek	6 600	21 137	6 901	16 264	591	43	5 966	634	218	157	259	176
Bergedorf	715	2 140	740	1 784	248	40	427	288	68	58	162	116
Harburg	2 354	6 875	2 474	5 901	656	64	1 634	720	154	123	443	220
Hamburg insgesamt	25 478	79 585	27 059	62 385	5 640	784	19 054	6 424	1 796	2 237	2 391	3 179

1) Nur Wohn- und Schlafräume mit 6 und mehr qm Fläche sowie alle Küchen und gewerblich genutzten Räume in der Wohngelegenheit.

2) sowie WC außerhalb der Wohngelegenheit.

8. Wochenend- und Ferienhäuser, Wohnungen darin, sowie übrige Zweitwohnungen

Bezirke	Wochenend-, Ferienhäuser mit 50 oder mehr qm Wohnfläche							Wochen- end-, Ferien- häuser unter 50 qm Wohn- fläche	Übrige Zweitwohnungen				
	ins- gesamt	mit Wohnungen und zwar					ins- gesamt		und zwar				
		ins- gesamt	mit Bad und WC	ohne Bad mit WC	ohne WC 1)	vor 1949 errich- tet			mit Räumen 2)	mit ein bis zwei Räumen 2)	mit Bad und WC	ohne Bad mit WC	ohne WC 1)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	
Hamburg-Mitte	-	-	-	-	-	-	-	4	245	71	171	48	26
Altona	1	1	-	-	1	1	4	-	323	95	234	55	34
Eimsbüttel	7	7	3	2	2	4	28	23	558	177	416	92	50
Hamburg-Nord	-	-	-	-	-	-	-	-	694	285	594	69	31
Wandsbek	5	5	2	1	2	2	24	31	405	117	357	26	22
Bergedorf	1	1	-	-	1	1	3	8	71	14	48	9	14
Harburg	6	6	3	-	3	6	24	28	201	38	110	42	49
Hamburg insgesamt	20	20	8	3	9	14	83	94	2 497	797	1 930	341	226

1) sowie außerhalb der Wohnung.

2) Nur Wohn- und Schlafräume mit 6 oder mehr qm Fläche sowie alle Küchen und gewerblich genutzten Räume in der Wohnung.

9. Wohnparteien nach wohnrechtlicher Stellung, Personenzahl und sozialer Stellung des Haushaltsvorstandes

(Ohne Wohnparteien von Angehörigen ausl. Streitkräfte und ohne Wohnparteien in Zweitwohnungen bzw. -wohngelegenheiten)

- a = Wohnparteien insgesamt;
b = Mieter;
c = Untermieter;
d = Eigentümer insgesamt;
e = Eigentümer in Wohngebäuden mit einer oder zwei Wohnungen;
f = Eigentümer in selbstbewohnten Eigentumswohnungen;
g = Wohnparteien in Wohnungen;
h = Wohnparteien in Wohngelegenheiten

Merkmal	Wohnparteien in Wohnungen und Wohngelegenheiten		EiNpersonen-wohnparteien		Mehrpersonenwohnparteien			davon mit				
	insgesamt	mit Personen	insgesamt	dar. weiblich	insgesamt	mit Personen		2	3	4	5	6 oder mehr
						insgesamt	je Wohnpartei					
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
a	744 977	1 763 279	217 526	159 576	527 451	1 545 753	2,9	242 805	145 870	93 808	30 734	14 234
b	562 844	1 338 828	153 975	124 370	408 869	1 184 853	2,9	192 520	113 763	70 486	22 028	10 072
c	59 043	86 691	42 736	19 436	16 307	43 955	2,7	8 391	5 216	2 163	413	124
d	123 090	337 760	20 815	15 770	102 275	316 945	3,1	41 894	26 891	21 159	8 293	4 038
e	85 871	249 959	11 296	8 708	74 575	238 663	3,2	28 004	19 537	16 547	6 953	3 534
f	9 493	22 098	2 393	1 889	7 100	19 705	2,8	3 464	2 107	1 252	229	48
g	717 918	1 700 894	209 041	154 542	508 877	1 491 853	2,9	233 915	140 907	90 617	29 714	13 724
h	27 059	62 385	8 485	5 034	18 574	53 900	2,9	8 890	4 963	3 191	1 020	510

Fortsetzung

Merkmal	Von den Vorständen der Wohnparteien sind											
	Selbständige			Arbeiter			Beamte, Angestellte			Nichterwerbstätige (ohne Schüler und Studenten)		
	ins- gesamt	Ein- personen-	Mehr- personen-	ins- gesamt	Ein- personen-	Mehr- personen-	ins- gesamt	Ein- personen-	Mehr- personen-	ins- gesamt	Ein- personen-	Mehr- personen-
		wohnparteien			wohnparteien			wohnparteien			wohnparteien	
		13	14		15	16		17	18		19	20
a	66 903	9 592	57 311	170 875	24 405	146 470	243 019	51 461	191 558	255 587	126 290	129 297
b	41 140	6 367	34 773	132 179	13 158	119 021	184 305	33 164	151 141	202 207	100 373	101 834
c	2 279	1 322	957	17 325	9 907	7 418	21 050	15 397	5 653	13 076	11 302	1 774
d	23 484	1 903	21 581	21 371	1 340	20 031	37 664	2 900	34 764	40 304	14 615	25 689
e	18 026	1 052	16 974	12 683	565	12 118	28 247	1 230	27 017	26 784	8 432	18 352
f	1 133	194	939	1 347	123	1 224	4 864	1 028	3 836	2 083	1 031	1 052
g	65 206	9 217	55 989	160 232	22 575	137 657	238 543	50 246	188 297	245 682	121 462	124 220
h	1 697	375	1 322	10 643	1 830	8 813	4 476	1 215	3 261	9 905	4 828	5 077

10. Wohngebäude und Wohnungen 1950, 1956, 1961 und 1968

Bezirke	Wohngebäude 1)			Wohnungen in Wohngebäuden und sonstigen Gebäuden 1)									
	13.9. 1950	6.6. 1961	25.10. 1968	13.9. 1950	25.9. 1956	Veränderung gegenüber 13.9.1950		6.6. 1961	Veränderung gegenüber 25.9.1956		25.10. 1968	Veränderung gegenüber 6.6.1961	
						Anzahl	%		Anzahl	%		Anzahl	%
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
Hamburg-Mitte	15 753	14 673	15 902	51 950	70 094	18 144	35	85 890	15 796	23	96 387	10 497	12
Altona	19 529	25 361	29 325	56 003	69 121	13 118	23	80 187	11 066	16	95 036	14 849	19
Eimsbüttel	14 977	18 728	22 710	53 278	70 027	16 749	31	80 711	10 684	15	99 510	18 799	23
Hamburg-Nord	19 137	25 064	27 199	78 717	121 895	43 178	55	140 526	18 631	15	149 796	9 270	7
Wandsbek	30 036	40 503	51 447	43 363	59 175	15 812	36	86 768	25 593	43	127 260	42 492	50
Bergedorf	8 594	9 966	12 219	16 340	19 175	2 835	17	21 712	2 537	13	30 272	8 560	39
Harburg	13 940	17 888	21 005	36 762	47 748	10 986	30	57 365	9 617	20	71 668	14 303	25
Hamburg insgesamt	121 966	152 183	179 807	336 413	457 235	120 822	36	551 159	93 924	21	669 929	118 770	22

1) einschl. Wochenend-/Ferienhäuser mit 50 und mehr qm Wohnfläche.

Allgemeine Hinweise

Zu sämtlichen Zeilen des Gemeindeveröffentlichungsprogramms der Länder (siehe unter A.) sind die Ergebnisse außer für Hamburg insgesamt und nach Bezirken auch nach Ortsteilen vorhanden.

Von den Tabellen des Veröffentlichungsprogramms der Länder - Quellenband - (unter B. aufgeführt) sind einige, die Nrn. 6, 7, 8 und 10, mit Bezirksergebnissen und die übrigen nur mit Ergebnissen für Hamburg insgesamt abgedruckt. Für alle Tabellen liegen die Ergebnisse aber auch in regionaler Untergliederung nach Bezirken und Ortsteilen vor.

Zu B., Tabelle 6 ist außerdem eine prozentuale Verteilung der Mietwohnungen (Zeile a) auf 10 Gruppen von Quadratmetermieten vorhanden; allerdings nur für Ortsteile - nicht für Bezirke und Hamburg insgesamt.

Das Statistische Landesamt Hamburg stellt die nicht veröffentlichten Ergebnisse allen Interessenten zur Verfügung, soweit nicht gesetzliche Geheimhaltungsvorschriften dem entgegenstehen.

Begriffsbestimmungen zu den Ergebnissen der Gebäude- und Wohnungszählung
in Hamburg am 25. Oktober 1968

1. Wohngebäude

Als Wohngebäude gelten Gebäude, die ausschließlich oder mindestens zur Hälfte Wohnzwecken dienen, auch wenn sie zum Zeitpunkt der Zählung leer standen. Zu den Wohngebäuden zählen auch landwirtschaftliche Wohngebäude (Bauernhäuser) sowie Wochenend- und Ferienhäuser mit 50 und mehr qm Wohnfläche.

Bei den Zählungen 1950 und 1956 lautete die entsprechende Bezeichnung "Normalwohngebäude". Diesen waren die Behelfsheime mit 30 und mehr qm Wohnfläche zugerechnet.

2. Sonstige Gebäude

Als "sonstige Gebäude" wurden alle Gebäude gezählt, die überwiegend Nichtwohnzwecken, d.h. gewerblichen, sozialen, kulturellen oder Verwaltungszwecken dienten, jedoch zum Zeitpunkt der Zählung bewohnt waren oder eine leerstehende Wohnung bzw. Wohngelegenheit enthielten (Beispiele: Fabrik- oder Verwaltungsgebäude, Schulen, Hotels, Krankenhäuser, sonstige Anstaltsgebäude, Geschäfts- u. Bürogebäude mit Wohnraum). Wohnheime wie etwa Alten-, Schwestern- oder Studentenwohnheime, soweit sie Wohnungen oder Zimmer mit eigener Kochnische enthielten, zählen ebenfalls zu den "sonstigen Gebäuden".

Bei früheren Zählungen lautete die entsprechende Bezeichnung "bewohnte Nichtwohngebäude".

3. Wochenend- und Ferienhäuser

Als "Wochenend- und Ferienhäuser" wurden Gebäude erfaßt, die entweder nur zu bestimmten Jahreszeiten, über das Wochenende oder an bestimmten Wochentagen bewohnt wurden und somit dem Eigentümer lediglich als "zweite Wohnung" dienten. Diese Gebäudeart wurde bei früheren Zählungen nicht gesondert ermittelt.

4. Unterkünfte

Als "Unterkünfte" wurden erfaßt: Behelfsheime, vor allem solche in Kleingartenvereinen, Baracken, Bunker, Wohnlauben, Wohnwagen, Wohnschiffe, Nissenhütten, Waggons. Als Wochenend- und Ferienhäuser unter 50 qm Wohnfläche angegebene Gebäude, die jedoch ständig bewohnt sind, wurden ebenfalls den Unterkünften zugerechnet.

Baracken oder ähnliche Unterkünfte in Lagern der Arbeits- und Sozialbehörde wurden nicht erhoben.

Bei den Zählungen 1950 und 1956 wurde für die "Unterkünfte" der Begriff "Notwohngebäude" verwendet, bei der Zählung 1961 waren sie als "Behelfsgebäude" bezeichnet.

5. Wohnungen

Als Wohnungen wurden die selbständigen Wohneinheiten gezählt, die aus einem Raum oder mehreren, in der Regel zusammenliegenden Räumen mit eigener Küche oder Kochnische bestanden und nicht im Kellergeschoß oder in einer Unterkunft lagen. Bei den Zählungen 1950 und 1956 lautete der entsprechende Begriff "Normalwohnung".

6. Öffentlich geförderte Wohnungen

Als öffentlich gefördert gilt eine Wohnung, wenn sie nach der Währungsreform (20. Juni 1948) fertiggestellt worden ist und wenn für sie im Rahmen des sozialen Wohnungsbaues öffentliche Mittel bewilligt worden sind. Bei den öffentlichen Mitteln kann es sich um ein öffentliches Baudarlehen (staatliches Baudarlehen), aber auch um Annuitätsbeihilfen (Zins- und Tilgungsbeihilfen) oder Aufwendungszuschüsse handeln. Die als Eigenkapitalersatz dienenden Aufbau-darlehen nach dem Lastenausgleichsgesetz gelten nicht als öffentliche Mittel.

Auch wenn die öffentlichen Mittel nach dem 31. August 1965 freiwillig vorzeitig zurückgezahlt (abgelöst) worden sind, gilt die Wohnung zum Zeitpunkt der Zählung noch als öffentlich gefördert.

7. Räume

Als Räume wurden Wohn- und Schlafräume mit 6 und mehr qm Fläche sowie alle Küchen und gewerblich genutzten Räume in der Wohnung gezählt. Kochnischen wurden nicht als Räume berücksichtigt.

8. Eigentümerwohnungen

Unter dem Begriff "Eigentümerwohnungen" sind sowohl die Eigentümerwohnungen im engeren Sinn als auch die selbstbewohnten Eigentumswohnungen zusammengefaßt. Eigentümerwohnungen im engeren Sinn sind von Gebäudeeigentümern oder deren Angehörigen bewohnte Wohnungen.

Eigentumswohnungen sind Wohnungen, für die nach dem "Gesetz über das Wohnungseigentum und das Dauerwohnrecht" vom 15. März 1951 (BGBl. I S. 175) im Wohnungsgrundbuch ein Sondereigentum für den Eigentümer der Wohnung eingetragen ist.

9. Mietwohnungen

Als Mietwohnungen galten alle Wohnungen, die sich nicht im Eigentum des Wohnungsinhabers befanden. Hierbei war es gleichgültig, ob für diese Wohnung zum Zeitpunkt der Zählung eine Miete gezahlt wurde oder nicht (z.B. kostenlose Überlassung von Werks- oder Hausmeisterwohnungen usw.).

10. Wohngelegenheiten

Wohneinheiten ohne eigene Küche oder Kochnische und Wohneinheiten, die sich im Kellergeschoß oder in Unterküften befinden, zählen als Wohngelegenheiten. Sie wurden bei den Zählungen 1950 und 1956 als "Notwohnungen" und bei der Zählung 1961 als "Behelfswohnungen" bezeichnet.

11. Mieten

Alle Mietpreisangaben beziehen sich auf Monatsmieten. Abgaben für Wasser, Kanalisation, Straßenreinigung und Müllabfuhr sind in den Beträgen enthalten, dagegen nicht die Umlagen für Zentralheizung und Warmwasserversorgung, Garagenmieten, Untermiet- und Möblierungs-Zuschläge. Falls die Miete durch finanzielle Vorleistungen (Mietvorauszahlungen, Mieterdarlehen, Baukostenzuschüsse) ermäßigt war, wurde derjenige Betrag verwendet, der ohne diese Vorleistungen hätte bezahlt werden müssen.

Zur Beachtung:

Die unter A. in Zeile 95 bzw. unter B. in Tabelle 9, Spalte 2, Zeile a ausgewiesene Zahl enthält alle Personen, die zu einer bei der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 erfaßten Wohnpartei gehören, mit Ausnahme der Bewohner der Lager der Arbeits- und Sozialbehörde sowie der Personen in Zweitwohnungen und Zweitwohngelegenheiten (z.B. Wochenend- und Ferienhäusern) und in den von Angehörigen ausländischer Streitkräfte, Konsulate und Missionen gemieteten Wohnungen. Es sind also auch die Personen mitgezählt, die in Hamburg zwar ihre Hauptwohnung haben, zum Zeitpunkt der Zählung jedoch (wenn auch für längere Zeit) abwesend waren oder sich überwiegend außerhalb Hamburgs aufhielten. Gleichfalls wurden die Personen erhoben, die in Hamburg lediglich ihren zweiten Wohnsitz hatten.

Inssassen einer Anstalt, soweit sie keine eigene Wohnung oder Wohngelegenheit besaßen, sind bei der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 nicht erfaßt worden.

Die unter A. in Zeile 95 bzw. unter B. in Tabelle 9, Spalte 2, Zeile a ausgewiesene Zahl der Personen kann also nicht der fortgeschriebenen Einwohnerzahl Hamburgs (Wohnbevölkerung) gleichgesetzt werden. Sie entspricht vielmehr der sog. wohnberechtigten Bevölkerung.

